C 21734 D

Neuer Bürgerkrieg im Libanon? S. 50

Arbeiterkampf

Jg. 8 Nr. 133 11.7.78
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
2 DM

Überwachungsstaat: Von Skandal zu Skandal







Nach den ersten Enthüllungen über die Bespitzelungspraktiken des Bundesgrenzschutzes (BGS) an allen bundesdeutschen Grenzübergängen sind eine Reihe weiterer illegaler Fahndungspraktiken der BRD- „Sicherheitsorgane" an das Licht der Öffentlichkeit gebracht worden.

Damals wurden zwei Listen mit 239 Organisationen und 287 Publikationen, die als „linksextremistisch" eingestuft waren, bekannt, an Hand derer der BGS „verdächtige" Grenzreisende registrierte und die Daten an Verfassungsschutz (VS) und Bundesnachrichtendienst (BND) weiterleitete. Angeblich sollen diese Listen dann aus dem Verkehr gezogen und vernichtet worden sein, nicht jedoch, um diese Schnüffelpraxis zu beenden, sondern vielmehr deswegen, weil die „Verdächtigten" völlig undifferenziert in einen Topf geworfen worden und die Daten somit für „gezielte Erkenntnisse" unbrauchbar seien – so ein Sprecher des Bundesministeriums („Abendpost", 23.5.). Selbstverständlich wurde weder die enthüllte Schnüffelpraxis eingestellt, noch wurden die bis dahin gesammelten Daten gelöscht („UZ", 19.5.).

Kurz darauf protestierte die DDR beim Bundeskanzleramt gegen die Bespitzelung von DDR- Bürgern durch den Bundesgrenzschutz und den Bundesnachrichtendienst. Der Grund für diesen Protest war eine Anweisung der Grenzschutzdirektion, nach der Reisende aus der DDR vom BGS ausgefragt wurden. Das Bundesinnenministerium hatte die Weitergabe dieser Informationen an den BND zur Pflicht erklärt („Frankf. Neue Presse", 6.6.).

Der nächste Skandal ereignete sich am 24.6. am Saarbrücker Grenzübergang Goldene Bremm, als eine Studentin zum Einkaufen nach Frankreich fahren wollte. Nach einer Ausweiskontrolle durchsuchte der BGS- Beamte das von der Studentin benutzte Fahrzeug und beschlagnahmte *„12 Schriften kommunistischer Herkunft"* – so die Beschlagnahmebegründung. Konkret handelte es sich um eine Saarbrücker „Stadtzeitung" zum Russell- Tribunal, eine Dokumentation des Lübecker Frauenzentrums mit dem Titel „Kampf dem § 218", Dokumentationen über die Grohnde-Prozesse und die Kalkar-Demonstration, Broschüren der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, Informationsbroschüren zum Russell- Tribunal, die Zeitungen „Arbeiterkampf", „Rebell", „Die Internationale" und eine Wahlzeitung

Forsetzung auf Seite 3

Freiheit für Rudolf Bahro!

Für 8 Jahre soll der marxistische Kritiker des DDR-Regimes, Rudolf Bahro, in den Knast. Das Stadtgericht von Berlin/DDR sprach diesen skandalösen Urteilsspruch am 30.6.78 in einem Verfahren, das unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand. Vorgeworfen wird Bahro, daß er „seit längerer Zeit ... systematisch Nachrichten und Informationen" gesammelt und „geheimzuhaltende Tatsachen entgegen einer ihm staatlich auferlegten Verpflichtung" „verraten" habe.

Tatsächlich besteht Bahros „Verrat" in nichts anderem als der Enthüllung der DDR-Wirklichkeit und dem Versuch einer wissenschaftlichen Beweisführung in seinem Buch „Die Alternative", daß der „Sozialismus" Marke DDR kein Sozialismus ist. Die von Bahro kritisierten Herrschenden in der DDR glauben sich dieser Kritik (deren Berechtigung nun ja erneut durch das Urteil gegen Bahro bestätigt wird!) nurmehr durch nackten Terror und Gesinnungsjustiz erwehren zu können. Daß in der DDR (wie auch in anderen Ländern des sog. „real existierenden Sozialismus") seit geraumer Zeit ein zunehmend unterdrückerischer Kurs gegen jedwede Opposition gefahren und selbst aus nichtigsten Anlässen unmenschlich hart bestraft wird, zeigt auch das in der letzten Woche ergangene Urteil gegen den Kriegsdienstverweigerer Nico Hübner, der zu fünf Jahren Gefängnis für seine Gewissensentscheidung verurteilt wurde!

Siehe unseren Artikel auf Seite 5 ff.

Wie furchtbar ist dieser Jurist wirklich?



Als die ersten Zipfel von Filbingers Blutgerichtsbarkeit vor und nach 1945 bekannt wurden, verkündigte der Angeklagte mit todernster Miene, daß er *„als Richter kein einziges Todesurteil selbst gefällt und, außer als Ankläger im Fall Gröger, bei keinem anderen Verfahren, das zum Todesurteil geführt hat, mitgewirkt habe"* („stern", 6.7.).

Der Zuschauer der „Panorama"-Sendung vom 4.7. wurde schlagartig in seiner Vermutung bestätigt, daß es sich bei dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg nicht nur um einen furchtbaren Juristen, sondern auch um einen furchtbaren Lügner handeln muß.

Ebenso klar wurde, warum *„vor sehr kurzer Zeit"* die Marine-Personalakte von Filbinger aus einem Westberliner Archiv (dem streng gehüteten „Document Center") *„amtlich eingefordert"* wurde und seither unauffindbar ist („Extra-Dienst", 27.6.).

„Panorama" deckte auch die Motive auf, die die baden-württembergische Landesregierung dazu bewogen haben, dem „Spiegel" Einsicht in gewisse Akten aus dem Landesarchiv zu gewähren: Der Dreck, der an Filbingers Stecken hängt, scheint aktenkundig zu sein und die Ausmaße eines stattlichen Misthaufens zu haben — nicht umsonst hat der CDU-Chef Kohl die Recherchen in Sachen Filbinger als *„Mistkäferei"* bezeichnet!

Außer bei der Hinrichtung von Walter Gröger hat Filbinger an mindestens (!) zwei Todesurteilen mitgewirkt und zwar nicht „nur" als Ankläger und Exekutionsführer, sondern als Richter.

— Vierzehn Tage vor Hitlers Tod und drei Wochen vor der Kapitulation der deutschen Wehrmacht wurde ein Oberstleutnant von Filbinger in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Er war mit 14 Kameraden ins neutrale Schweden geflüchtet. Für den „Anti"-Nazi Filbinger war dies ein klarer Fall von *„Fahnenflucht im Felde"* und von *„Zersetzung der Wehrkraft"*, also tödliche Verbrechen.

— Am 9. April verhängte er ein weiteres Todesurteil wegen *„Fahnenflucht in Tateinheit mit Mord"*. Wäh-

Forsetzung auf Seite 2

Stellungnahme des LG des KB zur Diskussion um eine alternative Wahlbeteiligung

Das Auftreten von Grünen/Bunten Listen bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen sowie bei den Landeswahlen in Hamburg und Niedersachsen hat eine „Veränderung der politischen Landschaft" bewirkt. Das Bonner Drei-Parteien-System, seit Gründung der Bundesrepublik ein Stützpfeiler für die Stabilität der herrschenden Verhältnisse, ist erschüttert worden. Alternative Wahlbündnisse, die sich vor allem an der Frage des Umweltschutzes formiert haben, aber die mehr oder weniger auch alle anderen Punkte einer weit verbreiteten Unzufriedenheit mit den Bonner Parteien umfassen, haben bereits Abgeordnete in einige Kommunalparlamente schicken können. Bei den Landeswahlen in Hamburg und Niedersachsen wurden mit 3,9 bzw. 3,5 % achtbare Ergebnisse erreicht. Es zeichnet sich deutlich ab, daß das Beispiel Schule machen wird.

Schon wird auch in Westberlin, in Bremen, in Hessen, in Nordrheinwestfalen und Bayern über demokratische Wahlbündnisse diskutiert.

Auf der anderen Seite formieren sich aber auch diejenigen, die die neuentstandene Grüne/Bunte Bewegung wieder in das herrschende Parteien-System integrieren wollen. Kräfte um den selbstgemachten GLU-Chef Beddermann, um den CDU-Abgeordneten Gruhl, um den Pseudo-„Steuerrebell" Fredersdorf arbeiten systematisch und in geradezu hektischem Tempo auf die Bildung einer eigenen Partei hin, die mit den Bürgerinitiativen und mit den Anliegen der Grünen/Bunten kaum noch etwas zu tun haben soll. Im Umkreis der sich formierenden neuen Partei finden sich auch verschiedene der CDU sehr nahestehende Möchtegern-Politiker aus einigen „Freien Wählergemeinschaften", Todesstrafen-Befürworter wie Dr. Grzimek, Restbestände der rechtsradikalen „Vierten Partei" (AVP) und der „CSU-Freundeskreise".

Die Aufgabe dieser neuen Partei soll eine doppelte sein:

Fortsetzung auf Seite 2

Wie furchtbar ist dieser Jurist eigentlich wirklich?

Fortsetzung von Seite 1

rend einer Meuterei auf einem Boot kam der Schiffsführer ums Leben — wahrscheinlich weil er die Selbstbefreiung der Matrosen aus den Fängen des vor seinem Untergang noch einmal wild um sich schlagenden Nazi-Regimes vereiteln wollte.

Der Phantom-Henker

Filbingers Fähigkeit, jede Rechtfertigung für seine scheibchenweise an die Öffentlichkeit dringende Richtertätigkeit in eine Selbstanklage zu verwandeln, hat ihn auch diesmal nicht im Stich gelassen. Während er im Fall Gröger noch behauptete, er konnte gar nicht anders als das Kommando: „Feuer-frei!“ zu geben, und er habe den Matrosen nur deshalb vom Leben zu Tode befördert, um andere Menschenleben zu retten, verkündet er nun triumphierend: „Was wollt ihr denn? Bei den Todesurteilen, die ich verhängt habe, handelt es sich um ‚Phantom-Urteile‘, folgendlos, im sicheren Bewußtsein gesprochen, daß sie nie zur Ausführung kommen!“ Und Filbinger wörtlich: „*In solchen Fällen ging es nicht um das Leben von Menschen, sondern nur und ausschließlich um Abschreckung*“ („FR“, 6.7.).

Und was wäre geschehen, wenn der deutschen Feldgendarmerie die Verurteilten wieder in die Hände gefallen wären? Aus den „Phantom-Urteilen“ wären flugs höchst reale Hinrichtungen geworden, ausgeführt von einem Exekutionskommando, an dessen Spitze vielleicht ein Marinerichter F. gestanden hätte!

Die Verhaftung von „Deserteuren“ war durchaus nicht selten. Ein Marinerichter mußte das wissen, und jemand, der um die „Wehrkraft“ so besorgt war wie Filbinger, der panische Angst vor einem „Gesinnungsverfall der Truppe“ hatte und keine Skrupel besaß, selbst ein Todesurteil zu vollstrecken, der fällt Todesurteile nicht, damit sie auf dem Papier bleiben.

Der (Ab-)Schreckens-Richter

Die Perfidie seiner neuerlichen Rechtfertigung liegt aber gar nicht so sehr in der Ausflucht, daß seine Todesurteile „*keine Folgen*“ für die direkt Betroffenen gehabt hätten. Schlimmer ist die von ihm selbstbewußt vorgetragene p o s i t i v e B e s t i m m u n g solcher „*Phantom-Urteile*“.

Laut Filbinger dienten sie „*nur und ausschließlich der Abschreckung*“. Sie sollten nur die „*Zersetzung der Wehrkraft*“ verhindern. Was heißt hier eigentlich „nur“? Filbinger scheint keinen Gedanken daran zu verschwenden, w e l c h e Wehrkraft er vor „Zersetzung“ mit abschreckenden Todesurteilen bewahren wollte. Überhaupt: Wen wollte er eigentlich wovor abschrecken?

Der Terror, der von den Faschisten, von Marinerichtern wie Filbinger ausgeübt wurde, hatte objektiv — und Filbinger mußte sich darüber im Klaren sein! — keine andere Funktion, als deutsche Soldaten im „Endkampf“ zu verheizen, verzweifelten Menschen die Flucht vor dem sicheren Tod zu versperren. Die durch verhängte und angedrohte Todesurteile ausgeübte „Abschreckung“ war eine Vernichtungsideologie. Einzelne wurden hingerichtet, um den Widerstand von Tausenden gegen eine Fahrt an die Front und damit ins Verderben zu brechen.

Als für jeden, außer für ein paar Verrückte (zu denen wir Filbinger nicht zählen), abzusehen war, daß der Traum vom „Tausendjährigen Reich“ ausgeträumt war, haben die Faschisten mit der grausamen Logik jedes despotischen Regimes — „Wenn wir schon untergehen, dann in einem Inferno!“ — noch Zehntausende in den Tod getrieben. Jedes Todesurteil, ob ausgeführt oder „nur“ zwecks Abschreckung gleichsam „phantomhaft“ verhängt, hatte damals tausende weitere Todesurteile zur Folge, die allerdings nicht in Gerichtsakten auftauchen. Leute vom Schlage eines Filbinger haben dies mit zu verantworten.

Von einer Lüge zur nächsten

Im Mittelpunkt des öffentlichen Ärgernisses steht die Verlogenheit, mit der Filbinger seine dunkle Vergangenheit umhüllen will. Selbstverständlich streitet Filbinger ab, daß er mit seiner Aussage, er habe als Richter nie ein Todesurteil gefällt, bewußt die Unwahrheit gesagt hat. Der Mann hat tatsächlich die Stirn, nicht nur eine offene, exakt nachgewiesene Lüge als wahrheitsgemäße Aussage hinzustellen; er bastelt gleichzeitig auch noch an einem weiteren Pfeiler seines Lügengebäudes. „*Ich bleibe dabei*“, so tönte er bereits einen Tag, nachdem ihn „Panorama“ der Lüge überführt hatte, „*daß ich weder als Richter noch als Untersuchungsführer an einem Urteil mitgewirkt habe, durch das ein Mensch sein Leben verloren hat*“ (Stuttgarter Zeitung“, 5.7.). Hat Filbinger etwa ein „pathologisch schlechtes Gedächtnis“? Der Rechtsanwalt Armin Newerla hat laut „FR“ vom 27.6. behauptet, Filbinger habe während des 2. Weltkrieges als Marinerichter „*insgesamt 120 junge Matrosen zum Tode verurteilt und hinrichten lassen*“. Darüber hinaus habe er in Deutschland noch zwei Tage vor dem Einmarsch der Amerikaner „*drei junge Soldaten im Alter von 17 und 18 Jahren verurteilt und hinrichten lassen*“. Es gebe Bilder, die Filbinger „*lachend neben dem Exekutionskommando und vor den Beinen der Aufgehängten*“ zeigen. Eine internationale Untersuchungskommission werde dies belegen.

Wer Filbinger schützt, ist selber einer!

Filbinger hat von Anfang an mächtige Fürsprecher gehabt, die reihenweise Ehrenerklärungen für ihn abgaben und sich als Zeugen seiner „antinazistischen Gesinnung“ keck in der Öffentlichkeit meldeten. Peinlich wird es, wenn diese Zeugen der Verteidigung unversehens zu Angeklagten werden. Genau dieses Schicksal ereilte einen Prof. Dr. Hubert Armbruster, Ordinarius für Öffentliches Recht, Völker- und Staatsrecht an der Uni Mainz.

Armbruster wußte von einer innigen Freundschaft zwischen ihm und Herrn Filbinger zu berichten; eine Freundschaft, deren Grundlage — versteht sich! — „*eine kompromißlose Gegnerschaft gegen das NS-Regime*“ gewesen sei („stern“, 6.7.).

Seine Dissertation „*Die Wandlung des Reichshaushaltsrechts*“ läßt freilich seine „Gegnerschaft“ gegen das NS-Regime als nicht mehr ganz so „kompromißlos“ erscheinen und stellt die „antinazistische Grundlage“ dieser Freundschaft und damit Filbinger selbst in Frage.
ger selbst in Frage.

In seiner Dissertation begrüßt Armbruster die „*nationalsozialistische Verfassungswirklichkeit*“ mit dem „*Primat der völkischen Gemeinschaft gegenüber dem einzelnen, dem Grundsatz der Führung und Gefolgschaft, der Bewegung als staatstragenden Unterbau..., der autoritären und damit einheitlichen Herrschaftsordnung des völkischen Gesamtkörpers, dem Schutz der natürlichen Volksordnung, ... der Betonung rassischer Elemente...*“ (zit. nach „stern“, 6.7.). Man könnte noch Dutzende Zitate gleichen Charakters anführen. Die Dissertation war natürlich — wie könnte es anders sein! — Bestandteil des „*sehr ausgewogenen Systems der Tarnung*“, das die beiden Freunde damals „*entwickelt hatten*“ („stern“). Eine perfekte Tarnung, fürwahr! Sozusagen totsicher.

Aus dem Fall Filbinger wird ein Fall CDU

Die CDU hat sich nach den neuesten Enthüllungen „*uneingeschränkt*“ hinter ihren Parteifreund gestellt und eine Ehrenerklärung für Filbinger abgegeben, in der von seiner „*Glaubwürdigkeit*“, von seinen „*hervorragenden Verdiensten beim Aufbau*“ und von seinem „*Kampf für die Rechtsstaatlichkeit*“ gefaselt wird. Man muß das „*uneingeschränkt*“ unbedingt wörtlich nehmen! Die Solidarität der CDU mit Hitlers Marinerichter ist voll inhaltlich begründet. Die CDU-„Sozialausschüsse“ haben beispielsweise in einem Brief an den baden-württembergischen DGB penetrant vom „*Deserteur Kröger*“ (!) geschrieben, was nur als unverschämte Verhöhnung des Filbinger-Opfers zu verstehen ist, zumal der Name Gröger in dem Brief beharrlich falsch mit „K“ geschrieben wird („FR“, 29.6.). Die massive Rückendeckung der CDU für diesen Mann ist nur damit zu erklären, daß mit Filbinger eine zentrale Figur der politischen Reaktion, ein Mann, der rigoros und „erfolgreich“ CDU-Politik in seinem Bundesland durchsetzt, getroffen wird. Wenn Filbinger stürzt, dann nicht nur wegen seiner Vergangenheit, sondern auch wegen seiner gegenwärtigen Funktion als konsequenter Extremistenjäger („*Ich stehe vorne im Kampf gegen die Extremisten im Staatsdienst!*“), wegen seiner Rolle als Scharfmacher in der Union. Die Kontinuität seines politischen Wirkens ist zu offensichtlich. Und aus dem gleichen Grund, warum die CDU/CSU sich schützend vor Filbinger stellt, muß er von allen fortschrittlichen Menschen zum Rücktritt gezwungen werden.

Es filbingert auch in Schleswig-Holstein

„*Der Fall Filbinger ist offensichtlich kein Einzelfall*“, so leitete die „Tagesschau“ (ARD, 6.7.) die Meldung ein, daß der Lübecker Stadtpräsident Gaul (CDU), von 1967 - 69 Justiz- und Wirtschaftsminister in Schleswig-Holstein, im Krieg als Marinegerichtsrat zwei Todesurteile gefällt hatte. In einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz hatte der SPD-Fraktionsführer in der Bürgerschaft, Koscielski, Fotokopien von zwei vollstreckten Todesurteilen präsentiert, die Gaul 1942 und 1943 als Verhandlungsführer des Gerichts ausgesprochen hatte. Die SPD forderte eine sofortige Stellungnahme des Stadtpräsidenten und im Falle der Bestätigung der Vorwürfe seinen Rücktritt. Auch die FDP forderte unverzügliche Konsequenzen.

Diesmal keine „Phantomurteile“

Wegen „Fahnenflucht im Felde“ wurde der 27jährige Matrose Walter R. aus Hannover am 14. April 1942 in Wesermünde zum Tode verurteilt. Er war „fahnenflüchtig“ gewesen und hatte Diebstähle, Urkundenfälschung und Betrug zugegeben. Zur Strafzumessung schrieb Marinegerichtsrat Gaul: „*Für die Fahnenflucht ist die Todesstrafe ausgesprochen. Sie ist notwendig. Selbst, wenn ihm zugute gehalten wird, daß er ein haltloser und zielloser Charakter ist, so würde eine langjährige Zuchthausstrafe bei diesem Angeklagten überhaupt keinen Zweck haben ... Asoziale Elemente wie der Angeklagte müssen rücksichtslos ausgemerzt werden.*“ Das Todesurteil wurde am 1. Juni 1942 auf dem Pistolenschießstand vollstreckt.

In Narvik/Norwegen verurteilte Marinegerichtsrat Gaul am 16. Februar 1943 den Norweger Finn H. wegen „Wehrmittelbeschädigung“ zum Tode. Finn H. war als Arbeiter beim Sperrwaffenkommando der Kriegsmarine beschäftigt gewesen und sollte heimlich Bomben entschärft haben. Zunächst bestritt er die Tat, gestand am darauffolgenden Tag und widerrief schließlich vor dem Marinegericht sein Geständnis, weil er durch Schläge zu einem falschen Geständnis veranlaßt worden war. Doch das Gericht war von seiner Schuld überzeugt: „*Selbst wenn der Angeklagte in der langwierigen und durch sein anfängliches Leugnen schwierigen Vernehmung scharf angefaßt sein sollte, so bestehen doch keine Bedenken an der Richtigkeit seiner Angaben...*“ „*Aus Gründen der Sühne wie aber auch der Abschreckung kann es im vorliegenden Fall keine andere Strafe als die Todesstrafe geben. Durch die Tat des Angeklagten sollte die deutsche Wehrmacht geschädigt werden. Hiergegen gibt es nur die Todesstrafe*“, schloß die Urteilsbegründung vom 22. Februar 1943.

In einer handschriftlichen „Stellungnahme“ hieß es weiter: „*Der Marinekriegsgerichtsrat Gaul zu dem soeben gegen den Norweger Finn H. beschlossenen Todesurteil: Ich befürworte einen Gnadenerweis nicht.*“ Das Todesurteil wurde am 6. April 1943 vollstreckt, noch im Sterben beteuerte der Verurteilte seine Unschuld.

Gerhard Gaul selbst übernahm die „Verantwortung“ für die damals gefällten Urteile, da sie „damaligen Gesetzen entsprachen“, und kündigte „Beratungen“ mit seinen CDU-Freunden an. Denn: „*Das Verhalten der SPD gegen mich ist politischer Akt*“ („LN“, 7.7.).

Führende CDU-Landespolitiker stellten sich sofort hinter Gaul. Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg, CDU, warnte vor „*Kampagnen aus parteipolitischen Gründen*“. Wenn die SPD jetzt solche Diskussionen beginne, müsse sie sich selbst mit einbeziehen lassen. Stoltenberg fuhr fort, wenn man wirklich mit äußerster Härte in die Unterlagen vor 1945 hin-



Gerhard Gaul

eingehe, dann würden die Sozialdemokraten „*vor Konsequenzen in ihrer eigenen Führung gestellt*“ (NDR II, 7.7.). Na denn, Ring frei!

Erneuter Anschlag der Neonazis auf das Arbeiterbuch

Am Donnerstag, den 6.7.78, gegen 19.00 Uhr traten Neonazis wieder die Tür des Arbeiterbuchs ein. Laut Bericht der Polizei: Ein anonymer Anruf benachrichtigte sie von dem Anschlag der Neonazis, sie hätten jedoch keinen mehr erwischt ... Wir stellten Anzeige gegen Unbekannt und wegen Sachbeschädigung.

Wir bitten den anonymen Anrufer seine Kenntnis dieses Vorfalls uns mitzuteilen; einer möglichen Identifizierung der Faschisten nicht aus dem Wege zu gehen.

Arbeiterbuchkollektiv

Stellungnahme des LG des Kommunistischen Bundes zur Diskussion um eine alternative Wahlbeteiligung

1. Die neue Partei soll die Protestbewegung der Grünen/Bunten spalten und zersplittern, um soweit wie möglich den Einzug wirklich demokratischer, fortschrittlicher Abgeordneter in Kommunal- und Landesparlamente zu verhindern.

2. Die neue Partei soll der FDP entscheidende Stimmen nehmen, um sie aus einigen Landesparlamenten fallen zu lassen und damit CDU-Alleinregierungen zu ermöglichen, wie in Niedersachsen bereits geschehen. Sie soll darüber hinaus, falls sie den Sprung in die Parlamente schafft, als neuer Koalitionspartner der CDU/CSU fungieren, um eine verstärkte Rechtswende einzuleiten. Mit der NSDAP von Hitler und Goebbels hat diese neue Partei immerhin soviel gemeinsam, daß sie mit scheinbar volksfreundlichen Parolen und Versprechungen Stimmen einfangen will, die dann zugunsten des Großkapitals und der Reaktion umgemünzt werden sollen.

Wer diese neue Partei wählt, der wählt damit Befürworter eines verschärften Abbaus demokratischer Rechte (im Zeichen der „inneren Sicherheit“ und der „Bekämpfung des Terrorismus“), der wählt Befürworter der Todesstrafe, der wählt Befürworter einer repressiven Lohnpolitik („Gürtel enger schnallen“), der wählt Befürworter einer Steuerpolitik, die den Werktätigen nimmt, um die Reichen mit zusätzlichen Steuergeschenken und Investitionsanreizen zu verwöhnen.

Es liegt auf der Hand, daß es dieser neuen Partei nicht an kräftiger Unterstützung durch die bürgerlichen Medien fehlen wird, um s i e — und nicht die sich daneben alternativ bildenden echten Grünen/Bunten Listen — als wählbare Protestpartei erscheinen zu lassen.

Umso notwendiger ist es, daß alles getan wird, um diese Verräter an der grünen/bunten Idee so weit wie möglich zu isolieren und die an einem demokratischen Wahlbündnis interessierten Kräfte so breit wie möglich zusammenzuschließen.

Auch und gerade unter diesem Gesichtspunkt bedauern wir die außerordentlich kurzsichtige und sektiererische Haltung, die von beträchtlichen Teilen der Linken immer noch angesichts der Wahl-Diskussion eingenommen wird:

• Linke in der SPD, die teilweise schon seit mehr als zehn Jahren fruchtlos über eine neue sozialistische Partei debattieren, kommen auch jetzt noch nicht aus ihrer Abgehobenheit und Unverbindlichkeit heraus. Während ihre rechten „Kollegen“ sich nicht scheuen, die Gelegenheit beim Schopf zu packen, um mit einer neuen Partei die Bewegung zu spalten, ergehen sich namhafte linke Sozialdemokraten immer noch in abstraktem Geschwätz oder philosophieren gar, wie die neu entstandene Bewegung vielleicht doch noch in die SPD zu integrieren sei. Die Jusos scheinen in ihrer Mehrheit immer noch entschlossen, sich mit „linker“ Demagogie als Wahlkämpfer für die SPD in die Bresche zu werfen, statt über die reale Perspektive fortschrittlicher alternativer Wahlbündnisse mitzudiskutieren.

Ähnliches gilt auch für die Situation in der FDP.

• Die DKP, die in Hamburg und Niedersachsen beträchtliche Verluste hinnehmen mußte (in Hamburg verlor sie rund 60 % ihrer Wähler!), betrachtet die Grünen/Bunten Listen nach wie vor ausschließlich als Konkurrenz. Daher ist die DKP unverkennbar sehr f r o h über das Treiben der Gruppe um Gruhl - Beddermann - Fredersdorf und über die Spaltung der grünen/bunten Bewegung. Die DKP macht dementsprechend keinerlei Versuch, konstruktiv in die Wahl-Diskussion einzugreifen.

• Das Sozialistische Büro Offenbach, das über einigen Einfluß bei Teilen der „Neuen Linken“ verfügt, hielt sich bisher gleichfalls weitgehend aus der Wahl-Diskussion heraus. Sehr radikal linke Begründungen sollen herhalten, um diese politische Abstinenz des SB zu rechtfertigen: So sorgt sich das Sozialistische Büro angeblich darum, daß die Basisbewegung durch eine Wahlbeteiligung an Schlagkraft verlieren könnte, daß parlamentarische Illusionen sich ausbreiten usw. In Wahrheit jedoch scheint es eher darum zu gehen, daß das SB nicht von seiner bisherigen Politik der stillschweigenden Wahl-Unterstützung der SPD abrücken will.

Inzwischen zeichnet sich eine Kursänderung beim SB ab zugunsten einer Beteiligung an der Wahldiskussion. Das ist prinzipiell zu begrüßen, auch wenn es anscheinend einigen rechten SB-Funktionären vor allem darum geht, jetzt rasch Schlüsselstellungen in den alternativen Listen zu besetzen und Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen die Mitarbeit von Kommunisten in den Grünen/Bunten Listen durchzusetzen.

Es kommt jetzt darauf an, in den laufenden Wahldiskussionen deutlich das linke, sozialistische und konsequent demokratische Element zu stärken. Ungeachtet sonstiger Differenzen sollte die Linke sich endlich überwinden, konstruktiv zusammenzuarbeiten und am selben Strang zu ziehen, statt sich gegenseitig auszumanövrieren. Das gilt vor allem auch mit Blick auf eine Beteiligung an den Bundestagswahlen 1980. Zwei Jahre, die uns bis dahin noch für Diskussion und Vorbereitung verbleiben, sind keine lange Zeit! Sie sinnvoll zu nutzen, könnte die westdeutsche Linke insgesamt einen wichtigen Schritt voranbringen.

BESCHLAGNAHMUNG VON ZEITUNGEN BEIM GRENZÜBERTRITT

Saarbrücken 27. Juni — *Am Samstag, den 24.6.78 gegen 16 h wurden am Grenzübergang "Goldene Bremm," Saarbrücken, 12 Exemplare verschiedener Zeitungen beschlagnahmt. Dokumentation der Betroffenen:*

"Am 24.6 wollte ich nachmittags kurz nach Forbach zum Einkaufen. Es wurde ein längerer Ausflug – dank eines pflichtbewußten deutschen Zollbeamten. Nach dem üblichen Rechtsran-Fahren und ausgiebiger Ausweiskontrolle (woran Leute, die politische Aufkleber am Auto haben oder sich durch andere Merkmale auszeichnen, die längere "Grenzaufenthalte" zur Folge haben, gewöhnt sind) sollte ich diesmal die Klapptür des Busses öffnen, damit sich der Grenzbeamte die Zeitungen, die ich darin hatte, ansehen konnte. Ich war total überrascht, damit hatte ich nicht gerechnet; obwohl ich über die Existenz des Bundesgrenzschutz-Index sehr wohl Bescheid weiß. Aber daß ich konkret davon betroffen bin ....

Der Beamte (Bundesgrenzschutz) schaute sich die Zeitungen an (es waren etliche) und fragte mich, ob sie mein Eigentum wären und ob ich sie verteilen würde, was ich verneinte. Er fragte mich, zu was für einer Organisation ich denn gehören würde, worauf ich keine Antwort gab. Seinen Äußerungen und seiner Mimik nach schienen die Zeitungen für ihn ein großer Fang zu sein. "Die Leute, die diese Zeitungen vertreiben, scheinen ja voll drin zu stecken." sagte er. "Worin?" fragte ich Antwort: "Kommunismus ....", "Die sollen doch in den Osten gehen!"

Der Beamte fragte, ob er die Zeitungen einbehalten könne, was ich verneinte. Daraufhin meinte er, daß er sie dann beschlagnahmen würde, was er auch tat. Er beschlagnahmte insgesamt 12 Exemplare verschiedener Zeitungen (Arbeiterkampf Stadtzeitung Saarbrücken - Sondernummer zum Russell-Tribunal, Broschüre einer Lübecker Frauengruppe, Rebell, Internationale, Flugblatt der 'Bunten Liste').

Ich war wütend, zitterte und fühlte meine Ohnmacht. Auf meine Frage, was er denn mit den Zeitungen wolle sagte er, daß sie weggeschickt würden. Ich sagte, daß die Zeitungen doch bekannt seien und es würde doch reichen, daß ihre Titel angegeben würden und meine Personalien dazu. "Das hat mit ihnen nichts zu tun," antwortete er. Ich sagte ihm noch, daß er mir doch nicht einfach fremdes Eigentum wegnehmen kann das wäre ja wohl Diebstahl und verlangte wenigstens eine Quittung, die er mir verweigerte. Meine Personalien wurden auf einen Zettel geschrieben und zu den beschlagnahmten Zeitungen nochmals dazugeheftet.

Ich fuhr dann weiter zum Einkauf und konnte mich auf der Rückfahrt bis ich zur Grenze kam einigermaßen wieder beruhigen. Die Einschüchterung des deutschen Beamten hatte ich überwunden. Man winkte mich durch, doch ich war inzwischen wieder soweit sicher, daß ich forderte, mir den Namen des Beamten zu nennen, der mit die Zeitungen weggenommen hatte. Daraufhin schrieb mir der Beamte eine Bescheinigung aus und ließ sich sehr viel Zeit damit. Seinen Namen nannte er nicht. (Die Bescheinigung ließ er von einem anderen Beamten unterschreiben). In der Zwischenzeit wollte ein anderer Beamter das Auto nochmals durchsuchen. Auf meinen Hinweis, daß die Durchsuchung auf der Fahrt nach Frankreich schon gründlich vorgenommen worden sei, meinte er, daß das Auto jetzt noch zollrechtlich geprüft werden müsse."

Kontakt: Stadtzeitung Saarbrücken, Postfach 176, 6600 Saarbrücken.

(Datum, Uhrzeit)

12 Schriften kommunistischer Herkunft.

Spitzel entlarvt



„Wolfgang aus Frankfurt" oder wie hieß er noch?

Nachdem der „Staatsschutz" vor kurzem ergebnislos versucht hatte, einen ehemaligen Mitarbeiter der „Knastgruppe-Lübeck" für den Verfassungsschutz anzuwerben, konnte jetzt nach Angaben der Gruppe ein Spitzel enttarnt werden. Bravo!

Ein bislang unbekannter „Wolfgang aus Frankfurt" hatte sich telefonisch mit einem Genossen der Knastgruppe verabredet. Er führte sich recht konspirativ auf und erzählte, er komme von Leuten, die die Spontis in der BRD vereinen wollten, das hätte auch was mit bewaffnetem Kampf zu tun ... Offensichtlich wußte er über persönliche Differenzen zwischen dem Genossen und der Gruppe Bescheid, denn er versuchte, diese Differenzen auszunutzen, um mehr über die Knast-Gruppe zu erfahren.

Vor dem nächsten Treffen mit „Wolfgang aus Frankfurt" beriet sich der Genosse in seiner Gruppe und erschien zusammen mit einer Genossin in der verabredeten Kneipe.

In der Diskussion verwickelte sich „Wolfgang aus Frankfurt" in mehrere Widersprüche:

- Obwohl er angibt, sich nicht in Knastarbeit auszukennen, weiß er doch bestens über konkrete Einzelheiten der Knastarbeit Bescheid;
- Weder kann er die Telefonnummer von einem linken Anwalt, mit dem er angeblich zusammenarbeitet angeben, noch ist er bereit, eine Adresse anzugeben, unter der er selbst erreichbar ist;
- Als die Genossen ihn bitten, mit in ihre Wohnung zu kommen, weigert er sich und bestellt ein Taxi.

Als sich zur gleichen Zeit Genossen vor der Kneipe sammeln, fallen ihnen mehrere mit Funk ausgerüstete zivile Bullenwagen auf. Die beiden Genossen kommen aus der Kneipe. „Wolfgang aus Frankfurt" weigert sich herauszukommen, das bereits erschienene Taxi wird wieder weggeschickt. Als „Wolfgang aus Frankfurt" versucht, die Kneipe durch einen Hinterausgang zu verlassen, kann er aufgehalten werden, und er muß dabei wohl sein Notizbuch verloren haben, in dem doch tatsächlich einige Telefonnummern des BKA und von Landeskriminalämtern stehen – ganz schön frech der Bursche!

(Alle Informationen aus einem Bericht der „Knastgruppe Lübeck").

Antifa-Kommission
KB Gruppe Hamburg

Überwachungsstaat: Von Skandal zu Skandal

gang aus Frankfurt" hatte sich telefonisch mit einem Genossen der Knastgruppe verabredet. Er führte sich recht konspirativ auf und erzählte, er

richt der „Knastgruppe Lübeck").

Antifa-Kommission
KB Gruppe Hamburg

Überwachungsstaat: Von Skandal zu Skandal

Fortsetzung von Seite 1

der Bunten Liste Hamburg. Begründet wurde die Beschlagnahme mit dem § 28 des Bundesgrenzschutzgesetzes. Darin heißt es: *„Der Bundesgrenzschutz kann eine Sache beschlagnahmen, wenn dies zur Beseitigung einer erheblichen Störung oder zur Abwehr einer unmittelbar bevorstehenden erheblichen Gefahr erforderlich ist...".*

Eine Quittung wurde der Studentin zunächst verweigert, die erhielt sie erst, als sie auf dem R ü c k w e g aus Frankreich sehr entschieden nochmals danach verlangte. Erst einige Tage später wurde die Beschlagnahme aufgehoben und als „eindeutig unzulässig" bezeichnet.

Weitere skandalöse Praktiken der „Sicherheitsbehörden" deckte die Zeitschrift „konkret" in ihrer Juli-Nummer durch den Abdruck eines vertraulichen Protokolls der Sitzung des Bundestagsinnenausschusses vom 26. April 1978 auf. Die darin enthaltenen Berichte des BKA-Präsidenten Herold und des (derzeitigen) Bundesinnenministers Maihofer über den Stand der „Sicherheitsmaßnahmen" 1977/78 enthalten teilweise Informationen, die vor der Veröffentlichung schon einzeln von den Medien gemeldet wurden, teilweise auch Informationen, die gegenüber der Öffentlichkeit von Seiten der Behörden bisher noch nicht eingestanden waren.

BKA- Chef Herold beispielsweise teilte dem Innenausschuß mit, daß in der Bundesrepublik 1300 Personen der „Beobachtenden Fahndung" (Befa) im Bereich der Terroristenbekämpfung unterliegen, und stellte fest, daß die Besuche bei politischen Gefangenen sich in der letzten Zeit beträchtlich gesteigert hätten. Unter den im Berichtszeitraum insgesamt 3500 Besuchen seien 341 von „Befa- Personen" wahrgenommen worden.

Innenminister Maihofer teilte dem Kreis mit, daß auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit der Polizeien es *„mit den Franzosen... wie mit den Engländern – förmliche Vereinbarungen über die Zusammenarbeit im Bereich der Terrorismusbekämpfung"* gebe, und daß in mehreren Sitzungen der europäischen Innenministerkonferenz eine multilaterale Zusammenarbeit im Polizei- und Verfassungsschutzbereich vorangebracht worden sei.

Innenpolitisch stellte Maihofer zwei Präventivprogramme für den VS- und den Polizeibereich vor. Für den VS gehe es in Zukunft verstärkt um die „Vorfeldbeobachtung" und Verbleibsfeststellungen in „Terroristenkreisen". Besonders betonte er die Aufgabe der „aktiven Informationsgewinnung" sprich den verstärkten Einsatz von Spitzeln. Für den Polizeibereich nannte er konkret ein »Maklerprogramm«, ein »KFZ-Fahndungsprogramm« und ein Programm für die Öffentlichkeitsfahndung. Daneben gehe es auch hier um »aktive Informationsgewinnung«, wie sie mit der Befragung von Hausmeistern in Wohnkomplexen schon geschehen sei.

Die Schwerpukte der Fahndungsarbeit jedoch lägen - so Maihofer - in der Grenzfahndung und der Ziel-Fahndung. Neu waren insbesondere einige Informationen über die Grenzfahndung: so gibt es beispielsweise 144 BGS- Beamte, die in Vierergruppen als »mobile Fahndungsgruppen« eingesetzt werden. Außerdem werden immer jeweils 500 Beamte der Grenzschutzverbände an der grünen Grenze »mit immer verfeinerter Strategie« eingesetzt.

Bisher der Öffentlichkeit nicht bekannt war auch, daß zwischen BGS und den 5000 Zollbeamten an den Grenzen *»ein völlig einvernehmliches Verhältnis hergestellt«* worden sei, derart, daß der Zoll *»an geringer besetzten Übergängen auch Fahndungsaufgaben für uns«* übernehme, *»wie wir auch Zollaufgaben von ihnen übernehmen«*. Außerdem stünden die 600 Beamten des Zollgrenzschutzes als Mobile Fahndungsgruppen für den BGS zur Verfügung.

Dieses ganze Riesenprogramm unterliege einer ständigen Auswertung und Steuerung durch eine „Organisationseinheit" (womit wahrscheinlich ein für diesen Zweck geschaffenes polizeiliches Lagezentrum gemeint ist).

Das vorerst letzte Bündel polizeistaatlicher Schnüffelpraxis enthüllte die „Frankfurter Rundschau" am 5.7. Dabei wurden folgende Maßnahmen bekannt:

— Nach sechs vom Bundesamt für Verfassungsschutz zusammengestellten Bänden mit steckbriefartigen Angaben über 789 *„leitende Funktionäre linksextremistischer Kern- und Nebenorganisationen"* registriert der BGS die „Reisetätigkeit" dieser Personen. Diese Überprüfungen werden seit mindestens 15 Jahren praktiziert, denn schon 1963 stellte der VS Fotos und Beschreibungen zusammen, um damals die *„Reisebewegungen von Funktionären der illegalen KPD"* zu registrieren. Im September 74 erhielt der BGS vom VS eine Neuauflage dieses Bandes, in dem damals 129 Personen erfaßt waren. 58 von diesen Personen wurden auf insgesamt 283 Reisen im Zeitraum von September 1974 bis September 1977 vom BGS an den Grenzen erkannt und dem VS gemeldet. Vom 5. September 1977 an gab der VS dann die sechs schwarzgebundenen Bände an diverse Polizei- und BGS-Dienststellen aus, in denen 789 registrierte Personen namentlich aufgeführt sind. Der VS bat den BGS, in diesen Bänden befindliche Informationslücken durch eigene Erkenntnisse aufzufüllen („SZ", 6.7.).

Gleichzeitig wurde durch die „FR"-Enthüllung der Öffentlichkeit eine Verfügung bekannt, nach der im Oktober 1977 mehrere Wochen lang *alle Reisenden im Alter zwischen 20 und 35 Jahren* an den Grenzen datenmäßig erfaßt und an das Bundeskriminalamt, Abteilung TE (Terrorismus) gemeldet wurden. Dabei wurden Reisende, die in diesen Wochen mehrmals die Grenze überquerten, im BKA-Computer als „Befa-7-K" klassifiziert. Diese Kürzel bedeutet, daß diese Personen nunmehr als „Kontaktpersonen der Terroristen" verdächtigt wurden. Angeblich sollen die Angaben über die in diesen Wochen Registrierten bis auf wenige Ausnahmen (in denen schon vorher ermittelt wurde) inzwischen gelöscht worden sein. Der hessische Datenschutzbeauftragte Professor Simitis läßt dagegen anderes vermuten: *„Wir haben noch keinen Fall gehabt, wo bei den Sicherheitsbehörden ein Vermerk wieder vernichtet worden ist"* („stern", 6.7.).

Weiter wurde bekannt, daß der BGS seit fünf Jahren die vorrangige Aufgabe habe, „Begleitpersonen in Kraftfahrzeugen" festzustellen, die in Begleitung von Personen die Grenze überschreiten, die der „beobachtenden Fahndung" unterliegen. Bis zum Herbst 1977 wurden auf diese Art und Weise rund 5.000 „Befa-7-K" Personen registriert. Die Daten über diese Personen wurden dem VS übergeben.

Abschließend muß noch betont werden, daß nach diesen Enthüllungen die Praktiken keineswegs eingestellt werden sollen — allenfalls soll deren W a h l l o s i g k e i t abgebaut werden, um den Nutzen und die Effektivität dieser Kontrollen zu steigern. Bezüglich der Schnüffeleien an Hand der sechs schwarzen Bände mit den 789 verdächtigen „linksextremistischen Funktionären" legten Sprecher des Bundesinnenministeriums am 5.7. Wert auf die Feststellung, daß auch nach Rücknahme der Lichtbild-

Fortsetzung nächste Seite

Von der „Observationsfront": Repression im Urlaub

Mitte Juli 1977 fuhren wir, d.h. drei Männer und zwei Frauen, per Bahn vom Ruhrgebiet nach Italien, genauer gesagt nach Sardinien. An den Grenzen ließen wir die für „Flipprige Typen" hinlänglich bekannten ausführlichen Kontrollen der Personalpapiere über uns ergehen. Auch in der Kontrolle der Fahrkarten in der Bahnhofsstation von Roma Termini durch Uniformierte und drei Zivile sahen wir noch nichts Besonderes. Was wir dann in den nächsten Wochen allerdings alles an Terror erlebt haben, klingt nach Western oder Krimi.

Ständig, Tag und Nacht, waren ganz offen acht Zivile in zwei Alfas hinter uns her. Alle Kontaktpersonen, mit denen wir mehr als nur ein paar Worte wechselten, wurden fotografiert und ihre Personalien zusätzlich durch örtliche Zivilpolizisten festgestellt. Bei Tramp-Fahrten wurden unsere Fahrer angehalten und darauf aufmerksam gemacht, daß sie „Terroristen befördern". Unsere Zimmerwirte wurden ständig durch Belagerung der Hoteleingänge eingeschüchtert, auf Campingplätzen wurden nächtliche Razzien nach uns durchgeführt.

Wir versuchten uns beim Polizeichef und beim BRD-Konsulat zu beschweren. Polizeichef und Konsul bestätigten freundlich die Observierung und empfahlen uns, die Sache nicht so schwer zu nehmen. Daß wir dennoch unsere ganze Ferienzeit in Sardinien verbrachten, haben wir in erster Linie Genossen/innen zu ve.danken, auf die wir unterwegs immer wieder stießen und die uns sehr solidarisch unterstützt und ermutigt haben, uns durch die ständige Überwachung nicht kleinkriegen zu lassen.

Wir gehen davon aus, daß die Observierung nicht auf Initiative der italienischen Behörden eingeleitet wurde, denn in Italien ist keiner von uns jemals mit der Justiz oder der Polizei einschlägig in Konflikt geraten. Wir führen die ganze Aktion auf die Initiative westdeutscher „Staatsschutz"-Behörden zurück, weil

- 1. die Äußerungen der Polizei über unsere Zugehörigkeit zur „deutschen Terrorszene" diese Richtung weise;
- 2. zwei Mitglieder unserer Gruppe durch ihre langjährige Freundschaft mit einem Genossen, gegen den z.Zt. eine Anklage wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" läuft, der Polizei und Justiz bekannt sind;
- 3. unsere Tätigkeit in Anti-Repressions- und Anti-AKW-Initiativen uns in den Augen des „Staatsschutzes" zu potentiellen Gewalttätern macht.

Die Überwachung in Italien wurde inzwischen auch vom Außenministerium der BRD bestätigt. – Gegen Mitglieder der Reisegruppe liegen keine Anklage- oder Ermittlungsverfahren vor!

Diese Vorkommnisse bedeuten nach unserer Einschätzung folgendes:

Es gehört zur Taktik der Staatssicherheitsorgane (Verfassungsschutz und BKA), im Umfeld vermuteter „Roter Zellen" Druck auf mögliche Unterstützer und „Sympathisanten" auszuüben. Sie gehen davon aus, daß sich aus diesem Kreis der Nachwuchs rekrutiert. Durch Druck in Form von Observierung, Telefonkontrolle, Sonderbehandlung bei Grenzübertritten und „Ferien-Terror" im Ausland, sollen die „potentiellen Terroristen" verunsichert, zu Fehlreaktionen und eventuell zur Flucht in den Untergrund gedrängt werden. Indem sie diesen Leuten ständig auf den Fersen bleiben, hoffen die Bullen in den Untergrund, wo auch immer der Eingang dazu sein mag, folgen zu können und so vielleicht Zugang zum „harten Kern" zu bekommen.

Daß diese Einschätzung nicht aus der Luft gegriffen ist und scheinbar auch auf meinen Fall zutrifft, zeigen zwei Ereignisse nach Italien, die auf der gleichen Linie liegen:

- In der Nacht, die auf die Entführung von Schleyer folgte, klingelten mich zu Hause sechs Polizeibeamte in Zivil aus dem Schlaf. Vier standen an der Tür, zwei mit Maschinenpistolen im Hintergrund. Sie erkundigten sich nach meinem Alibi in der Zeit von 16.00 bis 17.00 Uhr (der Zeit, als die Entführung erfolgte). Meine Angaben wurden am folgenden Tag überprüft, was auch nicht gerade angenehm ist, da auf diese Weise Verdächtigungen ausgestreut werden, gegen die man sich schlecht wehren kann.
- Im Januar 1978 geriet ich bei einer Wochenendfahrt nach Belgien in eine Verkehrskontrolle der belgischen Reichswacht. Per Telex wurden bei der belgischen Zentrale meine Daten abgerufen (übrigens auch die meiner Begleiterin, die bis zu diesem Zeitpunkt dem Computer unbekannt war, jetzt aber nicht mehr ist). Bei mir war eine Liste mit detaillierter Personenbeschreibung bereits vorhanden und in der Fahndungsrubrik „Terrorismus, Anarchie, Sabotage" eingeordnet. Ich habe das Fernschreiben selbst gesehen. In einem Verhör wollte man wissen, wie lange wir uns bereits in Belgien aufhielten, wo wir hinwollten und wann wir wieder nach Hause fahren.

Nach wie vor existiert weder in der BRD noch im Ausland ein Ermittlungs- oder Strafverfahren gegen mich. Ich weiß jedenfalls von keinem.

Auch wenn in unserem Staat noch nicht jeder mit solch unliebsamen Repressionsmaßnahmen rechnen muß, bleibt festzustellen, daß politische Gegner, Kritiker und vermeintliche Kritiker der sozialen und politischen Verhältnisse in der BRD und anderswo in immer größerem Umfang und mit immer willkürlicheren und perfektionierteren Maßnahmen bereits im Vorfeld rechtlicher Auseinandersetzungen wegen ihrer politischen Betätigung, ihrer Gesinnung diskriminiert und mit polizeistaatlichen Maßnahmen drangsaliert werden.

Aus einem Bericht aus Duisburg

Fortsetzung von Seite 3

bände die Beobachtung der Reisetätigkeit extremistischer Personen auf Grundlage der gültigen Soderanweisung fortgesetzt werde („Welt", 6.7.).

An dieser Stelle erinnern wir an das alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 31 vom 1. Juli 1946 (dessen Grundgedanke im Verfassungsschutzgesetz von 1972 ausdrücklich bestätigt wird), um deutlich zu machen, wie die „Sicherheitsorgane" unter Mißachtung dieser Gesetze an die Arbeitsweise der Gestapo anknüpfen. In dem Gesetz heißt es:

„Art I
Alle deutschen Polizeibüros und -agenturen, die die Überwachung oder Kontrolle der politischen Betätigung von Personen zum Zweck haben, werden hiermit für ganz Deutschland aufgelöst. Diese Bestimmung ist auf alle Polizeibüros und -agenturen anwendbar, die entweder gesetzmäßig eingesetzten deutschen Polizeistellen unterstehen oder unter die Kontrolle der Ortsbehörden gestellt sind.

Art. II
Jede Neueinrichtung sowie jede Tätigkeit von Polizeibüros oder -agenturen der in Artikel I näher bezeichneten Art wird hierdurch verboten.

Art. III
Wer einer der Bestimmungen des Gesetzes zuwiderhandelt, setzt sich strafrechtlicher Verfolgung vor einem Gericht der Militärregierung und gegebenenfalls einer Strafe aus, die das Gericht für angemessen erachtet. Der Versuch ist strafbar.

Art. IV
Jede Bestimmung der deutschen Gesetzgebung, die im Widerspruch zu diesem Gesetz steht, wird hierdurch aufgehoben".
Daß die aufgedeckten Praktiken im Wortsinne k r i m i n e l l sind, dürfte demnach feststehen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Verfassungsschutzskandal in Schleswig-Holstein: Seit 20 Jahren Arbeiter überprüft!

Seit 1958 wurden bei der Werkzeug- und Maschinenfabrik Wilhelm Fette in Schwarzenbek/Lauenburg alle Arbeiter routinemäßig vom Verfassungsschutz überprüft. Dieser neue Verfassungsschutzskandal, der von dem schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten Eckart Kuhlwein an die Öffentlichkeit gebracht wurde, beweist, daß die bei den »Hamburger Stahlwerken« und anderen Hamburger Betrieben angewandten Mafia-Methoden kein Einzelfall sind. Vielmehr haben mittlerweile die schleswig-holsteinische Landesregierung und das Landesamt für Verfassungsschutz mit öffentlichen Stellungnahmen durchblikken lassen, daß solche Überprüfungen die Regel (!) sein dürften!

Fette-Kapitalisten und Landesregierung versuchten nach der Enthüllung des Skandals, den ganzen Fall runterzuspielen. Die Stellungnahme der Geschäftsleitung: *»1. Der Verfassungsschutzbehörde sind lediglich der Name, der Wohnort und das Geburtsdatum der neu eingestellten Mitarbeiter mitgeteilt worden. 2. Nach Zusicherung der Behörde führten diese Mitteilungen weder zu Überprüfungen noch zu besonderen Ermittlungen, und es erfolgte in keinem Fall eine Registrierung oder Speicherung von Namen auf Datenträgern. Die übersandten Daten wurden vernichtet. 3. Auf Betreiben der Firmenleitung sind die Mitteilungen an die Behörde im April des Jahres eingestellt worden.«* (nach »Bergedorfer Zeitung«, 6.7.78). Wer's glaubt, wird selig, kann man da nur sagen. Zu ähnlichen Vertuschungsmanövern war auch beim HSW-Skandal durch den SPD-Senat gegriffen worden: Überprüfungen seien eingestellt worden; der FDP-Bürgerschaftsabgeordnete Weber, der eine Anfrage gestellt hatte, würde sich nur zum Handwerkszeug des KB machen lassen. Im Falle Reynolds wurde behauptet, daß es keine Entlassungen infolge der Überprüfungen gegeben habe.

Im Fall Fette wurde auch mittlerweile bekannt, daß es doch *»in einzelnen Fällen Erörterungen zwischen Verfassungsschutz und Firmenleitung gab«* (NDR,6.7.).
Ohne Konsequenzen? Nur zum Spaß wahrscheinlich!

Nicht der erste Skandal bei Fette!

Die Überprüfungen durch den VS bei Fette wurden damit »begründet«, daß *»nach Meinung des Verfassungsschutzes der Verdacht nicht auszuschließen gewesen sei, daß bei der Firma Angehörige gegnerischer Nachrichtendienste eingeschleust werden sollten.«* (Eckernföder Zeitung, 6.7.). Zu dieser Konstruktion hatten die Fette-Kapitalisten schon einmal gegriffen, um fortschrittliche Betriebsräte rauszuschmeißen, waren damals jedoch auf den Bauch gefallen. Vor zwei Jahren heuerten sie einen Spitzel bei der inzwischen Pleite gegangenen »Mihm OHG« an, ein Spitzelunternehmen, das auf »Abwehr« und »Industrieschutz« spezialisiert war. Den Fette-Kapitalisten paßte nicht, daß bei den BR-Wahlen die alte rechte BR-Clique weitgehend durch aktive IGM-Mitglieder abgelöst worden war. Der als Hilfsschlosser eingeschleuste Spitzel Voigt schlich sich gezielt in das Vertrauen einiger BR-Mitglieder ein und versuchte sie später zur Werkspionage zu verleiten. Voigt bot 10.000 DM für das grundsätzliche Einverständnis, Zeichnungen aus dem Werk zu schaffen. Nur weil Voigt selten blöde vorging, flog die Sache auf: Denn Zeichnungen sind bei Fette kein Geheimnis; und der Spitzel nannte ausgerechnet die Namen dreier weiterer BR-Mitglieder, die im Betrieb als unbequem für den Kapitalisten galten. Einem BR-Mitglied wollte er die „Spionage" mit dem Hinweis schmackhaft machen, daß er doch sicher Geld für seinen Hausumbau benötige. Doch da von diesem Hausumbau nur die Geschäftsleitung wußte, flog die ganze Sache auf. Der Kollege brachte den Fall vor den Betriebsrat und führte einen Gerichtsprozeß gegen die Fette-Kapitalisten; sie wurden zu einer Geldstrafe von 30.000 DM verknackt.

Das war ein Fall, wo die Spitzelei glücklicherweise aufgeflogen ist. Bleibt die Frage, wieviele Spitzel sich sonst noch im Betrieb rumgetrieben haben und in wie vielen Fällen es den Fette-Kapitalisten gelungen ist, unbequeme Kollegen loszuwerden!

VS-Überwachung in Schleswig-Holsteins Betrieben: Nichts besonderes!

Landesregierung und Verfassungsschutz erklärten, daß für den VS wiederholt Gründe vorgelegen hätten, *»Informationen über verfassungsfeindliche beziehungsweise sicherheitsgefährdende Bestrebungen zu beschaffen.«* (Bergedorfer Zeitung, 6.7.) — lagen solche Gründe vor wie im Falle der Bespitzelung der BR-Mitglieder? Die Landesregierung ging in ihren Stellungnahmen noch weiter: *»Dieser Maßstab gilt auch in der Zusammenarbeit mit anderen Betrieben in Schleswig-Holstein, sofern sich dort Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche, sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeit ergeben.«* (Bergedorfer Zeitung, 6.7.). ImKlartext heißt das : passen einem Kapitalisten Kollegen nicht in den Kram, kann er den Verfassungsschutz auf die Belegschaft ansetzen. In diesem Sinne dürfte die Bespitzelung ganzer Belegschaften durch den VS in Schleswig-Holstein an der Tagesordnung sein. Auf die Angaben der Landesregierung, daß *»die Zahl der Betriebe, mit denen der schleswig-holsteinische Verfassungsschutz zwecks Informationssammlung über verfassungsfeindliche oder geheimdienstliche Bestrebungen Kontakte unterhält, laufend wechselt«* und es zur Zeit *»weniger als 20«* seien, kann man pfeifen (nach Kieler Nachrichten, 8.7.).

Am 7.7. kam die Bespitzelungsaffäre vor den »Vertrauensleuteausschuß« des Schleswig-Holsteinischen Landtags, der angeblich zur »Kontrolle« des Verfassungsschutzes da ist. Zwar könnten *»die Verdachtsmomente, die der Tätigkeit des Verfassungsschutzes zugrundeliegen ... im einzelnen aus verständlichen Gründen nicht mitgeteilt werden«*, trotzdem wurden einige interessante Statements abgegeben: *»Die Arbeit des Verfassungsschutzes in Betrieben ist nach Darstellung des Sprechers des Innenministeriums ,allgemein bekannt' ... In den regelmäßigen Informationsberichten für die Parteien würden Ergebnisse von Recherchen in Betrieben nur erwähnt, wenn es sich ,im Einzelfall um eine im Vergleich zu den anderen Arbeitsergebnissen bedeutende Angelegenheit' handele ... Als Beispiel für ,viele konkrete Erkenntnisse' sei zu vermerken, daß bei den letzten Betriebsratswahlen in einem großen schleswig-holsteinischen Unternehmen* (Anm.: HDWKiel) *die von der maoistischen KPD/ML ins Leben gerufene RGO 15% der Stimmen erhalten habe. Initiativen für Untersuchungen würden je nach Einzelfall und Anlaß von Seiten des Verfassungsschutzes oder von betrieblicher oder anderer Seite ergriffen«* (nach »Kieler Nachrichten«, 8.7.).

Die von der Landesregierung angegebene Zahl von 50.000 VS-Überprüfungen seit 1972 kann man nach Audeckung dieses neuen Bespitzelungsskandals um Zigtausende erhöhen. Bleibt die Frage, wieviele Berufsverbote es für Arbeiter in Schleswig-Holstein schon infolge dieser staatlichen Überwachung gegeben hat!

KB/Landesleitung Schleswig-Holstein

Im Kreuzfeuer der Kritik: »Neue Gestapo« der BRD

In den neuesten Ausgaben der Zeitschriften „konkret" und „Stern" wird der Vorwurf erhoben, eine „geheime Staatspolizei" werde in der BRD wiederaufgebaut, und zwar unter bewußter Umgehung des alliierten Verbots von 1946. Anlaß für diese Kritik ist das Bekanntwerden neuer Fakten über die Fahndungsmethoden der „Sicherheitsorgane".

„Konkret" eröffnete die Enthüllung mit der Veröffentlichung eines „vertraulichen Protokolls des Bundestags-Innenausschusses" vom 24.4.78. Darin werden im wesentlichen zwei Punkte deutlich: Zum einen die Durchführung der sog. BeFa („beobachtende Fahndung") bei der Fahndung nach „Terroristen" und ihrem „Umfeld" sowie das Ausmaß des dazu eingesetzten Computer-Netzes; zum zweiten Details des „Strategiekonzepts Terrorismus", als da sind: ein Präventions (= Vorbeugung)konzept für VS u n d Polizei gleichermaßen („hauptsächlich aktive Informationsgewinnung" und „entsprechende Operationen"), Fahndungsverbund (BGS, Zoll, Bahnpolizei, u.a.m.), Grenzfahndung, Zielfahndung, internationale Kooperation. „Konkret" kommentiert die BeFa: *„BeFa heißt ,beobachtende Fahndung'. Das ist eine normale polizeiliche Maßnahme z.B. bei der Verfolgung von Rauschgift- oder Bandenverbrechen: Personen in der engsten Umgebung von Tatverdächtigen werden beobachtet. Anders bei der BeFa 7, die dem Terrorismus gilt: Hierbei werden alle Kontaktpersonen in den Fahndungscomputer des Bundeskriminalamts (BKA) gespeichert, die im Umfeld eines Tatverdächtigen erfaßt werden – auch Personen, die nur zufällig und ahnungslos mit einem Tatverdächtigen in einem Zugabteil sitzen. BeFa 7 bedeutet gelegentliche oder regelmäßige Telefonüberwachung, Postkontrolle, Personenüberwachung, Registrierung sämtlicher Grenzübertritte. Fluggesellschaften liefern Buchungslisten, Leihwagenfirmen melden Fahrzeugmieter. Sämtliche Gefängnisbesuche werden kontrolliert, alle der BeFa unterliegenden Besucher, z.B. auch Anwälte, werden überwacht, Gesprächsprotokolle werden ans BKA und an das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) geliefert".*

Zum Computer-Netz der „Sicherheitsorgane" heißt es in „konkret": *„INPOL ist das normale Computer-System der Polizei.. PIOS (=Personen, Institutionen, Organisationen, Sachen) ist der spezielle Terror-Computer des BKA. In ihm sind gespeichert: gestohlene oder verlorene Ausweise (Pässe, Führerscheine) und ihre früheren Besitzer, Kontaktpersonen von Gesuchten, Sympathisanten (z.B. Leute, die 1968 mit Ulrike Meinhof befreundet waren, auch wenn sie mittlerweile Makrobiologen geworden sind). Im PIOS findet man unbeschuldigte Lehrer, Pfarrer, Rechtsanwälte, Kinderladengründer, Wohngemeinschaften – für die Polizisten vor Ort ist jede Wohngemeinschaft verdächtig. PIOS-Speicherungen werden nie wieder überprüft – wer mal drin ist, bleibt drin."*

Und schließlich zu dem nach Maihofers Aussage im Aufbau befindlichen „DISPOL". *„DISPOL" – das ist big brother. In diesem Zentralcomputer sollen PIOS, INPOL, NADIS (der Computer des Bundesamts für Verfassungsschutz) und alle Nachrichtenbeschaffungs- und Speicherungsanlagen zusammengesteuert werden. Mit den Kompetenzabgrenzungen und den kontrollierbaren Dienstwegen istdann endgültig Schluß: Ein Volk ist erfaßt. Und keiner, der jemals mit Herrn Baader zufällig in einem Zugabteil saß, soll dann noch hoffen, irgendwo einen Job zu bekommen oder ungefilzt eine Grenze zu passieren."*

Weiter schreibt „konkret": **„Was Maihofer hier beginnt, ist die Schilderung, wie die Polizei zu einer Geheimen Staatspolizei ausgebaut wird. Die Väter des Grundgesetzes hatten aus den Erfahrungen mit der GeStaPo und dem Reichssicherheitshauptamt die Konsequenz gezogen: Dem Geheimdienst (Verfassungsschutz) wurde jede exekutive Möglichkeit vorenthalten, der Polizei jede geheimdienstliche Arbeit verwehrt. Unter dem Vorwand der Terroristenfahndung bauen das BKA und die Landeskriminalämter, unter Mithilfe von Bundesgrenzschutz und Zoll, einen geheimdienstlichen Apparat auf, für den jede Rechtsgrundlage fehlt."**

Eine Woche nach der „konkret"-Veröffentlichung schlug der „stern" mit dem ersten Teil einer Serie „Freiheit 78" in dieselbe Kerbe: **„Gesetz ist (auch), daß die Polizei keinen geheimdienstlichen Apparat unterhalten darf – die ,Beobachtende Fahndung 7' aber führt zur geheimen Staatspolizei, die durch das alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 31 von 1946 verboten ist." – „Die strikte Trennung von Schnüffelpraxis und Exekutivbefugnis hat ihren Grund in der jüngsten deutschen Geschichte. Die Neubildung einer geheimen Staatspolizei (GeStaPo), die in der Hand einer Regierung zu einem jederzeit einsetzbaren Instrument gegen politisch unliebsame Personen ohne rechtliche Kontrolle werden kann, sollte in jedem Fall verhindert werden."**

Der „stern" wirft den Verantwortlichen vor, daß ihnen die *„rechtliche und politische Problematik ihres Handelns dabei durchaus bewußt"* sei und zitiert dafür als Beweis G. Scheicher, Chef des BKA-T: *„In der Vorphase, die oft weit vor dem Punkt beginnt, an dem der Verdacht strafprozessfähig wird, treffen sich zwangsläufig die Interessen von Verfassungsschutz und Polizei. Es entsteht die Doppelzuständigkeit... Hier gibt es Kollisionsmöglichkeiten mit der Strafprozeßordnung."*

Die beiden Illustrierten sprechen mit ihrer Kritik endlich aus, was schon seit Jahren von maßgeblichen Kräften im Rahmen der „Sicherheitspolitik" betrieben wird: die systematische und planmäßige Faschisierung des Staatsapparats!

Neueste Veröffentlichungen aus einschlägigen Kreisen bekräftigen noch einmal, wohin die Reise nach Meinung der Verantwortlichen gehen soll: In der neuesten Ausgabe von „Die Polizei" (Kader-Organ der Polizei- und BGS-Schule in Hiltrup) macht sich der Polizeipräsident von München, Wolf, unter der Überschrift *„Woran die Terroristenbekämpfung auch krankt"* Gedanken zur Effektivierung der Polizei-Arbeit.

„Die von der Strafverfolgung ausgehende Präventivwirkung ist nicht überzeugend.. Wie müßte die polizeiliche Gefahrenabwehr aussehen?.. Alles sehen, aber nicht gesehen werden. Die Polizei muß sich im Höchstmaß unberechenbar machen...

Im Gegensatz dazu steht das justizielle Denken, das dem Täter gerecht werden muß, entsprechend seiner Tat und Schuld. ..Dieses justizielle Denken in der polizeilichen Verbrechensbekämpfung könnteseine Ursache in der stark rechtlichen Ausprägung der heutigen Polizeiarbeit, aber auch in der nahezu ausschließlichen Besetzung leitender Funktionen mit Juristen haben, die weder über eine umfassende taktische Ausbildung noch über eine ausreichende Einsatz- und Führungserfahrung verfügen. Sie sehen und betonen entsprechend ihrer von der Ausbildung her zwangsläufigen Programmierung mehr die rechtliche als die taktische Problematik. Daraus erklärt sich vielleicht, daß heute polizeiliche Maßnahmen allzugern unter rechtlichen Gesichtspunkten problematisiert werden. Die Frage, was sachlich notwendig und richtig ist, wird darüber vergessen. Die Bewältigung des Terrorismus ist jedoch für die Polizei in erster Linie ein sicherheitsstrategisches und taktisches und erst in zweiter Linie ein rechtliches Problem. **Die Polizei braucht Befugnisse, losgelöst von Strafverfolgungsvorschriften und justiziellen Entscheidungen"** („Die Polizei", 6/78).

Zum Vergleich die Ausführungen die **Gestapo-Chef** Heydrich 1941 in einem Schreiben an einen „Amtskollegen" machte: *„Das Wesentliche aber wird sein, endlich die Polizeiverwaltung als solche mit dem Regiment der Juristen umzugestalten. Ich sehe in dem Bestreben der dich beratenden Juristen nur das Bemühen, beharrlich sich dagegen zu wehren, daß im Bereiche der Ordnungspolizei wie im Bereiche der Polizeipräsidien... ihr juristischer Führungsanspruch endgültig ausgeschaltet wird. Ich habe aber den Weisungen des Reichsführers entsprechend und damit gleichzeitig in hundertprozentiger Verwirklichung meiner eigenen Auffasssung – den Juristen, in meinem Bereich zurückgedrängt in die Ebene, in die er gehört: nämlich in die Rolle des formalistisch beratenden Justitiars. Bei mir hat der Jurist – auch in den Verhandlungen in den Ministerien – nicht die sog. führende Funktion auf allen Gebieten (auch von denen er nichts versteht), sondern ist tatsächlich lediglich die in der Form von Gesetzgebung, Verordnung und Erlaß beratende und nichtentscheidende führende Hilfe".*

Angesichts der massiven Kritiken an einer solchen Entwicklung des „Sicherheitsapparates" versucht G. Baum, der neue Innenminister, nach dem Sturz Maihofers den Eindruck zu erwecken, als sei er uninformiert, „bestürzt" usw. und verspricht die „gründliche Durchforstung" des Apparats. Die „FR" meldete gar: **„BKA soll Kompetenzen abgeben"**. Tatsache ist: Baum ist als langjährige rechte Hand von Maihofer und davor Genscher voll mit verantwortlich für den Zustand des „Sicherheitsapparats". Darüber hinaus hat Baum völlig unberührt von öffentlicher Kritik gerade Ende Juni eine „Reorganisation" des Bundesinnenministeriums (BMI) vornehmen lassen, die auf eine weitere Zentralisierung und weiteren Ausbau der „Sicherheitskräfte" hinausläuft: Die bisherigen Abteilungen „öffentliche Sicherheit" und „Bundesgrenzschutz" wurden ersetzt durch die Abteilungen „Polizeiangelegenheit" (P) und „Innere Sicherheit" (IS). In der Abteilung P sind jetzt a l l e Exekutivkräfte des BMI, einschließlich BGS, zusammengefaßt! Es wird ein gemeinsames Lage- und Informationszentrum – parallel zum Lagezentrum am Bundeskanzleramt – geschaffen, das „rund um die Uhr besetzt" ist („FR", 1.7.). In der Abteilung IS sind Verfassungsschutz und „Gesetzgebungsfragen" untergebracht. Darüber hinaus wurde das BKA im Sinne des Höcherl-Berichts (Stärkung der dezentralen Fahndung) entlastet. In Zukunft soll es nur noch nach Auftrag des BMI tätig werden, „wenn die Interessen des Bundes in besonderem Maße berührt sind". Das heißt: Das BKA wird auf weiteren Ausbau der Informationszentrale und zentrale Aufgaben **konzentriert**, gleichzeitig werden denzentrale Kräfte **aktiviert**.

Hinter diesen Maßnahmen steht keineswegs der Wunsch nach mehr „Rechtsstaatlichkeit", sondern der Wunsch nach größerer Effizienz der Polizei-Arbeit, wie es die Kritik des Höcherl-Berichts und wie es die Kritik des Bundesanwalts Rebmann an „mangelnden Fahndungserfolgen" verlangt.

Möglich ist, daß aus den konzeptionellen Auseinandersetzungen im Polizei-Apparat gewisse Indiskretionen resultieren. Die demokratische Bewegung muß versuchen, dies so gut wie möglich zu nutzen, um die Bevölkerung gegen die Enwicklung einer „neuen GeStaPo" aufzurütteln. Die Beschlagnahmung des „Russell-Buch 5" des KB (**„Nach Schleyer: ,Sonderkommandos' in der BRD – Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo"**) zeigt, wie hektisch die Verantwortlichen auf Enthüllungen über ihre Praktiken und Pläne reagieren. Es ist zu erwarten, daß auch gegen „konkret" und „stern" vorgegangen wird. Das wird das Umsichgreifen des Protestes aber nicht mehr verhindern können.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Bahro-Solidaritätsdemonstration am 8. 7. 78 in Hamburg

Am Freitag, den 30.6.78, wurde der Marxist Rudolf Bahro vom 1. Strafsenat des Stadtgerichtes Berlin /DDR zu 8 Jahren Freiheitsentzug verurteilt.

Bahro, der seit der Veröffentlichung seines Buches „Die Alternative" — „Zur Kritik des real existierenden Sozialismus" im August 1977 in totaler Isolationshaft einsaß, hatte auch in seinem Prozeß keinerlei Möglichkeit der Verteidigung. Es waren weder die inländische, noch die ausländische Öffentlichkeit zugelassen, selbst daß der Prozeß überhaupt stattfand, wurde erst nach seinem Abschluß bekanntgegeben. „*Seit längerer Zeit sammelte Bahro*" — so die offizielle Urteilsbegründung laut der DDR-Nachrichtenagentur ADN („ND", 1.7.78) — „*systematisch Nachrichten und Informationen für die Übermittlung an feindliche Kräfte in der BRD. Darüberhinaus verriet der Angeklagte entgegen einer ihm staatlich auferlegten Verpflichtung geheimzuhaltende Tatsachen. Die besondere Verwerflichkeit der gegen die DDR gerichteten Handlungen Bahros wird dadurch charakterisiert, daß er seine feindlichen Aktivitäten mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu tarnen versuchte ...*"

Weiter ist die Rede von „*vorsätzlich fabrizierten Falschmeldungen, groben Entstellungen und wahrheitswidrigen Behauptungen*", die von Bahro den „*feindlichen Personenkreisen*" zugänglich gemacht worden seien, wobei er, und das ist der einzige konkrete Hinweis, „*besonders enge Beziehungen*" zu dem inzwischen ausgewiesenen „Spiegel"-Korrespondenten Ulrich Schwarz hergestellt haben soll. Aber — so die ADN-Meldung: „*Auch weitere BRD-Korrespondenten, die nachrichtendienstlich tätig sind, wirkten mit Bahro zusammen.*"

Abgesehen von diesem unausgewiesenen pauschalisierten Vorwurf, enthält die Urteilsbegründung nichts, aber auch gar nichts an konkreten Beweisen, Fakten oder Taten, die die gegen Bahro erhobenen Anschuldigungen belegen könnten. Alle oben zitierten Aussagen sind nichts weiter als die offizielle Lesart der DDR-Führung für den schlichten Umstand, daß Rudolf Bahro sein Buch „Die Alternative" bei der „Europäischen Verlagsanstalt" des westdeutschen DGB hat veröffentlichen lassen, nachdem er sich vergeblich beim Ostberliner Dietzverlag bemüht hatte.

Daß man für die Veröffentlichung eines Buches selbstverständlich Honorar bezieht, war auch Anklagepunkt und ging in der folgenden Sprachregelung in die Urteilsbegründung ein:

„*Im Prozeß wurde ferner nachgewiesen, daß Bahro sich für diese antisozialistische und subversive Tätigkeit von seinen Auftraggebern zur Befriedigung seiner Geldgier* (!) *mit einem Betrag in Höhe von 200.000 DM bezahlen ließ.*"

Mit diesem Urteil gebührt der DDR einer der vordersten Ränge in Sachen Justizwillkür und brutaler Unterdrückung politischer Kritik. Selbst westdeutsche „Terroristen"-Prozesse, über die sich die internationale demokratische Öffentlichkeit — mit Ausnahme der DDR und ihrem westdeutschen Ableger DKP — mehr und mehr zu Recht empört, bemühen sich immerhin in meist mehrmonatiger Detailschlacht, eine scheindemokratische Fassade zu wahren. Die DDR jedoch spuckt mit ihrem Urteil gegen Bahro jeder Form von Recht und Rechtsprechung ohne Umschweife direkt ins Gesicht!

Es ist uns unerträglich, daß diese Leute immer noch das Wort vom Sozialismus im Munde führen!

Aber es wird trotz alledem doch deutlich, daß die DDR-Führung ihren unverhüllten Justiz-Terror gerade deswegen betreibt, weil die Kritik von Rudolf Bahro und anderen von seinem Kaliber eben nicht von kapitalistischen Positionen aus formuliert ist, weil sie nicht mit „reaktionären Umtrieben" und dergleichen abqualifiziert werden kann.

Wolf Biermann, der hier heute leider nicht sprechen kann, hat in einem kürzlich gegebenen Interview mit dem saarländischen Rundfunk gesagt:

„*Was sie aber ganz und gar in Rage bringt und wahnsinnig macht, das ist die immanente Kritik, die Kritik, die von i n n e n kommt. Das ist die kommunistische Kritik, die die Herrschenden in der DDR beim marxistischen Wort nimmt und sich im Grunde so verhält, wie damals Luther sich verhalten hat, der ja mit der Bibel in der Hand den Papst auf den Kopf geschlagen hat!*" („Welt", 3.7.78).

Mit Rudolf Bahro und seiner Kritik ist die SED-Führung erstmals nicht mit einem Professor, Künstler, Schriftsteller oder sonstigen Vertreter der Intelligenz konfrontiert, den sie demagogisch als „*Nichtstuer*" (Biermann) oder „*bürgerlichen Ideologen*" (Havemann) relativ einfach abservieren kann, sondern mit einem ihrer eigenen Propagandisten, einem gestandenen Parteiarbeiter. Schon mit 16 Jahren Kandidat, wurde er mit 18 Mitglied der SED. Nach dem Studium der Philosophie kam Bahro im Auftrag der Partei als Dorfredakteur in die Redaktion der Zeitschrift „Die Linie". Ein Jahr später redigierte er in Greifswald die Universitätszeitung. 1962 wurde Bahro als Referent des Vorsitzenden der Gewerkschaft Wissenschaft nach Berlin geholt. 1965 wurde er stellvertretender Chefredakteur des FDJ-Organs „Forum". Soweit eine glatte Karriere — doch dann veranlaßte Bahro im „Forum" eine Lyrik-Debatte, und handelte sich, da die Diskussion alsbald außer Kontrolle zu geraten drohte, die erste Rüge ein. Als Bahro kurze Zeit später die Erzählung „Kipper Paul Bauch" des Schriftstellers Volker Braun abdruckte, mußte er schließlich den Dienst quittieren: In Brauns Schrift war nach Meinung der SED-Führung die Arbeiterklasse „falsch dargestellt ..." worden.

1967 wechselte Bahro zwangsweise in die Industrie, wo er bis zu seiner Verhaftung als Abteilungsleiter für „wissenschaftliche Arbeitsgestaltung" beim Berliner Gummikombinat beschäftigt war.

Nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR — heute ziemlich genau vor zehn Jahren — der für Bahro „*das größte politische Verbrechen der sowjetischen Führung nach dem zweiten Weltkrieg*" ist, begann er mit der Arbeit an seinem Buch.

Bahros „Alternative" stellt einen wichtigen Ansatz für die Diskussion gerade auch der BRD-Linken dar. Seine Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft ist für Ost und West gleichermaßen bedeutend. Für die Länder des „realen Sozialismus" fordert Bahro an erster Stelle die Legalität einer Kommunistischen Opposition, die für ihn erst den Durchbruch einer wirklich sozialistischen Entwicklung ermöglichen kann.

Auf ihrem Programm sollte seiner Meinung nach stehen:

- **statt Alleinherrschaft einer bürokratischen Funktionärspartei demokratische Entscheidungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen,**
- **statt einer immer weitergehenden Zerlegung der Arbeitsvorgänge und wachsender Entfremdung, Abbau der eingefahrenen alten Verhältnisse der Arbeitsteilung, Aufhebung der Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit,**
- **statt Ausweitung von Großtechnologien und unbegrenztem industriellen Wachstum Entwicklung alternativer Produktions- und Lebensformen.**

Bahro selbst sah die Konsequenzen seines politischen Angriffs auf den „realen Sozialismus" sehr klar. Schon vor Jahren ließ er sich formal von seiner Frau scheiden und trennte sich wohnlich von ihr und seinen zwei Kindern, um seine Familie nicht dem Druck der DDR-Staatssicherheit auszusetzen. In einem vorsorglich auf Band gesprochenen Vortrag über die Entstehung seines Buches sagte er u.a.: „*Nicht normal, aber systemtypisch ist, daß ich meine bisherige Arbeit verlieren werde ... Ob man mich verhaften wird oder nicht, das kommt auf den Schutz der nationalen, insbesondere der kommunistischen Öffentlichkeit an. Daß es Paragraphen gibt, gegen die ich verstoßen mußte, um überhaupt aufzutreten, gehört zum Wesen unseres politischen Systems. Es hat Gesetze nötig, die vorsorglich so beschaffen sind, daß ein Mensch, der abweichende Gedanken verbreiten will — will er sie nicht verbreiten, ist er nicht politisch — gegen diese Gesetze verstoßen muß*" („FR", 1.9.77).

Entsprechend dieser Feststellung ist es in der DDR an der Tagesordnung, daß Oppositionelle wegen Verstoßes gegen diese Gesetze — speziell aufgrund des Deliktes „staatsfeindliche Hetze" — zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt werden.

Neben Bahro wurden wegen „staatsfeindlicher Hetze" allein seit der Konferenz von Helsinki im August 1975 verurteilt:

- Sigrid Günther, 23 Jahre alt, zu 5 Jahren und drei Monate Haft,
- Henry Hänftling, 22, zu 5 Jahren Haft,
- Reiner Kaufmann, 23, zu vier Jahren Haft,
- Ingo Urban, 30, zu viereinhalb Jahren Haft,
- Thomas Evler, 27, zu dreieinhalb Jahren Haft

und die westdeutsche Studentin Heike Waterkotte zu drei Jahren und 8 Monaten Haft. Die beiden Letzteren deswegen, weil sie in Ostberlin nach der Ausbürgerung von Wolf Biermann Flugblätter verteilt hatten, in denen sie sich mit ihm solidarisch erklärten („Welt", 3.7.78; „SZ", 5.7.78).

Inhaftiert ist darüber hinaus immer noch Rolf Mainz wegen Veröffentlichung eines Artikels über Berufsverbote in der DDR in der westdeutschen Zeitung „Die Zeit" und wegen seines Einsatzes für das Ausreiseersuchen seines Bruders Klaus, der inzwischen in die Bundesrepublik abgeschoben worden ist. Urteil für solche „Verbrechen": fünf Jahre Haft!

Die traurige Bilanz dieses Regimes, das von sich behauptet, es verwirkliche den Sozialismus, hat — wie sollte es anders sein — seine bedingungslosen Verteidiger von der westdeutschen DKP bislang zu keinem, auch noch so seichten Wörtchen der Kritik veranlaßt.

Im Gegenteil, diese Leute übernehmen nicht nur bedingungslos, was ihnen an offenkundigen Dummdreistigkeiten von ihren Herren in der DDR in Sachen Bahro vorgesetzt wird, sie bemühen sich darüber hinaus noch mit den Mitteln der Diffamierung, Entstellung und der direkten Fälschung, so etwas wie eine „Gegenkampagne" zur Bahro-Solidarität zustande zu kriegen. Generallinie ist dabei, die Bahro-Solidarität als eine Kampagne, „*die von reaktionären Kräften ausgeht*", zu diffamieren und die Solidarität von linker und demokratischer Seite zu verschweigen. Entsprechend druckte die „UZ" in ihrer Ausgabe vom 3.7.78 neben der eingangs zitierten ADN-Meldung den folgenden Kommentar: „*Wer wie Strauß und Springer* ...(Franz-Josef Strauß hat sich im übrigen unseres Wissens zu Bahro ü b e r h a u p t nicht geäußert!!!) *den nun verurteilten Rudolf Bahro zum Freiheitshelden macht oder diesen Leuten auf den Leim geht, der erklärt damit nachrichtendienstliche Tätigkeit gegen den sozialistischen Staat DDR für rechtens. Und der folgt — bewußt oder unbewußt — der These, daß jede Tätigkeit gegen den Sozialismus erlaubt sei. Das aber ist — besonders nach dem Abschluß völkerrechtlicher Verträge und nach Helsinki — nur noch die Position der rechtesten Kräfte in unserem Land, der aggressivsten Feinde des Sozialismus* (!) ..."

Und zum Vorwurf der Ausschaltung eines unbequemen Kritikers heißt es dann:

„*Kritik ist DDR-Alltag* (!) ... *Daran sind Millionen beteiligt. Bahro war nie unter ihnen* (!!). *In all der Zeit, in der die Bürger der DDR sich mühten, ihr Leben und ihren Staat zu verbessern, sich über Mißstände ärgerten und diesen Ärger öffentlich kundtaten, kritisierten und Vorschläge machten — in all der Zeit hat Herr Bahro schweigend an einem Buch geschrieben und seine Verbindungen zu den Gegnern des Sozialismus gepflegt ...*"

In den folgenden Tagen lauten die Überschriften der „UZ" zum Thema Bahro dann entsprechend dem Märchen von der reaktionären Kampagne: „*Springer und CDU beklagen Urteil gegen Rudolf Bahro*" („UZ", 4.7.78), und „*RCDS ruft zur Unterstützung Bahros auf*" („UZ", 5.7.78).

In einem Artikel vom 4.7.78 begeht die DKP in knapp 80 Zeilen gleich zwei ganze und eine „halbe" Fälschung:

1. Fälschung:

Mit Bezug auf einen Kommentar des Reaktionärs Mathias Walden in der „Welt" vom 3.7.78 behauptet die „UZ": „*Walden gesteht in seinem Kommentar offen ein, daß für ihn Bahro die ‚Sehnsucht nach einer Alternative zum Sozialismus' verkörpere.*"

Tatsächlich hatte Walden in klarer Abgrenzung von Bahros sozialistischer Kritik geschrieben: „*Bahro ist hilflos, das Regime aber ist ratlos. Noch weiter verbreitet als die Suche nach einer ‚sozialistischen Alternative' ist die Sehnsucht nach einer Alternative zum Sozialismus*" („Welt", 3.7.78).

Nun die „halbe" Fälschung:

„*Der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Manfred Abelein, erklärte in einer Stellungnahme ... Bahro verdiene ‚menschliches Mitgefühl' ...*", schreibt die „UZ".

Tatsächlich hatte Abelein die folgende, aus der Sicht der CDU sehr differenzierte Erklärung abgegeben, die natürlich in vollem Sinnzusammenhang nicht in die DKP-Propaganda von der „reaktionären Bahro-Kampagne" paßt:

„*Der Kommunist Bahro*", sagte Abelein laut ddp, „*der die sowjetische Fremdherrschaft akzeptiere, verdiene menschliches Mitgefühl, weil er jetzt selbst ihr Opfer geworden ist ...*" („SZ", 3.7.78).

Die letzte Fälschung des „UZ"-Artikels vom 4.7.78 besteht in der aberwitzigen Behauptung: „*Sowohl in Springers Welt, als auch in anderen bürgerlichen Zeitungen, die Bahro feiern, wird die von der DDR-Nachrichtenagentur ADN verbreitete Urteilsbegründung des Stadtgerichtes Berlin sorgsam verschwiegen oder nur verstümmelt zitiert* (!)".

Tatsächlich hatte hier niemand nötig, irgendetwas zu verschweigen — die „offizielle Urteilsbegründung" war voll von Behauptungen und wüsten Beschimpfungen und bar jeder auch noch so kleinen Information. Dieses Armutszeugnis pseudosozialistischer „Rechtsprechung" zu zitieren, hat sich in Wahrheit keine Zeitung entgehen lassen — s c h o n g a r n i c h t die Springer-Presse!

Während also die „UZ" in gewohnter Dummdreistigkeit ihre an Plattheiten gewöhnten Leser hinters Licht führen will, stellte sich die stets etwas „niveauvollere" „Deutsche Volkszeitung" (DVZ schon die Frage, warum denn die DDR eigentlich keinerlei konkreten Beweis für die „Verbrechen" Bahros angeführt habe. Sie kommt zu dem Ergebnis:

„ ... *daß die DDR, die an einer Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik interessiert ist, offenbar nicht publizieren kann, wo und wie hoch Bahro an die westdeutsche Apparatur angebunden, und welche Rolle ihm in der Strategie ‚Wandel durch Annäherung' zugewiesen war ... Um den Preis also, die Verhandlungen mit Bonn nicht ohne Not zu stören, wird die SED die Anschuldigungen ihrer Gegner über sich ergehen lassen müssen ...* "(„DVZ", 6.7.78).

Wem von den Anhängern der DKP dieser Schuh noch paßt, der möge ihn sich über die strapazierten Füße zwingen! Aber aufhören sollen er und seine Parteiführung endlich, von sich zu behaupten, sie seien für „Demokratie, Freiheit und Sozialismus"!

Tatsächlich sind es die DDR und in ihrem Gefolge die DKP s e l b s t, die mit ihren undemokratischen Praktiken und ihrem verlogenen Legitimationsjournalismus antisozialistischen Kräften große Möglichkeiten geben, demagogisch gegen den Sozialismus schlechthin zu hetzen. Wer gibt denn Regierungssprecher Bölling die Chance, durch Hinweis auf ein Terrorurteil im anderen deutschen Staat von „Menschenrechtsverletzungen" zu sprechen, und gleichzeitig von Berufsverboten, Terrorurteilen, Verfassungsschnüffelei usw. in diesem Staat zu schweigen?

Wer gibt denn dem reaktionären RCDS die Möglichkeit, in Sachen Bahro von der „Solidarität aller Demokraten zu sprechen" und davon abzulenken, daß er hierzulande in Aktionseinheit mit rechtsradikalen Kreisen am Ausbau der politischen Unterdrückung in allen gesellschaftlichen Bereichen arbeitet? Etwa w i r?

Wir stehen heute gerade deswegen hier, weil wir v e r h i n d e r n wollen, daß durch die Praxis des „realen Sozialismus" der Sozialismus insgesamt diskreditiert wird, weil wir verhindern wollen, daß aus dieser Praxis Leute Profit ziehen, die hierzulande genau die gleichen Praktiken gegen ihre Gegner anwenden, und die keinerlei Recht haben, von Unterdrükkung in anderen Ländern zu reden. Wir stehen hier, weil wir politische Unterdrückung, Geheimdienstschnüffelei, Polizei- und Justizterror überall, ob in Ost oder West, bekämpfen!

Und es gibt glücklicherweise eben nicht die von der DKP gewünschte „reaktionäre Kampagne" in Sachen Bahro, sondern es gibt das Engagement nahezu aller demokratischen und linken Kräfte in der BRD unter der Parole „Freiheit für Rudolf Bahro!"

Forsetzung auf Seite 6

Freiheit für Rudolf Bahro

Fortsetzung von Seite 5

Allein im Juni 78, als sich die Anzeichen für eine eventuelle Abschiebung Bahros oder eben für seine Verurteilung mehrten, fanden in der BRD über 20 Solidaritätsveranstaltungen statt, zumeist getragen von breiten Aktionseinheiten von demokratischen und sozialistischen Organisationen und Personen.

Im Bund demokratischer Wissenschaftler kam es nach längeren Auseinandersetzungen zwischen dem DKP-Flügel und den restlichen Mitgliedern im Juni schließlich doch zu einer gemeinsamen Protestresolution. Sogar der Sprecher der DKP-Minderheit, Georg Fülberth, erklärte, daß *„offizielle und inoffizielle Angaben keine Schuld Bahros erkennen lassen."*

Es gibt noch ein anderes Beispiel eines standhaften DKP-Genossen in Sachen Bahro: Das Mitglied der DKP-Betriebsgruppe Thyssen-Henschel in Kassel, der Genosse Karl Ludwig, Gewerkschafter, Vertrauensmann, Obmann, KPD-Mitglied seit 21 Jahren und Gründungsmitglied der DKP, hat am 12.2.78 sich mit einem Schreiben an die „UZ" gewandt, in dem er den zuvor erschienenen Bahro-Artikel in der „UZ" kritisch hinterfragt. Der Brief endet mit den Worten:

„Schäfers Untertitel (Schäfer ist
Brief endet mit den Worten:

„*Schäfers Untertitel* (Schäfer ist der „UZ"-Autor) — *‚von marxistischer Analyse kann keine Rede sein' — stimmt genau: Auf das Pamphlet von Schäfer ... Noch ist es Zeit zur Umkehr. Wollen wir nun den Sozialismus für alle Menschen, auch für die letzte Putzfrau, oder wollen wir einen privilegierten Sozialismus, wo die Putzfrau Putzfrau bleiben muß, weil immer Putzfrauen gebraucht werden? Oder, daß auch mal die Frau Ministerin oder Frau Direktorin im Jahr mal vier bis sechs Wochen die Putzfrau machen müssen und in der Zeit die Putzfrau mal eben Ministerin oder Direktorin macht ? Das muß unsere Partei entscheiden, welchen Sozialismus wir als DKP wollen. Ist das nun das Ziel des Sozialismus und Kommunismus oder nicht ?*" (Hannes Schwenger, HG., „Solidarität mit Rudolf Bahro", Rowohlt).

Wir hoffen, insbesondere nach den Erfahrungen der Repression der DKP-Führung gegen die Mitglieder, die sich gegen die Biermann-Ausweisung aussprachen, daß solche Genossen dieses Mal an Zahl zunehmen und standhaft bleiben, und wir hoffen nicht nur, sondern werden nach Kräften daran mitwirken, daß die Verherrlicher antidemokratischer Praktiken in der DKP oder sonstwo in die totale Isolation geraten!

Das Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Italiens, Lombardo Radice, reagierte auf die Nachricht der Verurteilung Bahros während einer Fernsehsendung im NDR am 30.6.78 mit dem spontanen Ausruf: *„Das ist eine Schande!"*

Andere führende Persönlichkeiten der PCI bezeichneten in einer gemeinsamen Erklärung die Verurteilung Bahros als den *„schwerwiegendsten Fall der Verletzung der Menschenrechte in der DDR seit der Ausweisung Wolf Biermanns"* („FR", 7.7.78).

Auch Beirat und Sekretariat des Russell-Tribunals haben sich vom Urteil gegen Rudolf Bahro betroffen gezeigt. Sie sehen durch das Urteil der *„.... Sache des internationalen Sozialismus schwersten Schaden zugefügt."*

Die Sektion Berlin der Internationalen Liga für Menschenrechte wird ihre nächste Carl von Ossietzky-Medaille Ende des Jahres an Rudolf Bahro verleihen.

Auch die „Vereinigten deutschen Studentschaften" (VDS) haben sich für die unverzügliche Freilassung Rudolf Bahros ausgesprochen — gegen den Widerstand des MSB-Spartakus und des DKP-nahen Sozialistischen Hochschulbundes (SHB).

Nahezu jede Organisation der westdeutschen Linken hat sich inzwischen gegen die Verurteilung Rudolf Bahros ausgesprochen. Diese Solidarität muß in gemeinsamen Aktionen gefestigt und vor allen Dingen — am Leben erhalten werden !

Dazu aber wird es notwendig sein, die Kontakte zu den Oppositionsgruppen in der DDR zu verbessern und auch diejenigen in die konkrete Solidaritätsarbeit mit einzubeziehen, über die in den Medien nicht so viel geredet wird, die aber in der gleichen Weise wie etwa Bahro den Repressionen des Regimes ausgesetzt sind.

So antwortete beispielsweise in dem eingangs schon erwähnten Interview Wolf Biermann auf die Frage: *„Was sagen sie zum Urteil gegen Rudolf Bahro?"*

„Ich denke bei diesem Urteil an die vielen tausend Menschen in der DDR, die nicht so berühmt sind wie Rudolf Bahro, und die für Nichtigkeiten oft jahrelang eingesperrt werden und über die wenig gesprochen wird."

Solche aufgrund irgendeiner oppositionellen Aktivität bedrängten Menschen wird es in der DDR in dem Maße geben, wie die in der letzten Zeit sichtbar gewordenen Formen des Protestes wie Arbeitsverweigerungen, Auflehnung von Jugendlichen gegen staatliche Willkür oder direktere politische Aktionen zunehmen.

Speziell Rudolf Bahro aber wird mit Sicherheit in der DDR den schärfsten Repressalien ausgesetzt sein. Von der breiten Palette repressiver Maßnahmen, die von Berufsverbot über Hausarrest bis zur Inhaftierung zwecks Abschiebung oder Verbüßung von langjährigen Gefängnisstrafen reicht, hat Bahro durch seine hartnäckige Weigerung, einen Antrag auf Auswanderung in die BRD zu unterschreiben, sicher das Härteste zu erwarten. Schon die 1977 ausgewiesenen Liedermacher Gerulf Pannach und Christian Kunert sowie der Schriftsteller Jürgen Fuchs erklärten nach ihrer Abschiebung: „ ... *Die Staatssicherheit* (der DDR) *versuchte*

nach ihrer Abschiebung: „ ... Die Staatssicherheit (der DDR) versuchte

mit den widerlichsten Methoden, sich unserer Absicht entgegenzusetzen, daß wir i n der DDR leben wollen, um dort als Künstler mitzuhelfen, eine fortschrittliche, menschenwürdige Gesellschaft zu verwirklichen."

Jürgen Fuchs, einer von über 50 ausgebürgerten Oppositionellen seit der Biermann-Ausweisung, schrieb noch unmittelbar vor dem Urteil gegen Rudolf Bahro einen ermutigenden Brief an ihn, in dem er auf diesen Zusammenhang einging. Mit der Verlesung dieses Briefes und in voller Unterstützung seiner Aussagen wollen wir diese Kundgebung beenden:

„Lieber Genosse Bahro!

Ich weiß nicht, ob Du in den Vernehmungen erfahren hast, daß viele von den DDR-Bürgern, die im November 1976 gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann protestierten, kurz nach Deiner Verhaftung ausgebürgert wurden: Ein Dreivierteljahr ließ man uns als ‚Beschuldigte' in den Zellen und Vernehmerräumen, die Du in der Zwischenzeit kennengelernt hast, auf einen Prozeß hinter verschlossenen Türen und lange Haftstrafen warten. Dann, Ende August 1977, wurden wir in den Besucherzimmern der Staatssicherheit überraschend vor die Alternative Gefängnis oder Westausreise gestellt. Wir entschieden uns für das kleinere Übel, wie es uns damals schien, für eine Fahrt im Personenwagen des Dr. W. Vogel aus der U-Haftanstalt Hohenschönhausen nach West-Berlin. Hier erst erfuhren wir von Deiner Inhaftierung, lasen wir ‚die Alternative', wurde uns klar, wer da in der Nachbarzelle gesessen hätte, wenn wir ‚nein' gesagt, wenn wir diesen ‚Antrag', dieses Erpressungsformular nicht unterschrieben hätten. Ich vermute, daß Du in diesen Tagen vor einer ähnlichen Entscheidung stehst: Soll ich gehen, soll ich unterschreiben, soll ich den sicher unterschiedlich formulierten Ratschlägen der Vernehmer, Rechtsanwälte, Vermittler in geheimdiplomatischer Mission folgen oder nicht ?

Lieber Rudolf Bahro, wie auch immer Du Dich entschieden hast oder entscheiden wirst: Die Solidarität, im guten internationalen Sinn des Wortes, mit Deinem ‚Fall', oder besser mit Dir und Deinem sehr wichtigen Buch, existiert wirklich. Und es ist nicht falsch, sinnlos selbstmörderisch oder ‚entspannungsgefährdend', wenn Du Dich anders entscheidest als wir. Und vielleicht erzwingst Du, was wir nicht erreicht haben und sehr viele für unmöglich halten: Deine baldige Entlassung i n die DDR!

Gemeinsamer Redebeitrag auf der Hamburger Demonstration am 8.7.78 von:
Sozialistischem Osteuropakomitee
KB
Jungdemokraten
GIM
KPD
SB

Hamburger Bahro-Demonstration — Warum so schüchtern, Genossen?

Auf der Hamburger Solidaritätsdemonstration vom 8.7.78 brachten maximal 500 Menschen ihre Empörung über das brutale Urteil der DDR-Revisionisten gegen den Marxisten Bahro zum Ausdruck. Das ist gemessen an dem, was die sechs unterstützenden Organisationen der Hamburger Linken mobilisieren können, nicht gerade viel, wenngleich die Durchführung der Aktion trotzdem eine wichtige Sache war, und die erschienenen Demonstranten politische Weitsichtigkeit gezeigt haben, was hier nicht unerwähnt bleiben soll.

Ein kleiner Erfolgt also, bleibt dennoch die Frage, warum so schüchtern, Genossen?

Da allein der KB imstande wäre, die Teilnehmerzahl der Demonstration bei entsprechendem Engagement seiner Genossen glattweg zu v e r d o p p e l n , sollten wir diese frage ruhig als u n s e r Problem begreifen.

Die relativ geringe Teilnehmerzahl hat u.E. mehrere Ursachen. Selbstkritisch soll zunächst gesagt werden, daß sicher die Mobilisierung energischer und mit größerer Breite hätte betrieben werden können. Trotzdem halten wir das für einen untergeordneten Punkt: Immerhin erschienen zur Osteuropa-Veranstaltung vor drei Wochen rund die d o p p e l t e Zahl von Menschen, und das bei einer g e r i n g e r e n Mobilisierung, ohne eigenes KB-Flugblatt, und ohne die Möglichkeit, direkt davor auf einer KB-Veranstaltung (Afrika-Solidarität) vor rund 1.000 Menschen die Sache anzukündigen, wie es bei der Bahro-Demonstration geschehen ist.

Es bleiben also zwei wesentliche Gründe nach, die u.E. die geringe Teilnehmerzahl bestimmten.

1. Da ist zunächst eine a l l g e m e i n e r e Tendenz in der letzten Zeit zu beobachten, daß zentrale Aktionen (Veranstaltungen wie Demonstrationen) von den Genossen aus Trägheit, und weil „eh so viel läuft" nur sehr nachlässig besucht werden. Sicher steckt auch eine gewisse Berechtigung in solcher Haltung — schließlich kann man wirklich nicht mehr alles und jedes besuchen. Schlimm wird es u.E. aber, wenn dieser Trägheit p o l i t i s c h s o w i c h t i g e Dinge wie etwa die Bahro-Demonstration zum Opfer fallen! Es war doch wirklich nicht schwer, zu überblicken, daß gerade mit d i e s e r Demonstration ein deutliches Zeichen gesetzt werden sollte, daß es von vorneherein bei der Sache s c h w i e r i g sein würde, den Erfolg von der Teilnehmerzahl her zu sichern, und daß es hier w i c h t i g e r als bei anderen Aktionen war, daß zumindest die G e n o s s e n auf der Straße sind !

Dies nicht zu sehen, kann für uns nur auf der Basis politischer Blindheit oder aber ziemlicher Uninformiertheit und/oder der Geringschätzung der Bedeutung der politischen Auseinandersetzung mit dem „realen Sozialismus" für u n s e r e Bewegung geschehen.

2. Neben diesem Punkt können wir es uns durchaus vorstellen, daß es Genossen gibt, die möglicherweise eine andere Position von der Sache her hatten, die eine Demonstration für ein unangemessenes Mittel einstuften, die der Meinung sind, daß politisches Engagement gegen den Abbau von demokratischen Rechten in unserem Land nicht zwingend auch ein solches Engagement gegen undemokratische Verhältnisse in den Ländern des „realen Sozialismus" bedürfen etc. p.p.?

Wir verstehen diesen Beitrag als Aufforderung an diese Genossen, sich gegebenenfalls schriftlich zu äußern.

In Erwartung möglichst vieler Zuschriften —

RGW-Kommission

Protestkundgebung in Westberlin

Gegen die Verurteilung Bahros zu 8 Jahren Gefängnis fand am 4.7. vor der Westberliner Gedächtniskirche eine Protestkundgebung statt, zu der das »Komitee für die Freilassung Rudolf Bahros« aufgerufen hatte. Trotz sehr kurzer Mobilisierungszeit kamen ca. 1000 Menschen, um ihre Empörung über dieses Urteil auszudrücken. Als Redner traten auf: Ernest Mandel, führendes Mitglied der trotzkistischen »IV. Internationale«, Jakob Moneta, Mitglied der IGM und ehemaliger Chefredakteur der »Metall«, die Osnabrücker Hochschullehrerin Renate Damus sowie der stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende Michael Pape. Die aus der DDR ausgebürgerten Liedermacher Gerulf Pannach und Christian Kunert spielten aus Solidarität mit Rudolf Bahro einige ihrer Lieder.

Der in Brüssel lebende Ernest Mandel hatte für diese Veranstaltung zum erstenmal seit 6 Jahren wieder eine Einreisegenehmigung erhalten. 1972 hatte der damalige Innenminister Genscher ein Einreiseverbot gegen Mandel verhängt, da er eine *»Gefahr für die öffentliche Sicherheit«* darstelle. Dies besteht noch bis heute fort. So war Mandel trotz internationaler Proteste zweimal auf deutschen Flughäfen abgeschoben worden. Auch diesmal erhielt er nur eine auf 48 Stunden befristete Einreisegenehmigung, die zudem mit erheblichen Auflagen verbunden war: er dürfe sich nur zu Bahro äußern (!!) und keine anderen politischen Aktivitäten ausüben . . . *»Zur Frage, ob mit der Einreisegenehmigung für Mandel nicht eine Grundsatzentscheidung für zukünftige Anträge des Brüsseler Professors getroffen worden sei, erklärte der Sprecher des Innensenators, man werde in jedem Einzelfall neu entscheiden müssen«* („Welt" 5.7.78). Mandel verglich seinen Fall mit dem Bahros: *»Das Einreiseverbot ... ist ebenso gegen eine Überzeugung gerichtet, wie acht Jahre für Bahro ein Gesinnungsurteil sind«* (lt. „Abend", 5.7.78).

In ihren Redebeiträgen setzten sich alle Sprecher mit dem hanebüchenen Vorwurf der DDR-Behörden auseinander, Rudolf Bahro hätte *»mit gegen die DDR tätigen feindlichen Personenkreisen«* zusammengearbeitet und *»antisozialistische und subversive Tätigkeit«* betrieben. Niemand anders als die DDR-Behörden habe der Sache und dem Ansehen des Sozialismus geschadet. Die antikommunistischen Kräfte in der BRD jedoch hätten kein Recht, den Fall Rudolf Bahro für ihre Absichten auszuschlachten.

Ein Sprecher des »Komitees Freiheit für Rudolf Bahro« rief die Versammelten auf, im Bahro-Komitee mitzuarbeiten und die Solidaritätsarbeit zu intensivieren.

Am Abend desselben Tages veranstaltete das Sozialistische Osteuropakomitee eine Podiumsdiskussion vor 1500 Zuhörern mit Moneta, Mandel, Rabehl, Gollwitzer, Altvater und Damus. Thema war die Auseinandersetzung mit Bahros Thesen.

Kontaktadresse des Komitees für die Freilassung Rudolf Bahros:

Hajo Cornel
Postfach 3005
1000 Westberlin 30

SSB Westberlin

Solidarität mit dem „Antreiber" Bahro?

Im „Roten Morgen" vom 7.7.78 konnten Großdeutschlands Werktätige endlich die politische Linie ihrer Kampfpartei, der KPD/ML, in Sachen Bahro-Solidarität lesen:

„*Gewiß*", heißt es dort, „*Bahro gehörte nicht zu denjenigen, die an den Grundlagen dieses Regimes rütteln*", vielmehr sei er „*den verhaßten Antreibern der Werktätigen*" zuzuordnen, und dann als „Regime-Kritiker" habe er schließlich auch nicht etwa die „Antreiberei" kritisiert, „*sondern im Gegenteil dem Regime vorgeworfen, es betreibe die Ausbeutung nicht effektiv genug*".

Sei es, wie es sei: „In der DDR wächst weiter die Sektion der KPD/ML, die in ... die Kämpfe den Gedanken von der Notwendigkeit der proletarischen Revolution hineinträgt", worauf ohne diese heroische Kampfpartei mit Sicherheit so schnell niemand gekommen wäre ...

Mieser Reklamerummel der DKP

Unter der Schlagzeile „**Gesinnungsprozeß gegen UZ geplant – Neuer Angriff auf die Demokratie**" berichtete die „UZ" am 4. Juli, daß gegen sie ein Anklageverfahren wegen § 90 a StGB („Verunglimpfung des Staates ...") eingeleitet worden ist. Gegenstand ist ein Artikel der „UZ" vom 13.12.77, wo unter der Überschrift „*Bundeswehr übt Verfassungsbruch*" über „*gefährliche Ausbildungsmethoden*" in der Bundeswehr-Kaserne Clausthal berichtet worden war.

Aus diesem Anklageverfahren, für die linke Presse in der BRD eine traurige „Alltäglichkeit", möchte die DKP einen großen Reklame-Gag machen. Zu Ehren des großen Anlasses wurde eigens eine Erklärung des Präsidiums der DKP (höchstes Partei-Gremium!) veröffentlicht (ebenfalls in der „UZ" vom 4. Juli), die von der Maßlosigkeit der DKP-Spitzenfunktionäre kündet: Es handele sich um einen „*üblen Angriff auf die Pressefreiheit*", um einen „*Angriff auf die demokratische Freiheit der Presse und der Bürger überhaupt*". Es gehe darum, „**eine kritische und den herrschenden Kreisen unbequeme Zeitung ... m u n d t o t zu machen**". Nicht bloß die „*gesamte demokratische Öffentlichkeit unseres Landes*", sondern auch „*unsere Freunde in allen Ländern*" werden vom DKP-Präsidium zur Solidarität aufgerufen.

Vielleicht erklärt sich der in der „UZ" veranstaltete Trubel um den bevorstehenden „**Gesinnungsprozeß**" auch daraus, daß just in diesen Tagen das Bahro-Urteil die Gemüter beunruhigt und wohl auch manches DKP-Mitglied nicht ganz kalt läßt.

Verfahren und Prozesse gegen die linke Presse, auch wegen solcher Dinge wie § 90 a, sind in der BRD längst keine Seltenheit mehr. Allein der „Rote Morgen" hatte zig Prozesse zu bestehen, die zigtausende Mark gekostet haben. Und dem ARBEITERKAMPF steht just in diesen Tagen wieder einmal ein Prozeß ins Haus: Wegen „Staatsverleumdung" (§ 90a), begangen angeblich in unserer „Russell-Reihe" Nr. 5!

Im Gegensatz zu dem aufgeregten Rummel, den die DKP jetzt um i h r Verfahren inszeniert, hat sie zu den Verfahren und Prozessen gegen anderere linke Zeitungen noch n i e ein Wort verloren. Warum denn auch, sind ja bloß alles „Chaoten"! ...

Wir setzen uns dafür ein, daß die linke Presse gegen solche Prozesse eng zusammenarbeitet. Aber ehrlich: Leicht fällt es uns wahrhaftig nicht, dieses Angebot auch gegenüber der DKP aufrecht zu erhalten! Diese Leute scheinen doch allzu versessen darauf zu sein, Solidarität parteipolitisch auszuschlachten, selbst aber nicht die minimalste Solidarität mit anderen zu üben.

Bunte Liste diskutierte über weitere Arbeit

Vom 30.6. bis zum 2.7. fand ein erstes Arbeitswochenende der Bunten Liste/Hamburg nach dem Ausgang der Bürgerschaftswahl (4. Juni) statt. Auf dem Programm stand eine Versammlung, auf der Rechenschaft über die Arbeit des Wahlausschusses im Wahlkampf abgelegt wurde, eine eintägige Diskussion in Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen, und zum Abschluß ein Delegiertenkongreß, auf dem Schritte zur Weiterarbeit der Bunten Liste beschlossen wurden. An diesem Kongreß nahmen Delegierte aus über 100 Bürger- und Basisinitiativen und Organisationen teil. Anwesend waren auch Vertreter und Beobachter von Oppositionslisten und Initiativgruppen aus Schleswig-Holstein, Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Westberlin.

Die vorausgegangene Versammlung war mit maximal 800 Teilnehmern allerdings nur mäßig besucht – wenn man die Zahl derjenigen zugrundelegt, die während des Wahlkampfes sich aktiv für die Bunte Liste engagiert haben. Zu dieser Versammlung hatte es allerdings auch keine tatsächliche öffentliche Mobilisierung gegeben, sondern es war nur über ein Rundschreiben an die Bürger- und Basisinitiativen dazu aufgerufen worden. Anhand des Rechenschaftsberichts über die Wahlkampf-Aktivitäten der Bunten Liste kam es vor allem zu einer kontroversen Auseinandersetzung mit Vertretern der „KPD", der BI Rahlstedt-Maiendorf und der BI Hoheluft – wobei letztere in ihrer Mehrheit während des Wahlkampfs längst zur Wahlboykott-Strömung übergelaufen war.

Von dieser Seite wurden die Aktivitäten der Bunten Liste heftig als „unpolitischer Wahlrummel" angegriffen, wofür „die KB-Leitung" die Verantwortung trage. Bereits in ihrer „Roten Fahne" hatte die „KPD" mehrfach den Eindruck zu erwecken versucht, als ob sie damit eine breite Stimmung in den Bürger- und Basisinitiativen zum Ausdruck bringe; auf dieser Versammlung phantasierte sie nun sogar von „vielen Briefen empörter Bürger" (!), die sich angeblich so geäußert hätten. Hintergrund dieser Kritik ist dabei schlicht und einfach, daß die Bunte Liste sich nicht die speziellen Auffassungen der „KPD" vom „Hauptfeind Sozialimperialismus" zu eigen gemacht hat, daß sie nicht dem Drängen der „KPD" gefolgt ist, die Bunte Liste vornehmlich als ein Bündnis g e g e n d i e D K P zu definieren, daß sie ernsthafte Anstrengungen zur Überwindung der 5%-Hürde gemacht und dies nicht als „Nebenseite" gesehen hat usw. Hintergrund ist zum anderen, daß die „KPD" – selbst unter Berücksichtigung ihres geringen Personalbestands in Hamburg – sich nicht in dem vielfältig notwendigen organisatorischen und technischen „Kleinkram" (Aufstellen von Wahlplakaten etc.) engagiert hat, sondern dies generös den Basisinitiativen und den KB-Genossen überließ – um sie hinterher deswegen billig anzupöbeln.

Die „KPD" wie auch Vertreter der BI Hoheluft – die im Wahlkampf g e g e n die Bunte Liste aufgetreten sind – haben aber vor allem ein „Argument" sehr strapaziert, um der Bunten Liste (und speziell der „KB-Leitung") ihren „unpolitischen Wahlrummel" nachzuweisen: daß sich nämlich geweigert worden sei, Solidarität mit den Grohnde-Angeklagten zu üben. Nun ist dieser Vorwurf von einer Art, die bei Leuten, die die Sachlage nicht näher kennen, leicht verfangen kann. Den Tatsachen entspricht dieser Vorwurf allerdings nicht: der Wahlausschuß der Bunten Liste hat es lediglich abgelehnt, als Bunte Liste zur „nationalen" Hannoveraner Demonstration mit aufzurufen. Dieses Mandat hat er nämlich von dem breiten Spektrum der verschiedensten Basisinitiativen nicht gehabt – diejenigen, die für diese Demonstration eingetreten sind, haben aber nicht nur die Möglichkeit gehabt, i n n e r h a l b der Bunten Liste (und auch im Wahlausschuß unter den Vertretern der Mieterinitiativen, Kinderinitiativen, Frauen- und Schwulengruppen usw.) für eine Unterstützung der Demon-



stration d u r c h d i e s e B a s i s i n i t i a t i v e n zu werben, sondern die Bunte Liste hat darüberhinaus a l s B ü n d n i s eine Zeitung mit u.a. einem Artikel dazu herausgegeben und auch einen Grohnde-Angeklagten auf Veranstaltungen der Bunten Liste sprechen lassen. Es gimg niemals darum, o b die Bunte Liste ihre Solidarität mit den Grohnde-Angeklagten ausdrückt, sondern mit w e l c h e n Aktivitäten sie dies tun konnte. Die „KPD" und einige „Autonome" verbreiten jedoch bewußte Fälschungen darüber, um ihrren Vorwurf des „unpolitischen Wahlrummels" und der „Illusionen in den bürgerlichen Parlamentarismus" zu untermauern.

Unabhängig von diesen und anderen Verdrehungen, die nicht als ehrliche Auseinandersetzung mit dem Wahlkampf der Bunten Liste gewertet werden können, und die leider durch entsprechende Redneraufgebote von „KPD" und „Autonomen" die gesamte Diskussion auf der Versammlung erstickten, wurde im Rechenschaftsbericht selbst auf verschiedene Mängel und Nachlässigkeiten im Wahlkampf hingewiesen: etwa die Tatsache, daß viel zu wenig Anstrengungen unternommen wurden, um im Betriebs- und Gewerkschaftsbereich auf die guten Ergebnisse oppositioneller Listen zu den BR-Wahlen aufzubauen, und dieses Potential auch für die Bunte Liste zu gewinnen. Oder auch die Tatsache, daß die Ämter- und Tantiemen-Patronage des SPD-Senats kaum in die Agitation gegen die SPD eingeflossen ist. Diese wie auch andere Punkte wurden den Arbeitsgruppen für den nächsten Tag mit zur Überlegung gegeben.

Zur Diskussion über die weiteren Aufgaben der Bunten Liste und über die Entwicklung oppositioneller Wahlbündnisse im nationalen Rahmen kam es auf dieser Versammlung schließlich kaum noch. Allerdings deuteten sich auch hier anhand einer vom Vorstand der Bunten Liste eingebrachten Resolution schon weitere grundlegendere Differenzen vor allem mit der „KPD" an. Diese Resolution (und auch die Diskussion darüber) wurde als Antrag an den Delegiertenkongreß weitergeleitet (Text siehe Kasten).

Der Delegiertenkongreß

Über die Diskussion in den Arbeitsgruppen wurde zu Beginn des Delegiertenkongresses Bericht erstattet und die dort erarbeiteten Vorschläge für die weitere Arbeit zur Diskussion und Abstimmung gestellt. Aus der Arbeitsgruppe, die sich mit dem Kampf gegen das Atomprogramm befaßt hatte, wurden z.B. drei Resolutionen zur Abstimmung gestellt und sämtlichst angenommen. In der einen Resolution wird sich für eine Großaktion gegen die geplante Atommüllfabrik in Gorleben ausgesprochen. In einer weiteren Resolution wird die Einsetzung eines unabhängigen Untersuchungsausschusses über die Umweltverseuchung im Unterelbe-Raum und über die AKW-Unfälle in Brunsbüttel, Stade und Geesthacht gefordert. Schließlich wurde in einer dritten Resolution für eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit über die Kriminalisierung von AKW-Gegnern eingetreten und die Vorbereitung eines Festes zur Solidarität mit politischen und sozialen Gefangenen beschlossen. Aus der Arbeitsgruppe über den antifaschistischen Kampf wurde z.B. ein Flugblattext zu den derzeit laufenden Prozessen gegen Hamburger Antifaschisten, die wegen einer Protestaktion gegen die NPD vor Gericht stehen, abgestimmt. Die Arbeitsgruppe „Oppositionslisten" legte schließlich eine Grußadresse an die hessische GLW und zur Verurteilung der spalterischen GLU-Kandidatur vor (siehe Abdruck) und eine Resolution gegen die Kündigung des NDR-Staatsvertrages durch die Stoltenbergregierung, worin verstärkte Aktivitäten der demokratischen Bewegung gegen die fortschreitende Gleichschaltung und Rechtswendung der Massenmedien gefordert werden.

Erhebliche Kontroversen waren aus der Arbeitsgruppe „Alternative Lebensformen" hervorgegangen. Hier hatte ein Diskussionspapier von Holger Strohm vorgelegen, das auch bereits vorher schon in verschiedenen Initiativen der Bunten Liste diskutiert worden war. Strohm schlägt der Bunten Liste darin den *„Aufbau herrschaftsfreier Alternativen zu den noch überall dominierenden hierarchischen Strukturen"* als längerfristige gesellschaftspolitische Zielsetzung vor: *„Die gesellschaftlichen Verhältnisse sollen nicht gewaltsam, sondern durch beispielhafte Modelle verändert werden, die von einer großen Bevölkerungsschicht getragen werden. Ein herrschafts-abbauender Föderalismus mit möglichst autonomen, dezentralisierten und selbstverwalteten Gemeinwesen ist anzustreben, deren Verbände durchaus in der Lage sind, gemeinsame Einrichtungen überregionaler Versorgung wie Krankenhäuser, Schulen, Transportsysteme und Industrien zu unterhalten. Als Beispiel hierfür könnte die Stadtteilkommune AMO in Washington D.C. genannt werden."* Strohm meinte, dadurch könne von der Bunten Liste *„eine Pionierarbeit geleistet (werden), wie sie in der ganzen Welt noch nicht stattgefunden hat. Es würden neue Impulse von Hamburg ausgehen und das Konzept der Bunten Liste weltweit bekannt werden."* Desweiteren schlägt Strohm auch eine Beteiligung an der Europaparlamentswahl zusammen mit den Umweltbewegungen in anderen EG-Ländern vor, denn *„der in Zukunft verstärkt zu erwartenden Kriminalisierungswelle von Atomgegnern in der BRD läßt sich im Europaparlament durch unsere Abgeordneten am wirkungsvollsten entgegentreten.*

Diese Thesen haben schon zuvor ziemlichen Widerspruch in einer ganzen Reihe von Basisinitiativen hervorgerufen – wobei zusätzlich kritisiert wurde, daß Strohm diese bereits ohne Diskussion oder gar Entscheidung an der Basis als Vorstellungen der Bunten Liste im Norddeutschen Fernsehprogramm präsentiert hatte. Zweifellos sind diese Vorstellungen auch so neu nicht, als daß hier von „Pionierarbeit der Bunten Liste" und dergleichen überhaupt geredet werden könnte. Vorstellungen und auch Versuche alternativer Lebensformen („autonome Gemeinwesen") i n n e r h a l b bestehender kapitalistischer Gesellschaften gibt es auf der ganzen Welt und seit den Anfängen der kapitalistischen Entwicklung – noch nirgendwo sind aber „die gesellschaftlichen Verhältnisse" durch den B e i s p i e l c h a r a k t e r solcher „Modelle" verändert worden, wie es Strohm vorschwebt. Im Gegenteil sind solche „Modelle" durch ihre kapitalistische Umwelt zumeist relativ schnell immer wieder an den Rand der Existenzkrise getrieben oder in ihrer Entfaltungsmöglichkeit durch staatliche Maßnahmen eingeengt, wenn nicht gar zerschlagen worden – mal völlig abgesehen von solchen „Modellen", die für ihre Betreiber selbst nur ein abgeschiedenes Reservat sind, um sich aus dem mühsamen Kampf für w i r k l i c h e gesellschaftliche (!) Veränderungen herauszuziehen.

In der Arbeitsgruppe wurden die Thesen Strohms denn auch anhand der konkreten Bedingungen und Schwierigkeiten diskutiert , unter denen in der BRD z.B. solche alternativen Projekte wie selbstverwaltete Jugendzentren oder etwa das Kinderhaus in der Heinrichstraße (Hamburg-Altona) existieren und arbeiten. Daß diese Projekte w i c h t i g sind und von der Bunten Liste auch u n t e r s t ü t z t werden, ist völlig unumstritten. Daß a l l e i n oder auch nur h a u p t s ä c h l i c h auf diesem Weg aber gesellschaftliche Veränderungen erreichbar seien, wurde nicht zuletzt von denjenigen bestritten, die mit ihrem eigenen Engagement für den Aufbau und die Erhaltung solcher „Modelle" langjährige Erfahrungen haben. In einem anderen Diskussionspapier, das in diesem Sinne kritisch zu Strohms Thesen Stellung nimmt und auf dem Kongreß viel Beifall erhielt, wird dabei auch darauf hingewiesen, daß es das Interesse der Bunten Liste sein müsse, die Menschen d o r t für unsere politischen Ziele zu gewinnen und im Kampf gegen Mißstände und Ungerechtigkeiten zu mobilisieren, wo sie tagtäglich leben und arbeiten müssen.

Zu einer weiteren Diskussion dieser unterschiedlichen Auffassungen ist es auf dem Delegiertenkongreß selbst nicht mehr gekommen. Beide Thesenpapiere werden jetzt in den Basisinitiativen der Bunten Liste weiterdiskutiert.

Großen Raum nahm schließlich die Diskussion um die bereits auf der Versammlung vorgetragene Schlußresolution des Vorstands ein. „KPD" und ihr Anhang (KJVD, BSLE) sowie einige Vertreter der „autonomen" Richtung lehnten vor allem den Vorschlag ab, a u c h an DKP und FDP für eine Kampagne gegen die 5%-Hürde heranzutreten. Mehrfach mußten hier gegen den Widerwillen vor allem der „KPD" noch einmal die seit Anbeginn der Bunten Liste geltenden Prinzipien der Ablehnung von Unvereinbarkeitsbeschlüssen und der offensiven Bündnispolitik entlang der Forderungen aus der Plattform der Bunten Liste (in diesem Fall: Abschaffung der undemokratischen 5%-Klausel!) erläutert werden. Auch die Verfälschung der „KPD", daß die Aktivitäten der Bunten Liste damit angeblich auf den Parlamentarismus eingeschränkt würden (nachdem bereits vorher etliche Resolutionen zu diversen Aufgaben der nächsten Zeit beschlossen worden waren, die absolut nichts mit Parlamenten zu tun haben), konnte nicht verhindern, daß auch diese Schlußresolution nur gegen wenige Gegenstimmen und Enthaltungen verabschiedet wurde.

Abschließend wurde der Arbeitsausschuß der Bunten Liste neu gebildet. Die „KPD" wurde in dieses Vertretungsorgan des Bündnisses nicht wieder hineindelegiert.

Schlußresolution des Delegiertenkongresses der Bunten Liste, 2.7.78

Die folgende Resolution wurde auf der öffentlichen Versammlung der Bunten Liste am 30.6. vorgelegt und als Antrag an den Delegiertenkongreß am 2.7. weitergeleitet. Der Delegiertenkongreß beschloß darüber bei nur wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen.

1. Die Bunte Liste war von Anfang an davon ausgegangen, daß ihr Zusammenschluß den Tag der Bürgerschaftswahl überdauern und ihre Arbeit auch nach der Wahl weitergehen wird. Die Bunte Liste hat in der Präambel ihrer Plattform festgelegt, daß sie sich nicht als neuer Wahlverein sieht, der sich nur um der Erringung parlamentarischer Mandate willen gebildet hätte. In dieser Präambel heißt es: „Wir werden nach der Wahl nicht anders arbeiten als vor der Wahl". Die mehr als 33.000 Stimmen, die die Bunte Liste erhalten hat, verpflichten sowohl die einzelnen Bürger- und Basisinitiativen wie auch das Bündnis insgesamt zu verstärkten Anstrengungen, außerparlamentarisch weiter zu kämpfen. Hier liegt der Schwerpunkt unserer weiteren Aktivitäten.

2. Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl hat erneut bestätigt, daß die 5 %- Sperrklausel eine völlig undemokratische Einrichtung ist, die allein dem Ziel dient, das Entstehen anderer Parteien zu erschweren. Würde es diese 5 %- Hürde nicht geben, dann wären die Wähler der Bunten Liste heute mit 4 Abgeordneten in der Bürgerschaft vertreten. Insgesamt sind nach der letzten Wahl mehr als 10 % der Hamburger Wähler, die ihre Stimme nicht der SPD oder der CDU gegeben haben, von der Mitbestimmung über die Zusammensetzung der Bürgerschaft ausgeschlossen worden: Das sind fast 100.000 Menschen. Die Niedersachsen- Wahl hat ähnliches ergeben: dort fielen die Stimmen von 8,4 % (329.000 Stimmen) schlicht unter den Tisch. Daraus gibt es nur eine Schlußfolgerung: die undemokratische 5 %- Hürde muß zu Fall gebracht werden! Die Bunte Liste wird Initiativen ergreifen, um mit alternativen Listen, mit FDP und DKP die Möglichkeiten einer gemeinsamen Kampagne gegen die 5 %- Hürde zu diskutieren.

3. Die Bunte Liste wird sich auch in Zukunft um die Erweiterung des Bündnisses von Bürger- und Basisinitiativen und demokratische Gruppen und Organisationen bemühen. Darüber hinaus wird die Bunte Liste, wo immer es dem gemeinsamen Anliegen dient, auch eine Zusammenarbeit mit Gruppen und Organisationen außerhalb ihres Zusammenschlusses suchen, wie etwa mit linken Teilen der FDP und mit der DKP. Obwohl die DKP die Bunte Liste als ihren Hauptgegner im Wahlkampf angesehen und mit böswilligen Unterstellungen und Verleumdungen nicht gespart hat, bekräftigt die Bunte Liste, daß auch in bezug auf diese Partei Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht von der Bunten Liste ausgegangen sind und auch nicht ausgehen werden.

4. Die Ergebnisse der Bunten und Grünen Listen in Hamburg und Niedersachsen, wie auch zuvor die Ergebnisse ähnlicher Oppositionslisten bei Kreiswahlen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen, haben eine bundesweite Signalwirkung. Die etablierten Parteien werden fortan bei kommunalen und landesweiten Wahlen überall in der Bundesrepublik mit dem Auftreten solcher Oppositionslisten rechnen müssen. Bereits jetzt sollte dabei auch die Bundestagswahl 1980 in die Diskussion mit einbezogen werden. Die Bunte Liste wird Kontakt mit Bürger- und Basisinitiativen und demokratischen Gruppen und Personen in anderen Bundesländern aufnehmen, um eine Zusammenfassung der Oppositionslisten zu einer gemeinsamen Kandidatur zur Bundestagswahl zu diskutieren.

5. Der Delegiertenkongreß der Bunten Liste macht die hier genannten Grundgedanken der weiteren Arbeit zu bindenden Leitlinien für alle Organe der Bunten Liste.

Solidaritätsadresse an die GLW Hessen

Der Delegiertenkongreß der Bunten Liste/Hamburg verurteilt die angekündigte Kandidatur der GLU in Hessen. Mit dieser Kandidatur wird die Spaltung von Oppositionslisten fortgesetzt, die in Hamburg dazu beigetragen hat, daß die Bunte Liste an der Überwindung der 5%-Hürde gehindert wurde. Verantwortlich für diese Spaltung, die außer in Hamburg und Hessen mittlerweile auch in Nordrhein-Westfalen und Bayern durchgezogen wurde, ist eine Gruppe von rechten Karrieristen um den niedersächsischen GLU-Landesvorsitzenden Beddermann.

Der Delegiertenkongreß der Bunten Liste unterstützt in Hessen die Kandidatur der GLW (Grüne Liste - Wählergemeinschaft für Umweltschutz und Demokratie), die auf der Basis eines Zusammenschlusses von Bürger- und Basisinitiativen demokratische Alternativen zu den etablierten Parteien entwickelt. Die GLW sollte daran festhalten:

- *sich keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen linke Gruppen aufzwingen zu lassen, die der bisherigen demokratischen Praxis der Basisbewegung völlig widersprechen;*
- *keine Kumpanei mit neonazistischen Kräften zuzulassen.*

Nur auf diesem Weg können die Oppositionslisten weiter zur Stärkung der demokratischen Bewegung in unserem Land beitragen.

Offene Antwort des KB an Holger Strohm

Holger Strohm, Kandidat der Bunten Liste bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen vom 4. Juni, hat mit Datum des 4. Juli eine Erklärung an die Öffentlichkeit gegeben, in der er damit droht, sich aus der Bunten Liste zurückzuziehen, falls diese sich nicht seinen Vorstellungen unterordnet.

Der Kommunistische Bund stellt dazu fest:

1. Die Erklärung von Holger Strohm ist nahezu ohne politische Substanz. Sie spekuliert offensichtlich a l l e i n darauf, mit dem bloßen Reizwort „Majorisierung durch K-Gruppen" Eingang in die bürgerliche Presse und Sympathie bei einigen Anhängern der Bunten Liste zu finden.

2. Als einzigen tatsächlichen politischen Vorwurf finden wir in der Erklärung, daß der KB sich mit der „KPD" Auseinandersetzungen in der Bunten Liste geliefert habe, **„die die Zielsetzung der Bunten Liste nutzlos"** gewesen seien. Im Namen der in der Bunten Liste zusammengeschlossenen Initiativen und Gruppen maßt sich Holger Strohm die Behauptung an, daß diese angeblich **„die Auseinandersetzungen der K-Gruppen ... nicht länger ertragen wollen"**. Tatsache ist hingegen, daß es in der Bunten Liste scharfe Auseinandersetzungen mit der „KPD" gegeben hat, weil diese ihre sektiererische Politik („Hauptfeind DKP", Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit der DKP) zur Richtschnur der Bunten Liste machen wollte, weil die „KPD" Bündnisangebote der Bunten Liste an die FDP ablehnte und weil sie überdies hartnäckig versuchte, ihre speziellen „anti-sozialimperialistischen" Vorstellungen in die Bunte Liste hineinzutragen.

Es wäre zweifellos sinnvoller, wenn Holger Strohm sich eindeutig zu diesen Themen äußern würde, statt dem KB auch noch vorzuwerfen, daß dieser sich – ebenso übrigens wie die übergroße Mehrheit aller anderen Initiativen und Gruppen – diesen Versuchen der „KPD" entgegengestellt hat.

3. Holger Strohm spricht in seiner

Gruppen – diesen Versuchen der „KPD" entgegengestellt hat.
3. Holger Strohm spricht in seiner

Erklärung von **„Majorisierungsversuchen des KB"**. Richtiger und ehrlicher wäre es, wenn Holger Strohm davon sprechen würde, daß er in der Bunten Liste für seine persönlichen Vorstellungen kaum Unterstützung gefunden hat.

Holger Strohm hat schon während des Wahlkampfes seine Stellung als „Spitzenkandidat" der Bunten Liste mehrfach für persönliche Profilierungsversuche mißbraucht. So hat er immer wieder in seinen Interviews mit bürgerlichen und linken Medien eher seine privaten Vorstellungen vertreten, statt die Politik der Bunten Liste. Während des Wahlkampfes haben wir dem – „zähneknirschend" – zugesehen, weil uns klar war, daß unsere Gegner nur darauf gewartet hätten, den kleinsten Riß in der Bunten Liste propagandistisch zu nutzen.

Wenn Holger Strohm nun aber auch noch als Hüter der demokratischen Prinzipien der Bunten Liste auftritt, so kommen wir nicht umhin, an einige Dinge zu erinnern:

– Holger Strohm hat in seinen Interviews verschiedentlich die Mitarbeit des KB in der Bunten Liste teilweise bis zur Lächerlichkeit herabzusetzen versucht. Zugleich brachte er zum Ausdruck, daß er unsere Mitarbeit lediglich unter dem Aspekt des Funktionalisierens sieht (Ausnutzung des KB zur Durchsetzung persönlicher Vorstellungen und Ambitionen), uns aber keinen realen politischen Einfluß in der Bunten Liste zugestehen will. So sagte er beispielsweise gegenüber „konkret": *„Der KB bietet uns seine organisatorischen Fähigkeiten an und da sind wir auch sehr glücklich darüber ... Aber wenn man das zahlenmäßig sieht, sind nur ganz wenige vom KB dabei"!* Frage von „konkret": *„Zehn Prozent?"* Strohm: *„Wenn überhaupt! Und bei den Abstimmungen kommt das dann auch zutage".* („konkret", Mai 78). Gegenüber der „Szene" (Mai 78) sagte Holger Strohm: *„Der KB ist prozentual nur geringfügig vertreten, allerdings sind seine Mitglieder sehr aktiv und stellen uns ihr Organisationstalent zur Verfügung".* Und in der Musik-Zeitschrift „sounds" (Juni 78): **„Quantitativ kann der KB uns nicht beeinflussen. Wir können uns im Gegeteil seine organisatorischen Möglichkeiten zunutze machen. Langfristig glaube ich, daß der KB lernen wird, daß er seine Vorstellungen nicht durchsetzen kann".**

– Holger Strohm machte in seinen Interviews zum Teil seltsame Äußerungen über die Plattform der Bunten Liste. So behauptete er: *„Unser Programm unterscheidet sich ja überhaupt nicht von dem der Jusos"* („das da-avanti", Mai 78). Und: *„Wir haben uns in der Plattform, die wir beschlossen haben, auf ein m e n s c h l i c h e s Programm geeinigt – hauptsächlich. ... Hätten wir uns auf eine p o l i t i s c h e Plattform einigen sollen, das wäre nicht gegangen"* („konkret", Mai 78). Äußerungen wie diese wurden insbesondere von der DKP bereitwillig gegen die Bunte Liste ausgeschlachtet und haben der Bunten Liste unserer Einschätzung nach tatsächlich linke Wählerstimmen gekostet. Es geht in diesem Punkt unserer Meinung nach nicht um eine zu rechtfertigende persönliche Meinungsäußerung von Holger Strohm, sondern um eine bewußte Verfälschung und Falschdarstellung der Grundlagen der Bunten Liste in der Öffentlichkeit.

– Mehrfach waren von Holger Strohm auch Äußerungen zu vernehmen, die an seinem Sinn für die Realitäten zweifeln ließen. So behauptete er beispielsweise in „sounds" (Juni 78): *„Wenn man sich mit uns argumentativ nicht auseinandersetzt, sondern nur mit brutaler Staatsgewalt, wird es zu einem internationalen Boykott deutscher Waren kommen".* Auch solche Äußerungen haben unserer Meinung nach nicht zur Glaubwürdigkeit der Bunten Liste in der linken Öffentlichkeit beigetragen.

Wir haben diese Äußerungen relativ ausführlich zitiert – man könnte noch auf viele weitere Punkte eingehen – um zu zeigen, daß das bürgerliche Nachrichten-System (Fixierung auf ein paar Persönlichkeiten, namentlich auf den „Spitzenkandidaten") objektiv so wirkt, daß ein einzelner oder wenige relativ leicht persönliche Vorstellungen veröffentlichen können, ohne dafür irgendeine demokratische Legitimität zu haben.

Die Bunte Liste k a n n aber nur Bestand haben, wenn sich – bei gegenseitigem Respekt vor den unterschiedlichen Vorstellungen – die Minderheit der Mehrheit unterordnet, und nicht etwa umgekehrt. Anderenfalls würde die Bunte Liste zur funktionalisierten Manövriermasse einzelner Personen, die sich mit Hilfe der Basisbewegung in Landes-, Bundes- und Europa-Parlamente transportieren lassen möchten.. Das aber kann nicht der Sinn eines demokratischen Wahlbündnisses sein.

Wir bedauern den Schritt von Holger Strohm, zumal wir wissen, daß die bürgerliche Presse und die bürgerlichen Parteien diesen Schritt entsprechend ausschlachten. Wir werden uns aber nicht erpressen lassen und raten auch den anderen Gruppen und Initiativen in der Bunten Liste zu dieser Haltung.

4. Der Vorwurf der „Majorisierung" der Bunten Liste durch den KB dürfte auch in künftigen Auseinandersetzungen noch eine Rolle spielen.

Dieser Vorwurf hat ganz einfach den ‚Vorteil', daß er sich auf die in dieser Gesellschaft weithin vorhandenen antikommunistischen Ressentiments stützen kann. In Wahrheit verhält es sich in der Regel genau umgekehrt: Minderheiten (oft nur Einzelpersonen oder einzelne Initiativen) versuchen der Bunten Liste i h r e besonderen Vorstellungen aufzuzwingen, wie beispielsweise die in der Bunten Liste kaum echt aktive „KPD" mit ihrem Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die DKP, oder andere, die der Bunten Liste ein neues, „ökologisches" Programm verpassen möchten. Wenn solche Minderheitsvorstöße, die unserer Meinung nach in der Tat die politische Ausstrahlungskraft der Bunten Liste herabsetzen würden, an der Mehrheit scheitern, so wird die „Majorisierung durch den KB" verantwortlich gemacht. Dabei finden sich dann leicht die unterschiedlichen Minderheitsströmungen mit den offenen Gegnern der Bunten Liste aus dem Lager der „Wahlboykottierer" zusammen.

Der KB will, wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft, aus der Bunten Liste keine kommunistische Organisation machen, was das Ende dieses Wahlbündnisses bedeuten würde. Wir werden uns aber ebenso entschieden dagegen einsetzen, wenn irgendwelche Minderheiten der Bunten Liste i h r e besonderen Vorstellungen aufdiktieren wollen – denn das wäre ebenfalls das Ende des Wahlbündnisses.

Wir haben in der letzten Zeit des öfteren Gespräche mit dem KB gehabt, weil wir uns Sorgen über gewisse Entwicklungen machen. Uns gehen die Majorisierungsversuche, das politische Ränkespiel und die ewig gleichen Auseinandersetzungen auf den Geist!
Wir betrachten die Bunte Liste als politische Heimat und nicht als Tribüne für Auseinandersetzungen der K-Gruppen. Denn in der Bunten Liste sind neben KPD und KB ja noch über 100 andere Bürgerinitiativen und Gruppierungen, die die für die Zielsetzung der Bunten Liste nutzlosen Abgrenzungsauseinandersetzungen dieser beiden Parteien nicht länger ertragen wollen. In dieser Zeit würden viele lieber ernsthaft arbeiten. Ausserdem, was machen diese Auseinandersetzungen für einen Eindruck auf die Menschen, die von ausserhalb zu uns gestossen sind und die wir gar nicht besser abschrecken können.

Mir gefällt nicht, wie der KB immer deutlicher seine Dominanz ausspielt und alles abblockt, was nicht in sein politisches Konzept passt. Wenn diese zentralisierten Hechte in dem dezentralisierten Karpfenteich sich mehr von der Torte abschneiden, als ihnen zusteht, dann platzt das Bündnis. Wenn erst einmal die Bunte Liste in der Öffentlichkeit als K-Gruppen-beherrscht dasteht, dann verlieren wir unsere Glaubwürdigkeit für den Bürger und werden damit politisch wirkungslos. Das hat nichts mit Antikommunismus zu tun, sondern mit demokratischen Prinzipien!

Ich gehöre zur Bunten Liste, weil sie die einzige demokratische Alternative in der BRD ist. Und eine demokratische Alternative muss sie bleiben, gerade für die BIs, die keinen Apparat hinter sich haben. Wer gegen dieses Prinzip verstösst, gehört nicht in die Bunte Liste!
Ich sehe mit Sorge, dass dies demokratische Selbstverständnis zunehmend durch den KB zerstört wird. Weder die vor der Wahl getroffenen Vereinbarungen, noch die danach stattgefundenen Gespräche hindern den KB daran ständig zu versuchen, dass die Bunte Liste unter seinen politischen Einfluss kommt. Um zu verhindern, dass der KB nun auch die Bunte Liste für seine konspirative Arbeit vereinnahmt, habe ich mich zunächst entschlossen, für drei Monate nicht mehr an der Arbeit in der Bunten Liste teilzunehmen. Falls in dieser Zeit der KB seine ursprünglichen Zusagen wiederum nicht einhält und es den Basisgruppen nicht gelingt, die Majorisierungsversuche des KB zu stoppen, sehe ich mich ausserstande, weiter in der Bunten Liste zu arbeiten!

Holger Strohm
4. Juli 1978

Strohm gibt „Erläuterungen" in der Presse

Die Erklärung Strohms, in der er ohne die Spur eines Beweises massive Vorwürfe gegen den KB erhebt, ist bereits einen Tag nach ihrer Vorlage im Arbeitsausschuß der Bunten Liste in den Händen der bürgerlichen Presse gewesen – und wie nicht anders zu erwarten, gegen die Bunte Liste ausgeschlachtet worden. Springers „Bild" (8.7.) brachte dazu eine Mitteilung unter der Überschrift *„Spitzenkandidat der 'Bunten' warnt vor den Roten".* In der „Welt" vom gleichen Tag wird über eine *„Existenzkrise"* der Bunten Liste orakelt: *„Es gilt als sicher, daß das labile Bündnis zerfällt, wenn Strohm als Integrationsfigur und Motor der Bewegung ausfällt."* Mag sein, daß Holger Strohm sich sogar selbst in einer solchen Rolle (Integrationsfigur und Motor) gesehen hat - die weitere Existenz der Bunten Liste, unabhängig davon, wie Strohm sich weiter verhält, wird das Gegenteil beweisen.

Strohm hat seine Erklärung uns gegenüber als „internes Diskussionspapier" bezeichnet und „bedauert", daß es an die Presse gegangen sei. Er könne sich das auch nicht erklären... Ja, er hat in einem Telefongespräch noch ausdrücklich versichert, daß er keine weiteren Erklärungen in dieser Sache an die bürgerliche Presse geben werde - sondern nur an solche Medien, von denen er sicher sei, daß sie diesen Konflikt *„nicht gegen die Linke ausschlachten"* werden. Ein solches, der Linken wohlgesonnenes Medium muß denn wohl der Südwestfunk sein, dem er am 8. Juli ein Telefon-Interview (live, 13.30 Uhr) gab. Strohm hat in diesem Interview auch die in seinem Papier fehlende Erläuterung gegeben, was es denn mit der „Majorisierung" durch den KB auf sich haben soll: er *„befürchte, daß der Kommunistische Bund die Bunte Liste langsam unterwandert, und zwar durch seinen Arbeitseifer, indem er alle Arbeiten übernimmt, die andere nicht gerne machen".* Dem SWF-Reporter schien das noch nicht ganz zündend, und so bat er Strohm um weitere „Konkretisierungen". Die hörten sich dann so an: *„Jede Bürgerinitiative sendet mehrere Delegierte, die dann abstimmen müssen für die Bürgerinitiativen, und es ist so, daß in den einzelnen Bürgerinitiativen Mitglieder des Kommunistischen Bundes sind, die sich nicht zu erkennen geben, die sich aber sehr freundlich verhalten, die alle die Arbeit übernehmen, die andere nicht mögen, die sonntags arbeiten, die abends arbeiten, die also, wenn z.B. große Treffen stattfinden, übers Wochenende, wo die meisten dann gerne an die See fahren würden oder was anderes machen, die sich dann dazu bereit erklären. Man vertraut diesen Menschen, und das heißt, daß langsam mehr und mehr vom Kommunistischen Bund dann auch zu den Entscheidungen kommen als Delegierte, und daß sie dann, wenn sie das Konzept in der Hand haben, mehr und mehr in ihrem Sinne ihre politischen Vorstellungen durchdrücken."*

Das klingt schon alles mächtig überzeugend. Es paßt auf alle Fälle in gängige antikommunistische Klischees hinein, wonach Kommunisten dadurch ihr „konspiratives Unwesen" treiben, daß sie den mangelnden „Arbeitseifer" anderer für sich a u s n u t z e n.

Man mag den Kommunisten im allgemeinen und vielleicht den KB-Genossen im besonderen ja einiges an Hintanstellung ihrer persönlichen Bedürfnisse hinter die politischen Interessen „vorwerfen" (zweifellos ein ehrenhafter „Vorwurf"), aber kein KB-Genosse ist so bescheuert, daß er nicht daran interessiert wäre, daß a u c h a n d e r e sich s t ä r k e r für unsere gemeinsamen Interessen, wie sie die Bunte Liste verkörpert, einsetzen. Tatsächlich haben KB-Genossen bislang die Hauptarbeit in der Bunten Liste getragen, vor allem die, wie Strohm richtig sagt, *„die andere nicht gerne machen"* (jede Menge organisatorischer und technischer „Kleinkram", ohne den die Bunte Liste wohl kaum eine derartige Resonanz hätte finden können).

Wenn jemand behauptet, der KB wolle diese Arbeit nicht von „breiteren Schultern" tragen lassen, dann macht er einen dummen Witz.

Presseerklärung des Vorstands

Presseerklärung des Vorstands der Bunten Liste

Wenn Holger Strohm behauptet, die Bunte Liste werden von Kommunisten „majorisiert", so ist diese Behauptung unzutreffend und kann deshalb von ihm auch nicht belegt werden. Er verfolgt damit Stimmungsmache im Rahmen inhaltlicher Meinungsbildung innerhalb der Bunten Liste, deren streng demokratischer Praxis er sich damit nicht unterwirft.

An seinem undemokratischen Alleingang wird das Bündnis nicht zerbrechen: Holger Strohm ist ein Mitglied des Bündnisses unter Hunderten; wir erwarten, daß er sich dem demokratischen Meinungsprozeß wieder anschließt.

Hamburg, 8.7.78
Der Vorstand der Bunten Liste
i.A. Eva Hubert, Kurt Hiller

Landtagswahlen in Schleswig-Holstein: SPD-Frauen machen mobil

Nur wenige Wochen nach dem SPD-Landesparteitag in Neumünster, auf dem eine »links« anmutende Wahlkampfstrategie beschlossen worden war, trat die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) in Aktion. Vor der Lübecker AsF referierte die Kieler Ratsfrau Hildegard Detlefs über die Erfahrungen mit dem Kieler Frauenhaus, in dem u.a. SPD-Frauen zu den Initiatorinnen gehörten. Dort hatte sich vor einigen Monaten die AsF sehr unbeliebt gemacht. Mehrfach hatten die SPD-Frauen ohne jede Absprache mit der Frauenhausinitiative Veranstaltungen durchgeführt und Zeitungsinterviews gegeben, durch die öffentlich der Eindruck erweckt wurde, Frauenhausinitiative und AsF seien nahezu identisch. Besonders tat sich dabei Ratsfrau Hildegard Detlefs hervor.

Die Quittung blieb nicht aus: Waren im 1. Frauenhaus-Vorstand noch 3 SPD-Frauen (von 7 im Vorstand), so wurde keine von ihnen bei der Neuwahl des Vorstands vor 1 1/2 Monaten nach diesen Alleingängen wieder vorgeschlagen und gewählt.

In Lübeck soll es angesichts anstehender Landtagswahlen besser laufen. 15 SPD-Frauen — unter ihnen die Landtagsabgeordnete Gisela Böhrk (jetzt auf Listenplatz 6) — erschienen am 21.6. auf dem Neuen-Treff des Lübecker Frauenzentrums mit der Ankündigung, sie wollten jetzt auch mitarbeiten. Eine eigene offene Frauengruppe wurde von ihnen gebildet, nachdem vorher der Versuch einer Frauengruppe innerhalb der SPD mangels Beteiligung fehlgeschlagen war.

In den »Lübecker Nachrichten« ließen die SPD-Frauen verbreiten: *»Charlotte Harnack, Lübecker Vorsitzende der AsF, wies darauf hin, daß die weiblichen Mitglieder der SPD-Fraktion sich auch in Lübeck für ein ‚Frauenhaus' einsetzen«.* („LN", 24.6.) Diese Erklärung erschien gerade noch im rechten Moment, da schon am 1.7. das Lübecker Frauenhaus offiziell eröffnet wurde und noch in Verhandlungen mit dem Sozialamt über die Finanzierung des Hauses steht. Auf diesem Sektor haben die SPD-Frauen ihre guten Beziehungen zu städtischen Behörden anzubieten.

Unter Frauen der Frauenhausinitiative wurde das plötzliche massive Engagement der SPD-AsF mit gemischten Gefühlen aufgenommen; denn in der seit über einem Jahr bestehenden Frauenhausinitiative e.V. glänzte die AsF bis dahin mehr durch Abwesenheit. W i r k l i c h e B a s i s a r b e i t — auf deren Erfolge die Frauenhausinitiative e.V. nach Eröffnung ihres Hauses mit Stolz zurückblicken kann — ist nicht nach dem Geschmack der SPD-Politikerinnen. Daher wird es ihnen schwer fallen, mit der SPD-Wahlkampfstrategie für die Landtagswahlen in der Frauenbewegung Schleswig-Holsteins Fuß zu fassen.

KB/Gruppe Lübeck

Die DKP nach den Wahlen: ratlos

Von den Ergebnissen der Wahlen in Hamburg und Niedersachsen – vom guten Abschneiden der „Bunten"/„Grünen" und von den eigenen Verlusten – hat sich die revisionistische DKP immer noch nicht erholt. Verschiedene Ansätze zu politischen Konsequenzen sind inzwischen erkennbar, deren Gemeinsamkeit jedoch darin besteht, daß sie die vollständige Unfähigkeit der DKP demonstrieren, aus Niederlagen sinnvolle Lehren zu ziehen (alle folgenden Zitate beziehen sich auf Beiträge zur 9. Tagung des Parteivorstandes der DKP laut „UZ" vom 27.6.78).

Die „knallharte" Linie

Unter dem Motto **„Unsere richtige Politik wirksamer durchsetzen"** formieren sich diejenigen, die von der 100%igen „Richtigkeit" der DKP-Politik immer noch felsenfest überzeugt sind, und die alle Mißerfolge lediglich der Dummheit der Bevölkerung und dem „Wirken des Antikommunismus" anlasten. Eindruckvollster Sprecher dieser Strömung ist **Jan Wienecke**, Chef der Hamburger DKP und Mitglied des DKP-Parteivorstands. Seine Schlußfolgerung aus dem Hamburger Wahlergebnis (die DKP verlor gegenüber 1974 rund 60% ihrer Stimmen, vornehmlich an die Bunte Liste): **„Offenkundig reicht es nicht, richtige politische Schwerpunkte ... zu setzen. Die Arbeiter müssen auch davon überzeugt werden, daß ihnen nur die DKP helfen kann".** Kein leichtes Stück Arbeit fürwahr, aber Wienecke weiß Rat: *„Unser für die Arbeiter nützliches Eintreten ... müssen wir viel stärker hervorheben. Wir sind gehalten ... die aktive Rolle unserer Partei sichtbar für alle und viel selbstbewußter in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken. Und da lag es bei uns – vielleicht hängt das auch mit der vornehm hanseatischen Zurückhaltung zusammen, die wir nun endlich aufgeben müssen – da lag es bei uns im Argen".*

Um diese Weisungen des Vorsitzenden Wienecke richtig würdigen zu können, muß man wissen, daß die DKP schon im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf angegeben hat wie verrückt.

Die Linie der Anpassung nach rechts

In Hamburg hatte die DKP sich im Wahlkampf vorzugsweise darauf verlegt, die Bunte Liste von „links" außen anzugreifen (Motto: „Das sind ja gar keine richtigen Kommunisten"). Nach diesem offenkundigen Scheitern dieser Komödie gibt es in der DKP starke Tendenzen, sich durch eine R e c h t s wende, durch gesteigerte Anpassung an die herrschende Ideologie und Politik, mehr

rechts

In Hamburg hatte die DKP sich im Wahlkampf vorzugsweise darauf verlegt, die Bunte Liste von „links" außen anzugreifen (Motto: „Das sind ja gar keine richtigen Kommunisten"). Nach diesem offenkundigen Scheitern dieser Komödie gibt es in der DKP starke Tendenzen, sich durch eine R e c h t s wende, durch gesteigerte Anpassung an die herrschende Ideologie und Politik, mehr

in die Wählergunst zu bringen. Zu dieser Linie gehört beispielsweise die bei der DKP in letzter Zeit zu beobachtende Annäherung an die staatsoffizielle Terroristenjagd und – im Chor mit CDU/CSU und Springerpresse! – der Ruf nach den angeblich ausbleibenden „Fahndungserfolgen" (vgl. dazu AK 132, S. 53).

Zu dieser Linie gehört auch das eindeutige Abrücken von der Anti-AKW-Bewegung.

In dieser Frage war die DKP bisher ziemlich hin- und hergerissen. Tatsächlich aktiv beteiligt hat sie sich an dieser Bewegung nur ein einziges Mal: Vorm 19.2.77, als es galt, mit der Itzehoe-Mobilisierung die Bewegung zu spalten! Seither waren aber auch von der DKP heraus immer wieder dumpfe Röchler zu vernehmen, man wolle nun doch „stärker in den Bürgerinitiativen mitarbeiten, um den Maoisten dort nicht das Feld zu überlassen". Geschehen ist freilich in diese Richtung wenig.

Als n e u e Linie besteht jetzt nach den Wahlen die Tendenz, wesentliche Inhalte der Anti-AKW-Bewegung direkt als f o r t s c h r i t t - f e i n d l i c h anzugreifen. Als Vertreter dieser Richtung profilierte sich auf der 9. Tagung des DKP-Parteivorstands **Robert Steigerwald**, Mitglied des Parteivorstands und seit Jahren eine Art mißglückter Chefideologe der DKP. Er behauptet, daß die Ablehnung von AKW's unter heutigen Bedingungen auch in den Ländern des „realen Sozialismus" identisch sei mit irrationaler Furcht vor der *„Dämonie der Technik"*. Das sei *„ein Weg zum Holz, zur Keramik, zum Bauernhof, zur Dorfidylle"*. Steigerwald erinnert auch an die *„Verweigerung gegenüber der wissenschaftlich-technischen Revolution von heute"*, als deren Urheber er Marcuse ausmacht.

Steigerwald quatscht viel und hochgestochen um die Konsequenzen seiner Thesen herum, aber klar deutet sich an: Abschwächung des Kampfes gegen das imperialistische Atomprogramm, im Zeichen der „Entwicklung der Produktivkräfte", der man sich nicht in den Weg stellen dürfe.

Es ist anzunehmen, daß Steigerwald und seine Freunde gerade an d i e s e m Punkt selbst in der DKP auf Widerspruch stoßen werden.

Die Linie der Integration

Beate Landefeld, Vorsitzende der DKP-Studentenorganisation MSB und Mitglied des DKP-Parteivorstands, setzt sich unter der Devise **„Wir müssen auf neue Fragen überzeugende Antworten geben"** für gewisse taktische Umstellungen in der DKP-Politik ein, um das Protest-Potential integrieren zu können.

Beate Landefeld sieht zwei wesentliche Ursachen für den Erfolg der „Bunten": 1. Die Bunte Liste habe es verstanden, unzufriedenen Wählern das Gefühl zu geben, *„daß mit der Stimmabgabe der Wunsch nach einer Alternative sichtbar zum Ausdruck gebracht werden kann"*. 2. Der Charakter der Bunten Liste als Zusammenschluß von Basisinitiativen habe dazu geführt, daß damit *„der Gedanke an Selbsthilfe verbunden wurde"*.

These von Beate Landefeld: **„Diese Momente sind beide vollauf in unsere Programmatik integrierbar".**

Zu 1. fordert Beate Landefeld, im Prinzip ähnlich wie Jan Wienecke, daß die DKP *„unsere Aktivitäten"* lauter bekanntmachen und stärker im Gesamtzusammenhang darstellen müsse. Unter den Aktivitäten der DKP, die bisher vom Wähler nicht so richtig gewürdigt werden, nennt Beate Landefeld auch *„die Streiks .... die in diesem Frühjahr stattfanden"*

These von Beate Landefeld: „Diese Momente sind beide vollauf in unsere Programmatik integrierbar".

Zu 1. fordert Beate Landefeld, im Prinzip ähnlich wie Jan Wienecke, daß die DKP „unsere Aktivitäten" lauter bekanntmachen und stärker im Gesamtzusammenhang darstellen müsse. Unter den Aktivitäten der DKP, die bisher vom Wähler nicht so richtig gewürdigt werden, nennt Beate Landefeld auch „die Streiks .... die in diesem Frühjahr stattfanden"

Zu 2. Beate Landefeld erinnert daran, daß die DKP neben der *„Mitarbeit"* in Bürgerinitiativen auch *„eigene Formen der Selbsthilfe"* anzubieten habe, wie etwa die von der DKP mancherorts zeitweise betriebenen „Nachmittagsschule", aber beispielsweise auch Kinderfeste.

Im Übrigen schlägt Beate Landefeld vor, die Diskussion um alternative Lebensformen *„offensiv aufzugreifen"*, und zwar mit der These, daß solidarische Lebensformen usw. ü b e r h a u p t n u r in von der DKP geführten Bewegungen, am besten aber gleich **„in einer marxistischen Organisation"** (und da gibt es ja bekanntlich gar keine außer der DKP und ihren Filialen) möglich seien. *„Jede andere Lösung muß zu neuen Enttäuschungen führen"*

Die Eppendorfer Linie: Mehr Mensch

Peter Schütt, Mitglied des Parteivorstands und untertalentierter Poet, empfiehlt nach der Wahl: **„Stets Politik für den ganzen Menschen machen".** Ganz heiße Eisen - wie beispielsweise die Emanzipation der Frau - möchte Peter Schütt verstärkt in die Diskussion bringen: *„Die ‚Bunten Listen' haben in Hamburg ihren Wahlkampf sehr stark auf Frauen zugeschnitten. Bei uns war da m.E. meistens Fehlanzeige".* Und überhaupt: *„Das System, in dem wir leben, ist kalt, ist bürokratisch. Verständlich, daß in vielen Menschen der Wunsch nach mehr Menschlichkeit, Wärme und Spontaneität entsteht ... Geben wir uns darum ruhig – ich sag's mal einfach – menschlicher, lockerer, unverkrampfter; reden wir nicht nur von der großen Politik ... Reden wir über alles, was die Menschen ganz menschlich bewegt: Liebe, Glück, Heimat, Natur, Trauer, Horoskope und natürlich auch Mieten und Preise".*

Und auch über Bahro, Biermann, Streikverbot in der DDR? ... Da wäre dann wohl die Grenze der Gemütlichkeit erreicht. Auch Peter Schütt meint: Ein besseres Wahlergebnis sei *„nicht nur eine Frage des richtigen Programm, das haben wir o h n e F r a g e"*, sondern der *„richtigen V e r m i t t l u n g unseres Programms"*.

Abgesehen vom ganz realen handfesten Trend der DKP zur Anpassung nach rechts ist alles, was sonst von den verschiedenen DKP-Parteigrößen bisher zu den Wahlergebnissen zu hören war, nur oberflächliche Kosmetik. Auf den eigentlichen naheliegenden Gedanken, endlich mal die eigenen Positionen selbstkritisch unter die Lupe zu nehmen, wagt anscheinend gar niemand in diesen Kreisen zu kommen. Dann macht man schon lieber – à la Jan Wienecke – immer noch einmal die Dummheit der linken Wähler für die eigenen Mißerfolge verantwortlich: **„Es gibt nur völlig unzureichende und zum Teil verzerrte Kenntnisse unserer Gesamtpolitik"** (Wienecke auf der 9. Tagung des Parteivorstands). Aber ist das eigentliche Problem der DKP-Führung nicht vielmehr d a s , daß man in der Linken ihre Politik schon allzu gut kennt – und einfach die Schnauze davon voll hat ?!

Das war wohl nix!

Träume der DKP vor der Hamburger Bürgerschaftswahl: **„Eimsbüttel ist der mit Abstand stärkste Kreis der DKP und sie hat alle Chancen, hier in die Bezirksversammlung zu kommen".**

Das war wohl nix!

Träume der DKP vor der Hamburger Bürgerschaftswahl: „Eimsbüttel ist der mit Abstand stärkste Kreis der DKP und sie hat alle Chancen, hier in die Bezirksversammlung zu kommen".

Die Bunte Liste verfolgt **„vor allen Dingen das Ziel, die DKP zu schwächen, namentlich zu verhindern, daß sie in Eimsbüttel in die Bezirksversammlung kommt, womit die 5%-Klausel erstmals exemplarisch übersprungen und der Damm womöglich gebrochen wäre".**

„Nach der neuesten (geheimgehaltenen) FDP-Umfrage liegen die ‚Bunten' bei 1,8% noch hinter der DKP". (Zitate aus einem Ende Mai verteilten Flugblatt der DKP-Studentenorganisation MSB).

MSB-Großmaul Uwe Knickrehm hat auf diesen Schwachsinn sogar Wetten abgeschlossen. Ergebnis: Die Bunte Liste ist jetzt mit zwei Frauen in der Eimsbüttler Bezirksversammlung vertreten. Die DKP blieb in Eimsbüttel mit 1,8% deutlich unter ihren 2,6% von 1974.

Meldungen von den Pseudo-„Grünen"

Um Gruhl (CDU-Bundestagsabgeordneter), Beddermann (Gründer und Chef der GLU Niedersachsen) sowie den „Steurrebell" Fredersdorf formiert sich eine bundesweite Partei, deren Zweck die Spaltung der Grünen/Bunten Listen und die Funktionalisierung der Protestbewegung zugunsten des herrschenden Systems, insbesondere zugunsten der CDU/CSU ist. Im folgenden bringen wir Einzelmeldungen über die Aktivitäten dieser Kräfte.

Ein denkwürdiger Fall von Beddermanns Machtpolitik

Es wird derzeit hinter den Kulissen geschoben, gekunkelt und gelogen, um die „grüne" Vierte Partei zum richtigen Zeitpunkt öffentlich vorzustellen.

Exemplarisch für diese Machenschaften wollen wir hier darlegen, wie Beddermann mit seinen Kumpeln beim Aufbau der GLU Niedersachsen die AUD ausgetrickst hat. **Bei diesem Fall sind wir im Besitz zahlreicher Dokumente, die diese Schiebereien handfest beweisen.** Ein Fall, der zeigt, welche Möglichkeiten bürgerliche Machtpolitiker und Karrieristen besitzen, wenn die demokratische Kontrolle der Basis nicht zum Prinzip gemacht wird.

Schon bei der Gründung seiner USP (Umweltschutzpartei – Vorläuferorganisation der GLU/1977) hatte Beddermann deutlich gemacht, was er von der AUD hält: *„Wenn Sie mal in deren Programm gucken, da gehen Ihnen die Augen über, das ist überfrachtet mit Dingen, auf die ihnen kein Wähler folgt. Das Resultat haben Sie ja: 0,0 % der Stimmen. Die wollen die Banken verstaatlichen, die wollen dem Kapital an den Kragen, das sind doch alles Kröten, die Sie dem Wähler alle nicht zumuten können"* (aus der Mitschrift zu einem Seminar in Lüchow-Dannenberg, am 21.5.77, wo Beddermann die USP vorstellte).

Ein gewisser Karl-Götz Bringmann verschickte als „Sonderbeauftragter" von Beddermann Briefe in die Umweltschutz-Szene, um die AUD ins Zwielicht zu setzen. Die AUD bezeichne sich als „sozialistisch", was im Sprachgebrauch gleich „kommunistisch" sei. Die AUD verfolge „sozialistische Konzepte", was für die GLU untragbar sei. Aufgrund des Programmes müsse man auch **„Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der AUD"** hegen; **„Beamte werden sich von einer Mitgliedschaft hüten müssen"** (Brief vom 6.2.78).

Auf dieser Basis wußte Beddermann zu verbreiten, daß bei einem

zeichne sich als „sozialistisch", was im Sprachgebrauch gleich „kommunistisch" sei. Die AUD verfolge „sozialistische Konzepte", was für die GLU untragbar sei. Aufgrund des Programmes müsse man auch „Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der AUD" hegen; „Beamte werden sich von einer Mitgliedschaft hüten müssen" (Brief vom 6.2.78).

Auf dieser Basis wußte Beddermann zu verbreiten, daß bei einem

ehemaligen AUD- und jetzt GLU-Mitglied während seiner AUD-Zeit Beamte des Verfassungsschutzes erschienen seien (Polizisten erschienen seinerzeit dort wegen Beantragung eines Standes für die AUD). Eine solch „gefährliche" Gruppierung habe in der GLU nichts zu suchen. Trotz dieser Gerüchte-Kampagne wurde mit der AUD über eine gemeinsame Liste mehrfach verhandelt. Am 6.4. wurde zwischen den jeweils stellvertretenden Vorsitzenden (Conrad/AUD und Dombrowsky/GLU) in Worpswede sogar ein Vertrag unterzeichnet:

Auf der Landesliste sollte die AUD Platz 6, 13, 20, 27 bekommen. Bei der Wahlkampfkostenerstattung sollten beide Gruppierungen ihre Gelder rückerstattet bekommen, vom Überschuß sollte die AUD 1/4 bekommen. Die AUD verpflichtete sich, den Wahlkampf unter dem Namen GLU zu führen (Verzicht auf Eigenwerbung). Der Vertrag sollte bei Zustimmung der jeweiligen Landesdelegiertenkonferenzen in Kraft treten. Auf der GLU-Delegiertenkonferenz vom 8./9.4. wurde dann auf Betreiben von Beddermann der Vertrag von der GLU glatt abgebürstet (16 : 54 Stimmen).

Spaltung in Hessen perfekt

Zu den Landtagswahlen in Hessen werden nun endgültig zwei Listen mit dem Kennzeichen „Grün" antreten. Einmal die von Beddermann und seinen hessischen Freunden hochgezogene GLU Hessen, zum anderen die Grüne Liste Wählerinitiative (GLW), die als basisnahe Wählergemeinschaft „Für Demokratie und Umweltschutz" antritt.

Die GLW hat in den letzten Tagen mit einer breiteren Öffentlichkeitsarbeit begonnen. Für diese Woche sind noch vor den Semesterferien eine Serie von Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen in Städten mit Hochschulen und Fachhochschulen vorgesehen, wo die GLW sich vor allem mit der Hochschul-Linken in Hessen über ihre Kandidatur auseinandersetzen will. In GLW-Initiativen arbeiten z.Z. etwa 400 Mitglieder mit („FR", 4.7.78). Diese Zahl wird sich in den nächsten Wochen noch beträchtlich erhöhen, denn vielerorts hat die Diskussion über eine basisorientierte, fortschrittlich ausgerichtete Wählergemeinschaft gerade erst begonnen.

Die rechtslastige GLU kommt selbst nach eigenen Angaben kaum vom Fleck. **„In Hessen entwickeln**

Fortsetzung nächste Seite

mit („FR", 4.7.78). Diese Zahl wird sich in den nächsten Wochen noch beträchtlich erhöhen, denn vielerorts hat die Diskussion über eine basisorientierte, fortschrittlich ausgerichtete Wählergemeinschaft gerade erst begonnen.

Die rechtslastige GLU kommt selbst nach eigenen Angaben kaum vom Fleck. „In Hessen entwickeln

Fortsetzung nächste Seite

„Arbeiterbund" kommt ganz rrradikal

Mit einem sehr rrradikalen Beitrag verblüffte der DKP-nahe Münchner „Arbeiterbund" in der jüngsten Ausgabe seiner „KAZ" (27.6.78). Mit dem rrradikalen Spruch: **„......der Kommunismus taugt eben nicht zur parlamentarischen Scheinalternative"** wird der Mißerfolg der DKP bei den Wahlen in Hamburg und Niedersachsen erklärt. Der DKP wird vorgeworfen, sie habe nicht begriffen, **„daß der Antikommunismus in der Arbeiterbewegung nur kommunistisch und sicher nicht parlamentarisch zu bekämpfen ist".**

Die „Arbeiterbund"-Chefs zeigen mit diesem Vorwurf wieder einmal, daß ihnen noch nicht einmal die Grundbegriffe des Marxismus-Leninismus klar sind. „Kommunistisch" und „parlamentarisch" sind keineswegs Gegensätze, denn das eine bezeichnet einen bestimmten politischen Inhalt, das andere aber einen bestimmten Boden des Kampfes. Man kann in den Parlamenten bürgerliche Politik machen, man kann dort aber auch kommunistische Politik machen. Und selbstverständlich kann der parlamentarische Kampf auch eines der Mittel sein, mit denen man opportunistische Strömungen in der Arbeiterbewegung bekämpft.

Ungeheuer rrradikal klingt es auch, wenn die „KAZ" räsoniert: *„Tatsächlich hatten natürlich die Hafenarbeiter, die Drucker und Setzer mit ihrem Streik hundertmal mehr Antworten auf aufgeworfene Fragen gegeben, als sich durch ein wie auch immer geändertes ‚parlamentarisches Kräfteverhältnis' erreichen läßt!"*

Tatsächlich steckt hinter diesem rrradikalen Spruch nichts anderes als phrasendreschender Ökonomismus, die Vergötzung der spontanen Arbeiterbewegung, und die blinde Ignoranz gegenüber dem politischen Kampf. Die Entwicklung in den USA, in England oder auch in der BRD zeigt doch klar, daß sich durch noch so viele Streiks absolut n i c h t s am gesellschaftlichen Kräfteverhältnis ändert, sofern das Element des politischen Kampfes zurückbleibt.

Was nicht verblüfft: Die superrradikalen Sprücheklopfer vom „Arbeiterbund" haben es abgelehnt, sich zu den bayerischen Landtagswahlen an den Diskussionen um eine Alternativ-Liste zu beteiligen. **Sie wollen nämlich zur Wahl der SPD aufrufen!..**



Neu! Broschüre der Bunten Liste (Hamburg) zur Auseinandersetzung mit den Pseudo-„Grünen" in der GLU und zur Unterstützung der fortschrittlichen GLU-Mitglieder, (Preis DM 1,50) zu bestellen über: Bunte Liste-Büro, 2 Hamburg 19, Fruchtallee 9

Meldungen von den Pseudo-„Grünen"

Fortsetzung von Seite 9

sich die Dinge nur schleppend" (Beddermann in einem Brief an die GLU-Mitglieder vom 22.6.). Zu einem letzten Vermittlungsgespräch, zu dem die Hessen-Kommission der GLU Niedersachsen am 24.6. eingeladen hatte, war zwar die GLW, nicht aber die GLU Hessen erschienen.

GLU-Vorsitzender in Hessen und Beddermann-Spezi Faust: *„Wir lassen uns keine Vorschriften machen, wie wir uns zu verhalten haben"* und mit drohendem Unterton wird gefragt, inwiefern die angeblich „GLW-freundliche" Kommission für die GLU Niedersachsen überhaupt repräsentativ sei (nach „FR", 4.7.).

Schützenhilfe bekommt die GLU Hessen vor allem aus der Ecke, wo die Profiteure einer Spalterkandidatur sitzen. Die „Bild" machte am 6.7. mit der Überschrift auf: **„Grzimek kann Genscher stürzen"**. Dort hieß es: *„Deutschlands berühmter Tierschützer ... setzt sich für die ‚Grünen' ein. In Hessen will er die GLU im Wahlkampf unterstützen – als Redner bei Podiumsdiskussionen und mit selbstverfaßten Wahlbroschüren".*

Inzwischen bahnt sich auch eine erste Kontaktaufnahme seitens der FWG („Freie Wählergemeinschaft") mit der GLU an. Die FWG will in 45 der 55 hessischen Wahlkreise Kandidaten aufstellen. Wie die GLU „als Partei der Bürgerinitiativen", so stellt sich die FWG als „Partei der Wählergemeinschaften" dar, obwohl von den 300 kommunalen Wählergemeinschaften in Hessen nur 100 der FWG angehören. **Die FWG rechnet auf die Unterstützung der Sozialdemokratischen Union (SDU), die aus abgehalfterten Rechtsaußen der SPD besteht und von Strauß als Teil seiner „Vierten Partei" eingeplant ist.** *„Wir stehen der CDU näher als der SPD"*, gibt FGW-Sprecher Sorge seinen Standpunkt an. *„CDU-ähnlich, nur mehr weltlich, nicht ganz so christlich"* will er die FWG verstanden wissen (nach ‚FR", 28.6.).

•••

GLU-Treffen in Bayern

Am 8. Juli fand in Freising in Bayern ein Treffen der „Grünen Listen" statt.

GLU-Treffen in Bayern

Am 8. Juli fand in Freising in Bayern ein Treffen der „Grünen Listen" statt.
Dieser Verein, auf den sich Gruhl bei seiner Parteigründung hauptsächlich stützen will – so Gruhl in den internen Verhandlungskungeleien – ist geradezu rechtsradikal: Der Vorstand ist aus Vertretern der „Aktionsgemeinschaft demokratische Gebietsreform", der „Freien Wählergemeinschaft", der GLU und der faschistischen „Aktionsgemeinschaft Vierte Partei" (AVP) zusammengesetzt. Vorsitzender wurde der Ex-CSUler Dinkel; ein AVP-Mann wurde zu einem der Stellvertreter bestimmt. In diesem Klub (knapp 150 Personen waren anwesend) konnte auch ein Mitglied der Bayernpartei freundlich begrüßt werden, Vertreter des Bundes der Steuerzahler waren ebenfalls dabei. Über die AUD urteilte Opfer (CSU-Mitglied), einer der Sprecher dieses Kreises: *„Mit der AUD gehen wir nicht zusammen, die sind uns zu links. Außerdem sind das Atomkraftgegner"* („Welt", 30.6.).

Am 16.7. will diese Gruppe, die sich jetzt „Grüne Liste Bayern – Bund freier Wähler" nennt, den Wahlkampf eröffnen.

Der Nürnberger Kongreß der Basisinitiativen zur Bildung eines „bunten" Wahlbündnisses wurde wie folgt charakterisiert: dort träfen sich *„die Schwulen und Chaoten"* – unter „Chaoten" wurden wohlgemerkt auch die AUD, Jusos und Judos verstanden! Dr. Hennig von der AVP faßte das Selbstverständnis dieser seltsamen „Grünen" folgerichtig zusammen: **Für Leute, die links wählen wollten, gebe es ja schon SPD und FDP, für Rechte hingegen nur die CSU. Hierzu wolle die „Grüne Liste" eine Alternative bieten!**

•••

Wer ist die „Deutsche Fortschrittsbewegung"?

Beim Beddermann-Gruhl-Klub hat sich auch Horst Schütz aus Westberlin eingefunden, „Führer" einer „Deutschen Fortschrittsbewegung", die sich Ende 1977 nach dem Muster des rechtsradikalen dänischen „Steuerrebellen" Mogens Glistrup gegründet hat. Diese Partei will in Westberlin bei den nächsten Abgeordnetenhauswahlen antreten. Schütz ist Ex-CDU-Mitglied und war Wahlkampf-Leiter von Löwenthals rechtsradikalem „Bund Freies Deutschland", der dank Springer-Hilfe bei den letzten Wahlen in Westberlin nur knapp die 5 %-Hürde verfehlte.

Die Schütz-Partei will gegen den *„Bürokratendschungel"*, *„Verfallserscheinungen"* bei den Parteien, Abgleiten *„in Extremismus"* zu Felde ziehen. Für dieses Programm hat Glistrups Partei *„weitgehende Schützenhilfe"* versprochen, man hofft Glistrup selbst im Wahlkampf einsetzen zu können (nach „Welt", 27.1. und nach Schreiben des DFB zur „Berlinwahl 1979", DFB-Programm für West-Berlin).

•••

Horst Stern: Filmer, *„Schafzüchter und ein Naturschützer höchst unkonventioneller Art"* („Spiegel", Nr. 5/77). „Unkonventionell" wirft Stern die Frage auf, *„warum sich konservative Regierungen in Fragen des Naturschutzes nicht selten als progressiver erweisen. Das tiefschwarze Bayern schuf sich das wohl modernste Naturschutzgesetz Europas.(...)Die Erklärung ist, wie ich meine, so schwer nicht. Naturbewußtsein ist die erste Voraussetzung für Naturschutz. Ein solches Bewußtsein aber ist Ausfluß von Muße, die einer haben muß, der Natur beobachten und verstehen will. Muße aber ist eher dem Kapital als der Arbeit eigen (...). Das macht historisch verständlich, warum das Großkapital in Fragen des Umweltschutzes seine verläßlichste Bremse in den Gewerkschaften hat"* („Spiegel", 5/77).

•••

Herbert Gruhl: Seit 1969 Bundestagsabgeordneter der CDU und deren „Experte für Umweltfragen"; seit 1973 im Vorstand der „Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft" und des „Umweltforums". Im Gewand des Umweltschützers propagiert Gruhl den **„materiellen Ver-**

1973 im Vorstand der „Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft" und des „Umweltforums". Im Gewand des Umweltschützers propagiert Gruhl den „materiellen Ver-

Bremen: Wahlinitiative gegen Bundes-GLU

„Das Plenum des Initiativkreises Grüne/Bunte Liste in Bremen einigte sich auf seiner Plenumssitzung vom 9.7. mit ca. 60 Angehörigen von Basisinitiativen auf folgende Stellungnahme:
Wie wir erfahren haben, gibt es aus Kreisen der GLU in Zusammenarbeit mit namhaften Persönlichkeiten Bestrebungen zur Gründung einer Bundespartei.
Nach unserem bisherigen Diskussionsstand kommt es beim Aufbau von alternativen Wählergemeinschaften insbesondere darauf an, durch einen breiten ausführlichen Diskussionprozeß eine Kandidatur zu entwickeln. Wir lehnen eine Parteigründung von oben und hinter verschlossenen Türen, wie von der GLU in Hessen und Nordrhein-Westfalen praktiziert und nun offensichtlich auch im Bundesmaßstab geplant, entschieden ab. Wir müssen unseres Erachtens gerade durch die Art des Eingreifens in die Wahlen, die breiteste Diskussion in den Betrieben, Stadtteilen und Initiativen klarmachen, daß wir die Kabinettspolitik der staatstragenden Parteien ablehnen. Die voreilige Gründung einer Bundespartei widerspricht diesem Prinzip der demokratischen Willensbildung. Viele Bürger und andere Initiativen würden nach unserer Erfahrung durch ein solches Vorgehen abgeschreckt werden, sich überhaupt in den Wahlkampf einzumischen. Wir erwarten von den Initiatoren dieser Bundespartei eine rückhaltlos offene Unterrichtung über die derzeitigen Vorstellungen und Absichten und eine Antwort auf diese Stellungnahme. Für ein Gespräch sind wir unsererseits aufgeschlossen".
Dieser Brief soll sowohl an die Teilnehmer der Verhandlungen zur Bundespartei verschickt werden, die letzten Mittwoch in Bonn tagten, ebenso an den BBU, aber selbstverständlich auch der Basis bekannt gemacht werden. Für die Bremer Arbeit wurde festgelegt:

- *Aufbau der Wählergemeinschaft über die Initiativendiskussion.*
- *Programmentwicklung über Initiativendiskussion.*
- *Aufbau dezentral und basisdemokratisch, Beibehaltung der Autonomie der Initiativen.*
- *Keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse,*
- *außerparlamentarischer Kampf als Grundlage der Arbeit.*

•••

Fredersdorf für Steuer-Erhöhungen?!

Hermann Fredersdorf, seit 25 Jahren SPD-Mitglied und im SPD-Gewerkschaftsrat vertreten, Vorstandsmitglied im Beamtenbund und haupt-

Hermann Fredersdorf, seit 25 Jahren SPD-Mitglied und im SPD-Gewerkschaftsrat vertreten, Vorstandsmitglied im Beamtenbund und haupt-

mensstuer um ein Prozent erhöhen'. Das Geld sollte den Unternehmern in einem ‚großzügigen Investitionsprogramm' geschenkt werden. Daß er sich bereits 1976 für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer einsetzte, erscheint nur schon zwangsläufig" („UZ", 3.7.78). Die Kraftfahrzeugsteuer will Fredersdorf „reformieren", indem nicht mehr nach dem Hubraum besteuert wird, sondern die Mineralölsteuer heraufgesetzt wird. D.h. für die Fahrer großer Autos wird's billiger, für die große Masse der Autofahrer teurer! – Ein schöner „Steuerrebell", der vorher gern SPD-Steuerminister geworden wäre („Spiegel" 21/78). **Zum Dank für seine aufrechte Steuermoral darf Fredersdorf am 22.7. auf dem sog. „kleinen Parteitag" der CSU über das Thema „Steurvereinfachung und Steuergerechtigkeit" sprechen.**

•••

„Gruppe Ökologie" – noch so ein rechter Klub

Die „Gruppe Ökologie" will bei der Bildung einer rechten Bundes-GLU entscheidend mitmischen. Wer sind diese Herren Grzimek, Lorenz, Stern und Gruhl, die in der „Gruppe Ökologie" führend sind?
Dr. Bernhard Grzimek: Heute bekannt als Zoodirektor und Fernsehstar von Tiersendungen, früher im preußischen Landwirtschaftsministerium (ab 1932) und danach Regierungsrat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Grzimek war Mitglied der NSDAP und wurde, weil er dies während der „Entnazifizierung" verschwiegen hatte, nach 1945 von einem alliierten Militärgericht zu 5.000 Mark Geldstrafe verurteilt. Grzimek befürwortet die Todesstrafe, insbesondere gegen „Terroristen".
Professor Konrad Lorenz: Mit dem Nobelpreis für Medizin (1973) versehener Professor für „Verhaltensphysiologie". Das Resultat seiner „Forschung" machte der Rassenideologe Lorenz u.a. in einem Aufsatz „Die angeborenen Formen möglicher Erfahrung" (erschienen in der Zeitschrift für Tierpsychologie, Band 5, 1943) deutlich: **„Toleranz gegen moralisch Minderwertige ist eine schwere Gefahr für die Volksgemeinschaft".** *„Da aber beim Menschen kein planvoller Züchter Vorsehung spielt,... so müssen ganz einfach alle diese Ursachen die zu erwartende Wirkung haben, daß ein Kulturvolk kurz nach Erreichung der Zivilisationsphase zugrundegeht, woferne nicht eine bewußte, wissenschaftlich unterbaute Rassenpolitik diese Entwicklung der Dinge verhindert".* „Verhaltensforscher" Lorenz steht, wie man seinem Buch „Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit" (erschienen 1971) entnehmen kann, auch heute noch ungebrochen in der faschistischen Rassenlehre-Tradition: Die

sierten Menschheit" (erschienen 1971) entnehmen kann, auch heute noch ungebrochen in der faschistischen Rassenlehre-Tradition: Die



Niedersachsen GLU-Chef Beddermann (links) – überall, wo mit rechten Kräften konspiriert wird, ist er dabei

zicht", der „im neuen Gesellschaftssystem ... an der Spitze der Werte stehen" müßte (aus: „Ein Planet wird geplündert", S. 282). Gruhl, der der arbeitenden Bevölkerung „den Gürtel enger schnallen" will, hat sich dazu eine „Weltregierung" ausgedacht, die **„mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet"** sein soll. *„Wenn sich die Erde immer dichter füllt, dann müssen die Menschen zwangsläufig organisiert werden wie ein Ameisenhaufen oder ein Bienenstock. Dies führt zu weniger Freiheit, und das ist ganz natürlich...". „Diese Diktatur müßte unter Umständen härter sein als die stalinistische es war"*, (S.302).

amtlicher Vorsitzender des Schwindel-Unternehmens „Deutsche Steuergewerkschaft", ist sowenig Steuerrebell wie sein Regierungschef Schmidt. Was er als „Steuervereinfachung" anbietet, **„ist in der Praxis nichts als die Verteidigung von Steuerprivilegien der Unternehmer. Befragt, wo Steuervorteile denn wegfallen sollten, fielen ihm nur die Nacht- und Sonntagszuschläge der Industriearbeiter ein. Und so verwundert es auch nicht, daß er im Februar 1977 in Springers ‚Bild' als Rezept gegen die Arbeitslosigkeit vorschlug: ‚Jetzt müssen alle ein Opfer bringen. Die Bundesregierung soll die Lohn- und Einkom-**

5. „Todsünde": *„Der genetische Verfall." „Es ist nicht auszuschließen, daß viele Infantilismen, die große Teile der heutigen ‚rebellierenden' Jugend zu sozialen Parasiten (!!) machen, möglicherweise genetisch bedingt sind".*

•••

„Bürgeraktion Küste" nimmt zur GLU Niedersachsen Stellung!

Auf der letzten Sitzung der Bürgeraktion Küste (BAK) am 25.6. wurde erneut eine Diskussion zur GLU geführt. Die Manöver des niedersächsischen GLU-Vorsitzenden Beddermann fanden die Ablehnung der Mehrheit der dort Anwesenden. Man war sich darüber einig, folgende Forderungen an die niedersächsische GLU zu stellen:

1. Die organisatorischen Strukturen der GLU sollen basisnäher und so offen gestaltet werden, daß eine Meinungsbildung von unten nach oben gewährleistet ist.
2. Die GLU wird aufgefordert, jegliche Versuche zur Gründung einer Bundespartei zu unterlassen, ansonsten würde eine politische Entwicklung festgeschrieben, die von den Bürgerinitiativen nicht getragen wird.
3. Die GLU solle bei der Gründung neuer Landesverbände sorgfältiger als bisher auf die politische Zusammensetzung dieser Verbände achten. Die BAK bekräftigt noch einmal, daß sie für eine weitgehende politische Offenheit von Wählergemeinschaften eintritt, eine Grenze aber dort erreicht ist, wo faschistische Kräfte einbezogen werden.

Als letzte Forderung wird hervorgehoben, daß die Kandidaten der GLU ihre Legitimation aus der bisherigen Arbeit in den Bürgerinitiativen begründen sollten; die GLU dürfe kein Verein für Möchtegern-Politiker sein. Ein deutlicher Wink an Beddermann also!

Herrliche Gründerzeiten? Bundesweite GLU noch im Juli?

Gerüchte wollen wissen, daß am 1? Juli die Gründung einer bundesweiten, stramm rechts ausgerichteten GLU geplant ist.

Was bisher sicher ist:

Am Mittwoch, den 5.7., traf sich in Bonn ein Kreis von 15 Personen, um über die Ausrufung einer „grünen" Bundespartei zu beraten. Darunter waren:

Gruhl, CDU-Bundestagsabgeordneter.
Beddermann, Vorsitzender der GLU Niedersachsen.
Lippelt, GLU-Kandidat in Hannover, gab sich bislang als Gegner des Beddermann-Unternehmens aus.
Wegener, Vorsitzender der GLU Nordrheinwestfalen.
Ein Vertreter der GLU Hessen.
Boskampf, Grüne Liste Steinburg (Schleswig-Holstein).
Ein Vertreter der GLU Bayern.
Horst Schütz, Chef der rechtsgerichteten „Deutschen Fortschrittsbewegung" aus
Ein Vertreter der GLU Bayern.
Horst Schütz, Chef der rechtsgerichteten „Deutschen Fortschrittsbewegung" aus
Westberlin.
Fredersdorf, Chef der „Steuergewerkschaft", bisher noch SPD-Mitglied.
Schumacher, BBU-Vorstand, auch SPD-Mitglied.

Auf diesem Treffen wurde beraten, ob man noch im Juli schon die neue Partei ausrufen solle. Beddermann berichtete, sehr zum Ärger von Gruhl, daß er nicht mehr für die Mehrheit der GLU Niedersachsen sprechen könne. Ärger gibt es „leider" auch in NRW, wo zwei von sechs Vorstandsmitgliedern der GLU vom rechten Zug abzuspringen drohen.

Gruhl will sich deshalb besonders auf die stramm rechts ausgerichtete GLU Bayern stützen. Er selbst will sich noch aus der öffentlichen Parteiausrufung zurückhalten und jetzt als Reise-Kader die verschiedenen „Mittelkräfte" in der GLU bearbeiten.

Falls doch noch alles glatt läuft, will er eventuell am 13. Juli seinen Austritt aus der CDU bekanntgeben.

Fredersdorf erklärte unter diesen Umständen zumindest für sich die Parteigründung für verfrüht und „zu gefährlich". Öffentlich hat er den Parteien noch eine „Schonfrist" bis Ende des Jahres eingeräumt, bevor er seine „Steuerpartei gründen wolle. Am 13. Juli wollen sich deshalb wahrscheinlich erst einmal nur die GLU-Verbände treffen und dann, wenn sie die Mehrheitsverhältnisse für günstig ansehen, alleine die Bundespartei ausrufen.

Im Gespräch sind dafür bisher die Namen „Grüne Aktion Zukunft" oder „Grüne Bundespartei".

Beddermann-Spezi Weyer (aus Hannover) hatte schon Mitte Juni in der Presse verkündet: *„Wir arbeiten an einem umfangreichen Bundesprogramm. Da wird Herr Gruhl sicher seine Vorstellungen mit einarbeiten wollen"* (NHP, 15.6.78). D.h., man will womöglich schon mit einem Programm, das natürlich hinter verschlossenen Türen ausgekungelt worden ist, an die Öffentlichkeit treten.

Auch in Westberlin wird's bunt

Am 27.6. hatten die Umweltschutz- und Alternativzeitungen „radikal", „bbu-aktuell", „Dicke Luft", „zitty" und „kritik" zur ersten großen Wahldiskussion im „Schultheiß an der Gedächtniskirche" aufgerufen. 64 Bürgerinitiativen, Frauen-, Mieter-, Betriebs-, Anti-Repressions-, Schwulen- und Kulturgruppen, Vertreter der „Kirchlichen Mitarbeiter", von Alternativzeitungen und politischen Organisationen sowie demokratische Persönlichkeiten waren erschienen, von denen sich bereits 43 für eine Wahlbeteiligung entschlossen oder interessiert zeigten, die meisten nach dem Modell der Hamburger Bunten Liste. Zusammen mit vielen interessierten Einzelpersonen oder Vertretern anderer Gruppen, die sich noch nicht vorstellten, hatten sich über 200 Menschen versammelt.

Inzwischen hat das Westberliner Wissenschaftzentrum in einer Umfrage ermittelt, daß 6,6 % der Wähler bereit wären, einer „Umweltliste" ihre Stimme zu geben.

Zum Stand der Wahldiskussion

Erfreulich bei dem ersten großen Wahl-Treffen am 27.6. war, daß gerade aus dem Bereich der Bürger- und Mieterinitiativen sehr viele Vertreter(innen) gekommen waren.

Aus dem Frauen-, Schwulen-, Jugend- und Kulturbereich war die Beteiligung eher gering. Elterninitiativen z.B. fehlten völlig.

An Jugendorganisationen war neben den „Falken" auch der BDP/BDJ vertreten. Unter den politischen Organisationen waren SB, GIM, TLD (Trotzkisten), „KPD", KB vertreten.

Die Mehrheit der Initiativen sprach sich für eine alternative Wahlbeteiligung aus. Der größte Teil plädierte für eine Bunte Liste nach Hamburger Vorbild.

Klar wurde allerdings auch, daß der Diskussionsprozeß in den Initiativen oft noch nicht abgeschlossen ist, bzw. noch nicht einmal begonnen hat. D.h., daß eine Diskussion oder gar Beschlußfassung über ein Programm, wie von einigen schon vorgeschlagen, derzeit noch verfrüht wäre.

Fast alle Initiativen, die bislang ausschließlich für die Bezirksverordnetenversammlung kandidieren wollen, stehen unter folgenden Bedingungen auch einer Landesliste positiv gegenüber:

1. darf sich kein „Wasserkopf" bilden,
2. muß die Liste noch breiter getragen werden und
3. wollen diese Initiativen erst einmal in ihrem Bezirk „klar" kommen, d.h. den Bezirk als Basis für weitere Initiativen nehmen.

Versuche seitens der „Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger" aus Steglitz und Spandau, den Versammelten einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen kommunistische Organisationen nahezulegen, fanden keinen Anklang. Tief trat auch Manfred Scharrer vom „Langen Marsch" (ehem. „Sponti"-Zeitung, heute sozialdemokratisch) ins Fettnäpfchen, als er forderte, die Wahlbeteiligung „ohne die K-Gruppen" zu machen, um nicht „die Bürger" abzuschrecken.

Ein Koordinationsausschuß wird gebildet

Der Situation, daß sich einerseits eine recht breite Sympathie für eine Bunte Liste abzeichnet, andererseits aber die Diskussion in den BIs, in den einzelnen Bereichen noch sehr unterschiedlich ist, wurde durch einen Koordinationsausschuß Rechnung getragen.

Gebildet wurde er aus gut 20 Vertretern(innen) aus den verschiedenen Bereichen (Frauen, Schwule, Mieter, LBU, BBU, Energie-, Verkehrs- und Anti-AKW-BIs, Gesundheits-, Betriebs, Schul-, Ausländer-, Kultur-, Jugend- und Gegenöffentlichkeitsbereich (Zeitungen), einem Anwalt, einer Vertreterin aus dem prov. Büro und dem Bereich der Verteidigung demokratischer Rechte), wodurch eine „bunte" Struktur zum Ausdruck kommt. Um die Wahldiskussion insgesamt voranzutreiben, wurden dem Koordinationsrat folgende Aufgaben übertragen:

1. Informationen und Kontaktanschriften sammeln,
2. Erstellung und Verbreitung von Informations- und Diskussionsmaterialien zur Wahlfrage (Broschüre). Gezieltes Vertreiben dieser Informationen insbesondere in die Basisgruppen.
3. Vorbereitung und Einladung der nächsten gemeinsamen Veranstaltung am 21.7.78 (Ort wird noch bekannt gegeben).

Gemeinsam sind wir wer !

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß durch die Anwesenheit aller bisher an der Wahldiskussion Beteiligten und das einhellige Votum für ein gemeinsames, einheitliches Vorgehen, die Gefahr einer Spaltung in verschiedene Wahlinitiativen gebannt scheint.

Für den Fall, daß auch die nächsten Treffen in den Bereichen, den Bezirken und auch zentral in ähnlicher Atmosphäre ablaufen, d.h. von sachlicher Auseinandersetzung mit dem Ziel eines gemeinsamen Vorgehens geprägt sind, steht einer gemeinsamen bunten Liste nichts mehr im Wege!

Am 27.6. wurden bereits verschiedenste Positionspapiere zu Inhalt und Struktur des anzustrebenden Wahlbündnisses verteilt. Eine kunterbunte Flut. Wer die Westberliner Szene kennt, kann sich unschwer vorstellen, daß 7 verschiedene Papiere von Gruppen und Einzelpersonen nur der Anfang einer langen lebhaften Debatte sind.

Sehr erfreulich ist der Diskussionsverlauf unter den „Falken", wo in mehreren Bezirksverbänden über eine basisdemokratisch organisierte Bunte Liste diskutiert wird, mit dem Ziel, seitens der „Falken" Forderungen zu den Jugendproblemen, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit einzubringen.

Hocherfreut vernahmen die Teilnehmer einer Versammlung zur Wahldiskussion in Neukölln, daß das SB sich nach langer Diskussion entschlossen hat, eventuell am Wahlbündnis teilzunehmen. Die Bedingungen des SB:

1. Das Bündnis muß verbreitert werden.
2. Die Wahlaussagen müssen demokratische Forderungen enthalten.
3. Das Bündnis darf nicht durch kommunistische Gruppen „majorisiert" sein.

Die Rechtsanwälte Schily und Ströbele haben sich ebenfalls positiv zu Wort gemeldet. Nach eingehender Abgrenzung von parlamentarischen Illusionen ist in ihrem Papier zu lesen:

„Die Frauen und Männer der Linken Liste sollten im Parlament und sonst in der Öffentlichkeit die Interessen der Bevölkerung benennen und hartnäckig anmelden, die durch SPD und FDP schon lange nicht mehr artikuliert werden. Sie sollten öffentlich machen, warum berechtigte Forderungen nicht erfüllt werden und welche entgegengesetzten Interessen der Volksvertreter dagegenstehen". Außerdem spricht sich Schily für die Unterstützung und Kontrolle der Gewählten durch engagierte Wähler aus.

„KPD" will Frontstadt-Wahlkampf

Die „KPD", schon in der Hamburger Bunten Liste als vaterländischer Störenfried unangenehm aufgefallen, rechnet sich in Westberlin — wo sie erheblich stärker ist als in Hamburg! — echte Chancen aus, vaterländische Inhalte ins Wahlbündnis einzubringen. Gerade in Westberlin, als „Frontstadt" in den 50er und 60er Jahren d e r Vorposten des Kalten Krieges, passen solche Inhalte natürlich wie die Faust aufs Auge.

So will die „KPD" nicht bloß die Solidarität mit a l l e n Gegnern der DDR-Regierung ins Wahl-Programm aufnehmen, sondern auch die „Morde an der Mauer" sollen selbstverständlich mit hinein.

Außerdem fordert die „KPD" — unter heftigen Seitenhieben gegen die angebliche „Beschwichtigungspolitik" der Bundesregierung, daß die Parole „Für freien Reiseverkehr und Freizügigkeit zwischen Ost und West, gegen alle Beschränkungen und Schikanen" ins Programm aufgenommen werden müsse.

Diese Forderungen sind vor dem Hintergrund der seit einigen Monaten aufgekommenen Behauptung der „KPD" zu sehen, das H a u p t - problem Westberlins sei „die Bedrohung durch den russischen Sozialimperialismus"!

Darüber h i n a u s fordert die „KPD" für sich selbst totale Narrenfreiheit innerhalb des Wahlbündnisses: *„... die selbständigen, weitergehenden Positionen müssen also akzeptiert und uneingeschränkt selbständig vertreten werden können ... Wir werden natürlich selbständig als Partei unsere weitergehenden politischen Auffassungen in unserer Zeitung und in Flugblättern vertreten."*

Das klingt eigentlich noch ganz akzeptabel. Indessen: Die „KPD" hat schon in Hamburg vorexerziert, wie sie das meint. Da werden dann von der „KPD" plötzlich Plakate geklebt, auf denen neben dem Emblem der Bunten Liste nur die Forderungen der „KPD" prangen. Da wird man dann vielleicht demnächst lesen: „Die Mauer muß weg — darum Bunte Liste!" oder auch „Die Amis müssen zu unserem Schutz in Westberlin bleiben — darum Bunte Liste!" usw. usf.

Das heißt, die „KPD" beansprucht für sich kackfrech das Recht, die vereinbarte politische Linie solcher Wahlbündnisse in ihrem Sinn verfälschen zu dürfen. Und das auch noch vor dem Hintergrund, daß die „KPD" wahrscheinlich auch in Westberlin — ebenso wie sie es in Hamburg gemacht hat — nicht im Traum daran denkt, sich ernsthaft für einen Wahlerfolg des Bündnisses einzusetzen. Schon hat die „KPD" auch in Westberlin ihre Überzeugung verkündet, daß es gar nicht darauf ankomme, wirklich Abgeordnete in die Parlamente zu kriegen.

Die „KPD" könnte mit dieser Politik immerhin denjenigen echte Gründe oder Vorwände für ein Fernbleiben vom Wahlbündnis geben, die bisher enger mit der SEW zusammengearbeitet haben. Die Westberliner Linke hatte allerdings bisher Verstand genug, in der „Frontstadt"-Ideologie eine Variante des Antikommunismus zu sehen und sich darauf nicht einzulassen.

Bürgerliche Parteien spielen „bürgernah"

Die CDU hat ihren Wahlkampf früh angepfiffen. Um die Nase vorn zu haben, im Verarschen der Wähler, hat sie in Kreuzberg am 1.7. mit einer Reihe von Stadtteilfesten begonnen, wo den Kindern gelbe Luftballons mit CDU-Aufdruck in die Hand gedrückt werden, den Erwachsenen Bier und kalte Getränke.

Wie sehr besonders die SPD Einbrüche in ihren traditionellen Einflußbereichen Betrieb, Ausbildung und Verwaltung befürchtet, zeigen die Ergebnisse des Landesparteitags am 1./2.7. und die Aktivitäten danach.

Der SPD-Landesvorsitzende Löffler nannte *„die überdurchschnittlich große Hinwendung junger Wähler zu den Umweltlisten"* die *„größte Herausforderung"* und forderte die SPD auf, sich *„auf die Socken zu machen"*, und sich mehr um die Jugendlichen zu kümmern. Daß die SPD um die Wählerstimmen der Grundschüler-Eltern *„in den nächsten Monaten sehr kämpfen"* müsse, die wegen der viel zu hohen Erstklassen-Frequenzen sauer sind, fiel selbst dem Regierenden Bürgermeister Stobbe auf.

Ein eilig mit dem Schulsenator Rasch (FDP) zusammengebasteltes Wahlgeschenk für die Kinder erweist sich bei näherer Betrachtung als hohl: Gegenüber der z.Z. bei 36 Kindern liegenden Frequenz, deren Herabsetzung auf höchstens 25 die GEW-Berlin seit Jahren fordert und für die selbst die GEW im DGB ca. 8 — 10.000 Unterschriften gesammelt hat, wird von der SPD eine Frequenz von 28 versprochen. Die Präszisierung durch Schulsenator Rasch enthüllt den Betrug: Er bietet „höchstens 30, aber nicht unter 25" Schulanfänger pro Klasse, aber erst ab 1980/81.

Auch bei den Berufsverboten macht die SPD jetzt etwas Kosmetik. So wurde beschlossen, *„bei der Überprüfung der Verfassungstreue von Bewerbern für öffentlichen Dienst Routineanfragen bei den Verfassungsschutzämtern einzugrenzen"* („Tagesspiegel", 2.7.).

Gleichzeitig wurde jedoch der Antrag des linken Zehlendorfer Kreises, *„die generelle Überprüfung abzuschaffen ... und auf sicherheitsempfindliche Bereiche einzuschränken"*, mit großer Mehrheit abgebürstet!

Auch die FDP möchte sich jetzt ein „bürgernahes" Image verschaffen. So ruft der Kreisverband Tiergarten zum 9.7. im Ottopark zu einem „Bürgerfest" auf und lädt alle Bürgerinitiativen ein, *„sich an der Ausgestaltung dieses Bürgerfestes zu beteiligen und zwar sowohl durch Informationsstände über ihre besonderen Probleme und Aktivitäten, als auch an der Vorbereitung der Programmgestaltung selbst"*. Augenzwinkernd hat daraufhin die Westberliner Umweltschutz-Zeitung „Dicke Luft" aufgefordert: *„Also nichts wie hin und für eine ‚Bunte Liste' geworben!"*

Mit recht demokratischen Forderungen zu den in Westberlin besonders krassen Mißständen für die ausländischen Arbeiter hat der Landesfachausschuß 8 (Ausländer) der FDP Stellung genommen. *So wird z.B. das aktive und passive Wahlrecht für Ausländer mit unbeschränkter Aufenthaltserlaubnis gefordert.* Übrigens auch eine Forderung des Westberliner Ausländerkomitees, das eine Bunte Liste unterstützen will!

Trotz des Beschlusses einer Klausurtagung der FDP-Fraktion am 13.6., *„stärker als bisher ‚liberale Akzente' in der Berliner Politik zu setzen"*, so z.B. zu Berufsverboten, Kulturförderung, Jugendalkoholismus und den Krankenhausbetten-Streichungen, ist doch unübersehbar, daß auch die FDP keine echten Veränderungen beabsichtigt.

KB / Westberlin und AK-Redaktion

Auch in Bayern: Wahldiskussion beginnt

Am 8./9. Juli fand in Nürnberg ein erstes Treffen von Basisinitiativen und politischen Organisationen statt, um

gebung eventuell rechtliche Schritte geben würde.

Die fast 100 Teilnehmer des Wahl-

Auch in Bayern: Wahldiskussion beginnt

lich machen, warum berechtigte Forderungen nicht erfüllt werden und welche entgegengesetzten Interessen der Volksvertreter dagegenstehen". Außerdem spricht sich Schily für die Unterstützung und Kontrolle der Gewählten durch engagierte Wähler aus.

auf, sich „auf die Socken zu machen", und sich mehr um die Jugendlichen zu kümmern. Daß die SPD um die Wählerstimmen der Grundschüler-Eltern „in den nächsten Monaten sehr kämpfen" müsse, die wegen der viel zu hohen Erstklassen-Frequenzen sauer sind, fiel selbst dem Regierenden Bürgermeister Stobbe auf.

rung, Jugendalkoholismus und den Krankenhausbetten-Streichungen, ist doch unübersehbar, daß auch die FDP keine echten Veränderungen beabsichtigt.

KB / Westberlin und AK-Redaktion

Am 8./9. Juli fand in Nürnberg ein erstes Treffen von Basisinitiativen und politischen Organisationen statt, um über eine Beteiligung an den bayrischen Landtagswahlen (im Oktober) zu diskutieren. Am Rande des Treffens fand eine Podiumsdiskussion statt, an der etwa 300 Menschen teilnahmen. Auf dem Podium saßen Vertreter der Grünen Liste Erlangen (Spontis), der Bunten Liste Hamburg, der GLU Niedersachsen, der AUD, der Jusos und der Jungdemokraten.

Besonderen Anklang fand auch hier die Bunte Liste. Sogar der AUD-Vertreter fand lobende Worte für dieses Wahlbündnis — behauptete dann jedoch, in Bayern sei es dafür schon zu spät und die AUD werde deshalb allein kandidieren. Die niedersächsischen GLU-Vertreter betonten ihre Gemeinsamkeit mit den „Bunten" und betonten die Notwendigkeit, sich nicht spalten zu lassen.

Der Vertreter der Jungdemokraten begrüßte eine eventuell „bunte" Wahlbeteiligung; sie selbst trügen sich schon seit längerem mit dem Gedanken an eine radikaldemokratische Partei; konkret festlegen konnte er sich jedoch nicht. Der Juso kritisierte die Bunte Liste demagogisch „von links" und empfahl die „weitere" (?!) Veränderung der SPD von innen als gangbaren Weg. Auch der „Arbeiterbund" meldete sich zu Wort: AB-Chef Hans Zintl schaffte es, in einem Atemzug von Naturschutz, „Wiederaufbau der KPD" und — Wahlempfehlung für die SPD zu sprechen.

Auf dem Wahltreffen gab es zu Beginn einen Bericht über die kürzlich erfolgte Gründung einer rechten „GLU" Bayern und eine Auseinandersetzung mit dem Vertreter dieser „GLU" (Klammpf). Die anwesenden Vertreter der GLU Niedersachsen erklärten sich erstaunt über die Gründung der bayrischen „GLU", kritisierten deren unhaltbares Demokratie-Verständnis und ihr Bündnis mit AKW-Befürwortern und stellten in Aussicht, daß es wegen der Namensgebung eventuell rechtliche Schritte geben würde.

Die fast 100 Teilnehmer des Wahltreffens verabschiedeten nahezu einstimmig eine Resolution gegen die Gründung der bayrischen „GLU", sowie gegen die Mitarbeit von Mitgliedern der rechtsradikalen AVP in dieser „GLU". In der Resolution heißt es außerdem: *„Wir werden es nicht zulassen, daß einzelne rechte Kräfte sich zu Vertretern der Initiativen-Bewegung machen, nennen sie sich nun GLU Bayern, oder heißen sie Gruhl, Fredersdorf, Grzimek oder Beddermann, die im Augenblick hinter verschlossenen Türen an einer nationalen Grünen Liste basteln".*

Die GLU Niedersachsen wurde aufgefordert, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um in ihren Reihen diesen Kräften Einhalt zu gebieten.

Auf dem Wahltreffen in Nürnberg äußerte der Vertreter der Ansbacher BI (Ex-Juso im Stadtrat), er wolle keine „K-Gruppen" im Wahlbündnis haben. Ähnlich äußerte sich auch der Sprecher der Grünen Liste Erlangen, die schon vor dem Wahltreffen kräftig für antikommunistische Stimmungsmache sorgte. Insgesamt waren sie damit aber in Nürnberg klar in der Minderheit. Gut so!

Die vaterländische „KPD" sprach sich dafür aus, daß in die Plattform des Wahlbündnisses auch die Solidarität mit a l l e n politischen Gegnern der DDR-Regierung, der Kampf „gegen die Unterdrückung in Ost und West" sowie ein Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die DKP hineingeschrieben werden müßten. Auch dieser Vorschlag fand sehr wenig Beifall bei den Anwesenden.

Schließlich wurde bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen eine Schlußresolution angenommen, die zwar die Frage der Wahlbeteiligung noch offen läßt (bei vielen Anwesenden bestehen noch Bedenken, ob eine Wahlbeteiligung kräftemäßig zu schaffen sei), aber sich prinzipiell positiv zur Bildung einer Bunten Liste in Bayern äußert.

AUD in Schleswig-Holstein: Keine Eigenkandidatur bei Landtagswahlen?

Bei Anwesenheit des Bundesvorsitzenden Haussleiter führte die AUD Schleswig-Holstein am 8.7. in Lübeck ihren Landesparteitag durch. Haussleiter mochte sich in seinem Einleitungsreferat weder f ü r eine Beteiligung an Grünen Listen noch eindeutig dagegen aussprechen Grundsätzlich plädierte er zwar für ein Zusammengehen aller „ökologischen Gruppierungen" (einschließlich bestimmter politischer Organisationen wie z.B. auch dem Wahlbündnis Bunte Liste), doch konkret wollte er sich nicht äußern.

Ein Antrag des Kreisverbandes Lübeck, an den Landtagswahlen 1979 mit einer eigenen AUD-Liste teilzunehmen, wurde nur knapp abgelehnt. Angenommen wurde schließlich ein Antrag, wonach

- zunächst die AUD als Organisation ausgebaut werden soll (die in Schleswig-Holstein nur eine schwache organisatorische Basis hat),
- die konkrete Wahlentscheidung erst in einem halben Jahr gefällt werden soll und
- eine Zusammenarbeit mit „programmatisch gleichgesinnten" Kräften angestrebt wird.

In der Diskussion wurde deutlich, daß einige AUD-Mitglieder bereits schlechte Erfahrungen mit „Grüne-Liste"-Verhandlungspartnern aus Steinburg und Nordfriesland gemacht hatten, die von AUDlern den Parteiaustritt als Voraussetzung für eine Mitarbeit in der Grünen Liste verlangt hatten.

Nicht ohne Berechtigung wurde an bestehenden Grünen Listen die Begrenztheit auf ökologische Fragen kritisiert. Die AUD wendet sich nicht nur gegen die „friedliche Nutzung der Kernenergie", sondern auch gegen jede (atomare) Aufrüstung. Sie steht damit in offenem Widerspruch zu „Umweltschützern" wie CDU-Gruhl, der für die NATO-Aufrüstung eintritt.

Widersprüchlich ist, mit w e m die AUD zusammengehen will: Einerseits wendete sich Haussleiter gegen Abgrenzungsbeschlüsse nach links und rechts (!), andererseits wurde jede Zusammenarbeit mit ehemaligen CSUlern, die jetzt in Bayern als „Grüne" kandidieren, oder neonazistischen Rassentheoretikern in der Ökologiebewegung prinzipiell abgelehnt. Der „linken" SPD in Schleswig-Holstein fühle man sich näher als Stoltenbergs CDU-Regierung, für deren Sturz alle 30 Anwesenden waren.

Deutlich wurde dies auch in einem – allerdings nicht mehr abgestimmten – Antrag, die AUD solle bei der Landtagswahl zur Wahl der SPD aufrufen.

Ob die AUD doch noch Bestandteil einer „Grünen Liste/Wählergemeinschaft" in Schleswig-Holstein wird, wird mit davon abhängen, wieweit sich eine solche „Grüne Liste" öffnen wird – programmatisch wie durch Ablehnung von Unvereinbarkeitsbeschlüssen.

KB/Gruppe Lübeck

NRW: Wahldiskussion kommt in Gang

Auf dem Gründungskongreß der Grünen Liste Schleswig-Holstein am 21. Mai in Rendsburg war nach Auseinandersetzungen – v.a. zwischen Mitgliedern der zwei schon existierenden Kreisverbände „Grüne Liste Nordfriesland" und „Unabhängige Wählergemeinschaft Steinburg" (bei Brokdorf) – auf die Bildung einer Partei zumindestens vorläufig verzichtet worden. Mit nur knapper Mehrheit wurde eine Satzung verabschiedet, die auch eine Unvereinbarkeitsklausel enthält: *„Die Mitgliedschaft in einer Partei oder die Kandidatur für eine solche sind unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ‚Grünen Liste' ... Entsprechendes gilt für andere politische Vereinigungen, deren Zielsetzungen ganz oder teilweise denen der ‚Grünen Liste' widersprechen."* Nach erneuten Auseinandersetzungen um die Vorstandswahlen, zu denen die Steinburger Führungsgruppe keinen eigenen Kandidaten mehr aufstellte, konnte ein vorgelegter Programmentwurf nicht mehr diskutiert werden.

Erst im Herbst, wenn in allen 15 Landtagswahlkreisen Kreisverbände gebildet worden sein sollen, soll das Programm endgültig verabschiedet werden. Bis dahin haben auch Satzung und Vorstand lediglich provisorischen Charakter. Kreisverbände haben sich z.T. bereits konstituiert, in einigen Kreisen sind Gründungsversammlungen öffentlich angekündigt worden. Es zeichnet sich jetzt bereits deutlich ab, daß die Mitglieder dieser Kreisverbände überwiegend Aktive aus Bürgerinitiativen sind, die eine gegen die Basisbewegung gerichtete Parteigründung nicht mitmachen werden wollen.

In K i e l waren Anfang Juni 30 Menschen zu einer Gründungsversammlung erschienen. Eine Satzung wurde beschlossen, die leider noch die schädliche Einschränkung enthält, daß Mitglieder anderer Parteien nicht Mitglied dieses Kreisverbandes werden dürfen.

Mit einer Presseerklärung zum Atomunfall im AKW Brunsbüttel und zu einem Interview Stoltenbergs ist der frischgegründete Kreisverband bereits an die Öffentlichkeit gegangen.

Im Kreis P i n n e b e r g ist inzwischen ebenfalls ein autonomer Kreisverband gebildet worden, der die Satzung aus S t e i n b u r g übernommen hat, die keine Unvereinbarkeitsklausel enthält. Zu den Initiatoren im Kreis S e g e b e r g gehörte WSL-Landesvorsitzender Baldur Springmann (ein guter Freund des berüchtigten Nazi Thies Christophersen) – der zugleich auch Mitglied des provisorischen Landesvorstands ist. Die zunächst in der Satzung enthaltene Unvereinbarkeitsklausel wurde später von den Mitgliedern gestrichen.

Über 30 Anwesende bildeten vor zwei Wochen den Kreisverband L a u e n b u r g, dessen Satzung auch keine Unvereinbarkeitsklauseln enthält. Nach mehreren Treffen will der Kreisverband nun mit der Programm-Diskussion beginnen, zugleich aber auch konkrete Schritte zur Gewinnung neuer Mitglieder diskutieren.

Große Aufmerksamkeit erregte die Grüne Liste im Kreis S t o r m a r n. Unter den 50 Anwesenden waren am 24. Juni die Kreisvorstände der etablierten Parteien (SPD, CDU, FDP) und der DKP wie auch die gesamte regionale Presse vertreten. Die SPD hatte eigens ein Flugblatt herausgegeben, das auf der Versammlung verteilt wurde. Die SPD putzte sich mit ihren seichten Landesparteitagsbeschlüssen als ganz tolle AKW-Gegner heraus. Im Gegensatz zur Grünen Liste sei die SPD für gesellschaftliche System-Veränderungen, für ein fortschrittliches Schulgesetz, gegen Berufsverbote und NDR-Staatsvertrags-Kündigung. Unter dem Eindruck dieser pseudolinken Kritik waren nur 15 Anwesende bereit, einen Kreisverband zu bilden, der eine Satzung ohne Unvereinbarkeitsklausel bekam und eine Programmkommission eingerichtet hat. Diese Grüne Liste will demnächst eine Veranstaltung zu den AKWs Brunsbüttel und Krümmel durchführen, zu der auch Vertreter etablierter Parteien eingeladen werden sollen. Sozialdemokratische Parteikader versuchten auch in N e u m ü n s t e r mit einem gewissen Erfolg, sich als „linke" Alternative zur Grünen Liste darzustellen. Auf einer Diskussions-Veranstaltung Ende Juni über Grüne und Bunte Listen gab das SPD-Landesvorstandsmitglied Mühlenhardt zu bedenken, daß eine Grüne Liste Stoltenberg in die Hände arbeiten könnte, indem sie der SPD Stimmen wegnähme.

Buntere Zusammenschlüsse innerhalb der Grünen Liste zeichnen sich in F l e n s b u r g / S c h l e s w i g und L ü b e c k ab. 40 Anwesende diskutierten Anfang Juli im Landkreis Schleswig/Flensburg über ein mögliches Wahlbündnis, für das sich die große Mehrzahl eine buntere Zusammensetzung ohne Unvereinbarkeitsklausel wünschten. Mit denselben Vorstellungen haben Initiatoren in Lübeck zur Gründungsversammlung am 14.7. eingeladen. In R e n d s b u r g / E c k e r n f ö r d e haben BI-Mitglieder zu einem Gründungstreffen am 13.7. aufgerufen.

Grüne Listen in Schleswig-Holstein

Nach der kaltblütig — unter Polizeischutz — durchgeführten spalterischen Gründung einer GLU NRW am 18.6. in Düsseldorf, hat in der Linken und Basisbewegung Nordrhein-Westfalens die Diskussion über eine mögliche Bunte Liste begonnen. Einhellig berichtet die Alternativ-Presse in schroffer Ablehnung über die „GLU" Gründung. Lediglich der „*Freien Presse Mülheim*" erscheint das „*taktische Konzept einer schnellen Gründung ... angesichts des niedersächsischen Wahlerfolges der ‚Grünen' verständlich*" (Juli 78) und ebenda: „*Entscheidend wird sein, ob die GLU wirklich offen für Gespräch und Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen sein wird*".

Sehr unmißverständlich dagegen die Aufforderung der „Niederrheinischen Neuen Zeitung" (3/78): „*Beteiligt Euch nicht an der GLU! Macht jedem klar, wie undemokratisch diese Partei ist, wie durch Tricks und Betrug versucht wurde, sich als die Vertreter der BIs vorzustellen!*"

Die Wahlerfolge der Grünen und Bunten in Niedersachsen und Hamburg werden in der Alternativpresse durchweg positiv gewertet.

„*Das Beispiel Hamburg zieht Kreise — Initiativen für Bunte Listen gibt es mittlerweile in Berlin, Hessen, Bayern und auch NRW — und das finde ich auch gut so*" [„*Bonner Volksblatt*", 28.6.).

„*Man ist sich einig, daß den bürgerlichen Parteien künftig eine Opposition gegenübersteht, deren Zuspruch in der Bevölkerung die Stabilitä des etablierten Parteiensystems in Frage zu stellen beginnt*" („*Niederrheinische Neue Zeitung*", 7/78).

Unter der Schlagzeile „*Steine kommen ins Rollen — Bunte Liste Hamburg*" wird im „*Klartext*"/Essen (7/78) eingeschätzt: „*Wenn seit dem Verbot der KPD (1956) sich erstmals eine oppositionelle Bewegung bildet, die aus dem Schattendasein einer Sekte hinaustritt, ist das schon ein großer Schritt nach vorn. Es wird noch etliche Lern- und Erfahrungsprozesse dauern, bis sich eine alternative Perspektive aus der Vielfalt der Ansatzpunkte, Widerstandspotentiale und Sackgassen herausgeschält hat*". Für das „*Kölner Volksblatt*" war „*Hamburg und Niedersachsen nur ein Anfang. Denn erstens schwindet jetzt die psychologische Barriere der 5%-Klausel und zweitens sind es gerade die Jüngeren, die sich in den grünen und bunten Initiativen aufgehoben wissen*" (7/78). Lobend wird an der Bunten Liste hervorgehoben: „*Der Wandel der Umweltschutzinitiativen zur sozialen Bewegung ist es, was den etablierten Politikern den Schreck in die Knochen fahren läßt. Keinen Bereich von ‚Umwelt' ausklammern heißt eben, menschliches Zusammenleben in a l l e n Bereichen human und selbstbestimmt zu gestalten.*"

In einigen Orten Nordrhein-Westfalens haben sich bereits Diskussionskreise für eine Bunte Liste NRW gebildet. So trafen sich am 5.7. in Mühlheim 22 Leute von der AUD, vom „Klartext", von der „Freien Presse", von den BIs aus Bottrop und Essen und der Essener „Aktion gegen Umweltzerstörung". Überwiegend waren sie für eine sehr stark an der Basisbewegung orientierte Kandidatur.

Etwa 30 Leute aus verschiedensten Initiativen wie Frauengruppen, Anti-AKW-Gruppen, Schwulengruppen und einer Antifa-Gruppe trafen sich am 4.7. in Münster. „*Die Diskussion um die inhaltliche Ausrichtung einer Bunten Liste in Münster, um die Vorgehensweise und Organisation, um Vor- und Nachteile einer Kandidatur usw. ist gerade erst angelaufen und daher noch völlig offen. Diese Probleme können auch von den Initiativen selbst und miteinander besprochen werden*", heißt es in einem Aufruf-Flugblatt zu einem regelmäßigen Diskussionskreis.

In Bielefeld ist zu einem Initiativtreffen am 20.7. aufgerufen worden.

Das ganze Spektrum des Für und Wider einer Wahlbeteiligung war auf einer BI-Landeskonferenz am 2.7. vertreten. Anwesend waren BIs aus Köln, Leverkusen, Castrop-Rauxel, Dortmund, Siegen, Essen, Herne, Hagen, Bochum, Düsseldorf, Detmold, Duisburg, Moers und zwei GLU-Vertreter aus NRW. Aus den BIs wurden vielfach Bedenken und Hinweise auf mögliche Gefahren bei einer Kandidatur vorgetragen, wie z.B. einseitige Orientierung aufs Parlament. Die Beiden GLU-Vertreter kündigten ihren Austritt aus der GLU NRW für den Fall an, daß die Politik der derzeitigen Vorstandsmehrheit nicht geändert wird.

Das SB zu den Landtagswahlen

Schwierigkeiten macht dem SB das Einsteigen in die Wahldebatte. In der neuen Nummer der „links" (Juli 78) findet sich eine recht schnodderig gehaltene „Wahlanalyse", die die Programme der Bunten und Grünen Listen als „*ein Sammelsurium ohne ernsthafte Analysen oder politische Umsetzungsstrategien*" kritisiert und „*keine Chancen [sieht], auf diesem Wege die außerparlamentarischen Handlungsmöglichkeiten zu erhalten oder zu erweitern*".

Die „links" warnt im Gegenteil vor der „*Parlamentarisierung*" der Ökologiebewegung und kann noch nicht absehen, „*wieweit die nach der kaum angelaufenen Wahlbeteiligungsdiskussion* (in der „links"!— Anm. AK) *eilig zustandegekommene Listenverbindungen und Parteigründungen nicht schon die Handlungsfähigkeit der Ökologiebewegung nachhaltig beeinträchtigt haben bzw. noch werden*".

Demgegenüber orientiert „links" auf die Erhaltung der „*basisdemokratischen Binnenstrukturen*" und „*die bisher doch recht erfolgreichen Lern-, Kooperations- und Aktionsformen*" — als wenn das ein Widerspruch zur Beteiligung von Bürger- und Basisinitiativen an Wahlen wäre.

Wie verhält sich das SB in der Praxis ? Szenenwechsel — Hessenwahlen:

Auf einer kürzlich abgehaltenen Mitgliederversammlung versuchte Andreas Buro [SB-Prominenz], die SBler auf eine Wahlunterstützung für die FDP festzulegen! Denn die FDP drohe an der 5%-Klausel zu scheitern, also müßte man FDP wählen, um die „sozialliberale" Koalition in Hessen und Bonn zu erhalten. Buro kam damit nicht durch! *Die MV stimmte mit großer Mehrheit [80:4] für eine Unterstützung der GLW.*

Szenenwechsel — Westberlin:

Das SB beschloß am 3.7. die Unterstützung einer Bunten Liste, macht seine Unterstützung allerdings davon abhängig, daß das Bündnis noch breiter werde und es keine „Majorisierung durch die K-Gruppen" gebe. Das läßt die Erinnerung an die anfängliche Haltung des SB zum Russell-Tribunal wach werden. Schon da hieß es: Noch breiter (DKP ...) und keine Majorisierung durch die „K-Gruppen".

Indessen ist es ja noch immer die Manier des SB gewesen, nicht bloß auf fahrende Züge aufzuspringen, sondern unbedingt auch die Lokomotive zu besetzen. Aber das muß ja nicht jedesmal klappen ! ...

Hessens GLW im Aufbau

Der Aufbau der GLW Hessen macht Fortschritte! Inzwischen haben mehrere Basisinitiativen und die Frauen in der GLW sich mit der Gründung einer GLW-Frauengruppe an die Öffentlichkeit gewandt, um für einen deutlichen Schwerpunkt Frauenpolitik im Auftreten der GLW zu sorgen.

In Hersfeld beteiligten sich an einer von der GLW mitgetragenen Veranstaltung mit R. Jungk 300 Menschen. In vielen Kleinstädten Hessens sind GLW-Gruppen mit Büchertischen aufgetreten und haben Kontakte zu JZs und anderen Basisinitiativen geknüpft, so in Witzenhausen, Treysa, Bad Nauheim, Korbach, um nur einige zu nennen. In Bad Nauheim und Butzbach führten solche Initiativen schon zu GLW-Gruppen. Das Rennen gegen die GLU und die etablierten Parteien hat voll begonnen. Nach anfänglicher Abstinenz beginnen die linken Kräfte in Hessen, sich mehr und mehr an der GLW zu beteiligen. Auch Dutschke — so heißt es — will im hessischem Wahlkampf mitmischen. Teile der Frankfurter Sponti-Gruppierungen wollen sich ebenfalls beteiligen. Cohn-Bendit will sogar kandidieren, allerdings ist die Stimmung unter den Spontis insgesamt bisher noch für eine Art „Gegenwahlkampf" eingestellt.

Veranstaltungen Hessen

MONTAG, den 10.7.: FULDA
Veranstaltung zu den Hessenwahlen. Veranstalter GLW-Initiative Fulda, mit GLW-Vertretern aus Kassel, GLU Niedersachsen und der Bunten Liste.
Ort: Fachhochschule Fulda, 19 Uhr.

DIENSTAG, den 11.7.: MARBURG
Veranstaltung: Hessenwahlen und Linke. Veranstalter GLW-Initiative Marburg. Teilnehmer: Prof. Kühnl (Marburg), Lorenzen (AStA Marburg), AKW BI BIGAM (Marburg), GLW, Bunte Liste.
Ort: Uni Marburg

MITTWOCH, den 12.7.: KASSEL
Veranstaltung: Atomgegner und Wahlen — Umweltschützer ins Parlament? Diskussion mit Bunte Liste, GLU, GLW
Ort: Ingenieur-Schule, 19 Uhr

DONNERSTAG, den 13.7.: FRANKFURT
Veranstaltung zu den Hessenwahlen. Veranstalter: GLW Frankfurt. Mit Bunte Liste, GLU Niedersachsen, GLW.
Ort: Haus Dornbusch, Eschersheimer Landstr. 248

GIESSEN
Veranstaltung zu den Hessenwahlen. Veranstalter: AStA Uni mit GLW, Bunte Liste.
Ort: Großer Biologischer Hörsaal, Uni Hauptgebäude, 9.30 Uhr

Faschisten beim »Deutschen Umwelttreffen 78« in Troisdorf

Das „Deutsche Umwelttreffen 78" in Troisdorf, wesentlich getragen vom WSL, der AUD und dem BUND, aber auch von Vertretern der BBU und er GLU-NRW (Veranstalter: Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz NRW) zog auch Faschisten an wie das Licht die Motten. Teils völlig offen und ungestört, teils „unter der Hand" wurde versucht, Rechtsradikales unter die Leute zu bringen.

Ludwig Stenuf

„*Auf, daß wir keine falschen Entscheidungen treffen*" – so warb Ludwig Stenuf in Troisdorf für die GLU. Stenufs Vorliebe für Nazi-Dreck ist aktenkundig. So war er z.B. am 3.4.77 in Karlsruhe Mitbegründer einer „Aktion Neues Nationales Europa" (NNE), maßgeblich getragen vom Nazi **Schönborn**, der die NNE zu einer internationalen Wahlliste mit Rudolf Heß als Spitzenkandidaten ausbauen möchte. Heute – so kann man es weiteren, in Troisdorf von Stenuf verbreiteten Schriften entnehmen – hat dieser die Funktion einer Kontaktstelle für Schönborn übernommen, der es z. Zt. selbst vorzieht, ohne festen Wohnsitz sich der Justiz zu entziehen.

Stenuf, von vielen als völlig irrer Spinner eingestuft, tauchte schon früher bei Umweltkongressen auf; so in Darmstadt bei einem Treffen zwischen AUD und WSL. Stenuf tritt wahlweise als **„Deutscher Arbeitskreis"**, **„Arbeitskreis Stabiles Geld"**, **„Biopolitischer Mahnkreis"** oder **„Arbeitskreis aus gesundheitlicher Not"**: In seinem Troisdorfer Sortiment war auch ein Spendenaufruf für die Hamburger „Hansa"-Bande.

„Volksbewegung der Vernunft und Verantwortung"

Mehr „unter der Hand", aber wohl im Gefolge Stenufs, tauchte in Troisdorf auch die **„Volksbewegung der Vernunft und Verantwortung"** auf. **„Die Grüne Liste ist die Partei der Deutschen"** – so heißt es in einem vorgeschlagenen „Programm". Verantwortlich für diese „Volksbewegung" sind zwei alte Bekannte: **Dr. Max-Otto Bruker**, wegen seiner Nazi-Kontakte gefeuerter ex-WSL-Präsident, und **Hans Kaegelmann**, alter Kumpan von Nazi-Schönborn.

Aktion 62

Bei soviel Nazi-Sumpf durfte in Troisdorf auch die „linke" Variante nicht fehlen, dieses Mal in Gestalt einer „**Aktion 62**", die längere Zeit ihre Schriften auf dem Büchertisch der AUD auslegen konnte.

Diese „Aktion 62" ist im Umkreis der „Unabhängigen Arbeiterpartei" der „Blauen Adler-Jugend", der [illegible]eitsgemeinschaft demokratische [illegible]uordnung und der **„Solidaristischen Volksbewegung"** angesiedelt.

Und immer wieder der WSL !

Die Vertreter des WSL haben in Troisdorf – zum wiederholten Mal – sich von „undemokratischen Kräften" distanziert. Die Praxis im WSL sieht aber immer noch anders aus: So wirbt die WSL-Zeitung „LSI" regelmäßig für die „Unabhängigen Nachrichten" (der „UN"-Kreis organisierte das von der Polizei gestörte Nazi-Pfingsttreffen in Scharzfeld/Harz); so schätzt der Schleswig-Holsteinische WSL-Vorsitzende **Springmann** den Alt-Nazi Christophersen . („Auschwitz-Lüge") als „aufrechten Menschen", und so läßt WSL-Vorstandsmitglied **Cohrs** seine Schriften von den „Unabhängigen Nachrichten" vertreiben. WSL-Mitglieder waren zusammen mit Stenuf an der Gründung der „Aktion Neues Nationales Europa" beteiligt, beteiligten sich in Mühlheim an einer NPD-„Anti-AKW-Initiative".



Das gibt's leider immer noch: Anzeige für die rechtsradikalen „Unabhängigen Nachrichten" im WSL-Organ „LSI" (Dez. 1977)

Der WSL hat sich zu all diesen Kontakten nicht mehr geäußert. Man wird ihn wieder einmal dazu zwingen müssen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Russell-  Tribunal

Entschließung: Selbstverständnis der Unterstützerbewegung

Die Frankfurter Konferenz der Unterstützungsgruppen für das RT am 24./25.6 1978 hat intensiv die Frage des Selbstverständnisses der Unterstützungsbewegung diskutiert. Die Konferenz sieht in dem Frankfurter Papier vom 14.6.1978 „Erfahrungen und Selbstverständnis unserer Gruppe" eine wesentliche Tendenz für die Unterstützungsbewegung insgesamt, unbeschadet von Einwänden zu Einzelpunkten. Die Fragen der allgemeinen Einschätzung der Menschenrechte, vor allem ihre politisch-theoretische Fundierung – die im Frankfurter Papier selbst kontrovers dargestellt wird – konnte nicht ausdiskutiert werden.

Eine sehr weitgehende Übereinstimmung (ca. 80 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen, 4 Enthaltungen) konnte auf der Konferenz zu folgenden Punkten des Frankfurter Papiers erzielt werden:

1. Die Unterstützungsbewegung schätzt sich selbst als eine allgemeine Antirepressionsbewegung ein, die auch über das RT hinaus arbeiten wird.
2. Die Unterstützungsbewegung ist eine gegenüber den Gremien des RT – wie auch gegenüber anderen Einrichtungen und Organisationen – a u t o n o m e gesellschaftliche Bewegung, die sich nicht durch das Sekretariat oder den Beirat vereinheitlichen lassen kann.
   Ebenso wie unsere Autonomie betonen wir unsere Solidarität gegenüber den Gremien des RT, die aus der grundsätzlichen Anerkennung der Notwendigkeit und der Unterstützung des RT zur Situation der Menschenrechte in der BRD folgt.
3. Die Unterstützungsbewegung sieht es als notwendig an, daß der Kampf gegen den Abbau von demokratischen Rechten n i c h t s e l e k t i v geführt werden kann. Es ist insbesondere wesentlich, den Kampf in allen Bereichen, in denen Repression stattfindet, zu führen und nicht diesen oder jenen Bereich aus taktischen Gesichtspunkten oder falsch verstandener Rücksichtnahme auszugrenzen. Das gilt insbesondere hinsichtlich der gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse und den Haftbedingungen politischer Gefangener.

Gegenüber denjenigen, die demokratische Rechte abbauen, darf kein selektives Wahrnehmungsvermögen obwalten.

Der Grundsatz der Nicht-Selektion besagt ferner, daß es um die Verteidigung der demokratischen Rechte a l l e r geht, ohne Diskriminierung bestimmter Positionen oder Organisationen; das gilt insbesondere auch für Kommunisten und für all diejenigen, die das GG nicht als Grundlage ihres politischen Engagements anerkennen.

Der Grundsatz der Nicht-Selektion gilt schließlich für die Unterstützungsbewegung selbst. Es darf für sie keine Einschränkung auf sog. „konsensfähige Gruppen" geben. Real bestehende unterschiedliche Positionen innerhalb der Unterstützungsbewegung müssen vielmehr offen diskutiert werden und sind nach inhaltlichen Kriterien – und nicht nach formalen Unvereinbarkeits-Kriterien – zu entscheiden.

Entschließung:

Entschließung: Erweiterung von Beirat und Sekretariat

Die Frankfurter Konferenz der Unterstützungsgruppen für das III. internationale Russell-Tribunal am 24./25. Juni 1978 in Frankfurt hat von dem Sekretariatsmitglied Detlev Haritz von der geplanten Erweiterung von Sekretariat und Beirat erfahren. Danach soll Michael Schwelin Nachfolger von Sebastian Cobler werden und der Beirat u. a. auch um Oscar Negt erweitert werden. Diese Entscheidung wurde noch nicht einmal im gesamten Sekretariat und Beirat besprochen, geschweige denn öffentlich begründet und zur Diskussion gestellt.

Unabhängig von der Beurteilung der Qualifikation der einzelnen Personen sehen wir darin den Versuch, Sekretariat und Beirat einseitig auf eine ganz bestimmte politische Richtung festzulegen. Diese Richtung hat sich bisher schon darin geäußert, daß die Behandlung von Menschenrechtsverletzungen vor dem Tribunal nach Opportunitätsüberlegungen festgelegt wird. Insbesondere sehen wir hierin die Gefahr, weiterhin die Gewerkschaftsausschlüsse und die Haftbedingungen aus der öffentlichen Tribunalsarbeit auszugrenzen. Dieses alles wäre eine Verletzung der elementaren Prinzipien des Tribunals, alle Entscheidungen und Untersuchungen öffentlich und nachvollziehbar zu machen. Wir sind der Ansicht, daß die geplante Erweiterung von Sekretariat und Beirat der Breite der Unterstützungsbewegung Rechnung tragen muß. Jede einseitige politische Ausrichtung von Sekretariat und Beirat wird die Glaubwürdigkeit des Tribunals in der Öffentlichkeit in Frage stellen. Wir erwarten, daß bei der Entscheidung der Jury sowohl über die Erweiterung von Sekretariat und Beirat wie auch über die Themen der 2. Sitzungsperiode die Argumente der Unterstützungsbewegung gehört werden.

Erklärung des KB

Wie wir aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen erfahren, soll Michael Schwelien im Russell-Sekretariat die Nachfolge von Sebastian Cobler antreten. Ferner ist daran gedacht, Oscar Negt zusätzlich in den westdeutschen Beirat aufzunehmen. Beide sind wie auch immer zu beurteilende, jedenfalls aber "führende" Repräsentanten des Sozialistischen Büros Offenbach. Was die beiden zu dieser neuen Aufgabe qualifiziert haben mag, bleibt unklar. Auf alle Fälle sollen offenbar „klare Verhältnisse" demonstriert werden, was die politische Besetzung und Orientierung der westdeutschen Russell-Gremien betrifft. Auf die machtpolitische Taktiererei des SB's in punkto Russell-Tribunal braucht hier nicht erneut hingewiesen zu werden. Daß diese organisationsbornierte Haltung jetzt – nachdem schon eine Vielzahl von Russell-Unterstützungsgruppen auf Initiative des Offenbacher Büros gespalten wurden – s o ungeschminkt hervortritt, verblüfft aber doch. Fragen, wie solche Entscheidungen möglich sind, erübrigen sich wohl, da sie ohnehin nicht beantwortet würden. Erinnert man sich an die gutgemeinten Absichten des Sekretariats, strikt unabhängig und überparteilich bleiben zu wollen (wie es übrigens den Prinzipien der Russell-Foundation entspricht), so muß heute festgestellt werden, daß es dem SB Zug um Zug gelungen ist, diese Verpflichtung zum Gespött zu machen.

Man fragt, weshalb ein solcher Coup überhaupt noch notwendig ist, konnte doch das SB seine Vorstellungen vom Ablauf dieses Tribunals ohnehin weitgehend durchsetzen. Offenbar waren jedoch bereits die kleinsten Abweichungen von dieser Konzeption (Behandlung der Gewerkschaftsausschlüsse durch die Jury, was übrigens in der Berichterstattung der "links" penetrant verschwiegen wird) den Offenbacher Politikern zuviel. Jetzt soll jedes "Risiko", jedes Ausbrechen des Tribunals aus der vorgegebenen Tagesordnung peinlichst vermieden werden. Die Sturheit dieses organisationsbornierten Vorgehens, das sich einen Dreck um die Reaktion der demokratischen Kräfte kümmert – wem sollte dieses Spielchen wohl verborgen bleiben?? – kennt man bisher eigentlich nur von der DKP, die sich gern ähnlicher Praktiken bedient.

Wir können nur davor warnen, das Tribunal auf diese Weise ins Zwielicht des parteipolitischen Schachers zu bringen und seine Glaubwürdigkeit aufs Spiel zu setzen.

Wohin geht die Unterstützerbewegung?

Arbeitskonferenz diskutiert Perspektiven der Antirepressionsarbeit

Am Wochenende des 24./25.6. versammelten sich auf Einladung der Frankfurter und Marburger Unterstützergruppen ca. 100 Vertreter von Unterstützungsgruppen aus etwa 25 Städten. Das politische Spektrum reichte von einem großen Teil linker Unabhängiger, über linke Teile des SB, über den KB bis hin zur „KPD" und einem Vertreter der GIM. Ebenfalls anwesend waren die Mitglieder des Sekretariats, Ellen Diedrich und Detlef Haritz.

Diskutiert wurde in drei Arbeitsgruppen und im Plenum über das Selbstverständnis der Russell-Unterstützergruppen und ihr Verhältnis zu den Gremien des Tribunals, über Themenvorschläge für die zweite Sitzungsperiode und über die Perspektiven einer über das Tribunal hinausgehenden Antirepressionsarbeit.

Selbstverständnis

Weitgehende Einigkeit konnte in mehreren grundlegenden Fragen zum Selbstverständnis erreicht werden. Übereinstimmung herrschte darüber, daß die Unterstützerbewegung u n a b h ä n g i g von den Gremien des Tribunals, insbesondere von Beirat und Sekretariat, die Schwerpunkte ihrer Arbeit selbst bestimmt; daß sie sich gegen jede Bestimmung der Themen nach Opportunitätsprinzipien wendet und ebenso die Einschränkung der Solidarität ablehnt; daß sie

men nach Opportunitätsprinzipien wendet und ebenso die Einschränkung der Solidarität ablehnt; daß sie

jeden Versuch, die Unterstützung des Tribunals auf „konsensfähige" Gruppen einzuschränken entgegentritt.

Wenn auch eine Kritik an dem Vorgehen des westdeutschen Beirats in dieser Diskussion nicht im Vordergrund stand, so herrschte doch weitgehende Einigkeit darüber, daß diese Diskussion erst durch das Verhalten des Beirats und des Sekretariats notwendig geworden ist. Auf besonders heftige Ablehnung stieß deshalb auch bei allen Teilnehmern der Plan, das Sekretariat und den Beirat durch weitere bekannte SB-Mitglieder zu erweitern. Einhellig wurde eine gemeinsame Erklärung an die Jury verabschiedet, in der dies als ein Schritt verurteilt wird, mit dem die weitere Arbeit des Tribunals auf die Ausgrenzung der Behandlung der Gewerkschaftsausschlüsse und die Haftbedingungen festgelegt werden soll.

Der bisher erreichte Diskussionsstand wurde in zwei Entschließungen zum Selbstverständnis und zur Erweiterung von Beirat und Sekretariat festgehalten (siehe Abdruck).

Themen für die zweite Sitzungsperiode

Ebenso breiten Raum wie die Frage des Selbstverständnisses nahm auf dieser Konferenz die Diskussion um die „Inhaltlichen Vorgaben für die 2. Sitzungsperiode" ein. Die wesentlichsten Diskussionsbereiche waren dabei die Gewerkschaftsausschlüsse und die Haftbedingungen.

In einer Resolution wurde die Jury aufgefordert, die Gewerkschaftsausschlüsse auf einer öffentlichen Sitzung zu behandeln. Insbesondere wurde sich gegen das Vorhaben des Beirats gewandt, diesen Teil nur noch im Abschlußbericht zu behandeln, da dies den Prinzipien des Tribunals, daß alle Entscheidungen *„von jedermann nachvollziehbarer und kontrollierbarer Art"* sein sollen (Galtung, Rotbuch, S. 14), entgegenstehe. Scharf verurteilt wurde das Vorgehen des Beirats in dieser Frage, das *„eine derart massive Verletzung der Prinzipien des Russell-Tribunals dar* (stellt), *daß eine Glaubwürdigkeit ernsthaft gefährdet ist"*.

Begründet wurde diese Notwendigkeit, die Gewerkschaftsausschlüsse als einen gesonderten Teil zu behandeln, mit der Verletzung von Menschenrechten (insbesondere das Koalitionsrecht) und mit der Parallele zum Radikalenerlaß im Öffentlichen Dienst.

Einmütigkeit bestand bei allen Konferenzteilnehmern auch darüber, daß die Haftbedingungen als gesonderter Bereich behandelt werden sollten. Scharf kritisiert wurde der Plan des Beirats, der Jury lediglich die „Einschränkung der Verteidiger-/Verteidigungsrechte" als Themenbereich vorzuschlagen. Besonders wurde darauf hingewiesen, daß Isolationshaft, Kontaktsperregesetz usw. nicht allein, und nicht einmal wesentlich, eine Einschränkung der Verteidigungsrechte darstellen, sondern Mittel zur Zerstörung der physischen und psychischen Existenz der Gefangenen sind. Die Behandlung der Haftbedingungen durch das Russell-Tribunal wurde für besonders dringlich gehalten, weil dieses eine wichtige Initiativfunktion übernehmen könne, *„die Angstschwelle abzubauen, die vor jeder Beschäftigung mit den Gefangenen der RAF oder der Bewegung 2. Juni liegt, die Berührungsangst, die alles, was damit zusammenhängt umgibt, abzumildern, um durch eine breite humanitäre Unterstützung weitere Bedrohung von Leben und Gesundheit der Gefangenen zu verhindern; zum anderen ist die Behandlung dieser Frage um so dringlicher, als das Feh-*

Gefangenen zu verhindern; zum anderen ist die Behandlung dieser Frage um so dringlicher, als das Feh-

len einer kritischen Öffentlichkeit in dieser Frage sich direkt bemerkbar macht."

Vorgeschlagen wurde, die Haftbedingungen von Karl-Heinz Roth, Peter Paul Zahl, Irmgard Möller und Günther Sonnenberg zu untersuchen; diese Vorschläge konnten jedoch nicht mehr ausdiskutiert werden.

Eine längere Debatte entzündete sich an einer Passage in der vorgelegten Erklärung, in der auf das Verhältnis zu den politischen Gefangenen eingegangen wurde: *„Wir meinen, daß auch eine strikte Ablehnung von Strategie und Aktionen der RAF und der Bewegung 2. Juni für niemanden ein Hinderungsgrund sein dürfte, sich für die Menschenrechte auch der Mitglieder dieser Gruppen einzusetzen."*

Obwohl damit direkt keine Distanzierung ausgesprochen wird, sondern dies vielmehr eine Aufforderung an all diejenigen, die meinen, sich in der Öffentlichkeit distanzieren zu müssen, ist, sich trotzdem für die Menschenrechte der Gefangenen einzusetzen, wurde für die Streichung dieses Satzes plädiert. Dafür wurde geltend gemacht, daß in keiner anderen Frage auf eine mögliche Nichtübereinstimmung mit der Politik der von der Repression Betroffenen hingewiesen wird. Allein die Tatsache, daß dies in diesem Fall für notwendig gehalten wird, deute auf eine eigene Distanzierung hin. Dagegen wurde gehalten, daß es sehr wohl besondere Gründe gäbe, eine klare Abgrenzung vorzunehmen, da es in der Vergangenheit wiederholt vorgekommen sei, daß die Antifagruppen die Solidarität mit politischen Gefangenen mit Unterstützung derer Position zu verquicken versuchten. Deutlicher aber wurde es dann noch von anderen Teilen ausgesprochen, die meinten, *„die Stadtguerilla-Gruppen hätten durch ihre Aktionen, die weder politisch begründet würden noch in nachvollziehbarer Weise begründbar seien und durch die elitäre Arroganz ihres Auftretens der Linken insgesamt sehr großen Schaden zugefügt und ihre Solidarität verspielt"* (nach einem Bericht über die Konferenz).

Diese Kontroverse konnte nicht mehr ausdiskutiert werden. Jedoch machte sich hier schon deutlich, daß die allgemeine Bestimmung des Selbstverständnisses noch nicht bedeutet, daß tatsächlich Einheit über eine ungeteilte Antirepressionsarbeit besteht.

Perspektiven der Antirepressionsarbeit

Schon in der Diskussion des Selbstverständnisses hatte sich herausgestellt, daß die große Mehrheit der in Frankfurt anwesenden Gruppen sich nicht allein als Unterstützergruppen für das Tribunal sieht, sondern daß der Anspruch besteht, eine Antirepressionsarbeit über das Tribunal hinaus zu entwickeln. Dies unterscheidet sich grundlegend von den Vorstellungen der abgespaltenen Unterstützergruppen. Diskutiert wurden dazu in einer Arbeitsgruppe folgende Schritte:

- Ausweitung der Bereiche über die Tribunalsthemen, insbesondere die Einbeziehung der Frauen, Ausländer, Jugendlichen usw.
- Aufnahme einer konkreten Antirepressionsarbeit, „Betreuung" von Fällen
- Durchführung von zentralen Kampagnen bei überregionalen Ereignissen
- Bündnisarbeit durch das Angebot von gemeinsamen Veranstaltungen an Kräfte, die dem Tribunal noch skeptisch gegenüberstehen
- öffentliche Diskussion der Differenzen in der Unterstützerbewegung.

- öffentliche Diskussion der Differenzen in der Unterstützerbewegung.

Um eine gemeinsame Arbeit der Unterstützergruppe zu ermöglichen wurde vorgeschlagen, eine Arbeitskonferenz regelmäßig einzuberufen, einen Koordinationsrat zu bilden und eine gemeinsame Zeitung herauszugeben. Angeregt wurde darüberhinaus, Kontakt mit ausländischen Unterstützern des Tribunals aufzunehmen.

Dieser Teil konnte im Plenum nicht mehr diskutiert werden. Es wurde jedoch vereinbart, daß dies Gegenstand der weiteren Diskussion in den Unterstützergruppen sein sollte, um daran auf der nächsten Arbeitskonferenz im September weiterzudiskutieren.

Diskutiert und verabschiedet wurde vom Plenum noch der Vorschlag, sich mit einem Brief an die Jusos zu wenden: Dabei sollte Bezug genommen werden auf ihren Vorschlag, eine Bürgerbewegung für die Verteidigung der sozialen und demokratischen Rechte aufzubauen. Schwerpunkt sollte dabei die Frage an die Jusos sein, inwieweit sie mit dem Selbstverständnis, wie es in der Erklärung verabschiedet wurde, übereinstimmen können. Also die Frage, ob die Initiative der Jusos tatsächlich auf eine alle Bereiche der Repression und das gesamte Lager der fortschrittlichen Kräfte umfassende Bewegung hinausläuft.

Unterstützerbewegung: Ein Schritt zur Einheit

Auch wenn in Frankfurt nur ein Teil der Unterstützerbewegung zusammengekommen ist, so sehen wir hierin doch einen Fortschritt gegenüber der Entwicklung der letzten Monate. Festgestellt werden kann, daß in Frankfurt die gleichen Fragen diskutiert wurden, wie in der Anfangsphase der Tribunalvorbereitungen. Wesentliche Inhalte dieser Konferenz wurden schon auf der Göttinger Arbeitskonferenz vor einem Jahr diskutiert, deren Ergebnisse jedoch unter dem Druck von Sekretariat, Beirat und SB in einer Reihe von Gruppen nicht verwirklicht werden konnte oder zur Abspaltung von SB, GIM, Jusos usw. führte. Auch in den linken Teilen der Unterstützerbewegung hat dies zeitweise zu einer Haltung geführt, sich mit den geschaffenen Tatsachen abzufinden. Dies wurde

Fortsetzung nächste Seite

Russell-Tribunal-Jury beschließt Themen der 2. Sitzungsperiode

ERKLÄRUNG DES DRITTEN INTERNATIONALEN RUSSELL TRIBUNALS ZUR VORBEREITUNG DER ZWEITEN SITZUNGSPERIODE

An Wochenende des 1. und 2. Juli trat das 3. internationale Russell-Tribunal zusammen, um die 2. Sitzungsperiode, die am 3. Januar 1979 beginnen wird, vorzubereiten.

In seiner Gründungserklärung vom 16. Oktober hatte das Tribunal erklärt, sich insbesondere, aber nicht ausschließlich, mit der Untersuchung folgender Fragen zu beschäftigen:
+++ Wird Bürgern der Bundesrepublik aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, ihren Beruf auszuüben?
+++ Wird durch straf-, zivilrechtliche Bestimmungen und durch außerrechtliche Maßnahmen Zensur ausgeübt?
+++ Werden Grund- und Menschenrechte im Zusammenhang von Strafverfahren ausgehöhlt oder eliminiert?

In der 1. Sitzungsperiode in der Woche nach Ostern 1978 behandelte das Tribunal die erste Frage sowie einige damit zusammenhängende Bereiche. Die Jury schloß, daß Bürgern der Bundesrepublik desöfteren aufgrund ihrer politischen Überzeugungen das Recht verwehrt wird, ihren Beruf auszuüben und daß dieser Vorgang eine ernsthafte Bedrohung der Menschenrechte darstellt.

Während der Wochenendkonferenz prüften die Mitglieder des Tribunals verschiedene Vorschläge für die Tagesordnung seiner zweiten Sitzung, die von seinem deutschen Beirat und seinem Sekretariat sowie von anderen interessierten Organisationen und Individuen unterbreitet worden waren. Die wichtigsten Themen, die das Tribunal in Betracht zog, waren:
1. Zensur
2. Veränderungen im Strafverfahren
3. Entwicklung und Methoden des Verfassungsschutzes
4. Das Verhältnis zwischen den Berufsverboten und diskriminierenden Praktiken in Gewerkschaften, Berufsverbänden und im privatwirtschaftlichen Bereich
5. Die Haftbedingungen und die Behandlung von Häftlingen

Was den vierten Vorschlag betrifft kam das Tribunal zu dem folgenden Ergebnis: Da es die gesamte Zeit seiner ersten Sitzung dem Thema der Berufsverbote gewidmet hatte und da es andere wesentliche Fragen gab, die nach einer gründlichen öffentlichen Prüfung verlangten, wurde keine zusätzliche Zeit für die Beweisführung in Sachen Berufsverbote, ähnlichen oder mit diesen zusammenhängenden Praktiken in der Bundesrepublik eingeplant. Aufgrund sowohl der Zeugenaussagen als auch der Dokumente, die zu prüfen das Tribunal Gelegenheit hatte, ist dieses zu der Überzeugung gekommen, daß die Bedrohung der Menschenrechte wegen politischem Nonkonformismus nicht auf den Bereich des öffentlichen Dienstes beschränkt ist. Der Endbericht über die 1. Sitzungsperiode wird alle wichtigen Aspekte dieses Problems behandeln.

Am Wochenende des 1./2. Juli traf sich die Jury zu einer nichtöffentlichen Sitzung in Westberlin, um die Tagesordnung für die 2. Sitzungsperiode zu beschließen. Das Ergebnis drucken wir in nebenstehender Erklärung ab.

Auffallend ist dabei, daß beide in der Unterstützungsbewegung umstrittenen Themenbereiche, die Gewerkschaftsausschlüsse und die Haftbedingungen, nicht als Tagesordnungspunkte erscheinen. Jedoch mit dem Unterschied, daß die Haftbedingungen in dem Punkt „Veränderungen im Strafverfahren" eingehen sollen, während die Gewerkschaftsausschlüsse ganz gestrichen wurden und nur noch im Abschlußbericht der 1. Sitzungsperiode erscheinen sollen.

Sicherlich spricht einiges für die Begründung der Jury, daß eine umfangreiche Behandlung der Gewerkschaftsausschlüsse auf der 2. Sitzung aus Zeitgründen kaum möglich sein wird. Allerdings kommt man nicht umhin, daß dies offensichtlich nicht das ausschlaggebende Argument gewesen ist.

Gegenüber einer Delegation der Frankfurter Arbeitskonferenz erklärten einige Jurymitglieder, daß Beiratsmitglieder in einer Vorbereitungssitzung behauptet hatten, daß bei einer Behandlung dieses Themas und der Haftbedingungen 60 - 80 % der Unterstützerbewegung abspringen würden!

In die gleiche Kerbe schlagen die Äußerungen von Wesel auf einer Bonner Veranstaltung, alles zu tun um diese Themen herauszuhalten und sei es mit Mogeleien (siehe Artikel in diesem AK) und ein Vorfall in Westberlin: der dortige Koordinationsrat zur Unterstützung des Tribunals, der durchaus sekretariats- und beiratsfreundlich gesinnt ist, hatte eine scharfe Erklärung gegen die Aufnahme von M. Schwelin (SB-Sekretär) ins Sekretariat verabschiedet. Wesel drohte daraufhin mit seinem Rücktritt, falls diese Resolution der Jury vorgelegt werden sollte - und so bekam die Jury diese auch nie zu Gesicht.

\- 2 -

Ferner beschloß das Tribunal, daß eine Prüfung des Strafverfahrens notwendigerweise eine Untersuchung der Behandlung derer einschließt, die sich in Untersuchungshaft befinden. Das Tribunal sieht nun, daß eine vollständige Untersuchung der Haftbedingungen und der Behandlung von Häftlingen sehr viel mehr Zeit beanspruchen würde als dem Tribunal zur Verfügung stehen für die Prüfung der Themen, die es in Betracht gezogen hatte.

Daher werden die folgenden Themen Gegenstand öffentlicher Behandlung im Januar 1979 sein:
1. Zensur in der Bundesrepublik Deutschland
2. Entwicklung und Methoden des Verfassungsschutzes
3. Mutmaßliche Verletzung der Menschenrechte von Personen, die in einem Strafverfahren involviert sind.

Berlin, den 2. Juli 1978
(Übersetzung aus dem englischen Original von Dr. Günther Anders)

Bemerkung: Diese Erklärung gibt lediglich das Ergebnis der Diskussion der Jury auf ihrer internen Sitzung vom 3o.6. -2.7.78 wieder. Eine ausführlich Begründung dieser Ergebnisse erfolgt umgehend in Rundbrief 13.

Die Jury hat jedoch erklärt, daß *„eine Prüfung des Strafverfahrens notwendigerweise eine Untersuchung der Behandlung derer einschließt, die sich in Untersuchungshaft befinden."* Da anders als bei den Gewerkschaftsausschlüssen auf der 1. Sitzung den Jurymitgliedern die Kontroverse bekannt ist, kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß dieser Bereich tatsächlich behandelt wird. Allerdings werden dazu einige Anstrengungen der Unterstützerbewegung notwendig sein, damit dies nicht aufgrund von „Materialmangel" (wie schon bei den Gewerkschaftsausschlüssen argumentiert wurde) unter den Tisch gekehrt wird.

Neu aufgenommen wurde von der Jury das Thema „Entwicklung und Methoden des Verfassungsschutzes". Schon auf der 1. Sitzung hatte das amerikanische Jury-Mitglied, Taikeff, die Frage nach einer neuen Gestapo aufgeworfen. Da gerade die Entwicklung und der Ausbau des staatlichen Gewaltapparates für die Faschisierung der BRD eine zentrale Rolle spielt, ist dies eine wichtige Ergänzung zu den bisherigen Themenbereichen.

Auch wenn wichtige Vorstellungen der Unterstützerbewegung nicht aufgenommen wurden, so kann man doch davon ausgehen, daß bei der jetzigen Themenstellung eine umfassende Untersuchung der BRD-Wirklichkeit möglich ist. Insbesondere, wenn bedacht wird, daß für die Jury-Mitglieder während der 1. Sitzungsperiode Tabus wie für den Beirat nicht bestanden haben.

Fortsetzung von Seite 13

jedoch spätestens beim Schacher des Beirates um die Themen der 1. Sitzungsperiode wieder durchbrochen, denn allzu deutlich wurde, daß so die Ziele einer umfassenden Antirepressionsarbeit keinesfalls zu erreichen sind. Teilweise wurde daraus der Schluß gezogen, eine Antirepressionsarbeit unabhängig (autonom) vom Tribunal auszubauen. Nach wie vor kann jedoch nicht bestritten werden, daß die jetzt erreichte Zusammenarbeit verschiedener linker Kräfte gegen die Repression nur am Projekt des Russell-Tribunals möglich war.

Auch die Frankfurter Konferenz hat noch einmal unterstrichen, daß die Aktivitäten zum Russell-Tribunal heute noch die einzigen konkreten Ansatzpunkte einer Zusammenarbeit darstellen. Deshalb ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine vollständig unabhängige Antirepressionsbewegung gar nicht denkbar, auch wenn diese jetzt schon ins Auge gefaßt werden muß, wenn über das Tribunal hinaus eine Bewegung gegen die Repression bestehen bleiben soll.

Die Spaltung der Unterstützerbewegung konnte durch die Frankfurter Konferenz natürlich nicht aufgehoben werden. Jedoch war sie ein wichtiger Schritt zur Zusammenarbeit und Vereinheitlichung derjenigen Teile, die über das Tribunal hinaus eine Antirepressionsbewegung schaffen wollen.

Wichtige Teile der Linken, wie z.B. das SB, versuchen jedoch nach Kräften, eine solche Entwicklung zu verhindern. Nach der Spaltung vieler Gruppen wurde auch diese Konferenz boykottiert, während gleichzeitig in offen zur Schau gestellter Machtpolitik die Gremien dieses Tribunals majorisiert werden. Deutlicher kann nicht mehr gemacht werden, daß das Offenbacher Büro das anfangs formulierte Ziel des Tribunals, die Möglichkeiten eines gemeinsamen Kampfes aller fortschrittlichen Kräfte gegen die Repression zu schaffen, völlig aufgegeben hat.

Dieser Spaltung entgegenzutreten, wird eine wichtige Aufgabe der Unterstützergruppen vor Ort sein. Die Erfahrungen der vergangenen Monate haben jedoch deutlich gemacht, daß dies nicht als abstraktes Ziel formuliert werden kann, sondern nur möglich sein wird, wenn der in Frankfurt vertretene Teil eine eigenständige Antirepressionsarbeit aufnimmt, in dessen konkrete Projekte die abgespaltenen Teile, oder auch außenstehende, mit einbezogen werden können.

Fall Schwalbach:

‚Hier scheinen Konsequenzen angebracht ...'

Es deutet sich an, daß das Treiben des ÖTV-Führers und SPD-Landtagsabgeordneten Hans Schwalbach Wahlkampfschlager in Schleswig-Holstein werden könnte. Wie in AK 132 berichtet, hatte Schwalbach im letzten Monat einen Pressefeldzug gegen die „Zusammenarbeit von Jusos und Gliederungen der SPD mit dem KB" eröffnet und einen Großangriff zur Zerschlagung des Lübecker Bündnisses „Demokratische Grundrechte in Gefahr - wir wehren uns!" gestartet: nach dem Ausschlußverfahren gegen die Lübecker Betriebsrätin Brigitte Schultek wurde inzwischen mindestens elf weiteren ÖTV-Mitgliedern der Gewerkschaftsausschluß angedroht. Schwalbach hatte die SPD dazu aufgefordert, sich von den linken Sozialdemokraten zu distanzieren. Die letzten beiden Wochen waren jedoch von Stellungnahmen gegen den Amoklauf Schwalbachs gekennzeichnet.

Jusos fordern „Konsequenzen"!

Gegenüber den „Lübecker Nachrichten" äußerte sich der Lübecker SPD-Kreisvorstand erstmalig öffentlich zu den Auseinandersetzungen zwischen Schwalbach und Jusos: *„SPD verurteilt Vorgehen der Gewerkschaft ÖTV!"* (Lübecker Nachrichten, 28.6.78). Unter dieser Überschrift wurde der 2.Vorsitzende des Kreisverbandes Krüger zitiert, der sein *„außerordentliches Befremden"* über die Ausschlußdrohungen in der ÖTV äußerte, da *„von seiten der ÖTV mit pauschalen Vorwürfen ohne konkrete Beweise operiert"* worden sei. Krüger: *„Dies ist ein Stil, den wir ablehnen"*. Der FDP-Kreisvorsitzende bezeichnete das Treiben Schwalbachs als *„schlichtweg unmöglich"* und *„eine echte Hexenjagd"*.(Lübecker Nachrichten, 28.6.)

Auch der AJLE-Landesvorstand (Junglehrer) hatte bereits vorher gegen die Ausschlußdrohungen protestiert und gefordert, daß sich der GEW-Vorstand mit der Sache „beschäftigt". Die Lübecker Jusos zeigten Rückgrat und veröffentlichten kurz nach dem Pressefeldzug Schwalbachs eine 30-seitige Dokumentation unter dem Motto: *„Der Fall Schultek wandelt sich langsam aber sicher zu einem Fall Hans Schwalbach!"* In dieser Schrift wurde der gesamte Briefwechsel zwischen B.Schultek und der ÖTV dokumentiert sowie die Aufrufe zu Veranstaltungen des Bündnisses, die Solidaritätsresolutionen der Reinbeker Jusos und des Stormarner Parteitags und das Telefonat zwischen B.Schultek und Hans Schwalbach. Darüberhinaus machten die Jusos in ihrer Dokumentation die Auseinandersetzung in der Lübecker SPD (Briefwechsel zwischen Kreisvorstand und Juso-Vorstand) öffentlich. Die Jusos beginnen ihre Einschätzung mit der Feststellung: *„Hans Schwalbach, ÖTV-Bezirksleiter Nord-West, SPD-Mitglied und Aufsichtsratsmitglied des AKW Brokdorf-Betreibers NWK, zieht weiter gegen kritische Mitglieder seiner Gewerkschaft zu Felde..."* und *„Die nächsten Gewerkschaftsausschlüsse sind schon vorprogrammiert."* Die Jusos kommen zur Schlußfolgerung: *„Daß dem Bezirksleiter Schwalbach noch einige Unannehmlichkeiten ins Haus stehen werden, das scheint gewiß. Wer mit derart konstruierten 'Beweisen'arbeitet, die keiner ernsthaften und ehrlichen Prüfung standhalten, der muß zwangsläufig in das Feuer der Kritik geraten. Am schlimmsten ist jedoch, daß durch sein Verhalten die ÖTV als demokratische und pluralistische Gewerkschaft öffentlich ins Zwielicht geraten ist. - Hier scheinen Konsequenzen angebracht."*

Schwalbach beantwortete diese Kritiken mit neuen Stellungnahmen in der Presse, die jedoch - verglichen mit seinem letzten Feldzug - eher mager ausfielen, und von denen, die Schwalbach kennen, als „Ruhe vor dem Sturm" interpretiert werden. So erreichte er, daß in der Juli-Ausgabe der „DAS DA" und in der „Zeit" vom 14.6. Gegendarstellungen zu kritischen Artikeln über seine Mafia-Methoden abgedruckt wurden. Kostprobe: *‚Sie behaupten, ich sei Sekretär der ÖTV für den schleswig-holsteinischen Bezirk Nord-West. Das ist falsch. Ich bin der gewählte Vorsitzende des Bezirks Nord-West der ÖTV"* (Zeit). Im übrigen versuchte Schwalbach, mit diesen Gegendarstellungen erneut, die tatsächlichen Hintergründe des Ausschlußverfahrens gegen B.Schultek zu vertuschen und als Ausschlußgrund ihre angeblichen Aktivitäten für den KB darzustellen.

Wieder einmal im Neumünsteraner „Holsteinischen Courier" sowie im reaktionären „Flensburger Tageblatt" gab Schwalbach am 1.7. eine „Grundsatzerklärung" zur Auseinandersetzung in der SPD zum Extremistenerlaß und der besonderen Gefährlichkeit „der Chaoten" und ihrer Helfershelfer ab. Zur Wühlarbeit der Linken in den Gewerkschaften stellte er fest: *„Anhänger der NPD, KPD, KPD/ML, KB und KBW sowie ihrer Ableger haben die Gewerkschaften aufgrund ihrer Parteibefehle als ihre Agitationsbasis ausersehen, um für ihren Einfluß eine Massenbasis zu erhalten und sie letzten Endes umzufunktionieren und von innen her zu zerstören. Nur über diese Massenbasis könnten diese Kräfte überhaupt zur Macht gelangen. Eine Gewerkschaft oder andere Massenorganisationen, die diesem Treiben zusehen, handeln nicht nur fahrlässig, sondern betätigen sich als Helfershelfer. Darum werden dort diese Unvereinbarkeitsbeschlüsse unnachgiebig — ebenso rechtsstaatlich — durchgeführt."*

Flankenschutz bei seinen Attacken gegen SPD-Linke und fortschrittliche Gewerkschafter erhielt Schwalbach einmal mehr von der CDU, die über ihren Pressesprecher erklären ließ, *„es sei bemerkenswert, daß die SPD des Landes nicht nur die Zusammenarbeit ihrer eigenen Mitglieder mit Kommunisten dulde, sondern offensichtlich auch von der ÖTV verlange, daß Gewerkschaftsmitglieder ‚Volksfront' praktizieren dürften"* („Flensburger Tageblatt", 30.6.).

Das war das Signal für Mitglieder der SPD-rechten Fritz-Erler-Gesellschaft, ihrerseits vor den „Volksfrontpraktiken" der SPD-„Linken" zu warnen: *„Diese Volksfronttendenzen in der SPD weisen auf den geistigen Standort ihrer Vertreter hin: sie sind als Neomarxisten angetreten, unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung revolutionär in eine sozialistische Einheitsgesellschaft umzuwandeln, unsere freiheitliche Republik in die Knechtschaft eines unmenschlichen Sozialismus zu pressen"* („Lübecker Nachrichten", 5.7.).

Derlei von Schwalbach in die schleswig-holsteinische Presse lancierte Stellungnahmen sind das „ideologische Beiwerk" seiner immer tolldreisteren Maßnahmen gegen linke Gewerkschafter. Wie jetzt ebenfalls in der Presse bekanntgegeben, hat Schwalbach gegen B. Schultik Strafanzeige erstattet: *„Die Zeitschrift* (Anm., die Juni-Ausgabe der „das da") *geht sogar noch weiter und veröffentlicht ein Telefongespräch der Brigitte Schultek mit Schwalbach, das diese ohne Genehmigung als Verstoß gegen § 201 des Strafgesetzbuches auf Tonband aufgenommen hatte. Inzwischen ist gegen sie Strafanzeige erstattet worden"* („Flensburger Tageblatt", 16.6.).

Wie links ist die „linke" SPD-Führung?

Nach außen hat sich die SPD jetzt auf mittlerer Führungsebene (Lübekker Kreisverband) von Schwalbach „abgegrenzt" und sich scheinbar hinter die Jusos und SPD-Linken gestellt. Die Realität für linke SPD-Mitglieder sieht jedoch anders aus: Wie durch die Presse und die Juso-Dokumentation nachgewiesen, arbeiten die DGB-Mafia um Schwalbach und in Schleswig-Holstein als „Linke" bekannte SPD-Führungsmitglieder wie der Lübecker Kreisvorsitzende Möbusz (der vor einigen Jahren noch als Juso-Cheftheoretiker galt) Hand in Hand, um linke Sozialdemokraten einzuschüchtern und in der SPD mundtot zu machen.

Offensichtlich gab es eine Vereinbarung des Lübecker Kreisvorstandes — und Absprachen mit Schwalbach — die Auseinandersetzungen um das Bündnis „Demokratische Grundrechte in Gefahr — wir wehren uns!" und das Ausschlußverfahren gegen B. Schultik aus taktischen Gründen totzuschweigen. Schwalbach beklagte jetzt öffentlich, daß sich dieser „linke" Kreisvorstand nicht daran hielt: *„Auch die Lübecker SPD wird unglaubwürdig, so erklärte die ÖTV, wenn sie Gesprächsangebote ablehne, schriftlich erkläre, sie wünsche keine öffentliche Auseinandersetzung und dann mit falschen und polemischen Angriffen in die Öffentlichkeit gehe"* („Lübecker Nachrichten", 2.7.). In der innerparteilichen Auseinandersetzung sprang der Lübecker Kreisvorstand Schwalbach direkt zur Seite, indem er versuchte, den Jusos eine öffentliche Solidarisierung mit B. Schultek zu verbieten: *„Der Kreisvorstand ist einheitlich der Auffassung, daß Arbeitsgemeinschaften und Organisationsgliederungen der Partei in der Art und Weise, wie es von Euch erfolgt ist, sich nicht in die inneren Angelegenheiten einer befreundeten Organisation einzumischen haben... Der Kreisvorstand geht davon aus, daß die Jungsozialisten sich zukünftig jeder weiteren öffentlichen Stellungnahe zu dem Problem ÖTV/Mitgliedschaft Brigitte Schultek enthalten."* (Schreiben der SPD Lübeck an das

Forsetzung auf Seite 15

Fortsetzung von Seite 14

Vorstandskollektiv der Lübecker Jusos vom 15.6.78).

Die Jusos hielten jedoch mit einer Antwort dagegen, in der sie die Zusammenarbeit des Kreisvorstands mit Schwalbach offenlegten und sich Einmischungsversuche in ihre Arbeit verbaten: *„Mit Freude haben wir zur Kenntnis nehmen können, daß der Kreisvorstand insoweit wieder Interesse an der Arbeit der Jungsozialisten hat, als daß nunmehr auf jeder Sitzung des Juso-VK ein Mitglied des geschäftsführenden Vorstands anwesend ist. Doch leider wird diese — unsere Freude — im wesentlichen durch zwei Vorgänge getrübt: Zum einen haben wir Euren Brief vom 15.6.78 erhalten... Wir erwarten jedoch, daß der Kreisvorstand in k e i n e r Weise beabsichtigt, eine Zensur über die Arbeit der AGs zu verhängen. Zum anderen haben wir feststellen müssen, daß der ÖTV-Bezirksvorstand in seiner „berühmten" Presseerklärung u.a. ein Protokoll einer Juso-VK-Sitzung zitiert. Dies kann u.E. nur aus den Reihen des Kreisvorstands in diese unbefugten Hände geraden sein. Wir sind der Auffassung, daß dies kein angemessener Umgang mit solchen Protokollen ist! Sollte der Kreisvorstand nicht in der Lage sein, solches in Zukunft zu verhindern, sähen wir uns gezwungen, diese Art von Unterlagen nur noch AG-intern zu verbreiten..."* (Brief der Jusos an die Lübecker SPD vom 20.6.78).

Doppelzüngigkeit des Kreisvorstands!

Der Lübecker Kreisvorstand hat sich nicht darauf beschränkt, Schwalbach Material zuzuspielen und zu versuchen, die ganze Sache runterzuspielen. Er hat direkte Versuche unternommen, das Lübecker Bündnis von Demokraten, Kommunisten und Sozialisten seinerseits — noch vor der ersten Veranstaltung im Januar — zu zerschlagen. Mit Schreiben vom 10.1. wandte sich Kreisvorsitzender Möbusz an die SPD-Mitglieder des Bündnisses: *„Beim Lesen eines Aufrufes zu einer Veranstaltung zum Thema ‚Demokratische Grundrechte in Gefahr — wir wehren uns!' fiel uns im Geschäftsführenden Kreisvorstand auf, daß auch Du zu den Unterzeichnern gehörst. Unabhängig von einer inhaltlichen Wertung des Textes halten wir es politisch für bedenklich, ausgerechnet zu diesem Thema (!) mit einer Reihe kommunistischer Gruppen zusammen eine Veranstaltung zu planen. Wir möchten Dich zusätzlich auf den Beschluß des Parteivorstands vom 13.10.77 hinweisen und Dich auffordern, Deine Unterstützung der Veranstaltung durch Zurücknahme Deiner Unterschrift zu überprüfen..."*. Der Parteivorstandsbeschluß, auf den hier Bezug genommen wird, ist das Verbot für SPD-Mitglieder, das Russell-Tribunal zu unterstützen, *„keine Unterschriften zu leisten oder geleistete Unterschriften zurückzuziehen und das auch bekanntzugeben"*!!! Damit hat der Lübecker Kreisvorstand am selben Strang gezogen wie Schwalbach, der das Ausschlußverfahren gegen B. Schultik wegen Unterstützung des Russell-Tribunals einleitete. Der „kleine Unterschied" besteht darin, daß Schwalbach an den damaligen Absprachen festhielt und eine wilde Kampagne gegen SPD-Linke anzettelte, während der Lübecker Kreisvorstand nicht viel Aufhebens von der Sache machen wollte — es war ja auch kurz vor den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein. Mit dem Maul ist die SPD-Führung Schleswig-Holsteins sogar schon bei der Verteidigung der Kommunisten angelangt: *„Meine grundsätzliche Auffassung ist, daß Kommunisten keine Bürger zweiter Klasse sind und daß, wer die Bürgerfreiheiten garantieren will in unserem Land, damit anfangen muß, die bürgerlichen Freiheitsrechte auch der Kommunisten offensiv zu verteidigen... Lassen wir uns darauf ein, Kommunisten für rechtsstaatlich vogelfrei zu erklären, dann setzen wir eine Automatik in Gang, die auch uns in der deutschen Geschichte schon mehrfach überrollt hat... Zuerst werden die Grundrechte der Kommunisten abgeschafft. Denn werden die Grundrechte für Pazifisten, Sozialisten und Sozialdemokraten abgeschafft. Und schließlich kommen auch die Liberalen und die Christen an die Reihe! am Ende ist niemand mehr vor dieser ‚inneren Sicherheit' sicher"*. (Vorsitzender Jansen in „das da", Juli 78). Tatsächlich hat der SPD Landesvorstand, von Schwalbach zur Distanzierung aufgefordert, immer noch nichts von sich hören lassen. Er will sich offenbar nicht gegen seinen Rechtsaußen stellen. Ob er sich allerdings ganz um die Sache wird rumdrücken können, steht noch nicht fest...!

KB-Landesleitung Schleswig-Holstein

Niederländische Linke: Die Repression in ihrer Gesamtheit behandeln



Mit der Juni-Nummer von »Onze Buren rechts« (»OBR«, »Unsere rechten Nachbarn«, ein linksunabhängiges Komitee) liegt die bisher ausführlichste Berichterstattung und Auswertung der ersten Phase des Tribunals in den Niederlanden vor. »OBR« veröffentlicht die in den Niederlanden (unseres Wissens) erste öffentlich zugängliche Übersetzung des vorläufigen Berichts der Jury. Ebenfalls enthielt die Juni-Ausgabe u.a. einen umfassenden Artikel über die Gewerkschaftsausschlüsse und eine sehr kritische Würdigung des Tribunals: *»Russell-Tribunal ja, aber dann auch gut«*. — Der Darstellung der Rolle von SB, Sekretariat und Beirat wird breiter Raum gewidmet: *»Das erste, was auffällt, ist die Rolle des Sozialistischen Büros (...). Im Mai 1977 hatte die Russell-Peace-Foundation zusammen mit dem SB und einigen anderen Gruppen ein vorläufiges Sekretariat zusammengestellt, wobei ein großer Teil der damaligen Unterstützerbewegung (u.a. der Kommunistische Bund und Dutzende örtlicher Gruppen) vor die Tür gesetzt wurden. Dies war der Beginn eines Prozesses, wobei das Russell-Tribunal immer mehr in eine bestimmte Richtung gedrängt wurde. Das Thema des Russell-Tribunals wurde immer mehr eingeschränkt ... Die Rolle des SB ist auch wiederzufinden in der Zusammenstellung des deutschen Beirats ...., der im Gegensatz zur Jury selbst recht einseitig aus linken Sozialdemokraten und linken Christen zusammengestellt ist ... Besonders ins Auge fallend ist die Rolle des SPD-Mitglieds und SB-Führungsmitgliedes Wolf-Dieter Narr, der als Mitglied des deutschen Beirates das ganze Russell-Tribunal anscheinend in die Hand bekommen wollte.«*

NUB

Nijmeegs Universiteits Blad — onafhankelijk blad

Im Gegensatz zur recht breiten Berichterstattung vor dem Tribunal hatte die bürgerlich-demokratische Presse der Niederlande während und nach dem Tribunal nur noch spärlich berichtet — *„und das unter Hinweis auf den Umstand, daß der Wert des Tribunals sehr gesunken sei und ‚nicht mehr die Autorität besitzt', weil kleine linke Splittergruppen das Tribunal dominieren würden"* („NUB", 8.6.). Die Redaktion des unabhängigen Nijmeegs Universiteitsblad („NUB") war mit einer solchen Sicht der Dinge absolut nicht einverstanden und bat die Niederlande-Kommission des KB, für ihre Zeitung einen ausführlichen Beitrag über Vorgeschichte, Verlauf und Ergebnisse des Tribunals zu verfassen, u.a. um die Diskussion im Nijmeger Unterstützerkomitee *„in einen breiteren Zusammenhang zu stellen und so eine mögliche neue Basis für die Unterstützerbewegung zu schaffen."* Der Beitrag der Niederlandekommission erschien in zwei Teilen der „NUB" am 8. und am 22.6.78.

Gegenüber den vielfachen Beteuerungen, die BRD als »demokratischen Rechtsstaat« zu sehen, schreibt »OBR«: *»Diese verteidigende Haltung hat nicht dazu beigetragen, dem dritten Russell-Tribunal ein klares Gesicht zu geben ... Man kann sich sogar fragen, ob die vorsichtige Haltung nicht nachteilig gewirkt hat ... Durch die defensive Haltung ist es der Bundesregierung sehr einfach gemacht worden, dem Tribunal mit Gelassenheit entgegenzusehen.«*

Einen weiteren einschneidenden Mangel sieht »OBR« in der thematischen Beschränkung: *»Sollte es nicht gerade die Funktion eines Russell-Tribunals sein, ein Totalbild der Repression in der Bundesrepublik zu geben? Ursprünglich ist das auch das Ziel gewesen, aber namentlich durch die Manipulationen des SB ist dies immer mehr zurückgedrängt worden. Selbst wenn man nicht mehr den allgemeinen Begriff ‚Repression', sondern den mehr formalistischen Begriff ‚Menschenrechte' zum Ausgangspunkt nimmt und die Frage stellt: ‚Werden in der Bundesrepublik Menschenrechte verletzt?', dann wird man diese Frage doch in ihrer Gesamtheit behandeln müssen.«* — Wohl wahr!

Unmittelbar nach dem Tribunal hatten »Proletaries links« (Internationale Kommunistenbond — IV. Internationale) und »Bevrijding« (Pacifisties-Socialistiese Partij) berichtet, die Socialistiese Partij hat bisher (leider!) das Tribunal noch nicht »zur Kenntnis genommen«.

Ausführlicher ging von den Organisationen der sozialistischen Linken jedoch nur »Rood Front« auf das Tribunal ein. »Rood Front« berichtet schwerpunktmäßig über die Behandlung der Gewerkschaftsausschlüsse und verurteilt die Versuche von Sekretariat und Beirat, dieses Thema aus dem Tribunal herauszuhalten.

Eine Behandlung der bundesdeutschen Repression in seiner Gesamtheit' hält »Rood Front« gerade deshalb für notwendig, weil der *»im wesentlichen internationale Charakter des Tribu-*

rood front

nals erhalten bleiben muß. Nur wenn a l l e Seiten des ‚Modell Deutschland' prinzipiell und gründlich untersucht werden, können sich die demokratischen Kräfte in Europa gegen die Verpflanzung dieses Repressionsmodells in alle Länder Westeuropas wappnen und alleine dann wird die Gefahr deutlich, die von einem vereinigten imperialistischen Europa mit Westdeutschland in der dominierenden Position ausgeht.« — Um das ihre »zur Demaskierung des ‚Modell Deutschland' beizutragen, hat »Rood Front« angekündigt, in den nächsten Ausgaben umfassender über die einzelnen Formen der westdeutschen Repression zu berichten.

Niederlande-Kommission

Niederländische Sozialdemokratie: „Das Russell-Tribunal hat das Recht auf seiner Seite

Die positive Haltung der PvdA zum Russell-Tribunal setzt sich auch nach der 1. Sitzungsperiode fort.

Zum Tribunal selbst hatte die PvdA einen offiziellen Beobachter, Evert van Dijk, entsandt. Sein erster Artikel, ein kurzer Vorbericht, schließt mit der Feststellung: *»Das Vertrauen, daß der Kongreß der PvdA am 10. Februar d.J. der juristischen und moralischen Autorität des Russell-Tribunals ausgesprochen hat, scheint vorerst nicht beschämt zu sein«* (»Roos in de Vuist«, Nr. 12, 10.4.1978).

In dem, zuvor in der Parteiführung diskutierten und von ihr akzeptierten Bericht heißt es dann: *»Es gibt keinen Zweifel, daß das Tribunal das Recht auf seiner Seite hat: die Praxis der Berufsverbote ... steht auf gespanntem Fuß mit verschiedenen in dem deutschen Grundgesetz garantierten Grundrechten«*. Die Gespräche mit Bewerbern für den öffentlichen Dienst *»entarten zu regelrechten Verhören«*, der Verfassungsschutz versieht mit *»völliger Willkür«* linke Organisationen mit dem Begriff der »Verfassungsfeindlichkeit«. Der mit dem Radikalenerlaß eingeführte Begriff der Verfassungsfeindlichkeit verschafft den Behörden die Möglichkeit, auf eigene Rechnung festzustellen, ob Organisationen *»grundgesetzfeindlich«* sind oder nicht. *»Die Organisationen werden zwar nicht verboten, aber dadurch, daß ihre Mitglieder mit Berufsverbot bedroht werden, ist eine viel raffiniertere Situation entstanden.«*

Auf die internationale Bedeutung des Tribunals und eine mögliche »Modellwirkung« der Menschenrechtsverletzungen der BRD kommt Evert van Dijk mehrfach zu sprechen: *»Bilden die Berufsverbote, bildet der Abbruch demokratischer Rechte, wie er in der BRD stattzufinden scheint, eine Gefahr für alle westlichen Demokratien oder haben wir es hier mit einer isolierten deutschen Erscheinung zu tun? Wovor genau haben wir Angst? Vor der Möglichkeit einer Ansteckung durch das deutsche Modell oder vor der Möglichkeit, daß ein undemokratisches Deutschland aufs neue den Frieden in Europa zu bedrohen beginnt?*

Eine deutliche Antwort auf diese Frage ist nicht ohne Bedeutung, nicht alleine für das Existenzrecht des Dritten Russell-Tribunals, sondern auch für alle, die sich aktiv mit der deutschen Situation beschäftigen.«

Niederlande-Kommission

„Modell Deutschland? Nee bedankt!"

Unter diesem Titel fand am 21.6. in Sittard (Provinz Limburg) eine Veranstaltung zum Russell-Tribunal und über *»politische Entwicklungen in Westdeutschland und in den Niederlanden«* statt. Dank einer hervorragenden Vorbereitung durch eine Gruppe aus dem örtlichen Jugendzentrum »donkiesjot« war die Veranstaltung in der Kleinstadt Sittard mit 60 Besuchern weitaus besser besucht, als die vom »nationalen Sekretariat« durchgeführten »Manifestationen« in den politisch sehr lebendigen Großstädten Amsterdam und Utrecht! Durch eine intensive Informierung der Medien wurde erreicht, daß die drei regionalen/örtlichen Zeitungen umfangreiche und positive Vorberichte über die Veranstaltung brachten (*»Opfer der ‚Terroristenhetze' kommt zu Wort«*, Schlagzeile des »Limburgs Dagblad«, 15.6.) und der regionale Rundfunk interviewte für eine Reportage über den Abend u.a. auch die westdeutschen Redner.

Im ersten Teil des Abends berichtete ein Aktivist aus der Unterstützerbewegung über seine Erfahrungen auf dem Tribunal und Norbert Bräutigam, der als Zeuge vor dem Tribunal aufgetreten war, über seinen Gewerkschaftsausschluß und sein Berufsverbot. Der zweite Teil wurde von einigen Niederländern bestritten, die bereits unmittelbar mit den Auswirkungen des »Modell Deutschland« in Berührung gekommen waren: Junge Arbeiter, die nach dem Fotografieren der an der Grenze aufgebauten Grenzsperren von BGSlern weit auf niederländisches Grundgebiet verfolgt worden waren; ein Lehrer, dem seine Stelle wegen Mitgliedschaft in der revisionistischen KP gekündigt worden war; ein Jugendlicher, der unter der Behauptung, mit RAF-Genossen Umgang zu haben, verhaftet wurde und seither bei jedem Grenzübertritt in die BRD erheblichen Behinderungen ausgesetzt ist.

Die Veranstaltergruppe wird ihre Arbeit über diesen Abend hinaus fortsetzen: Im Herbst soll eine Dokumentation zu den Übergriffen und Auswirkungen des »Modell Deutschland« auf den Limburger Raum erscheinen, die Veröffentlichung dieser Dokumentation soll auch in den Zusammenhang der Propagierung der zweiten Sitzungsperiode des Russell-Tribunals gestellt werden.

Niederlande-Kommission

Auch im Ausland: Sekretariat behindert Unterstützerbewegung

In der niederländischen Presse hat das Russell-Tribunal zwar ein sehr viel größeres Echo gefunden als in der bundesdeutschen Heimatpresse, jedoch bei der Unterstützung stoßen bereitwillige Menschen auf ähnliche Schwierigkeiten wie in der BRD — mit den gleichen Leuten im Hintergrund.

Dabei mangelte es durchaus nicht an Gruppen und Organisationen, die im örtlichen Maßstab Unterstützerkomitees aufbauen wollten; diese Bestrebungen wurde jedoch ausnahmslos von dem niederländischen Russell-»Sekretariat« (in den Händen einer der Pazifistisch-Sozialistischen Partei nahestehenden Studentenvereinigung »Silva«) unterdrückt. Dem Nijmeger Unterstützerkomitee wurde beispielsweise von diesem »Sekretariat« mitgeteilt (Brief vom 26.1.78), es stehe ihm zwar frei, *»Geld und Unterschriften zu sammeln«*, da es aber aus Organisationen bestehe, könne es durch das *»nationale Sekretariat«* nicht *»anerkannt«* werden, denn: *»Die Unterstützung des Dritten Russell-Tribunals darf nicht im Zusammenhang einer politischen Auffassung von der BRD, welcher Organisation auch immer, stattfinden.«* In dankenswerter Offenheit fügte das niederländische »Sekretariat« *auch noch hinzu, woher es solche Auffassungen bezogen und worauf es sich mit seinem autoritären* Gehabe stützt: *»Dieses Komitee* (»Silva« — Anm. AK) *ist durch das Sekretariat in Berlin als niederländisches Unterstützungskomitee anerkannt«*!!

Thomas Dieckmann bekräftigte namens des westdeutschen Sekretariats kurze Zeit später in einem Schreiben an das nijmeger Unterstützerkomitee (6.2.78) den Standpunkt des niederländischen »Sekretariats«: *»Die Zusammenarbeit zwischen dem (west-* eutschen — Anm. AK) *Sekretariat und dem niederländischen Unterstützerkomitee* (»Silva« — Anm. AK) *funktioniert reibungslos und gut ... Mit der Öffentlichkeitsarbeit dieses Komitees und seinen anderen Aktivitäten waren und sind wir ausgesprochen zufrieden. Aus diesem Grunde würden wir es äußerst bedauern, wenn sich in den Niederlanden jetzt in den einzelnen Städten konkurrierende (?!) örtliche Komitees gründen* würden.« *Die Öffentlichkeitsarbeit* würde *»erschwert, insbesondere, wenn es sich bei diesen Komitees noch dazu um eine Mischung von Organisations- und Personenkomitees handeln würde ... Wir möchten Euch deshalb dringend bitten, von der Gründung lokaler, zum nationalen Komitee konkurrierender Unterstützergruppen Abstand zu nehmen ...«.*

Es wäre nicht uninteressant zu erfahren, wie sich die Bertrand-Russell-Peace-Foundation dazu stellt, daß das westdeutsche Sekretariat Anerkennungsschreiben im Ausland verteilt und massiv in die (Bildung einer) ausländische(n) Unterstützerbewegung eingreift ...!



Nachrichten vom Widerstand



Ich weiß,
es gibt jetzt ein paar Leute, die uns sagen,
natürlich sind zwei Jahre Knast nicht schön,
doch mußtet ihr denn so nach Grohnde geh'n.

Sie sagen,
ach kämpft doch nur mit Unterschrift und Klagen,
doch ihr wolltet, wir könn' das nicht versteh'n,
mit Brille, Helm und Seil zum Bauplatz geh'n.

Hört zu!
Wir sagen Euch, womit wir es versuchten:
Mit Unterschriften und mit Freundlichkeit,
doch hilft uns das bei diesem Staat nicht weit!

Besetzt
mit Blumen war das AKW-Gelände,
doch schon am Abend sah'n wir den Verrat:
Aus Blumen wurde Nato-Stacheldraht.

Und hört auch weiter, wie es war,
ganz ohne Schutz standen wir da
das erste Mal in Brokdorf.
Doch als wir fast um's Leben rannten,
sie die Zelte uns verbrannten,
schrie'n wir voll Angst und Wut:

Wir kommen wieder, das ist klar,
dreißigtausend – das wird wahr,
kein KKW in Brokdorf
sie woll'n uns das Gehirn zerschlagen,
doch wir werden Helme tragen,
wir – geben nicht auf!

Ihr sagt,
ein bißchen könntet ihr das jetzt versteh'n.
Doch was hab'n die in Grohnde denn getan,
weswegen klagt man die eigentlich an?

Zunächst
hab'n wir die Bundesbahnschienen besetzt,
mit Freude, Jung und Alt, und aus Protest,
und Leute, die dabei war'n, krieg'n Arrest.

Den Frieden
des Landes, sagt man, hätten wir gestört,
weil wir dem Frieden mit Atom nicht trau'n,
woll'n sie ein paar von uns die Freiheit klau'n.

Geschlagen
mit Staatsgewalt den Leuten in's Gesicht,
die Hände war'n gefesselt, wurden blau,
und wehrst du dich dagegen, kriegst du Bau!

Was ist mit Euch – läßt Euch das kalt?
Wie friedlich ist die Staatsgewalt?
Und was hättet denn ihr getan?
Wir kamen nicht, um uns zu schlagen,
doch wollten wir, das könn'n wir sagen,
den Platz des AKWs besetzen!

Und wen sollte man denn anklagen –
uns, die wir nach morgen fragen –
und auch noch morgen leben woll'n?
Oder vielleicht die Herr'n der Industrie,
die uns behandeln nur wie Vieh,
uns Luft und Leben rauben!

Refrain:
Wehre dich – kleiner Mann!
Wehre dich – kleine Frau!
Denn sonst machen sie dich alle zur Sau!

I: Wozu sind Prozesse gut?:I
Zum Verhindern sind sie gut!

I: Wozu sind Bauplätze gut?:I
Zum Besetzen sind sie gut!

I: Wozu ist das Leben gut?:I
Ja, zum Leben ist es gut!

Melodie: „Carta a mi companero" - Karaxu

(Lied zu den Grohnde-Prozessen von „De Likedeelers", einer Anti-AKW-Musikgruppe aus Bremen, gespielt auf der internationalen Großveranstaltung in Bremen am 4.7.1978)

EG-Gipfel in Bremen: Für ein atomfreies Europa

Vom 5. bis 7. Juli fand in Bremen eine Sitzung des Europäischen Rates statt, ein Treffen der Regierungschefs aus neun europäischen Staaten und ihrer Außenminister.

Thema war neben Währungsfragen auch die zukünftige Außenpolitik der EG. Dazu gehört die atomare Aufrüstung und der Export von Atomanlagen.

Diesem „Gipfel" setzten AKW-Gegner ein „Europa von Unten" entgegen: Mit einer internationalen Großveranstaltung, Kundgebung, Demonstration, Pressekonferenzen und weiteren Aktionen wurde den Forderungen nach einem nichtnuklearen Europa, gegen die Militarisierung der EG und den Export von Atomanlagen Nachdruck verliehen.

Am 4.7. veranstalteten der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), die Bürgeraktion Küste (BAK), die Bremer Bürgerinitiative gegen Atomenergieanlagen und die BUU-Hamburg eine internationale Großveranstaltung zur „Europäischen Nuklearpolitik und ihren Folgen". Unterstützt wurde dieses Hearing von AGENOR Belgien, LEK Niederlande, OOA Dänemark, Amis de la terre Frankreich und dem World Information Service on Energy (W.I.S.E.).

Mit ca. 1.200 Besuchern war das die bisher größte Anti-AKW-Veranstaltung in Bremen! (Die einzelnen Beiträge sollen im Rahmen einer Dokumentation zu den Aktivitäten gegen den EG-Gipfel im vollen Wortlaut veröffentlicht werden).

Trotz zum Teil strömenden Regens nahmen an der Demonstration gegen Atomenergie und atomare Rüstung am 6.7., zu der regional mobilisiert war, etwa 3.000 Menschen teil. Mit guter Stimmung, internationalen Forderungen und einer WWA-Gruppe aus Gorleben in Schutzanzügen mit Fässern „radioaktiven Abfalls" vorneweg, machte sich der Demonstrationszug auf den Weg. Ziel war es, gegenüber der internationalen Öffentlichkeit die Forderungen deutlich zu machen – und zwar dort, wo diese internationale Öffentlichkeit war: auf dem Bremer Marktplatz. Genau das wollten die Bremer Ordnungshüter verhindern, indem sie die Route um die Innenstadt herum vorschrieben.. Da sich die Uniformierten (offizielle Angaben: 1.200, mit Bereitschaftspolizei aus Oldenburg, Bundesgrenzschutz und GSG 9!) jedoch stark zurückhielten – vermutlich wegen der anwesenden internationalen Presse – und sich nur auf die Absicherung des Rathauses und der Bürgerschaft konzentrierten, wich man „spontan" von der erlaubten Route ab und stürmte den Bremer Marktplatz!

Dort übergab eine Delegation der Demonstranten ein Memorandum gegen die sogenannte friedliche Nutzung der Atomenergie und die atomare Rüstung.

Durch diese breiten und erfolgreichen Aktionen, auch in Verbindung mit internationalen Pressekonferenzen, konnte eine große Öffentlichkeit erreicht werden. Auch die Tatsache, daß zum ersten Mal ein breiterer Themenkreis – die Rolle der EG, atomare Rüstung und Export – Gegenstand von Massenaktionen war, kann die Diskussion um Möglichkeiten der Weiterarbeit und Verbreiterung des Widerstands ankurbeln – und vielleicht auch Ansporn für andere Regionen sein.

Keine Atommacht Westeuropa!
Keine Atomwaffen für die BRD!
Kein Export von Atomanlagen!
Vernichtung aller AKWs und Atomwaffen!

KB/Gruppe Bremen

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. – Amis de la Terre – Friends of the Earth, England – Comitati Autonomi Operai – Bürgeraktion Küste – Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen – Landelijk Energie Kommitee (LEK) Niederlande – Agenor Brüssel – OOA Kopenhagen – World Information Service on Energy (W.I.S.E.) – Radio Onda Rossa Roma – Radio Verte Fessenheim

MEMORANDUM

an die am 6. Juli in Bremen versammelten Ministerpräsidenten und Aussenminister der Europäischen Gemeinschaft (EG)

Wir, europäische Bürgerinnen und Bürger, demonstrieren hier und heute gegen die Nuklearpolitik der EG und der ihr angehörenden Nationalstaaten.

Unser Protest richtet sich gegen die sogenannte ‚friedliche Nutzung der Atomenergie' genauso wie gegen die atomare Rüstung einiger EG-Länder.

Wir sind nicht bereit, Regierungen zu folgen, die unter dem Vorwand, Bürgerinteressen zu vertreten, die Weichen in ein Zeitalter der Plutoniumwirtschaft stellen.

Wir wissen, daß Sachzwänge geschaffen werden, um eine gescheiterte Politik des Wirtschaftswachstums über die Runden zu retten.

Wir wissen, daß die insbesondere mit der Einführung der zweiten Generation der Kerntechnologie, den Wiederaufbereitungsanlagen und Schnellbrutreaktoren , verbundenen Risiken nicht nur unser Leben und unsere Gesundheit, sondern auch unsere persönliche Freiheit bedrohen und die Demokratie untergraben.

Wir fühlen uns mitverantwortlich für die Völker der Dritten Welt, die mit europäischen Nuklearanlagen ‚gesegnet' werden sollen. Sie können sich gegen die menschenverachtende Wirtschaftspolitik der Industrienationen noch weniger wehren als wir.

Unser Protest richtet sich gegen ein Europa, das zivil und militärisch zur Atomgroßmacht aufgerüstet wird.

Wir fordern:
– ein nichtnukleares Europa
– eine Zivilmacht West-Europa (keine Militarisierung der EG, keine europäische Rüstungsagentur, keine französischen Atomtests auf Muroroa; Abrüstung in ganz Europa!)

Genauso wie Kapital und Technik sich international organisieren, beginnt die Ökologiebewegung Europas zusammenzuwachsen. Die Bürgerbewegungen Europas schließen sich im Kampf für eine angstfreie Zukunft und gegen die menschenfeindliche Herrschaft von Wirtschaft und Technologie zusammen. Dem Europa von oben und ‚von oben herab' setzen wir das Europa der Bürger, das Europa der Regionen, das EUROPA VON UNTEN entgegen.



3000 AKW-Gegner demonstrierten am 6.7. in Bremen

Protest gegen atomare Rüstung

In einer symbolischen Aktion protestierte eine internationale Gruppe am 6.Juli 1978 in Bremen gegen die bevorstehenden Atomtests der französischen Regierung auf dem Mururoa-Atoll im Südpazifik.

Sie begann im Garten den französischen Konsulats in Bremen "Grabungen" zu veranstalten und gab vor, unterirdische Atomtests vorzubereiten.

Rund 3.000 Soldaten und zivile Techniker treffen zur Zeit im französischem Testgebiet im Pazifik Vorbereitungen für unterirdische Testexplosionen. Journalisten in Paris gehen davon aus, daß etwa 15 Tests geplant sind. Die Versuche gelten allem Anschein nach der Erprobung der Mehrfachsprengköpfe des Raketentyps M-4. Mit diesen Waffen sollen französische U-Boote ausgerüstet werden.

In Stellvertretung für die EG

Französische Regierungskreise haben in der Vergangenheit, wenn gegen ihre Atomtestpolitik protestiert wurde, gerne darauf hingewiesen, Frankreich unternehme solche Versuche a u c h stellvertretend für die Europäische Gemeinschaft. Die EG ist durch einen historischen Zufall eine zivilökonomisch verfaßte Organisation europäischer Staaten geblieben. Durch das gemeinsame Votum von Kommunisten und Gaullisten 1956 sind die damaligen Pläne, eine euro päische Verteidigungsgemeinschaft zu schaffen, gescheitert. Es gab seither Wiederbelebungsversuche für die Idee einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Die Exponenten dieser Idee in der BRD sind vor allem Dregger und Strauß.

EG auf dem Wege zur Militärunion

Vor kurzem hat auch das europäische Parlament in dieser Frage eine wichtige Vorentscheidung getroffen. Am 13.6.1978 verabschiedete der Politische Ausschuß des Europäischen Parlaments mit großer Mehrheit einen Entschließungsantrag, eine Rüstungsagentur auf EG-Ebene einzurichten. Danach soll die Entwicklung und Produktion konventioneller Waffensysteme künftig im Rahmen eines europäischen Aktionsprogramms erfolgen, das Bestandteil der EG-Industriepolitik sein soll. Der Berichterstatter des Politischen Ausschusses, Klepsch (BRD/CDU), sagte sogar, die gemeinsame Entwicklung und Produktion von Waffen solle zum Eckstein der EG-Industriepolitik werden!

Der Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments wurde den Regierungen und Parlamenten der EG-Mitgliedstaaten, den Gremien der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) sowie Kommission und Rat der EG zugeleitet.

Am 6./7. tagte der Rat der EG, das entscheidende politische Gremium der EG (Regierungschefs und Außenminister der 9) in Bremen.

Eines der Hauptthemen dieser Tagung war, wie die Wirtscnaftspolitik der Länder angekurbelt werden könnte.

Es ist zu vermuten, daß die Beratung über eine gemeinsame Rüstungsagentur im Sinne des Antrags des Europäischen Parlaments dabei keine geringe Rolle gespielt hat.

Die EG ist also offensichtlich im Begriff, für das sich zum Staat zusammenschließende Westeuropa die Weichen so zu stellen, daß aus der "Zivilmacht" (so Roland Vogt im Forum Europa, Heft 3/4 1976) eine Militärunion wird.

Die Rüstungsagentur wird zwar gegenwärtig noch auf "konventionelle" Waffen bezogen. Es kann jedoch nach der Logik des internationalen Abschreckungssystems, nicht ausbleiben, daß der gemeinsame Rüstungspool eines Tages auf Atomwaffen ausgedehnt wird.

Einstweilen fühlt sich Frankreich noch als europäischer Vorreiter auf dem Gebiet der nuklearen Rüstung.

Dezentrale zur Untergrabung der französischen Atomaren Rüstung

Auf diesem Hintergrund ist die Aktion der "Dezentrale zur Untergrabung der französischen Atomaren Rüstung" zu sehen, wie sich die Aktionsgruppe nannte, die auf dem Gelände des Bremer Konsulats in ungewöhnlicher Form protestierte.

Die aus ca. 15 Personen bestehende Gruppe war mit Transparenten und Spaten ausgerüstet. Sie begann ihre Aktion unter den Augen des französichen Geheimdienstes, der offensichtlich durch Telefonüberwachung Wind von der Sache bekommen hatte und mit ca. 7 Beobachtern Aufstellung auf dem Bürgersteig gegenüber dem bremischen Konsulat in der Marcusallee genommen hatte.

Ablauf der Aktion

1. Akt : die Demonstranten entrollen um 9.30 Uhr am Zaun des Konsulats ein Transparent: *Atomstreitmacht Europa ? - Nein Danke!* Ein weiteres Transparent : *Keine Atomtests auf Mururoa !* wird im Garten des Konsulats aufgespannt.

Der Konsul, Monsieur Hirn, der mit dem Konsulatspersonal auf der Freitreppe des Amtsgebäudes Aufstellung genommen hat, stürzt sich auf die Transparentträger und zerrt an ihnen, um sie aus dem Garten zu vertreiben. Auf Zurufe, daß wir friedlich gegen die Atomtests auf Mururoa demonstrieren, sagt er : *"Die Amerikaner und Russen haben auch*

Forsetzung auf Seite 17

Atomwaffen!" Besonders erbost ist er über eine Französin. Sie hatte auf seine Bemerkung, wir seien in exterritoriales Gelände eingedrungen, erwidert, sie fühle sich im Konsulat ihres Landes nicht exterritorial.

Ein Mitglied der Aktionsgruppe versucht, ihn zu beruhigen und überreicht ihm das Schreiben zur Begründung der Aktion (s. nebenstehenden Kasten).

2. Akt : Der Konsul entdeckt, daß weitere Mitglieder der Gruppe anfangen, auf dem Rasen des Konsulats zu graben. Nun flippt er vollends aus. Er entreißt einer Frau einen Spaten und schlägt damit auf die anderen Spaten ein, die aber unverdrossen weitergraben.

Als er das nicht verhindern kann, gibt der Konsul den Beutespaten an das im übrigen untätige Konsulatspersonal weiter und schreit: *"Das ist mein Beweisstück!"*

Dann stürzt sich Monsieur Hirn auf die ihm zuvor schon aufgefallene Französin. Er beschimpft sie und zerrt an ihr herum, um sie aus dem Gelände zu treiben. Auf den Vorhalt eines Teilnehmers, er solle nicht so brutal sein und keine Gewalt anwenden, ruft er: *"Je suis un homme courageux" (Ich bin ein mutiger Mann).*

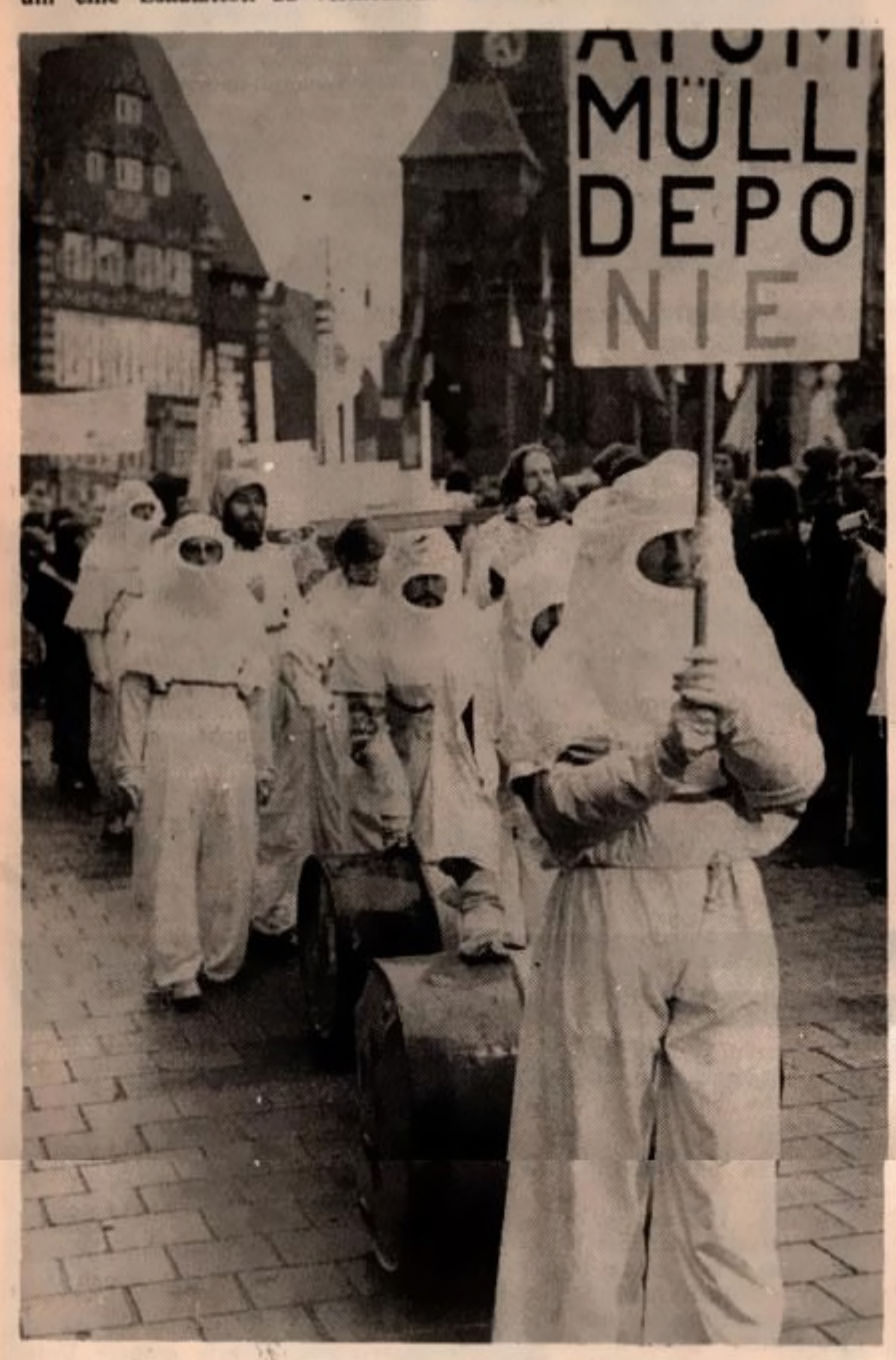
Die Aktion wird nun abgebrochen, um eine Eskalation zu vermeiden.

Wir ziehen uns aus dem Garten zurück. Der Konsul verfolgt uns. Er entdeckt nun das Transparent am Zaun. Das versucht er, in Stücke zu reißen, woran er nur durch schnelles Wegnehmen des von ihm schon eingerissenen Stoffes gehindert werden kann.

Auftakt für weitere Aktionen gegen atomare Rüstung

Wir haben uns durch das engagierte Gebaren des M. Hirn nicht provozieren lassen. Von uns ging keine Gewalt gegen irgendeine Person aus. Die Aktion wurde ausführlich in eine 2 Stunden später stattfindende, von den in Bremen versammelten westeuropäischen Ökologiegruppen veranstaltete internationale Pressekonferenz eingebracht. (Die Bremer Presse, der wir am Vorabend einen Hinweis auf die bevorstehende Aktion gegeben hatten, hat dann vor dem Konsulat durch Abwesenheit geglänzt). Roland Vogt, geschäftsführender Vorsitzender der BBU, erklärte, die symbolische Untergrabung der französichen Atomrüstungspolitik sei der Auftakt für weitere Aktionen gegen die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft auch zur militärischen Atomgroßmacht.

Roland Vital, Dezentrale zur Untergrabung atomarer Rüstung



Katastrophenplan Esenshamm geklaut

Am 4.7. haben AKW-Gegner den Katastrophenplan vom Kernkraftwerk Esenshamm an der Unterweser bei den Behörden abgeholt, die bestritten hatten, daß es diesen Plan überhaupt geben würde. Die Atomkraftgegner *„von ÜBERALL und ANDERSWO"*, die diesen *„katastrophalen Plan"* nun aus den *„falschen Händen"* der Öffentlichkeit bekanntgemacht haben, nachdem alle Bemühungen erfolglos gewesen waren, die Behörden zu einer Veröffentlichung zu bewegen, schreiben in ihrer Erklärung: *„Der Katastrophenabwehrplan bringt die Wahrheit an's Licht - es gibt keinen Schutz vor radioaktiven Verseuchungen"*.

Wir wollen dem Leser hier einige wesentliche „Schutzmaßnahmen" nicht vorenthalten:

Nach Ausbruch des Unfalls soll er über Lautsprecher gewarnt werden: *„Begeben Sie sich zum Schutze Ihrer Gesundheit sofort in geschlossene Räume und schließen Sie alle Fenster und Türen ... Bleiben Sie ruhig und besonnen."*

Beruhigungspillen kann man auch bekommen: Für 120 bis 150.000 Jodtabletten will die Katastrophenbehörde Vorsorge tragen, es müsse *„dafür Sorge getragen werden, daß für jede Hausgemeinschaft jeweils nur ein Erwachsener die Abholung der Tabletten übernimmt"*.

Jeder, der es glaubt und der eine Tablette bekommen hat, wird dann seine Schilddrüse vor Strahlenschäden geschützt halten – das beruhigt natürlich.

Doch im schlimmsten Falle ist auch eine Evakuierung vorgesehen: *„Packen Sie nur das Notwendigste zur Körperpflege und Bekleidung für zwei (!) Tage ein. Für alles übrige tragen die Behörden Sorge"*.

Wie die „Sorge" und „Vorsorge" der Behörde trifft, zeigt folgendes Beispiel: Die höchstzulässige Strahlendosis im Jahr (bei der angeblich keine Gesundheitsschäden eintreten) ist 13 mrem. Bei einer Katastrophe sind das halt 1 Mio. mrem: 100.000 mal soviel! Bei dieser Dosis kann sich die Behörde ihre Aufrufe zur Ruhe schenken; sie kann dann gleich die Leichen evakuieren! Für diesen Transport aus dem Katastrophengebiet ist ebenfalls genaueste Vorsorge getroffen: *„Der am wenigsten kontaminierte* (zu deutsch: verseuchte) *Körperteil des Verstrahlten soll im Fahrzeug in Fahrtrichtung zeigen"*.

Bei der Katastrophe ist für allen möglichen Behördenwirbel gesorgt, jeder dürfte in unsinniger Weise beschäftigt sein – nur mit „Schutz" hat das nicht das Geringste zu tun. Da sollten die Lautsprecher dann sinnigerweise zum Beten aufrufen; da könnte man immerhin noch sagen: Wer's glaubt, wird selig!

AKW-Nein-Kommission

Neues zum Unfall im AKW Brunsbüttel – Sicher nur durch Stillegen!

Knapp zwei Wochen nach dem Unfall im AKW Brunsbüttel schält sich nun langsam die gesamte Tragweite heraus (der Betreiberseite ist natürlich keineswegs an einer vollständigen und öffentlichen Klärung des Unfalls gelegen). Natürlich ist nicht „menschliches Versagen" (so die Behördenversion) die direkte Ursache des Unfalls, sondern es geht zunächst um technische Mängel. Immerhin riß ein Teil der Dampfleitung schon bei 20 atü, obwohl die Leitung einen Betriebsdruck von ca. 70 atü aushalten muß. Desweiteren ist eine sogenannte „Berstscheibe" zwischen dem Sicherheitsbehälter und dem Maschinenhaus (diese Scheibe ist für andere Unfälle gedacht) nicht in die vorgesehene Richtung (ins Maschinenhaus), sondern entgegengesetzt geborsten – entweder war der Druck zum Zeitpunkt des Unfalls erheblich höher als zugegeben, oder es war ein totaler Materialausfall!

Im übrigen stellt sich das „menschliche Versagen" bei genauerem Hinsehen keinesfalls als solches dar, sondern als ein geplantes und oft geübtes Verhalten des Betriebspersonals. So war von vornherein klar, daß radioaktiver Dampf ausgetreten war, da zwei Radioaktivitätsmeßgeräte, die in unmittelbarer Nähe der Bruchstelle aufgestellt sind, 10- bis 80-fache Werte anzeigten – daß so etwas gerade in einem AKW „übersehen" wird, kann man wohl getrost in den Bereich der Legende verweisen. Schaut man sich desweiteren den konkreten Vorgang des Überbrückens der Reaktorschnellabschaltung an, so zeigt sich, daß das Betriebspersonal wohl kaum durch „Versagen", quasi aus Versehen, das Sicherheitssystem unzulässigerweise außer Betrieb gesetzt haben kann: Innerhalb der unter diesen Bedingungen (totale Hektik) sehr kurzen Zeit von fünf Minuten mußte das Personal an drei (!) verschiedenen Stellen das Sicherheitssystem überbrücken, da sonst das Sicherheitssystem den Reaktor nach fünf Minuten automatisch abgeschaltet hätte – ohne eine entsprechende Übung und Unterweisung ist dies wohl kaum möglich! Obwohl ca. drei Stunden lang der bekanntermaßen radioaktive Dampf ausströmte, und das Leck nicht gefunden werden konnte, sah man sich zu keiner Zeit dazu veranlaßt, den Reaktor entsprechend den Richtlinien abzuschalten und die zuständigen Stellen zu informieren, geschweige denn die Bevölkerung von dem Austreten radio-
ten und die zuständigen Stellen zu informieren, geschweige denn die Bevölkerung von dem Austreten radio-
aktiver Stoffe zu unterrichten. Noch nicht einmal die auf dem AKW-Gelände befindlichen Radioaktivitätsmeßgeräte wurden sofort abgelesen (dies wurde erst am folgenden Morgen nachgeholt), um festzustellen, wie groß die Belastung außerhalb des AKWs ist.

Zu allem Überfluß stellte sich nachträglich auch noch heraus, daß die Druckmeßgeräte nicht „GAU-fest" waren und durch den erhöhten Druck im Maschinenhaus zerstört worden waren. Daß das Überbrücken des Sicherheitssystems sich unter den Betreibern einer großen Beliebtheit erfreut, wird wohl klar, wenn man sich die Gründe für diesen Vorgang anschaut:

- jede Reaktorschnellabschaltung führt zu enormen mechanischen Belastungen des Systems insgesamt und besonders der Steuerstabhalterungen, da die Steuerstäbe mit großer Geschwindigkeit in den Reaktorkern hineingeschossen werden müssen. Von den Betreibern werden 400 bis 500 Schnellabschaltungen während der geplanten Lebensdauer von 30 bis 40 Jahren als Grenze angesehen – darüber hinaus müßte das System ausgewechselt werden.
- Jede Schnellabschaltung führt zu erhöhter Radioaktivitätsabgabe. Da im Zeitraum von Januar bis Mai 78 offiziell schon 50% (6,3 mCi Jod-131 von erlaubten 13 mCi) der zulässigen Abgaben von Jod-131 hinausgepustet wurden, war abzusehen, daß die gesetzlichen Grenzwerte für dieses Jahr nicht mehr einzuhalten sind.
- Und zu guter Letzt, wie sollte es anders sein, liegt der Hauptgrund natürlich darin, daß das AKW für die Betreiber die immensen Kosten irgendwie wieder reinbringen soll – jeder Tag Stillstand kostet die HEW etwa 1/2 Mio. DM, und bei jeder Schnellabschaltung liegt das AKW eben etwa einen Tag still, da es erst langsam wieder angefahren werden kann.

Gründe gibt es somit genug für die Betreiber, mit den Sicherheitsbestimmungen sehr lax umzugehen. Intern wird mit Repressalien gedroht, wenn eine Schnellabschaltung „zu früh" ausgelöst wird. Eine Äußerung des Oberingenieurs der HEW Schuhmann belegt zudem, daß „menschliches Versagen" systematisch vorprogrammiert wird. *„Im Laufe der Errichtung wurde eine zunehmende Automatisierung gefordert, insbesondere für den Reaktorschutz. (...) Es muß aber vor einem übertriebenen Perfektionismus gewarnt werden. Dieser verringert insbesondere bei langsam ablaufenden Vorgängen die Verfügbarkeit. Nach den Erfahrungen der Betreiber ist hierfür das gut ausgebildete Betriebspersonal besser geeignet"* („VGB Kraftwerkstechnik", 11/77). Da im AKW Brunsbüttel mittlerweile schon etwa 120 Schnellabschaltungen stattgefunden haben, wird verständlich, daß den Betreibern das gesamte Reaktorschutzsystem schon länger ein Dorn im Auge ist, zumal das AKW Brunsbüttel schon im letzten Jahr etwa die Hälfte der Zeit stillgestanden hat. Das „gut ausgebildete Betriebspersonal" wird somit auf höchstmögliche Ausnutzung des AKWs unter Umgehung der Sicherheitsbestimmungen getrimmt – nicht umsonst wurde z.B. in Brunsbüttel schon mehr als 100mal das Sicherheitssystem außer Betrieb gesetzt, um Schnellabschaltungen zu vermeiden. Es ist wirklich nur Zufall, daß bei den Überbrückungen nicht schon vorher und wesentlich mehr passiert ist, da z.B. auch mal ein Melder, der den GAU signalisiert, einfach überbrückt wurde!

Interessant wäre es sicherlich, genauer anzusehen, was eigentlich am Sonntagabend im AKW Brunsbüttel passiert ist, und was das Betriebspersonal tatsächlich gemacht hat – nur, welch „Wunder", wenige Minuten nach Eintreten des Unfalls fiel ein automatischer Protokollschreiber (vergleichbar einem Fahrtenschreiber), der alle Aktionen und Befehle des Reaktorschutzsystems und des Personals notiert, aus. Der Grund: Der Papiervorschub funktionierte nicht mehr, der Schreiber schrieb immer auf der-
notiert, aus. Der Grund: Der Papiervorschub funktionierte nicht mehr, der Schreiber schrieb immer auf der-
selben Stelle. Dies läßt sich natürlich denkbar einfach „künstlich" herbeiführen, indem das Papier einfach kurzfristig festgehalten wird, und dadurch die Perforation zum Weitertransport des Papiers ausreißt. Erst zwei Stunden später, als schon das Wesentliche gelaufen war, wurde der Ausfall angeblich festgestellt und der Schreiber wieder in Betrieb genommen. Der Hergang des Unfalls und das Verhalten des Personals lassen sich dadurch nicht mehr 100%ig rekonstruieren. Man ist auf handschriftliche Notizen im Schichtbuch angewiesen. Fraglich ist, ob der Unfall überhaupt rekonstruiert werden kann, da selbst Sozialminister Claussen zugibt: *„Ferner sei der Störfall im Schichtbuch ungenau dokumentiert"* („FR", 23.6.78).

Durch diese Tatsachen ist es praktisch unmöglich festzustellen, wie lange Dampf aus dem Maschinenhaus ausgetreten ist (da der Überdruckmesser im Maschinenhaus überbrückt wurde) und somit, wieviel Radioaktivität ausgetreten ist. Das einzige Meßgerät, das die ausgetretene Radioaktivität hätte messen können, befindet sich im Abluftkamin und wurde dadurch außer Betrieb gesetzt, daß der Dampf nicht mehr durch den Kamin abgegeben wurde, sondern im Maschinenhaus blieb und über die am Dach befindlichen Klappen abgegeben wurde. Durch diesen Vorgang wurde vollkommen unkontrolliert und ungehindert Radioaktivität an die Umwelt freigesetzt, da sich in den Klappen noch nicht einmal Filter befinden. Diese wurden z.B. im Genehmigungsverfahren für das AKW Wyhl kurzerhand abgelehnt, weil sie nicht notwendig und zu teuer seien!

Die mittlerweile abgeschätzten Werte ergeben folgendes Bild: ca. 100 Tonnen radioaktiver Dampf wurden freigesetzt (nicht wie von uns berichtet 7.000 Tonnen). Ca: 4,000 Curie an Edelgasen wurden abgegeben (die, wenn sie durch den Kamin abgegeben worden wären, wenigstens noch teilweise durch Verzögerungsstrecken zurückgehalten würden, allerdings Filter gibt es auch im Kamin nicht!). Ca. 200 milliCurie Jod-131 wurden an die Umgebung abgegeben! Das ist das sechzehnfache des jährlich erlaubten Grenzwerts!

Wie nun auch noch bekannt wurde, gibt es Meldungen, wonach zwei Arbeiter des AKW Brunsbüttel mit akuten Strahlenschäden (beginnender Haarausfall, allgemeine Schwäche) in der Krankenstation des AKW liegen. Noch ist unklar, ob diese radioaktive Verseuchung direkt beim Unfall durch den austretenden Dampf im Maschinenhaus verursacht wurde, oder durch jetzt nachfolgende Reinigungsarbeiten im verseuchten Maschinenhaus. Auch dies muß noch restlos aufgeklärt werden!

Die weitaus größte Bedeutung wird dieser Unfall neben den Auswirkungen für Brunsbüttel sicherlich für alle anderen AKWs haben, da mit den unzulässigen Eingreifmöglichkeiten durch das Personal die Gutachten über das Reaktorschutzsystem stehen und fallen (mal abgesehen von den technischen Unzulänglichkeiten). Diese Gutachten gehen sämtlichst davon aus, daß das Sicherheitssystem im Zweifelsfalle den Reaktor rechtzeitig abschaltet, nicht jedoch davon, daß das Personal stattdessen das Sicherheitssystem abschaltet! Entsprechend steht es noch in einer Werbebroschüre der HEW/NWK zu Brunsbüttel: *„Ein Höchstmaß an Sicherheit beim Betrieb des Kernkraftwerks ist vorrangige Bedingung. Bei allen denkbar möglichen Störfällen und menschlichem Versagen muß sichergestellt sein, daß die im Kernkraftwerk beschäftigten und in der Umgebung lebenden Menschen gegen eine Freisetzung radioaktiver Nuklide (...) geschützt werden"*. Und weiter heißt es in der Hochglanzbroschüre: *„Alle wichtigen Sicherheitssysteme laufen im Falle einer Störung automatisch und unabhängig von menschlichen Eingriffen an."* („Kernkraftwerk Brunsbüttel", KKB GmbH, 1977)!

Inzwischen kann man solche Sätze wohl nur noch als dummdreist be-

Inzwischen kann man solche Sätze wohl nur noch als dummdreist bezeichnen! Die aufwendigen Sicherheitssysteme dienen hauptsächlich nur zur Beruhigung der Bevölkerung bei Erörterungsterminen und zum Vorzeigen in den Hochglanzbroschüren der Atomindustrie. Brunsbüttel ist auch nur als die Spitze eines Eisberges anzusehen, denn es besteht nach ähnlichen Unfällen in Neckarwestheim und Lingen, wo auch die Sicherheitssysteme außer Kraft gesetzt wurden, der Verdacht, daß in allen AKWs der BRD so verfahren wird. Ebenso wie in Gundremmingen (während des Betriebs mußten zwei Schlosser am System arbeiten, wodurch einer getötet wurde) oder auch Lingen (eine Anzeige für erhöhte Radioaktivität wurde ignoriert, und das fünffache der erlaubten Jahresmenge an radioaktiven Stoffen in die Ems geleitet) zeigt Brunsbüttel aber noch deutlicher, daß alle Betriebsgenehmigungen für AKWs unter falschen Annahmen erteilt wurden: Der Reaktorschutz ist unwirksam, da das Personal diesen außer Betrieb setzen kann und dies ständig praktiziert wird (in Brunsbüttel eben über 100 mal!). Deshalb fordern wir:

- **Wiederaufnahme aller Genehmigungsverfahren, sofortige Stillegung der AKWs!**
- **Offenlegung der Betriebsdaten und der Schichtbücher aller AKWs! Bildung von Gutachterkommissionen unter Beteiligung der Bürgerinitiativen über den Betrieb aller AKWs, insbesondere für Brunsbüttel!**
- **Endgültige Stillegung des AKW Brunsbüttel!**
- **Kein AKW in Brunsbüttel und auch nicht anderswo!**

AKW-Nein-Kommission

Gorleben Aktionstage

Am 30. Juni fanden in mehreren Städten Niedersachsens sowie in Hamburg Aktionstage gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben statt. Im folgenden eine kurze Zusammenstellung der gelaufenen Aktionen.

***

Mehr als 200 Atomkraftgegner protestierten am 30.6. in **Lüchow** gegen die WAA in Gorleben. Vor der Dienststelle der DWK wurden die Bürger durch Lieder, Flugblätter etc. über die WAA informiert. Infotische und -tafeln taten ein Übriges. Als besondere Attraktion wurden die vom Kreisbauamt verbotenen Tafeln „Wiederaufforstung statt Wiederaufbereitung" (s. letzten AK, sie wurden verboten, weil sie nicht in das "Landschaftsbild" hineinpassten!) auf Karren mit einer Demonstration durch die Stadt gezogen. Gleichzeitig wurde das DWK-Büro von AKW-Gegnern mit Stacheldraht umzäunt und zum "atomaren Sperrgebiet" erklärt.

Diese Tafel „verschandelt" die Landschaft („Wiederaufforstung statt Wiederaufbereitung")

***

Die Bürgerinitiative **Uelzen** rief zu einem Umzug durch die Innenstadt auf, bei der symbolisch „radioaktive Fässer" durch die Stadt gerollt wurden. Als besonderer Clou wurde eines dieser Fässer am Bahnhof an die DWK geschickt, mit dem Hintergedanken, daß der Bahnhof Uelzen beim Betrieb der WAA einer der Hauptumschlagplätze für die radioaktiven Abfälle werden soll.

***

Soltau. Aus Anlaß des Aktionstages veranstaltete die BI Soltau am 1. Juli einen Umweltschutzmarkt mit Infostand, Wurfbude (Ziel: ein AKW), Waffelbäckerei und Getränkeverkauf. Der Andrang interessierter Bürger war für das schwarze Nest Soltau recht gut; dabei bewährte sich, daß die BI über den Protest gegen die WAA hinaus auch lokale Themen aufgenommen hatte: das Fischesterben in der Böhme und die rücksichtslose Abholzung einer Vielzahl alter Bäume zugunsten einer neuen Hauptverkehrsstraße mitten durch Wohngebiete. Ein simulierter Plutoniumtransport durch Soltau, an dem sich ca. 40 Leute beteiligten, bildete den zweiten Teil des Aktionstages; einer hatte sich z.B. als Grohnde-Angeklagter verkleidet. Die Behörden leiteten den Umzug hauptsächlich durch Nebenstraßen. Dies stieß bei den meisten Teilnehmern auf Unverständnis und Wut, so daß der Vorschlag einiger BI-Mitglieder, doch durch die Einkaufsstraße zum Rathaus zu ziehen, begeistert aufgenommen wurde. Also zogen 25 Leute zum Rathaus, beklebten es mit Plakaten und stellten sich vor die Haupteingangstür oder setzten sich auf den Bürgersteig. An einem Fahnenmast hißten sie die Anti-AKW-Fahne.

Der Soltauer Bürgermeister Rothardt, Mitglied der rechten Freien Union, hatte allerdings nichts besseres zu tun, als die Polizei zu alarmieren. Diese kam nach einer Stunde (Soltau ist doch Land) und forderte die Demonstranten zur Abnahme der Plakate und der Fahne auf. Die Beteiligten kamen dieser Aufforderung nach, da sie einen Konflikt mit der Polizei nach der bis dahin gut verlaufenen Aktion vermeiden wollten.

Symphatisanten des KB. Soltau

***

Hamburg. Im Rahmen des dezentralen Aktionstages „Gorleben soll leben" haben rund 100 AKW-Gegner der "Gewaltfreien Aktion" und der Hamburger "Initiative Kirchlicher Mitarbeiter" sich vor dem Hamburger HEW-Zentrum in City-Nord gelegt, um damit zu demonstrieren, daß die Hamburgischen Elektrizitätswerke in der Atompolitik über Leichen gehen.

In einem an die HEW-Mitarbeiter verteilten Flugblatt heißt es: " ... *daß wir uns von Ihrem Arbeitgeber, der HEW, sehr 'niedergeschlagen' fühlen; (die HEW ist nämlich Mitglied der DWK, der "Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen", die für den Bau der Wiederaufbereitungsanlage bei Gorleben verantwortlich ist!) ... daß die HEW, vereinigt mit Staat und Atomkraftwerksherstellern, Verantwortung dafür trägt, wenn bei einem Reaktorunfall, z.B. Stade, weitaus mehr Menschen am Boden liegen werden... daß wir ohne Gewalt Widerstand gegen das Atomprogramm leisten.*"

Und zur Gefährlichkeit heißt es: " ... *Aber wie eine Untersuchung des 'Instituts für biologische Sicherheit/Bremen' am Beispiel des Atomkraftwerks Lingen zeigt, sind nicht nur Arbeiter einer Wiederaufbereitungsanlage oder eines Atomkraftwerkes betroffen, sondern die gesamte Bevölkerung, vor allem Kinder. Hier sind seit Inbetriebnahme (1968) über 50 Kinder an Leukämie gestorben, normalerweise erkrankt eins von 5.000 !!*"

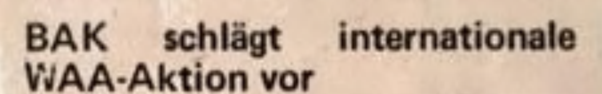
Die HEW hatte durch einen Spitzel am Vorbereitungstreffen der AKW-Gegner teilgenommen, diese in einem internen Hausschreiben als "unfriedlich" diffamiert und die Mitarbeiter aufgefordert, eine Stunde früher zur Arbeit zu kommen und somit die geplante Aktion zu unterlaufen! Die AKW-Genger waren denn auch eine Stunde früher am Tatort und verurteilten die Praktiken der HEW in einem Flugblatt.

" ... *Warum räumt die HEW Geräte aus der Eingangshalle, fährt Kiesel und Bausteine weg und montiert Bänke und Papierkörbe ab? Wird über diese Handlungen nicht Angst und Beklemmung erzeugt? Durch diese Form der "Warnungen" bezweckt die HEW-Geschäftsführung ganz unterschwellig eine Distanzierung der HEW-Mitarbeiter von uns AKW-Gegnern.*"

Eine Distanzierung trat jedoch nicht ein. So soll es sein.

AKW-Nein-Kommission

***



BAK schlägt internationale WAA-Aktion vor

Auf der letzten Sitzung der "Bürgeraktion Küste", ein Zusammenschluß norddeutscher Bürgerinitiativen, wurde folgender Beschluß anläßlich der zu erwartenden Probebohrungen in Lüchow-Dannenberg gefaßt:

"Eine Woche nach Beginn der Probebohrungen finden an insgesamt 5 Standorten (Brokdorf, Grohnde, Lüchow-Dannenberg, Biblis und Kalkar) dezentrale Aktionen statt. Während dieser Demonstrationen soll der Termin einer internationalen Großaktion gegen den Bau der WAA bekanntgegeben werden. Auf diese Weise können die dezentralen Aktionen an den 5 genannten Standorten erste Schritte in Richtung einer Mobilisierung für eine internationale Großaktion sein. Der BBU wurde aufgefordert, diesen Beschluß zu übernehmen."



DWK-Büro: „Atomares Sperrgebiet"



Kurzmeldungen Kurzmeldungen Kurzmeldungen Kurzmeldungen

Neckarwestheim: Ein Defekt nach dem anderen

Durch einen Defekt in der Elektronik waren die AKW-Betreiber gezwungen, „nicht-radioaktiven Dampf" über die Sicherheitsventile abzulassen. Für die Anwohner war dies mit einer Lärmbelästigung verbunden.

Schon 48 Stunden später mußte die Produktion im AKW durch eine automatische Abschaltung eingestellt werden. Im konventionellen Kraftwerksteil fiel eine Speisepumpe aus. Dabei wurde erneut angeblich "nicht-radioaktiver Dampf" abgelassen.

Zum Katastrophenplan für das AKW hat der BBU aus einem Schreiben des Regierungspräsidenten erfahren, daß Stuttgart aus der Katastrophenplanung ausgeklammert ist. Der BBU hat dies als vollkommen unzureichend bezeichnet. Er fordert die Veröffentlichung des Katastrophenplanes und die Einbeziehung von Stuttgart in Katastrophenvorbereitungen.

Anti-AKW-Kommission

Atomunfall in Algerien: 23 Verletzte!

Ein Defekt eines radioaktiven Gerätes, das zur Überprüfung von Schweißnähten bei Öl-Pipelines eingesetzt worden war, verseuchte 23 (!) Algerier. Davon wurden 3 Kinder so schwer verletzt, daß sie in die Spezialklinik nach Paris eingeflogen werden mußten.

Hier waren schon einmal 5 radioaktiv verseuchte Jugoslawen (nach einem Unfall im AKW Vinca, 1958) durch eine Knochenmarktransplantation (erstmals in der Geschichte der Medizin) vor dem sicheren Tod gerettet werden; für einen der radioaktiv verseuchten Techniker jedoch kam jede Hilfe zu spät. Bei den damals eingelieferten Patienten stellten sich folgende Symptome ein:

" ... *nach einer Stunde traten Übelkeit, Erbrechen und Kopfschmerzen auf. Nach 1 – 2 Tagen ließen die Beschwerden nach. 2 Wochen später begannen die Haare auszugehen. In der vierten Woche verschlechterte sich der Zustand der Patienten plötzlich und wurde bedrohlich (Fieber, Geschwüre der Mundschleimhaut, Leibschmerzen)...*" – Zellschädigungen im blutbildenden System waren eingetreten (Walter L.H. Moll, Taschenbuch für Umweltschutz I: Chemische und technologische Informationen, S.148).

Mindestens 20 weitere Algerier liegen nun mit Strahlenschäden hohen Grades in der Hauptstadt Algier im Krankenhaus (FAZ, 19.6.)

AKW-Nein-Kommission

Neupotz (Südpfalz): Noch ein AKW-Betreiber als "AKW-Gegner"

Nach Börner stellt nun noch ein SPD-Mitglied den Ausbau von AKW's in Frage. Diesmal in Rheinland-Pfalz. Der pfälzische SPD-Bezirksvorsitzende, Oberbürgermeister von Ludwigshafen und Verwaltungsvorsitzende der Pfalzwerke (die zusammen mit der RWE das AKW Neupotz betreiben wollen), Herr Ludwig, kommt zu der Schlußfolgerung, daß nach der Bevorzugung der Kohle als nationalem Energieträger und einer "geringeren Stromzuwachsrate" erst endgültig entschieden werden müsse, ob das AKW Neupotz überhaupt notwendig sei. Vor kurzer Zeit hatte eben dieser Herr Ludwig noch ausdrücklich die Notwendigkeit des AKW's betont.

Die in der Zwischenzeit in Fragen des Umweltschutzes sehr empfindliche FDP stellte denn auch sofort eine Anfrage an die Landesregierung. Dabei kam heraus: Die Verschiebung der Inbetriebnahme des Neubaus Neupotz sei nur auf eine längere Dauer des Genehmigungsverfahrens zurückzuführen.

Der Vorstand der Pfalzwerke lehnt auch die Alternative Kohle ab und forderte die Landesregierung auf, das Genehmigungsverfahren so schnell wie möglich zu beschleunigen, weil sonst der Liefervertrag für den Reaktor in Gefahr gerate.

Die bürgerlichen Politiker sind auf der einen Seite aktiv als AKW-Betreiber tätig und strampeln sich gleichzeitig – nach den Erfolgen der Bunten und Grünen Listen – ab, sich als die "eigentlichen" Umweltschützer zu verkaufen. Das wird auch im rheinland-pfälzischen Wahlkampf 1979 noch für einige Heiterkeit sorgen.

Anti-AKW-Kommission

Ständige Chlorgas-Unfälle im Bayer-Werk Brunsbüttel

Die Serie von Unfällen bei Bayer in Brunsbüttel reißt nicht ab.

– Im letzten Sommer war es bei einem Rohrbruch zu zwei Schwerverletzten und einem Toten gekommen.
– Am 18. Februar 1978 war im Elektrolysebereich des Werkes fünf Minuten lang Chlorgas ausgeströmt. Durch Nord-West-Wind wurde die Wolke zum anderthalb Kilometer entfernten AKW Brunsbüttel getrieben, wo das Giftgas über die Klimaanlage in die Kraftwerkswarte gelangte.
Kein Grund zur Panik für den HEW-Sprecher Krull. Obwohl die dort beschäftigten Arbeiter Hustenreize und ein Kratzen im Hals verspürten, wurde eine Untersuchung nicht angeordnet.
Der Vorfall war nach mißglückten Vertuschungsversuchen erst am 23. 3. in der „Norddeutschen Rundschau - Itzehoe" zu lesen. Selbst das dortige Gewerbeaufsichtsamt war nicht einmal informiert worden!
– Am 14. April dieses Jahres strömte erneut Chlorgas aus und verletzte die Techniker in den Arbeitsräumen.
– Vor drei Wochen ereignete sich jetzt der nächste größere Unfall: Ein unter Überdruck stehender Tanklagerdeckel ging hoch. Das freigesetzte Phosgen und Chlorwasserstoff verletzte zwei Mitarbeiter so schwer, daß sie zur Untersuchung ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten (Stern, 29.6.78).

AKW-Nein-Kommission

Seveso nach 2 Jahren: Spätfolgen immer noch nicht abzusehen!

Als am 10.6.76 eine Verpuffung im norditalienischen Chemiewerk Icmesa eintrat, ahnte noch niemand, welch verheerende Folgen das Unglück haben könnte (siehe AK 86, 96, 100, 107 und 109). Zuerst ließen Kaninchen die Ohren hängen und verendeten. Dann stürzten tote Vögel vom Himmel, Katzen krepierten und in die Pflanzenblätter fraßen sich Löcher. Dann kamen die ersten Kinder mit Hautausschlag heim. Der chemische Krieg in Oberitalien war perfekt.

Welche Schäden heute noch zu erwarten sind, erklärte kürzlich in London der vietnamesische Arzt Ton Than Tung (das gleiche Giftgas, das in Seveso austrat, wurde von den USA im Krieg gegen das vietnamesische Volk eingesetzt):

Geburtsmißbildungen, Fehlgeburten, Leberkrebs und Vergreisungserscheinungen bei Kindern sind nur einige der Spätfolgen, die heute noch in Vietnam festgestellt werden, obwohl die Sprühaktionen der Amerikaner seit 1970 auf den Druck der Weltöffentlichkeit eingestellt worden sind („FR", 10.6.78)

Selbst ehemalige US-Soldaten, die sich vor dem Einsatz des Giftes schützten, wurden von Hautausschlägen befallen, leideten an sexueller Triebschwäche und zeigten Taubheitserscheinungen in Fingern und Zehen sowie Leberkrebserkrankungen. Auch ist eine nocht nicht statistisch erfaßte Zahl von mißgebildeten Kindern von Vietnam-Heimkehrern zu verzeichnen. Trotz aller dieser in Italien noch zu erwartenden Schäden werden die Betreiber nicht müde, die Giftgas-Katastrophe herunter zu spielen.

Während in den Zonen B und C des verseuchten Gebiets die Produktion wieder aufgenommen worden ist, weiß bis heute niemand, was mit der Zone A geschehen soll. Selbst Fachleute wagen keine Prognose, ob nach einer Bepflanzung des verseuchten Gebietes die Früchte jemals genießbar sein werden.

Trotzdem kehrten bis auf drei Familien alle in das betroffene Gebiet zurück.

Auch von rascher und unbürokratischer Hilfe durch den Hoffmann-La Roche-Konzern ist keine Rede mehr. So berichtete die „FR" vom 14.6., daß die Entschädigung der Seveso-Opfer zehn bis fünfzehn Jahre dauern kann.

Und der Vize-Präsident Adolf Jann erklärte gar:

„*Wir wollen, daß das Geld in die Hände der Geschädigten gelangt, und wo wir hinzahlen, ist unsere Angelegenheit.*" (ebenda)

Und weiter erklärten die Direktoren des Konzerns, daß es „... *in Seveso keine Toten, keine Dauergeschädigten und keine Schwangerschaftsfolgen ...*" gab. Gegenwärtig würden sich nur drei Kinder in Behandlung befinden. Kein Wunder, daß die Wohnung des Vize-Direktors Rupp wieder einmal Ziel eines Bombenattentats eines Kommandos „10. Juni" wurde.

AKW-NEIN-Kommission

Hamburger Hafen: Chlorgas verätzt 34 Kollegen



Nach dem Giftgasunfall: Feuerwehrmänner reinigen das verseuchte Kaigelände

Am 1. Juli ereignete sich im Hamburger Hafen ein schweres Chlorgas-Unglück, als eine von 48 als leer deklarierten Gasflaschen beim Entladen auf den Kai fiel und leck schlug.

34 Hafenkollegen wurden mit teilweise sehr schweren Verätzungen in Krankenhäuser eingeliefert. In dem 1000 Liter Faß befand sich noch ein Restbestand des komprimierten Gases.

Politiker wie z.B. Bürgermeister Klose, bürgerliche Zeitungen und auch Sicherheitsbeamte befleißigten sich sofort, die Schwere des Unfalls in der Öffentlichkeit herunterzuspielen und die ansonsten angeblich so große Sicherheit des Hamburger Hafens hervorzuheben.

Durch falsche Deklarierungen wie in diesem Fall sind die Hafenarbeiter überall am meisten gefährdet, aber von Behördenseite ist am wenigsten Hilfe zu erwarten, denn mit den Hafenkapitalisten und der Verladerschaft wird gemeinsame Sache gemacht.

Ein Hafengenosse

Kohleindustrie: Bestechung gehört zum täglichen Geschäft

„Heiterkeit" unter den Bundestagsabgeordneten löste es aus, als der Vorsitzende der Ruhrkohle AG im Wirtschaftsausschuß (am 19.10.77) erklärte, daß Bestechung bei der Errichtung von Kohleanlagen zum Geschäft gehört und nicht nur in Bergkamen vorgekommen ist. In einer wilden Pressekampagne war seinerzeit die BI-Bergkamen zum schmutzigen Prügelknaben gemacht worden.

Die Herren Politiker und Kapitalisten lachten sich ins Fäustchen.

Wir drucken hier die entsprechenden Wortauszüge aus dem internen Ausschuß-Protokoll ab, wobei man getrost davon ausgehen kann, daß noch mehr Fälle benannt wurden und dies Protokoll eher noch „geschönt" sein dürfte. Vorweg führt Dr. Ing. Dr. Bund von der Ruhrkohle AG („als Sachverständiger" wie es im Protokoll heißt) aus, daß die 20.000 Megawatt Kohlekraftwerke, die geplant sind, *„ganz eindeutig ... nur an der TA-Luft scheitern würden – bis zum Jahre 1985 oder 1988 ... Sie scheitern an einer nicht ausreichenden Gesetzgebung ... Es liegt ausschließlich an den Luftreinhaltungsvorschriften"*. Danach führt Bund aus, wie man doch trotzdem die Luft entsprechend „ungesetzlich" verpesten kann: **„Was die beiden Blöcke in Bergkamen angeht, so haben wir das Problem dort – wenn ich das einmal sagen darf – halb marktwirtschaftlich versucht zu regeln, weil sonst überhaupt nichts weitergekommen wäre. (Heiterkeit)**

Vorsitzender Dr. Barzel: Wir verzichten darauf, nach der Definition dieses Begriffes zu fragen. (Erneute Heiterkeit)

Dr. Ing. Dr. Bund: Wir sind immer gehalten gewesen, uns auch in solchen marktwirtschaftlichen Kategorien zu bewegen. Ich bin eigentlich sehr froh darüber, meine Herren, daß wir das gemacht haben; das will ich ganz offen sagen. Denn was wäre denn sonst? Dann würde dort heute auch nicht gebaut werden! Und das aus Gründen, die wir, wie wir heute gesehen haben, alle gar nicht ernstnehmen dürfen. (Er meint Umweltschutzauflagen! Anmerk. Red.)

Diese beiden Blöcke werden also gebaut. Es sind die einzigen, die gebaut werden können, einfach nur deswegen, weil wir es so gemacht haben, wie ich es ihnen geschildert habe ... Es gab eine unglückliche Darstellung der Entwicklung; denn solche Ausgleiche von Beschwerden sind immer wieder vorgekommen. Bei der Floatgasanlage war das ganz genauso. Da haben in Gelsenkirchen von 43 Leuten 42 zugestimmt, indem sie ihre Einsprüche gegen Vergütung zurücknahmen. Einer hat das nicht getan; deswegen wurde die Anlage dann anderswo – zehn Kilometer entfernt – gebaut. Das ist also nichts Neues. Ich möchte das doch einmal in dieser Form, Herr Vorsitzender, relativieren dürfen." (Protokoll der 18. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, 19.10.77, 18/16-17).

Man fühlte sich offenbar derart unter sich, daß Begriffe wie „Bestechung" gar nicht erst definiert werden mußten, und die allgemeine Heiterkeit im Saal läßt vermuten, daß ein Großteil der Anwesenden sich an ähnliche Praktiken erinnert fühlte.

Bisher wurden solche Bestechungen immer peinlich geheimgehalten. Nur beim Kohlekraftwerk Voerde konnte bisher eine entsprechende Bestechungstaktik nachgewiesen werden. Für den Prozeß gegen die BI-Bergkamen sind aber noch weitere Fälle angekündigt worden und man darf darauf gespannt sein, ob dort vor Gericht auch so ein offenes Wort geredet wird. Bezeichnenderweise hat die Staatsanwaltschaft auch keinerlei Eile, diesen Prozeß stattfinden zu lassen.

AKW-Nein-Kommission

Musterprozeß gegen Strompreisboykott?



Eröffnungs-Aktion am 1.10.77 zum Stromzahlboykott vor dem HEW-Zentrum

Eröffnungs-Aktion am 1.10.77 zum Stromzahlboykott vor dem HEW-Zentrum

Seit dem 1. Oktober 1977 läuft in Hamburg mit derzeit 320 Haushalten der Stromzahlungsboykott. In weiteren Städten wie Frankfurt, Oldenburg und Göttingen sind inzwischen ähnliche Aktionen im Gange. In Freiburg und Westberlin sollen Aktionen folgen.

In der Grundsatzerklärung der „Hamburger Initaitive kirchlicher Mitarbeiter" und der „Gewaltfreien Aktion" vom 19.2.78 hieß es dazu:

„Die HEW/NWK sagen zu Unrecht auf den Schildern am Bauzaun, daß dort „Unser Kraftwerk Brokdorf" entstünde. Es ist nicht unser Kraftwerk, und dafür, daß dort mit Hilfe unseres Geldes ein AKW entstehen soll, hat die HEW/NWK nicht unser Einverständnis. Die Mitfinanzierung dieses Baues ist uns aufgezwungen. Die HEW/NWK hat die Geschäftsgrundlage verlassen, wenn sie Strom liefert, dessen Herkunft von uns nicht verantwortet werden kann."

Und weiter heißt es zum Zahlungsboykott: „ *..Diese symbolische Summe (10 % gehen auf ein Sperrkonto) halten wir zurück, bis*
- *die HEW ihre Werbung für erhöhten Energieverbrauch einstellt,*
- *die HEW aufhört, mit unserem Geld AKW's zu finanzieren,*
- *die HEW sicherstellt, daß sie uns Strom liefert, dessen Herstellung vor unserem Gewissen verantwortet werden kann"* und rufen zum *„zivilen Ungehorsam"* auf.

Dieser Boykottaufruf ist ähnlichen Aktionen in westeuropäischen Ländern nachempfunden, wo diese teilweise eine enorme Breite erreichten. In der BRD, wo der „zivile Ungehorsam" insgesamt wenig entwickelt ist, erreichte der Boykottaufruf, obwohl in der Zeit nach den ersten Brokdorf Aktionen öffentlich bekanntgemacht, nicht einmal die anfangs angekündigten 1000 Teilnehmer.

HEW will Musterprozeß

Die HEW drohte dann im März ganz frech einem beteiligten Friseurmeister an, sie werde ihm den Strom abdrehen, wenn er nicht zahlen würde. Offensichtlich erhoffte sie sich mit dieser Drohung einen „leichten" Einbruch in die Front der Boykottler. Mithilfe der Rechtsanwälte der Boykottinitiative versuchte der Friseur eine einstweilige Verfügung zu erwirken, um keinen finanziellen Schaden zu erleiden.

Die HEW verzichtete daraufhin auf das Abdrehen des Stroms, weil sie den Streit in einem ordentlichen Verfahren geklärt haben wollte.

Die HEW fordert in ihrem Schreiben an das Gericht, daß keineswegs Gewissensentscheidungen einzelner grundsätzlich privatrechtlichen Verpflichtungen (hier die Stromzahlungen) vorangestellt werden dürften.

Das Gericht brummte dann dem Friseurmeister die Verfahrenskosten auf, weil er *„aller Voraussicht nach unterlegen wäre"*. Dabei machte das Gericht Ausführungen, die deutlich machen, daß die Gerichte offensichtlich gern gewillt sind, den Boykott gerichtlich abzubürsten. Zwar sei die HEW ih ihren privatrechtlichen Beziehungen auch an die Grundrechte gebunden, aber man könne die Gewissensfreiheit nicht zu einen *„Supergrundrecht"* machen. Wenn *„jeder berechtigt wäre, das zu tun, was er für richtig hält, dann würde dies ein durch überindividuelle Normen geordnetes Zusammenleben unmöglich*

berechtigt wäre, das zu tun, was er für richtig hält, dann würde dies ein durch überindividuelle Normen geordnetes Zusammenleben unmöglich

machen und auf Anarchie hinauslaufen." Der Staat gebe *„zwar selbst Außenseitern die ungestörte Entfaltung ihrer Persönlichkeit"* solange daraus nicht *„fühlbare Beeinträchtigungen für das Gemeinwesen oder die Grundrechte anderer erwachsen."* Zu gut deutsch: Strom aus AKWs ist ein Grundrecht für andere, ohne ihn würde unser Gemeinwesen fühlbar beeinträchtigt. Warum? Weil die BRD-Regierungen es so beschlossen haben und die Gerichte es genehmigt haben. Atomstrom – so das Gericht – sei *„einer weit verbreiteten Meinung nach unter Berücksichtigung der Rohstoffverknappung und der Gefahr einer zunehmenden Abhängigkeit von erdölexportierenden Ländern zur Sicherung einer kontinuierlichen Stromversorgung ... erforderlich".*

Zwar sprächen *„nicht unerhebliche Sicherheitsbedenken"* gegen AKWs, aber dafür müsse man die Gerichte anrufen und nicht durch Stromboykotte diese umgehen. Die Gerichte freilich haben die AKWs genehmigt.

Adresse der Strompreisboykott-initiative:
Wolfgang Hertle
Großer Schippsee 28
21 Hamburg 90

GROHNDE-PROZESSE (2)

GROHNDE-PROZESSE (2)

WIE UNRECHT ZU RECHT WIRD...

EINE DARSTELLUNG DER ERSTEN WELLE DER GROHNDE-PROZESSE ··· HERAUSGEGEBEN VOM ERMITTLUNGSAUSSCHUSS HANNOVER · 4.7.1978 · 2 MARK

„Nach Ablauf von 90 Verhandlungstagen in den Grohnde-Prozessen vor dem Landgericht Hannover, und nach 6 (von insgesamt 11) Urteilssprüchen legt der Ermittlungsausschuß Hannover eine ausführliche Darstellung und Auswertung dieser ersten „Prozeßwelle" vor.

Sie ist erschienen unter dem Titel „GROHNDE-PROZESSE (2) – WIE UNRECHT ZU RECHT WIRD", hat einen Umfang von 68 Seiten DIN A 4 und kostet 2 Mark.

Zu bestellen bei: Goetz Buchholz, Boedekerstraße 75, 3 Hannover 1 (Bitte Vorauskasse mit Porto auf das Konto 26780 127 bei der Stadtsparkasse Hannover – wer's noch nicht weiß: auf dieses Konto kann man auch Spenden für die Grohnde-Angeklagten überweisen!)"

Rheinfische verseucht!

Erst kürzlich hatte die BRD-Presse eine großartige Werbekampagne für den funktionierenden Umweltschutz in der BRD am Rhein gestartet.

Der Rhein, dem jahrelang sogar die bürgerliche Presse schon den biologischen Tod , das Umkippen durch Industrieverschmutzung prophezeien mußte, obwohl immer noch Millionen Menschen ihr Trinkwasser aus dem Rhein beziehen müssen, ist angeblich viel „sauberer" geworden: Dank der „großartigen" Umweltschutzauflagen, die die Industrie unter großen Opfern zu Kläranlagen verpflichtet hätte.

Angesichts des relativ kühlen Sommers war die Presse entsprechend mutig geworden (je heißer der Sommer, desto größer das Fischsterben im Rhein und die Gefahr des „Umkippens"). Kürzlich konnte dann die Presse sogar vermelden, daß auch die Lachse die zunehmende Säuberung des Rheins bemerkt hätten: sie waren plötzlich wieder aufgetaucht. Im Fernsehen konnte man Rheinbilder bewundern, wo die Angler scharenweise an dieser erfreulichen Entwicklung Anteil nahmen. Kommentare wußten zu erklären, daß die Angler die besten Kontrolleure für den Umweltschutz am Rhein seien. Dummerweise konnten es sich einige Berichte schon nicht verkneifen, auch zu zeigen, wie der Fischbestand des Rheins immer wieder dadurch „aufgefrischt" wird, daß Fische im Rhein ausgesetzt werden.

Trotz allem hatte die Werbekampagne allzu großen Erfolg. Offensichtlich haben die Angler – welch schlechter Sportsgeist – sich dort nicht nur als Umweltschutzkontrolleure betätigt, sondern auch versucht, die Fische zu essen. Deshalb haben jetzt Wissenschaftler eine öffentliche Warnung nachschieben müssen.

Sie warnten *„vor häufigem Genuß von Fischen aus Rhein und Ill."* 39% der Fische (offensichtlich die, die sich länger halten) würden Blei-Quecksilber- und Cadmium-Gehalte aufweisen, *„die über den nichtschädlichen Mindestmengen liegen ... Im menschlichen Körper hätten diese Stoffe die Eigenschaft, sich zu sammeln"*, und dann Gesundheitsschäden hervorzurufen.

Die Angler sollen also nur zum Spaß und zur Kontrolle angeln, denn sonst müßte bald die Meldung folgen: 39% der Angler am Rhein verseucht!

AKW-Nein-Kommission

Betrieb und Gewerkschaft





Metall

Ausschlußpraxis der Gewerkschaftsführer vor Gericht bestätigt

Ende April wurde vom Frankfurter Landgericht die Klage des BR– Vorsitzenden bei Reynolds Günter W. gegen seinen Ausschluß aus der IG–Metall abgewiesen. Das Gericht vertrat die Auffassung, daß der Ausschluß seine Grundlage in der Satzung fand, keine Verfahrensfehler vorliegen und der Ausschluß auch nicht als grob unbillig anzusehen sei. Ein ausgesprochen übles Urteil, vor allem deshalb, weil das Gericht – **ohne Prüfung der konkreten Vorwürfe und des Hintergrunds** – den Gewerkschaftsführern grundsätzlich das Recht zuerkannte, Mitglieder ausschließen zu können.

Dabei schienen die Chancen für eine erfolgreiche Klage des Kollegen W. gar nicht so schlecht, denn der Anlaß für den Ausschluß war allzu lächerlich. Im Laufe des Verfahrens war nur noch ein mickriges Argument der Ankläger übrig geblieben. Es handelt sich dabei um einen Satz aus der Eröffnungsrede Günter W.s Es handelt sich dabei um einen Satz aus der Eröffnungsrede Günter W.s anläßlich einer Großveranstaltung, zu der Ende 1975 fortschrittliche Betriebsräte und Gewerkschafter aufgerufen hatten. Der Reynolds – BR-Vorsitzende hatte seinerseits der massiven Hetzkampagne der Hamburger Presse gegen die Veranstaltung ("kommunistisch gesteuert") gekontert:*"Daß wir sehr wohl den Unterschied zu würdigen wissen, zwischen der SPD–Führung–wozu die DGB–Führer ausnahmslos gehören– und den Kommunisten besteht: Die einen sind maßgeblich mitverantwortlich für die Durchsetzung der kapitalistischen Krisenpolitik. Die anderen kämpfen dagegen."* Aus dieser völlig berechtigten und jederzeit nachweisbaren Feststellung einen Ausschlußgrund zu konstruieren, dazu gehört schon eine Menge Willkür und Unverfrorenheit. Aus gutem Grund hatten die IG-Metall-Führer auch einige Zeit gebraucht, um die "Schädlichkeit" dieser Feststellung festzustellen. Eingeleitet wurde ein Verfahren wegen Unterstützung einer "gewerkschaftsfeindlichen Organisation" (gemeint ist der KB). Aufgrund einer akuten Beweisnot wurde die Anklage in "gewerkschaftsschädigendes Verhalten" umgewandelt. Vorsorglich wurde noch ein zusätzlicher Ausschlußgrund herbeigezaubert. Die erste Verhandlung vor dem Hamburger IGM–Untersuchungsausschuß fiel aus, weil der Kollege W. eine Reihe von Reynolds–Kollegen mit ins Gewerkschaftshaus gebracht hatte, um Öffentlichkeit herzustellen. Laut Klageerwiderung der IGM vom 30.1.78 *"stellt allein dies Verhalten einen so schweren Verstoß gegen die Satzungsbestimmungen dar, daß ein Ausschluß gerechtfertigt wäre."* *gegen die Satzungsbestimmungen dar, daß ein Ausschluß gerechtfertigt wäre."*

Aber die Herren Richter haben sich weder um die erbärmlichen Ausschlußgründe noch um den Hintergrund gekümmert. Es ist doch absurd jemand "gewerkschaftschädigendes Verhalten" vorzuwerfen, dessen Betriebsratsarbeit gleichzeitig von maßgeblichen Funktionären der Hamburger IGM–Verwaltungsstelle in der Öffentlichkeit äußerst positiv und lobend dargestellt wird und der im Betrieb hohes Ansehen und Vertrauen genießt, was bei der diesjährigen BR-Wahl mit einem abermaligen eindeutigen Votum für den Kollegen W. ausdrücklich bestätigt wurde.

Dagegen begnügten sich die Richter mit allgemeinsten Ausführungen über die Grundrechte. Für sie findet das Recht der freien Meinungsäußerung dort seine Grenzen, wo es Rechte anderer tangiert. Womit den Gewerkschaftsführern bescheinigt wird, daß sie allein den Rahmen bestimmen, innerhalb welchem die Mitglieder Kritik üben dürfen. Angesichts der ausgeprägten Empfindlichkeit der DGB–Führer in bezug auf öffentliche Kritik, ist diese Möglichkeit faktisch nicht vorhanden. Ein Maulkorb für Gewerkschaftsmitglieder, was öffentliche Kritik an Zuständen in ihrer Organisation anbetrifft. Außerdem wird den DGB–Führern ausdrücklich und recht pauschal das Recht zugestanden, Mitglieder auszuschließen. *"Die Beurteilung, ob das Verhalten des Klägers unter den Begriff des gewerkschaftsschädigenden Verhaltens zu subsumieren ist, obliegt dann aufgrund der Vereinsautonomie allein der Beklagten"*, (aus der Urteilsbegründung).

Das Urteil bedeutet einen Freifahrtschein für die DGB–Führer

Das Urteil bedeutet einen Freifahrtschein für die DGB–Führer kritische Kollegen rauszuschmeißen, vorausgesetzt sie halten sich an ihre Satzung, was bei dem bekannt undemokratischen Aufbau kaum Probleme mit sich bringt. Der schon jetzt herrschenden Vorstandswillkür öffnet das Urteil Tür und Tor! Gefahr droht der Ausschlußwillkür nur, wenn in den Betrieben und gewerkschaftlichen Basisgremien der Kampf (und zwar auf breiter Front) hiergegen aufgenommen wird. Darüberhinaus ist eine enge Zusammenarbeit aller fortschrittlicher und oppositionellen Gewerkschafter und Betriebsräte unbedingt angebracht.

Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

Betriebszelle Reynolds/HAW

Gewerkschaftsausschlüsse gegen Betriebsräte eingeleitet

Gegen die Betriebsräte der oppositionellen Liste bei Siemens in München hat der IGM-Vertrauenskörper ein Ausschlußverfahren nach § 11 der Satzung („gewerkschaftsschädigendes Verhalten") eingeleitet. Als Grund hierfür wird die Kandidatur auf einer eigenen Liste angegeben.

Die oppositionellen Kollegen der Liste „Alternative – mit UNS – für UNS" hatten eine eigene Liste aufgestellt, nachdem die Möglichkeit einer Persönlichkeitswahl durch das Aufstellen einer unternehmerfreundlichen Liste WUM entfallen war. Auf der IGM-Liste waren die fortschrittlichen Kollegen, als linke Gewerkschafter bekannt, auf aussichtslosen Listenplätzen placiert. Bei den Wahlen erhielten sie 34,1%, die IGM 49,5% und die WUM 16,4%.

Während die rechten Gewerkschaftsführer im Betrieb sich für den Erfolg der Linken mit dem Ausschlußverfahren rächten und bei der Besetzung der freigestellten Betriebsräte allein 4 IGM-Kandidaten berücksichtigten, in den Ausschüssen erhielten die Linken sogar nur 3 von 26 Ausschußplätzen, hatte noch zwei Tage zuvor der 1. Bevollmächtigte der IGM München dem Betriebsrat der „Alternative", German Schmid, einen freundlichen Glückwunsch-Brief für die Wahl geschrieben und ein Angebot für die Zusammenarbeit gemacht.

Näheres und Solidaritätsadressen über:
German Schmid
Grillparzerstr. 9
8000 München 80
Solidaritätsadressen auch an:
IG Metall
Schwanthalerstr. 64
8000 München 2

Neuwahl bei Hoesch-Union, Dortmund

Bei den Neuwahlen im Hoesch-Werk-Union erhielt die Liste der„RGO" diesmal 523 Stimmen, 15,4% (vorher: 1146 Stimmen, 34%) und 3 Sitze (vorher 7). Die Neuwahlen waren durch den Rücktritt der IGM-Betriebsräte notwendig geworden. Dadurch hatte die IGM gehofft, die schwere Schlappe gegen die erstmals kandidierende „RGO" der ersten Wahlen rückgängig zu machen, was ihr eben nur zumTeil gelungen ist.

Beim ersten Wahlverfahren hatte die IGM-Führung ihr übliches undemokratisches Aufstellungsverfahren für die Kandidaten praktiziert: 22 Kandidaten wurden gesetzt, den Rest bestimmten die Vertrauensleute. Die Kollegen, nicht gefragt, reagierten indem sie der IGM-Liste eine schwere Schlappe bereiteten. Bei den Neuwahlen wurden die IGM-Kandidaten diesmal vorsorglich in Abteilungsversammlungen gewählt. Zusätzlich hatten die IGM-Führer versucht sich abzusichern, indem sie hofften durch Wahlbehinderung und Hetze eine erneute „RGO"-Liste zu verhindern. Der „RGO" fiel ein Schreiben der CDA (CDU-Arbeitnehmer) in die Hand. In diesem Schreiben beschweren sich die CDA, die mit dem Gedanken gespielt hatten eine eigene Liste aufzustellen, daß die IGM-Führung sie durch das Versprechen, eine „RGO"-Liste käme diesmal nicht zustande, es würde Persönlichkeitswahlen geben, getäuscht habe. Dabei enthüllt dieses CDA-Schreiben unfreiwillig, daß es zu diesem Thema Absprachen zwischen IGM, dem alten Betriebsrat der Union und dem Wahlvorstand gegeben habe. Und das, obwohl der Wahlvorstand laut Betriebsverfassungsgesetz zu strikter Neutralität verpflichtet ist!

Den Wahlkampfstil der IGM-Führer charakterisiert wohl deutlich folgende Flugblattpassage: *„Die RGO-KPD/ML verspricht, was sie nicht halten kann: Nur starke Gewerkschaften sind stark bei Verhandlungen...Was sie halten wird: Revolution = bewaffneter Aufstand – Krieg – Tod und Blut – Unterdrükkung"* (aus: „Roter Morgen", 30.6. 78).

Doch auch 15,4 % für eine „RGO"-Liste mit kaum vorhandener Verankerung im Betrieb sind deutlicher Ausdruck für die Unzufriedenheit der Kollegen mit der IGM-Politik.

Kämpfe gegen

Kämpfe gegen Betriebsschließungen

Unvermindert rollt die Welle der Entlassungen und Betriebsschließungen. Gerade die Großkonzerne der Metall-Industrie, die nicht eben von Armut geplagt sind, kennen in ihrer Rationalisierungs- und „Sanierungs-" wut keine Grenzen. Doch in vielen Betrieben nehmen die Belegschaften auch den Widerstand gegen ihre Existenzvernichtung auf.

Braunschweig: Mehr als 200 Arbeiter und Angestellte des Braunschweiger Olympia-Werkes demonstrierten am 28. Juni vor dem niedersächsischen Landtag, der gerade zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat. Trotz der von der Geschäftsleitung angedrohten fristlosen Entlassungen hatten die Kollegen sich nicht von dieser Protestmaßnahme abhalten lassen. Auf Transparenten forderten sie: *„Keine Rationalisierung auf Kosten von Arbeits- und Ausbildungsplätzen".*

Ausgelöst wurden die Proteste durch die Ankündigung der Geschäftsleitung von Olympia - einer AEG-Tochter-Gesellschaft - , daß das Werk zum 31. März kommenden Jahres geschlossen und die gesamte, 1200 Kollegen starke Belegschaft entlassen werden soll. Angeblich sei die Produktion von Elektronenrechnern, die bisher im Werk gefertigt wurden, zu teuer geworden. Stattdessen sollen in Zukunft jährlich ca. 500.000 Rechner aus japanischer Produktion gekauft und vertrieben werden. Bereits Anfang dieses Jahres waren 200 Kollegen entlassen worden, weitere 575 erhielten jetzt „vorsorgliche" Kündigungen. An den Vorgängen bei Olympia, so erklärte der Betriebsratsvorsitzende Heidenfelder auf der Kundgebung in Hannover, werde deutlich, wer das Unternehmerrisiko wirklich trage: die Arbeiter und Angestellten.

Die Region Braunschweig ist seit 1971 einem ständigen Austrocknungsprozeß unterworfen. Der schwere Schlag gegen die Arbeitsplätze war 1971 die Stillegung des Kamera-Werkes Voigtländer. 1200 Arbeitsplätze wurden vernichtet. Rollei, ein weiterer Betrieb der Foto-Branche, verlagerte einen Teil seiner Produktion nach Südostasien, wodurch wieder mehr als 1200 Kollegen ihre Arbeit verloren. Es folgte die Stillegung der Hinz-Motorenwerke mit 500 Beschäftigten. 300 Entlassungen durch die Schließung der Büssing Fahrzeugwerke, weitere 400 bei der Aufgabe der Firma Wunderlich (Metallverarbeitung); **insgesamt sind hier seit 1971 allein in der Metall-Industrie 20.000 Arbeitsplätze vernichtet worden, und in anderen Branchen sieht es ähnlich aus.**

Offenbar aus Furcht vor einer Ausweitung der Kampfmaßnahmen der Belegschaft ließ der Vorstand von Olympia nach der Demonstration in Hannover erklären, daß die Demo-Teilnehmer nicht fristlos entlassen werden und daß keine Repressalien ergriffen würden. Es sollte lediglich „Gespräche mit den Leuten geben" (FR, 29.6.). Hier sollen offenbar die aktivsten Teile der Belegschaft einzeln eingeschüchtert werden, bei Vermeidung von Anlässen für weitere Solidarisierungen. Wir werden sehen, ob die Rechnung des AEG-Konzerns aufgeht.

***

Rastatt: Einen weiteren Schwerpunkt im Kampf gegen die Politik der Massenentlassungen bilden die Auseinandersetzungen um das Rastatter Werk der Standard-Elektrik Lorenz (SEL), einem Tochter-Konzern des berüchtigten US-Multi ITT. Schon in AK 131 berichteten wir

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 20

über die machtvolle Demonstration vom 26. Mai, an der über 3000 Kollegen aus Rastatt sowie zahlreiche Delegationen aus anderen SEL-Betrieben aus dem ganzen Bundesgebiet und Westberlin teilnahmen. Inzwischen hat sich eine „Aktionsgemeinschaft gegen die Schließung des SEL-Werkes Rastatt" gebildet, der neben der IG Metall und dem DGB auch der Landrat, der Oberbürgermeister, mehrere Pfarrer und Parteienvertreter angehören. Inzwischen haben weitere Aktionen stattgefunden. Am 24. Juni fand eine Demonstration und Kundgebung statt, an der über 1000 Menschen teilnahmen. Und am 28. Juni nahmen ca. 100 Betriebsräte und Vertrauensleute des Stuttgarter SEL-Werkes gemeinsam mit Rastatter Kollegen die SEL-Aktionärsversammlung in der Stuttgarter Liederhalle zum Anlaß, eine Demonstration durchzuführen. Doch auch drinnen bekamen die Konzernherren Druck, wenn der Effekt auch mehr in einer gewissen Öffentlichkeitswirkung und nicht in den von den Aktionären gefaßten Beschlüssen zu sehen war: mehrere Belegschaftsaktionäre beantragten, dem SEL-Vorstand wegen seiner Rastatter Politik die Entlastung zu verweigern und einen Sonderprüfer zu bestellen, der die dortigen Vor-

den Betrieb praktisch „für'n Appel und'n Ei" überlassen. B&V war sowieso einer der Hauptkunden bei Noske.

Vor wenigen Monaten gab der B&V-Vorstand auf einer Betriebsversammlung bekannt, daß er nunmehr auch die Firma Anton Kaeser Klimatechnik übernommen habe, nicht ohne seinen Stolz zu verhehlen, damit „Arbeitsplätze gesichert" zu haben. Auch bei diesem Geschäft hatte der Senat sich mit Steuermitteln nicht lumpen lassen und hatte Kaeser, der eigentlich nach Kiel abwandern wollte, ein neues Betriebsgelände und weitere Finanzhilfen zu äußerst günstigen Konditionen überlassen. Die SPD versuchte, hieraus für ihren Bürgerschaftswahlkampf Kapital zu schlagen, unter dem Motto: „Arbeitsplätze für Hamburg erhalten". Dabei war nichts anderes geschehen, als daß B&V ein großzügiges Geschenk gemacht worden war. Schon damals konnte man sich an fünf Fingern ausrechnen, wohin der Karren läuft. Und nun ist es auch tatsächlich soweit: Noske soll bei Kaeser eingegliedert werden. Nach Angaben des IG-Metall-Bevollmächtigten W. Engelmann ist damit zu rechnen, daß zunächst die Hälfte der ca. 60 Werkstatt-Arbeitsplätze bei Noske der Rationalisierung zum Opfer fallen werden. Übrigens: Engelmann gehörte ebenso wie der Noske-Betriebsrat Mahlstedt zu den Grün-

SEL-Werk Rastatt muß bleibe

gänge und die Beziehungen zwischen SEL und dem Großaktionär ITT genauer prüfen sollte. Die Belegschaftsaktionäre warfen dem Vorstand Geschäftsschädigung vor, weil die Vorgänge um die Schließung das Ansehen von SEL in der Öffentlichkeit herabgesetzt hätten.

Die verschiedensten Aktivitäten sind von der IG-Metall angekündigt worden. So war für den 29. Juni eine Fahrt mit Bussen nach Mannheim zu der dort stattfindenden Aufsichtsratssitzung angesetzt. Das
eine Fahrt mit Bussen nach Mannheim zu der dort stattfindenden Aufsichtsratssitzung angesetzt. Das
neugewählte AR-Mitglied Gerd Kühl (IG-Metall) sprach auf einer Kundgebung davon, daß es auch in anderen SEL-Werken zu Solidaritätsaktionen und Kampfmaßnahmen kommen soll, wenn nur so die Schließung zu verhindern sei. Dabei seien spontane Arbeitsniederlegungen nicht auszuschließen. Als bei der Kundgebung vor der Aktionärsversammlung der SEL-Werkschutz aufmarschierte, erinnerte der IGM-Bezirksleiter Steinkühler daran, daß hier ein Multi-Konzern seine Privatpolizei gegen Arbeiter einsetze, der *„in Chile seine Hände beim Regierungssturz mit im Spiel"* hatte.

Der Gesamtbetriebsrat kündigte eine Klage wegen Verstoßes gegen das Betriebsverfassungsgesetz an, wenn die Firmenleitung sich weiter weigern sollte, eine Studie vorzulegen, auf deren Grundlage der Schließungsbeschluß gefaßt worden sein soll.

Letzte Meldung: Die „Süddeutsche Zeitung" vom 1.7. meldet, daß **eine grundsätzliche Einigung mit der Becker Autoradiowerk GmbH erzielt worden ist, wonach Becker das Werk übernimmt.** Jedoch sei *„die Übernahme der 900 Beschäftigten völlig offen"*. Der Kampf wird also noch weitergehen.

***

Hamburg: Wieder einmal ist ein Hamburger Betrieb ins Gerede gekommen, der noch vor wenigen Wochen im Bürgerschaftswahlkampf als Beispiel herhalten mußte, daß „SPD-Politik die Arbeitsplätze sichert". Auf einer Betriebsversammlung bei der Klimatechnik-Firma Noske in Hamburg-Altona kündigte Geschäftsführer Kurt Andreae an, daß angebliche *„Überkapazitäten"* nur durch Kurzarbeit und *„Freistellungen"* abgebaut werden könnten. Der Hintergrund ist aber ein völlig anderer: Die rennomierte Firma war, nachdem sie von den vorigen Besitzern völlig ausgepowert worden war, von der Großwerft Blohm & Voss (Hauptaktionäre: Thyssen und Siemens) übernommen worden. Zuvor noch hatte der Hamburger Senat aus Steuergeldern ausstehende Löhne und weitere Sanierungskosten finanziert und B&V damit einen gesun-

dungsmitgliedern der „Wählerinitiative Hamburger Metaller", die mit der Parole von den sicheren Arbeitsplätzen für die SPD auf Stimmenfang gegangen war. Inzwischen beeilte sich B&V-Sprecher Alexander, die Aussagen des Noske-Geschäftsführers zu entkräften: keiner werde entlassen, die Betroffenen sollen innerhalb des Konzerns „umgesetzt" werden. Doch auch bei B&V wird seit über einem Jahr kurzgearbeitet...

***

Jahr kurzgearbeitet...

***

Hamburg: Noch ein Hamburger Metallbetrieb hat Massenentlassungen angekündigt. Die Carl Spaeter GmbH will den Stahlbau stillegen und sich nur noch dem ???????? widmen. Davon wären 390 der 560 Beschäftigten betroffen. Bereits 1975 waren 360 Kollegen entlassen worden. Nach Angaben des Betriebsrats hat Spaeter noch Aufträge für die nächsten zwei Jahre, größtenteils langfristige Projekte im Brükkenbau. IG Metall und DAG haben bisher Verhandlungen über einen Sozialplan abgelehnt. Nach Meinung der IG Metall rühren die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei Spaeter daher, daß die Firma sich vor fünf Jahren einen neuen Betrieb hat bauen lassen, der für 1400 Arbeitsplätze ausgelegt und damit viel zu groß ist („Metall", 19.6.).

***

Regensburg: Nach Malaysia will Siemens seine Leuchtdiodenfertigung verlagern. 400 Arbeitsplätze sind damit aktuell gefährdet. Regensburg hat bereits jetzt eine Arbeitslosenquote von sieben Prozent.

Als sich Siemens in den 50er Jahren ansiedelte, entlockte der Konzern der Stadt die Übernahme der Erschließungskosten und weiterer Strukturförderungsmaßnahmen aus Steuermitteln mit dem Versprechen, 10.000 Arbeitsplätze zu schaffen. Es wurden jedoch nie mehr als 2500 Menschen beschäftigt.

***

Schwandorf: 150 von 530 Beschäftigten der Vereinigten Aluminium-Werke AG in Schwandorf sollen ihre Arbeitsplätze verlieren, wenn das Werk im Laufe dieses Jahres seine Aluminiumoxyd-Produktion einstellt. Die Produktion von höher veredelten Erzeugnissen soll zunächst weitergeführt werden. Jedoch verlangt VAW dafür als Voraussetzung den Bau eines projektierten Müllkraftwerks, von dem die VAW-Kapitalisten billigen Strom beziehen wollen. Die Dreistigkeit, mit der hier mit Arbeitsplätzen als Einsatz gepokert wird, ist fast schon atemberaubend.

Bielefeld: Ca. 500 Kollegen legten am 22. Juni bei der Firma Kochs-Adler für zwei Stunden die Arbeit nieder. Der Auslöser für den Arbeitskampf waren die kurzen Kantinen-Öffnungszeiten und die hohen Preise. Die Wut der Kollegen war schon seit geraumer Zeit angewachsen. Nach der Verlegung des Werks auf ein neues Gelände in einem Vorort hatten sich die Arbeitsbedingungen rapide verschlechtert, bei gleichzeitigem Abbau von Sozialleistungen. Obwohl seit März kurzgearbeitet wird, blieb das Produktionsergebnis durch Akkordverschärfung nahezu gleich (KVZ, 3.7.).

***

Siegen: Die gesamte Belegschaft (mehr als 1000 Kollegen) der Firma Fischbach Lüftungstechnik KG in Neunkirchen/Siegen befindet sich nach Angaben der UZ (4.7.) seit dem 27. Juni im Streik. Bereits vier Wochen vorher hatten die Kollegen für zwei Tage die Arbeit niedergelegt, ebenso am 24. Juni. Anlaß für die mit großer Härte geführte Auseinandersetzung war der Versuch der Geschäftsleitung, unter Bruch bestehender Betriebsvereinbarungen Änderungskündigungen durchzusetzen. Damit hätte der betroffene Teil der Belegschaft Lohneinbußen bis zu zwanzig Prozent erlitten. Als die ersten 19 Änderungskündigungen auf dem Tisch lagen, legten die Arbeiter den Betrieb still. Die Antwort der Kapitalisten: 10 Arbeiter erhielten die fristlose Kündigung. Doch statt der erhofften Einschüchterung bewirkte diese Frechheit genau das Gegenteil. Alle Beschäftigten beauftragten den Betriebsrat, von der Geschäftsleitung auch ihre Kündigung zu verlangen. Nach diesem erfolgslosen Versuch, den Streik abzuwürgen, mußte die Geschäftsleitung am 29. Juni zum ersten Mal an den Verhandlungstisch. Sie weigerte sich jedoch, ihre Maßnahmen zurückzunehmen.

***

Ginsheim-Gustavsburg: Auf die Straße gingen die 370 Beschäftigten der Kabel- und Drahtwerke. Der Elektro-Konzern BBC hat die Schließung des Werkes angekündigt, weil angeblich der technologische Wandel den Betrieb unrentabel gemacht habe. Die Produktion soll nach Mannheim in ein neuzubauendes Werk verlagert werden.

Die empörten Kollegen setzten sich mit Flugblättern und Transparenten zur Wehr. Sie machten die Öffentlichkeit darauf aufmerksam, daß in den letzten beiden Jahren bereits 200 Arbeiter und Angestellte des Werks ihre Arbeitsplätze verloren hatten. Seit Februar mußten sie aber Überstunden und Sonderschichten machen, um die Aufträge zu erfüllen. Betriebsrat und IG Metall erklärten, daß die Bilanzen frisiert



seien. BBC habe im vergangenen Jahr aus dem Werk 1,5 Mio. Mark Reingewinn herausgeholt und eine Dividende von 16 Prozent gezahlt. Um die Produktion nach Mannheim zu verlegen, sollen bereits 35 Mio. Mark für Grundstück und Gebäude investiert worden sein.

***

Flensburg: *„Zwei weitere Togo-Aufträge: Auslastung bis 1979 gesichert"* und *„Massenentlassungen sind nicht geplant"* hieß es am 29.6. im „Flensburger Tageblatt".

Doch die Realität für die Kollegen auf der Werft sieht anders aus: Schon zum 3. Mal wurden dem Betriebsrat 14 bzw. 15 Kündigungen „aus Arbeitsmangel" vorgelegt. Damit ist Großaktionär Harmstorff, dem die Mehrheit der Aktien der FSG gehört, mit seinen Rationalisierungsplänen einen Schritt weitergekommen. Um diese Rationalisierungen durchzusetzen, wurde von den Werftkapitalisten von Anfang an mit systematischer Lügenpropaganda vorgegangen: Zuerst ständiges Verbreiten von Unsicherheit über die Auftragssituation (seit '76).

Dann Versprechen, ohne Kurzarbeit über die Runden zu kommen ('77). Dann Einführung von Kurzarbeit, „um Entlassungen zu verhindern", wie es so schön hieß (Ende '77).

Jetzt *„die - allerdings sehr beschränkte Entlassung von Mitarbeitern"* - so zynisch Direktor Böhmer am 29. Juni im „Tageblatt". „Sehr beschränkte Entlassungen von Mitarbeitern", das heißt, daß die Werftkapitalisten auch während der nächsten Monate weiter durchschnittlich 29 Entlassungen vorlegen werden (30 Entlassungen - in der Regelmäßigkeit über mehrere Monate hinweg - gelten offiziell als Massenentlassungen und müssen genehmigt werden!).

Und dies angesichts der Tatsache, daß die Belegschaft seit 1975 von 1800 auf jetzt unter 1500 geschrumpft ist (durch den sog. „natürlichen Abgang").

Dazu muß noch der inzwischen erfolgte völlige Abbau von „Leihfirmen" berechnet werden.

Nach Informationen der DKP wurde im März 1977 angekündigt, die Belegschaft solle um mindestens 30% abgebaut werden.

Hinter diesen Rationalisierungen mit Entlassungen und 100%iger Kurzarbeit für mehrere Hundert Kollegen (während 100%iger Kurzarbeit bekommt man nur 68% Kurzarbeitergeld, was eine Lohneinbuße von ca. 300 - 400 DM für viele Kollegen bedeutet!) steht nicht die „notwendige Anpassung der Kapazitäten an die Auftragslage", wie die Werftkapitalisten es weismachen wollen. Dahinter steht die Strategie eines Großaktionärs Harmstorffs, die Kollegen einzuschüchtern und schließlich das Lohnniveau und das Arbeitstempo, das beides für die Kollegen auf der Werft noch besser aussieht als auf den anderen Harmstorff-Werften (Lübeck, Büsum, Berlin) zu verschlechtern.

Druck

Druck

35-Stunden-Woche im Manteltarifvertrag Druck gefordert

Die Jahre , in denen die Forderung nach der 35-Stundenwoche ein Aschenpüttel-Dasein als „Chaoten-Parole" fristen mußte, sind nun vorbei. Was die hellsichtigen „Chaoten" schon vor so langer Zeit vertraten, hat sich nun auch nach und nach die Gewerkschaftsführung zueigen gemacht: der Hamburger DGB-Kongreß, vor ihm verschiedene Gruppierungen in einigen Einzelgewerkschaften bis hin zum Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier. Die DruPa hat jetzt die Forderung nach der Arbeitszeitverkürzung zur 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich zum konkreten Gegenstand der anstehenden Verhandlungen um den Manteltarifvertrag (MTV) gemacht. Die Tarifkommission hat beschlossen, mit der Aufkündigung des Vertrages hier ein unübersehbares Schwergewicht zu legen: sie verzichtet auf ein Forderungskatalog und legte nach ihrem Beschluß vom 8./9.6.78 kurz und bündig folgendes auf den Tisch:

„Der Manteltarifvertrag für die Druckindustrie wird zum 31.12.78 gekündigt. Unsere Forderungen: Einführungen der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. 5-Tage-Woche ohne Ausnahmemöglichkeiten"

Dazu kommen Forderungen zur Verbesserung des Schutzes und der Arbeitsmöglichkeiten für gewerkschaftliche Vertrauensleute, die in einer Extravereinbarung geregelt sind.

Diese Beschränkung bedeutet, daß nicht eben unwesentliche Punkte für eine Laufzeit von vier Jahren in den Hintergrund gerückt werden wie die generelle Urlaubs- und Überstundenregelung und die Bestimmungen zur Friedenspflicht in Verbindung mit der Schieds- und Schlichtungsordnung (für die gilt allerdings die vierjährige Laufzeit nicht), um deren Revidierung ja im Zuge der letzten Druckerstreiks einiges Geschrei gemacht worden ist.

Noch bevor die Verhandlungen mit den Kapitalisten begonnen haben, erklärte der DruPa-Vorsitzende Loni Mahlein, daß die Durchsetzung dieser Forderung *„wohl nicht ohne Arbeitskampf abgehen würde"* („FAZ", 30.6.78). Das ist tatsächlich ganz schön mutig. Denn immerhin steigt hier die relativ kleine IG DruPa gewissermaßen als Vorreiter in den Ring, wobei sie es bei der übergreifenden Bedeutung der Forderung mit Sicherheit nicht nur mit den Druckkapitalisten zu tun kriegen wird.

An einigen Punkten ist zu Zweifeln Anlaß gegeben:

1) Es stehen praktisch gleichzeitig die Verhandlungen und ganz sicher harte Auseinandersetzungen von Seiten der Kapitalisten um die Manteltarifanhänge an, d.h. im wesentlichen die Regelungen der Maschinenbesetzungen und der konkreten Arbeitsbedingungen in den einzelnen Produktionsabschnitten und Sparten. Auch hier ging der Hauptvorstand mit verbalem Elan in die erste Runde. Inzwischen ist die zweite Runde in aller Stille ergebnislos vertagt worden, bis sich die drei Kommissionen für Fachfragen wieder zusammensetzen. „Dem Vernehmen nach" soll das im September (!!) geschehen („FAZ", 30.6.78).

2) Sind die Niederlagen aus der letzten Auseinandersetzung um die neuen Techniken nicht wegzuleugnen, bei denen es ja bekanntlich trotz großer Kampfbereitschaft der Kollegen zunächst nicht gelungen ist, der Vernichtungsstrategie der Kapitalisten einen Riegel vorzuschieben. Die Frage muß erlaubt sein, ob sich die Kollegen davon bereits erholt haben.

3) Schließlich sind auch die Argumente Erwin Ferlemanns, Hauptvorstandsmitglied der DruPa, in der letzten Ausgabe des Zentralorgans „druck und papier" nicht besonders überzeugend, mit denen er Mut machen will. „...*In weiten Bereichen ist das* (die Notwendigkeit der Einführung der 35-Stunden-Woche – AK) *heute keine Frage mehr. Bei den Gewerkschaften schon gar nicht. Wenn auch der Zeitpunkt, zu dem diese Frage angegangen wird, bei den Einzelgewerkschaften sehr unterschiedlich sein wird. Das allerdings liegt nicht am Wollen, sondern an der unterschiedlichen Laufzeit der Tarifverträge"* („druck und papier", 13/78). Hier wird so getan, als stehe der DGB wie ein Mann hinter dem Schwerpunkt 35-Stunden-Woche. Eine genauere Betrachtung des Hamburger DGB-Kongresses ergibt allerdings ein anderes Bild: „...*Deshalb muß die Gewerkschaftspolitik alle (!) Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung ausschöpfen, bis hin (!) zur 35-Stunden-Woche oder einer anderen (!) entscheidenden Einschränkung der Arbeitszeit"* (H.O. Vetter in seinem Grundsatzreferat auf dem Kongreß zititert nach „FR", 1.7.78). Das klingt schon ganz schön anders. Warum verschweigt Ferlemann dem geneigten Leser, daß der Hamburger DGB-Beschluß zur 35-Stunden-Woche eindeutig gegen den Willen des DGB-Vorstandes zustande kam?

Trotz der nun schon monatelangen Kampagne in der „druck und papier" und den darin enthaltenen umfangreichen Analysen, warum beispielsweise Lohnverzicht keine neuen Arbeitsplätze schafft, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier - noch dazu „stellvertretend" für die anderen Gewerkschaften - eine neue Niederlage organisiert wird.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Meinungsfreiheit im DGB

Vor einigen Wochen erschien im Verlag „Olle & Wolter" ein Buch mit dem Titel *„Apo und Gewerkschaften"*, in dem eine ganze Reihe hauptamtliche und nicht hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre den (nicht so recht gelungenen) Versuch machen, daß Verhältnis zwischen der früheren APO Ende der 60er Jahre und der Zusammenarbeit mit linken Kräften des DGB darzulegen. Der interessanteste Beitrag stammt von der Herausgeberin selber, die in einem Nachwort beschreibt, welche Schwierigkeiten sie hatte, Gewerkschaftsfunktionäre zu bekommen, die sich mittels Artikel an dem Buch beteiligten.

So schreibt sie *„über die Gründe, die eine recht hohe Anzahl der von mir angeschriebenen Funktionäre veranlaßte, meine Anfrage überhaupt nicht zu beantworten, lassen sich natürlich nur Mutmaßungen anstellen ... Mißtrauen gegenüber dem Interesse Außenstehender an Gewerkschaftsproblemen, Bedenken, am falschen Ort Falsches zu schreiben, mag einige Funktionäre zu ihrer Zurückhaltung bewogen haben"* (Seite 180 f). Doch hier einige Kostproben von Funktionären, die es abgelehnt haben, sich an dem Buch zu beteiligen:

„So zog es zum Beispiel Klaus Dieter Zemlin, Redakteur der Deutschen Post, des Organs der Deutschen Postgewerkschaft, generell vor, sich zur Studentenrevolte und den damit zusammenhängenden Problemen in gewerkschaftseigenen Publikationen zu äußern. Der persönliche Referent eines DGB-Landesvorsitzenden berichtete mir telefonisch von der völligen Verunsicherung seines Chefs ... und bat mich am Ende des Gesprächs inständig, die Unterhaltung als nicht stattgefunden zu betrachten.

Dr. F. Wiethold, von der Abteilung Jugend im DGB, ein früheres Mitglied des SDS, wollte sich zuerst mit ihrem Vorgesetzten besprechen... Ich sollte das nicht als Mißtrauen deuten. Ein Mitarbeiter aus der Vorstandsetage der I.G. Druck und Papier vertraute mir an, seine größte Sorge bei einem solchen Buchprojekt sei, daß jemand vom SB mitmache ... ÖTV Tarifsekretär K. Engel bedauerte, daß so eine ... Untersuchung sehr lückenhaft bleiben muß, wenn völlig unbekannt bleibt, wie umfassend der Personenkreis ist ...". Ähnliche Absagen an die Herausgeberin dieses Buches sind noch weiter dargelegt worden, zum Schluß kommt dann allerdings der Höhepunkt: *„Auf einen Beitrag, der bereits geschrieben war, mußte ich dann doch noch verzichten. Sein Autor, Betriebsrat und Mitglied im Vorstand der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins, zog ihn in letzter Minute wieder zurück. In dem Artikel war unter anderem über die Abwahl eines Betriebsrates und über Ausschlußverfahren gegen 13 Mitglieder einer IG Metall Jugendgruppe berichtet worden. Nach etlichem Ärger mit der Partei ... wegen der Zusammensetzung der Autoren und des Inhalts meines Beitrages sehe ich mich außerstande meinen Beitrag aufrechtzuerhalten..."*. Es zeigt sich an diesen genannten Beispielen recht deutlich, daß es nicht nur in der bürgerlichen Presse eine Zensur und Selbstzensur gibt, sondern auch hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre dieser unterliegen.

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

Weitere Entlassungen in der SPD-eigenen Druckerei

In dem Kölner Druckhaus „Deutz", wohl die SPD ihre Zeitung „Vor-

Weitere Entlassungen in der SPD-eigenen Druckerei

In dem Kölner Druckhaus „Deutz", das sich zu 100% in Besitz der SPD-eigenen „Konzentration" befindet, sind weitere Massenentlassungen angekündigt worden. Dieses Druckhaus ist fast allen Druckern und Setzern in der DruPa gut im Gedächtnis. Hatte die SPD doch während der Auseinandersetzung um die Einführung neuer Techniken ihre „Freunde" in der DruPa gebeten, von dem Aufruf, keine Überstunden zu machen, abzusehen, da die Wahlkampfplakate der SPD für Bayern sonst nicht rechtzeitig fertig geworden wären.

In dieser Druckerei, in der die SPD-eigene Wochenzeitung „Vorwärts" und das DGB-Organ „Welt der Arbeit" gedruckt wird, hatte es schon in den letzten Jahren erhebliche Massenentlassungen gegeben.

Arbeiteten in dieser Druckerei noch vor einigen Jahren an die 500 Drucker und Setzer, sind es heute nur noch ganze 230 Kollegen. Jetzt sollen durch weitere Teilstillegungen weitere 100 Arbeitsplätze vernichtet werden. Hintergrund dieser Massenentlassungen war, daß die SPD-eigene Druckerei in den letzten Jahren mehrere große Aufträge verloren hat.

Es ist unter DruPa-Mitgliedern auch ein offenes Geheimnis, daß sowohl die SPD ihre Zeitung „Vorwärts" als auch der DGB seine Zeitung „Welt der Arbeit" am liebsten zu anderen kostengünstigeren Druckereien geben würden, dann müßte allerdings das Druckhaus „Deutz" ganz dicht machen.

Aus der „Roten Fahne" der „KPD" ist ersichtlich, daß sich die Geschäftsleitung nicht mal bereit erklären will, wie bei der ersten Entlassungswelle einen Sozialplan zu erstellen.

Angesichts solcher Praktiken erweist es sich als Lüge, wenn der mittlerweile verstorbene Schatzmeister der SPD, W. Dröscher, zuständig für die SPD-eigenen Zeitungen und Verlage während der Hamburger Medientage im Mai '77 erklärte, *„daß wir* (die SPD – AK) *aber gleichzeitig aufgrund unseres sozialen (!) Anspruchs und unseres Selbstverständnisses als Partei der Arbeitnehmer den technologischen Fortschritt ... anders bewältigen wollen als diejenigen, die im Zuge der Errichtung technologisch revolutionärer Druck- und Satzzentren Tausende von Arbeitsplätzen vernichten"*. Leere Worte – die Praxis der SPD sieht anders aus....

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

HBV

Buchhändler gegen faschistische Literatur

Auch der diesjährige Literatrubel wurde von den HBV-Buchhändlern genutzt, sich in Flugblättern mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit zu wenden.. Außer einem Flugblatt über die schlechten Arbeitsbedingungen im Buchhandel wurde ein zweites verteilt, in dem sich die Kollegen gegen die bedrohliche Zunahme faschistischer Literatur wenden. Dieses Flugblatt wurde von der Lehrlingsgruppe erarbeitet, die sich das Thema „Faschistische Literatur" z. Zt. als einen ihrer Arbeitsschwerpunkte gesetzt hat. Ziel der Arbeit ist im Moment, Listen mit antifaschistischer Literatur zu erstellen (in Zusammenarbeit mit anderen an diesen Listen arbeitenden Kollegen), damit diese Titel verstärkt angeboten werden können und man nicht hilflos zusehen muß, wie „Fest, Hitler – eine Karriere" als Informationsmaterial über den zweiten Weltkrieg gekauft wird. Heftig diskutierte Frage in diesem Zusammenhang war, ob man sich weigern sollte, faschistische bzw. faschistoide Literatur zu verkaufen, wo ein nicht geringer Teil die Ansicht vertrat, dies sei eine Bevormundung des Buchkäufers. Einheitlich ist die Gruppe jedoch dagegen, daß diese Titel immer häufiger in den Regalen der Buchläden stehen, während linke Literatur immer mehr hinausgesäubert wird. Bis jetzt wurde als weiterer Schritt diskutiert, daß die Antifa-Literaturlisten in den Buchhandlungen, wo es möglich ist, ausgehängt werden sollen. Wie darüberhinaus für einen größeren Bestand fortschrittlicher antifaschistischer Literatur und ein Zurückdrängen der braunen Literatur gekämpft werden und der Kreis der engagierten Kollegen vergrößert werden kann, muß als nächstes diskutiert werden.

Einige Buchhändler

Chemie

Massenentlassungen bei Texaco

Die Texaco-Geschäftsleitung teilte dem Hamburger Betriebsrat mit, jedes Wirtschaftsunternehmen brauche Gewinne um zu bestehen, z.B. für die Verzinsung der Kapitaleinlage. Sonst bestünde die Gefahr, daß der amerikanische Konzern sein Kapital aus der Bundesrepublik herauszöge. Mit dieser imperialistischen Erpressung wurden erneute Rationalisierungen als Ausweg angekündigt, Schlimmeres zu verhüten.

Die Texaco begründet ihr Rationalisierungsprogramm überwiegend mit ihrem Konkurrenzverhältnis zu den anderen Mineralölkonzernen. Ihr Programm besteht aus folgenden Elementen:

Die Texaco wird absehbar nur noch Großkunden direkt beliefern. Tausende kleiner Kunden sollen auf sogenannte Beteiligungsgesellschaften übertragen werden. Texaco übergibt ihre Kunden an einen mittelständischen Händler und kauft sich mit 49% Beteiligung bei diesem Händler ein. Die bisher noch einigermaßen selbständig operierenden Händler werden dadurch kapitalmäßig und über feste Lieferabkommen an den Konzern gebunden. Das Verkaufspersonal und Vertriebsabrechnungspersonal der Texaco kann wegrationalisiert werden oder wird in die Beteiligungsgesellschaften abgeschoben, soweit es dort benötigt wird. Die abgeschobenen Kollegen werden dann nach dem Groß- und Außenhandelstarif bezahlt, der etwa um ein Drittel unter dem derzeitigen Texaco-Haustarif liegt. Das gesamte Abrechnungswesen im Vertrieb und in anderen Bereichen wird durch den Einsatz von Bildschirmtechniken automatisiert. Weitere Entlassungen und drastische Änderungen der Arbeitsbedingungen sind die Folge.

Drittel unter dem derzeitigen Texaco-Haustarif liegt. Das gesamte Abrechnungswesen im Vertrieb und in anderen Bereichen wird durch den Einsatz von Bildschirmtechniken automatisiert. Weitere Entlassungen und drastische Änderungen der Arbeitsbedingungen sind die Folge.

Ein zweiter Rationalisierungskomplex betrifft den Laborbetrieb der Texaco. Der Konzern gibt die eigene Forschung auf und bedient sich billiger arbeitender Forschungsinstitute.

Zur Zeit arbeiten im Labor in Hamburg-Wilhelmsburg noch über 130 Kollegen. 25 sollen in einem ersten Entlassungsschub hinausgesetzt werden. Längerfristig ist aber die Existenz des Labors überhaupt in Frage gestellt. Im Texaco-Labor Meerbeck (Nordrhein-Westfalen) werden etwa 70 Arbeitsplätze wegfallen.

In allen Verwaltungs- und Betriebsteilen der Texaco werden die Dienstleistungsarbeiten gleich welcher Art auf mittelständische Dienstleistungsunternehmen verlagert. Anstatt eigene Werkstätten zu betreiben, kauft man Werkstattdienst ein, anstatt eigenen Reinigungspersonals werden Reinigungsfirmen eingeschaltet usw. Durch diese Arbeitsverlagerungen werden ebenfalls Arbeitsplätze wegrationalisiert und der höhere Haustarif umgangen.

Neben einer überall in der kapitalistischen Wirtschaft betriebenen Rationalisierung ist im Vorgehen der Texaco ein Angriff auf bisherige Tarifstrukturen festzustellen. Die Mineralölkonzerne bezahlen als Schlüsselindustrie – Energie benötigt jeder andere Kapitalist – höhere Löhne und Gehälter als andere Industriezweige. Damit erkaufte man sich eine gewisse Ruhe an der Lohnfront. Die Politik der Mineralölkonzerne ist seit ein bis zwei Jahren darauf gerichtet, ihr Lohnniveau wieder zurückzuschrauben. Sie beschränken sich nicht mehr auf die Auslagerung bestimmter Arbeitsbereiche, die sie anschließend wieder billiger einkaufen können, sondern haben in der letztjährigen und diesjährigen Tarifrunde die DGB-Gewerkschaften darauf hingewiesen, daß sie weg wollen von den Haustarifen. Sie sollen ersetzt werden durch gemeinsame Mineralöltarife oder durch bestehende Tarifstrukturen wie etwa in der chemischen Industrie.

Der Kampf der von der Gewerkschaft ausgeschlossenen Texaco-Kollegen und der gewerkschaftlich organisierten richtet sich zur Zeit gemeinsam sowohl gegen die Rationalisierungen als auch gegen tarifvertragliche Verschlechterungen. Entsprechend differenziert müssen wir auf die Haustarife eingehen. Wir halten daran fest, daß tarifliche Zersplitterungen – Haustarif an Stelle von Flächen- und Branchentarifen – nicht unsere gewerkschaftspolitische Perspektive sein kann. Da jetzt aber die Mineralölkapitalisten mit der Abschaffung der Haustarife einen Angriff auf das Lohnniveau überhaupt führen, sollten alle Kollegen der Mineralölindustrie einen Kampf um die Erhaltung ihres Tarifniveaus führen, das formal derzeit in Haustarifen festgeschrieben ist.

Perspektive sein kann. Da jetzt aber die Mineralölkapitalisten mit der Abschaffung der Haustarife einen Angriff auf das Lohnniveau überhaupt führen, sollten alle Kollegen der Mineralölindustrie einen Kampf um

Zur Zeit laufen bei der Texaco sporadische Aktionen und Beschlüsse der Kollegen an, um den breiten Angriff abzuwehren. Die Betriebsräte geben sich alle Mühe, Entlassungen im einzelnen zu verhindern, wohlwissend, daß dadurch allenfalls die eine oder andere Härte gelindert werden kann. Die Kollegen erhalten alle Informationen von der oppositionellen Betriebsgruppe in ihren „Mitteilungen aus Betrieb und Gewerkschaft", von dem IG Chemie-Vertrauenskörper in ihrem Organ „VK" und über Abteilungsversammlungen des Betriebsrates. Die DGB-Tarifkommissionen verhalten sich bisher ablehnend gegenüber dem Versuch der Kapitalisten, das Tarifvertragswerk außer Kraft zu setzen.

Kollegen haben eigene spontane Aktionen begonnen. So waren eines morgens die Wände der Laborgebäude und Hallen in Wilhelmsburg mit Forderungen der Kollegen verschönert: „Keine Entlassungen bei Texaco", „1,5 Millionen Arbeitslose sind viel zu viel", „Es geht auch ohne Profit für wenige" (Siehe Abbildung).

Wenngleich viele Kollegen diese Aktionen resigniert beobachten, liegt ein wesentlicher Mangel auch in den bisherigen Ansätzen. Sie laufen überwiegend betriebsbezogen und spontan ab, sowohl auf der Ebene der Gewerkschaftsopposition als auch auf der Ebene der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper in der Hauptverwaltung, im Labor Wilhelmsburg und im Mineralölwerk Grasbrook.

Betriebszelle Texaco

der Ebene der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper in der Hauptverwaltung, im Labor Wilhelmsburg und im Mineralölwerk Grasbrook.

Betriebszelle Texaco





GEW

Ist Fristers Wort noch etwas wert?

In einem Beschluß, den er an alle Landesverbände der GEW verschickt hat, fragt sich der GEW-Kreisvorstand Kassel, *„ob das Wort des Bundesvorsitzenden in der GEW noch etwas wert ist".*

Anlaß ist die Einführung des Briefwahlverfahrens durch den Hauptausschuß, mit dem ein weiterer Schritt zur Zerstörung demokratischer Strukturen in der GEW durchgeführt worden war (wir berichteten im AK 126 darüber).

Einen Antrag zur Einführung des Briefwahlverfahrens, das die Kompetenzen von Gewerkschaftsversammlungen erheblich beschneidet, hatte der Hauptvorstand zum Gewerkschaftstag im vergangenen November eingebracht. In Mannheim wurde der Antrag nicht behandelt und zusammen mit ca. 120 weiteren unerledigten überwiesen.

Besorgte GEW-Kollegen fragten daraufhin auf einer Mitgliederversammlung von 4 GEW-Kreisverbänden am 20.12.77 in Kassel Frister, ob das Briefwahlverfahfen jetzt vom Hauptausschuß verabschiedet werde, wozu dieser lt. Satzung nicht befugt sei. Frister entgegnete wörtlich:

„Der Hauptausschuß kann die Wahlordnung nicht ändern. Die Wahlordnung ist durch den Gewerkschaftstag verabschiedet und kann nur durch ihn geändert werden. Und die pauschale Überweisung dieser Anträge an den Hauptausschuß heißt nicht, daß der Hauptausschuß für Dinge zuständig wird, die der Satzung nach der Vertreterversammlung vorbehalten sind".

So weit, so gut. Als dann jedoch nach dem Massenausschluß der meisten Vorstandsmitglieder der Bochumer GEW immer noch die Linken dominierten, mochte Frister nicht länger auf die Einhaltung satzungsrechtlicher Vorschriften pochen. Anläßlich der Neuwahlen zum Ortsvorstand wurde das Briefwahlverfahren per Hauptausschuß-Beschluß eingeführt, was von Frister persönlich frech gerechtfertigt wurde: *„Nunmehr ist es notwendig, im Ortsverband Bochum einen neuen Gewerkschaftsvorstand zu wählen.* **Im Interesse einer hohen Wahlbeteiligung hat der Hauptausschuß der GEW am 18. März d. J. im Auftrag des jüngsten Gewerkschaftstages beschlossen, das bisherige Wahlverfahren durch die Möglichkeit der Briefwahl zu ergänzen"** (aus dem Brief an die Bochumer Mitglieder, wo Frister die „schweigende Mehrheit" zur Stimmabgabe von namentlich genannten Rechten aufforderte. Der Coup ging allerdings daneben. Die Linken wurden gewählt.).

Der Vorgang beweist einmal mehr, daß Leute wie Erich Frister, die mit dem Vorwurf satzungswidrigen Verhaltens gegen Linke schnell bei der Hand sind (mit der Begründung wurden die Bochumer Kollegen ausgeschlossen), unbedenklich und in vollem Bewußtsein die Satzung brechen, wenn es die Durchsetzung ihrer Politik erforderlich erscheinen läßt.

Dem AK-Leser soll aber nicht vorenthalten werden, wie Frister nun seinen Wortbruch begründet. In einem Schreiben an den Geschäftsführer des Bezirksverbandes Kurhessen vom 12.6.78 erklärt Frister: *„Der Hauptausschuß hat zur Frage seiner Zuständigkeit für die Änderung der Ordnung für Direktwahlen mehrheitlich eine andere Auffassung eingenommen, als ich sie am 20. Dezember 1977 in Kassel vertreten habe".* Dem flüchtigen Leser dieses Satzes soll hier vorgemacht werden, daß sich „Kollege" Frister mit einer Auffassung im Hauptausschuß nicht durchsetzen konnte und mal eben einen satzungswidrigen Beschluß geschluckt hat (was allein schon bezeichnend wäre). Wer den hündischen Gehorsam der Hauptausschuß-Mehrheit gegenüber Frister kennt, schaut etwas genauer hin: Der Satz sagt lediglich aus, daß Frister in Kassel eine andere Auffassung vertreten hatte und daß der Beschluß nicht einstimmig gefaßt wurde; daß Frister dagegen war, steht nicht drin. Eine Begründung Fristers für seinen Wortbruch steht somit noch aus.

Lehrerkomitee KB/Gruppe Hamburg

Gericht zwingt Frister an den Verhandlungstisch

Am 6.7.78 fand vor dem Landgericht in Frankfurt die erste Gerichtsverhandlung zwischen der GEW-Westberlin und der GEW-Bund statt.

Im Februar 77 hatte Frister den gesamten Landesverband Westberlin mit ca. 12000 Mitgliedern aus der GEW und dem DGB ausgeschlossen, weil dieser sich der von der GEW-Bund angestrebten Zentralisierung und der Anerkennung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse widersetzt hatte.

Seitdem gibt es in Westberlin zwei Lehrerverbände, die GEW-Westberlin mit ca. 8500 Mitgliedern und die von Frister gegründete Spaltergewerkschaft, die bisher nicht über 3000 Mitglieder hinausgekommen ist.

Zur Verhandlung in Frankfurt stand nun zum einen die Klage der GEW-Westberlin auf Feststellung der Unrechtmäßigkeit dieses Ausschlusses und die Klage der GEW-Bund auf Aberkennung des Namens „GEW-Berlin". Der Name „GEW-Berlin" leiste in der Öffentlichkeit einer ständigen Verwechslung mit der „GEW im DGB" Vorschub und müsse daher abgeschafft werden, zumal unter dem Namen der „GEW Westberlin" gewerkschaftsfeindliche Aktivitäten" wie z.B. die Unterstützung des Russell-Tribunals durchgeführt wurden. So die Begründung der Klage der GEW-Bund.

Das Gericht fällte am Donnerstag kein Urteil, sondern schlug den beiden Parteien vor, eine Kommission zu bilden, in der auf außergerichtlichem Wege eine Einigung erreicht werden solle. Die in der Kommission erarbeiteten Ergebnisse sollen erst dann Gültigkeit haben, wenn sie von den jeweils höchsten Gremien der beiden Parteien – der Landesvertreterversammlung der GEW-Westberlin und der Bundesvertreterversammlung der GEW – verabschiedet sind. Für die GEW Westberlin zumindest heißt dies, daß nur die Mitglieder über eine eventuelle Einigung entscheiden können.

Hält eine der Parteien eine Einigung für aussichtslos, kann sie jederzeit das Gerichtsverfahren wieder in Gang setzen. D.h. die Verhandlung ist nicht für eine bestimmte Zeit ausgesetzt, sondern sie „ruht" nur.

Beide Parteien akzeptierten diesen Vorschlag des Gerichts. Damit sitzen zum ersten Mal seit Ausschluß der GEW-Westberlin aus dem DGB die GEW-Bund und der ausgeschlossene Verband am Verhandlungstisch. Dies ist für die GEW-Bund umso bemerkenswerter, als Frister sich in der Vergangenheit immer geweigert hat, auch nur ansatzweise Verhandlungen mit der GEW-Westberlin zu führen, bevor diese nicht sich seinem Diktat vollkommen unterworfen hätte. Ebenso war die Spalter-GEW („GEW im DGB") in Westberlin nur bereit, Gespräche mit der GEW-Westberlin zu führen, wenn diese die Bundessatzung vollständig übernehmen würde. D.h. Frister kann nicht mehr umhin, die Existenz der GEW-Westberlin zu respektieren. Dies dürfte dem Selbstbewußtsein der Westberliner Kollegen Auftrieb geben.

Lehrerkomitee, KB/Gruppe Hamburg

Geheimverhandlungen mit ÖTV werden festgesetzt

Bekanntlich hatte am 7.9.77 ein Gespräch zwischen den Gewerkschaftsspitzen von GEW und ÖTV über die „Frage des Aufgehens der GEW in die ÖTV" stattgefunden. Über dieses Gespräch war trotz seiner weitreichenden Bedeutung auf dem Mannheimer Gewerkschaftstag der GEW nicht informiert worden, erst Monate später gelangte ein Protokoll dieses Gesprächs an die Öffentlichkeit (vgl. AK 118).

Neben anderen GEW-Gliederungen hatte auch der Kreisverband Waldeck (Hessen) gegen dieses Gespräch hinter dem Rücken der Kollegen protestiert und Aufklärung über den Stand der Verhandlungen verlangt.

Frister hat jetzt in seiner Antwort an den Kreisverband versucht, die Bedeutung dieses Gesprächs herunterzuspielen: *„Über Auflösung der GEW und Integration in die ÖTV ist bei den Gesprächen lediglich als einem Denkmodell unter anderen gesprochen worden".*

Gleichzeitig kündigt er jedoch an, daß die Gespräche mit der ÖTV-Führung fortgesetzt werden sollen, und daß er weiter hinter dem Rücken der Kollegen verhandeln will: *„Dem Verlangen, daß ‚alle Protokolle über solche Verhandlungen' veröffentlicht werden, kann natürlich gern entsprochen werden. Dies führt dann aber dazu, daß alle Probleme, die erörtert und deren Darstellung aus gewerkschaftspolitischen Gründen öffentlich nicht bekannt werden sollen, bei solchen Protokollen ausgelassen werden. Protokolle über Gespräche werden nicht zum Zwecke der Veröffentlichung angefertigt, sondern um eine Basis für die Weiterführung der Gespräche zu schaffen und um einen Personenkreis, bei dem Vertraulichkeit garantiert werden kann, zu informieren."*

Jaja, die Vertraulichkeit – das ist halt schon ein Problem...

Fristers Brief endet mit dem Satz: *„Von irgendwelchen Integrationen wird bei den Gesprächen nicht die Rede sein".* Vor dem Hintergrund von Fristers Wortbruch bei der Einführung des Briefwahlverfahrens (siehe Artikel in diesem AK) und des konspirativen Vorgehens der Gewerkschaftsführer ist hier Aufmerksamkeit geboten. Auf dem DGB-Kongreß im Mai sollte – so Frister – ein Termin für eine weitere Zusammenkunft der Verhandlungsdelegationen festgelegt werden.

Lehrerkomitee, KB/Gruppe Hamburg



ausländische Arbeiter in der BRD

Kampf der Ausländerfeindlichkeit!

Die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber in Kreuzberg (Westberlin) soll wegen Raummangel einen neuen Standort in Schöneberg erhalten. Nachdem sich bereits einige Monate zuvor die CDU-Fraktion der Schöneberger Bezirksverordnetenversammlung gegen den Standort ausgesprochen hatte, weil es „unerträglich" sei, die Stelle *„mitten in einen Wohn- und Geschäftsbereich"* zu verlegen („Tagesspiegel", 23.6.), trat nun auch eine „Aktionsgemeinschaft Friedenau/Steglitz" als Interessenvertretung der an der Rheinstraße liegenden Geschäfte gegen die Verlegung auf („Tsp.", 21.6.). In einem Flugblatt der „Aktionsgemeinschaft", das an Anlieger des geplanten neuen Standorts verteilt wurde, wird mit Demagogie und rassistischer Ausländerfeindlichkeit nicht gespart: *„Finden Sie es human, daß diese Ärmsten der Armen mit ihrem täglichen Sozialhilfesatz den besonderen Schaufenstern unseres Wohlstandes in der Rhein- und Schloßstraße ausgesetzt (!) werden? Finden Sie es verantwortungsvoll, daß hier Haß und Neid (!) geboren werden und so der Humusboden für eine künftige Kriminalität (!!) geschaffen wird?"* (zit. n. „Tsp.", 23.6.). Die asylsuchenden Ausländer, „diese Ärmsten der Armen", sind also nach Ansicht dieser faschistoiden „Aktionsgemeinschaft" von Geschäftsinhabern „der Humusboden" für Kriminalität!

Der inszenierte „Protest" dieser „Bürger" hatte Erfolg. Der Eigentümer des Hauses Rheinstraße 44 ist von Mietvertragsverhandlungen mit dem Senator für Arbeit und Soziales zurückgetreten („Tsp.", 23.6.).

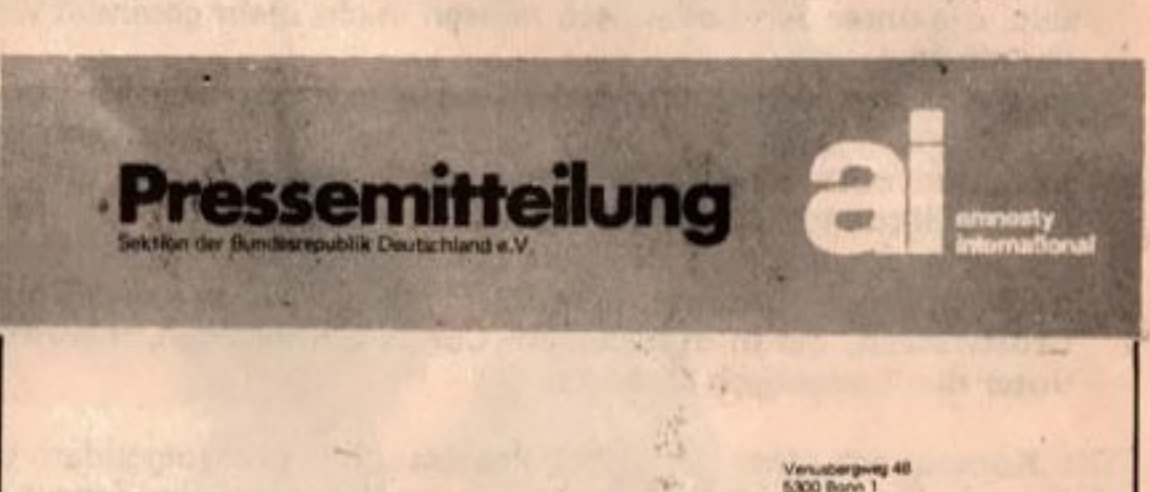
Wenn der Senator tönt...

Recht starke Worte fanden der Sozialsenator Sund (SPD) und sein persönlicher Referent Glöckner gegen das Flugblatt der „Aktionsgemeinschaft": Es erinnere *„an die Zeit von 1933 bis 1945. Konsequenterweise müßte man für alle einkommensschwachen Bürger den Kurfürstendamm sperren"*, sagte Glöckner und sein Senator hatte *„Töne und Zusammenhänge gefunden, die einem die Schamröte ins Gesicht treiben".* Es müßten *„alle Versuche schärfstens zurückgewiesen werden, die Menschen, die von Schleppern mißbraucht, doch voller Hoffnung zu uns kommen, mit Kriminalität in Verbindung zu bringen"* (alle Zitate n. „Tsp.", 24.6.).

Seine Schöneberger Parteifreunde denken da wohl anders, denn mittlerweile hatte die SPD-Fraktion der Schöneberger Bezirksverordnetenversammlung das Bezirksamt aufgefordert, sich bei der Suche nach einem geeigneten Standort intensiv zu beteiligen, da das geplante Gebäude nicht geeignet (!) sei („Tsp.", 21.6.). Und nach den starken Worten resümierte Herr Senator denn auch, daß *„wer es mit der Politik des Wertausgleichs (?) ernstnimmt"*, daß der *„einen Standort außerhalb des Bezirks Kreuzberg (!) ins Auge fassen (muß)"* („Tsp.", 24.6.), also den geplanten Standort in Schöneberg fallenlassen „muß".

Die starken Worte des Senators sind auch auf dem Hintergrund zu bewerten, daß der Bundestag zur selben Zeit (am 23.6.) ein von der SPD/FDP-Koalition eingebrachtes „Gesetz über die Beschleunigung von Asylverfahren" gebilligt hat, das insbesondere den in ihrer Heimat verfolgten Asylsuchenden z.B. aus faschistischen „westlichen" Ländern die Anerkennung als Asylberechtigte erheblich erschweren oder verunmöglichen (Abschiebung) soll (siehe AK 130) und u.a. auch von „amnesty international" kritisiert wurde. Noch nicht vergessen aber ist vor allem die Abschiebung von 129 Pakistani durch den Westberliner Senat Ende letzten Jahres, die trotz ihrer Rechtswidrigkeit einhellig von allen Abgeordnetenhaus-Parteien zynisch als ein „mutiger Schritt" zur Beschleunigung von Asylverfahren gefeiert wurde (siehe AK 119).

Ein Genosse des SSB/Westberlin



Pressemitteilung

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.

ai amnesty international

Venusbergweg 48
5300 Bonn 1
Telefon: 02221-217008/9
Telex: 0886539

6. Juli 1978 P 16/78

amnesty international kritisiert Gesetzentwurf zum Asylverfahren

Am 7. Juli 1978 wird der Bundesrat abschließend den Gesetzentwurf zur Beschleunigung des Asylverfahrens beraten. Die bundesdeutsche Sektion von amnesty international (ai) hatte bereits im Mai dieses Jahres dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages eine Stellungnahme zu den Vorschlägen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Bundesregierung zugeleitet. Darin hatte ai die Befürchtung geäußert, daß die Auswirkungen dieses Gesetzes der humanitären Tradition des Asylrechts abträglich sein könnten.

Ein ausschließlich auf Verfahrensbeschleunigung abzielendes Gesetz ohne die gleichzeitig dringend erforderliche Reform anderer asylrechtlicher Vorschriften wird nach Meinung von ai die vom Gesetzgeber gewünschte Liberalisierung des Asylrechts nicht bewirken können.

ai begrüßt die Dezentralisierung der verwaltungsgerichtlichen Zuständigkeit im Asylrecht. Da diese aber erst ab Januar 1980, die Abschaffung der Widerspruchsinstanz im Bundesamt jedoch unmittelbar nach Verkündigung in Kraft tritt, befürchtet ai eine erhebliche Zunahme der Asylklagen und eine völlige Überlastung des Verwaltungsgerichtes in Ansbach. Bedenklich erscheint auch, daß der Bundestag "offensichtlich unbegründete" Asylklagen für den Normalfall hält und der überwiegenden Mehrheit der Asylbewerber damit gleich zwei Rechtsmittel nimmt.

Darüberhinaus kritisiert ai mit aller Entschiedenheit, daß der Gesetzgeber die derzeitige Praxis der Grenz- und Ausländerbehörden, Asylanträge wegen "Rechtsmißbrauch" abzuweisen, nicht gesetzlich unterbunden hat. Die Erfahrungen der letzten Jahre lassen ein derartiges Verbot dringend erforderlich erscheinen. Bundesregierung und Länder hatten 1977 unter Verletzung des Ausländergesetzes (§ 38) entsprechende Verwaltungsvorschriften erlassen.

Im Bundesland Bayern bleibt zum Beispiel eine Praxis möglich, wonach den Ausländer- und Grenzbehörden vielfältige Eingriffs- und Disziplinierungsmöglichkeiten gegeben sind, um Asylsuchende rigoros wieder aus der Bundesrepublik hinauszudrängen. Dies teilweise unter Verletzung ausländergesetzlicher und bundeseinheitlicher Verwaltungsvorschriften.

Aus Anlaß der Verabschiedung des Beschleunigungsgesetzes fordert amnesty international daher wiederholt ein ausnahmsloses Verbot der grenz- und ausländerbehördlichen Asylpraxis.



frauen



Offener Brief an die Frauen, die gegen den „stern" klagen wollen

Liebe Frauen,

Wir haben in der „Emma" gelesen, daß Ihr gegen den „Stern" Klage erhoben habt – stellvertretend für viele andere Presseerzeugnisse – wegen der fortgesetzten diskriminierenden und sexistischen Darstellung von Frauen. Wir könne voll verstehen, warum Ihr diese „Fleischbeschau" anprangern wollt – kommt uns doch selbst oft die Galle hoch, wenn wir an den Kiosken vorbeigehen. Wir sind wie Ihr empört über die Rolle, die uns durch diese Propagierung der Frau als Lustobjekt immer noch zugedacht wird. Gerade der „Stern" hat – anders als Sexpostillen vom Schlage einer „Praline" – doch immer den Anspruch, etwas fortschrittlicher und liberaler zu sein, allerdings weniger, was die Behandlung von Frauen betrifft. Aber ob Henri Nannen ausgerechnet durch juristisches Vorgehen in die Enge getrieben werden kann? Wir glauben das nicht. Beweistdoch sein Interview in der „Frankfurter Rundschau" (und mehr noch seine jüngste Stellungnahme im neuen „Stern"), daß es sich bei ihm um einen der unbelehrbaren Chauvis handelt. Wir können Euren Schritt zur Anklage nur als öffentlichkeitswirksames (?) Manöver verstehen, um die Menschen mal auf diese entwürdigende Behandlung der Frauen aufmerksam zu machen, und in dieser Hinsicht begrüßen wir ihn auch.

Aber wir können uns nicht vorstellen, daß Ihr diese juristischen Schritte, die Ihr angekündigt habt, tatsächlich ernst meint. Zum einen ist der „Stern" nicht die einzige Zeitung, die dann in die Schußlinie kommen müßte. Zum anderen kann ein Prozeß sicher nicht losgelöst von der grundsätzlichen Behandlung dieses Themas durch die Justiz gesehen werden: Da man dem „Stern" nicht verbieten kann, was man anderen erlaubt, stünde die Frage nach einer allumfassenden Zensur an. Wer aber würde dann die Entscheidung treffen, ob ein Lied, eine Titelseite, ein Film oder ein Buch gegen das „sittliche und religiöse Empfinden" irgendeines Menschen verstoßen? Doch nicht wir Frauen, sondern die Ausführungsorgane dieses Staates !! D.h., wir hätten es dann mit staatlicher Zensur zu tun (wie sie bis noch in den 60er Jahren praktiziert wurde!), bei der es in der Regel nicht so ist, daß sie im Sinne der Frauen „Recht" spricht. Die Ergebnisse einer solchen Zensur liegen auf der Hand:

- Erika Pluhars frivole (und gute!) Lieder würden unter den ersten sein, die unter den Ladentisch müssen, nicht mehr gesendet werden dürften, usw.
- Die „Courage"-Nummer mit der Darstellung von küssenden oder

noch in den 60er Jahren praktiziert wurde!), bei der es in der Regel nicht so ist, daß sie im Sinne der Frauen „Recht" spricht. Die Ergebnisse einer solchen Zensur liegen auf der Hand:

- Erika Pluhars frivole (und gute!) Lieder würden unter den ersten sein, die unter den Ladentisch müssen, nicht mehr gesendet werden dürften, usw.
- Die „Courage"-Nummer mit der Darstellung von küssenden oder
überhaupt lesbischen Frauen könnte bei irgendjemandem das „sittliche oder moralische Empfinden" verletzen und als „jugendgefährdend" eingestuft werden.
- Wir erinnern auch an die Zeit der 60er Jahre, als die damals noch politisch brisante „pardon" beispielsweise wegen zwei Brustwarzen, die in irgendeinem Comic auftauchten, mehrmals unter den Ladentisch wanderte.

Die Konsequenz eines derartigen Prozesses mit nachfolgendem Urteil – wie Ihr das bisher anstrebt – wäre also staatliche Zensur im Sinne des Staates und nicht etwa im Sinne der Frauen. Es wäre eine Zensur, die in erster Linie Dinge treffen würde, wo fortschrittliche, sozialkritische Ansprüche vermutet werden.



Klageobjekt: „Stern"-Titel, auf denen Frauen in sexistischer Weise vermarktet werden





Wir sind der Meinung, daß reaktionäre und frauenfeindliche Kräfte Euren Ruf nach staatlicher Zensur als ein Fanal begreifen würden (und z.T. auch schon begriffen haben – siehe dazu den positiven Artikel in der „Bild"), um dann ihre Vorstellungen von Sittlichkeit, Ordnung und Würde der Frau „einzuklagen". Wir können uns nicht vorstellen, daß Ihr das beabsichtigt habt. Deshalb möchten wir Euch bitten, die Initiative zu dieser juristischen Klage zurückzuziehen und andere Wege zu suchen.

Mit solidarischen Frauengrüßen

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Paragraph 218 in Göttingen: »Entartete Kunst?«

Vom 21. - 28.6. wurde in der Göttinger Rathaushalle die Ausstellung „§ 218 – Bilder gegen ein K(l)assengesetz" von verschiedenen Göttinger Frauengruppen, dem Frauenzentrum, dem PH-Frauenreferat und der AG Frauen/KB gezeigt. Eine Westberliner Arbeitsgruppe § 218 hatte die Ausstellung zusammengestellt und ihre Ziele benannt: *„Einmal geht es uns um eine möglichst reichhaltige Dokumentation einer, nämlich der bildlichen Seite der Anti-§-218-Bewegung, und zwar mit dem Ziel einer Veranschaulichung der Vielfältigkeit, des Einfallsreichtums, der Kunstfertigkeit, aber auch der Konventionalität und Abgedroschenheit der zahlreichen Bilder zu diesem Thema."*

Für uns Frauengruppen war die Ausstellung im Zusammenhang mit einer Broschüre zur 218-Praxis in Göttingen und einer Veranstaltung mit ca. 300 Teilnehmern, auf der auch Vertreter von „Pro Familia" und einige Frauenärzte sprachen, Teil einer wieder verstärkten Öffentlichkeitsarbeit zur Problematik des § 218.

Reaktion der Presse: Nichts als Hetze

Bereits am 23.6. war in der Lokalpresse, dem „Göttinger Tageblatt" („GT"), ein Artikel mit dem Titel *„Das ist für Frauen ein Schlag ins Gesicht"* zu lesen. Die Schreiberin

Reaktion der Presse: Nichts als Hetze

Bereits am 23.6. war in der Lokalpresse, dem „Göttinger Tageblatt" („GT"), ein Artikel mit dem Titel *„Das ist für Frauen ein Schlag ins Gesicht"* zu lesen. Die Schreiberin
warf der Ausstellung „Geschmacklosigkeit", „Plattheit" und „plakative Anklagen" vor, bezichtigte die Frauengruppen eines *„allenthalben bekannten gestörten Verhältnisses ... zum einen wie zum anderen Geschlecht"*.

Im Vergleich zu den Tiraden der CDU-Frauen, allen voran die Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung, war das allerdings noch harmlos: „Hier wird ja Mord propagiert", „Das ist ja entartet und geistig minderwertig" und „Haben Sie denn gar kein Gefühl für Sitte, Anstand und Moral?" Sogar Besucherinnen, die sich positiv zu der Ausstellung äusserten, wurden angepöbelt: „Sie sind ja selbst noch Kinder, die Windeln und Töpfchen brauchen", und: „Es wäre gut gewesen, es hätte den § 218 vor 20 Jahren nicht gegeben, dann hätte ihre Mutter sie wenigstens gleich in den Mülleimer geworfen."

Nachdem Versuche der CDU, telefonisch beim Oberstadtdirektor bzw. Staatsanwalt ein sofortiges Verbot der Ausstellung zu erwirken, erfolglos geblieben waren, belästigte sie sogar offen einige jugendliche Besucher und Besucherinnen: mit dem Hinweis auf besagte „Sitte, Anstand und Moral" und die „jugendgefährdende Wirkung" der Ausstellung wurden einige teilweise handgreiflich vor die Tür befördert.

Man/frau fühlte sich angesichts dieser Stimmungsmache und Hetztiraden unwillkürlich daran erinnert, wie CDU-Bundestagsabgeordnete vor einiger Zeit in einer Staeck-Ausstellung die Plakate auf dem Boden zertrampelten ...

In einem Flugblatt kritisierten die Frauengruppen daraufhin die unsachliche Berichterstattung und die Verbotsdrohungen als einen Versuch, eine weitere Einschränkung der Meinungsfreiheit durchzusetzen – ein deutlicher Unterschied auch zu der Zeit, wo selbst die bürgerliche Presse sich noch für eine liberalere Handhabung des § 218 einsetzte!

AG Frauen
KB/Gruppe Göttingen

Polemik der „Courage" gegen P.P. Zahl

Unter der Überschrift „Alltagslyrik von P.P. Zahl" widmete die „Courage" in ihrer Juni-Ausgabe dem Genossen P.P. Zahl, der seit mehreren Jahren im Knast sitzt, recht merkwürdige Betrachtungen. Dort wird auf drei Seiten die schmutzige Wäsche der gescheiterten Ehe zwischen P.P. Zahl und seiner Frau Urte W. zum Anlaß genommen, um eine allgemeine und pauschale Kritik am Verhalten linker Männer zu führen. Die Frage ist allerdings, warum dies ausgerechnet an dem Fall eines Genossen aufgehängt wird, der im Knast sitzt und dort mit allerletzter Kraft um seine Persönlichkeit und Identität, vielleicht sogar um sein Leben kämpft.

Dabei macht die Artikelschreiberin sich nicht einmal die Mühe, auch nur ein Wort über die Situation von P.P. Zahl zu verlieren. Zudem führt sie die Kritik an P.P. Zahl in einer Art und Weise, die der in der Öffentlichkeit gegen ihn geführten Kampagne als unmenschlichen, gefährlichen Terroristen Vorschub leistet.

Zu den Anschuldigungen im Artikel selber: Der Artikel stützt sich im wesentlichen nur auf Ausschnitte aus Briefen, die zwischen P.P. Zahl und seiner Frau hin und her gingen. Urte W. selbst (geschweige denn Zahl) kommt nicht zu Wort. Die Journalistin schreibt hier angeblich stellvertretend für die Interessen von Urte W. Der Artikel enthält viele Einzelheiten und Anschuldigungen, die erst einmal nicht überprüfbar sind, bzw. deren Ursachen unklar bleiben, die aber in der Tat kein gutes Licht auf P.P. Zahl werfen.

Die einzig faktische Information in dem Artikel, daß Zahl z.Z. für seine Kinder keinen Unterhalt zahlt, scheint allerdings so nicht zutreffend zu sein. In einem Leserbrief (Juli-Ausgabe der „Courage") stellt der Schriftsteller und Rechtsanwalt Peter O. Chotjewitz hierzu einiges klar. Erst einmal weist er nach, daß Zahl infolge seiner vorwiegend politischen Tätigkeit kaum zum Schreiben gekommen ist und keine nennenswerte Einnahmen gehabt hat. Zweitens wurden die Prioritäten über die Verwendung der Einnahmen mit Urte W. abgesprochen und akzeptiert, wie Zahlungen an die Anstalt für die Erlaubnis schriftstellerischer Beschäftigung im Knast, eigene Finanzierung daraus folgender Kosten, und Kosten für einen ortsnahen Rechtsanwalt.

Anscheinend hat die Schreiberin des Artikels sich nicht einmal die Mühe gemacht, alle verfügbaren Informationen über die Situation von P.P. Zahl zu bekommen und zu prüfen, geschweige denn, sich ernsthafte Gedanken darüber zu machen, in welcher Situation sich politische Gefangene befinden. Wahrscheinlich hätten solche Überlegungen die vorgefaßte Tendenz des Artikels gestört: „*Wir haben es mit „freien" Männern zu tun. Ob sie links oder rechte sind, sie bedienen sich der gleichen Methode. Sie tauchen auf, sie tauchen unter, je nach Belieben, wie es die Politik verlangt. Ihre Politik verlangt es, ihr Befreiungsideal. Wir haben es mit unabhängigen, abkömmlichen ledigen Männern zu tun. Kinderlosen*".

Für die Gesamtheit der Frauen und Mütter zieht die Autorin daraus folgendes Fazit: „*In einer Welt, in der männliche Gangster Politik machen, werden Frauen notgedrungen apolitisch... Wir sind die gesammelte Ichlosigkeit im Gegensatz zu der Männerstruktur um uns herum und nicht mächtig z.B. einen einzigen Krieg in einem einzigen Land zu verhindern – geschweige den über uns ... Es wird unsere Politik nicht mehr geben, höchstens eine Politik der Erkenntnis: Es lohnt sich nicht mehr. Unsere Zeit ist um*".

Und als einzige „Widerstands"-form der Frauen führt die Schreiberin das Beispiel an, wo Urte W. zum Hammer griff, um die Druckmaschinen von P.P. Zahl zu zerstören, weil der Druck einer anarchistischen Zeitung für ihr Leben und das der Kinder mit nächtlichen Hausdurchsuchungen verbunden war.

Der ganze Artikel ist völlig durchdrungen von reaktionärster, im Grunde auch frauenfeindlicher und frauenverachtender Ideologie: Daß man (und warum nicht auch frau?) gegen dieses kapitalistische System kämpft, wird als das Privatvergnügen „der Männer" hingestellt, als gingen sie auf Großwildjagd. Ob „die Männer" nun anarchistische Zeitungen drukken, demonstrieren, streiken, – „die Frauen" und „die Kinder" sind angeblich die Leidtragenden. Also heißt es: Sich schön ducken, die herrschenden Verhältnisse ertragen, ja kein Risiko eingehen! Es ist die Ideologie derjenigen, die Frauen aufhetzen möchten, gegen ihre streikenden Männer Partei zu ergreifen.

Was hat all das mit den Interessen von Frauen und Kindern zu tun? Absolut nichts!

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Pro Familia in Bremen für freie Abtreibung

Die „Konkret" 7/78 berichtet über die Misere westdeutscher Frauen, die abtreiben müssen oder wollen, nach der „Reform" des § 218 und schreibt, daß immer noch 65.000 Frauen jährlich zur Abtreibung nach Holland fahren oder aber dem Pfuscher in die Hände fallen.

Dazu kommt, daß Frauen, die endlich einen Arzt gefunden haben, der aufgrund von Indikation den Abbruch vornimmt, schikaniert und ausgenutzt werden, oft eine Zwangssterilisation in Kauf nehmen müssen oder durch Spritzen mit Prostaglandin gequält werden.

Gerhard Amendt und Ise Scheinhardt von der „Pro Familia" Bremen fordern die ersatzlose Streichung des § 218; die Frau soll selbst entscheiden! Im Herbst wollen sie mit einem Modell beginnen, das den Frauen die Tortur erspart. Amendt: *„Für uns ist das Problem der Frau wichtig, nicht die Positionsliste der Kassen. Deshalb wollen wir nicht nur ungewollt Schwangere beraten und Indikationen ausstellen, sondern auch selbst Abbrüche vornehmen. Grundsätzlich akzeptieren wir die Entscheidung der Frau, wenn sie kein Kind will. Sie möchten das Kind nicht haben? Sie wissen, was Sie wollen? – OK! –".*

Nach dem Pro-Familia-Modell sollen Ärzte die Abtreibung nach der Absaugmethode vornehmen, und zwar in der Beratungsstelle. Amendt stellt sich das so vor:„ ...*Christine Meier wird zu uns kommen und um eine Indikation bitten. Die bekommt sie. Wenn sie möchte, wird sie von uns beraten, aber wir zwingen ihr das nicht auf. Zwischen der Indikation und dem Abbruch müssen 3 Tage liegen, ... und ein anderer Arzt wird den Abbruch dann vornehmen. Die ganze Zeit wird sie von einer Mitarbeiterin des Beratungsteams begleitet. Wenn Christine Meier z.B. aus Niedersachsen mit dem Zug kommt, kann sie dann vorher noch duschen, kann sich ausruhen und hat zuvor schon einen Termin nach ihrem Wunsch mit uns ausgemacht. Der Arzt erklärt ihr dann, wie der Eingriff aussieht und nimmt eine örtliche Betäubung vor. Auch während des Eingriffs wird er mit ihr über das reden, was e r tut und Christine Meier wird dann allein aufstehen und in den Ruheraum gehen. Da wird es dann Kaffee geben und – wenn sie möchte – auch Frauen, Psychologen und Sozialarbeiter für ein Gespräch. Sie kann ihren Mann oder Freund mitbringen, sie kann's aber auch lassen, und wenn sie Probleme hat, werden wir für sie da sein. Auch, wenn sie den ausdrücklichen Wunsch hat, sich sterilisieren zu lassen, oder ihr Mann das tun möchte. Denn Sterilisation wollen wir in Zukunft dann auch durchführen – und zwar von Mann und Frau".*

Damit das Modell nicht vom Ärzteverband kontrolliert wird, wollen die Berater einen Vertrag mit den Krankenkassen machen, dann läuft der Abbruch auf Krankenschein.

Finanziell unterstützt wird das Modell bisher bezeichnenderweise aus Holland von der „Stimezo", einem Verband von Abtreibungskliniken, die nicht am Profit orientiert sind. Außerdem haben die Berater einen Antrag auf Modellförderung beim Bundesgesundheitsministerium gestellt. Unterstützt wird das Projekt auch vom Hamburger Bezirksausschuß der IG Metall. Die Ärzte– laut Gerhard Amendt haben schon viele in Bremen Interesse bekundet – sollen ebenfalls bei der „Stimezo" – Stiftung ausgebildet werden.

Bleibt abzuwarten, was der Vorstand der „Pro Familia" dazu sagt!

In den nächsten Tagen erscheint im Rowohlt-Verlag ein Taschenbuch von Amendt und Scheinhardt mit dem Titel „Wir wollen nicht mehr nach Holland fahren".

Eine Genossin
der KB-Gruppe Flensburg

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Frau Renger hätte fast ihren Musterprozeß

Wir erinnern uns: Seit Ende 1975 „sucht" (die damalige) Bundestagspräsidentin Frau Renger eine Frau, die für ihre Arbeit weniger bezahlt bekommt als ihre männlichen Kollegen. Sie bekam auch einige hundert Zuschriften, behauptete aber, daß sich die Arbeit nicht völlig glich, oder war „enttäuscht", daß die Frauen, aus Angst um ihren Arbeitsplatz, dann doch nicht bereit waren, einen Prozeß zu führen.

Am 1.Mai dieses Jahres wandte sich die Bäckereigehilfin Irene Einemann aus Delmenhorst an Frau Renger. Sie arbeitet dort in einer Brotfabrik an einem Brotofen für bisher 6,86 DM die Stunde. Ihre Kollegen bekommen 8,24 DM und monatlich 100 DM außertarifliche Zulage. Mit DGB-Beistand und Unterstützung von Frau Renger und sogar SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr ging sie vor Gericht. Die Einigung kam jedoch vor dem Prozeß. Irene Einemann bekommt jetzt den gleichen Lohn und eine Nachzahlung vom 1.Jan. 1976 von 7000 DM. Leider kam es auf diese Weise nicht zum erwünschten Musterprozeß, auf den sich das Heer ungleich bezahlter Frauen dann berufen könnte.

Frau Renger wertete das Ganze jedenfalls als „Ermutigung für alle Frauen" und fordert uns auf, unsere Rechte nun ebenfalls geltend zu machen. Ein entsprechender Appell an die Arbeitgeber fehlte natürlich nicht.

So gesehen, hat dieser „Kampf" und dieser „Erfolg" weniger den Charakter einer Ermutigung unterbezahlter Arbeiterinnen (welche Frau kann schon mit soviel Prominenz im Rükken vors Gericht ziehen??), sondern eher die Funktion, den Frauen einzureden, daß es ja nur an ihnen selbst liegt, wenn sie weiter ungleich bezahlt werden.

Chemiekommission
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg: Parteiaustritte aus der SPD

Anlässlich einer Veranstaltung „Journalistinnen fragen Politiker" am 23.5.78 in den Hamburger „Markthallen" verfaßten 23 Frauen der F.R.A.U. (Forum für die restlose Abschaffung der Unterdrückung – eine Hamburger Frauengruppe) und der Verein „Frauen helfen Frauen" einen Brief an den Landesvorstand der SPD-Hamburg, in dem sie die frauenfeindliche Haltung der SPD anprangert. Dem Brief beigelegt waren gleichzeitig die Parteibücher zweier Frauen, die nicht länger als Mitglieder dieser Partei zählen wollen. Wir drucken ihren Brief im Wortlaut ab: *„Zu dieser Veranstaltung waren Politikerinnen der drei in der Bürgerschaft vertretenen Parteien von Journalistinnen eingeladen. Die SPD war durch Wiltrud Rehlen und Jan Ehlers vertreten. Abgesehen von der Uninformiertheit, die Herr Ehlers bot (hält die SPD das Thema ‚Frauen' für so unwichtig?), maßte er sich an, einen Lebensplan für Frauen zu entwerfen: Drei Phasen, denen er sich nicht aussetzt: Ausbildung – und bezahlte Familienpflichten(?) – Berufstätigkeit.*

Aber damit nicht genug! Herr Ehlers hatte die Stirn, Mißhandlungen an Frauen als eine Modeerscheinung zu bezeichnen, gemeint war wohl, daß das engagierte Eintreten von Frauen für Frauen nur eine Mode sei. Die Tatsache, daß Politiker nicht wahrnehmen wollen, daß Frauen geschlagen und vergewaltigt werden, ist bereits ein Skandal. Die Aktionen von Frauen für Frauen als eine Modeerscheinung abzuqualifizieren, ist grenzenloser Zynismus.

Kann die SPD einen solchen Mann noch länger in ihren Reihen dulden? Dieser Mann dürfte die SPD einige Wählerstimmen kosten. Das war die einhellige Meinung im Saal".

Es folgen die Unterschriften.

Nachtrag

Wir sind darauf aufmerksam gemacht worden, daß wir bei unserem Interwiew mit Rechtsanwalt Frommann, dem Anwalt von Irmgard Möller, keine Adresse und auch kein Spendenkonto angegeben hatten. Wir wollen dies hiermit – wenn auch mit Verspätung – nachholen:

Rechtsanwalt Rainer Frommann
Müllerstraße 144
1 Berlin 65.

Spenden bitte unter dem Stichwort „Möller" an die Berliner Diskontobank Nr. 675/3818.

Zur Frauenpolitik der PCF

Die Genossinnen werden rebellisch!

Am 11./12. Juni wurde in „Le Monde" ein Papier von Fünf Genossinnen der PCF veröffentlicht, in dem sie zur Haltung ihrer Partei der Frauenbewegung und Frauenunterdrückung gegenüber Stellung nehmen. Das Papier ist ein starker Protest gegen die Linie der Partei in dieser Frage — klar, daß die „Humanité" (Zeitung der PCF) die Veröffentlichung des Papiers abgelehnt hat. Gleichzeitig mit Erscheinen des Papiers in „Le Monde" hat ein Wochenendseminar der Parteispitze, an dem sich auch George Marchais beteiligte, zur Frage der Frauenpolitik stattgefunden.

PCF gegen die Fraueninteressen

In ihrem Kritikpapier geht es den PCF-Frauen hauptsächlich um die Nichtbeachtung und Geringschätzung des Widerspruches zwischen den Geschlechtern und um die inhaltsleeren Sprüche der Partei zur Frauenpolitik insgesamt: *»Die Arbeit unserer Partei wird dort* (im Bericht des Zentralkomitees im April 78) *gewürdigt als ‚ein sehr viel wichtigerer Beitrag zur Befreiung der Frau als tausend Reden derjenige, die uns in dieser Arbeit etwas beibringen wollen. Es wird uns gesagt, daß unsere Arbeit sicherlich bereichert und verbessert werden muß; als kommunistische Frauen haben wir in diesem Bericht Elemente einer Analyse gesucht, die diese Verbesserung begünstigen könnten. Welche Enttäuschung!«* Die Genossinnen gehen im folgenden darauf ein, was die Partei an Frauenpolitik vorzuweisen hat: *»Reden, Anträge, Sitzungen des Zentralkomitees, Initiativen, die nicht gerade belanglos waren, die aber nicht ausreichten, um rückschrittliches Verhalten in Frage zu stellen oder auszumerzen. Man wird uns jetzt das ‚Rahmengesetz für die Frau und die Familie' entgegenhalten, das in der Nationalversammlung von der Partei als Höhepunkt einer massiven Kampagne zugunsten der Frauen eingebracht worden war. ... Ist sein Text nicht in der Regel in den Schubladen unserer Sektionen verschimmelt? Ist es von den ‚220000' kommunistischen Frauen und unseren männlichen Genossen besprochen und diskutiert worden? Durch wen ist es vorgebracht worden? Von drei Frauen und 70 Männern (!), das heißt der kommunistischen Fraktion in der Nationalversammlung. In der letzten Zeit haben wir sicherlich einige Artikel in unserer Presse zur Frage der Gewalt an Frauen gelesen ... Aber hat die Partei die Mobilisierung gegen die sexuelle Gewalt gegen Frauen in all ihren Formen, gegen die tägliche Gefahr und die Angst der Frauen, unterstützt? Der Bericht erinnert diskret daran, was ‚kurz vor den Wahlen' unternommen worden ist. Was war das denn? Zwei Versammlungen in der Mutualité* (großes Gebäude für Veranstaltungen in Paris). *Die Information darüber war einmal mehr sehr diskret. Die kommunistischen Frauen waren nicht gerade zahlreich. ....waren die Diskussionen zwischen Kommunistinnen und Nicht-Kommunistinnen vielversprechend und zeugten von einem Neubeginn des politischen Lebens. Es war eine Öffnung und wir erwarteten uns viel davon. Kein Wort davon in der ‚Humanité'. Wenige von uns wußten überhaupt, was dort gewesen war. Wozu organisiert man dann überhaupt solche Veranstaltungen? Das sind so einige Beispiele der ‚politisch mündigen Aktionen', mit denen unsere Partei sich herausputzt.*

Warum müssen all diejenigen, die das Wort ergreifen, die sich engagieren, die informieren, die sich als erste für Verhütungsmittel, freie Abtreibung, gegen Gewalt an Frauen eingesetzt haben und die versucht haben — mehr schlecht als recht — den Klassenkampf und den Kampf der Frauen miteinander zu verbinden, warum müssen sie alle als Lehrmeisterinnen beschimpft und ‚dürre Scharen von Berufsfeministinnen' beschimpft werden (J. Frémontier in der „Humanité-Dimanche" vom 8. Juni 1975)?«.

Es geht den Frauen aber nicht nur darum, daß Frauenpolitik von der PCF fast gar nicht gemacht wird, sondern auch darum, dort wo sie gemacht wird, ihre Ausrichtung kritisch unter die Lupe zu nehmen: *»Z.B. gibt es nur wenige Texte, wo das Wort Frau nicht sofort mit dem Wort Familie verbunden wird«.* Und in Anspielung auf das Rahmengesetz für Frau und Familie, dessen Notwendigkeit sie nicht leugnen, stellen sie die Frage: *»Wo wird wohl sein Anwendungsgebiet, seine Zielgruppe sein, wenn es nicht Gegenstand ideologischer Auseinandersetzung gewesen ist?«*

Eine Erklärung für diesen Kurs, dieses »Hinterherhinken« der Partei in Sachen Frauenpolitik findet sich im Ansatz in den Worten von George Marchais vom Dezember 1977: *»Wir sind ‚Feministen', wenn das heißt, daß Männer und Frauen, Arbeiter und Arbeiterinnen, wie es manchmal geschieht, gegeneinander ausgespielt werden sollen«.* Die Genossinnen haben dafür nur einen Kommentar: *»Ob George Marchais will oder nicht, dieser Widerspruch reduziert sich nicht auf den Versuch von wenigen, die ihn gerne konstruieren wollen, er besteht! ... Sicherlich spricht die Partei von ‚speziellen Unterschieden', aber das geschieht gleichzeitig, um sie ins Schlepptau des generellen Kampfes gegen das ‚Großkapital' zu nehmen und damit die Besonderheit dieses Widerspruchs zu verwässern. ... Für die PCF ist der bevorzugte Ort der Ausbeutung der Frauen der Beruf. Indem dieser Aspekt bevorzugt wird, läßt man die anderen Gebiete und Orte der Ausbeutung und Unterdrükkung verschwinden, das sind die Ehe und die Familie«.* Und die innerparteiliche Situation der Frauen in der PCF sieht anscheinend auch nicht so aus, wie sie gerne von den Funktionären dargestellt wird: *»Sich von der herrschenden Ideologie befreit zu erklären, weil man in die Partei eintritt, behindert Männer und Frauen in reaktionärer Weise. ... Mit unseren 220000 Frauen seien wir die ‚Partei der Frauenbefreiung' — so sagt man uns. Zahlenargumente sind kein Beweis: man kann Frau sein und trotzdem rückschrittliche Haltungen haben. Als vor einiger Zeit innerhalb der PCF Frauenkommissionen eingerichtet wurden* (die von der Leitung toleriert werden müssen, ohne daß sie im Statut der Partei verankert sind), *dachten viele, daß damit auch eine Öffnung in der Frauenpolitik innerhalb der Partei damit einhergehen würde; doch es kam anders. »Aber die Frauen, die sich in diesen Kommissionen die Sache zu Herzen genommen haben, werden oft schnell entmutigt. Vielfache Verbote oder eine unentschiedene Haltung seitens der Leitungsgremien, Interesselosigkeit oder Feindseligkeit seitens der Männer. ... Die Frauen sind (was die Information betrifft) isoliert vom Kampf der anderen Frauen außerhalb und isoliert untereinander innerhalb der Partei. Jüngstes Beispiel: Es gab in der gesamten Parteipresse keine einzige Information über die Veranstaltungen und Protestaktionen gegen die Gewalt und die Folter, die der jungen Deutschen Heide Kempe angetan worden sind, als sie in den Händen der Polizei war«.*

Zum Schluß des Papiers bringen die Frauen ihr Anliegen und ihre Kritik noch einmal auf den Punkt: *»Wir müssen uns zuallererst die Realität betrachten, uns vor Augen halten, daß die Unterdrückung der Frauen durch die Männer eine Realität ist, dieser Tatsache Rechnung tragen und erkennen, daß der Kampf gegen diese Unterdrückung – wei. davon entfernt die revolutionäre Bewegung zu spalten – sie nur vorwärtsbringen kann.«*

Die Reaktion der Parteiführung

Die Antwort der Parteiführung auf dem Wochenendseminar zu Frauenfragen ist — typisch Revisionisten — eine einzige Mauschelei und Schönfärberei. Mit keinem einzigen Wort wird auf die konkreten inhaltlichen Aussagen und Vorwürfe der fünf Genossinnen eingegangen, sondern in einer beispiellosen Plattheit alles, was nach Kritik an der PCF-Politik riecht, mit dem Stempel »parteifeindlich« belegt: In ihrem Bericht betont Madeleine Vincent, Mitglied des Politbüros der Partei, daß die laufende Diskussion unter Kommunisten *»eine grundlegende Übereinstimmung zum Ausdruck bringt und das intensive demokratische Leben der Partei darstellt. Aus dieser Reichhaltigkeit komnt folgerichtig die Idee, daß dieses demokratische Leben noch verbessert werden muß, um noch mehr die mutige Politik unseres 22. Parteikongresses voranzubringen. Das hat nichts mit der Fraktionsarbeit einiger Kommunistinnen zu tun, die mit ihrem Tun nur die Schwächung der Partei im Auge haben«.* Nachdem sie die *»Einschätzung des globalen Rückstands, dessen uns diejenigen beschuldigen, die — in diesen Fragen wie auch in anderen — ihrer Partei alle Schuld geben«* zurückgewiesen hat, bemerkt Madeleine Vincent: *»Wir haben erkannt, daß diese Rückstände vor einigen zwanzig Jahren in Bezug auf Verhütungsmittel und die Abtreibungsfrage bestanden haben. Ein Rückstand während einer bestimmten Zeit in einer Frage, ein Rückstand, der seit mehreren Jahren aufgeholt ist, jawohl. Ein genereller Rückstand — nein. Aber hat nicht dieses ganze Geschrei über unseren angeblichen Rückstand zum Ziel, unsere Avantgarde-Rolle in der Frauenfrage wie auch in anderen Fragen zu verschleiern?«* Im weitern schlägt sie dann vor, eine nationale Aktion zu starten, mit der Forderung der finanziellen Absicherung der Abtreibung durch die Sozialversicherung. Sie empfielt darüber hinaus *»eine fortwährende ideologische Kampagne gegen rückschrittliche Meinungen und frauenfeindliche Vorstellungen«.* Die PCF müsse gleichermaßen *»dazu beitragen, den Rückstand in der Beteiligung der Frauen an allen sozialen und politischen Verantwortungen aufzuholen«.* Sie erinnerte dabei daran, daß 30% der kommunistischen Abgeordneten in den Parlamenten von Städten mit mehr als 30000 Einwohnern Frauen sind und daß von 18 weiblichen Deputierten 12 Kommunistinnen sind. Da sieht man doch, was die PCF für die Frauen tut — und wie gleichberechtigt sie innerhalb der Partei sind.

Und der Angriff auf die Frauenbewegung folgt auf dem Fuß: *»Hinter diesen Gruppen findet man die Lique Communiste* (Trotzkisten, Anm. AK) *und mehr und mehr die PS* (Sozialistische Partei), *die verschiedenartigste Unterstützung für ihre rechte Politik sucht und die mit allen Mitteln versucht, ihren Rückstand in Bezug auf Aktionen zur Frauenfrage einzuholen. ... Wie sind diese Gruppen orientiert? Sie versuchen natürlich, dies Gefühl der Empörung gegen die Ungleichheiten, das neue Bedürfnis der Frauen, sich zusammenzutun und sich zu engagieren aufzufangen — alles Dinge, die wir Kommunisten sehr, sehr positiv finden. Aber sie führen sie nicht zum Handeln und geben ihnen nicht die Stoßkraft, die notwendig ist, um die Situation der Frauen voranzubringen. Es handelt sich nicht um Organisationen der Einheit. Sie haben nicht das geringste Programm, so beschränkt es auch sein könnte. Ihre einzige Aktivität ist eine Agitation, die sich voll und ganz gegen die Männer im allgemeinen richtet und nicht gegen die Herrschenden und das Großkapital. Diese Gruppen haben sogar damals zum Wahlboykott aufgerufen und besonders zur Kampagne ‚gegen die Parteien', von der man weiß, daß sie sich vor allem und hauptsächlich gegen die kommunistische Partei gerichtet hat. ... Wir glauben auch nicht, daß es gut ist, wenn Parteiorganisationen sich mit diesen Gruppen zusammentun, deren Zielsetzung weder unseren Zielen noch unserer Politik des breiten Zusammenschlusses entspricht. ...*

Was uns betrifft, so halten wir auch die Organisierung einer Strömung innerhalb der Partei wie jede andere Strömung für gefährlich. Die Wirksamkeit unserer Politik unter den Frauen, ihre Reichhaltigkeit gründet sich gerade auf die Tatsache, daß sie eine gemeinsam unternommene Sache der ganzen Partei ist und in diesem Sinn müssen wir Verbesserungen vornehmen. Deswegen müssen wir entschieden bestimmte Versuche zurü k-weisen, ‚Frauengruppen' innerhalb der Partei zu gründen, eine Initiative, deren Ziel und deren Ursprung dieselben sind wie verschiedene fraktionelle Aktivitäten gegen die demokratischen Funktionsstrukturen der Partei« („Le Monde", 14.6.78).

Wie recht die fünf Genossinnen mit ihrer Stellungnahme und Kritik hatten, wird wohl an diesen Worten deutlich! Wenn sich jemand mit ihnen in Verbindung setzen möchte, hier ihre Kontaktadresse:

Annie Méjean
71, rue du Cardinal-Lemoine
75005 Paris

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Birkenhof-Skandal aus erster Hand:

Eine ehemalige Heim-Insassin berichtet!

Anlässlich einer Tagung zur Heimerziehung am 1. und 2. Juli in Bremen hatten wir die Möglichkeit, mit einer Frau, die längere Zeit im „Birkenhof", „erzogen"wurde, ein längeres Interview zu machen. Der „Birkenhof" ist inzwischen (nach dem Isenbergheim in Bremen) das zweite Mädchenheim, das in die öffentliche Schußlinie gerät – werden doch die Mädchen dort wie im Gefängnis eingeschlossen, müssen ohne Bezahlung arbeiten, werden in jeder Hinsicht schikaniert und haben kaum Ausgang, geschweige denn überhaupt Kontakte nach außen.

**Bei der genauen Darstellung der Lebensumstände der Mädchen im Heim, die im Interview zum Ausdruck kommen, wird unsere Forderung noch einmal nachdrücklich bestätigt:
Der Birkenhof muß weg !!!**

Eine Genossin der KB/Gruppe Hamburg

Frage: *Im Birkenhof sind ja angeblich nur sogenannte „schwer erziehbare" Mädchen untergebracht. Was war bei Dir der Grund , in den Birkenhof zu kommen und wie lange warst Du da?*
Antwort: Ich war im Birkenhof so etwa ein Jahr, von 1974 bis 1975; fünfzehn Jahre war ich da alt. Vorher war ich anderteinhalb Jahre im Liner-Haus in Celle, was ein offenes Heim ist, weil es keine solchen Zäune hat wie der Birkenhof, und da wird auch nicht gearbeitet. Wenn man im Liner-Haus abhaut, nach dem dritten Mal eigentlich schon, wird man ins geschlossene Heim eingewiesen. Und bei mir war das 7 mal gewesen, dann bin ich in den Birkenhof gekommen. Der Grund, weshalb ich überhaupt ins Heim gekommen bin, war erstmal, daß meine Stiefmutter mich nicht mehr haben wollte, daß ich mich unheimlich oft mit der in der Wolle hatte, naja, und daß ich dann abgehauen bin von zuhause, nachts weg war und auch ein paar Mal beim Klauen erwischt wurde und auch eben viel Schule geschwänzt habe. Und die Schule hat sich dann eingeschaltet, sich beim Jugendamt gemeldet und dort erzählt, daß es nicht
Und die Schule hat sich dann eingeschaltet, sich beim Jugendamt gemeldet und dort erzählt, daß es nicht
mehr ginge mit mir. weil mich keine Schule mehr nehmen wollte. Und meine Mutter ist auch zum Jugendamt gegangen.
Frage: *Hat das Jugendamt und die Schule vorher einmal mit Dir darüber geredet, sich mit Dir darüber auseinandergesetzt, warum Du eigentlich die Schule schwänzt, warum es Dir zuhause stinkt usw.?*
Antwort: Es war so: nachdem meine Mutter zum Jugendamt hingegangen ist, habe ich eine Fürsorgerin gekriegt aber ohne daß ich das wußte.
Frage: *Die kanntest Du also gar nicht?*
Antwort: Ne, die kannte ich nicht, die gab's dann bloß schon einfach . Ich habe dann eine Akte gekriegt beim Jugendamt und da stand dann eben alles drin, was meine Mutter und die Schule erzählt hat. Also diese Frau, diese Fürsorgerin, ist nie zu mir gekommen. Eine Woche vorher hat sie denn bei der Familie, wo ich immer hingegangen bin, wenn ich mit meinen Eltern Schwierigkeiten hatte, angerufen und hat gesagt, daß ich nächste Woche ins Heim eingewiesen werden müßte. Meine Klassenlehrerin hat ein oder zwei Mal mit mir geredet darüber, warum ich denn immer gefehlt hätte. Da habe ich dann gesagt, daß ich es zuhause nicht mehr aushalten würde und daß ich gern von da wegmöchte. Das haben die dann später so ausgelegt, daß ich selbst ins Heim wollte, weil ich ja den Wunsch geäußert hätte, wegzukommen von zuhause.
Frage: *Du hast vorhin gesagt, daß Du aus dem ersten Heim, dem Liner-Haus, 7 mal abgehauen bist. Wie hat das genau ausgesehen und was waren die Gründe dafür?*
Antwort: Es war im Liner-Haus so, daß man eigentlich, wenn Ferien waren, nach Hause fahren konnte; wenn man Eltern hatte oder irgend jemand, der sich dazu bereit erklärte, einen aufzunehmen. Und das erste Mal, nach einem halben Jahr, durfte ich dann auch auf Urlaub fahren,zu dieser Familie, von der ich vorhin erzählt habe. Später ging das dann nicht mehr, und zu meinen Eltern durfte ich nicht, das wurde mir verboten vom Jugendamt, weil sie Angst hatten, daß ich da wieder abhaue. Na, und da kam der nächste Urlaub, und da habe ich unheimlich viele Leute angeschrieben, meine Schwester, Oma, alle möglichen Leute und alle haben abgesagt, daß sie mich nicht haben wollten und so. Und das gleiche passierte im Sommer, da sind wir dann aber vom Liner-Haus aus nach Italien gefahren. Alle Mädchen, die nicht nach Hause konnten, 20 ungefähr, die sich auch einigermaßen gut geführt hatten, durften da mit. Kurz danach bin ich dann das erste Mal richtig abgehauen, so einen Tag lang war ich weggewesen, weil es in Italien unheimlich schlimm war. Ich hatte mich echt darauf gefreut, Italien, Urlaub, Sonne und so, aber da haben eine die Erzieherinnen nur gescheucht. Als ich wiederkam vom Abhauen ging es dann gleich los – eine Woche Gartenarbeit, obwohl noch Ferien waren; nicht mit zum Schwimmen gehen und ich mußte von meinem Einzelzimmer ins Dreierzimmer rein. Ich bin deswegen kurz darauf gleich wieder abgehauen, und dann immer wieder, dann bin ich immer wieder weggelaufen. Und dann bin ich in die geschlossene Gruppe gekommen, da ist auch alles abgeschlossen, Türen und Fenster, so Birkenhofstil, und da war ich drei Monate drin, da hatte ich nicht die Möglichkeit wegzukommen. Als ich da rauskam, bin ich wieder abgehauen, und dann hat mich das Liner-Haus nicht mehr aufgenommen, und ich bin dann in den Birkenhof gekommen.
Frage: *Ist euch eigentlich öfter mit dem Birkenhof gedroht worden, so in dem Stil, wenn ihr nicht pariert, kommt ihr in ein noch schlimmeres Heim?*
in dem Stil, wenn ihr nicht pariert, kommt ihr in ein noch schlimmeres Heim?
Antwort: Es wurd grundsätzlich mit dem Birkenhof gedroht, und es wurde auch erzählt, wie es im Birkenhof ist, daß da eben diese ganzen Zäune sind und so. Ich habe unheimliche Angst davor gehabt,in den Birkenhof zu kommen, und als ich dann an dem Tag erfahren habe, daß ich jetzt abgeholt werde in den Birkenhof, habe ich noch größere Angst gehabt.
Frage: *Und haben sich Deine Ängste voll bestätigt?*
Antwort: Die haben sich total bestätigt. Vor allem die erste Zeit hatte ich es reichlich schwer im Birkenhof. Die haben mich vom Jugendamt da hingebracht, und ich hatte mir vorgenommen, daß ich unterwegs aus dem Auto rausspringe, irgendwo an einer Ampel oder so. Aber es war alles automatisch an dem Auto, weder Türen noch Fenster konnten von mir aufgemacht werden. Die Türen gingen erst wieder auf, als wir im Gelände drinne waren. Und da waren meine Sachen schon alle da vom Liner-Haus, und dann hat die Heimleitung gesagt, wir warten schon auf Dich und wir freuen uns auf Dich und zu meiner Fürsorgerin hat sie gesagt, daß sie mein Fahrrad gleich mitnehmen könnte, das brachte ich nicht, dafür gäb's gar keine Möglichkeit. Es war ganz schön schlimm gewesen. Dieses erste Erlebnis, daß man das Gefühl hat, da kommste nicht wieder raus, wenn Du da einmal drin bist.

Am anderen Tag wurd ich erstmals als Putze in der Gruppe eingeteilt - die ersten 3 Tage mußte man saubermachen, weil man da eben fluchtgefährdet war. Die ersten Tage bestanden echt nur darin zu putzen. Nach diesen drei Tagen konntest du dir überlegen, welche Arbeit du annehmen wolltest – ob in der Gärtnerei, Wäscherei, Nähstube, Küche oder Weberei. Bei mir in der Gruppe waren vorwiegend Mädchen in der Wäscherei, und die sagten dann natürlich, geh' in die Wäscherei.
Frage: *Wie lief das da ab in der Wäscherei?*
Antwort: Da waren die Arbeitserzieherinnen und die haben mich dann eingeteilt. Erst nasse Wäsche ausschlagen, und das steigert sich dann, was du machen kannst. Später kommst du dann an die Mangel, was auch einfacher für dich ist, als den ganzen Tag die nasse Wäsche zu kloppen. Es ist wirklich harte Arbeit in der Wäscherei – von 8 bis 12 Uhr, eine halbe Stunde Mittagspause mit Zigarette und so, und dann bis um 5 Uhr weiter.
Frage: *Und was habt ihr verdient?*
Antwort: Überhaupt nichts, nur unsere 45.- Mark Taschengeld im Monat haben wir gekriegt.
Frage: *Wieso, was ist denn mit dem Verdienst passiert ?*
Antwort: Vom Verdienst wurde überhaupt nicht geredet, die 45, Mark sind Taschengeld gewesen und die Arbeit war „Freizeitbeschäftigung" und keine Arbeit gewesen – so wurde das jedenfalls dargelegt . Wenn wir keine Lust hatten zu arbeiten und wir irgendwo rumgesessen haben und die Erzieherin kam dann an, wir sollten doch arbeiten und so, dann haben wir gesagt, wir haben keine Lust, warum sollen wir denn überhaupt arbeiten, wir haben uns doch die Arbeit nicht ausgesucht. Und dann kam von der Erzieherin, daß wir schließlich hier wohnen und hier zu essen kriegen und wie das denn draußen aussehen würde, wenn jeder alles geschenkt kriegte, die Wohnung und so. In solchen Sachen wurde alles total verglichen mit draußen, so als ob wir da mal irgendwann hingegangen sind zum Birkenhof und gefragt haben, ob da noch ein Zimmer frei ist. So in dem Stil haben die uns das immer erzählt, auch wenn wir gesagt haben, daß wir nicht freiwillig hergekommen sind, daß das ja vom Jugendamt die Idee war, dann sollen die das auch bezahlen. Da gab's dann immer nur Theater, und uns wurde gesagt, wenn du frech bist, kannst du ja ausziehen, aber wie willst du denn ausziehen?!
Frage: *Hat es mit euch überhaupt mal darüber Debatten gegeben, wie es wäre, eine Ausbildung zu machen oder außerhalb des Heimes eine Arbeit anzunehmen, die euch noch ein bißchen Spaß gebracht hätte?*
Antwort: Geredet wurde da so gut wie gar nicht drüber, wenn, dann mußte man schon selber auf die Idee kommen, daß man ja auch mal was



anderes machen könnte, als nur in der Wäscherei und so. Da kam es dann auch noch immer drauf an, wie lange man da war und dann kam es schon vor, daß die Erzieherin überlegt hat, daß man ins Außenheim geht und wenigstens seinen Volksschulabschluß endlich mal zu Ende kriegt. Aber daß man rausgegangen ist zum Arbeiten und wieder abends reingekommen ist, also das gab's überhaupt nicht. Und die Arbeit, die wir gemacht haben, war eben einfach nur Arbeit und keine Ausbildung gewesen.
Frage: *Und was lief nach dem Arbeitstag so ab?*
Antwort: Erstmal mußten nach dem Abendbrot alle Ämter erledigt werden, das war so das erste. Wenn man Abwasch hatte z. B., dann war ne Dreiviertelstunde erst mal wieder verloren gegangen. Und das andere war dann Tagesraumfegen und so'n Kram. Einmal in der Woche war Zimmerputz, und der lief bestimmt bis abends acht oder neun Uhr. Also Zimmerputz, das war so, wie Tanten ihren Frühjahrsputz machen: daß alle Fenster geputzt werden, und dann alles mit Bohnerwachs, alles auf'n Kopp, alles mußte raus aus den Zimmern.

Und sonst, von den Erzieherinnen wurde kaum etwas angeboten, da mußte man sich schon selbst beschäftigen. Aber größtenteils war das nur Rumsitzen gewesen, und eigentlich waren wir immer nur scharf darauf, daß wir den Plattenspieler anmachen durften. Das war das einzigste und ab und zu mal fernsehen.
Frage: *Durftet ihr den Plattenspieler nicht immer anmachen?*
Antwort: Der Plattenspieler durfte nur sonnabends angemacht werden und höchstens noch Sonntagnachmittag und wenn Geburtstag oder irgend etwas Besonderes war. Fernsehen war 2mal in der Woche, ich glaube mittwochs und sonnabends, und manchmal auch sonntags noch.
Frage: *Wie war es denn mit Lesen, gab's da auch eine genaue Bestimmung?*
Antwort: Also mit Lesen war das schlimm; in der Gruppe selbst gab's etwa 20 Bücher und dann war'n das alles diese Mädchenbücher, ich weiß nicht mehr, wie die alle hießen – „Hanni und Nanni" oder so. Diese komischen Bücher eben, die lagen da rum. 20 Gesangsbücher lagen da auch noch rum, die konnte man dann auch wohl noch lesen, im Notfall, wenn man nichts anderes hatte. Ich habe mir oft von den Erzieherinnen Bücher mitbringen lassen, da habe ich dann Simmel und so'n Mist gelesen zu der Zeit. Was anderes wurde auch gar nicht angeboten, das kannte man gar nicht, daß es überhaupt auch andere Bücher gibt. Und die Groschenromane waren verboten gewesen, die durften nicht gelesen werden, auch Gruselkram und sowas nicht.
Frage: *Und wann mußtet ihr schlafen gehen?*
Antwort: Um 9 Uhr war allgemeines Zubettgehen, Waschen und dieser Kram. Neun Uhr dreißig wurde das Licht ausgemacht – von draußen. In den Zimmern gab es weder einen Lichtschalter noch Steckdosen, und wenn dann abends die Erzieherin das Licht ausgemacht hatte, dann blieb es auch aus, die ganze Nacht. Kerze und Streichhölzer durftest du nicht im Zimmer haben; wenn die das rauskriegten, konnte dir passieren, daß du 3 Tage Rauchverbot gekriegt hast dafür.
Frage: Wenn du dich jetzt im nachhinein so erinnerst, was war eigentlich dein schlimmstes Erlebnis im Birkenhof?
Antwort: *Bei mir war das Schlimmste die Sache mit dem Frauenarzt, wo man gleich hinmußte, wenn man in den Birkenhof kam. Der Frauenarzt hieß bei uns Pflaumi, ich weiß bis heute nicht, wie der richtig hieß, dieser alte Kerl. Der gute Freund war ca. 80 gewesen, wenn nicht sogar schon älter, nee, ganz sicher, der muß schon über 80 gewesen sein. Du mußtest dann auf einer Bank warten und dann kam Pflaumi irgendwann und schlich dann so'ne ganze Zeit an dir vorbei, bis er in sein Arztzimmer ging. Da wurde einem richtig schwindelig, und ich habe eine furchtbare Angst gehabt, wenn ich da saß und reinmußte zu dem. Wenn man dann auf den Stuhl mußte, das war so richtig ekelig, weil der halb auf einem draufhing, der Kerl. Als ich einmal abgehauen war, hatte ich mir einen Tripper geholt und mußte deshalb 8mal zu dem, das war unheimlich schlimm. Ich hatte das auch verweigert, ich wollte zu einem vernünftigen Arzt gehen und nicht zu so.'m alten Opa. Weil da auch Gerüchte rumgingen, daß da Mädchen waren, die hatten schon so'n Bauch gehabt, da konnte jeder sehen, daß die schwanger warn, aber Pflaumi hatte das immer noch nicht festgestellt. Der hat ja allein schon 4 Abstriche gemacht, bis der überhaupt erst mal wußte, daß du einen Tripper hast.*
Frage: Ihr hattet also überhaupt nicht die Möglichkeit, zu einem anderen Frauenarzt zu gehen?
Antwort: *Nein, das gab's nicht. Da gab's nur den einen, das gleiche war mit dem Zahnarzt und der praktischen Ärztin. Das war auch eine alte Schrulle, die war auch schon 60, die Doktorsche. Es gab wirklich keine, die mal freiwillig gesagt hätte, daß sie untersucht werden wollte, das lief einfach nicht. Ich habe heute noch Angst, wenn ich zum Frauenarzt gehe.*
Frage: Es ist ja bekanntgeworden, daß trotz der knastmäßigen Absicherung des Birkenhofes wahnsinnig viele Mädchen abgehauen sind. Kannst du mal erzählen, wie das so abgelaufen ist? Und wie war das bei Dir, hast du deinen Rekord vom Liner-Haus gehalten?

Antwort:*Ich selbst bin nur ein Mal vom Birkenhof abgehauen, ich bin später vom Außenheim viel abgehauen. Ich habe das irgendwo nicht geschafft, da oben über den Zaun zu kommen. Bei dem einen Mal habe ich mit noch einem Mädchen mit einer Zange den Zaun aufgemacht. Aber sonst wurde bei uns viel abgehauen, wir hatten zeitweise nur 3 von 12 Mädchen in der Gruppe, weil der Rest weg war. Im Sommer vor allem, da laufen eben alle weg. Im Winter ist das blöd, im Sommer dakannste immer noch mal draußen schlafen, da biste nicht so drauf angewiesen, dir irgendjemanden zu suchen, wo du pennen kannst. Im Winter ist es eben schlimm, wenn man abhaut, dann kommste von der Arbeit und dann haste ja auch keinen Mantel an, das ist ja alles auf dem Gelände, da biste ja nicht drauf eingestellt. Allein, wenn die Erzieherin morgens merkt, daß du mehr als eine Unterhose anziehst, dann denkt die natürlich auch schon weiter. Also wenn wir abgehauen sind, dann haben wir gleich 5 oder 6 übereinandergezogen, weil wir ja draußen auch welche brauchten.*
Frage: Ist das Abhauen so spontan gelaufen oder richtig planvoll?
Antwort: *Größtenteils war es, glaube ich, daß es einfach so kam, daß man die Schnauze voll hatte und dann die nächste Gelegenheit genutzt wurde. Das kam eigentlich mehr so auf einmal. Aber es gab auch richtige Ausbrüche bei uns in der Gruppe, wo ich nicht mit abgehauen bin, wo ich aber mitgeholfen habe, wo dann nachher nur noch 3 Mädchen dawaren. Naja, und dann hat mal ein Mädchen nach der Arbeitszeit [nach der Arbeitszeit besteht eigentlich keine Möglichkeit mehr, abzuhauen, weil dann alles dicht ist im Haus, dann kommste ja aus dem Haus nicht mehr raus], da hat also dieses Mädchen einer Erzieherin gesagt, sie solle da irgend so einen Raum aufschließen und hat dann die Erzieherin da reingeschubst, die Tür abgeschlossen und das Schlüsselbund geklaut, und dann sind alle abgehauen und über'n Zaun rüber.*

Ich habe auch das Mädchen gekannt, die aus dem Fenster rausgeflogen ist. Die ist unheimlich oft abgehauen, die hat es da einfach nicht ausgehalten. Die hat dann nachts

diese Dreikantdinger am Fenster mit 'ner Schere aufgemacht und wollte sich mit dem Bettlaken runterlassen 2.Stock war es und unten war Beton gewesen, und dann ist das Bettlaken gerissen, sie ist runtergeflogen und war dann querschnittsgelähmt. Für mich war das 'ne richtige Abschreckung gewesen. Dieses Mädchen, die war ja erst in einem Behindertenheim gewesen und da wollten sie sie nicht mehr haben, und da ist sie wieder in den Birkenhof gekommen. Ich fand das ganz schön schlimm, zu sehen, was einem so passieren kann, wenn man im Birkenhof abhaut.

Frage: Wenn ihr den Zaun überstiegen hattet, war ja zwar eine Hürde geschafft, aber es ging dann doch sicher noch weiter; ich meine, die ganze Angst, aufgegriffen zu werden, nicht zu wissen, wohin usw.?

Antwort: *Ja, die Angst, die fing gleich damit an, daß man immer das Gefühl hatte, daß die Erzieherinnen einem im Nacken sitzen. So die erste Zeit in der Eilenriede, diesem Park beim Birkenhof. Naja, wenn man aus Hannover raus wollte, in eine andere Stadt, eben die Angst beim Trampen, daß da die Bullen kommen und Ausweiskontrolle machen. Denn Ausweise gab's ja nicht, die hatte ja keiner von uns gehabt, die wurden uns ja gleich abgenommen. Ich war ja so 11 Monate weggewesen, vom Außenheim, und bei mir war das ganz, ganz lange sehr schlimm. Bei jedem Bullen, den ich gesehen habe, habe ic sofort Angst gekriegt, daß der mich eben wieder mitnehmen würde, und unheimliche Paranoia hab ich gehabt. Ich hatte das Glück, daß ich irgendwann mal gecheckt habe, daß es nicht so gut ist, daß ich jeden Abend in so'ner Diskothek rumhänge, weil da ja überall die Bullen sind und so. Das war da gerade mit der Terroristenhatz, überall Razzien hier in Bremen, und dann bin ich eben nicht mehr in Diskos oder Kneipen gegangen. Ich habe immer wieder Mädchen aus dem Birkenhof gesehen, die alle Monate draußen waren, erst mal einen Monat wieder drinne waren und dann wieder draußen waren. Die wurden eben immer wieder an solchen Stellen aufgegriffen, und das hab' ich dann nachher nicht mehr gemacht. Ich habe dann eigentlich total zurückgezogen gelebt, ich hab' ja dann einen Typen kennengelernt, und hab' mich nur tagsüber rausgetraut und abends höchstens auf Schleichwegen an die Weser runter, weil ich einfach Angst hatte und ja auch wußte, daß die überall auf dich lauern.*

Als ich das eine Mal aus dem Birkenhof abgehauen bin, da war ich denn auch irgendwo in Hannover und bin da denn mit so'm Typen mit. Der hat mir dann was erzählt, kannst bei mir schlafen, 3 Zimmer und so, eins für dich, kannst wohnen da, und ich habe dem auch erzählt, daß ich aus dem Heim komme. Naja, dann ging es eine Nacht gut, da habe ich dann auch ruhig und selig in meinem Bett alleine geschlafen, aber dann am anderen Abend oder irgendwann in der Nacht kam dann der gute Freund da an. Ich habe mich total dagegen gewehrt, daß er mit mir pennen wollte oder daß er mich überhaupt angefaßt hat oder so. Aber dann ist er eben über mich hergestiegen und hat sich nix draus gemacht. Von dem habe ich mir auch den Tripper geholt, weil da sonst nichts gewesen ist. Und als ich dann wieder in den Birkenhof gekommen bin, hieß es dann, von wem ich den überhaupt den Tripper hätte, und dann habe ich gesagt, daß ich das nicht sagen wollte. Die wollten das aber unbedingt wissen, die Erzieherinnen und diese Leute, das wäre schließlich wichtig, der könnte ja auch noch andere anstecken und weiß der Teufel was. Später habe ich dann doch erzählt, daß ich eben vergewaltigt worden wäre von dem Typen, hab' aber auch erzählt, daß ich eben freiwillig mitgegangen bin. Und von da ab war dann plötzlich die Sache mit dem Tripper für die tabu, die gab's dann nicht mehr. Denen war das dann einfach egal gewesen, daß ich vergewaltigt wurde und wollten das dann auch gar brauchen, und ich hätte ja nicht abzuhauen brauchen, das wäre ja dann alles nicht passiert.

Frage: Das Abhauen ist ja im Grunde der deutlichste Ausdruck dafür, daß ihr die Situation im Birkenhof einfach nicht mehr aushalten konntet. Hat es daneben auch noch andere Schritte gegeben, euch zu wehren, irgendwelche Aktionen im Birkenhof selbst?

Antwort: *Also los war eigentlich immer was, meistens aber mehr von einzelnen Mädchen, die dann eben in der Gruppe rumgebrüllt haben, die Erzieherinnen angemacht haben, oder daß es vorkam, daß Fensterscheiben rausgeflogen sind und alle möglichen Sachen kaputtgeschmissen wurden. Da war mal so'ne Sache gewesen, wo 2 Mädchen sich aufs Glasdach gesetzt haben und aus Protest eine Zigarette nach der anderen geraucht haben, weil wir da ja eben sowenig rauchen durften. Die Erzieherinnen wollten sie da runterholen, aber die Mädchen haben denen gedroht, mit Blumenpötten zu schmeißen, wenn die raufkommen würden aufs Dach, die hatten sie sich alle geholt und darauf gestellt. Nachher kam dann erst Feuerwehr und später kamen dann Bullen; die haben die beiden dann mit Gewalt runtergeholt vom Dach. Weil die auch keine Blumenpötte mehr hatten, die hatten sie schon alle gegen die Bullen geschmissen. Das eine Mädchen ist dabei durch das Glasdach durchgebrochen, und hat sich dabei reichlich geschnitten, und die andere ist nachher in die Klapse gekommen, gleich darauf ist die weggebracht worden.*

Frage: Wie haben die anderen Mädchen diese Aktion gefunden und wie war überhaupt die Solidarität untereinander?

Antwort: *Die Mädchen fanden das natürlich unheimlich gut, alle standen da herum und haben geschrien, laßt euch das nicht gefallen, wenn die Bullen versuchten aufs Dach zu kommen. Die Mädchen standen eigentlich immer dahinter bei solchen Sachen. Die Erzieherinnen haben natürlich versucht, uns da wegzuholen, auch von solchen Mädchen, die sowas machten. Zusammenhalt in den Gruppen war sonst eigentlich schwer gewesen, ich mein', sowas zu planen, daß man wirklich sagt, so, morgen machen wir hier Theater. Das war unmöglich, weil es immer Mädchen gab, die schon solange da waren, die waren dann in der Aufstiegsgruppe, die durften dann demnächst in Urlaub fahren und sowas und wollten dann bei solchen Sachen nicht mitmachen. Aber spontan ging das, das war bei uns einmal so gewesen, daß wir keine Zigaretten nach dem Abendbrot gekriegt haben, weil wir angeblich so schweinisch essen würden und da wollte die Erzieherin uns eben keine Zigarette geben. Da war dann unheimlich viel Theater von allen Mädchen, alle haben mitgemacht. Und bei den Mädchen, die nicht gleich mitgemacht haben, haben sie anderen dann gesagt, wenn ihr nicht mitmacht, kriegt ihr den Arsch voll, so daß denen gar nichts anderes übrig blieb. Das lief dann einfach.*

Frage: Hast du eigentlich erst jetzt davon erfahren, daß vielen Mädchen, um sie ruhig zu halten, Valium, Haldol und ähnliches ins Essen gegeben wurde oder habt ihr damals schon so'ne Ahnung davon gehabt?

Antwort: *Ne, mit den Beruhigungsmitteln, das habe ich jetzt erst erfahren, das liegt vielleicht daran, daß bei uns in der Gruppe die Aufstände nicht so schwerwiegend waren. Bei uns, da flog dann eben der Tagesraum mal son bißchen durcheinander oder daß son paar Fensterscheiben kaputtgingen, auch mal ein Stuhl und ein paar Blumenpötte, aber das war nicht so schlimm wie in den anderen Gruppen. Da war es so, daß dann eben nichts mehr da war vom Tagesraum, daß der dann weg war.*

Frage: Ausgang gab es ja im Birkenhof - wenn überhaupt - nur in Begleitung von Erzieherinnen. Wie hat sich das bei euch in bezug auf euer Bedürfnis nach Zärtlichkeit, nach Sexualität ausgewirkt, haben oder konnten sich überhaupt Beziehungen der Mädchen untereinander entwikkeln?

Antwort: *Es gab ne Menge Beziehungen zwischen den einzelnen Mädchen. Es war ja im Birkenhof so gewesen, daß zwischen den einzelnen Gruppen wenig Möglichkeit bestanden hat, sich zu treffen, nur bei der Arbeit, in der Kirche, oder wenn mal was Besonderes war. Wenn ein Mädchen dann eben irgendein anderes gut fand, dann wurden Briefe geschrieben. Das war eigentlich wie Mann und Frau, so Liebesbriefe, solche Sachen wie „ich find dich gut" und pipapo. Da haste denn drauf geantwortet und dann war eigentlich schon alles klar gewesen, daß du die eben auch gut fandest, daß ihr was zusammen machen wolltet und so. Ich meine, bei mir war das immer so'n bißchen schwer gewesen, ich habe nie auf so'nen Brief geantwortet. Wenn ich mir das heute so überlege, hatte ich schon das Bedürfnis gehabt, mit einem Mädchen zusammen zu sein, aber bei mir war das schon so doll drin gewesen, daß das unmöglich ist, daß du das nicht machen kannst, daß das schlecht ist.*

Und es hat Momante gegeben, wo ein anderes Mädchen mich angefangen hat zu streicheln und ich dann weggerannt bin und geheult habe, weil ich echt gedacht hab', das ist schlimm. Auf jeden Fall war es aber so, daß die meisten so getan haben wie Mann und Frau, nicht so, daß einer denn Egon hieß oder so, aber so die Art. Daß man immer sehen konnte, daß im Grunde das Bedürfnis da war, einen Mann zu haben, daß es eben eine Notlösung war, weil es einfach keine andere Möglichkeit gab. Es waren eben kaum frei gewählte Beziehungen. Und die Erzieherinnen, die haben versucht, diese Verhältnisse auseinanderzubringen, es unmöglich zu machen, daß die beiden in einem Zimmer allein sind. Also, wenn die beiden zusammen in einem Zimmer waren, wovon die Erzieherin wußte, dann hat die da 100× eine von den beiden rausgeholt. Darum gab's ja auch keine Zweierzimmer, es gab nur Einzel- oder Dreierzimmer.

Frage: Wie bist du damals aus dem Heim rausgekommen, was war der Grund, daß die dich entlassen haben?

Antwort: *Ich bin ja damals aus dem Außenheim abgehauen und für 11 Monate weggewesen, und wenn man fast ein Jahr weg ist, dann dürfen oder können die einen nicht wieder ins Heim einweisen, weil man dann ja wirklich gezeigt hat, daß man dazu in der Lage ist, allein zurechtzukommen, weil ich ja auch mit den Bullen nichts zu tun hatte. Bei mir war das dann auch noch so, daß ja der Typ da war, damals war ich ja noch so bekloppt, da wollte ich ja noch heiraten. Naja, das haben wir dem Jugendamt dann auch erzählt, und dann habe ich denen gesagt, daß mit Heim bei mir nichts mehr läuft. Da hat das Jugendamt auch gesagt, daß es sinnlos wäre, mich noch mal ins Heim zu stecken, weil ich sowieso wieder weglaufen würde und mich auch kein Heim mehr nehmen wollte, weil ich eben unverbesserlich bin.*



Köln: Mädchen aus dem Heim in der Tempelstraße demonstrierten am letzten Maisonntag für ihre Forderungen. Hier in Köln Deutz geht es ähnlich schlimm zu wie im Birkenhof

in Köln Deutz geht es ähnlich schlimm zu wie im Birkenhof

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Geestacht
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitrag von 16 bis 18 Uhr
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF -Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/ Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Bürostunde nur noch
Freitag 16.30 bis 19.00 Uhr
(nicht mehr Mittwochs)

Wilhelmshaven
Samstags in der Marktstraße
AK-Verkauf zwischen
AK-Verkauf zwischen
11.00 und 13.00 Uhr

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bächerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents-Vertriebsbüro
Buddestr. 19 (Ecke Maybachstr.)
48 Bielefeld
Öffentl. Bürostunden
Fr. von 17 bis 19 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056 011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Bonn
Dienstag 12 bis 14 Uhr
Mensa Nasserstraße
Sonnabends 10.30 bis 12.30 Uhr
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 0067 45
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Jeden Dienstag und Mittwoch
von 12 bis 14 Uhr Büchertisch
in der Zentralmensa der
Uni Köln, Zülpicherstraße

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Koselstr. 37
6 Frankfurt
Tel.: 0611/599 701

Kassel
R. Gehring
Kirchweg 64
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Tel.: 26 877
Dienstags von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/
Mensa) Kontakt über Postlagerkarte
Mensa) Kontakt über Postlagerkarte
080845B

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum Salierstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldplatz

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12,30 Uhr
Einkaufszentrum vor Herti

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr/Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi 11 bis 13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin

Andy Radke
1 Berlin 12
Postlagerkarte 006 120 E

CSU-Reaktionär fürchtet „Dolchstoß von hinten"

Anita Bryant und Konsorten ziehen seit längerem in den USA gegen Frauenbewegung, Schwule und alle, die fortschrittlich sind, zu Felde. So war zu fragen, wann diese Hetzwelle nach Europa überschwappt. Und siehe da, nun sind die ersten Ausläufer angekommen. Das CSU-Rechtsaußenblatt „Zeitbühne" der Herren William S. Schlamm und Otto Habsburg gibt dazu das Forum her. Eben dieser Habsburg, der erst vor kurzem eine Ein-Mann-Diktatur gefordert hat und einer eventuellen Ausweisung aus der BRD durch einen Einbürgerungsantrag bei der bayerischen Landesregierung zuvorkam. Erik von Kuehnelt-Leddihn heißt der Herr, der in der Februar-Nummer der „Zeitbühne" die Hetze eröffnet. Es lohnt sich, seine Gedankenwindungen nachzuvollziehen:

Unter der Überschrift **„Die amerikanische Krankheit"** beschäftigt er sich mit der Frauenbewegung und der Schwulenbewegung in den USA. Ihnen wirft er vor, Schindluder mit der „demokratischen Verfassung" der USA zu treiben und den Untergang der westlichen Welt zu bewirken. Die Forderungen der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung nach Freiheit und Streben nach Glück („pursuit of happiness") verfolgen sie angeblich *„hemmungslos"* und *„unverschämt"*, *„hauptsächlich in der Domäne des Unterleibs"*. Abtreibung ist für K.-L. *„Schlächterei der Ungeborenen und damit die Verauschwitzerung Amerikas"*. Den Schwulen macht er zum Vorwurf, daß sie sich nicht mit der Forderung nach Legalisierung der Homosexualität begnügen, sondern **„eine gezielte Propaganda für die volle rechtliche Anerkennung der abartigen Erotik und Sexualität"** machen.

Dieser „Abgrund" kann natürlich für den erzreaktionären und antiliberalen K.-L. nicht ohne Folgen bleiben: Er sieht die **„Gefahr einer Homosexualisierung einer ganzen Kultur, wie es die Antike mit katastrophalen Folgen erlebte"**. – Eine echte antischwule Paranoia des K.-L.!

Das alles führe zu *„linken Assoziationen"*, *„pazifistischen Querverbindungen"* und zu der *„Lieber rot als tot –Philosophie"*, zu einer *„Welt des Absurden"*.

Die Frauen- und Schwulenbewegung mit dem Wort der „Verauschwitzerung" zu etikettieren, ist schon eine unglaubliche Verdrehung der Tatsachen des Faschismus, ist nichts anderes als faschistoide Minderheitenhetze. K.-L. schürt Pogromstimmung und ruft zur „Gegenbewegung" auf. Sie soll zwar aus den *„unteren Sozialschichten"* bestehen, *„bedarf aber einer geistigen Führung"*. Wie könnte es bei diesen antidemokratischen Herren von der „Zeitbühne", die sich wohl an die Spitze dieser Bewegung stellen wollen, auch anders sein!

Denn, so warnt K.-L., der „Dolchstoß von hinten" führe zur *„Welt des Absurden"*. Eine **„nichtelitäre Auslese"** (Frauen, Schwule, Intellektuelle ...) stelle *„das sittliche, geistige, gesellschaftliche, politische und militärische Gefüge nicht nur Amerikas, sondern der ganzen freien Welt ernstlich in Frage"*.

Schön wärs!

Ein Schwuler Genosse aus Hamburg

Leserbrief

Liebe Genoss(inn)en!

Ich lese seit ca. einem Jahr den AK und mir fällt immer mehr auf, daß die Artikel über Faschismus, AKWs etc. wesentlich mehr (emotional) ansprechen, als die über Sexualität (im weitesten Rahmen).

Es wird über heterosexuelle Beziehungen und homosexuelle Beziehungen berichtet und die Schwierigkeiten dargestellt.

Wie aber wird auf d i e eingegangen, die – aus Überzeugung oder zwangsweise – keine intensive bzw. sexuelle Beziehung haben?

Zum Beispiel können sich hetero- und homosexuelle Frauen und Männer jederzeit „in ihre Beziehung zurückziehen", wenn es mit den anderen Beziehungen schlecht klappt oder man/frau in einer Krise steckt. Die, die „allein" sind, können sich nur in sich zurückziehen.

Es gibt noch viele andere Probleme. Desgleichen werden Mehrfachbeziehungen meines Erachtens zu wenig aufgearbeitet.

Vielleicht haben auch andere Leute ähnliche Probleme. Solidarische Grüsse an alle Genossen ...

Ein Genosse aus Münster

Menschenversuch an Sexualstraftätern aufgeflogen

Seit 1968 sind an 110 Männern im berüchtigten westfälischen Landeskrankenhaus Eickelborn (in dem u.a. der Kindermörder Jürgen Bartsch bei einer Kastrationsoperation mit einer

Arzneimittelgesetzes ist dieser Personenkreis eigentlich besonders gegen Menschenversuche geschützt. Danach darf die „klinische Prüfung eines Medikaments nicht bei Personen erfol-

rosa von braunschweig.
SCHWUL SEIN HEISST: SICH WEHREN!
POSITIONEN IM SCHWULENKAMPF
eine neue broschüre über die vorurteile gegenüber schwulen und was schwule dazu meinen. positionen zu dem problem der "homophilen", bisexuellen, päderasten, subkultur, freizeit, arbeit und "coming out" (schwulwerden).
DM 2,50
BESTELLUNGEN an hans-georg floß, c/o becker, gurlittstraße 40/III., 2 hamburg 1 einzelversand DM 3,50 (in briefmarken), ab 10 stück preis pro stück DM 2,– bei über DM 10,–: geld auf kto.-nr. 1230/449975 hamburger sparkasse hans-georg floß "BROSCHÜRE" bankleitzahl: 200 505 50
gemacht haben.
48 Seiten
Format DIN A 4
Preis: DM 2,–

Menschenversuch an Sexualstraftätern aufgeflogen

Seit 1968 sind an 110 Männern im berüchtigten westfälischen Landeskrankenhaus Eickelborn (in dem u.a. der Kindermörder Jürgen Bartsch bei einer Kastrationsoperation mit einer Überdosis eines Narkosemittels vergiftet wurde) Menschenversuche mit dem Hormonpräparat „Cyprotheron-Acetat" durchgeführt worden. Besser bekannt – und unter diesem Namen seit 1973 für den Arzneimittelmarkt zugelassen – ist dieses Präparat als „Androcur". Seine Wirkung wird von den Pharmakapitalisten verharmlosend als **„chemische Kastration"** bezeichnet. Tatsächlich hat es einschneidende persönlichkeitsverändernde Wirkung, wie auch der Sprecher des Krankenhausträgers zugeben mußte: *„Es enthält vor allem weibliche Hormone, wirkt dadurch triebhemmend und verändert teilweise die Persönlichkeit des Empfängers."* („FR", 29.5.78).

Opfer der Erprobung dieses Mittels im Menschenversuch waren Männer, die gegen Sexualstrafbestimmungen verstoßen hatten, jedoch nicht verurteilt worden waren, sondern aufgrund fehlender oder verminderter Zurechnungsfähigkeit in die Abteilung für psychisch kranke Straffällige in Eickelborn eingewiesen worden waren. Nach den Bestimmungen des Arzneimittelgesetzes ist dieser Personenkreis eigentlich besonders gegen Menschenversuche geschützt. Danach darf die *„klinische Prüfung eines Medikaments nicht bei Personen erfolgen, die auf gerichtliche oder behördliche Anordnung in einer Anstalt verwahrt sind"* („FR", 29.5.78).

Der Träger des Landeskrankenhauses hält dem entgegen, daß für Mittel, die schon etwas erprobt worden seien, Ausnahmeregelungen gelten. Die Opfer des Menschenversuches hätten zudem *„selbst zustimmen müssen, bei entmündigten Tätern sei die Genehmigung des Vormundes eingeholt worden"*.

Wie gerade „Triebtäter" dazu gebracht werden, ihre Einwilligung in derartige Versuche zu geben, ist seit Jahren insbesondere aus der Praxis „stereotaktischer" Gehirnoperationen bekannt – bei denen weitgehend unerforschte Teile des Gehirns zerstört werden, um eventuell einen „Volltreffer" in ein bestimmtes „Sexualzentrum" zu landen. Den Betroffenen wird vorgemacht, daß diese Einwilligung der einzige Weg zurück in die Freiheit sei. Da noch von „freier Entscheidung" zu reden, ist reiner Zynismus!

A.G. Sexualität
KB/Gruppe Hamburg

Schwule fordern mehr Rechte

(Korr.) Am Samstag, 24.Juni, trafen sich im Zürcher Platzspitzpark rund 100 Personen, die einem Aufruf der Schwulenorganisationen folgten. Sie forderten vor allem die Angleichung des Schutzalters für Mädchen und Burschen und die Abschaffung der Homoregister, die mit dem Argument der sogenannten "vorbeugenden Verbrechensbekämpfung" geführt werden, ähnlich denjenigen von AKW-Gegnern, Linken und ihren Sympathisanten.

Am 18.Juni 1969 schlugen in New York anlässlich einer Polizeiaktion in einem einschlägigen Lokal an der Christopher Street die Schwulen zurück. Dieses Datum ist seither zu einem jährlichen Gedenktag für Amerikas Homosexuelle geworden, an welchem sie zu Tausenden auf die Strasse gehen. Dieser Tag wurde nun zum ersten Mal auch in Zürich begangen und zwar an dem Ort, wo sich Schwule in ihrem Ghetto bis heute treffen. Die Feier wurde musikalisch umrahmt. Zu den versammelten Heteros und Homos sprachen Vertreter der Homosexuellenorganisationen HAZ, SOH und der Homosexuellen Frauengruppe.

Zur Unterstützung der erhobenen Forderungen wurde eine Unterschriftensammlung für die Abschaffung des Homoregisters in Zürich begonnen. Auch an der nationalen Demo gegen die Bu-Si-Po gingen die Schwulen in Bern auf die Strasse, um mit allen demokratischen und fortschrittlichen Kräften den Kampf gegen Schnüffelei und Demokratieabbau zu unterstützen.

Aus „PZ", Wochenzeitung der Schweizer kommunistischen Organisation POCH (8.7.'78)

Betrifft: »Gespräch mit einer schwulen Frau«

Der folgende Beitrag kommt von einer Frau aus dem Frauenbuch-Kollektiv „Nora"-Frauenbuchladen in Bonn. Eine notwendige Vorbemerkung: Die Frau äußert sich enttäuscht, daß „der Artikel" ausgerechnet im AK stand, wo der AK doch „sonst einen anderen Anspruch hat". Hier ist ein Mißverständnis zu klären. Das Gespräch (kein Artikel!) mit der „schwulen"/lesbischen Genossin sollte dazu dienen, endlich einmal die Auseinandersetzung um die Situation lesbischer Frauen im AK in Gang zu setzen. Nicht mehr und nicht weniger. Die Aussagen der Genossin hatten einen vollkommen subjektiven Charakter; keinesfalls sollte hier irgendeine „korrekte Linie in der Lesben-Frage" festgelegt werden!

Und nun die Stellungnahme aus Bonn:

„Ich finde diesen Artikel ausgesprochen schlimm. Er bestätigt total das herrschende negative Bild der Lesbe als männerhassende Monsterfrau. Das trifft mich besonders hart, weil der Artikel 1. im AK steht, der sonst einen anderen Anspruch hat und verwirklicht, und 2., weil dieses Bild von einer Lesbe bestätigt wird. Die Frau scheint sich in keinster Weise mit der Lesbenbewegung auseinandergesetzt zu haben, urteilt aber darüber. Mir liegt es fern, die Frau anzugreifen, ich möchte aber Einiges richtigstellen und Anstöße geben. Dazu greife ich ein paar Punkte aus dem Artikel heraus.

Die Frau definiert sich ausschließlich über ihre Sexualität. Sie sagt zwar im ersten Satz ihrer Antwort, daß mit einer Frau zu schlafen noch lange nicht heißt, „schwul" zu sein, geht aber im weiteren nur auf sexuelle Kontakte (wie auch immer geartet) mit Frauen ein.

Lesbisch sein, bedeutet aber eine ganz andere Qualität der Beziehung. In Frauenbeziehungen fallen bestimmte Unterdrückungsmechanismen weg. Wir können von einer gleichen (zumindest sehr ähnlichen) Sozialisation ausgehen und haben deshalb ein viel größeres Verständnis füreinander, als es in den üblichen Heterobeziehungen möglich sein wird. (Es gibt da Ausnahmen – aber selten). Natürlich haben wir als Lesben die herrschenden Strukturen (Normen und Werte) stark verinnerlicht, so daß auch in Lesbenbeziehungen Rollenverhalten etc. auftritt. Aber hier weiß ich, daß sich das abbauen und verändern läßt, eine Frage der Zeit, der Bereitschaft und Offenheit, nicht aber der grundsätzlichen Verschiedenheit.

Die Frau bezeichnet sich als „schwul" – für mich ein Schlag in's Gesicht. Wir Lesben haben mit schwulen Männern nichts gemeinsam. Unter Schwulen und Lesben herrschen vollkommen andere Strukturen und Verhaltensweisen. Wir können uns zwar sporadisch zusammentun und z. B. gemeinsam gegen eine Anita Bryant kämpfen oder auf einer Antifa-Demonstration einen gemeinsamen Block bilden, aber ansonsten ist unser Kampf ein vollkommen anderer. Der homosexuelle Mann genießt immerhin die Privilegien dieser Gesellschaft.

Wenn „schwul" sein für die Frau tatsächlich eine politische Kategorie ist und eine Frage des Bewußtseins, dann kann ich nur sagen, daß diese Gedanken sehr unausgegoren und nicht konsequent zu Ende gedacht sind. Wenn sie politisch ist, dann wäre ihr Kampf in der Lesbenbewegung die logische Schlußfolgerung. Hier gehen wir gegen unsere spezifische Unterdrückung vor, immer auch mit dem Blick einer gesamtgesellschaftlichen Veränderung. Außerdem ist die Lesbenbewegung auf die Kraft jeder Frau angewiesen.

Die Frau macht sich etwas vor, wenn sie sagt, sie sei homosexuell, weil sie es „schick" findet. – Wenn das so einfach wäre!! Wir können uns unsere Sexualität nicht aussuchen, wir können sie nur akzeptieren. Homosexuell sein ist keine Frage des „Schickfindens", sondern eine Frage der Prägung in den ersten drei Lebensjahren.

Auf die Frage, wie sie mit ihrer Homosexualität umgeht, sagt sie u.a., daß sie für sich persönlich die Normen verändern kann. Das ist 'ein Trugschluß. Sie kann vielleicht ihre Homosexualität mehr oder weniger versteckt leben, kann den Normen aus dem Weg gehen, aber verändern kann sie sie nicht, auch für sich nicht. Dazu bedarf es eines gemeinsamen Kampfes und einer grundsätzlichen Veränderung der Strukturen – alles andere ist Stückwerk und zum Scheitern verurteilt.

Mit Lesbisch sein verbindet die Frau Erfahrungen aus der Subkultur (und bestätigt damit als Lesbe das herrschende Bild der Lesbe als Monsterfrau, rittlings auf dem Stuhl sitzend). Wir wissen doch, daß es im Sub ziemlich schlimm ist und daß die dortigen Zustände allerdings nicht erstrebenswert sind. Aber die Sub ist auch nicht repräsentativ für die Lesben. Mensch, dieser Widerspruch!! – das von der Frau Gesagte und das Bild in der Mitte des Artikels. Sieh hin! da brauch' ich nichts mehr zu sagen.

Die Frau merkt, daß sie über ihre Frauenbeziehungen nicht frei sprechen kann, daß sie abchecken muß, welcher Kollegin(nen) sie etwas erzählen kann oder nicht. Sie hat aber kein Interesse an einer Lesbengruppe, „weil ihre Homosexualität eigentlich kein Problem ist". Sie ist ja so zufrieden und glücklich, sie hat ja immer eine Beziehung – was soll sie da auch mit einer Lesbengruppe! (Wieder definiert sie sich nur über ihre Sexualität.) Im übrigen wäre es auch sicherlich eine Stärkung für eine Lesbengruppe, wenn eine glückliche und zufriedene Frau ihre Kraft einbringt.

Sie hält Schwulsein für ein Herrschaftsproblem und lobt die Schwulenbewegung, die in letzter Zeit mehr in die Öffentlichkeit geht. Im gleichen Atemzug weist sie es für sich entschieden ab, sich als homosexuelle Frau zu organisieren. Obwohl sie sich mit der Lesbenbewegung nicht auseinandergesetzt hat, bestätigt sie das falsche Bild von der männerhassenden Lesbierin – wieder ein Tritt in die eigenen Reihen.

Ich finde den ganzen Artikel extrem frauenfeindlich. Das einzig Gute auf der Seite ist das Bild, das diesen Artikel Lügen straft. Die Frau sollte sich mal konsequent mit ihren Ängsten und Problemen auseinandersetzen – vielleicht tatsächlich in einer Lesbengruppe. Wir haben alle diese Schwierigkeiten."



Jesus — ein Revolutionär?

Die Artikel „Jesus – ein Revolutionär?" eines Genossen aus der AK-Redaktion und „Ein Christ muß Kommunist sein" eines Pastoren-Genossen aus der Kirchenkommission haben zu erregten Debatten um die Rolle Jesus, Religion und Glauben und das Verhältnis von Kommunismus und Christentum geführt. Hier die erste Stellungnahme eines weiteren Pastoren-Genossen aus der Kirchenkommission dazu und eine Antwort des AK-Genossen.

Ein Leserbrief

Im ARBEITERKAMPF 132 sind zwei Artikel abgedruckt, die sich mit dem Christentum auseinandersetzen. Beide fußen nicht auf dem Boden der Tatsachen und interpretieren die Geschichte idealistisch.

Die These *»ein Christ muß Kommunist sein«* unter der Berufung auf *»eine neue menschliche Qualität«*, die mit der Person Jesus *»Wirklichkeit wurde«*, ist weder historisch an der Gestalt Jesus noch an der Geschichte des Christentums ausgewiesen. Zum einen bleibt offen, worin die neue Qualität in der damaligen Zeit bestanden hat und woher diese Qualität rührte. Zum anderen kann die Tatsache, daß die christliche Religion in der Geschichte von fast 2.000 Jahren menschenfeindliche Herrschaftsordnungen und blutrünstige kriegerische Auseinandersetzungen legitimiert oder begründet hat, nicht mit der schlichten Unterscheidung von Religion und Glauben beiseite geschoben werden.

Gerade wegen der notwendigen Schärfe der Religionskritik darf aber auch nicht übersehen werden, daß fortschrittliche Bewegungen und Aufstände unterdrückter Klassen in verschiedenen historischen Epochen im Namen eines »richtig« verstandenen Christentums unterstützt bzw. angeführt wurden. Die Radikalisierung von Christen bis hin zur politischen und militärischen Unterstützung von Befreiungsbewegungen in Lateinamerika und Afrika ist zweifellos ein wichtiger Faktor für den Kampf dieser Organisationen.

Die radikaldemokratischen Positionen von den Theologen Gollwitzer, Niemöller, Casalis u.a. sind bedeutsam, um den scheinbar naturwüchsigen Antikommunismus der christlichen Religion anzugreifen, aufzubrechen und so die demokratische und kommunistische Bewegung mit zu tragen. Sie befinden sich allerdings keineswegs so eindeutig auf der Seite der Kommunisten, wie es »ein Pastor« im AK 132 darstellt.

Bei diesen fortschrittlichen Christen ist eher das Bemühen um Aktionseinheit in der demokratischen Bewegung und um fruchtbare Auseinandersetzung mit den Kommunisten festzustellen.

Das Suchen nach »wissenschaftlicher Wahrheit« in dieser Auseinandersetzung fördert der Artikel «Jesus — ein Revolutionär?« des Genossen aus der AK-Redaktion im AK 132 nicht.

Zunächst einmal ist es unzulässig, Begriffe wie »Revolutionär«, »Kommunist«, »Sozialreformer«, die wir heute im Zusammenhang mit der Klassengesellschaft des Kapitalismus und dessen politischer und ökonomischer Analyse verstehen, auf eine andere historische Epoche unreflektiert zu übertragen; denn damit wird man nicht anleiten, die Situation des Klassenkampfes und das Jahr 30 nach unserer Zeitrechnung zu verstehen.

Ebenso unzulässig ist es, mit dem Verweis, linke Christen würden sich auf den »Geist des Christentums« berufen, nicht aber auf den »geschriebenen Text der Bibel«, die Bibel selbst derart unkritisch als historische Darstellung zu benutzen. Willkürliche Auswahl und amputierte Wiedergabe von Texten gehört nicht zu der wissenschaftlichen Methode von Materialisten. Streben nach »wissenschaftlicher Wahrheit« dient nicht zum krampfhaften Beweis von Binsenwahrheiten — daß Jesus kein Kommunist war —, sondern zur Erkenntnis über eine historische Situation und deren Auswirkungen für unsere Gegenwart und Zukunft.

Die Schriften der Bibel werden heute von keinem ernstzunehmenden Theologen als historisch zuverlässige Dokumente verstanden. In vieler Kleinarbeit hat man herausgefunden, daß die einheitlich aussehenden Schriften, Sammlungen und Zusammenstückelungen mündlicher und schriftlicher Überlieferungen aus den Jahren zwischen 30 und 200 Jahren nach dem Tod von Jesus sind. Entsprechend enthalten sie die verschiedensten weltanschaulichen Einflüsse der Regionen, aus denen sie entstammen. Es läßt sich aus der Bibel also kein historisch genaues Bild der damaligen Klassenkämpfe rekonstruieren. Der Frage aber, ob die Berichte über das Auftreten von Jesus A s p e k t e der Klassenkämpfe dieser Zeit vermitteln können, muß nachgegangen werden.

Die Herausarbeitung des klassenmäßigen Hauptwiderspruchs und die Erarbeitung einer revolutionären Theorie und Praxis ist erst mit dem Entstehen des Kapitalismus möglich geworden. Deswegen ist es vermessen, eine historische Figur an ihrer Profilierung in einem Widerspruch der antiken Welt (jüdisches Volk und römische Besatzungsmacht) zu messen. Die Beweisführung, die Karl Kautsky (Ursprung des Christentums) anstellt, um Jesus zum führenden Rebellen gegen die römische Besatzungsmacht zu stilisieren, ist ebenso konstruiert, wie die Argumentation, mit der Jesus im AK 132 zum Kollaborateur und Hochstapler qualifiziert wird.

Da der AK-Redakteur letzteres zu beweisen für »wissenschaftliche Wahrheit« hält, muß er zwangsläufig unsauber arbeiten und Texte vergewaltigen. Dabei bleibt eben völlig unberücksichtigt, daß die Texte des Neuen Testamentes von der Auseinandersetzung mit den führenden Ideologen der herrschenden Klasse der Juden (also der Widerspruch zwischen der jüdischen Bevölkerung und der herrschenden jüdischen Klasse), die ihrerseits mit der römischen Besatzungsmacht kollaborierte, handeln.

Durch viele Beispiele und Geschichten wird gezeigt, daß Jesus die herrschende Religion als entartet und menschenfeindlich geworden darstellte. Er griff sie massiv als Funktion der Klassenherrschaft an, was z. B. an den vielen Sprüchen gegen die Reichen deutlich wird (u.a. »eher kommt ein Kamel durchs Nadelöhr, als ein Reicher in das Reich Gottes«). Jesus ist offensichtlich gegen die ideologische Verbrämung der Existenz von Armut, Krankheit, Asozialität etc. aufgetreten. Die Geschichten über Krankenheilungen beleuchten besonders diesen Aspekt. Krankheit wurde nach der herrschenden jüdischen Religion als Strafe für Verfehlungen (Sünde) gegen einen fernen Gott verstanden. Gegen dieses mörderische Welt- und Gottesbild setzte er, daß der Mensch die dem fernen Gott übertragenen Aufgaben selbst übernehmen müßte und sagte z. B. zu den Kranken, daß die Sünden vergeben sind und sie deswegen auch gesund werden könnten. Er kämpfte entschlossen gegen die kultische Glorifizierung des jüdischen Gesetzes, dessen Einhaltung nur den Reichen möglich war, weil damit Armut, Hunger etc. bei der breiten Bevölkerung als gottgefügte Ordnung für unüberwindbar erklärt wurden. Die Auseinandersetzung mit dem jüdischen Gesetz ist komprimiert in der recht bekannten Bergpredigt (Matth. 5 — 7) zu erkennen. Hier wird an einzelnen Gesetzesvorschriften entwickelt, daß die Gesetze eine grundsätzlich andere Bedeutung erhalten, wenn das Leben der Menschen im Mittelpunkt der Überlegungen steht und nicht eine zu erhaltende Herrschaftsordnung. Provozierend gegen die herrschende Ideologie wird an vielen Stellen des Neuen Testaments formuliert, daß nicht die Menschen für das Gesetz da seien, sondern die Gesetze für den Menschen.

Ausführliche Überlegungen zu diesem Thema sind bei dem Theoretiker Paulus zu finden, der beständig betont, daß derjenige, der seine Freiheit und sein Leben durch das strikte Einhalten von Gesetzen gewinnen will, immer scheitern muß.

Um der »wissenschaftlichen Wahrheit« willen kann auch der Materialist nicht davon absehen, die religiöse Sprache, die einzig zur Interpretation der Geschichte damals diente, zu analysieren. Gängige Begriffe, Bilder, Metahphern, etc., wie Gott, Reich Gottes, Ewigkeit u.a.m. sind nach den Berichten der Bibel von Jesus nicht als außerweltliche Projektionen von Träumen und Wünschen verstanden, sondern dienen zum damals provokanten Aufruf, Hoffnungen als innerweltlich für erfahrbar und realisierbar zu erkennen. Weil Jesus alles, was in der herrschenden jüdischen Ideologie für Gottes Sache galt, für Menschensache erklärte, kam er in Konflikt mit den herrschenden Ideologen. Diejenigen, die über ihn berichtet haben, konnten das nur in ihrer religiösen Sprache; deswegen nannten sie ihn »Gottes Sohn«, »Messias« etc.

Es scheint mir unbestreitbar, daß Jesus das herrschaftsbegründende, menschenfeindliche Gegenüber von Gott und Mensch aufzubrechen versuchte, um den Menschen eine sicherlich unkonkrete, aber innerweltliche Hoffnung zu vermitteln. Als Ideologiekritiker seiner Zeit zeigt Jesus dabei revolutionäre Züge. Da dieser Sachverhalt in religiöser Sprache dargestellt ist, mit denselben Begriffen, wie sie in der bekämpften Religion gebraucht sind, war es später ein leichtes, diese Antireligion umzudrehen und als Religion wieder zur Unterdrückung der Menschen zu nutzen. Der auf die Erde geholte Gott wird wieder in den Himmel abgeschoben (die Bilder von Auferstehung und Himmelfahrt eignen sich vorzüglich dafür).

Jesus ist zweifellos als Umstürzler hingerichtet worden — wobei die herrschenden jüdischen Kreise mit der römischen Besatzungsmacht kollaborierte, denn ihn hinzurichten wurde Pilatus damit schmackhaft gemacht, daß dieser Feind der jüdischen Oberschicht auch Feind der Römer sei. Die Entscheidung — im Zuge einer Amnestie — für den Nationalisten Barrabas ist wenig verwunderlich, bestätigt sie doch gerade die religionskritische Bedeutung von Jesus (obei man immer im Auge haben muß, daß diese Erzählungen nicht historisch zuverlässig sind).

Marx schrieb Mitte des 19. Jahrhunderts: *»Für Deutschland ist die Kritik der Religion im wesentlichen beendigt, und die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik«* (Einleitung zur Kritik der Hegel'schen Rechtsphilosophie). Ich möchte behaupten, daß schon wesentliche Züge der Kritik der Religion von Jesus erkämpft wurden. Die »Beendigung« dieser Kritik war allerdings erst in der bürgerlichen Gesellschaft möglich.

Linke Christen, die sich durch die Geschichten über Jesus faszinieren lassen, werden heute entschlossene Kämpfer gegen die herrschende Ideologie des Kapitalismus sein müssen. Ob die Benutzung der religiösen Sprache (etwa bei »Ein Pastor« im AK 132, Gollwitzer, Barth u.a.), die ja zugleich die Sprache religiöser Unterdrückung und Entmündigung ist, idealistische Positionen produziert, wird im einzelnen zu untersuchen sein.

Ein Genosse der Kirchenkommission

Stellungnahme des Genossen aus der AK-Redaktion

Es ist sicher eine witzige Angelegenheit, in einer immerhin kommunistischen Zeitung über eine historische Figur wie Jesus zu disputieren. Führen wir dies Thema also fort:

1. Ich finde es sehr vermessen, wenn der Genosse von der Kirchenkommission mit Behauptungen nur so um sich wirft, ich hätte mich nicht an Tatsachen gehalten, die Geschichte idealistisch interpretiert, hätte Zitate willkürlich ausgewählt und zudem amputiert usw. usf. — w e n n d a s a n k e i n e m e i n z i g e n P u n k t k o n k r e t b e w i e s e n w i r d.
2. Ich akzeptiere nicht den Vorwurf, ich hätte die Bibel »unkritisch als historische Darstellung« benutzt. Richtig ist, daß meiner Meinung nach das historische Bild von Jesus s o begriffen werden muß, wie es uns die Bibel (bei kritischer Abwägung all der Widersprüche und Ungereimtheiten sowie der religiösen Grundfärbung) überliefert. Die Alternative dazu kann doch wohl nur sein, daß man sich — wie meines Wissens (aber ich bin beileibe kein Fachmann) heute in der »modernen« Theologie durchaus üblich — einen x-beliebigen «Jesus« zusammenphantasiert, der mit der Bibel kaum noch etwas zu tun hat. Zu solcher reinen Phantasiererei gehört meiner Meinung nach die These, Jesus habe sich n i c h t für den »Messias« im Sinne der jüdischen Tradition gehalten.
3. Ich habe nicht darüber spekuliert, daß Jesus kein Kommunist war. Das wäre doch lächerlich! Festgestellt habe ich hingegen, daß der Jesus der Bibel k e i n e r l e i sozialreformerisches Programm vertreten hat (geschweige denn ein revolutionäres). U n d n u n m ö g e m a n n i c h t b e h a u p t e n , u m d i e L e b e n s z e i t d e s J e s u s h a b e e s s o e t w a s w i e s o z i a l - r e f o r m e r i s c h e P r o g r a m m e g a r n i c h t g e g e b e n ! Es gab nämlich schon damals nicht bloß Klassenkampf, sondern auch die verschiedenartigsten Reform- und Revolutionsversuche. Nur: Bei Jesus findet man gar nichts davon! Zwar predigt er z. B. gegen die »Hartherzigkeit der Reichen« — jedoch nur mit der Konsequenz, daß diese schwerlich ins »Himmelreich« kommen würden. Im übrigen läßt sich — falls man sich an die Bibel hält und nicht an eigene Phantasien — gar nicht bezweifeln, daß ein zentraler Punkt der «Predigt« von Jesus darin bestand, die herrschenden Zustände mit Blick auf das nahe bevorstehende «Himmelsreich« zu ertragen.
4. Wenn ich den Genossen der Kirchenkommission richtig verstehe, meint er, daß Jesus, indem er die Religion zu revolutionieren versucht habe, gewissermaßen auch gesellschaftlich als Revolutionär gewirkt habe. Ich bezweifle die Voraussetzung. Um das zu verstehen, muß man von der jüdischen Religion ausgehen. Sie kennt neben dem eigentlichen biblischen Bestand auch eine Unzahl von Ausführungsvorschriften, die teilweise an den Haaren herbeigezogen oder frei erfunden sind, und die jedenfalls mit dem eigentlichen S i n n der biblischen »Gesetze« nicht mehr viel zu tun haben. Dazu ein konkretes Beispiel: Das mosaische Gesetz (»12 Gebote«) gebietet, daß am Feiertag (Schawat) nicht gearbeitet werden darf. Die Ausführungsvorschriften legen nun detailliert fest, wieviel Schritte man beispielsweise am Schawat gehen darf, daß man kein Feuer entzünden darf (dies muß folglich schon am Vorabend geschehen) usw. usf. Diese Ausführungsvorschriften machten es außerordenltich schwer, streng religiös zu leben. Nicht erst Jesus, sondern schon frühere jüdische Theologen waren daher zu der sehr rationalen Schlußfolgerung gekommen, daß zuviele und zu schwere Vorschriften die Einhaltung unmöglich machen und daß sie damit die Einhaltung von religiösen Vorschriften ü b e r h a u p t untergraben. Sie hatten daher erklärt, *»daß man der Gemeinde nur d a n n eine Verfügung auferlegt, wenn wirklich die Mehrheit der Gemeinde mit ihr auch zu bestehen vermag«* (Talmud, Bawa batra, 60 b). Jesus steht meiner Meinung nach konsequent in dieser Tradition — die eben im Wesen gar nicht »revolutionär« war, sondern die darauf verweisen konnte, daß viele der strengen Vorschriften tatsächlich aus der Bibel heraus gar nicht zu begründen waren.

Um es klarer zu sagen: Die jüdische Religion riskierte damals, daß das jüdische Volk zerfiel in eine sehr kleine »orthodoxe« (streng religiöse) Minderheit und eine große Mehrheit, die angesichts der Unzahl von Vorschriften mehr und mehr religiös »versumpfte«. Hier stand Jesus in der Tradition derjenigen, die die jüdische Religion für die Allgemeinheit des Volkes praktikabler und erträglich machen wollten.

Es stimmt, wie der Genosse schreibt, daß Jesus die Religion mehr auf den Menschen beziehen wollte und daß er beispielsweise erklärte: »Der Schwat ist um des Menschen willen gemacht worden, und nicht der Mensch um des Schawat willen«. Ich glaube aber nicht, daß dies der jüdischen Religion, die eigentlich immer ziemlich um Rationalität bemüht war, besonders widerspricht.

Es läßt sich meiner Meinung nach im Ende doch nicht bestreiten, daß der Jesus der Bibel kein Revolutionär war, nicht einmal ein gesellschaftlicher Reformer, sondern daß er ein Prediger des „Himmelreichs" war. Etwas anderes müßte erst einmal bewiesen werden. Die Diskussion hat ja grad erst angefangen!

Ein Genosse der AK-Redaktion

Berufsverbot gegen linken Pastor?

Die Leitung der evangelischen Kirche beginnt offenbar, ihre während der Schleyer-Entführung in der Erklärung des Rates der evangelischen Kirche (EKD) vom 16.9.1977 angekündigte reaktionäre Ausrichtung : *„Wir sind dem einseitig konfliktbetonten Verhalten in unserer Mitte nicht deutlich genug entgegengetreten"*, jetzt in die Praxis umzusetzen. Darauf lassen zumindest die Erfahrungen des fortschrittlichen Pastors Sönke Wandschneider in Norderstedt bei Hamburg schließen.

Sönke Wandschneider ist einer von drei Pastoren der fortschrittlichen Kirchengemeinde Schalom in Norderstedt.

Im Dezember vergangenen Jahres wurde bekannt, daß die dritte Pfarrstelle der Schalom-Gemeinde gestrichen werden soll. Angeblicher Grund für die Streichung war die zu geringe Mitgliederzahl der Gemeinde . Laut Kirchenverfassung soll auf je 4000 eingeschriebene Kirchenmitglieder ein Pastor kommen. Da das Einzugsgebiet von Schalom nur 8000 Mitglieder umfasse, „müsse" eine Stelle gestrichen werden.

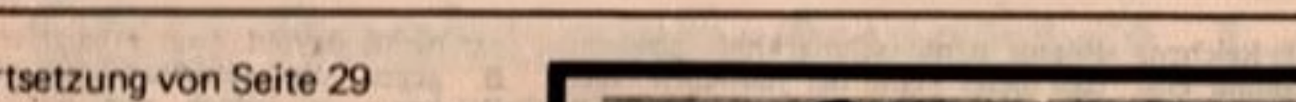
Schon im Dezember gab es Vermutungen, daß dies nicht der alleinige Grund für die Aufhebung der Pfarrstelle sei. Vorausgegangen waren im Herbst 77, im Zuge der Sympathisantenhatz, heftige Angriffe auf den Hauptpastor Lescow und seine Gemeinde, der „roten Kapelle", wie sie von Springers Lokalblatt mit Vorliebe bezeichnet wird.

In dieser Auseinandersetzung, die in Norderstedt hohe Wellen schlug, hatte die Leitung der nordelbischen ev.-luth. Kirche die Schalom-Pastoren aufgefordert, sich zu mäßigen, die Initiatoren der Diffamierungskampagne, die örtliche CDU, aber völlig ungeschoren gelassen. Offensichtlich steht die Kirchenleitung diesen Leuten näher als den eigenen Amtsbrüdern.

Verwunderung über die Streichung der Stelle löste auch die Tatsache aus, daß bislang Pfarrstellen erst dann gestrichen wurden, wenn sie durch „natürlichen" Abgang des die Stelle innehabenden Pastors frei wurden. Erst eine der jüngsten Änderungen des nordelbischen Kirchenrechts macht die Streichung während der Amtszeit eines Pastors möglich. Bezeichnenderweise ist Wandschneider der erste, der dieser Regelung zum Opfer fällt.

Wandschneider bewarb sich, nachdem klar war, daß er Norderstedt verlassen muß, um eine freigewordene Pfarrstelle in der Gemeinde Harburg. Der dortige Kirchenvorstand faßte, nachdem sich Wandschneider vorgestellt hatte, einstimmig den Beschluß, ihm diese Stelle zu geben. Dies gefiel dem Bischof Wölber, Vorsitzender der nordelbischen Kirchenleitung, offenbar nicht. Er stattete dem Harburger Kirchenvorstand am 5.6. d.J. einen Besuch ab, bei dem er eindringlich vor Wandschneider warnte. Wandschneider sei einer der Pasto-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 29

ren gewesen, die am 13.11.76 in Brokdorf einen Feldgottesdienst abgehalten hätten, er habe außerdem den Aufruf zu der Veranstaltung „Ein Christ muß radikaler sein..." mit George Casalis (frz. Theologe und Mitglied der Jury des III. Russell-Tribunals) unterzeichnet und im übrigen seien seine Gottesdienste gar keine Gottesdienste, sondern Matinees (Morgenfeier).

Diese „Warnung" konnte die Kirchenvorständler aber nicht beeindrucken, hatten sie Wandschneider doch gerade wegen seines demokratischen Engagements gewählt. Wölber legte daraufhin unter völliger Mißachtung des Kirchenvorstandsbeschlusses sein Veto gegen die Besetzung der Stelle durch Wandschneider ein. Ein Recht des Bischofs, das bezeichnenderweise während des Faschismus in der Kirchenverfassung verankert worden ist und von dem bisher in dieser Form kein Gebrauch gemacht worden ist.

In einer Mitteilung vom 9.6. an alle Hamburger Vikare und damit quasi kirchenöffentlich gab Wölber den politischen Hintergrund seines Vorgehens bekannt.

Die Linken seien in der Kirche im Gegensatz zu den Rechten gefährlich, da sie Gruppen bildeten. Sie müßten vereinzelt werden, da es keine „Gesinnungsämter" (gemeint sind fortschrittliche Gemeinden) geben dürfe.

In einem Gespräch mit Wandschneider am 19.6. sagte Wölber weiter, sein Fall sei Anlaß „grundsätzlicher Überlegungen" der Kirchenleitung gewesen, die Kirchenleitung sei der Meinung, die „dialogische Existenz" der Kirchengemeinden müsse bewahrt bleiben, mit anderen Worten, es dürften nicht zwei fortschrittliche Pastoren in einer Gemeinde tätig sein. Wölber empfahl Wandschneider dann auch folgerichtig, sich doch in einer Gemeinde zu bewerben, wo schon ein konservativer Pastor sei.

Was Wandschneiders Bewerbung in Harburg betrifft, so scheint man inzwischen die „sauberste" Lösung gefunden zu haben. Man will auch dort die dritte Pfarrstelle, um die er sich beworben hatte, streichen, da die Gemeinde „nur" 10.000 Gemeindemitglieder habe.....

Für den betroffenen Pastor Wandschneider kommt dieses Vorgehen der Kirchenleitung fast einem Berufsverbot gleich. Zwar kann er als Beamter auf Lebenszeit nicht ent-

schneider kommt dieses Vorgehen der Kirchenleitung fast einem Berufsverbot gleich. Zwar kann er als Beamter auf Lebenszeit nicht ent-

lassen werden, eine fortschrittliche Gemeindearbeit nach seinen Vorstellungen wird er aber wohl kaum mehr machen können, da die Kirchenleitung ihn dort, wo eine solche Arbeit möglich wäre, wo nicht die Mitarbeiter dagegen arbeiten, nicht dulden wird. Auch wird es schwer sein, in einer „konservativen Gemeinde" unterzukommen, denn in deren Augen hat er nun den nicht unerheblichen Makel, vom Bischof schon einmal abgelehnt worden zu sein.

Zu befürchten ist, daß man ihn in vakanten Stellen einsetzt und alle halbe Jahre auf eine neue Stelle schiebt. Wahrhaftig keine Perspektive für einen engagierten Pastor!

Wölber selbst hat angedeutet, daß in Zukunft wohl mit anderen fortschrittlichen Pastoren ähnlich verfahren werden soll.

Die Kirchengemeinde Schalom in Norderstedt ist ein Beispiel dafür, welche Bedeutung für die demokratiische Öffentlichkeit eine fortschrittliche Gemeindearbeit haben kann. Hier können sich Anti-Atomkraft-Initiativen, antifaschistische Gruppen, Frauengruppen usw. treffen und Veranstaltungen durchführen. Die Gemeinde ist dadurch Zentrum vielfältiger fortschrittlicher Aktivitäten und hat mit ihren eigenen Aktivitäten, kritischen Veranstaltungen und Gottesdiensten zu aktuellen Themen darüber hinaus eine große Zahl von Menschen angezogen. Gerade in einer Zeit, in der die demokratische Öffentlichkeit kaum organisiert wirkt, hat die Gemeinde gute Bedingungen für ein engeres Zusammenrücken der Demokraten auf örtlicher Ebene geschaffen. Hier findet die sonst so unterentwickelte Diskussion zwischen Liberalen, Demokraten, Sozialisten und Kommunisten statt.

Sollte die Kirchenleitung ihre weitgesteckten Ziele durchsetzen können, würde das nicht nur die Möglichkeiten fortschrittlicher Christen in der Kirche, sondern die der gesamten demokratischen Linken verschlechtern.

Der Kirchenvorstand der Gemeinde Schalom hat in seiner Sitzung am 26.6. das Vorgehen Wölbers einstimmig mißbilligt. Der Kirchenvorstand sieht darin nicht nur eine Disziplinierung Wandschneiders, sondern gleichzeitig einen Angriff auf die Schalom-Gemeinde und andere fortschrittliche Gemeinden!

KB/Gruppe Norderstedt





Mit Gott und Teufel gegen Kinder und Jugendliche

Bernstadt.(Baden-Würtemberg) Mit Äxten, Sägen und anderem Werkzeug demolierten die evangelischen Kirchengemeinderäte in Bernstadt einen Jugendtreff, der seit einiger Zeit in einem kircheneigenen Gebäude eingerichtet worden war. Vorwand war die angebliche Baufälligkeit des Gebäudes. Tatsächlich ging es darum, daß dieses Kommunikationszentrum für Jugendliche den religiösen Fanatikern ein Dorn im Auge war. *"Sie nannten den Jugendtreff 'Sündenpfuhl' und 'Puff' und machten monatelang Front gegen die mißliebige Einrichtung. Sie empörten sich gar darüber, daß 'sogar Neger' den Treff besucht hätten"* ("Zeit", 2.6.78).

Helfer der Familie Anne Franks ausgezeichnet

Der heute 78jährige Victor Kugler wurde am 2.6. in New York vom „Jüdischen Institut für Religion" ausgezeichnet.



V. Kugler hatte im Jahre 1942 die zur Emigration nach Holland gezwungene jüdische Familie Frank im von den Nazitruppen besetzten Amsterdam im Obergeschoß des Hauses von Otto Frank in einem Geheimzimmer hinter einer Bücherwand versteckt. Während der 25 Monate führte V. Kugler den Gewürzhandel Otto Franks weiter und versorgte die Familie Frank, und später eine weitere verfolgte jüdische Familie, mit Lebensmitteln und sonstigen Lebensnotwendigkeiten.

Man muß sich die Schwierigkeiten mal vorstellen, erst für drei, dann für sechs, zuletzt für sieben Personen über diesen Zeitraum tagtäglich Essen und sonstige Lebensnotwendigkeiten zu beschaffen. Und das in einer Situation, in der Lebensmittel knapp und solche Mengen nur

täglich Essen und sonstige Lebensnotwendigkeiten zu beschaffen. Und das in einer Situation, in der Lebensmittel knapp und solche Mengen nur

unter größten Schwierigkeiten und unter ständiger Gefahr der Entdekkung zu beschaffen waren!

Anne Frank beschrieb dies in ihrem Tagebuch so: „*Unser Schlupfwinkel ist nun ein richtiges Versteck geworden. Herr Kraler* (gemeint ist Victor Kugler – Anm. AK) *hatte die gute Idee, die Eingangstür zu unserem Hinterhaus zu verbauen, weil so viele Haussuchungen nach Fahrrädern gehalten werden ... ein drehbares Regal, ..., das sich nach der einen Seite als Tür öffnet*".

Auf das Verstecken von Juden stand Todesstrafe. Viele mutige Antifaschisten und deren Familien wurden Opfer von Denunziationen und gleich mit den Versteckten auf der Stelle hingerichtet oder in den KZ's ermordet. Anne Frank (damals dreizehn oder vierzehn Jahre alt) schrieb zu dieser Situation in ihrem Tagebuch (das sie „Kitty" nannte) unter Freitag, 9. Oktober 1942:

„Liebe Kitty!
Heute habe ich nur traurige und deprimierende Nachrichten. Unsere jüdischen Freunde und Bekannten werden in Mengen weggeholt. Die Gestapo geht nicht zart mit ihnen um. Sie werden in Viehwagen geladen und nach dem Judenlager Westerbork gebracht. Westerbork muß grauenhaft sein. Für die Tausende von Menschen sind viel zu wenig Waschgelegenheiten und WC's vorhanden. Es wird erzählt, daß in den Baracken alles durcheinander schläft: Männer, Frauen, Kinder. Flüchten ist unmöglich. Die meisten Leute aus dem Lager sind gebrandmarkt durch ihre kahlgeschorenen Köpfe und viele auch durch ihr jüdisches Äußeres".

Das Versteck blieb 25 Monate unentdeckt, bis die Familie von einem Gestapo-Spitzel verraten wurde. An einem Augusttag fiel dann die „Grüne Polizei" ins Hinterhaus ein; alle Versteckten wurden ebenso wie V. Kugler und Koophuis, ein weiterer Helfer, der die Familien mit Essen versorgt hatte, ins Konzentrationslager geschafft. Es gelang jedoch, das Tagebuch der Anne Frank zu verstecken, die das Hinterhaus ausraubende Gestapo fand es nicht.

Die Familien wurden nach Bergen-Belsen geschafft. Dort „starb" Anne Frank im März 1945 mit wohl fünfzehn Jahren, ebenso wie alle anderen Untergetauchten. Nur der Vater Anne Franks überlebte.

Kugler und Koophuis kamen in ein Arbeitslager. Aus diesem gelang Kugler die Flucht. Koophuis überlebte das Lager. Bis Kriegsende hielt sich V. Kugler versteckt und entdeckte später die Tagebücher der Anne Frank. „*Ich habe nichts besonderes getan*" – so V. Kugler bei der Ehrung, „*ich konnte doch meine besten Freunde nicht den Nazis überlassen*".

Welche mutige Aufgabe V. Kugler und andere so mutig übernahmen, schildert „Das Tagebuch der Anne Frank" (Fischer Taschenbuch-Verlag Nr. 77, DM 3,80).

Es ist eines der bedeutendsten und ergreifensten antifaschistischen Kinder- und Jugendbücher und gehört – nicht nur – in jedes Kinderzimmer und in jede Kinderbibliothek.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Beamtenkinder „wertvoller"?

Eine Bilanz der sozialen Lage alleinstehender Elternteile und ihrer Kinder zog die erste Bundesdelegiertenversammlung des "Verbandes alleinstehender Mütter und Väter" Mitte Juni in Saarbrücken. Danach haben mehr als ein Drittel aller alleinstehenden Frauen und zwölf Prozent der alleinstehenden Männer mit Kindern ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 800 DM. Nur jeder zweiten nichtverheirateten Mutter wird Unterhalt für ihr(e) Kind(er) gezahlt. Der Rest bekommt gar nichts, wenig oder unregelmäßige Zahlungen. Kritisiert wurde das "Reform-Ei", das einige Bundesländer in den letzten Jahren in Form von Vorschußkassen eingerichtet haben. Solche Kassen sollen Unterhalt zahlen, wenn der Unterhaltspflichtige nichts herausrückt. Der Staat versucht dann mit seinen Mitteln, den vorgeschossenen Unterhalt wieder einzutreiben. Diese Regelung betrifft allerdings nach Angaben des "Verbandes alleinstehender Mütter und Väter" nur Kinder unter sechs Jahren. Das sind in der BRD bei nichtverheirateten Elternteilen 176.000 Kinder. Zwischen sechs und 18 Jahren sind dagegen 646.000 Kinder – und denen nützt diese "Reform" gar nichts.

Solche Sorgen müssen sich westdeutsche Beamte um das Auskommen für und mit ihre(n) Kinder(n) nicht machen. Das Bundesinnenministerium hat einen Besoldungsgesetzentwurf vorgelegt, das neben dem allgemeinen Kindergeld Zahlungen von 90 DM monatlich für das dritte Kind eines Beamten, von 110 DM für jedes weitere vorsieht. Damit so'l einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes Genüge getan werden, das im März 1977 entschieden hatte, daß der Staat verpflichtet ist, *"den Beamten und seine Familie lebenslang amtsangemessen zu alimentieren"*, entsprechend auch beim Unterhalt der Kinder besser zu behandeln als "normale Menschen".

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Schulalltag

Schulalltag

Westberlin. Ein Abwahlantrag der SPD und FDP gegen den Charlottenburger Volksbildungsstadtrat Röseler (CDU) erreichte in der Bezirksverordnetenversammlung nicht die erforderliche Mehrheit. Begründet worden war der Antrag mit der eigenmächtigen Verordnung des "Deutschlandliedes", Strophe 1-3, an Charlottenburgs Schulen, und der Weitergabe eines rechtsradikalen Blattes an Schulräte ("Tagesspiegel", 2.6.).

Hamburg. Mit der Pistole ihres Vaters erschoß sich eine 13-jährige Oberschülerin. Die Begleitumstände sind in diesem Fall besonders brutal: In der Schule hatte man der Dreizehnjährigen die Schulbücher für die nächste Klasse ausgehändigt, sie hatte schon Französisch als Wahlfach ausgesucht und fest angenommen, nicht sitzenzubleiben. Als einen Tag später aus der Schule die Mitteilung kam, die Schülerin solle die Klasse noch einmal wiederholen, beging sie Selbstmord. ("Bild", 15.6.).

Kiel. "Roll-back" an den Schulen in kleinen Dingen. In Schleswig-Holstein sollen auf Empfehlung einer vom Kultusministerium eingesetzten Kommission die Raucherzimmer wieder abgeschafft werden, angeblich weil immer jüngere Schüler zur Zigarette greifen. Die Raucherlaubnis (nur während der Pausen) war vor ca. 10 Jahren von den Schülern neben anderen Dingen durchgesetzt worden, damals wesentlich als Bestandteil des Kampfes gegen das Arsenal unsinnigster Verbote in den Schulen (Eßverbot im Unterricht u.a.). ("Welt", 20.6.).

Abenteuer für Kinder — risikoreich

Spielplätze in der BRD sind in der Regel einfallslos und reizen alles andere an als die Kreativität der Kinder: Sandkiste, Schaukel, Rutsche. Abenteuerspielplätze sind eine Seltenheit, weil sie mehr Aufwand erfordern und die Kinder da 'mal so richtig Kind sein dürfen. Und welchem bürgerlichen "Kinderpolitiker" paßt das schon?!....

Beistand bekommen die Gegner der Abenteuerspielplätze jetzt vom Bundesgerichtshof. Dieser wies die Schmerzensgeldansprüche eines heute 18jährigen zurück, der als 14jähriger auf einem Abenteuerspielplatz verunglückte und seitdem querschnittsgelähmt ist. Aus der Urteilsbegründung: "... *aus moderner pädagogischer Sicht könnten sich die Benutzer eines Abenteuerspielplatzes frühzeitig auf die Gefahren des Lebens einstellen. Dieser Zweck der Persönlichkeitsentwicklung werde vereitelt, wenn die Jugendlichen auf dem Abenteuerspielplatz nur leicht zu beherrschende und kontrollierende Geräte vorfinden. Ein Spielplatz müsse Ersatz für das Spielen in der freien Natur bieten und könne deshalb kein vollständig behütetes Milieu darstellen*" ("Tagesspiegel",22.6.78). Die Gemeinden als Träger von Abenteuerspielplätzen hätten deshalb eine geringere Sicherungspflicht als z.B. auf normalen Spielplätzen. Sie müßten lediglich die Gefahren "begrenzen", bewußt machen und "naheliegende Mißbräuche" verhüten.

Mit diesem Urteil haben die Gemeinden einiges gegen Abenteuerspielplätze in der Hand. Weil nicht besonders gesichert werden muß, kann man Betreuer einsparen und Schilder anbringen: "Wer hier zu Schaden kommt, ist selbst schuld".

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg





»Deutschland im Herbst« — »Deutschland ein Wintermärchen«?

Vorbemerkung:
Nachdem "Deutschland im Herbst" nun einige Zeit in den Kinos gelaufen ist, die Reaktion der Linken auf den Film, die Reaktion des Publikums schlechthin bekannt ist, ist die Diskussion über den Film vielleicht schon etwas einfacher.

Die teilweise übergroße Erwartungshaltung, die dem Film vorausging, ist teilweise einer Enttäuschung gewichen. Der Film hat sich als das entpuppt, was er im Grunde nur sein konnte: ein Diskussionsbeitrag (bzw. mehrere Beiträge) zum Thema: Was passierte im Herbst '77 eigentlich und wie bewältigt die Linke diese Ereignisse.

Von daher hat der 'Arbeiterkampf' in seiner Filmbesprechung in AK 130 natürlich recht, wenn er von einer eingeschränkten Massenwirksamkeit spricht. Die Kulturkommission erspart sich allerdings eine Bewertung dieses Fakts.
Zu kurz kommt m.E. dabei der Aspekt, daß der Kritiker, wenn er das Thema des Films akzeptiert, logischerweise davon ausgehen muß, daß nicht Zuschauerzahlen des Pipifax-Streifens „Nur Samstags Nacht" erreicht werden.

Anders: Wenn wir als Linke eine offene Diskussion des Herbst '77 wollen (wovon ja auszugehen ist), wird das erstmal eine Diskussion innerhalb einer politisierten, demokratischen Öffentlichkeit sein.

Unendlich wichtig und in seiner Wirkung noch gar nicht abzusehen, ist dieser Film dennoch, weil Regisseure den Mut gefunden haben, etwas filmisch in die Diskussion einzubringen, über das offen zu diskutieren nicht die Regel ist (bzw. wo vor der Diskussion allenthalben die Distanzierung steht).

Das unfertige Produkt

Der Film mußte allein vom Ansatz her unfertig bleiben. Die Tatsache, daß verschiedene Regisseure auch verschiedene (wie der Film zeigt) Erklärungsversuche für Stammheim hatten, konnte zumindest in diesem Punkt schon keinen einheitlichen Standpunkt filmisch erfassen.

Die verschiedene Auffassung der filmischen Mittel, der Grad der Betroffenheit, all das wirkte sich auf den Film aus.

Gemeinsamer Nenner: *"Das Gemeinsame ist die Angst davor, daß die Freiräume, die Wahl der Themen vom Fernsehen, den Projektkommissionen und all den ganzen Förderungsanstalten immer mehr eingeengt wird. Jeder wollte mal was wirklich 'freies' machen"* (Schlöndorff in 'Pflasterstrand', 25/78).

Daß dann nicht etwas wirklich ‚Freies' in diese Kinos kam, sondern ein durch Zensur (?) und Selbstzensur (!) gegangener Film zeigt nur noch einmal zu deutlich, was Deutschland im Herbst '77 entscheidend ausmacht (etwas, was im Film lediglich durch Fassbinder intensiv vermittelt wird: Angst, Resignation, Verzweiflung — und das wohl nicht nur bei Teilen des fortschrittlichen Kleinbürgertums, wie der AK es ausdrückt).

Zumindest 'die andere Zeitung' (az) vom Mai '78 weiß zu berichten, daß *"das brisanteste Material noch unter Verschluß"* liegt (z.B. beifallklatschende Mercedes-Arbeiter bei Bekanntgabe der Stammheim-Tode).

Zudem ist nach 'az' auf den Filmfestspielen in West-Berlin eine andere, brisantere Kopie gezeigt worden als schließlich in den Kinos. Fassbinder äußert sich in der 'az' (az 27/28) ebenfalls dahingehend: *"Das war ein ziemlicher Schreck, als wir das festgestellt haben, wie das ist; und die Filme, die dann kamen von den anderen, die waren auch so. Die waren so ausgewogen letztlich, tja das war etwas, was wir eigentlich nicht gemacht haben."*

Fassbinders Radikalität.........

Diese Ausgewogenheit, die Fassbinder an seinen Mitregisseuren kritisiert, trifft in der Tat alle anderen Beiträge (eine Ausnahme bilden zum Teil die Dokumentaraufnahmen der Beeerdigung).

Fassbinders Teil ist zugleich der radikalste und ehrlichste Versuch, die Reaktion eines Teils der Linken auf Stammheim/Mogadischu im Bild festzuhalten. (interessant, daß gerade dieser Teil innerhalb der linken Filmkritik weitestgehend abgelehnt wird).

Fassbinders Reaktion ist Hilflosigkeit, Verzweiflung, Brutalität. Wie ein gefangenes Tier läuft er in seiner Wohnung rum, prügelt auf seinen Freund ein, mit dem er sich nicht mehr auseinandersetzen kann, ist hilflos aggressiv und teilweise zusammenbrechend. Panik bei Polizeisirenen. Heulend beim Telefonieren. Gleichzeitig die Überlegungen, ob er bestimmte Filmszenen noch so bringen kann wie geplant (Es handelt sich offensichtlich um den Film 'Berlin-Alexanderplatz', den er zu der Zeit in Paris fertigstellte).

Dieser Einblick in sein eigenes subjektives Empfinden beim Eintreffen der Todesnachrichten aus Stammheim wirkt brutal, nein ist brutal.

Fassbinder ästhetisiert hier nicht, hier ist keine überlegene Reflektion über das eigene Handeln, es ist nichts aus der Distanz betrachtet — hier wird der Zuschauer hineingestoßen in die tatsächliche Brutalität der Resignation und der Hilflosigkeit. Nur der Ästhet wird hier vermerken, daß Fassbinder sich bitteschön etwas weniger an den Genitalien hätte rumfummeln können.

Wenn die Kulturkommission in AK 130 vermerkt, die Szenen würden auf den Zuschauer *"abstoßend"* wirken, muß man die Frage stellen, kann (und soll) man Hilflosigkeit und Kaputtsein denn etwa ästhetisieren, verschönern und künstlerisch verschnörkeln?
Ich meine nicht.

Somit ist der Fassbinder-Beitrag gleichzeitig der Versuch, mit den herkömmlichen ästhetischen Normen zu brechen; die von ihm eingesetzten filmischen Mittel verdeutlichen nur den Zustand in dem sich Fassbinder befindet: die dunkle Wohnung, die langen, engen Flurperspektiven, die immer nur teilweise ausgeleuchteten Szenen, der Wechsel von Nahaufnahme und entfernter, durch die Tür aufgenommener Einstellung. Die Wohnung, düster und eng (sie wird im Film künstlich verengt), verdeutlicht oder besser untermalt die Eingeschlossenheit, die Kontaktlosigkeit (lediglich per Telefon laufen Versuche, dies zu durchbrechen).

Fassbinder selbst: *"Diese andere Problematik, die es innerhalb dieses Films immer wieder gibt, wo es immer die Kunst ist, was der Film als Ergebnis hat. Kunst ist, daß man sich doch noch wohlfühlen kann. Das ist was, was ich innerhalb dieses Films ganz erschreckend finde"* (az 27/28).

Unverständlich bleibt der Kulturkommission in ihrer Filmbesprechung m.E. ein wichtiger Aspekt der Diskussionsszenen Fassbinder-Mutter. Ich meine den Aspekt des 'Nicht-Verstanden-Werdens', der mit den anderen Szenen korrespondiert. Es ist doch auffällig, daß die Mutter das Schlußwort der Diskussion hat: regelrecht treuherzig verlangt sie nach einem "lieben und guten Diktator". Wer nach der ganzen Diskussion bei diesem Ende nicht das Gefühl hat, er bekommt einen Hammer auf den Kopf, kommt natürlich zu dem Schluß, die Diskussion wäre "sehr gut".

Summa summarum ist der Fassbinder-Beitrag m.E. der beste Teil des Films, nicht zuletzt seiner Schonungslosigkeit wegen. Er stellt die Frage des Bewältigens der Herbstereignisse schärfer, radikaler als die nachfolgenden, denn er stellt nicht nur die ä s t h e t i s c h e B e w ä l t i g u n g der anderen Beiträge in Frage, sondern fragt, ob es überhaupt noch möglich ist, den Herbst '77 intellektuell zu bewältigen. Unter diesem Blickwinkel dominiert der Beitrag den gesamten Film, stellt d i e s e n Film in der Diskussion bereits wieder in Frage.

...... und Schlöndorffs Kunst

Ganz der Gegensatz zu Fassbinders Teil ist Schlöndorffs "Antigone" nach dem Drehbuch von Böll. Hier ist eindeutig der Profi am Werk gewesen, sauber inszeniert, herrliche Dialoge, satirisch und zum Teil hervorragend karikiert.

Allein die Idee, eine Antigone-Verfilmung mit drei Distanzierungen vorweg satirisch zu behandeln, ist natürlich stark. Wenn die Kulturkommission in AK 130 allerdings schreibt, *"das Lachen bleibt einem im Halse stecken"*, gilt das bestimmt nicht für den Zeitpunkt, in dem man im Kino diesen Filmteil sieht. Dazu ist dieser Teil viel zu brilliant gedreht, die Aufmerksamkeit wird freudig auf den Film gelenkt. Nicht zuletzt so herrliche Passagen wie die Reaktion eines der Fernsehgewaltigen auf die Bemerkung, die Antigone sei bereits einige Jährchen vor Christi Geburt geschrieben worden, es sei ja gerade so traurig, daß es bereits so früh "terroristische Weiber" gegeben hätte, machen die Heiterkeit einfach. Überaus gelungen natürlich auch die Mario Adorf-Parodie auf Pfarrer Sommerauer.

Sicherlich ist dieser Beitrag der heiterste und wenn man so will der "künstlerischste". Die Leichtigkeit, mit der Schlöndorff diese Satire
heiterste und wenn man so will der "künstlerischste". Die Leichtigkeit, mit der Schlöndorff diese Satire
drehte, paßt allerdings nicht so recht, selbst "Katharina Blum" war da intensiver, eindringlicher.

Und ist es Zufall, daß eine der wichtigsten Aussagen dieses Teils, (Schlöndorffs Antwort auf Stammheim?) kaum noch erinnert wird, bzw. in der Kritik gar nicht mehr auftaucht: die Schlußszene der Antigone-Fassung auf dem Monitor: *".... den Tyrannen verfehlend, sich in ohnmächtiger Wut das Schwert in die eigene Brust stößt..."*

Schlöndorffs Beitrag wirkt auf mich bereits zu überlegen, zu distanziert und zu schön, um der Situation im Herbst '77 gerecht zu werden. (Sie wäre bereits im Sommer '77 oder noch früher ebenso passend gewesen.)

Das Dokument

Abgesehen davon, daß der gesamte Film dokumentarischen Charakter hat, wird eine Menge an dokumentarischem Material gebracht und der Streifen zeigt in außergewöhnlicher Schärfe, wie eindringlich reine Dokumentarszenen sein können. Gleichzeitig zeigt sich allerdings auch, daß erst die Komposition dieses Materials Zusammenhänge schonungslos enthüllt. Eines der besten Beispiele ist hier sicherlich das doppelte Staatsbegräbnis: Rommel-Schleyer.

Für ein derartiges Koppeln dokumentarischen Materials gibt es im Film eine Menge Beispiele: die Beerdigung selbst, die Leichenschmausszenen, die Aufnahmen der faschistischen Wehrmacht und das Bundeswehr-Manöver etc. etc.

Hier werden Herrschaftsverhältnisse in der BRD 1977 nebst historischen Verweisen anschaulich gemacht: inhumane, grausame Herrscher, die einen der Ihren, den sie geopfert haben, mit viel Erhabenheit, Ergriffenheit und einem großen Essen unter die Erde bringen, während sie ihre Feinde über den Tod hinaus verfolgen. Nicht einmal der Tod beendet die Grausamkeit, die Verfolgung, die Überwachung — vielleicht ist dies der Punkt der Grausamkeit, an dem sie aufhören soll?
vielleicht ist dies der Punkt der Grausamkeit, an dem sie aufhören soll?

Wenn diese Interpretation zulässig ist, wäre das filmische Ende (die Dokumentarszenen der Polizeikontrollen) so radikal wie Fassbinders Einstieg: die Herrschenden machen dann nicht einmal vor diesem Punkt halt, sie treiben die Grausamkeit weiter. Deutschland, ein Wintermärchen? Kaum — Eiszeit in Deutschland.

"Nach der Arbeit mit diesem Film, nach den Erfahrungen, die man dabei macht, fragt man sich nicht mehr, warum gibt es sogenannte Terroristen, sondern wie kommt es, daß es nicht viel mehr gibt. Wie kommt es, daß nicht alle um sich schlagen?" (Volker Schlöndorff).

Ein AK-Leser



Dylan — die Stärke!

Am 27. Juni war ich in Dortmund beim Dylan-Konzert. *»Wahnsinn, Alter, erstmal die Fahrt von Hamburg hin und zurück und dann vierzig Mark Eintritt, dafür könntest du ja mindestens . . .«* Natürlich könnte ich dafür mindestens, aber ich wollte nun mal Dylan hören und sehen. *»Mensch, haste nich' gelesen, in Spiegel und Stern, soll musikalisch ja mächtig abgewirtschaftet haben. Und politisch sowieso! Und außerdem: jetzt hat er sogar drei Schubidubi-Mädchen als Hintergrundchor — wie Sinatra in seinen besten Zeiten. Wenn der so weiter macht — ich sage nur Heino . . .«*

Bester Freund, hilft alles nichts: Dylan war Spitze! Erster Eindruck: ein ehrliches Programm — über zwei Stunden Musik ohne Star-Allüren und Sperenzchen. Leider muß man das ja heute so hervorheben, wo immer mehr Rock-Konzerte hauptsächlich aus Pausen bestehen, wenn sie sich nicht sogar als totale Phantom-Konzerte entpuppen.

Zweiter Eindruck: Der Mann hat sein Handwerk gelernt! Die Musik, die rüberkommt, ist einfach in Ordnung. Das ist auch nicht selbstverständlich: Man kennt ja heute 'ne ganze Menge Gruppen, die den guten Eindruck von ihren Platten mit Live-Auftritten totschlagen.

Haupteindruck: Dylan, hundertfach als Musiker totgesagt, reißt immer noch mit. Über 11000 Leute waren schier aus dem Häuschen, dafür gab's ne Zugabe. Einige Leute reagierten etwas sauertöpfisch, weil Bob Dylan nicht mehr dasselbe macht, wie vor 15 Jahren beim Newport Folk Festival. Stimmt, daß er damals seine wichtigsten Sachen gemacht hat: zusammen mit Joan Baez wurde er mit seinen Liedern damals zu einem der wichtigsten Köpfe der Protestbewegung gegen den Vietnam-Krieg. Er war nicht die politische Speerspitze, aber er schaffte es, Ansätze für politisches Bewußtsein in die bewegte Jugend zu tragen. Ich weiß noch ungefähr, wie das damals bei mir war: Als Zwölfjähriger hatte ich noch nicht den Ansatz eines politischen Durchblicks. Als einer aus unserer Klasse die ersten Dylan-Platten und Übersetzungen der Texte mitbrachte, haben wir uns das erste Mal Gedanken über Vietnam gemacht, die etwas gegen den Strich gingen, da haben wir uns das erste Mal kritsche Fragen gestellt. Dylan hat die nie beantwortet, aber er hat sie aufgerührt. Und das war wichtig.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 31

Seitdem ist oft der Abgesang auf Dylan gesungen worden. Zum ersten Mal 1965, als er es wagte, statt zur akustischen zur elektrischen Gitarre zu greifen und seiner schlichten, folkigen Schnoddrigkeit Lebewohl sagte.

»Vom Protest zum Schubidubi« — so formulierte der „Spiegel" vor Dylans jetziger Europa-Tournee den 1007. Abgesang auf Dylan. Er wird als mystelnder Millionär beschrieben, der sich seine spitze Zunge stumpf gesungen hat und heute mehr zum Seichten neigt. Dortmund hat mir bewiesen, daß Dylan nicht totzuschreiben ist.

»Mensch, Alter, laß dich nicht einwickeln: das ist nicht mehr der alte Dylan, der uns damals auf den politischen Trip gebracht hat, daß ist ein korrumpierter Pop-Fuchs, der . . .« — schon gut: Dylan ist anders als früher — aber auf keinen Fall schlechter. Wenn er heute seine »Masters of War« mit acht Leuten Begleitung und mit rockigerem Arrangement singt, glaube ich ihm immer noch, was er singt, auch wenn er einige Millionen auf der Kante hat und auch, wenn er heute 37 Jahre alt ist.

Wie gesagt, für Fahr- und Eintrittsgeld hätte ich mindestens . . ., aber ich hab's für Dylan ausgegeben. Und nächstes Mal bin ich wieder dabei!

Ein Mitglied der Kulturkommission
KB/Gruppe Hamburg



SPD-Schleswig Holstein zum Staatsvertrag: So wird das nix!

Im „Vorwärts" vom 18.7.78 nahm der Medienexperte der Schleswig-Holsteinischen SPD, Gert Börnsen, Stellung zu der Staatsvertragsaufkündigung durch die CDU. Danach will Stoltenberg die Bedingungen für die zukünftige Rundfunkstruktur diktieren: *„Option für das kommerzielle Verlegerfernsehen durch Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Sendemonopols, mehr Staatsabhängigkeit durch Ausweitung der Rechtsaufsicht, konservativer Herrschaftsanspruch im Sender durch Auswahl entsprechender gesellschaftlich relevanter Gruppen. Sich diesem Diktat zu beugen, bedeutet das Todesurteil zu sprechen über die Dreiländeranstalt."*

Angefangen hat das, nach Börnsens Meinung, mit den täglichen Disziplinierungsversuchen kritischer Journalisten. Als diese Versuche fehlschlugen, den NDR auf die *„Enge der Regional-Presse zurechtzustutzen"*, beschloß *„der krankhaft kritikempfindliche Stoltenberg"* dem Sender mal zu zeigen, wer *„Herr im Hause ist."*

Börnsen zeichnet das Bild eines hinterwäldlerischen Provinzdespoten,

Börnsen zeichnet das Bild eines hinterwäldlerischen Provinzdespoten,

der zur Befriedigung seiner Profilierungssucht sich einen Haussender schaffen und dazu die demokratischen Prinzipien außer Kraft setzen will. Vor dem Hintergrund, daß die CDU-Offensive gegen den NDR aus dem Drehbuch der bundesweiten „Schwarzfunk"-Strategie der CDU/CSU abgeschrieben und derzeit spektakulärste Variante eben dieser Strategie der Gleichschaltung der öffentlich-rechtlichen Medien nach rechts ist, berührt Börnsens Darstellung gerade einen Nebenaspekt. Als Medienexperte seiner Partei dürften ihm auch die PDI-Untersuchung von Jürgen Itzfeld(SPD), als auch die Broschüre der „Bayerischen Inititative Rundfunkfreiheit" zur Medienpolitik der Unionsparteien am Beispiel des Bayerischen Rundfunk nicht unbekannt sein. Ein Vergleich der dort gemachten Erfahrungen mit dem Vorgehen der CDU gegen den NDR zeigt deutlich, daß es sich bei dem Angriff auf den NDR um den aktuellen Teil einer großangelegten systematischen Kampagne der CDU/CSU handelt, gegen den die demokratische Öffentlichkeit in diesem Land bisher noch keinen ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen verstand.

So gesehen trägt das von Börnsen und anderen linken Sozialdemokraten gezeichnete Bild des Stoltenberg-Angriffs zum Herunterspielen des tatsächlichen Charakters des CDU-Vorstoßes bei.

Bei der Frage Was tun? kommt Börnsen dann zu solch denkwürdigem Schluß: *„Ob wir unsere rundfunkpolitischen Grundsätze wirksam verteidigen, hängt in erster Linie von Härte und Verhandlungsgeschick des H a m b u r g e r S e n a t* (gesperrt von uns, Anm. die Red.) *ab. Die Sozialdemokraten sind am stärksten, wenn die Einheit des rundfunkpolitischen Handelns zwischen Hamburg, Kiel, Hannover und Bonn erhalten bleibt"* (!!)

Sich in der Verteidigung demokratischer Rechte auf den Hamburger Senat stützen zu wollen, heißt es selber mit dem Widerstand gegen den Schwarzfunk nicht allzu ernst zu meinen.

Der Hamburger SPD-Senat hat sich bis heute auf die lapidare Erklärung beschränkt, daß er gegen die „Zerschlagung" des NDR sei, und bedaure, daß es mit Stoltenberg keine Gespräche um neue NDR-Lösungen gegeben habe.

Noch ärger ist es, wenn Börnsen sich auf die Bonner SPD, sprich Bundesregierung beruft, denn diese hat eine Komission über Kommunikationstechniken eingerichtet, welche sich für ein Kabelfernsehen ausge-

tionstechniken eingerichtet, welche sich für ein Kabelfernsehen ausge-

sprochen hat, *„an dem vor allem Zeitungsverleger beteiligt werden sollen"* („Quick", 21.7.77).

Die Macher der totalen Nachrichtensperre im „deutschen Herbst '77" in „Einheit" mit der linken SPD in Schleswig-Holstein? Wenn das die Linie der „linken" SPD ist, dann gilt umso mehr: SPD-NEE!

„Ob es letztlich gelingt, den NDR zu retten und Springers Privatfernsehen zu verhindern, entscheidet im kommenden Frühjahr der schleswig-holsteinische Wähler, wenn er sich entschließen kann, Stoltenberg und seiner CDU eine klare Abfuhr zu erteilen".

Wenn der Wähler den NDR erhalten will, dann muß er eben die SPD wählen! Das bleibt letztendlich als praktische Konsequenz im Kampf gegen die Offensive der CDU/CSU über. Geistreich ist das nicht gerade.

Die Demokraten in der SPD sind gut beraten, sich nicht als Manövriermasse im Wahlkampf vom Parteivorstand mißbrauchen zu lassen, sondern im Kampf gegen die „Schwarzfunk"- Strategie mit der demokratischen Basisbewegung zusammenzuarbeiten. Die neugegründete Bürgerinitiative „Für die Rundfunkfreiheit in Norddeutschland" wird erheblich an Kraft verlieren, wenn es ihr nicht gelingt, ihre Unabhängigkeit auch gegenüber der linken SPD zu behaupten und sich nicht deren wahltaktischen Überlegungen unterzuordnen.

Medienkomission
KB/Gruppe Hamburg

Bürgerinitiativen für Rundfunkfreiheit rufen zum Widerstand auf!

Am 22. Mai stellte sich in Hannover erstmals die Bürgerinitiative für die Rundfunkfreiheit in Norddeutschland der Öffentlichkeit vor. Nachdem die CDU in Schleswig-Holstein den Staatsvertrag des NDR gekündigt hatte, verfaßte die Initiative einen Aufruf, den wir im Wortlaut veröffentlichen:

Aufruf der BURGERINITIATIVE FÜR DIE RUNDFUNKFREIHEIT IN NORDDEUTSCHLAND

Am 14. Juli 1977 erklärte der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Gerhard Stoltenberg, vor dem Kieler Landtag, daß seine Regierung den seit 1955 zwischen den Ländern Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein bestehenden Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk kündigen werde. Als Gründe für diese Kündigung nannte Dr. Stoltenberg die angebliche Finanzmisere des NDR und das seiner Meinung nach unausgewogene Programm. Nachdem die CDU schon im April 1977 scharfe Kritik an der Berichterstattung des NDR über das Kernkraftwerk Brokdorf geübt und die Absetzung des Kursprogramms „Der Betriebsrat" gefordert hatte, war dies innerhalb von drei Monaten der zweite massive Angriff der CDU auf den NDR.

Solche Angriffe haben Tradition. So rühmte sich schon 1968 der damalige CDU-Pressesprecher und heutige Chef der Kieler Staatskanzlei, Dr. Arthur Rathke, des Abschusses der „Panorama"-Redakteure bzw. -Leiter Gert von Paczensky, Rüdiger Proske und Eugen Kogon und erklärte, daß diese „Erfolgsliste" keineswegs abgeschlossen sei. Die Attacken wurden mit massiver Unterstützung der Springer-Presse fortgesetzt. Sie waren erfolgreich. Auch der spätere Panorama-Chef Peter Merseburger und weitere Mitarbeiter mußten diesem Druck weichen.

Seit die Union die Bundestagswahlen 1976 verlor, hat sie die Kampagne gegen alle öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten verschärft. So schrieb Peter Radunski, der Hauptabteilungsleiter Öffentlichkeitsarbeit in der CDU-Bundesgeschäftsstelle

Seit die Union die Bundestagswahlen 1976 verlor, hat sie die Kampagne gegen alle öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten verschärft. So schrieb Peter Radunski, der Hauptabteilungsleiter Öffentlichkeitsarbeit in der CDU-Bundesgeschäftsstelle

in einem „Fernsehkonzept der CDU 1980": „Die Union muß 1980 den Wahlkampf im Fernsehen gewinnen" und „Es wird deshalb im wesentlichen von der Intensität und dem Einfallsreichtum der Parteiführer und der Partei abhängen, ob die Massenmedien als Mittler politischer Botschaften arbeiten oder im Wahlkampf mit eigenen Meinungen intervenieren."

Ziel dieser Strategie ist die Beseitigung der Rundfunkfreiheit. Eigene Meinungen der Journalisten sollen unterdrückt werden. Diese Absicht verstößt eindeutig gegen die Feststellung des Bundesverfassungsgerichts von 1961, nach der die Rundfunkanstalten nicht nur Mittler, sondern vor allem ein eminent wichtiger **Faktor** der öffentlichen Meinungsbildung sind und gerade deshalb nicht von einer einzelnen Gruppe der Gesellschaft kontrolliert werden dürfen.

Trotzdem versucht die Union mit allen Mitteln, den Rundfunk bundesweit unter ihre Kontrolle zu bringen. Durch ständige Angriffe sollen die Journalisten zur Selbst-Zensur gezwungen werden. Wenn persönliche Diffamierungen nicht ausreichen, dann versucht man wie im Fall des NDR ganze Rundfunkanstalten zu zerschlagen und eine neue Rundfunkstruktur im Interesse der Union aufzubauen. „Falls dies nicht möglich ist, müssen wir Alternativen für andere Organisationsformen für Rundfunk und Fernsehen im norddeutschen Raum ins Auge fassen." (So Stoltenberg am 14. 7. 1977.) Er denkt dabei vor allem an ein privates Kabelfernsehen unter starker Beteiligung der norddeutschen Zeitungsverleger — und das heißt vor allem von Springer —, das schon 1980 rechtzeitig vor den nächsten Bundestagswahlen eingerichtet sein soll.

Dieser Entwicklung muß im Interesse einer unabhängigen und umfassenden Berichterstattung begegnet werden! Der Rundfunkt ist ein zu wichtiges Instrument der Information und der politischen Meinungsbildung, als daß er unter die Kontrolle einer einzigen Gruppe geraten darf. Gerade im norddeutschen Raum kommt ihm eine besonders wichtige Funktion zu, da die Presselandschaft weitgehend durch die beiden Verlagsgruppen Springer und Madsack beherrscht wird. Für diese Aufgabe bietet ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk trotz seiner derzeitigen Probleme und Schwächen die einzige Möglichkeit.

Wir wollen keinen Parteien- oder Regierungsrundfunk, sondern Rundfunkanstalten, die einen kritischen und unabhängigen Journalismus garantieren. Nur so kann Meinungs- und Informationsfreiheit in der Bundesrepublik — ein entscheidender Grundpfeiler unserer Demokratie — erhalten bleiben.

Wir fordern alle Hörer und Zuschauer des Norddeutschen Rundfunks auf, sich mit uns aktiv für die Rundfunkfreiheit in Norddeutschland einzusetzen.

Dieser Aufruf wurde von vielen demokratischen Persönlichkeiten unterzeichnet.

In einem weiteren Brief ruft die Initiative dazu auf, „mehr Bürger anzusprechen und ihre Unterstützung zu aktivieren".

Die Erstunterzeichner (warum eigentlich nur die?) werden um folgendes gebeten:

- Besonders wichtig ist es, unser Anliegen in die verschiedensten gesellschaftlichen Organisationen hineinzutragen: Gewerkschaften, Parteien, Vereine, Jugendorganisationen. Wir sollten uns bemühen, dort überall Interesse an rundfunkpolitischen Problemen zu wecken und Beschlüsse im Sinne unseres Aufrufes herbeizuführen. Bitte informieren Sie uns über solche Beschlüsse und andere Erfolge.
- An möglichst vielen Orten sollten in den nächsten Wochen und Monaten eigene Veranstaltungen der Bürgerinitiative stattfinden. Dadurch könnten wir nicht nur diejenigen ansprechen, die an den Veranstaltungen teilnehmen, sondern zusätzliche Wirkung erreichen wir durch Einladungsflugblätter und durch Berichte in der örtlichen Presse. Bitte nehmen Sie selbst die Vorbereitungen am Ort in die Hand. Zweck jeder Veranstaltung wird in erster Linie sein müssen, über die Vorgänge in und um den NDR zu informieren. Wir können sachkundige Referenten vermitteln. Nach ausreichender inhaltlicher Vorbereitung am Ort können auch Streitgespräche mit CDU-Medienpolitikern zweckmäßig sein.

inhaltlicher Vorbereitung am Ort können auch Streitgespräche mit CDU-Medienpolitikern zweckmäßig sein.

- Einen regelmäßig erscheinenden Informationsdienst zu schaffen, mag im gegenwärtigen frühen Stadium unserer Bürgerinitiative noch als eine allzu ehrgeizige Absicht erscheinen. Zur schnellen Verständigung über aktuelle Vorgänge (Versuche der Landesregierungen, ins NDR-Programm einzugreifen, Konkretisierungen der Pläne Stoltenbergs zur Veränderung der Rundfunkstrukturen, Erfolge bei der Mobilisierung demokratischen Engagements für die Rundfunkfreiheit, beispielhafte Aktionen usw.) wäre ein Informationsdienst zweifellos hilfreich. Bitte äußern Sie sich dazu. Haben Sie Möglichkeiten, zur Realisierung eines solchen Projekts beizutragen?
- In jedem Fall benötigen wir finanzielle Unterstützung. Je mehr wir uns vornehmen, desto mehr wird es kosten. Wir haben deshalb bei der Volksbank Hannover in Hannover ein Sonderkonto auf den Namen "Bürgerinitiative Rundfunkfreiheit", Heinrich Gewecke, eingerichtet, Nr. des Kt. 662 313. Jeder noch so geringe Betrag, der auf das Konto überwiesen wird, hilft der Bürgerinitiative, ihre Aufgaben zu erfüllen...

Mit freundlichen Grüßen
gez. Stephan Burmester
gez. Dr. Werner Holtfort
gez. Eckart Spoo
i.A. H. Gewecke

Wie die CDU im NDR die Mehrheit schaffen will

Nach der Aufkündigung des NDR-Staatsvertrages durch die Schleswig-Holsteinische Landesregierung geht die CDU nun daran, ihre Vorstellungen zur Veränderung des NDR zu präzisieren. Die Aufstockung des Rundfunkrates von 24 auf 51 Mitglieder der sogenannten „gesellschaftlich relevanten Gruppen" soll ein für allemal rechte Mehrheiten sichern. Die CDU scheut nicht davor zurück, den Militaristen durch Hereinnahme des „Deutschen Bundeswehrverbandes" den direkten Zugang zu den Medien zu öffnen. Es fehlt eigentlich nur noch die Einladung an die Polizei- und BGS-„Reserve"-Verbände. Ständische Organisationen und Kapitalisten-Verbände, als auch Heimat-, Vertriebenen- und Naturschutzverbände, die schon traditionell Bastionen der CDU sind, stehen ebenfalls auf der Wunschliste der CDU.

Von den insgesamt 38 Sitzen, die den „gesellschaftlich relevanten Gruppen" zukommen sollen, sind ganze zwei Stimmen für den DGB mit seinen Millionen Mitgliedern vorgesehen, während die ständischen Verbände DAG, Deutscher Journalistenverband (DJV) und der Deutsche Beamtenbund (DBB) je ein Mitglied im Gremium stellen sollen. Unter Ausschluß der werktätigen Bevölkerung und aller fortschrittlichen Organisationen und Gruppierungen will die CDU ein Gremium installieren, das von seiner Zusammensetzung und von seiner Zielsetzung her dafür Sorge tragen wird, daß im Rundfunk Schluß sein wird mit den letzten Resten einer halbwegs objektiven Berichterstattung.



Auch im ZDF: CDU/CSU weiter auf dem Vormarsch

Während sich die CDU im Norden anschickt, den NDR in den Griff zu nehmen, ist sie in Mainz dabei, ihren eh schon großen Einfluß im ZDF noch weiter auszubauen.

Waren im alten 66-köpfigen Fernsehrat des ZDF 35 Mitglieder der CDU zuzurechnen (SPD 31), hat sich nun die CDU 37 Sitze (die SPD 29) sichern können. Dabei hat die CDU u.a. ihren „Medienpolitiker" Hans Hugo Klein in den Fernsehrat gehievt. Klein ist einer der radikalsten Verfechter für die Einführung der Berufsverbote-Praxis in Rundfunk und Fernsehen. Dem Fernsehrat sind sechs Ausschüsse beigeordnet, die bisher „paritätisch" von CDU und SPD-Leuten besetzt waren. Mit der Neuwahl des Fernsehrates wurden auch alle Ausschüsse um je ein Mitglied erweitert. Dieser organisatorischen Veränderung verdankt die CDU, daß sie in allen 19-köpfigen Ausschüssen zehn, und im Ausschuß „für Politik und Zeitgeschehen" sogar 14 von 25 Sitzen inne hat.

Vorsitzender dieses Ausschusses, der die gesamte Informationspolitik des ZDF bestimmt, ist Christian Schwarz-Schilling, Medien-Chefexperte der CDU/CSU und einer der Planer der „Schwarzfunk"-Strategie der CDU/CSU.

Vorsitzender des „Richtlinien- und Koordinierungsausschusses" ist kein geringerer als *„der Haupt-Lobbyist für eine privatwirtschaftliche Rundfunk-Konkurrenz und Befürworter einer Neufassung des Rundfunkbegriffs zuungunsten der bestehenden Rundfunkanstalten und zum Frommen der privatwirtschaftlichen Presse (Verlegerpräsident Johannes Binkowski)"* („FR", 5.7.78).

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg



Macht die SPD wieder eine ihrer Zeitungen dicht?

Seit Wochen begleiten Kommentare in den verschiedenen bürgerlichen Zeitungen die Absicht der Deutschen Druck und Verlagsgesellschaft (DDVG) Holding, der letzten kläglichen Überreste sozialdemokratischer Presse in der BRD, die bekannte Hamburger Morgenpost zu verkaufen. Gerüchte, die Zeitung entweder ganz dicht zu machen oder an einen anderen bürgerlichen Verlag oder sonstigen Geldgeber zu verkaufen, hat es in den letzten Jahren schon sehr oft gegeben. Allerdings hatte die DDVG nun im letzten Jahr schon das Gebäude verkauft und es haben *„jetzt der Kölner Verlag DuMont Schauburg und der Hamburger Spiegel-Verlag Interesse angemeldet"* (FR, 27.6.). Beide wollen mit dem Kauf der Morgenpost auch ihre politische Linie aufzwingen, denn sie *„streben eine komplette Überführung der Morgenpost unter ihrer Regie an"* (FR 27.6.).

Selbst SPD-Rechtsaußen C. Ahlers, seines Zeichens auch Chefredakteur der Morgenpost, meldete verbalen Protest an: *„Es ist doch seltsam, daß eine Partei Verkaufsverhandlungen führt, ohne die Mitarbeiter zu informieren"* (Welt 1.7.).

Zwar hat SPD-Schatzmeister Halstenberg vor kurzem erklärt, man wolle nun doch nicht verkaufen, allerdings hat die SPD zur Morgenpost schon soviel Widersprüchliches gesagt, daß dieser Aussage kaum zu trauen ist.

Die SPD und ihre Verlage

Die SPD und ihre Verlage

Als die sozialdemokratische Partei noch zu Ende des letzten Jahrhunderts eine Partei der Arbeiterklasse war, war sie auf eine von den bürgerlichen Verlagen und Druckereien unabhängige Presse angewiesen, da die bürgerlichen Druckereien sich oft weigerten, die sozialistischen Schriften zu drucken.

So wurde also richtigerweise der politische Auftrag über den wirtschaftlichen Erfolg gestellt. Ähnliche Einrichtungen der Arbeiterklasse waren damals die Konsumläden, in denen den Arbeitern während eines Streiks Lebensmittel vorgeschossen wurden usw.

Mit dem Wandel von einer revolutionären Arbeiterpartei zu einer bürgerlichen Partei wandelte sich auch zum Teil die Aufgabe der Druckereien und Verlage. So trat die Erreichung von Profit immer mehr in den Vordergrund. Man ging auf dieser Ebene auch immer mehr dazu über, in einen Konkurrenzkampf mit den bürgerlichen Verlagen einzutreten. Zu diesem Zweck hat die SPD vor allen Dingen nach dem 2. Weltkrieg den Aufbau ihrer Verlage und Druckereien wesentlich geändert. Die während der Weimarer Republik praktizierte straffe Lenkung ihrer Presse wurde aufgegeben.

Während noch in der Weimarer Republik die Chefredakteure auf eine ganz einheitliche Ausrichtung getrimmt wurden (14tägige Treffen aller Chefredakteure) sind sich die „Genossen" heute nur noch über den sozialdemokratischen Grundgedanken, was immer das heißen soll, einig. Im Gegensatz zur Weimarer Republik muß ein Redakteur heute auch nicht mehr Mitglied der SPD sein.

Während sich in der Konzentration AG., der vor 1933 die SPD-Verlage und -Druckereien angehörten, ganz in den Händen und damit Einfluß der Parteispitze befand, sind bei der 1946 gegründeten Konzentration die Einwirkungsmöglichkeiten auf ein Minimum reduziert worden, denn die Konzentration gehört jetzt im Wesentlichen den Verlagen selber. Es besteht dadurch die bessere Möglichkeit, andere bürgerliche Verlage oder sonstige Kapitalgruppen mit in den eigenen Verlag aufzunehmen. Angesichts dieser Entwicklung auf Profit auch notwendig, wenn man der bürgerlichen Konkurrenz gegenüber bestehen will. Um sich dann noch weiter dem Kapital und ihrer rechten Presse zu öffnen, wurde im März 1973 aus den Resten der Verlage eine Holding gegründet.

Wer hat uns verraten — die Sozialdemokraten

Hatte die SPD noch zu anfang der 60iger Jahre eine große Anzahl von Zeitungen und Druckereien, gab sie doch zu dieser Zeit alleine 26 Tages-u. Wochenzeitungen mit einer Auflage von 1,4 Mill. heraus, so sind sie dazu übergegangen, eine Zeitung nach der anderen dicht zu machen und ihren Weg mit „Zeitungsleichen" zu pflastern, wobei das Übergewicht der CDU/CSU-nahen Zeitungen immer größer wird. Seit 1952 hat die SPD an die 20 (!) Zeitungen stillgelegt. So z.B. Hamburger Echo, Berliner Stimme, Nachtdepesche, Telegraf, Flensburger Echo und viele andere.

Die SPD machte sich sogar bei ihren Freunden in der DruPa unbeliebt, als sie zum 1.7.72 die zu über 50% in Parteibesitz befindliche Tageszeitung „Telegraf" und „Nachtdepesche" unter Mißachtung aller Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes über Nacht dicht machte,
stimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes über Nacht dicht machte,
was 270 Beschäftigte arbeitslos machte. Selbst das BetrVG war ihnen ein Dorn im Auge, wenn es um die Schließung ihres eigenen Betriebes ging. Um diese Schweinerei nicht an die breite Öffentlichkeit gelangen zu lassen, dachte man sich folgendes aus. Denn *„mit der Unterschrift eines Sozialplanes, so bestimmte der letzte Paragraph der Vereinbarung, war der Verzicht auf alle Rechtsmittel verbunden"* (nach „Bestrafte Solidarität").

In Hannover bestand bis vor ein paar Jahren die Situation, daß es 3 Tageszeitungen gab. So die SPD-nahen „Neue Hannoversche Presse", „Hannoversche Rundschau" und die CDU-nahe „Hannoversche Allgemeine Zeitung". Die SPD machte dann die „Hannoversche Rundschau" dicht, wobei dann später die andere verbliebene SPD-Zeitung in die roten Zahlen kam. Den immer größer werdenden Konkurrenzkampf war die SPD-nahe NHP letztlich unterlegen, sodaß die CDU-nahe HAZ mit 50% bei der SPD/NHP einstieg, was natürlich auch eine geänderte politische Stoßrichtung mit sich brachte. Verbunden waren die 50% der CDU-nahen HAZ mit der Entlassung von 360 Beschäftigten.

Allerdings hatte sich auch die CDU-nahe HAZ durch den Bau eines Druckzentrums finanziell übernommen und suchte einen Geldgeber. Die nötige Geldspritze bekam sie von der SPD, die mit 30% in die CDU-nahe Zeitung einstieg, was von dem Betriebsrat auch eine Sauerei genannt wurde *„das eine Arbeiterpartei lieber den fremden Betrieb stützt, statt uns zu helfen"* (BED, 9.9.74). Erhielten doch zur gleichen Zeit in dem SPD-Betrieb weitere 150 Beschäftigte ihre Kündigung. Angesichts solchen Vorgehens der SPD-Holding mit ihren Betrieben ist damit zu rechnen, daß auch in den Verkaufsabsichten der Morgenpost noch einige Schweinereien zu erwarten sind.

(Nach H. Meyn, Massenmedien in der BRD. H.D. Fischer, Parteien und Presse seit 1945)

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

Der Arzt: »Eine Gefahr für die Patienten«

Ein Hamburger Chirurg, Dr. Heinz Junghans, klagt in einem Musterprozeß vor dem Arbeitsgericht Hamburg, weil er im Krankenhaus Heidberg bis zu achtmal im Monat (!) Bereitschaftsdienst leisten muß. Er fordert, daß dieser nur einmal pro Woche verlangt werden darf.

Bereitschaftsdienst bedeutet, daß der Arzt oder die Ärztin nach einem vollen Tagesdienst während der Nacht verfügbar sein muß, um die Notfälle versorgen zu können. Danach folgt dann wieder voller Tagesdienst. *„Das kann zweimal wöchentlich passieren. Jeweils ist erst nach 32 (!) Stunden Feierabend"* („Hamburger Abendblatt, 4.7.78). Da während der Nacht oft keine oder nur kurze Zeit für Schlaf verbleibt, bedeutet dies für die Ärzte totaler Streß, der sich verheerend für die Patienten auswirken kann.

„Es gibt Tage, an denen ich arbeiten muß, obwohl ich nicht im Vollbesitz meiner körperlichen und geistigen Kräfte bin" berichtet Dr. Junghans vor dem Landesarbeitsgericht.
stigen Kräfte bin" berichtet Dr. Junghans vor dem Landesarbeitsgericht.
„Dann müsse er operieren, obwohl er manchmal ein Flimmern vor den Augen habe und der Körper naß von Schweißausbrüchen sei. Es liege auf der Hand, daß ein so überanstrengter Arzt auch zu einer erheblichen Gefahr für die Patienten werden kann, die ihm anvertraut sind. Ein solcher Zustand übertrage sich auch auf die Atmosphäre im Krankenhaus. ‚Es kommt vor, daß sich Ärzte vor den Patienten anschreien'" („Frankfurter Rundschau", 5.7.78).

Der vom Gericht bestellte Sachverständige hatte auf die Frage des Vorsitzenden Richters, ob die geschilderten gesundheitlichen Störungen zu Fehlern gegenüber den Patienten führen könnten, geantwortet, daß dies möglich sei. Dagegen nennt der Vertreter der Gesundheitsbehörde, Hamburgs ehemaliger Erster Bürgermeister und jetziger Präsident der Bürgerschaft, Peter Schulz (SPD), diese Behauptung „eine reine Hypothese"! („Hamburger Abendblatt", 4.7.78)...

Die Gesundheitsbehörde hatte gegen die Entscheidung des Arbeitsgerichts – es hatte der Forderung des Arztes nach nur einmaligem Bereitschaftsdienst pro Woche stattgegeben – Berufung eingelegt. Es sollte zwischenzeitlich vom Arbeitsmediziner Prof. Schäcke (Uni Westberlin) ein Gutachten über die Belastung des Dr. Junghans erstellt werden. Bei der Verhandlung mußte der Richter jedoch feststellen, daß der „Arbeitsmediziner" noch nicht einmal einen Blick auf den Arbeitsplatz des Arztes geworfen hatte. Stattdessen galt sein Interesse dem Privatleben des Arztes, speziell seinem Freizeit-Hobby: er spielt Jazz-Trompete. Und d a s sei in den Augen des „Sachverständigen" eine *„meßbare Belastung"* („Ham-
spielt Jazz-Trompete. Und d a s sei in den Augen des „Sachverständigen" eine „meßbare Belastung" („Ham-
burger Abendblatt", ebenda).

Der Vorsitzende Richter vertagte daraufhin die Verhandlung auf nochmals vier Wochen, damit noch ein Gutachten über den Arbeitsplatz des Arztes eingeholt werden kann.

Die von Dr. Junghans angegangene Problematik betrifft j e d e n Arzt. Die meisten Ärzte sind über die Bereitschaftsdienste ganz froh, denn sie bringen eine Menge Geld ein. Aber wie gehen fortschrittliche Ärzte das Problem an? Der AK ist für eine Diskussion darüber offen.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Arzt gefeuert weil er redet

Der Assistenzarzt Dr. A. Lampe, beschäftigt im Krankenhaus Siloah der Stadt Hannover, ist zum 30.6. gefeuert worden, weil er die **„ungeklärten Umstände des Todes der 80-jährigen Emma Lueg ans Licht der Öffentlichkeit brachte. Der gefeuerte Arzt hatte in der Nacht zum 7.6.1977 nach einer mißglückten Operation an der Rentnerin Todesursache ungeklärt auf den Totenschein geschrieben. Der Anästhesie-Chef Dr. Uter stellte tagsdrauf einen zweiten Schein mit dem Vermerk natürlicher Tod aus"** („NHP", 23.6.).

Nach Angaben Dr. Lampes starb die Patientin an den Folgen eines Einlaufes, bei dem die Darmwand durchstoßen wurde und der gesamte Darminhalt in den Bauchraum floß. Die entstandene Infektion führte zum Tod.

Der Arzt brachte diesen Fall an die Öffentlichkeit und darf jetzt gehen, weil, so Stadtrat Beste, **„für die Siloah-Ärzteschaft unerträglich sei, daß immer einer als Ohr der Öffentlichkeit dabeisitzt"** („NHP", 23.6.).

Dr. Lampe prozessiert jetzt gegen seine Kündigung...

Und die ÖTV...

Im Zusammenhang mit diesem Fall hatte der zu zwei Dritteln linke ÖTV-Vertrauensleutekörper des ebenfalls städtischen Krankenhauses Nordstadt beschlossen, einen Brief mit der Forderung der Wiedereinstellung Lampes an den Gesamtpersonalrat der Stadt Hannover zu schicken. Als die ÖTV-Spitze das mitbekam, sollte der Vertrauensleutekörper abgesetzt werden! Doch die Belegschaft machte dem einen Strich durch die Rechnung. Die Mehrzahl der Kollegen forderte durch eine Unterschriftensammlung die Beibehaltung des Vertrauensleutekörpers. Wir stellen uns vorbehaltlos hinter Ärzte, die – immer in Konfrontation zu den Standesärzten – den „Kunstfehler"-Pfusch an den Patienten aufdecken.

KB/Gruppe Hannover

Nun hat's ihn auch erwischt — BDI-Präsident muß zahlen

Nicht nur mit klammheimlicher Freude konnten wir am 27.6. in der „Bonner Rundschau" lesen: *„Gegen BDI-Präsident Dr. Nikolaus Fasolt (56) hat das Bonner Amtsgericht einen Strafbefehl in Höhe von 58.500 DM wegen Steuerhinterziehung erlassen"*. Fasolt ist Nachfolger von Schleyer auf dem BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie)-Thron. Nicht nur ihm, sondern einer ganzen Reihe von BDI-Sympathisanten wird vorgeworfen: „ ... *hohe Spenden an die CDU als solche verschleiert* (ist das jetzt der Fachausdruck dafür?) *und widerrechtlich als Geschäftsauslagen von der Steuer abgesetzt zu haben"* („BR", 27.6.). An sich ist das ja ein normaler Vorgang im Kapitalismus, daß die Kapitalisten ihre Parteien bezahlen, denn umsonst würden sie's vielleicht nicht machen. Doch hier traf's halt den BDI-Präsidenten und da fragt die „Frankfurter Rundschau" süffisant nach: *„Ob der seit gut einem Vierteljahr als BDI-Präsident repräsentierende Bonner Fliesenfabrikant diese Fehlinvestition auch als Zeichen für seine These von der ausgehölten Substanz der Markt-*
senfabrikant diese Fehlinvestition auch als Zeichen für seine These von der ausgehölten Substanz der Markt-
wirtschaft wertet..." (28.6.).

Allerdings wird in den verschiedenen Kommentaren bürgerlicher Zeitungen schon angedeutet, daß man auf diese Art auch einen „ungeliebten" Präsidenten vom BDI-Schleudersitz abschießen will. Die „FR" fragt z.B.: „ ... *ob er seine Funktion als Aushängeschild eines der mächtigsten und einflußreichsten Verbände in der Gesellschaft noch ganz ungetrübt ausfüllen kann. Ziemlich offen fragt man sich dies am Kölner Oberländer Ufer* (Sitz des BDI), *unabhängig vom vielleicht sogar für ihn positiven Ausgang der bevorstehenden gerichtlichen Untersuchungen"* (28.6.). Und eine der Hauszeitungen des Kapital, das „Handelsblatt" würdigt Fasolt schon keine Zeile mehr.

Durch die Presseveröffentlichungen wissen mittlerweile auch die von Massenentlassungen betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter bei Fasolt (im Mai 1978), wo das von ihnen erarbeitete Geld hingeflossen ist.

Eine letzte Bemerkung kann sich der häufige Besucher Bonner Gerichte nicht verkneifen: In der letzten Zeit sind durch die Freisprüche in den Prozessen um die „Rathausstürmer" und „Buback-Nachruf-Nachdrucker" der Staatskasse ja eine Menge Kosten entstanden. Sollen diese Kosten nun durch Fasolt und Co. wieder reingeholt werden?

Bonner Initiative
„Fasolt ging voran"

Drogenszene immer brutaler

Am 12.6. sind in Frankfurt das 19. und 20. Opfer des Heroinmarktes in diesem Jahr gestorben. Damit ist in Frankfurt die Zahl der Vorjahrestodesopfer schon nach einem halben Jahr erreicht! Es scheint sich mittlerweile zu bestätigen, daß die Drogenkapitalisten den Stoff mit einer besonders gefährlichen Substanz „anreichern". („FR", 16.6.78)



Antifaschistische Veranstaltung in Hamburg-Wandsbek

„Sind die Nazis wieder salonfähig? Wir fragen uns, ob ein Zusammenhang besteht zu dem verstärkten Auftreten von Nazi-Banden und der Hitlerwelle". Unter dieser Fragestellung hatten der „Antirepressionskreis Wandsbek" und der „Chile Arbeitskreis" zur Podiumsdiskussion am 6.7. eingeladen. Ca. 200 Besucher, von denen sich auch viele zu Wort meldeten, verfolgten den Meinungsaustausch zwischen Ortwin Löwa (Journalist), Pastor Peter Kottmeier, Thomas Weinrich (Landesvorsitzender der „Falken"), Bodo Schümann (SPD-MdBü) und einem Vertreter der Bunten Liste.

Durch das Thema angelockt wurde auch die nazistische „Hansa"-Bande, die mit 9 Mann hoch anrückte und versuchte, in den Saal zu gelangen. Dies konnte durch Veranstaltungsbesucher verhindert werden, und als die Polizei anrückte, machten sich die Faschisten aus dem Staub.

In der Kürze der Zeit gelang nur ein Anfang in der Diskussion. Pastor Kottmeier berichtete u.a. darüber, daß er von den Faschisten als „Führer des roten Mobs" in Flugblättern angegriffen wird, seitdem er in einem Flugblatt den Widerstand gegen eine Nazi-Zusammenrottung in Hamburg-Lurup unterstützte. Bei einer Vernehmung durch die Polizei wegen eines Fehlers im Impressum sei der Eindruck entstanden, als wolle man behördlicherseits Informationen sammeln, mit wem er bei der Aktion im Zusammenhang stand.

Bodo Schümann konstatierte, daß die Anhängerschaft der NPD zurückgegangen sei, daß es aber Versuche der Wiederhoffähigmachung der Nazis gebe, und wies darauf hin, daß die Lage der Jugendlichen (aus denen die Nazi-Gruppen sich zu einem großen Teil zusammensetzen) mit verantwortlich ist für das Entstehen nazistischer Neigungen. Ebenfalls meinte er, daß die Hamburger Gerichte die Umtriebe der Nazis nicht genügend verfolgen. Er wandte sich jedoch ausdrücklich gegen ein Verbot der NPD und unterschied deutlich zwischen der NPD (an deren Wahlpropaganda man Verfassungswidrigkeit nicht nachweisen könne!) und den militanten Nazi-Gruppen. Er forderte, die bestehenden Gesetzesmittel konsequent gegen die Nazis zu nutzen, die geistige Auseinandersetzung gegen jegliche Intoleranz (die ein Kernstück des Faschismus sei) zu forcieren, die faschistischen Publikationen mit rechtlichen Mitteln zu verhindern und in den Schulen einen offensiven Unterrricht gegen den Faschismus zu erteilen.

Der Vertreter der Bunten Liste machte an einer Reihe von Beispielen deutlich, daß das Problem der Nazis in Hamburg nicht mehr der Rede wert wäre, wenn nicht der Senat immer wieder den Schutz der Nazi-Veranstaltungen gewährleisten würde.

Ortwin Löwa wandte sich gegen die Feststellung, daß Polizei und Justiz in diesem Lande einseitig die Faschisten schützen und auf die Linken eindreschen. Die Polizei nehme im wesentlichen die Funktion ein, beim Auftreten der Faschisten und den Demonstrationen dagegen „einen Ausgleich zu schaffen." *Warum haben wir die ANS (Hansa-Bande) nicht in den Saal gelassen und versucht, sie zu überzeugen? Wir haben doch alle Argumente auf unserer Seite".* Mit dieser Meinung stieß er auf Empörung bei den Teilnehmern der Veranstaltung. Ein Angeklagter im Hamburger Antifaschisten-Prozeß stellte die Umstände dar, unter denen dieser Prozeß abläuft und brachte eine Solidaritätsresolution ein, die auf breite Zustimmung stieß. Auch wurden der These, daß die NPD nichts mit den militanten Faschistengruppen zu tun habe, konkrete Beweise entgegengestellt.

Leider wurde in der Diskussion nicht genügend auf das Eingangsreferat des Antirepressionskreises eingegangen, in dem der Zusammenhang zwischen zunehmender Entdemokratisierung in der BRD, relativ unbehelligter Verbreitung von Nazi-Gedankengut, Repression gegen den antifaschistischen Widerstand und dem zunehmenden Auftreten faschistischer Banden aufgezeigt wurde. Dennoch war die Veranstaltung ein Beitrag dazu, bestehende Berührungsängste unter den beteiligten unterschiedlichen politischen Gruppierungen abzubauen und sollte unter der zentralen Frage: „Was tun gegen den Faschismus?" eine Fortsetzung finden.

KB/ BO Wandsbek

Antifa-Kurzmeldungen

Nazi-Umtriebe in Lüchow

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg scheint ein Zentrum der Neonazis zu sein:

Schon im letzten Juni fand in Trebel bei Gorleben ein Treffen der „NSDAP" statt, auf dem u.a. Horst **MACH**, in Nazi-Kreisen seit Jahren bekannt, teilnahm. Mach hatte Anfang der 70er Jahre in Westberlin eine Kneipe „Wolfsschanze" und betätigte sich u.a. als Waffenhändler. Anfang Februar 78 kam heraus, daß am Gymnasium in Lüchow zwei Lehrer neonazistisches Gedankengut verbreitet haben. Einer der beiden soll sogar Schüler mit den Nazi-Helden Rudel und Dönitz, gerngesehenen Gästen bei neofaschistischen Jugendverbänden, zusammengebracht haben. Bei der Auseinandersetzung darüber meldete sich die in Lüchow wohnende **Gisela Schütte** zu Wort, Haus - und Hofdichterin der Nazis um Roeder, Christophersen und Schönborn.

Verstärkung hat dieser Lüchower Nazi-Sumpf aus Hamburg erfahren: **Phillip Schönmann**, ehemaliger JN-Landesvorsitzender, mit besten Kontakten zur „Hansa"-Bande, ist nach Lüchow gegangen und hat dort – wie zu erfahren war – gleich eine neue Gruppe aufgebaut.

Nazi Pahl auf freiem Fuß

Gunnar Pahl, gerichtsnotorisch bekannter Neonazi, ist wieder auf freiem Fuß.

Das entschied ein Koblenzer Gericht, nachdem Ende April in Pahls Wohnung in Mainz haufenweise Material der „NSDAP" beschlagnahmt worden war. Nach zwei Monaten Untersuchungshaft (wegen Fluchtgefahr) wurde Pahl zu 6 Monaten verknackt, die letzten 4 allerdings wurden „zur Bewährung" ausgesetzt.

Pahl, ursprünglich aus Schleswig-Holstein stammend, ist schon seit Jahren aktiv: Auf einer Reise mit den Faschisten **Weil** und Bernburg in den Libanon wurde er in Jugoslawien festgenommen, wo ihn **J.Koesling** (ehemals NPD, heute Freundeskreis der **„Wehrsportgruppe Hoffmann"**) rausholte.

In der BRD reichte es offenbar damals nie zu einer Verurteilung, wohl aber in Italien, wo er ein Jahr lang einsaß. Kaum aus der Haft entlassen, fand er Unterschlupf in Mainz, Sitz der **„NS-Kampfgruppe Mainz"** der Nazi Familie Müller; dort flog sein Materiallager dann dieses Frühjahr auf.

Man darf gespannt sein, wie sich Gunnar Pahl jetzt „bewähren" wird!

2 Jahre für Nazi-Eckart

Wegen Volksverhetzung, Verbreitung verfassungswidriger Schriften und Aufforderung zu Straftaten wurde **Wolf-Dieter Eckart** (seit 10 Jahren aktiv) am 5.7.78 von einer Grossen Strafkammer in Hamburg **zu 2 Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt!** Offenbar war dies der dritte Prozeß in derselben Sache:

Im Januar 76 war Eckart u.a. wegen der Versendung des **„NS-Nachrichtendienst"** und des **„Mitteilungblatt des Freundeskreis der NSDAP"** zu ganzen 8 Monaten „auf Bewährung" und 3.000 DM Geldstrafe verurteilt worden. Der Bundesgerichtshof hob dieses Urteil im Sommer 77 wieder auf und verwies das Verfahren zur erneuten Verhandlung nach Hamburg zurück. Eckart sollte von einem Psychiater auf seinen Geisteszustand untersucht werden. Die zweite Verhandlung fand im November 77 statt: Diesmal blieb der Richterspruch sogar hinter dem ersten vom Jan 76 zurück: 8 Monate „auf Bewährung", und nur 1.000 DM Geldstrafe, obwohl das Gutachten ihn für voll schuldfähig erklärte! Auch gegen dieses Urteil legte Eckarts Anwalt Revision ein. Begründung für das jetzige Strafmaß: Eckart sei „völlig unbelehrbar", der Typ eines „politischen Spinners", durch dessen Schriften „beträchtlicher Schaden für das Ansehen unseres Landes" vor allem im Ausland enstanden sei. Der Verteidiger will wieder in Revision gehen.

Generalbundesanwalt „ermittelt" gegen Wiking-Jugend

Nachdem in der linken Presse und in der letzten Zeit auch durch einige schleswig-holsteinische SPD-Abgeordnete das Treiben der faschistischen Wiking-Jugend immer mehr an die Öffentlichkeit gezerrt wurde, sieht sich nun Generalbundesanwalt Rebmann genötigt, „Ermittlungen" gegen 21 Personen einzuleiten. Vorgeworfen wird den Neonazis Ankauf gestohlener Ausrüstungsgegenstände der Bundeswehr, Überfälle auf Bundeswehr-Posten, Diebstahl von 1.000 Schuß Bundeswehr-Munition, ein Banküberfall mit 66.000 DM Beute sowie Raubüberfälle auf eine Bundeswehrstreife und auf niederländische Soldaten. Diese Straftaten hätten dazu gedient, Geld und Waffen für eine terroristische Vereinigung zu beschaffen mit dem Ziel, Einrichtungen der NATO-Streitkräfte, die „Mauer" in Berlin sowie Gedenkstätten der Opfer des Faschismus zu zerstören. Außerdem soll geprüft werden, ob die Neonazis den Sprengstoffanschlag auf die Anwaltschaft in Flensburg im September 77 begangen haben.

Landesparteitag der NPD in Mannheim muß verhindert werden!

Die NPD plant in Mannheim am 16. und 17. September 78 einen Landesparteitag. Das Kongreßzentrum Rosengarten in Mannheim ist bereits als Tagunsort gemietet.

Gegen den Kongreß haben sich antifaschistische Kräfte in Mannheim zusammengeschlossen. In einem Brief des Mannheimer Stadtjugendringes wird der Mannheimer Oberbürgermeister Ratzel, SPD, aufgefordert, die Vergabe des Kongreßzentrums rückgängig zu machen.

Bisher gab es bereits ein Treffen verschiedener Gruppen (Revolutionäre Sozialistische Initiative, SAG, Arbeitskreis Polizeigesetze, Redakteure der Alternativzeitung „Stadtstreicher", Sympathisanten des KB in Mannheim) zur Gründung einer Initiative zur Verhinderung des Parteitages. Zum nächsten Treffen am 20.7. (Mannheim, 19.30 Uhr, Gaststätte Rheinhäuser Hof, Seckenheimer Straße) wurde ein sehr breiter Kreis fortschrittlicher Gruppen, Arbeitskreise, Organisationen etc. eingeladen. Die örtliche Presse hat bisher über die Proteste relativ ausführlich berichtet. Sorgen wir dafür, daß dieser Parteitag verhindert wird! (Nach einem Bericht der Sympathisantengruppe Mannheim/Ludwigshafen)

Pläne der NPD zum 13. August

Die NPD plant wieder eine Reihe von Provokationen für den 12. und 13. August 1978. In der „Deutschen Stimme" kündet der „Bundesorganisationsleiter" der NPD, Seetzen, bundesweite Aktionen „für die Neuvereinigung des Deutschen Reiches" an. Allen Gemeinden, die nach den Vorfällen am 17. Juni in Frankfurt künftig keine NPD-Demonstrationen mehr zulassen wollen, droht Seetzen Gegenmaßnahmen an (ED, 4.7.).

NSDAP-Fan aufgeflogen

In der Wohnung eines 20jährigen Kölner Gymnasiasten beschlagnahmte die Polizei große Mengen nationalsozialistischen Propagandamaterials. Gefunden wurden u.a. Aufkleber der NSDAP/AO. *„Der Schüler erklärte den Polizisten während der Wohnungsdurchsuchung: ‚Adolf Hitler war der Größte!'"* („die tat" v.30.6.). Von Köln aus waren in den letzten Wochen rund 5.000 Exemplare einer neofaschistischen Schülerzeitschrift an Schulen des Ruhrgebietes verteilt worden.

„NSDAP/AO" auch in Moers

„NSDAP/AO"-Aktivitäten in Moers meldet das Kollektiv des dortigen „Aragon-Buchvertriebes". Besonders aktiv sollen die Nazis in Moers-Hülsdonk gewesen sein. Dem Aragon-Buchladen wurde die Schaufensterscheibe mit „NSDAP/AO"-Aufklebern vollgekleistert (nach „ID" v. 24.6.).

Hagen: Nazi-Mörder aufgespürt

Unter dem Verdacht, an national-sozialistischen Verbrechen in Holland beteiligt gewesen zu sein, wurde am 4.7. in Hagen der 57jährige Siegfried Bruns verhaftet. Die Verhaftung erfolgte aufgrund eines Hilfeersuchens der holländischen Justiz. Bruns – der eigentlich gebürtiger Niederländer ist und Sierd Bruins heißt – war im April 1949 in Abwesenheit von einem Groninger Gericht zum Tode verurteilt worden. Bruns alias Bruins soll mit den Nationalsozialisten im besetzten Holland zusammengearbeitet haben.

Hansa-Bande provoziert weiter

In Buchholz (Nordheide) veranstaltete die VVN einen Filmabend „Nazis – gibts die noch". Als lebende Antwort auf diese Frage tauchten Michael Kühnen (Chef der „Hansa"-Bande) und Edgar Geiß mit einer Gruppe Nazis auf und versuchten zu stören: Sie sangen Nazi-Lieder und drohten den Besuchern Prügel an! („die tat", 7.7.).

Neues Nazi-Blatt auf dem Markt

Hamburgs Neonazis haben sich etwas neues für ihre Öffentlichkeitsarbeit einfallen lassen: Ab Juli 78 soll monatlich ein „Nationaler Nachrichtendienst" erscheinen. Aufgabe: *„Staatsbürgerliche Information und Dokumentation über Aktivitäten und Aussagen der Neonazis"* (Originalton!). Verantwortlich zeichnet ein **Olliver Ackermann**, Bestelladresse ist eine Hamburger Postlagerkarte.

Aus welcher Ecke das Ding kommt, ist nicht schwer zu erraten: Schon vor einem Jahr hatte die Hansa-Bande versucht (nach dem Vorbild Eckarts), neben ihrem internen Blatt „Der Sturm" einen „Pressedienst" einzurichten. Die Burschen haben das Jahr, das ihnen Senat und Justiz bisher Zeit gelassen haben, gut zu nutzen gewußt. Strafrechtlich nennt man sowas „Begünstigung".

Aufruf

an alle Teilnehmer und Beobachter der antifaschistischen Protestaktionen am 17. Juni in Frankfurt

Die Verhinderung des Nazi-Aufmarsches am 17. Juni in Frankfurt durch 10.000 Antifaschisten war ein großer Erfolg. Alle Erfahrungen zeigen jedoch, daß sich der Staatsapparat und die Faschisten nicht damit zufriedengeben werden, daß durch die brutalen Polizeieinsätze viele Antifaschisten festgenommen und z.T. erheblich mißhandelt wurden,. Es ist vielmehr zu erwarten, daß Verfahren gegen Antifaschisten eingeleitet werden, deren Ausmaß noch nicht abzuschätzen ist. Um zu verhindern, daß die Betroffenen stellvertretend für uns alle für berechtigten Widerstand bestraft werden können, gilt es jetzt in vollem Umfang die Ermittlungen aufzunehmen, Zeugenberichte anzufertigen, sämtliches Foto- und Filmmaterial ausfindig zu machen und jedes auch noch so kleine Detail zu zentralisieren, das geeignet ist, den wahren Sachverhalt zu beweisen. Wir wissen: **Dies wird eine schwierigere Aufgabe, als 10.000 Menschen gegen die Nazis zu mobilisieren, und hier gilt es, eine leider noch sehr verbreitete Unverantwortlichkeit in den Reihen der Linken zu beseitigen.**

Noch ist die Sache frisch!!

Sämtliche Informationen bitte umgehend weiterleiten an:

Asta der Universität Frankfurt
6 000 Frankfurt 90
Jügelstraße
oder an die Frankfurter Kontaktadresse des KB

Nazi-Aufmarsch in Diksmuide

Wie in den Jahren zuvor war auch diesmal, für den 2. Juli, in Diksmuide (Belgien) ein Großtreffen von Rechtsradikalen aller Schattierungen angesagt. So versammelten sich dort etwa 32.000 Menschen, um „Heldengedenkfeiern" etc. abzuhalten.

Aus der BRD hatten u.a. „Nation Europa", HIAG und die „Solidaristen" zur Fahrt nach Belgien aufgerufen.

Seit Freitag waren verschiedene Faschistengruppen in Diksmuide zur Stelle: Aus Belgien die Altfaschisten der „Rexisten", Faschisten aus Flandern (VMO), aus Frankreich („Parti des Forces Nouvelles"), aus Spanien, die MSI aus Italien. Zu beobachten war auch ein Grüppchen „Freies Albanien". Zahlenmäßig recht stark vertreten waren britische Faschisten der „Nationalen Front" und des „British Movement".

Wie schon 1977 trat diese Bande von Nazi-Propagandisten unverhüllt mit „Sieg Heil"-Rufen, NS-ähnlichen Uniformen usw. auf. Der Spektakel führte diesmal zum Einschreiten der Polizei: etwa 75 Nazi-Militante wurden wegen Ausschreitungen bzw. Tragen von Nazi-Symbolen vorübergehend festgenommen (allerdings blieben nur 3 weiter in Haft), darunter etwa 20 aus Großbritannien.

Unter den Krawall-Machern tat sich auch der „Hansa"-Banden-Führer Michael Kühnen – mit rund 40 Kumpanen angerückt – hervor. Aus der BRD waren außerdem Faschisten der NPD und der HIAG anwesend; auch die „Wiking-Jugend" (aus der BRD sowie aus Holland/Belgien und Frankreich) trat in Erscheinung (Angaben nach „searchlight"- und „Zoeklicht op Rechts"-Redaktionen).

Antifa-Kommission KB/ Gruppe Hamburg

Antifa-Veranstaltung in Norderstedt

Am 29.6. veranstaltete der Arbeitskreis „Bürger gegen Faschismus", der sich erst kürzlich aus Sorge über die auch in Norderstedt (b. Hamburg) zunehmenden neofaschistischen Tendenzen unter Jugendlichen gegründet hatte, einen Filmabend. Gezeigt wurde der Film „Berichte vom Widerstand". Anschließend wurde in kleinen Gruppen mit ehemaligen KZ-Häftlingen diskutiert. Mit ca. 250 Teilnehmern, von denen über die Hälfte Jugendliche waren, war die Veranstaltung sehr gut besucht.

Besonders die Erfahrungen und Erlebnisse der ehemaligen KZ-Insassen stießen bei den Jugendlichen auf großes Interesse. Nach diesem erfolgreichen Einstieg in die antifaschistische Aufklärungsarbeit will der Arbeitskreis seine Aktivitäten verstärkt fortführen.

KB/Gruppe Norderstedt

Nazi-Handel: Das war wohl nix, Herr Vogel!



Orden, Nazi-Bücher und ähnlicher Mist werden immer noch auf Flohmärkten, „Antiquitätenmessen" usw. angeboten

„Sehr geehrter Herr Kollege, seit einiger Zeit wird in der Öffentlichkeit besorgt auf das sprunghafte Ansteigen des Vertirebs von Schallplatten mit Tondokumenten aus der nationalsozialistischen Zeit, nationalsozialistischer Litaratur, Spielzeug und Waffennachbildungen mit nationalsozialistischen Emblemen aufmerksam gemacht ...". So beginnt ein Brief des Bundesjustizministers Vogel vom 25.1.78, geschrieben unter dem Druck der demokratischen Öffentlichkeit.

Über Bundesinnenminster Maihofer ging dieser Brief auch an die Innenminister der Länder, mit der Aufforderung, daß die Polizeibehörden ebenfalls aktiv werden sollten.

In diesem Brief forderte Vogel seine Kollegen auf, ihm Berichte über die Anwendung der einschlägigen Strafbestimmungen (§§ 86, 86a StGB - Verwendung von NS-Propaganda) zugänglich zu machen, da er diesen Bereich *„z.zt. nicht zu überblicken vermag".*

Neben der Überlegung, neue Gesetze einzuführen, falls die bestehenden nicht ausreichen sollten, legte er den Justizminstern noch einmal die Rechtslage dar: *„Das geltende Strafrecht stellt nach §§ 86, 86a StGB das Verbreiten von Propagandamitteln und das Verwenden von Kennzeichen ehemaliger nationalsozialistischer Organisationen unter Strafe. Aus der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zu den genannten Vorschriften ergibt sich, daß insbesondere das Verwenden und Verbreiten zu gewerblichen Zwecken nicht nach der Sozia-adäquanzklausel der §§ 86 Abs. 3, 86a Abs. 3 StGB straflos bleibt. Es handelt sich im Übrigen um Straftaten, die von Amts wegen zu verfolgen sind.*

Ich halte es für erforderlich, daß die Staatsanwaltschaften ... dafür Sorge tragen, daß ihnen Sachverhalte ... lückenlos bekannt gemacht werden, damit in den in Betracht kommenden Fällen Strafverfahren eingeleitet und durchgeführt werden können."

Ein halbes Jahr danach

Tatsächlich haben seitdem einige grössere Aktionen „von Amts wegen" stattgefunden.

Im Mai 78 stellte die Bundesfamilienministerin Antje Huber zum ersten Mal seit 1972 wieder Indizierungsanträge als „jugendgefährdende Schriften" gegen eine ganze Anzahl kriegs- und faschismusverherrlichender Publikationen, u.a. gegen den 5-bändigen Nachdruck der von Goebbels für die Auslandspropaganda vorgesehenen Monatszeitschrift „Signal". Wie viele andere derartige Reihen wird auch „Signal" vom John-Jahr-Verlag herausgegeben. „Signal" ist in der Zwischenzeit tatsächlich indiziert, d.h. es darf nicht mehr öffentlich dafür geworben werden.

Außerdem wurde das Verfahren vereinfacht, das die Indizierung einleitet. Waren bisher allein die obersten Landesjugendbehörden antragsberechtigt, so kann jetzt jedes Jugendamt entsprechende Anträge bei der „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften" einreichen.

Anfang Mai 78 beschlagnahmte die Polizei auf der Stuttgarter „Internationalen Sammlerbörse" massenweise Hakenkreuzbinden, SS-Abzeichen, Hitlerbilder, Nachdrucke von „Mein Kampf" usw. - insgesamt 7 Müllsäcke voll. Diese Aktion wurde erst unternommen, nachdem die Händler sich weigerten, freiwillig den Plunder zu entfernen. Die Mehrzahl der Stücke stellte sich als industriell hergestellte Nachbildungen heraus. Ermittlungsverfahren wurden aufgenommen.

Am 23. Mai wurde im Raum Bonn durch die Staatsanwaltschaft ein Großhandel mit Nazi-Plunder aufgedeckt. Auch hier wurden säckeweise SS-Dolche, Hakenkreuze und Uniformen beschlagnahmt. Gegen zwei Antiquitätenhändler wurden Ermittlungen eingeleitet.

Diese drei Beispiele zeigen, daß anscheinend tatsächlich einige Anstrengungen unternommen werden, um die Flut der Nazipropaganda und das Geschäft damit etwas einzudämmen. Diesen Beispielen entgegen stehen aber wesentlich mehr negative, die den Alibicharakter dieser „Verfolgung" deutlich machen.

„Nehmen sie sich doch einen Rechtsanwalt"

Düsseldorf: Ein Bürger, der sich bei einem Händler über dessen Nazi-Stükke empörte, wurde kurzerhand vor die Tür gesetzt. Die von ihm eingeschaltete Polizei verwies ihn an das Ordnungsamt, das wiederum meinte, die Gewerbeaufsicht sei zuständig, und diese gab ihm den guten Rat: „Nehmen Sie sich doch einen Rechtsanwält". Die nun plötzlich doch wieder zuständige Polizei wiegelte ab: Man könne doch wegen Nazi-Utensilien keine „riesige Aktionen" veranstalten („tat", 2.6.78).

Kirchentellinsfurt/Tübingen: Ein „Heimatmuseum" in Kirchentellinsfurt/Tübingen erhält weiterhin 3.360 DM öffentliche Gelder, obwohl eine ganze Ecke mit Nazi-Traditionsstükken versehen ist - kommentarlos, versteht sich. Die Geschichte ist seit März bekannt, im Juni stellt die VVN - des Wartens müde - selbst Strafanzeige („tat", 24.3. und 23.6.78).

Rhein/Main-Gebiet: Ein Ermittlungsverfahren gegen einen Nazi-Hänler, der auf der 8.Waffenschau Rhein-Main Abziehbilder mit NS-Emblemen verkauft hatte, wurde eingestellt. Begründung gegenüber der VVN, die die Anzeige gestellt hatte: Es sei „nicht mit Gewißheit zu wiederlegen, daß der Händler diese Stücke nicht aus politschen Gründen, sondern um kulturhistorische Sammlungen zu ergänzen", verkauft hätte („tat", 9.6.78).

Mainz: Hier erklärte die Polizei der anzeigenden SDAJ ganz frech, der gewerbliche Vertrieb von NS-Abzeichen (auf dem Mainzer Krempelmarkt) sei „an sich noch keine strafbare Handlung". Oberbürgermeister Fuchs behauptete dar: *„Die Verbreitung von NS-Propaganda sei nur dann strafbar, wenn sie dazu bestimmt sei, Bestrebungen einer ehemaligen NS-Organisation fortzusetzen"* („tat", 14.4.78).

München: Die Klenau OHG ist ein Marktführer im Nazigeschäft. Auf eine Anzeige hin erklärte das Kreisverwaltungsreferat Gewerbe- und Verbraucherschutz: „mangels einer entsprechenden Rechtsgrundlage" könnten derartige Versteigerungen von Nazi-Symbolen „aus gewerblichen Gründen nicht untersagt werden". Im Übrigen sei das eine Sache der Polizei, die schon eingreifen würde, wenn's nötig sei. Offenbar erschien's der Polizei nicht nötig, Klenau versteigerte am 25.2.78 ungestört Judensterne (original !), SS-Dolche etc.

Die Reihe derartiger Fälle ließe sich fortsetzen. Trotz eindeutiger Rechtslage, trotz einer eindeutigen Aufforderung Vogels passiert in aller Regel eben nichts gegen das Geschäft mit dem Nazi-Plunder.

Gegen einen Fotografen, der im Auftrag der DGB-Jugendzeitung ‚ran' ein Foto „stellen" wollte, auf dem Schüler mit Hakenkreuzen an der Schultasche zu sehen waren (derartige Fotos werden bei ‚ran' als „gestellt" ausgewiesen !), wird ermittelt. Ebenso gegen den Chefredakteur, der dem Fotografen zu Hilfe kommen wollte und gegenüber dem Staatsanwalt erklärte, auch er habe - eben zu Dokumentationszwecken - im Fernsehen eine Szene mit einer SA-Kapelle gefilmt („tat", 23.6.78).

Weiter Handel mit NS-Emblemen

Ohne daß die Behörden dagegen einschritten, konnten auf einer in den Hamburger Messehallen abgehaltenen Antiquitätenmessen zahlreiche Händler einen schwunghaften Handel mit Nazi-Emblemen betreiben. Darunter befand sich auch eine offen ausgehängte Hakenkreuzfahne, die für 80 DM angeboten wurde. Ferner wurden „Ehrendolche" der SS und SA, NSDAP-Parteiabzeichen sowie Schießabzeichen der Hitler-Jugend verkauft.

aus „Tat" 28.4.78

Schluß mit Militarismus und Naziverherrlichung

Jede Woche finden in der BRD Flohmärkte und ganz offizielle „Messen" statt, auf denen dieser Plunder vertrieben wird, oft genug von Faschisten, die über diesen Dreck auch aktive Rekrutierungsarbeit betreiben. Diese Messen werden u.a. im „honorigen" „Deutschen Waffenjournal" angekündigt, werden beliefert von Händlern, die heute schon industriemäßig NS-Symbole nachfertigen lassen. Daß es sich dabei nicht um „ungefährliche Nostalgie" handelt, diese Erfahrung haben Sozialarbeiter machen müssen. Jugendliche, die einfach das Hakenkreuz „geil" finden, weil sie ihren berechtigten Protest gegen Unterdrükkung und Ausbeutung zum Ausdruck bringen wollen - diese Jugendlichen werden durch den staatlich geduldeten Nazi-Handel und durch die staatliche Duldung von Nazi-Banden geradewegs den Faschisten in die Arme getrieben.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Antifaschisten werden bestraft

Völlig absurd wird die Geschichte bei folgenden Fällen:

München: Ein 78jähriger Widerstandskämpfer hat mit einer Anklage zu rechnen, weil er auf einer Demonstration gegen Berufsverbote ein a n t i f a s c h i s t i s c h e s Plakat getragen hatte, auf dem u.a. ein Kiosk abgebildet ist, der die offiziell erhältliche John-Jahr-Zeitung „Das Dritte Reich" incl. Hakenkreuz anbietet.

Das Plakat wurde beschlagnahmt, das Verfahren gegen den Antifaschisten läuft unter dem Titel: „Staatsverleumdung und Verwendung nationalsozialistischer Symbole" (UZ, 15.4.78).

»Wagner: eine teuflische Bestie«

Vor einigen Wochen wurde einer der grausamsten Nazi-Verbrecher, Gustav-Franz Wagner, stellvertretender Lagerkommandant der NS-Vernichtungslager Treblinka und Sobibor, in Brasilien verhaftet. Aufgespürt hatte ihn der bekannte jüdische Nazi-Verfolger Simon Wiesenthal.

Im Vergleich zur bundesdeutschen Presse schenkte der Großteil der spanischen Zeitungen diesem Vorfall weitaus größere Beachtung.

Im Mittelpunkt der Berichterstattung standen die erschütternden Berichte des einzigen spanischen Überlebenden Joaquin Garcia Ribes, heute 77 Jahre alt und in Barcelona ansässig.

Die baskische Zeitung DEIA veröffentlichte ein Interview mit Joaquin, das den grenzenlosen zynischen Sadismus von entmenschlichten NS-Schergen deutlich macht.

Mütter merkten, daß sie das Bewußtsein verlieren würden, versuchten sie verzweifelt ihre Kinder vor dem ausströmenden Gas zu bewaren, indem sie deren Köpfe mit ihren Brüsten bedeckten, damit die Kleinen Atem sparen sollten. Diese Anstrengung der Frauen waren zweifellos völlig absurd, denn für die Kinder war weitaus weniger Gas notwendig, als für die Erwachsenen. Weder Mütter noch Kinder hatten irgendeine Chance, dem Gastod zu entgehen. Doch diesen faschistischen Kanaillen bereitete die verzweifelte, opferbereite Geste der Mütter Freude und Vergnügen!" ...

Ein weiterer Fall, der nicht nur die ‚gängige' faschistische Folter beschreibt, ist folgender:

„Bei der Organisierung des perfekten Massenmordes hatten die Nazis an alles gedacht. Bei den Vorbereitungen, die für die täglichen Vergasungen getroffen wurden, durfte zwischen den für die Gaskammer bestimmten Häftlingen und den Arbeitskolonnen der Häftlinge kein Wort und keine Geste gewechselt werden. Das galt auch für Familien: d.h. es mußte so getan werden – alles unter dem Eindruck unbeschreiblicher Todesangst – als würde man den eigenen Mann, die eigene Frau und die eigenen Kinder nicht erkennen.



Wagner bei der Identifizierung durch einen ehemaligen KZ-Häftling

Unterstrichen werden soll damit vor allem, daß in den NS-Vernichtungslagern nicht ‚bloß' auf Befehl von übergeordneter Stelle, mit technokratischer Präzision, eine unvorstellbare Anzahl von Menschen ermordet wurde, sondern daß jedes leitende Element in jedem KZ sein eigenes Verbrecherhirn betätigte, um individuelle Methoden des Quälens und der Erniedrigung zu ersinnen, um dann an den nicht zu ermessenden Leiden der Häftlinge eine persönliche Befriedigung, Freude und Genugtuung zu haben. Joaquim Garcia Ribes war in Treblinca in Arbeitskollonnen eingeteilt, die gezwungen wurden, den Häftlingen die Haare zu scheren, ihre Kleidung einzusammeln, zu sortieren und nach Wertgegenständen zu durchsuchen. Einige Monate vor der Befreiung gelang ihm mit 20 anderen Häftlingen durch einen Tunnel die Flucht in die Freiheit.

Auf die Frage, wieviel Menschen in Treblinka umgebracht worden sind, antwortete der alte Mann: *„Es sind wohl mindestens 800.000 gewesen und über 250.000, solange Wagner stellvertretender Lagerkommandant war. Aber im Grunde genommen ist doch die genaue Anzahl nicht mehr so wichtig, ob es nun 6,7 oder 800.000 Opfer waren; jeder einzelne Fall ist die Biografie eines gequälten, zu Tode geschundenen Menschen, der ausreichen würde, um die Verantwortlichen zu verurteilen. Wagner war der Schlimmste von ihnen. In Treblinka war er unter dem Namen ‚Kiwe' bekannt, das war die jiddische Bezeichnung für Teuflische Bestie, und ohne jeden Zweifel war er diese Bezeichnung wert. Dieses barbarische Gesicht, ohne jeden menschlichen Zug, hat sich in mein Gedächtnis gegraben. Ich könnte ihn zu jeder Zeit unter allen Umständen erkennen.*

Seine Verbrechen könnten die Seiten eines Buches füllen, das wohl das Schrecklichste wäre, das je geschrieben wurde. Folgende Beobachtung wird Ihnen das bestätigen:

Jede Gaskammer hatte Sehschlitze, vor denen sich Wagner und andere SS-Schergen versammelten, um zu sehen was drinnen geschah. Ihr dortiges Zusammentreffen endete immer in großem Vergnügen und Gelächter. Diese Beobachtung verwunderte mich, und ich wollte wissen was so ‚Unterhaltendes' dort passierte. Eigentlich dienten die Spione den Aufsehern dazu, festzustellen, wann die Menschen ihr letztes Lebenszeichen aufgegeben hatten, um dann den Abtransport in die Verbrennungsöfen zu organisieren.

Für Wagner und seine Meute hatten sie allerdings eine andere Funktion. Es war auch nicht das, was Sie vielleicht meinen und was an Widerlichkeit kaum zu überbieten gewesen wäre: sich an den unbekleideten Körpern der Frauen ergötzen, die sich im Todeskampf befanden. Dieses abartige Sexualvergnügen wäre für diese Ungeheuer noch zu menschlich gewesen. Es war etwas viel Schlimmeres, was diesen Barbaren, die besser nie geboren worden wären, Freude bereitete: In dem Moment, als die

So geschah es an einem Tag, als ich mit einem anderen Häftling die Kleidung der zum Gastod Bestimmten sortieren mußte, daß diese Gruppe, Frauen und Kinder, an uns vorbeigetrieben wurde. Mein Kamerad erkannte seine Frau unter den Unglücklichen, sie wechselten kurz einen Blick, der ausdrückte: nichts anmerken lassen, doch der kleine unschuldige Junge an der Hand der Mutter, entdeckte den Vater, riß sich los und fiel ihm um den Hals. Sofort trat ‚Kiwe' hervor und trat dem Mann in die Geschlechtsteile, der, als er sich wieder erholt hatte, vergeblich versuchte so zu tun, als würde er das Kind nicht kennen. Doch der Junge ließ ihn nicht los und schrie verzweifelt ‚Papa, Papa!'. Mein Kamerad konnte das nicht mehr ertragen und er trat vor, auf ‚Kiwe' zu, um ihn zu bitten, doch statt des Kindes ihn zu vergasen; auf alle Fälle müßte das Kind gerettet werden. Darauf entgegnete der Satan, der Vater solle sich mal keine Sorgen machen, er werde veranlassen, daß sein Sohn immer bei ihm sein werde, dafür sei es aber nicht notwendig, daß er in die Gaskammer ginge.

Der Junge wurde erstmal weggeschafft. Mein Freund, völlig verstört, hielt sich am Strohhalm der Hoffnung fest.

Es verging der Abend, die Nacht, der nächste Morgen, doch das Kind war nicht wieder aufgetaucht. Als ‚Kiwe' mit seiner Meute bei uns vorbeikam, fragte der Vater ihn nach seinem Jungen. Wagner antwortete, er hätte Wort gehalten, sein Sohn sei jetzt immer bei ihm. Mein Freund erwiderte, daß er ihn aber noch nicht gesehen hätte. Darauf die Bestie: Ich habe dir doch gesagt, daß das Kind immer bei dir sein wird und daß ich Wort gehalten habe, hast du denn heute morgen nicht diesen merkwürdigen Geschmack in der Suppe gespürt.

Die Schwelle des menschlich Erträglichen war schon lange überschritten. Noch in der Nacht beging mein Kamerad Selbstmord" (DEIA, 18.6.78).

Die Nichtbestrafung auch dieses Nazi-Mörders ist bereits in Sicht; so berichtete die spanische Presse:

„Die Rechtsanwälte des Gustav Franz Wagner beantragten die sofortige Freilassung ihres Mandanten, mit der Begründung man könne ihm nichts Konkretes vorwerfen ...

Außerdem wurde bekannt, daß Wagner seit seiner Verhaftung unter Herzbeschwerden leide und sich darüberhinaus in psychiatrische Behandlung begeben hat" (Mundo Diario, Barcelona, 16.6.78).

Spanien-Kommission

Otto Habsburg wird »Deutscher« — BRD um einen braunen Vogel reicher

In einer Nacht- und Nebelaktion wurde Otto Habsburg, Sohn des letzten österreichischen Kaisers und – wie der Extra-Dienst behauptet: schwachköpfiger – berufsmäßiger Antikommunist am 9.6.78 zum BRD-Bürger gemacht.

Gegen Habsburg war zuvor im April 78 ein Antrag auf Ausweisung gestellt worden, da – so Antragsteller Axel Wernitz (SPD) – Habsburg „als Kristallisationspunkt rechtsextremistischer Tendenzen" und „wegen eindeutiger verfassungsfeindlicher Aktivitäten" untragbar sei.
Obwohl üblicherweise bei derartigen Einbürgerungen die Bundesregierung eingeschaltet wird, machte Bayern bei Habsburg eine Ausnahme. Und mehr noch: Seine Einbürgerung sei von „besonderem staatlichen Interesse", so erklärte Innenminister Seidl (CSU).

Wernitz hatte den Antrag gegen Habsburg u.a. wegen folgender Ausserungen gestellt: „... *Vorerst müßte der Begriff des Staatsnotstandes neu umschrieben werden und es müßte die Ausrufung dieses Staatsnotstandes zum automatischen Inkrafttreten der Sonderbestimmungen führen. Das Wesentliche wäre: Alle Macht, ohne Verzug, wird auf neun Monate an eine einzige Person übertragen. Dieser Mann sollte, nur für die Zeit des Notstands, das Recht haben, sämtliche Gesetze zu suspendieren* (aufzuheben – Anm. AK) *und alle Maßnahmen zu ergreifen, die für die Erhaltung des Lebens der Bevölkerung notwendig sind... Es scheint absolut geboten, für eine solche Situation eine schnell arbeitende Justiz bzw. die letzte Strafe* (Todesstrafe – Anm. AK) *wiedereinzuführen...* " („FR", 10.6.78).

Kaum eingebürgert, durfte Habsburg dann den Posten eines Festredners bei einer Verleihung des bayrischen Verdienstordens antreten, von Ministerpräsident Goppel andachtsvoll als „kaiserliche Hoheit" tituliert. Und am 17. Juni hielt Habsburg bei einer Kundgebung „Unteilbares Deutschland" wieder eine seiner berüchtigten Reden: Nicht die Gemeinschaft der Neun (EG), sondern ein „Großeuropa" unter Einschluß Osteuropas sieht er als seinen „Auftrag" an („NN", 19.6.78).

Dieses Ziel will Habsburg ab 1978 im europäischen Parlament verfolgen – **als Fraktionsmitglied der CSU-Liste**. Er selbst begründete seine Einbürgerung damit, „*daß sich die Europa-Arbeit vom nächsten Jahr an weitgehend in die europäischen Gemeinschaften verlagern werde und er in seiner Eigenschaft als Präsident der internationalen Pan-Europa-Union ‚verschiedene Dinge wahrzunehmen hat, die schwierig sind, wenn man nicht EG-Staatsbürger ist'* " („FR", 22.6.78).

Wer ist Otto Habsburg?

Otto Habsburg ist seit Jahren für die Rettung des Christlichen Abendlandes aktiv, sei es
- als Präsident der „**Internationalen Paneuropa-Union**", die unter dem Mantel „abendländische Politik" die aggressivsten Propagandisten des Imperialismus international zusammenfassen will;
- als Kuratoriumsmitglied des „**Brüsewitzzentrums**", einer Nahtstelle zwischen CSU/CDU und Faschisten (siehe AK 131);
- als Redner und „Preisträger" bei den Revanchistenverbänden. So ist Habsburg schon seit langem Mitglied der „**Sudetendeutschen Landsmannschaft" (SL)**, Träger des Karlspreises der SL sowie der „Plakette für Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht" (1976) des „**Bundes der Vertriebenen**";
- als Preisträger und Aktivist der „Deutschland-Stiftung" (CSU/CDU-nahe).

Die Paneuropa-Union

Mit ihren diversen Unterabteilungen und Ablegern ist die „Internationale Paneuropa-Union" das Aushängeschild für Habsburgs Politik. Er ist deren Präsident.
Die „Pan-Europa-Union" ist entstanden auf Initiative des Grafen Coudenhove-Calergi, der nach dem 1. Weltkrieg den Gedanken einer „europäischen Einigung" formulierte. Schon unter Coedenhove-Calergi war es das Ziel der „PEU", aus Europa ein antikommunistisches Bollwerk zu machen und ein „Europa vom Atlantik bis zum Ural" zu errichten.
Die „Internationale Pan-Europa-Union" unterhält in Westeuropa verschiedene Sektionen, wie z.B. die „PEU-Deutschland", die wiederum in Landesverbände gegliedert ist. Präsident der „deutschen" PEU ist **Bundesminister a.D. von Merkatz (CDU)**, zugleich Aktivist im Umkreis der „Deutschland-Stiftung". Der PEU angeschlossen sind diverse stockrevanchistische Vereine:
- Der **Witiko-Bund**, eine konspirativ arbeitende Kaderorganisation, die sich vorwiegend aus alten Mitgliedern der faschistischen „Henlein-Partei" der Tschechoslowakei zusammensetzt, aber auch Jugendarbeit betreibt. Der Witiko-Bund hat Vertreter in allen parlamentarischen Parteien und nimmt in den Revanchistenorganisationen, insbesondere der „Sudetendeutschen Landsmannschaft", führende Positionen ein.
- Der „**Bund der Vertriebenen**" (BdV); Präsident: CDU-MdB **Helmut Czaja**; Vizepräsident: „Witiko"-Mitglied **Rudolf Wollner**, der auch gleichzeitig Bundesgeschäftsführer der „PEU-Deutschland" ist.
- Die „Sudetendeutsche Landsmannschaft" (SL); Sprecher: „Witikone" **Dr. Walter Becher**, CSU-MdB.
- Die „Pommersche Landsmannschaft"; Sprecher: **Philipp von Bismarck**, CDU-MdB. Der Präsident der „Pommerschen Abgeordnetenversammlung", die sich als „Exilparlament Pommerns" versteht, ist CDU-MdB **Hans Edgar Jahn**.

„Pan-Europa-Jugend"

Sie ist die Jugendorganisation der PEU. 1976 gegründet, umfaßt sie heute nach eigenen Angaben 8.000 Mitglieder. Im Vorstand der PEJ sind:
- **Bernd Posselt**, zugleich stellvertretender Vorsitzender des „Brüsewitz-Zentrums";
- **Walburga Habsburg**, wie der Papa ebenfalls „Brüsewitz"-Aktivistin;
- **Olaf Kappelt**, ebenfalls „Brüsewitz"-Aktivist.

„**Um die Jugend von heute für das Europa von morgen**" zu gewinnen, plant die PEJ die Gründung eines „**Midszenty-Zentrums**", analog zum „Brüsewitz-Zentrum", das noch in diesem Jahr in Süddeutschland aus der Taufe gehoben werden soll (Midszenty wurde 1949 als Führer der ungarischen klerikalen Reaktion zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt. Er starb 1975).
Internationale Kontakte bestehen
Er starb 1975).
Internationale Kontakte bestehen
u.a. nach Spanien, wo Walburga Habsburg bei der Gründung der


Otto Habsburg

„**Volksallianz**" des ehemaligen faschistischen Innenministers und StrauSS-Freundes **Fraga Iribarne** (Chef der span. „Paneuropa"-Sektion) dabei war. Eine „Internationale Paneuropa-Jugend" soll noch in diesem Jahr in Paris gegründet werden.

Habsburg und die CSU/CDU

Mit Strauß verbindet Habsburg eine alte Freundschaft. So wurde Habsburg schon bei Gründung der CSU-eigenen **Hanns-Seidl-Stiftung** in den außenpolitischen Beirat benannt.
Heute entwickelt sich die Hanns-Seidl-Stiftung immer deutlicher zu einem heimlichen „Außenministerium" der CSU, die über diese Stiftung Kontakte zu reaktionären Kräften im In- und Ausland unterhält.
Die Tätigkeit in der „Hanns-Seidl-Stiftung" soll für Habsburg anscheinend das Sprungbrett für eine Karriere als CSU-Europaparlamentarier sein. Zur CSU laufen auch noch weitere Verbindungen;
- So ist Otto Habsburg Mitherausgeber der Zeitschrift „**Zeitbühne**" (zusammen mit **William S. Schlamm**), die u.a. 1976 im Bundestagswahlkampf eine Vermittlerrolle zwischen „4. Partei" (AVP) und CSU gespielt hat. Damals wurde von einer „Stiftung für europäische Publizistik" unter Vorsitz des AVP-Präsidenten **Dietrich Bahner** eine Sonderausgabe der „Zeitbühne" für Schüler herausgegeben. Die Bahner-„Stiftung" ist Mitglied der PEU!
- Habsburg ist auch mit dabei, wenn es jetzt darum geht, im Verein mit ultrarechten Professoren wie Lothar Bossle (Würzburg) eine CSU-eigene Hochschulorganisation, die „Hochschulunion" aufzubauen, noch weit rechts vom RCDS.

Pan-Europa-Union, Revanchistenverbände, Brüsewitz-Zentrum und CSU – eine braunschwarze Suppe und Habsburg einer der Köche – Pfui Teufel!

KB/Gruppe Nürnberg und
KB/Gruppe Nürnberg und Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg


Strauß, Löwenthal und die ganze Korona inclusive Ziesel und Habsburg

Wie sich die VVN den antifaschistischen Kampf vorstellt

Emil Carlebach, Chefredakteur der DKP-kontrollierten Zeitung „die tat" (Organ der VVN) schreibt als Schluß folgerung der Frankfurter Polizei-Krawalle vom 17.Juni („tat", 30.6.): „ ... *Diese Lage und die empörenden Vorgänge am 17.Juni 1978 in Frankfurt haben in einem Teil der Bevölkerung, vor allem der Jugend, die Stimmung ausgelöst, nun müsse man mit denselben Mitteln, mit Schlagring, Knüppel und Bierflaschen, gegen die Nazis zurückschlagen – und notfalls auch gegen eine die NPD beschützende Polizei.*
So verständlich die Empörung ist, so gefährlich wäre dieser Weg. Gewiß gibt es Menschen, die von Straßenkampf oder bewaffnetem Aufstand träumen, vielleicht sogar darauf hoffen. Die Realität aber sähe anders aus: Kampfgas, Panzerwagen und Schußwaffeneinsatz gegen die praktisch wehrlose Zivilbevölkerung. Ein solcher Zusammenstoß wäre gewissen Stellen geradezu erwünscht, um ‚endlich einmal Ordnung zu schaffen.' ".
Wir wissen nicht, was Lenin empfehlen würde, ... Carlebach jedenfalls empfiehlt: „*Das Jahr 1969 hat uns das Beispiel gegeben und den Beweis für einen wirksamen Kampf geliefert. ... Wenn die Gewerkschaften ihrem Protest gegen die Nazis die Aufforderung an ihre Mitglieder folgen lassen, diesen Protest in den Betrieben und auf der Straße wirksam zu machen, dann müssen sich auch militaristische Polizeikommandeure zurückhalten. Wenn sozialdemokratische Politiker, Abgeordnete und Bürgermeister nicht nur Protesterklärungen veröffentlichen, sondern sich mit an die Spitze antinazistischer Aktionen stellen, dann werden die Neonazis und ihre reaktionären Helfer sehr schnell in die Isolierung getrieben, wie wir es 1969 bewiesen haben*".
Carlebach rechnet offensichtlich auf die Vergesslichkeit der Menschen: Gab es denn nicht auch in den Jahren 1969 zahlreiche brutale Polizei-Einsätze gegen anitfaschistische Demonstrationen? Kam nicht schon damals die (bei den Revis gar nicht gern gehörte!) Parole auf „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" ? ... Und es stimmt auch nicht, wenn Carlebach behauptet, die NPD sei 1969 „sehr schnell in die Isolierung getrieben" worden. Tatsächlich hatte sie noch Anfang der 70er Jahre in verschiedenen Bundesländern beängstigend günstige Wahlergebnisse. Alles schon wieder vergessen , Herr Carlebach ?!
Carlebach hat allerdings recht, wenn er meint, daß mit DGB- und SPD-Prominenz „an der Spitze" der 17.Juni in Frankfurt ganz anders verlaufen wäre: **Dann hätte es nämlich gar keinen antifaschistischen Protest auf dem Römer gegeben, sondern bloß eine DGB-SPD-Kundgebung irgendwo weit entfernt, die NPD hätte ungestört auf dem Römer aufmarschieren können, und ein Polizei-Einsatz wäre in der Tat völlig überflüssig gewesen.** So war es ja auch schon 1969 und drumherum allzu häufig: DGB und SPD riefen zu irgendwelchen „Protest"-Kundgebungen fern vom Ort des eigentlichen Geschehens auf und ermöglichten es damit der NPD, ihre Veranstaltungen relativ störungsfrei durchzuführen. Heute ist es in der Regel nicht anders, wo immer SPD und DGB die Szene des antifaschistischen Kampfes betreten. Und DKP/VVN sind mit von der Partie, wenn solche Ablenkungsmanöver inszeniert werden und wenn konsequente Antifaschisten als „Chaoten und Provokateure" beschimpft werden.
Die These, man müsse die Faschisten „unter sich lassen", jeder direkten Konfrontation mit ihnen aus dem Weg gehen, jede Gewaltanwendung gegen die Faschisten vermeiden usw. usf. hat spätestens mit Hitlers „Machtergreifung" 1933 ihren Bankrott erlebt. Es zeugt schon von einiger Unverschämtheit, wenn man uns heute solchen Quark erneut als antifaschistische Strategie anbieten will.

Nazi-Treffen in Lippoldsberg: Schlafende Hunde?

Im Gegensatz zu dem Nazi-Pfingsttreffen in Scharzfeld (Harz), wo die Staatsanwaltschaft zentnerweise Nazi-Propagandamaterial beschlagnahmte (und ... die Nazis weiterfeiern ließ!, vergl. AK 132), wollten die Behörden die von Antifaschisten gelieferten Informationen über die "Lippoldsberger Dichtertage" erst gar nicht zur Kenntnis nehmen. Dabei bedienen sich die Verantwortlichen – vom Bürgermeister bis zum Landrat – der seit Jahren lancierten Darstellung dieser "Lippoldsberger Dichtertage" als kulturelle Veranstaltung mit, na ja vielleicht "problematischen", auf keinen Fall aber irgendwie ernstzunehmenden oder gar gefährlichen Leuten. Denn offiziell dienen diese alljährlichen Treffen dem Nazi-"Dichter" Hans Grimm ("Volk ohne Raum") und sie werden organisiert von dessen Tochter Holle Grimm, der die "Klosterhaus-Versandbuchhandlung" in Lippoldsberg gehört.
Der Landrat vertritt gar, "*daß man schlafende Hunde nicht wecken solle. In den letzten Jahren sei ja alles friedlich verlaufen*" ("GT", 29.6.).
Und so sieht das konkret aus:

- Am Vorabend des offiziellen "Dichtertreffens" veranstaltete die **Gesellschaft für freie Publizistik (GfP)** einen Vortrag mit **Wilfred von Oven** ("Legion Condor" im Spanischen Bürgerkrieg), ehemals Pressereferent Goebbels' und bis 1977 Publizist in Diensten der in Argentinien lebenden Altnazis ("La Plata-Ruf").
- Von den berüchtigten Nazis Christophersen und Roeder war kistenweise Material in Lippoldsberg zu besichtigen. Ob Christophersen ("Auschwitz-Lüge") persönlich anwesend war, ist noch unklar. Wahrscheinlich ist das allerdings, denn er hat seinen Besuch schon zu früheren Treffen in L. angesagt.
- Für Sonntag angekündigt war u.a. Reinhard Pozorny, ehemaliges NSDAP-Mitglied, heute Mitglied des rechtsradikalen **Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes**.
- **Alfred Manke**, Vorsitzender des "**Arbeitskreises Volkstreuer Verbände**" (AVV; Mitgliedsorganisationen sind "Aktion Widerstand", BHJ, DKEG) und Leiter des "Deutschen Arbeitszentrum" in Bassum, das rechtsradikalen Verbänden aller Schattierungen als Schulungszentrum dient.

Schon dieser kleine Ausschnitt zeigt, daß hier das ganze Spektrum der Nazi-Szene vertreten war. Die Nazis wissen es natürlich zu schätzen, daß diese "Dichtertage" zur "Privatangelegenheit" (SPD-Bürgermeister Heusner) der Holle Grimm erklärt werden. "Privatangelegenheit" der Frau Holle ist es dann ja wohl auch, daß sie mit ihrer Klosterbuchhandlung eine ständige Verteilerstelle für faschistisches Propagandamaterial unterhält und (genau wie die Organisatoren des Scharzfelder Treffens) Mitglied des örtlichen Fremdenverkehrsvereins ist. Hier scheint sich für Antifaschisten v.a. in ländlichen Gebieten ein neues Arbeitsfeld "Fremdenverkehr" aufzutun!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Göttinger Bullen haben wieder zugeschlagen

Nach Verfolgungsjagd bezog Autofahrer Prügel

„Zeugen beobachten im Feierabendverkehr einen halsbrecherisch manövrierenden Streifenwagen. An einer Ampel stoppen die Beamten, rennen mit gezückter Waffe auf einen mit drei Personen besetzten PKW zu und fordern die Insassen zum Aussteigen auf. Als die drei mit erhobenen Händen herauskommen, setzt es Prügel. Der Fahrer wird noch geschlagen, als er am Boden liegt, der zweite Mann mit dem Kopf an das Wagendach gestoßen, der dritte auf dem Rücksitz eines inzwischen eingetroffenen Zivilstreifenwagens einer 'Sonderbehandlung' unterzogen" (GT, 22.6.78).

Aufgrund dieses Vorfalls, der nur bekannt wurde, weil ein Zeuge Strafanzeige gegen die beteiligten Beamten gestellt hatte, mußte die Göttinger Polizeiführung (Polizeidirektor Mogwitz) 'eine gewisse Häufung derartiger Anschuldigungen gegen Polizeibeamte" zugeben. Und gleich weiter: *„Das soll jedoch nicht heißen, daß man bereits von einer Serie sprechen könnte. Ich sehe das weiterhin als Einzelfälle, in denen die Ermittlungen zudem bisher noch nicht abgeschlossen sind"* (GT).

Zwei weitere Fälle:

„Unangenehme Bekanntschaft mit rabiaten Polizisten will kürzlich auch der Göttinger Altmöbelhändler Helmut Wander gemacht haben: Ein Freund von ihm habe des nachts verdächtige Gestalten in den Lagerräumen aufgespürt und sei daraufhin mit ihm zusammen zur Polizei gefahren. Die habe jedoch keine Strafanzeige aufnehmen wollen. Stattdessen habe ein Streifenpolizist Wanders Freund angeschrien, er solle sofort verschwinden. Als Wander gegen diese Behandlung protestiert habe, sei ihm ein Bein weggetreten worden, sodaß er zu Boden gegangen sei. Als er sich wieder aufgerichtet habe, sei er mit der Faust ins Gesicht geschlagen worden. Daraufhin habe er selbst zurückgeschlagen und sei dann von sechs Polizisten vom Reviergelände geprügelt worden" („FR", 29.6.).

Weil ein Westberliner Schriftsteller im November 76 an einer Straßenecke mit drei anderen Männer zusammen ein Bier getrunken hatte, wurde er mit den übrigen zusammen von einem Streifenwagen auf die Wache transportiert. Er wurde dabei Zeuge, *„wie den Männern (und z.T. auch mir) im Wagen und vor allem auf der Wache von den Beamten mitgespielt wurde. Ohne daß das Vorliegen eines Verstoßes auch nur angedeutet worden wäre, vollzogen sich die Formalien (Feststellung der Personalien, Durchsuchung, wohl nach Waffen) in einer Atmosphäre wüster Aggressivität. Haben Polizeibeamte die körperliche Unversehrtheit hilfloser Personen zu garantieren, so traf einen älteren, stärker angetrunkenen Mann die Wut des Gesetzes und das buchstäblich besonders hart. (...) Ein Treten, Stoßen, Schlagen, Zerren in schlimmster Brutalmanier!"* (GT, 26.11.76)

Angesichts der Tatsache, daß die Göttinger Staatsanwaltschaft bereits vier andere Ermittlungsverfahren des letzten halben Jahres gegen Göttinger Polizisten (wegen ähnlicher Vorwürfe) eingestellt hat, ist die Bezeichnung 'Einzelfall' dieses oben genannten Polizeiführers allerdings etwas unverfroren!

Für Polizeidirektor Mogwitz ist klar, daß *„bei gewissen Kreisen ein Interesse vorhanden ist, die Polizei ganz allgemein in Mißkredit zu bringen"* (GT, 22.6.). *„Ein wenig nüchtern stellt einer der Verantwortlichen fest: Es hat da in den letzten Jahren im direkten Kontakt zwischen Bürgern und unseren Beamten ganz allgemein eine qualitative Veränderung gegeben"* (GT, 22.6.).

Hält man sich die in den letzten Jahren enorm gestiegene Zahl von Todesschüssen durch Polizeibeamte auf offener Straße vor Augen, können die Betroffenen wahrscheinlich noch von Glück sagen, daß sie überhaupt noch leben!

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

aufnehmen wollen. Stattdessen habe ein Streifenpolizist Wanders Freund angeschrien, er solle sofort verschwinden. Als Wander gegen diese Behandlung protestiert habe, sei ihm ein Bein weggetreten worden, sodaß er zu Boden gegangen sei. Als er sich wieder aufgerichtet habe, sei er mit der Faust ins Gesicht geschlagen worden. Daraufhin habe er selbst zurückgeschlagen und sei dann von sechs Polizisten vom Reviergelände geprü-

gemein eine qualitative Veränderung gegeben" (GT, 22.6.).

Hält man sich die in den letzten Jahren enorm gestiegene Zahl von Todesschüssen durch Polizeibeamte auf offener Straße vor Augen, können die Betroffenen wahrscheinlich noch von Glück sagen, daß sie überhaupt noch leben!

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Westberlin: Fahndungsübung

Der Hinweis eines Betrunkenen auf eine angebliche „Terroristin" reichte am 22.6., um in Westberlin eine polizeiliche Großübung abzuhalten: Ein ganzer Neubaublock im Bezirk Schöneberg wurde abgeriegelt und von 50 teilweise mit MP und kugelsicheren Westen ausgerüsteten Beamten einer Spezialeinheit vom Keller bis zum Dach durchsucht. Ziemlich obskur war bereits der auslösende Faktor: Der Betrunkene hatte eine etwa 30 jährige Frau angesprochen und sich als Kriminalbeamter ausgegeben. Die Frau habe daraufhin angeblich einen Koffer geöffnet und daraus eine Maschinenpistole entnommen. Der Mann habe sich angeblich in Sicherheit gebracht und von einer Kneipe aus die Bullen benachrichtigt. Das genügte der Polizeiführung offenbar, das große Rad anzuwerfen!

Nach mehr als zweieinhalb Stunden entpuppte sich die Aktion als voller Schlag ins Wasser. Ergebnis der Aktion: 5 Personen und zwei Autos waren erfolglos überprüft worden. Und dabei war extra eine Spezialeinheit gekommen – ein schwaches Bild! („Abend", 22.6.).

Freispruch für Mörder in Uniform

Kriminalhauptkommissar Eppstein, der stark angetrunken am 7.1. seinen ebenfalls angetrunkenen Nachbarn Klaus Beinert in Frankfurt erschoß, hat das laut Staatsanwaltschaft „in Notwehr" getan.

In der Nacht zum 7.1. hatte Eppstein im Schlafanzug und mit seiner Dienstwaffe in der Hand „Ruhe im Treppenhaus" gefordert, als sein Opfer Beinert „schweren Schrittes und zuweilen laut rufend vor seiner Wohnungstür" vorbeiging.

Es entwickelte sich angeblich eine Rangelei zwischen den beiden, wobei der Bulle überwältigt wurde. Er gab zwei Schüsse ab, wovon eine Beinerts Brust durchbohrte und beinahe noch einen herbeigeholten Hausbewohner traf. Beinert starb.

Staatsanwalt Seifert meinte zur Einstellung des Ermittlungsverfahrens: **„Man müsse davon ausgehen, daß sich Eppstein keine andere Hilfe gewußt habe, als zu schießen"**. Obgleich der Polizist erheblich alkoholisiert war und deshalb die Gefahrensituation möglicherweise falsch eingeschätzt habe, bleibt für Seifert rechtlich relevant, daß für Eppsteins Schüsse der „Verteidigungswille" den Ausschlag gegeben habe (nach „FR", 24.6.).

Freispruch!

VORANKÜNDIGUNG

„NAZI-AUFMÄRSCHE IN DELMENHORST"

– Dokumentation –

Die 24-seitige Dokumentation enthält eine Reihe von Dokumenten, Fotodokumenten und Augenzeugenberichten im Zusammenhang mit den 2 Nazi-Aufmärschen in Delmenhorst am 18.3.78 und am 27.5.78.

Herausgeber:
Antifaschistischer Arbeitskreis, Bremen

Initiative gegen Faschismus, Delmenhorst
Frauengruppe gegen Faschismus, Bremen

Bestellungen über:
C. Zuper
Vor dem Steintor 52
2800 Bremen

Klassenjustiz



Anwältin verhaftet

Anwältin verhaftet

Am 29. Mai 1978 war die Westberlinger Anwältin Ingrid Lohstöter vom Staatsschutz verhaftet worden, weil man sie zu unrecht verdächtigt hatte, an der Befreiung Till Meyers aus dem Knast Moabit beteiligt gewesen zu sein.

Die Kollegin schildert die Umstände ihrer Verhaftung folgendermaßen:

Am Nachmittag des 29.5.1978 gegen 16 Uhr sprang plötzlich ein mit einer gezogenen Maschinenpistole bewaffneter Polizist durch das mit Frauen und Kindern besetzte Wartezimmer.

Er stieß die Tür zu dem Büroraum auf und nahm an der Tür mit auf die Bürofrauen gerichteter Maschinenpistole Stellung. Auf seiner kugelsicheren Weste stand mit riesigen orange-reflektierenden Lettern „POLIZEI". Ein Stahlhelm zierte seinen Kopf. Drei weitere ebenso gekleidete Polizisten (alles Mitglieder des Spezialeinsatzkommandos – Parallele der GSG 9, wie ich später vom Staatsschutz erfuhr) folgten ihm, stürmten durch das Büro, besetzten den hinteren Aufgang und bezogen in den Räumen Stellung. 4 Zivilbeamte und zwei Staatsanwälte kamen nach. Mitten im Wartezimmer wurde in Gegenwart der Mandantinnen der Durchsuchungsbeschluß verkündet: Aufgrund einer Aussage eines Justizbeamten bestehe der hinreichende Verdacht gegen mich, an der Befreiung von Till Meyer beteiligt gewesen zu sein. Die Durchsuchung würde zur Auffindung entsprechender schriftlicher Unterlagen führen.

Tatsächlich mußten die Durchsuchungsprotokolle am Ende der Durchsuchung in meinem Büro, in meiner Wohnung und der Wohnung meiner Eltern in Westdeutschland gegen 18.30 Uhr mit dem Vermerk „Durchsuchung ohne Erfolg" ausgefüllt werden.

Dennoch hatte der Staatsschutz einen erheblichen Erfolg zu verbuchen: Sämtliche Frauen haben das Wartezimmer fluchtartig verlassen. Die Angst stand ihnen im Gesicht. Nur eine Mandantin mußte bei dem Anblick der Beamten lachen, da sie die verkleideten Beamten nicht ernst nehmen konnte.

Ich mußte die Sprechstunde abbrechen. Die angemeldeten Mandanten mußten, nachdem ihnen von mit Maschinenpistolen bewaffneten Beamten die Tür aufgemacht worden war und ihre Personalien überprüft wurden, nach Hause geschickt werden. Erst nach energischem Protest von uns wurde dies eingestellt. Nur eine Mandantin hielt aus, da sie extra aus dem Wedding gekommen war und dringend anwaltlichen Rat benötigte. Meine Kollegin sprach dann mit ihr, merkte aber, daß die Mandantin nur mit zitternder Stimme sprach und sich gar nicht konzentrieren konnte. Ein Arzt, der im selben Haus eine Praxis hat, erzählte später, daß sich seine Patienten erst dann in seine Praxis getraut hatten, als die im Hausflur stehenden Polizisten wieder abgezogen waren.

Weitere Diffamierung besorgte ein Vertreter der Staatsanwaltschaft, verstärkt durch entsprechende Aufreißer in der Presse, insbesondere der Springer-Presse: „Meyer-Ausbruch: Anwältin in Haft". „Die Rechtsanwältin, heute muß sie zum Haftrichter" – dies begleitet durch den Kommentar, daß nun offenbar ein erster Erfolg bei der Fahndung nach den Befreiern Till Meyers gelungen sei.

Überregional bewirkte neben der Welt die Heute-Nachrichtensendung noch am selben Tag das gleiche.

Die Kollegin wurde am nächsten Tag wieder freigelassen, die Diffamierung hatte aber zunächst ihre Wirkung erreicht. Die „Begründung" für die Verhaftung und den Rufmord an dem Büro kann man noch nicht einmal als schlechten Witz bezeichnen. Die Kollegin schildert dies in ihrer Erklärung so:

Bei der Vernehmung erfuhr ich dann, daß ein Justizbeamter ausgesagt hatte, ich hätte in der Hauptverhandlung im sogenannten Lorenz-Prozeß zu meinem Mandanten Gerald Klöpper etwa sinngemäß gesagt, – Meyer weiß Bescheid, oder sag Meyer Bescheid.

Tatsächlich war ich während einer Pause in der Hauptverhandlung zu Meyer selbst rübergegangen und hatte ihn gebeten, er möchte mit einer eigenen Stellungnahme solange warten, bis Gerald Klöpper seine Erklärung zu den Haftbedingungen zu Ende vorgelesen hat. Es kann dann sein, daß ich zu Gerald Klöpper gesagt habe, ich habe Meyer Bescheid gesagt, daß er dich ausreden läßt.

Die mir unterstellte Äußerung habe ich nicht von mir gegeben, da ich von einer bevorstehenden Befreiungsaktion überhaupt nichts wußte. Beweisanträge, die neben mir sitzenden Verteidiger und Herrn Klöpper dazu zu hören, daß eine solche Äußerung nicht gefallen ist, habe ich bereits gestellt.

Darüberhinaus muß aber jedem Menschen, der zu einigermaßen vernünftigen Gedanken fähig ist, klar sein, daß ich eine solche Äußerung aber auch deshalb gar nicht getan haben kann, da jeder im Gerichtssaal weiß, daß jedes Wort von den zahlreichen Staatsschützern mitgehört wird und ungehörtes und unkontrolliertes Gespräch gar nicht möglich ist.

Ich betrachte diese gesamte Vorgehensweise gegen mich als eine gezielte Aktion, um mich als Verteidigerin von Herrn Klöpper im „Lorenz-Verfahren" auszuschliessen und die Vertrauensverteidigung erneut zu sabotieren und Herrn Klöpper weiter zu isolieren.

Diese Begründung und auch die Begründung für den versuchten Ausschluß des Rechtsanwalts Becker aus dem Lorenz-Prozeß – er soll angeblich als „Signal" für den Till-Meyer-Klau einen Farbfernseher in den Knast Moabit getragen haben – zeigt die Richtung, in die die neuen verschärften Verteidigerausschlußgesetze gehen: der angeblich immer noch faßbare „einfache Verdacht" entpuppt sich in Wahrheit als bloße haltlose Spekulation, die die Bundes- und Staatsanwaltschaften benutzen wollen, um mißliebige Anwälte und Anwältinnen fertig zu machen. Daß die „Begründungen" völlig hergeholt waren, hat inzwischen auch das Westberliner Kammergericht bestätigt.

Die Anträge der Bundesanwaltschaft, Rechtsanwalt Becker aus dem Prozeß auszuschließen, wurden verworfen.

IKAH

OVG Hamburg Feststellung der Personalien entbehrt gesetzlicher Grundlage

Ein fast schon alltägliches Bild bei politischen Prozessen in der BRD: Sicherheitstrakte, besondere Staatsschutzsäle, gesonderte Eingänge, Personenkontrolle, körperliche Durchsuchung, Feststellung der Personalien etc. Und das nicht 'nur' in sog. Terroristenprozessen, sondern in Hamburg z.B. in den Verfahren gegen die Rechtsanwälte Groenewold und Reinhardt und auch in dem Verfahren gegen 10 Antifaschisten, die wegen des Vorwurfs der Körperverletzung und Landfriedensbruch angeklagt sind. Daß eine solche Praxis nicht dazu dient, kritische Menschen in den Gerichtssaal zu holen, ist klar.

Anders dagegen verfuhr die Justiz im Verfahren gegen den Faschisten Eckard, der diese Woche in Hamburg zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt wurde: Normaler Verhandlungssaal; von der Anhängerschar, die zahlreich im Gerichtssaal vertreten war, ging wohl nach Ansicht der Richter und Staatsanwälte „keine Gefahr" aus.

Diese „Schnüffelpraxis" in und vor westdeutschen Gerichtssälen hat auch dazu beigetragen, daß die Zahl der Besucher politischer Prozesse nicht gerade zugenommen hat. Immer wieder gab es z.B. Debatten darüber, was mit den fotokopierten Personalausweisen passiert. Stereotype Antwort der Richter: Sie würden noch am Verhandlungstag vernichtet. Wieviel Vertrauen man dieser Erklärung schenken kann, ist angesichts der jüngst bekannt gewordenen Grenzschutzpraktiken deutlich geworden. Ein wichtiger Vorstoß, was die Frage der Personalienfeststellung betrifft, ist jetzt in Hamburg im Verfahren gegen die Antifaschisten gelungen. Hier nahmen Anwälte und Angeklagte die Personalienfeststellung nicht hin und klagten vor dem Verwaltungsgericht. Das oberste Gericht in dieser Sache, das Oberverwaltungsgericht (OVG) Hamburg, hat am 3.7.78 die Beschlüsse der unteren Instanz, die die Feststellung der Personalien verboten hat, bestätigt und in seinem Beschluß einiges Bemerkenswertes ausgeführt:

lungen. Hier nahmen Anwälte und Angeklagte die Personalienfeststellung nicht hin und klagten vor dem Verwaltungsgericht. Das oberste Gericht in dieser Sache, das Oberverwaltungsgericht (OVG) Hamburg, hat am 3.7.78 die Beschlüsse der unteren Instanz, die die Feststellung der Personalien verboten hat, bestätigt und in seinem Beschluß einiges Bemerkenswertes ausgeführt:

Das OVG stellte zunächst fest, daß die vom Justizamt (es handelte sich nicht um eine sitzungspolizeiliche Verfügung des Richters) angeordnete Eingangskontrolle der Personalien jeglicher Grundlage entbehrt. Allgemein heißt es, daß *„eine Personenfeststellung ... nicht bereits nach der polizeilichen Generalklausel zulässig"* sei, da die Personalienfeststellung einen so schwerwiegenden Eingriff in die „Freiheitssphäre" des Einzelnen bedeute, daß dafür schon wichtige Gründe vorliegen müssen. Schließlich seien die Antragsstellerinnen nicht *„bereits deswegen polizeiliche Störer, weil sie als Zuhörer an der Verhandlung im Verfahren* ...(gegen die Antifaschisten) *teilnehmen wollten"*. Abschließend heißt es: *„Zur Abwehr lediglich bevorstehender Gefahren wird die allgemeine Personenfeststellung also grundsätzlich nicht erforderlich sein. Die Personalien von Nichtstörern dürfen überdies nur aufgenommen werden, wenn eine Gefahrenabwehr auf andere Weise unmöglich wäre. Danach sind die vom Justizamt veranlaßten vorsorglichen Personenfeststellungen zur Gefahrenabwehr nicht erforderlich...*

Für die Gefahrenabwehr selbst dürften sich die ... (vom Justizamt) getroffenen Feststellungen nicht einmal als hilfreich erweisen. Auf eine möglicherweise beabsichtigte Erleichterung der Strafverfolgung kann es hier jedoch nicht ankommen. Es erscheint vor allem unverhältnismäßig jeden Zuhörer bereits ohne besonderen Anlaß wie einen möglichen Störer zu behandeln."

In dem Verfahren gegen die Antifaschisten werden die Personalien nun nicht mehr festgestellt: Ein Teilerfolg, der zur Nachahmung empfohlen wird!

IKAH Hamburg

Der Prozeß gegen die »Bewegung 2. Juni« Verfahren gegen Till Meyer vorübergehend abgetrennt





Till Meyer

Nachdem Till Meyer, Gabriele Rollnick, Gudrun Stürmer und Angelika Goder „dank" der „zielstrebigen Fahndungsarbeit", bei der sich das „Zielfahndungskonzept neu bewährt hat" (BKA-Chef Herold) von einem schwerbewaffneten Sondereinsatzkommando – ob MEK oder GSG 9 ist noch ungeklärt – in einem Strandcafe in der Nähe von Varna/Bulgarien überfallen worden waren, in einen Urlaubsbungalow verschleppt wurden und dort bis zu ihrem Abtransport um Mitternacht (!) gefesselt auf dem Boden lagen, bevor sie mit einem VW-Bus mit deutscher Zollnummer ohne irgendeine Behelligung durch die bulgarischen Behörden (!) in einer startbereiten Lufthansa-Maschine zuerst nach Köln/Ossendorf, Till Meyer später sofort nach Westberlin/Moabit, abtransportiert wurden, begann am 27.6. unter noch schärferen Sicherheitsvorkehrungen wie bisher die Fortsetzung im sogenannten „Lorenz-Drenckmann-Prozeß". Die ersten 50 Minuten saß Till Meyer allein auf der Anklagebank.

Till wurde vom Vorsitzenden Richter Geus mit einem zynischen Lächeln begrüßt: *„Na, wieder vom Urlaub zurück, Herr Meyer?"*. Danach versuchte RA Panka, der einzige Vertrauensanwalt Tills, eine Aussetzung des Verfahrens für drei Monate zu erreichen, da die gesetzliche Ladungsfrist nicht eingehalten worden war und es ihm wegen der inzwischen eingebauten Trennscheiben, bei denen er den Verdacht habe, daß eine Abhöranlage eingebaut sei, nicht möglich sei, eine ordnungsgemäße Verteidigung durchzuführen.

Überdies müsse das Verfahren neu beginnen. Panka stellte, bezugnehmend auf das bewaffnete Einsatzkommando in Bulgarien, treffsicher fest, daß es hierzulande die in jedem halbwegs demokratischen Land übliche Gewaltenteilung (zwischen ausführender und gesetzgebender Gewalt) nicht mehr gäbe, sondern *„nur noch die Polizeigewalt herrscht"*.

Sämtliche Anträge der Verteidigung wurden nach einer Beratung abgelehnt, ein Neubeginn der Verhandlung sei nicht möglich, *„da sich Herr Meyer durch Flucht entzogen hat"* (Geus), die Trennscheiben-Argumente seien *„nicht stichhaltig"*, für Abhörung gebe es, laut Geus, *„keine Anhaltspunkte"*. Till selbst wollte in einem schriftlichen Kommunique zu den Ereignissen Stellung nehmen, ein Recht, das jedem Angeklagten unbedingt eingeräumt werden muß. Er wurde von Geus in rechtswidriger Weise daran gehindert.

Nach knapp einer Stunde stand alles fest: Da die Befreiung Till's am 24.5. erfolgte, war die 30-Tage Frist überschritten, in der ein Prozeß ausgesetzt werden kann. Das Gericht muß den Prozeß neu beginnen. Dagegen Müllerhoff, den weiteren Vertrauensanwalt, der am 1.6. verhaftet wurde und seitdem in Untersuchungshaft ist, ein Ausschlußverfahren läuft, wird die Hauptverhandlung bis zum 25. Juli unterbrochen. Bis dahin soll die Entscheidung des Ersten Strafsenats über das Ausschlußverfahren vorliegen.

Zum Hintergrund: Müllerhoff wird vorgeworfen, zum Zeitpunkt der Befreiung seinem Mandanten einen Besuch abgestattet zu haben (!) und die örtlichen Verhältnisse der Haftanstalt zu kennen. Ferner hätten die Befreier eine Vollmacht bei sich gehabt, die von einem der Mandanten der Kanzlei Müllerhoff ausgestellt worden sei. Wie dummdreist dieser Vorwurf ist, zeigt sich schon daran, daß wohl kein Mensch mit gesundem Menschenverstand, der an einer derartigen Befreiung beteiligt, bzw. eingeweiht gewesen sein soll, die Spuren in seine eigene Anwaltskanzlei gelegt hätte.Im Übrigen kann eine derartige Vollmacht in jedem Anwaltfachgeschäft gekauft werden. Daß hier die reine Verteidigertätigkeit schon kriminalisiert wird, geht aus den erhobenen Vorwürfen hervor.

Interessant dürfte noch sein, daß ausgerechnet Richter Bräutigam, der unter dem Pseudonym Riedel in der „Berliner Morgenpost" ein schärferes Vorgehen gegen die Verteidiger in sog. „Terroristenprozessen" gefordert hatte und der schon für das teilweise Berufsverbot von RA Spangenberg wegen seiner Verteidigertätigkeit im gleichen Verfahren verantwortlich zeichnete, ebenfalls in Sachen Müllerhoff „Recht" sprechen wird.

Wann Till wieder zusammen mit den anderen Genossen in den Käfigen aus Panzerglas sitzen muß, ist noch ungewiß. Für zwei Wochen wird nur jeweils ein Verhandlungstag gegen die anderen Genossen stattfinden, in denen weitere Zeugen vernommen werden sollen. Höchstwahrscheinlich werden Geus & Co. den Hauptprozeß derartig verschleppen, bis das Verfahren gegen Till aufgeholt ist.

Zur Behinderung der Verteidigung

Mit welch „rechten" Dingen es in diesem Prozeß zugeht, macht allein schon die Tatsache deutlich, daß im Zusammenhang mit der Befreiungsaktion RAin Lohstöter und RA Becker vorübergehend verhaftet wurden – wegen „Komplizenschaft" versteht sich – und der Haftbefehl gegen RA Müllerhoff nicht wie sonst üblich wegen „dringendem Tatverdacht", sondern wegen „wahrscheinlichem" (!) immer noch aufrechterhalten wird.So ist beispielsweise Andreas Vogel seit zwei Wochen o h n e einen Vertrauensverteidiger, nachdem RA Becker wegen „gestörtem Vertrauen zu seinem Mandanten" einen Entpflichtungsantrag gestellt hatte und seither nicht mehr zu den Gerichtsterminen erscheint. Ebensowenig kratzte es das Gericht einen weiteren Prozeßtag durchzuziehen, ohne daß Gerald Klöpper eine Verteidigung seiner Wahl hatte, als seine Verteidigerin Ende Mai vorübergehend verhaftet worden war.

Von den Möglichkeiten einer ordnungsgemäßen Verteidigung konnte von Anfang an nicht die Rede sein. Jetzt aber, nachdem am 1.6. Trennscheiben eingebaut wurden, verkommt die Verteidigung noch mehr zur Farce.

Wie das alles in Wirklichkeit aussieht, schilderte Ralf Reinders in einer Erklärung vom 20.6. wie folgt:

„Nun kommt dieses Verfahren bereits in die Beweisaufnahme und noch immer haben wir keine Möglichkeit bekommen, uns auf dieses Verfahren vorzubereiten. Im Gegenteil, durch den Einbau der Trennscheibe wurde uns die letzte winzigste Möglichkeit genommen, zusammen mit unseren Vertrauensanwälten die Akten durchzusprechen. Also weder wir noch unsere Verteidiger sind vorbereitet, oder nimmt etwa irgendwer an, wir würden in den Anwaltszellen irgendetwas besprechen, nachdem die Bundesanwaltschaft schon bewiesen hat, daß sie uns abhört? Wir können uns auch zurückhalten, irgend einen Aktenvorgang schriftlich über den Richtertisch zu kommentieren, soviel Vertrauen haben wir nicht, besonders nicht zu einem Richter, der für dieses Verfahren nicht zuständig ist ...

„Die Trennscheibe bedeutet nicht nur für uns Kopfschmerzen, Druck auf den Ohren, Übelkeit und Entzug weiteren menschlichen Kontaktes, da ja selbst die Stimmen blechern klingen, sondern auch für die Anwälte, denen damit jede Arbeitsbasis entzogen wurde. Die Trennscheibe wurde natürlich auch gleich für die Verwandtenbesuche eingeführt, damit eine Berührung unmöglich wird, d.h., wir sehen unsere Verwandten leicht getönt, hören die Stimmen verzerrt, können sie nicht anfassen. Damit soll der vom Staatsschutz eingeleitete und von der Justiz gedeckte Zerstörungsprozeß der menschlichen und politischen Identität der Gefangenen weiter verschärft werden. Wenn man bedenkt, daß im berüchtigten uruguayischen Gefängnis „Libertad" die politischen Gefangenen nach dem Besuch ihre Verwandten umarmen dürfen, und zu Weihnachten ihre Kinder während des gesamten Besuchs auf den Arm nehmen dürfen, dann zeigt das nur, daß die BRD bei der Zerstörung der politischen Gefangenen bereits anfängt, faschistische Regime zu überholen."

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen!

IKAH, Westberlin



Westberlin. Wie im letzten ARBEITERKAMPF berichtet, begann am 12.6. der Prozeß gegen Jutta, Henning, Martin und Gerdi. Ihnen wird vorgeworfen, durch den Druck des „Info – Berliner undogmatischer Gruppe" terroristische Vereinigungen unterstützt zu haben. Außer Martin sitzen alle seit Oktober 77 in U-Haft.

Wenige Tage vor Prozeßbeginn wurde Jutta ohne nähere Angaben aus „Sicherheitsgründen" in den Moabiter Isoliertrakt verlegt. Die Folgen: Erst brach sie aus Erschöpfung während des Prozesses zusammen, dann mußte sie sogar für mehrere Tage ins Haftkrankenhaus eingeliefert werden. Selbst Anstaltspsychiater Hiob, der wahrlich nicht den besten Ruf in Westberlin hat, führte ihren Zustand „ursächlich" auf die Haftbedingungen zurück. Allein das war schon Grund genug, Jutta sofort in den Normalvollzug zurückzuverlegen. Hinzu kam noch, daß spontan nach Bekanntwerden dieser Vorgänge über ein Dutzend Radikaldemokraten und Liberale in einer Protesterklärung von Richter Zelle Juttas Rückverlegung forderten (Pastor Albertz telefonierte sogar mit Ex-Justizsenator Baumann). Zudem bezeugten überfüllte Pressebänke das gestiegene Interesse auch ausländischer Medien. All dies bewirkte schließlich, daß Zelle die Aufhebung der Isolierhaft anordnete – die vom Polizeipräsidenten vorgetragenen „Sicherheitsbedenken" waren ihm „zu dünn".

Schikanöse Haftbedingungen

Damit ist jedoch längst nicht alles in Ordnung. Nach wie vor finden alle Besuche bei den Druckern hinter Trennscheiben aus Panzerglas statt (widerrechtlich auch Privatbesuche). Darüber hinaus berichtet Henning von besonderen Schikanen im Knast:

Daß wir gerade nachts der Willkür und den Schikanen der Beamten ausgesetzt sind, zeigt sich daran, daß bei mir vor genau einer Zeit eine Woche lang jede Nacht in einhalbstündigen Abständen Lichtkontrollen stattfanden. Dies geschieht seit ca. 10 Tagen wieder, obwohl offiziell keine Anordnung seitens der Anstalt oder des Gerichts besteht. Andere Schikanen sind das gegen die Tür treten, das nächtliche Klappern mit der Metallklappe des Spions bis ich wach werde. Die Folgen dieser Willkür sind permanente Schlafstörungen und heftige Kopfschmerzen.

Es ist weiter eine Tatsache, daß seit einiger Zeit von der Justiz ganz bewußt eine Eskalation unserer Haftsituation betrieben wird. Das drückt sich dadurch aus, daß Mitgefangene von Beamten bedroht und genötigt werden. So wurde einem Mitgefangenen gesagt, es sei besser für ihn, nicht mit uns während der Freistunde zu reden oder sich von uns Zeitschriften oder Bücher auszuleihen, da er sonst Unannehmlichkeiten bekommen würde. Einem anderen drohte ein Beamter damit, daß, wenn er den Kontakt zu mir nicht abbrechen würde, der Knast für ihn sehr hart werden könnte, sie hätten da schon ihre Methoden. Einige der sogenannten Kalfaktoren bespitzeln uns permanent und bedrohen andere Gefangene damit, sie zusammenzuschlagen.

Wer zieht die Fäden?

Immer wieder zeigte sich während des Prozesses, daß der Vorsitzende Richter Zelle – gleichzeitig verantwortlich für die Haftbedingungen – von Anordnungen der Gefängnisleitung und des Staatsschutzes völlig „überrascht" wird:

- Von Juttas Verlegung in die Isolierhaft erfuhr er erst im Nachhinein und konnte oder wollte über eine Woche lang nichts daran ändern,
- von der Einführung der Trennscheibe bei Besuchen war ihm nichts bekannt,
- als sich herausstellte, daß im Gerichtssaal bewaffnete Staatsschützer z.T. sogar auf der Pressebank saßen, zeigte er sich völlig uninformiert,
- als die Justizpressestelle eigenmächtig bestimmten Pressevertretern den Zutritt zum Gericht verwehrte, war auch das ihm neu.

Entweder hat man es hier mit einem selbst nach bürgerlichem Verständnis unfähigen Richter zu tun, oder es offenbart sich hier erneut, wer bei Staatsschutzprozessen wirklich die Fäden zieht und was von der vielbeschworenen Unabhängigkeit der Justiz zu halten ist.

Der Prozeß

In einer gemeinsamen Einlassung äußerten sich die vier Drucker zur Anklage. Henning stellte die Konstruktion der Anklage und die Haftbedingungen dar (bezeichnenderweise wurde ihm daraufhin das Wort entzogen!). Gerdi ging darauf ein, daß das Agit-Druckkollektiv sich als Teil einer linken undogmatischen Basisbewegung versteht, die den Kampf gegen dieses System aufgenommen hat. Jutta schilderte die Arbeit im Kollektiv und erläuterte die politische Bedeutung des Prozesses als Schlag gegen die Presse- und Informationsfreiheit der gesamten Linken. Martin sagte etwas zur Einschränkung der Pressefreiheit in Gegenwart und Geschichte der BRD. In all diesen Beiträgen stellten die Drucker heraus, daß sie AGIT betrieben, um das Recht auf freie und unzensierte Diskussion der Linken auch technisch zu gewährleisten.

Und genau diese politische Einstellung soll hier verurteilt werden!

SSB/Westberlin

Freiheit für Sybille!

Am 23.6.78 wurde der Heidelberger Student Hermann Feiling bei einer Explosion in seinem Zimmer so schwer verletzt, daß ihm beide Beine amputiert werden mußten und er seitdem blind ist. Er liegt seither, von zwei Polizisten mit Maschinengewehren bewacht (angeblich, um ihn vor einem Mordanschlag zu schützen) auf der Intensivstation der Heidelberger Chirurgischen Universitätsklinik und schwebt in Lebensgefahr.

Sybille, seine Freundin, erfuhr erst einen Tag später aus der Zeitung von der Explosion, wußte jedoch nicht, daß es sich um Hermann handelte. Als sie ihn in seiner Wohnung besuchen wollte, wurde ihr von der Polizei der Zutritt verweigert. Mit einer schrecklichen Ahnung ging sie zu Freunden, um ihn dort zu finden. Diese hatten inzwischen schon bei H. angerufen, wo ihnen nur Unbekannte am Telefon sagten, H. sei gerade nicht da, und beim zweiten Anruf zynisch bemerkten, H. läge betrunken in der Ecke. Zu diesem Zeitpunkt wußten sie noch nicht, daß es sich vermutlich um LKA/BKA-Beamte handelte.

Als sie zu dritt vom Rechtsanwalt zurückkehrten, der auch am zweiten Tag von H.'s Zustand nichts in Erfahrung bringen konnte, wurden sie auf offener Straße von mehreren Polizeiwagen umstellt und von zahlreichen Polizisten mit Maschinenpistolen festgenommen. Sie wurden getrennt erkennungsdienstlich behandelt mit Leibesvisitation, die beiden Freunde wurden wieder freigelassen und in ihrer Anwesenheit deren Wohnung durchsucht. Sybille wurde weiter festgehalten mit der Begründung, gegen sie läge weiteres vor. Sie hätte für Samstagnachmittag ein Bombenattentat auf die argentinische Botschaft in München geplant. (Bei der Wohnungsdurchsuchung hatte ein Argentinienplakat die Aufmerksamkeit der Beamten erregt.)

Ohne Mitteilung an ihren Rechtsanwalt wurde Sybille Anfang der Woche nach Stammheim verlegt. Wie ihr RA auf einer ersten Informationsveranstaltung mit 150 bis 200 Teilnehmern berichtete, ist die Grundlage des Haftbefehls einzig und allein eine Aussage des schwerverletzten H.'s, die er angeblich in Anwesenheit des Gerichtsmediziners Dr. Mattern gemacht haben soll, S. und er seien Mitglieder einer fünfköpfigen terroristischen Vereinigung, die Sprengstoffanschläge geplant hätten. Er hätte dazu den Sprengstoff vorbereiten sollen. Diese „Aussage" müßte H. wohl am Samstag (zweiter Tag) gemacht haben, also beim Erwachen aus der Narkose, denn erst am Sams-

macht haben, also beim Erwachen aus der Narkose, denn erst am Sams-

tagmittag wurde S. von Polizei bei ihren Eltern gesucht, wo sie am Tag zuvor gewesen war. Das hieße, wenn diese „Aussage" überhaupt gemacht wurde, dann in völlig vernehmungsunfähigem Zustand. (Derartige Praktiken sind uns ja leider aus den Berichten von Karl-Heinz Roth bekannt.) Dies bestätigt auch die Aussage der Ärzte, die noch am Dienstag H. als „immer noch vernehmungsunfähig" bezeichneten. Später erfolgte dann in Anwesenheit des Oberarztes ein Verhör durch drei Beamte (?), das wohl die „Aussage" untermauern sollte. Bislang wurde jedoch kein RA zu H. vorgelassen, angeblich, weil er keinen wollte. Damit wird er nicht nur seiner elementarsten Rechte beraubt, sondern es wurde durch die „Anhörung" (so heißt es vorsichtshalber im Haftbefehl – ein justizfremder Ausdruck für Vernehmung) in seinem lebensgefährlichen Zustand die Möglichkeit seines Todes durch Schockwirkung billigend in Kauf genommen.

Daß gegen S. nichts vorliegt, zeigt auch die Tatsache, daß bei ihrer Wohnungsdurchsuchung nicht einmal die Schreibmaschine zum Typenvergleich mitgenommen wurde.

Dennoch befindet sie sich nun seit zwei Wochen in Isolierhaft in Stammheim, noch dazu im 7. Stock, wo gerade die Umbauarbeiten nach den „Selbstmorden" stattfinden. Die beiden Zellen neben ihrer sind leer, Hofgang hat sie nur zusammen mit zwei angeblichen Mithäftlingen, währenddessen ihre Zelle nun schon zweimal wüst durchsucht worden war (wobei außer den Vollzugsbeamten niemand die Möglichkeit hätte, ihr etwas in die Zelle zu bringen).

Ansonsten erhielt sie ein Anstaltsradio mit Selektivsendern und eine Tageszeitung. Der tägliche RA-Besuch wird erschwert durch Gespräche durch die Trennscheibe, die lautes Schreien notwendig macht, was dann in den leeren Zellen widerhallt, dazwischen der Baulärm, nach jedem Besuch wird sie ebenso wie zuvor völlig entkleidet und untersucht, beim RA wird der entwürdigende Hosenladenerlaß angewandt und auch seine Verteidigerakten durchsucht, wobei die Vollzugsbeamten entscheiden, was davon als notwendige Verteidigerunterlagen dienen darf.

Auch wird versucht, den psychischen Streß ihrer Situation für Aussagen auszunutzen. So erhielt sie Besuch von zwei LKA-Beamten, die sich „freundlich" nach ihrem Wohlergehen erkundigten und fragten, ob sie H. etwas ausrichten sollten. Bei ihrer Vernehmung war man da schon weniger zimperlich gewesen; *„H. ist*

ihrer Vernehmung war man da schon weniger zimperlich gewesen; „H. ist

eh fast tot und hat alles gegen Dich ausgesagt. Du kannst also ruhig reden" oder *„gegen H. besteht bisher kein Haftbefehl, der läuft uns schon nicht weg!"*

Die Tagespresse spekulierte sofort über H.'s Zugehörigkeit zur „Terrorszene", stellte S.'s Verhaftung nur lapidar fest, berichtete jedoch, als das BKA eine absolute Nachrichtensperre verhängt hatte, recht objektiv und sachlich über ein Flugblatt, in dem Sybilles Verhaftung als Sippenhaft bezeichnet wurde und ihre sofortige Freilassung sowie der Zugang eines RA's zu H. gefordert wurde als auch über die erste Veranstaltung mit Sybilles RA. In dem Bericht über die Halbjahresbilanz von Generalbundesanwalt Rebmann heißt es dann aber: *„Mit dem Fall des verunglückten Studenten Hermann Feiling und der Verhaftung seiner Freundin Sybille Straub sieht der Generalbundesanwalt erstmals eine Möglichkeit, in die Revolutionären Zellen seitens der Strafverfolgung einzudringen".*

In Heidelberg hat sich ausgehend von Freunden und Frauengruppen eine Unterstützergruppe gebildet, die u. a. über Zeitungen und Rundfunk eine breite Öffentlichkeitsarbeit leistet, wie es auch Sybille speziell erbeten hat. Außerdem versucht sie, H. und S. direkt zu betreuen.

Schickt bitte Briefe und Pakete an
Sybille Straub
JVA Stammheim
7000 Stuttgart

Schreibt Besuchsanträge an Ermittlungsrichter Kuhn am
Bundesgerichtshof
Herrenstr. 45 a
75 Karlsruhe 1
Sybille Straub 25.1.53
AKTs I BJs 134/78

Spendenkonto: Hella Schulz
4306376
Bezirkssparkasse Heidelberg

Und der beste Schutz für beide: Eine breite Öffentlichkeit!

Wir fordern:
- **Sofortige Zulassung eines RAs seiner Wahl zu H., zumal er blind nur ihm bekannten RAs vertrauen kann.**
- **Keine Vorverurteilung und Hetze gegen H. und S. in der Presse!**
- **Gleiche Besuchsmöglichkeit für H. wie für andere Patienten der Intensivstation. Er hat in seiner Lage Unterstützung besonders nötig!**
- **Sofortige Freilassung von Sybille!**

KB/Gruppe Heidelberg

KB/Gruppe Heidelberg

Empörendes Urteil gegen Spanienkämpfer

Der erste Senat des Bundesverfassungsgerichts (BVG) hat durch ein am 15. Juni veröffentlichtes Urteil entschieden, es sei mit dem Grundgesetz zu vereinbaren, daß deutsche Antifaschisten, die als Freiwillige am Spanischen Bürgerkrieg teilgenommen haben, entgegen den Deutschen, die im Auftrag der nationalsozialistischen Wehrmacht für das faschistische Regime in Spanien kämpften, solange keine Versorgungsleistungen erhalten, wie sie sich im Ausland aufhalten! Die Soldaten der faschistischen deutschen „Legion Condor", die im spanischen Bürgerkrieg geschädigt wurden, erhalten heute Versorgungsleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz, die auch ins Ausland geleistet werden. 1972 war das Gesetz erneuert worden. Dabei wurden die Republikaner aus den „Internationalen Brigaden" hinsichtlich der Versorgung gleichgestellt. Da die weitere Praxis jedoch so aussah, daß im Ausland lebende deutsche Mitglieder der Internationalen Brigaden keine Leistungen erhielten, kam es zu einem Rechtsstreit, der bis zum BVG ging. Aus der Begründung, die das BVG für dieses empörende Urteil lieferte: Die Mitglieder der Internationalen Brigaden seien in das Leistungssystem nur einbezogen worden, *„um damit dem Unwerturteil entgegenzutreten, das ursprünglich gegenüber den auf republikanischer Seite in Spanien Kämpfenden zum Ausdruck gekommen"* sei. Es liege in der *„Gestaltungsfreiheit"* des Gesetzgebers, ... *„daß bei Leistungen aus fürsorgerischen Gründen die Leistung auf Berechtigte im Inland beschränkt"* bleibe.

Bundesdeutsche Rechts-Sprechung 1978!

(Aktenzeichen: 1 BVL 26/76, Beschluß vom 30. Mai 1978)

Initiativkomitee Arbeiterhilfe Hamburg

der Knüller

Die Staatsanwaltschaft beim Berliner Landgericht stellte das Ermittlungsverfahren gegen den Politgraphiker

Franz Josef Strau

Die Staatsanwaltschaft beim Berliner Landgericht stellte das Ermittlungsverfahren gegen den Politgraphiker Friedel D e v e n t e r ein, das wegen seines Plakats „Der Knüller" eingeleitet worden war. StrauSS hatte das Verwandlungsbild per Einstweiliger Verfügung verbieten lassen. Bisher ist nicht bekannt, welche Gründe die Staatsanwaltschaft zur Einstellung des Verfahrens bewegten. Ob sie sich vielleicht der Argumentation des Deventer-Verteidigers Wolfgang B ü s c h angeschlossen hat? Die lautet nämlich so: *„Ein unbefangener Beschauer kann dieses Bild auch so auslegen, als eben Strauß der Überwinder von Hitler ist und eine neue Zeit unter Überwindung Hitlers und des Hakenkreuzes begründet und dies ganze ist in doppelsinniger Weise als der „Knüller" bezeichnet worden. Doppelsinnig deshalb, weil das ursprünglich ganze Hitlerbild zerknüllt wird, sich zu einer Rose verwandelt und diese Rose wiederum in Überwindung des Hakenkreuzes in Strauß, den Überwinder Hitlers, dargestellt wird. Und das stellt im wahrsten Sinne des Wortes einen doppelten Knüller dar."*

Und die Gedanken sind frei ...

Initiativkomitee Arbeiterhilfe Hamburg

Franz Josef Strau.. kommt mit Staatsanwalt!

Über die Staatsanwaltschaft Hamburg hat F.J. Strau.. gegen den presserechtlich Verantwortlichen des ARBEITERKAMPF ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts auf Beleidigung eingeleitet. Der Vorwurf: In dem Artikel „StrauSS – ungestrafter Terror-Sypathisant" (AK 126 S. 38) würde durch die vorstehend wiedergegebene, durchgehend in dem Artikel benutzte Schreibweise des Namen Strau.. eine Beleidigung gemäß § 185 StGB zum Nachteil des CSU-Vorsitzenden Dr. hc. usw. begangen. Gerüchten unbekannter Herkunft zufolge will der CSU-Vorsitzende in Zukunft auch den Anfangsbuchstaben seines Nachnamens nicht mehr geschrieben sehen, um ihn endgültig jeder Symbolik zu entkleiden. Wir werden unsere Leser auf dem laufenden halten ...

Initiativkomitee Arbeiterhilfe Hamburg

Ist Antifaschismus kriminell?

33 Jahre nach dem Hitlerfaschismus:

GEFÄNGNISSTRAFEN FÜR ANTIFASCHISTEN IN HAMBURG ?

Seit dem 8. Mai (Jahrestag der Befreiung vom Faschismus) findet in Hamburg ein Prozeß gegen neun Antifaschisten statt. Wie kam es dazu?

Ca. tausend Menschen hatten im August 1976 gegen einen internationalen Kongreß der Rechtsradikalen protestiert. Auf diesem Kongreß trafen sich Faschisten aus ganz Europa, alte und neue Nazis, z.B. sollte der in Italien steckbrieflich gesuchte Bombenleger Burger auftreten. Doch nicht die Nazi-Kundgebung, sondern die berechtigten Proteste der demokratischen und linken Öffentlichkeit wurden verboten und massiv unterdrückt.

So wurde eine Demonstration der Antifaschisten in der Innenstadt vom Hamburger Senat verboten und von starken Polizeikräften „aufgelöst". Die „Auflösung" erfolgte unter „starker Zuhilfenahme" des Schlagstocks und willkürlichen Chemical-Mace-Schüssen. Ergebnis: zahlreiche Teilnehmer wurden festgenommen, andere verletzt und viele mußten sich in ärztliche Behandlung begeben.

Rückblickend wird deutlich, daß dieser Faschistenaufmarsch vor knapp 2 Jahren von den rechtsradikalen Kreisen darauf angelegt war, wieder verstärkt „auf der Straße" präsent zu sein.

Vor allem die Duldung und der polizeiliche Schutz durch den SPD-Senat hat dazu geführt, daß bis in die jüngste Zeit hinein eine zunehmende Aktivität von Neofaschisten feststellbar ist. Erwähnt sei hier nur die Gründung des SA-Sturmes Hamburg, der NSDAP, ANS etc., die jetzt am 22. Juli eine Adolf-Hitler-Gedenkstätte „einweihen" wollen!!

In diesem Rahmen muß auch die skandalöse Entwicklung des jetzigen Antifaschisten-Prozesses gesehen werden.

Stellvertretend für alle werden hier neun Antifaschisten des schweren Landfriedensbruchs und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt. Dafür droht eine Gefängnisstrafe von mindestens sechs Monaten bis zu zehn Jahren! Schon die Prozeßbedingungen selber stellen eine Kriminalisierung und Vorverurteilung der Angeklagten dar.

Verhandlungsraum ist der Staatsschutzsaal, „sicherster Gerichtssaal" in Hamburg (Trennscheibe, Verständigung durch Mikrofone u.a.m.), der extra für sog. „Terroristenprozesse" gebaut worden ist.

An jedem Prozeßtag halten sich 50 bis 70 Polizisten mit MP's bewaffnet in und um das Gerichtsgebäude auf. Besucher kommen in den Verhandlungssaal nur durch einen Sondereingang. Anfangs wurden sogar die Personalausweise kontrolliert und fotokopiert. Leibesvisitationen und Abgabe aller persönlichen Gegenstände muß jeder über sich ergehen lassen, der am Prozeßgeschehen teilhaben will.

Bezeichnenderweise findet die Berichterstattung über diesen Prozeß fast keinerlei Eingang in die örtliche Presse oder anderer Medien. Vielmehr ist es offensichtlich, daß gerade die Kriminalisierung des antifaschistischen Protestes hier und heute mit einer Informationssperre belegt wird.

Doch nicht genug damit. Mittlerweile wird in zunehmender Art und Weise von den verantwortlichen Kreisen dieses Rechtsstaats dazu übergegangen, jede K r i t i k , die vor einer neuerlichen faschistischen Entwicklung warnt, die Merkmale des Polizeistaats kritisiert oder nur auf Alt-Nazis in Amt und Würde hinweist, mit Verbot zu belegen. So geschehen jüngst in Hamburg, mit einer Dokumentation des Reents-Verlags, die sich genau mit dieser Problematik beschäftigt und worauf eine Beschlagnahmeverfügung gegen dieses Buch beim örtlichen Amtsgericht beschlossen wurde.

Auf der anderen Seite fühlen sich die Neonazis durch eine schon seit längerem laufende „nostalgische" Hitler-Welle angesprochen, immer häufiger, offener und provokativer aufzutreten. Nicht zuletzt der bislang noch zu geringe und unkoordinierte Widerstand der demokratischen und antifaschistischen Öffentlichkeit hat dazu geführt, daß die Rechtsradikalen die Möglichkeit haben, ihre Umtriebe zu verstärken. Dazu gehören z.B.
- die Schädigung jüdischer Friedhöfe und antifaschistischer Gedenkstätten
- die Bedrohung von jüdischen Mitbürgern und von Demokraten
- Waffendiebstähle aus NATO-Depots und Banküberfälle
- der Überfall auf SPD- und FDP-Veranstaltungen in Wandsbek und in Bergedorf, um nur einige Fälle zu nennen.

Wir meinen, diese Entwicklung muß gestoppt werden! Dazu wird es aber nötig sein, daß sich die demokratische Bewegung stärker als bisher über die offenen und strittigen Fragen im antifaschistischen Widerstand auseinandersetzt, Stellung bezieht und – trotz der bestehenden Differenzen – zu gemeinsamen Schritten kommt. Hierin würden wir auch die wichtigste Unterstützung für die jetzt angeklagten 9 Antifaschisten sehen.

Als u n m i t t e l b a r e Hilfe rufen wir dazu auf, daß sich noch Teilnehmer oder Betroffene des 7. August 76 als Augenzeugen der Polizeiwillkürmaßnahmen zur Verfügung stellen und überall Geld gesammelt wird, um die enorme finanzielle Belastung der Angeklagten zu mildern.

Solidarität ist unsere Kraft!

Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema: Ist Antifaschismus kriminell?

Wir wollen informieren:
- Wie kam es zu dem Prozeß?
- Angeklagte und Rechtsanwälte berichten über den Prozeßverlauf
- Wie können die Angeklagten unterstützt werden?

Des weiteren sollte diskutiert werden über:
- das immer frechere Auftreten der Neo-Nazis
- Kriminalisierung des antifaschistischen Protests findet nicht nur im Gerichtssaal statt!
- Ist der Antifaschismus nach wie vor eine politische Verpflichtung?

Zu dieser Veranstaltung ruft auf:
- die Unterstützergruppe zu dem Antifa-Prozeß
- die Delegiertenversammlung der Bunten Liste/Wehrt Euch
- die Antifaschistische Aktion Eimsbüttel
- der Kommunistische Bund
- das Initiativkomitee Arbeiterhilfe
- die Rote Hilfe e.V.
- die Kommunistische Partei Deutschlands/KJVD

Gefängnisskandal in Freiburg
Ein »Selbstmord« und seine Vertuschung



Freiburg: Am 21.6. wurde die Freiburger Gefangenenzeitung JANUS sofort nach Vorlage bei der Anstaltsleitung noch vor der Auslieferung beschlagnahmt – zur Weiterleitung an das Justizministerium. Grund: Ein Artikel zum Tod des Gefangenen Helmut Schwank.

JANUS schreibt über die Vorgeschichte dieses „Selbstmords":

Der von der Anstaltsärztin haftunfähig geschriebene, da schwer herzkranke Schwank, kehrte aus einem 14-tägigen Klinikaufenthalt, wo er seinen vierten Herzinfarkt während der Haftzeit behandeln ließ in die VA Freiburg zurück.

Nach einigen Tagen begab er sich zur Vollzugsgeschäftsstelle um Auskunft über seinen – vor dem letzten Infarkt– gestellten 2/3-Antrag zu erlangen. Dieser war jedoch nicht einmal weitergeleitet worden, wobei man zur Entschuldigung anführte 'man habe ja nicht gewußt, ob er – Schwank – die Klinik noch einmal verlasse'.

Ein Kommentar erübrigt sich!

Aufgebracht über diese Eröffnung legte sich Schwank während des Hofgangs mit einem Beamten an. Dieser schrieb eine Meldung und Schwank wurde gegen 15.00 Uhr zum Strafrapport bei Herrn Regierungsrat Dr. Zetsche zitiert.

Nach Aussagen des Hauspsychologen einem Gefangenen gegenüber erhielt Schwank bei diesem Strafrapport für sein Verhalten während des Hofgangs 5 Tage Arrest. Vom Rapport zurück, kommentierte Schwank diese Maßnahme mit den Worten „aber klein kriegen die mich nicht".

Gegen 16.30 Uhr erhielt Schwank auf dem Krankenrevier eine starke Beruhigungsspritze, welche ihm wegen seines Herzleidens öfters verabreicht wurde. Unter dem Einfluß dieser Spritze legte sich Schwank ins Bett, wo ihn ein Beamter gegen 17.30 Uhr vorfand und ihm eröffnete, daß er sich bei Herrn Oberregierungspsychologierat Dr. Herter einfinden solle. Diese Aufforderung ignorierte Schwank mit dem bekannten Götz-Zitat.

Wenige Minuten später erschien der gleiche Beamte erneut und forderte Schwank zum Mitkommen auf, da er ihn sonst auf Anordung des Psychologen 'zwangsvorführen' müsse.

Schwank verließ unter diesem verbalen Druck bereitwillig seinen Haftraum.

„Was, mehr habt ihr nicht", waren die letzten Worte, die sein Zellenkollege von ihm hörte. Gemeint waren mit diesem Ausspruch die 5 Beamten, die vor der Zellentür zur Unterstützung ihres Kollegen warteten, falls Schwank renitent geworden wäre.

Gegen 22.30 fand man Schwank stranguliert in der Beruhigungszelle. TOT.

Die Folge einer psychologischen Meisterleistung, die unverkennbar die Handschrift einer 30-jährigen Berufspraxis trägt?

(Freiburger Stadtzeitung 7/78)

Fest steht: Schwank war schwerkrank (Magen, Leber, Zucker) und hätte eigentlich Haftverschonung bekommen müssen. Wegen der dauernden akuten Gefahr eines neuerlichen Herzinfarktes hätte er keineswegs in die Einzelzelle verlegt werden dürfen. Anstaltsarzt und Gefängnispsychologe, von deren Zustimmung der Vollzug von Disziplinarmaßnahmen abhängt, hätten dieser Maßnahme unter keinen Umständen zustimmen dürfen, sondern einen Facharzt hinzuziehen müssen. Die Arreststrafe für den schwer herzkranken Mann stellte damit schon ein potentielles Todesurteil dar.

Vertuschung

Die Leiche Helmut Schwanks wurde am 16.5. nach vorhergegangener Obduktion „a n o n y m v e r b r a n n t". Seine Frau erhielt erstmals am 18.6. offiziell Nachricht über seinen Tod und die bereits erfolgte Verbrennung. Zuvor hatte sie lediglich vom Bürgermeister ihres Heimatortes erfahren, daß ihr Mann tot sei und beerdigt werde. Nach Freiburg gefahren, konnte sie die Beerdigung nicht finden und fuhr total verunsichert wieder nach Hause. Bis Ende Juni hat sie noch keine offizielle Nachricht über den Tod, die Todesursache und die Umstände des Todes ihres Mannes erhalten.

Dieses Vorgehen zeigt nicht nur die völlige Gefühllosigkeit der zuständigen Behörden der Frau Schwank gegenüber. Offentsichtlich sollte hier eine unbequeme Zeugin bewußt rausgehalten werden. Denn wie anders soll es sonst zu erklären sein, daß auf der Anordung des Amtes für Öffentliche Ordnung – das die „anonyme Verbrennung" verfügte – unter „Angehörige" der Name und die vollständige Adresse der Witwe aufgeführt war.

Auf die Fragen der Freiburger Stadtzeitung zu den näheren Todesumständen Helmut Schwanks waren die Behörden zu keiner Auskunft bereit.

Zensur gegen die Gefangenenzeitung JANUS

Schon nach dem Erscheinen der letzten Nummer waren die Mitglieder der JANUS-Redaktion massiv unter Druck gesetzt worden. Ein Mitglied sah sich zum Rückzug aus der Redaktion gezwungen: *„Ich sehe nicht ein, daß ich aufgrund der Arbeit in der Gefangenenzeitung JANUS diskriminiert und diffamiert werde und mir hieraus möglicherweise ein Schaden entsteht, bezüglich meiner Strafe und der persönlichen Bewertung seitens der Anstaltspsychologen".*

Die Beschlagnahme der neuen Ausgabe des JANUS wegen Artikel zum Tode von Helmut Schwank (daneben wurden bezeichnenderweise zwei eher harmlose zu Filbinger mit herangezogen) löste nun aber doch breiteren Wirbel in der Öffentlichkeit aus, als es der Anstaltsleitung lieb sein konnte. Die Proteste gingen bis hin zu einem SPD-Landtagsabgeordneten.

Viel zu wenig wird jedoch in der Öffentlichkeit die viel wichtigere Frage gestellt: Warum darf über den Tod von Helmut Schwank nichts näheres berichtet werden?

KB Freiburg

Vorverfahren gegen RA Armin Newerla

Im Vorverfahren gegen RA Armin Newerla (Stammheim) am 26.6.78 ging es um zwei Anklagepunkte:
1. RA A. Newerla soll angeblich ein Info-BUG zu Irmgard Möller in den Knast geschmuggelt haben.
2. Auf einer Pressekonferenz am 3.8. 77 hat Armin den Oberstaatsanwalt Zeiss einen „Schreibtischmörder" genannt.

Der erste Anklagepunkt ist im Zusammenhang mit dem Hauptverfahren zu sehen, in dem Armin unter anderem wegen § 129 a (Unterstützung einer kriminellen Vereinigung) angeklagt werden soll. Armin bekam einen Bußgeldbescheid über 200 DM, gegen den er Einspruch erhoben hatte.

Die Vollzugsbeamten, auf deren Aussagen die gesamte Beweisführung beruhte, waren nicht einmal in der Lage, den Namen der Zeitung exakt zu benennen. Trotz der Durchsichtigkeit dieses Vorwurfs zog Armin den Einspruch im Hinblick auf das Hauptverfahren zurück. Er gab aber ausdrücklich zu Protokoll, daß er keine Schuld zugibt.

Zu seiner Aussage über Oberstaatsanwalt Zeiss bekannte Armin sich. Er sagte dazu: *„Es ist notwendig, diesen Mann so zu nennen, damit er nicht, wie heute Herr Filbinger, in 30 Jahren, wenn wir ein anderes Gesellschaftssystem haben, kommt und sagt, er sei schon immer ein antiimperialistischer Widerstandskämpfer gewesen."* Armin führte weiter aus, Zeiss habe 1975 durch eine von ihm zu verantwortende, bewußte Verzögerung der gerichtlich verfügten Überführung von Holger Meins von der Strafvollzugsanstalt in Wittlich nach Stammheim, dessen Tod verursacht. Bei dieser Gelegenheit kündigte Armin an, daß eine internationale Untersuchungskommission, der auch Vertreter vom Roten Kreuz angehören, Filbinger der Todesurteile gegen weitere 120 Gefangene des Naziregimes überführen wird. Armins Verteidiger RA Funke verlas einen ausführlichen Katalog der Belastungspunkte gegen Oberstaatsanwalt Zeiss. Er forderte in Übereinstimmung mit dem Gericht die Vorladung von Zeiss als Zeuge zur Stellungnahme zu diesen Vorwürfen.

Zunächst sollte die Verhandlung gegen Armin am 5.7.78 (mit Zeiss als Zeuge) fortgesetzt werden. Inzwischen wurde erklärt, Oberstaatsanwalt Zeiss sei im Urlaub und stünde erst im September wieder zur Verfügung, d.h. nach Ablauf der 30-Tage Frist, in der das Verfahren abgeschlossen sein muß.

Durch diese Verschleppungstaktik wird die U-Haft von Armin wieder um Monate verlängert.

Durch diese Verschleppungstaktik wird die U-Haft von Armin wieder um Monate verlängert.

KB-Sympathisanten aus Reutlingen

Schikane gegen RA Hoffmann

Gegen den Westberliner Anwalt Dieter Hoffmann ist ein Ehrengerichtsverfahren eingeleitet worden. Die Begründung dafür kann man nur als Schikane ansehen. Es geht um folgenden Sachverhalt:

RA Hoffmann besuchte am 26. Oktober 1977 seinen Mandanten Heinrich J. im Knast Werl.

Dabei begrüßte er ihn mit einer Umarmung und beide klopften sich gegenseitig auf die Schulter.

Auf eine Anzeige der Knastverwaltung hin, die dies Verhalten bei der Anwaltskammer Westberlin als „standeswidrig" denunziert hatte, bezeichnete Hoffmann in einem Brief an den Knast eine solche Anzeige als „überflüssiges Schreiben".

Ein gewisser Oberstaatsanwalt Schlippe wertete die menschliche Verhaltensweise folgendermaßen:

„Durch das geschilderte Verhalten hat der Rechtsanwalt wiederum in schwerwiegender Weise gegen seine Standespflichten verstoßen. Seine erneute würdelose Solidarisierung mit einem rechtskräftig verurteilten Schwerverbrecher läßt erkennen, daß er gegenüber der kriminellen Vereinigung „RAF" nicht die Stellung eines unabhängigen Organs der Rechtspflege einnimmt und sich der Achtung und des Vertrauens, die seine Stellung als Rechtsanwalt erfordert, nicht würdig erweist (§ 1 Abs. 3 der Grundsätze des anwaltlichen Standesrechts vom 21. Juni 1973). Durch seine Korrespondenz mit der JVA Werl hat er gegen das Standesgebot der Sachlichkeit verstoßen (§ 1 Abs. 1 der Standesrichtlinien)."

IKAH, Hamburg

Belgien: Protest gegen Haftbedingungen

Mehrere Gefängnisrevolten sorgten in den letzten Wochen für einige Aufregung:
- Am 3. Juni kletterten 15 von den 150 Insassen des Gefängnisses in Leuven auf das Dach der Anstalt, um ihren Forderungen nach gerechterer Behandlung und Verbesserung der Haftbedingungen Nachdruck zu verleihen („Rode vaan", 8.6.78).
- Am 18. Juni besetzten 60 Gefangene das Dach des Knastes in Verviers bei Liege und protestierten so gegen die unzumutbaren Haftbedingungen, u.a. gegen die miese Bezahlung der Gefängnisarbeit („Nordseezeitung", 20.6.). Über den Ausgang der Aktion heißt es in der Meldung lapidar, *„die Meuterei wurde von Ordnungskräften niedergeschlagen"* (ebenda).

Die Forderung nach verbesserter Bezahlung ist nur zu verständlich angesichts des jetzigen Systems. Der Gefangene erhält in Verviers beispielsweise für eine Woche Kartonagearbeiten eine „Gratifikation" von 13-20 DM, von denen noch die Hälfte auf ein Sperrkonto eingezahlt wird („Pour", 13.7.77).



Gefangene besetzen am 3.6. das Dach des Gefängnisses in Leuven

In den letzten beiden Jahren hat es immer wieder Proteste gegen die katastrophalen Zustände in den belgischen Knästen gegeben. In der Revolte von 1976 (Hungerstreiks, Verbrennungsaktionen usw. in Leuven, Forest und St. Gilles) konnten zwar in Verhandlungen mit den Behörden einige Zugeständnisse wie die Wahl von Gefangenen-Vertretern durchgesetzt werden, die Gefangenen werden aber nach kurzer Zeit schlagartig auseinandergerissen und in über das ganze Land verstreute Gefängnisse verlegt, um so den Widerstand zu brechen. Ohne Erfolg: Am 13. November 77 besetzten 50 Männer das Dach des Gefängnisses von St. Gilles (Brüssel), wo sie beispielsweise zu dritt in Einzelzellen hausen mußten. Sie hielten eine Nacht durch, trotz des Risikos, sich dabei bis zu 20 Jahren wegen „Meuterei" einzuhandeln. Der Protest hatte sich an dem neuen Direktor entzündet, der als erste Amtshandlung die scharfen Disziplinarmaßnahmen von vor 1976 wieder in Kraft gesetzt hatte.

Belgien-Kommission

Wieder ein Skandal in Moabit!

West-Berlin: Der Gefangene Bernd Brzozwski (JVA Tegel), der zu den Herausgebern der illegalen Knastzeitung DURCHBLICK gehört, ist lebensgefährlich an der Galle erkrankt. Bis Redaktionsschluß war uns noch nicht bekannt, ob sich die zuständigen Stellen durchringen konnten, Bernd in einem geeigneten Krankenhaus operieren zu lassen. Von Unterstützern der Knastzeitung Durchblick außerhalb der Anstalt erhielten wir folgenden Bericht:

22.06.78 – Seit nunmehr einem Jahr leidet der Strafgefangene Bernd Brzozowski an starken kolikartigen Schmerzen. Trotzdem er die Symptomatik seiner Schmerzen jedesmal bei seinen Arztbesuchen schildert, wurden diese als Blinddarmentzündung, Magengeschwüre, *Darmgeschwüre, Gastritis, Nierenentzündung und dann sogar als psychisch bedingt diagnostiziert. Erst nach drei Monaten wird auf Anraten des Anstaltspsychologen (!) die Galle geröntgt,* und zwei Gallensteine festgestellt. Der Moabiter Krankenhauschirurg Dr. Kurtz rät Bernd zu einer Operation, bei der die Galle entfernt würde. Dr. Kurtz sprach auch von akuter Gefahr, da ein Gallenstein, der vor dem Gallenausgang liegt, diesen verstopfen kann, wodurch die Galle platzen könne. Bernd ist zu der dringend erforderlichen Operation aus folgenden Gründen nur in einem externen Krankenhaus bereit:
- es werden in Moabit kaum Gallenoperationen durchgeführt
- es existiert kein aseptischer Raum (Infektionsgefahr)
- es gibt in Moabit keinen Narkosearzt.

Auch nach riskanten Operationen steht nachts nur ein Arzt zur Verfügung. Es besteht nach all diesen Fehldiagnosen kein Vertrauensverhältnis zwischen Bernd und den Moabiter Ärzten.

Abschließend ist noch zu sagen, daß der behandelnde Anstaltsarzt Bernd gegenüber befürwortet hat, daß die Operation außerhalb durchgeführt wird.

In der letzten Woche ist nun folgendes passiert: am Abend des 19.6. hatte Bernd die bisher schwerste und schmerzhafteste Kolik. Nachdem er die starken Schmerzen nicht mehr aushielt, betätigte er den Alarmknopf, worauf der diensthabende Stationsbeamte erschien. Bernd verlangte nach einem Arzt, worauf ein Sanitäter ihm 2 schmerzstillende Tabletten brachte und ihm eröffnete, daß der Arzt nicht käme. Durch die trotzdem immer stärker werdenden Schmerzen und die Angst vor einem möglichen Platzen der Gallenblase zum Äußersten gezwungen, fügte sich Bernd mit einer Rasierklinge etliche tiefe Schnittwunden an beiden Unterarmen bei, um das Heranziehen eines Arztes noch dringlicher zu machen. Bernd wurde daraufhin in das Moabiter Haftkrankenhaus überführt. Dies geschah aber erst, nachdem man Bernd trotz seines schlimmen Zustands Knebelketten angelegt hatte und ihn im Überführungswagen auf der Bahre fixierte, obwohl Bernds Schmerzen in gekrümmter Körperhaltung besser zu ertragen sind. In Moabit wurden seine Schnittwunden verbunden und zur Schmerzstillung eine Spritze gegeben, die aber nach Bernds Aussage nichts nützte. Man brachte ihn daraufhin in eine Arrestzelle, wo er die Nacht über sich selbst überlassen blieb, und am nächsten Morgen wieder nach Tegel überführt wurde.





Neue Berufsverbotefälle und -urteile

In den letzten Wochen sind eine ganze Reihe von positiven Urteilen in Berufsverboteverfahren gefällt worden. Das bekannteste hiervon ist wohl das im „Fall" des Bremerhavener Lehrers und Stellvertretenden DKP-Kreisvorsitzenden Frank Behrens ergangene Urteil. Zur Geschichte des „Falls": Frank B. wurde bereits 1968 nach Abschluß seines Studiums als Lehrer auf Probe eingestellt. 1973 legte er für sein 2. Staatsexamen eine Arbeit mit dem Thema „Das Projekt 'Arbeit' in der Grundschule" vor, die vom zuständigen Prüfungsausschuß mit der Note eins bewertet wurde. Ein Oberschulrat las jedoch aus der Arbeit „doktrinäre, marxistisch-leninistische Tendenzen" und legte die Arbeit zur erneuten Beurteilung dem Prüfungsamt vor. Letzteres zensierte dann die Arbeit auch prompt von eins auf sechs (!) herunter. Wegen eines Formfehlers mußte dieser Prüfungsbescheid jedoch wieder aufgehoben werden. Frank B. legte eine neue Arbeit vor, in der er allerdings am Inhalt der alten festhielt. Daraufhin leitete der Bremerhavener Magistrat 1975 das Entlassungsverfahren ein. Begründung: Frank B. habe sich während seiner Probezeit nicht bewährt.

Erst nachdem der Personalrat und die Eingebungsstelle ihre Zustimmung zu der geplanten Entlassung verweigerten, schob der Magistrat als weiteren Entlassungsgrund Frank Bs DKP-Aktivitäten nach. In der neuen Entlassungsverfügung hieß es nun, er erziehe seine Schüler im „Geiste des Klassenkampfes" und es mangele ihm an Verfassungstreue. Im übrigen sei er sowieso wegen seiner DKP-Mitgliedschaft „nicht geeignet" und habe sich „nicht bewährt". Der Magistrat hat nun den Prozeß gegen Frank B. vor dem Bremer Arbeitsgericht verloren. Allerdings nicht, weil das Gericht die Entlassungsbegründung für unzulässig hielt, sondern schlicht und einfach, weil sich der Magistrat mit seinen Aktivitäten gegen Frank B. „verspätet" habe. Die Probezeit dauere laut Laufbahnverordnung 5 Jahre, allenfalls maximal 6 Jahre. In dieser Zeit hätte sich der Magistrat über Bs Erziehungsmethoden und seine Verfassungstreue informieren können, zumal seine DKP-Mitgliedschaft bekannt gewesen sei.

Allerdings gaben die Richter dem Magistrat noch den Tip auf den Weg, es mit einem förmlichen Disziplinar-Verfahren zu versuchen.

Ein weiteres interessantes Urteil fällte das Arbeitsgericht Düsseldorf im Berufsverbotsfall Cornelia P.. Cornelia wurde vom NRW-Kultusministerium mit Berufsverbot belegt, weil sie sich geweigert hatte, bei ihrer „Anhörung" zur Frage nach der DKP-Mitgliedschaft Stellung zu nehmen. Das Gericht erklärte nun, die Nicht-Beantwortung dieser Frage sei kein Kriterium für die Einstellung in den öffentlichen Dienst. Man habe der Lehrerin keine verfassungsfeindlichen Aktivitäten nachweisen können. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang übrigens, daß die Klägerin am selben Tag, an dem dieses Urteil gefällt wurde, einen erneuten Ablehnungsbescheid des Ministeriums erhielt.

Positive Urteile gab es weiterhin: im Fall der Münchener Sozialarbeiterin Luise P., der von der früheren Münchener SPD-Verwaltung die Einstellung verweigert worden war; im Fall des Hamburgers Johann-Matthias R., der jetzt in den Hamburger Krankenhausdienst eingestellt werden muß (soweit die Behörde keine Berufung einlegt); im Fall der Westberliner Mathematikerin Angelika v.d.L., die als Universitätsassistentin angestellt werden muß. Hiergegen hat allerdings bereits die FU-Personalkommission Berufung eingelegt. Alle drei genannten Fälle wurden in erster Instanz vor dem Arbeitsgericht verhandelt. In allen Fällen ging es um DKP- bzw. SEW-Mitgliedschaft.

Vor dem Landesarbeitsgericht NRW hat der Physiklehrer Gerhard J. seine Klage auf Wiedereinstellung in den Schuldienst gewonnen. Vor dem Verwaltungsgericht Würzburg hat der Lehramtsanwärter Helmut St. seine Klage gewonnen: Zweifel an seiner Verfassungstreue wegen einer Kandidatur für den SHB seien unbegründet. **In der Mehrzahl der erwähnten Fälle gilt jedoch, daß die Betroffenen keinen Vorteil aus diesen juristischen Erfolgen ziehen können, da die Einstellung fast immer verweigert wird.** Neue Fälle von Ausbildungsverboten gibt es aus dem Land des ehemaligen Nazi-Richters Filbinger zu berichten:
– die Diplom-Ingenieurin Roswitha R. wird nicht zum Vorbereitungsdienst für den bautechnischen Verwaltungsdienst zugelassen; dasselbe gilt für den Lehramtsbewerber Frank S. und den Lehrer Rainer H. Allen dreien werden Aktivitäten für die DKP oder den MSB vorgeworfen.

Neue Berufsverbotefälle auch in Hamburg und NRW: in Hamburg sind es der Lehrer Günter T. und die Lehrerin Dorothea M.-H. Gegen die Nicht-Einstellung von Günter T., der kürzlich für die DKP in den Kreistag von Barmstedt eingezogen war, protestierte immerhin auch der SPD-Kreisverband Segeberg bei der Hamburger SPD-Regierung.

In NRW erhielt die Lehrerin Helga K. ihr Entlassungsschreiben aus dem Beamtenverhältnis auf Probe wegen DKP-Aktivitäten. Auch bei der Post gibt es einen neuen „Fall": der Angestellten (!) am Fernmeldeamt Lahn, Ursula S. ist mit der Entlassung für den Fall gedroht worden, daß sie sich weigert, den ihr angelasteten „aktiven Einsatz für die DKP" einzustellen. Eine konkrete Funktion für die DKP wurde ihr nicht vorgehalten. Anfang Juni wurde sie bereits an einen Arbeitsplatz versetzt, an dem sie praktisch keinen Kontakt mehr zu Kollegen hat. Die Versetzungsgründe wurden mit „Geheimhaltung" belegt.

Es riecht, es riecht nach Untertanengeist!

wir kämpfen dagegen!

GEW

Das wegen des Häberlein-Urteils berüchtigte Ansbacher Verwaltungsgericht hat wieder zugeschlagen: Zwei von der Bezirksorganisation Mittelfranken der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zu dem Häberlein-Urteil herausgegebene kritische Plakate (eines davon ist nebenstehend abgebildet) wurden beschlagnahmt und die Kriminalpolizei ermittelt jetzt gegen die Verfasser („UZ", 12.6.78).

SPD läßt die Katze aus dem Sack

Nach langen Reden sollen jetzt die Taten der SPD-Führung in Sachen Berufsverbotepraxis kommen. Was jedoch als „Liberalisierung" angekündigt wurde, entpuppt sich beim näheren Hinsehen Zusehens als demagogische Begleitmusik für eine Verschärfung der politischen Unterdrückung und Gesinnungsschnüffelei.

Nach den veröffentlichten Ergebnissen von SPD-Vorstand (26.6.), SPD-Bundestagsfraktion und einer gemeinsamen Sitzung, von SPD-Vorstand, Parteirat und Kontrollkommission (28.6.) ist mit folgenden Änderungen zu rechnen:

- **Abschaffung des Beamtenstatus auf Widerruf für die Ausbildungsbereiche (Lehrer- und Rechtsreferendare)**
- **Verlängerung der Probezeit für Beamtenanwärter bis zu 10 Jahren (laut „Hamburger Abendblatt" (HA) v. 28.6.78 u. „FR" v. 27.6.78)**
- **Beschränkung der routinemäßigen Überprüfungen bei Einstellungen auf Bewerber für den Sicherheitsbereich (Polizei, Justiz, Verfassungsschutz, Militär etc.)**
- **Verschärfte Anwendung des Disziplinarrechts auf mißliebige Beamte in Lebensstellung.**

Die genauen Bestimmungen sollen wahrscheinlich im Herbst nach Abstimmung mit der FDP und in Absprache mit den SPD/FDP regierten Ländern beschlossen werden. Schon jetzt kann man allerdings auch bei nur annähernder Realisierung der jetzt gemachten Vorschläge nur mit einer Verschärfung der bestehenden Berufsverbotepraxis rechnen.

– ACHTUNG ANZEIGE –

→ UNENTBEHRLICH FÜR JEDEN STAATSBÜRGER, DEM ES ERNST IST MIT FREIHEIT UND DEMOKRATIE!! DAS BUCH:

ES LEBE DER STAAT! VON DR. R. ACHZSTAAT

DIE WAHRHEIT ÜBER UNSEREN STAAT. OBJEKTIV UND SACHLICH!

WICHTIG FÜR ALLE DEMOKRATEN

ZUTREFFENDES BITTE ANKREUZEN:

O JAWOLL, ICH BIN VON UNSERER FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHEN GRUNDORDNUNG BEGEISTERT UND BESTELLE ZUM 1-MALIGEN SONDERVORZUGS-RABATT-PREIS VON NUR 99,98 DM, ZAHLBAR IN EINER BEQUEMEN, WINZIGEN MONATSRATE VON SAGE + SCHREIBE KAUM 99,98 DM DAS BUCH "ES LEBE DER STAAT" VON DR. R. ACHZSTAAT:

O NEIN, ICH BIN ANHÄNGER VERFASSUNGSFEINDLICHER BESTREBUNGEN UND WILL VON IHREM BUCH NICHTS WISSEN: ______

RECHTSVERBINDLICHE UNTERSCHRIFT

NAME, SÄMTL. VORNAMEN ______

ADRESSE ______

GEB.TAG U. ORT ______

PASS/BPA-NR. ______

UNVERÄNDERL. KENNZ. ______

AUSSCHNEIDEN UND EINSENDEN AN: TEUTONIA-VERLAG WUNSIEDEL-ELBERFELD, ADENAUER WEG 1984.

Die Abschaffung des Beamtenstatus für Lehrer- und Rechtsreferendare bedeutet für die Betroffenen einerseits eine enorme materielle Verschlechterung ihrer Situation (300 - 400 DM pro Monat). Andererseits werden schon heute viele Bewerber, die aufgrund „verfassungsrechtlicher" Bedenken nicht als Beamte in den Vorbereitungsdienst übernommen werden, nach einer Klage als Angestellte eingestellt.

Nach Beendigung der Ausbildung stehen diese Bewerber dann allerdings auf der Straße, da sie im Gegensatz zu Beamtenanwärtern keinerlei Rechte auf Weiterbeschäftigung haben. Ist ein Bewerber doch endlich Beamter auf Probe geworden, so hat er nach den vorliegenden Plänen eine verlängerte Probezeit bis zu 10 Jahren vor sich. Das bedeutet 10 Jahre Wohlverhalten, Duckmäusertum und Arschkriecherei, wenn man Beamter auf Lebenszeit werden will. Ein Aufruf zum gewerkschaftlichen Kampf wie z.B. Streik, Wahrnehmung von Meinungsäußerungsfreiheit (z.B. Plakettentragen, Teilnahme an Demonstrationen etc.), Entwicklung und Umsetzung kritischer Unterrichtsinhalte, das alles kann der Behörde als Vorwand zur Ablehnung einer Verbeamtung auf Lebenszeit dienen. Mit Sicherheit können die Behörden damit rechnen, daß niemand 10 Jahre lang seine politische Gesinnung verbergen kann und will, oder daß während dieser Zeit das Rückgrat gebrochen ist.

Wird ein Beamter, der schon auf Lebenszeit ernannt worden ist, dann doch einmal „aufsässig", so soll er dann unter verschärfter Anwendung des Disziplinarrechts gefeuert werden können. So jedenfalls SPD-Vorstandsmitglied Liedtke, der in einem Gespräch mit dem „HA" am 26.6. erklärte: *„Wenn wir stärker auf Treu und Glauben abstellen, dann muß es später auch über das Disziplinarrecht möglich sein, einen Lebenszeitbeamten wieder zu feuern, wenn er sich durch sein Handeln gegen diesen Staat bewegt".*

Das geht natürlich auch schon heute; beabsichtigt ist ein schnelleres Verfahren, wobei die Gründe für eine Entlassung heruntergeschraubt werden sollen. Die Beschränkung der automatischen Anfrage beim Verfassungsschutz auf Bewerber für die sicherheitsempfindlichen Bereiche bedeutet ebenfalls keine Liberalisierung. Wird dadurch etwa die systematische und immer breiter werdende Schnüffelpraxis des Verfassungsschutzes und anderer Staatsorgane eingeschränkt? (Grenzschutz, BND etc) Die in letzter Zeit ans Licht gekommenen Praktiken lassen eher das Gegenteil befürchten, wobei die durch den Wegfall des bisherigen Verwaltungsaufwandes freiwerdende Zeit eher noch zur Intensivierung der Schnüffelpraxis genutzt wird. Auch bisher wurde ja nicht im Auftrag der Einstellungsbehörde bespitzelt, sondern diese rief „nur" automatisch die „Erkenntnisse" ab. Der einzige Unterschied liegt also darin, daß eben nicht alte „Erkenntnisse" automatisch abgefragt werden (selbst das ist zweifelhaft), sondern nur bei „besonderen" Anlässen, wenn der Bewerber politisch auffällt usw.

Trotz dieser eindeutigen Tendenzen, die auch noch unter dem Stichwort Liberalisierung gehandelt werden, wird innerhalb und außerhalb der SPD ein Riesenwirbel gemacht. Während die CDU von einer Öffnung des Staatsdienstes für Kommunisten spricht („HA" v. 28.6.78), liegen innerhalb der SPD die Grenzen trotz aller Scheingefechte zwischen den sogenannten ‚Linken' Koschnik, Brandt und Co. und der „rechten Kanalarbeiterfraktion" („FR") um den Macher Schmidt eindeutig fest. *„Nach seiner Einschätzung, so meinte Koschnik, seien jedoch keineswegs Regelungen erreichbar, die die weitgesteckten Hoffnungen mancher Kritiker unserer heutigen Rechtsgrundlagen erfüllen. Der Handlungsspielraum der geltenden Gesetze und des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes sei enger, als manche es sehen wollten".* („FR", 29.6.78)

Mit den Kritikern sind wohl vor allem die Jusos und andere Gruppen in der SPD gemeint, die in letzter Zeit verstärkt die Berufsverbotepraxis und die Gesinnungsschnüffelei kritisieren. Ebenfalls kritisch äußerte sich die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (AsJ) auf ihrer letzten Bundeskonferenz. Die AsJ forderte die Einstellung der Gesinnungsschnüffelei und die Überprüfung der sogenannten „Gewährbieteformel" in den Beamtengesetzen. Darüber hinaus setzte sich die AsJ-Bundesvorsitzende für die Aufhebung der Anti-Terrorgesetze und der Paragraphen 88 a und 130 a des Strafgesetzbuches ein. Die AsJ begrüßte allerdings ausdrücklich die von der SPD-Führung angestrebte Änderung der Überprüfungspraxis von Bewerbern für den öffentlichen Dienst („FR", 26.6.78). So einfach ist das für manche Leute, womit die objetive Funktion dieses Protestes schon angesprochen ist: mit viel fortschrittlichem Geklingel den Weg der SPD bei der weiteren Verschärfung der Repression begleiten. Dies ist wohl besonders in Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Hessen und Schleswig-Holstein von Bedeutung. Hamburgs neugewählter SPD Bürgermeister Klose kündigte diese Integrationspolitik auf dem Sonderparteitag der SPD nach der Wahl wie folgt an: *„durch eine solide, ehrliche und nach vorn gerichtete Politik die Partei gleichzeitig zur Mitte und zu den jungen Protestwählern, die dieses Mal Parteien links von der SPD gewählt hatten, zu öffnen. In den kommenden Monaten und Jahren wird sich entscheiden, ob die Partei bei diesem Versuch ihre jetzt gezeigte Geschlossenheit ohne Risse überstehen kann* („FR", 26.6.78).

Diese Geschlossenheit hängt wesentlich davon ab, ob die linken Teile der SPD sich wiederum dazu hergeben, das Gebet von der möglichen „Liberalisierung" aufzusagen.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Berufsverbot für Antifaschisten?

Bochum: Die presserechtliche Verantwortung für eine DKP-Stadtteilzeitung, die gegen die neofaschistische Bochumer Schülerzeitung „perplex" und deren Herausgeber Stellung nahm, soll dem Lehrer Reinhard Junge nun zum Verhängnis werden. Er sieht sich in dieser Angelegenheit dem mittlerweile dritten Prozeß gegenüber. Während Junges Kollegen aus dem Bezirksseminar Bochum bereits ausnahmslos ihre Stellenzuweisung für den 1.8.78 erhalten haben, steht seine Übernahme als Studienrat z.A. nach wie vor aus. *„Regierungsrat Vennemann von der Einstellungsbehörde teilte auf Anfrage mit, vor Abschluß des Prozesses gegen Junge könne keine Stellenzuweisung veranlaßt werden"* („die tat", 16.6.). Die Sache riecht also förmlich nach Berufsverbot!

Wie alles anfing

Erstmals im September 1974 war die neofaschistische Schülerzeitung „perplex" erschienen und an der Gesamtschule Bochum (GSBO) vertrieben worden. Hinter diesem Machwerk stand – und steht auch heute noch – wesentlich die Bochumer **Familie Dau** – wegen ihrer zahlreichen neonazistischen Aktivitäten einschlägig bekannt. **Olaf Dau** – Schüler an der GSBO – fungiert als Chefredakteur des Blättchens, sein älterer Bruder, der Kaufmann **Volker Dau**, als „Mitarbeiter". Zusammen mit Familienoberhaupt **Willi Dau** stand Volker D. sogar schon vor Gericht: Beide wurden Ende '76 vom Kölner Landgericht wegen Teilnahme an neofaschistischen Ausschreitungen im Jahre 1971 verurteilt. „Mitarbeiter" von „perplex" ist (bzw. war), ebenfalls ein gewisser **Detlef Schumann** – heute Beisitzer im NRW-Landesvorstand der „Jungen Nationaldemokraten" der NPD.

Die damalige Verbreitung von „perplex" stieß im Lehrerkollegium der GSBO schnell auf Widerstand. Als sich die Dau-Faschisten dann in einer Veröffentlichung der GEW-Betriebsgruppe völlig zu Recht als „Neofaschisten" u.a. bezeichnet sahen, konterten sie umgehend mit einer Strafanzeige, in deren Verlauf die Vorsitzende der Betriebsgruppe, Angelika R., vor Gericht erscheinen mußte (siehe dazu auch AK 92, S. 7 – Der Fall „perplex"). Das Verfahren gegen Angelika R. wurde später wegen Verjährung eingestellt. Auch Reinhard Junge handelte sich eine Strafanzeige der Dau-Familie ein: Er hatte die presserechtliche Verantwortung für die DKP-Stadtteilzeitung „Tatsachen" übernommen, die im Februar 1975 „perplex" u.a. als *„Schülerzeitung der Nazikinder an der Gesamtschule"* bezeichnet hatte. Die Staatsanwaltschaft verwies die Dau-Familie nicht etwa – wie sonst üblich – auf den Weg der Privatklage, sondern setzte s e l b s t ein Strafverfahren in Gang! In einem ersten Gerichtsverfahren wurde Junge daraufhin zu 80 DM Geldstrafe verurteilt. Das Schulkollegium Münster nahm diese Verurteilung seinerzeit zum Anlaß, um Junges Übernahme in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien zu hintertreiben. J. konnte seine Einstellung als Studienreferendar erst über ein Arbeitsgerichtsverfahren durchsetzen.

In der Revisionsverhandlung wurde der damalige Lehramtsbewerber freigesprochen, was die Staatsanwaltschaft allerdings nicht daran hinderte, nun ihrerseits Einspruch einzulegen und einen dritten Prozeß durchzusetzen, der am 19.6.78 vor dem Bochumer Landgericht beginnen sollte. Da sich die Staatsanwaltschaft mit der vom zuständigen Landgericht vorgeschlagenen Einstellung des Verfahrens nicht einverstanden erklärte, wurde der Prozeßbeginn nunmehr auf den 31.7. vertagt. Damit scheint zunächst gesichert, daß Reinhard Junge zum 1.8.78 k e i n e Lehrerstelle erhalten wird! Die Dau-Faschisten, die sich selber als „National-Revolutionäre" bezeichnen, können triumphieren...

Antifa-Kommission NRW
KB/Gruppe Bochum



Frankreich

Die Folter an Heidy muß restlos aufgeklärt werden!

Am 21. März wurde die westdeutsche Genossin Heidy Kempe-Böttcher, die z.Zt. in Paris lebt, von der Polizei aus ihrer Wohnung abgeholt und Stunden später mit schweren Verbrennungen (vor allem im Genitalbereich) im Krankenhaus wieder aufgefunden (s. AK 126 S.4 und AK 127 S.2). Dreieinhalb Monate sind seitdem vergangen, aber w e r Heidy diese Verbrennungen zugefügt hat und w a r u m, ist immer noch nicht von den offiziellen Stellen aufgeklärt worden. Dabei läßt der Hergang am 21. März von vornherein gar keinen anderen Schluß zu, als daß Heidy von französischen Bullen gefoltert wurde:

Heidy wurde in betrunkenem, aber ansonsten unversehrtem Zustand gegen 17.20 Uhr von sechs bis sieben Polizisten aus ihrer Wohnung abtransportiert. Die Polizei war vom Hausmeister gerufen worden, weil er angeblich Schreie durch die Sprechanlage gehört haben will. Heidys Freund Jaques, der kruz zuvor in der Wohnung eingetroffen war, bezeugt ebenso wie Heidy selbst, daß Heidy bis zum Eintreffen der Polizei absolut keine Verletzungen hatte. Jaques bestand darauf, Heidy beim Abtransport durch die Polizei zu begleiten, wurde jedoch um 17.30 im Polizeirevier in der Rue de Nantes ausgeladen und längere Zeit allein dort festgehalten, während unklar ist, wohin Heidy gebracht wurde. Erst um 22 Uhr findet Jaques Heidy in der psychiatrischen (!) Klinik St. ist, wohin Heidy gebracht wurde. Erst um 22 Uhr findet Jaques Heidy in der psychiatrischen (!) Klinik St. Anne mit ihren schweren Verbrennungen wieder, nachdem sie vorher bereits in ein anderes Krankenhaus (Claude Bernard) eingeliefert worden war – nach offiziellen Angaben schon um 18.15 Uhr. Noch einmal 20 Stunden später wird Heidy in das Krankenhaus Cochin in die Abteilung für Schwerverbrannte überwiesen.

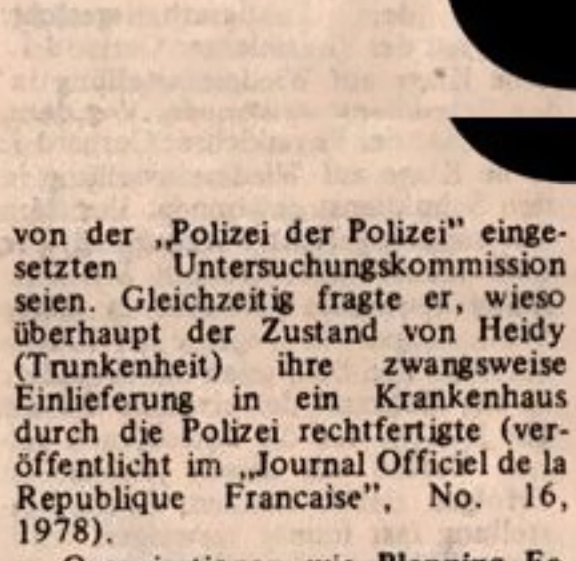
Heidy selbst (die nach vier Wochen wieder entlassen werden konnte, aber heute noch an den Verletzungen zu leiden hat), ihr Anwalt, ihre Freunde und eine breite Solidaritätsbewegung in Frankreich haben die Hintergründe dieser offensichtlichen Folter aufzuklären versucht: durch eigene Recherchen, durch Fragenkataloge an die Behörden, durch öffentliche Appelle und durch Protestaktionen. Auch Heidys Schwester in Hamburg richtete an die BRD-Botschaft in Paris die Aufforderung, sich für eine zügige und restlose Aufklärung dieses Verbrechens einzusetzen. Die BRD-Botschaft aber antwortete, *„daß es mit den Aufgaben einer Auslandsvertretung unvereinbar ist, von sich aus in der von Ihnen angeregten Weise tätig zu werden. Wenn derartige Bemühungen dem Gastland bekannt würden, so würden diese bei den zuständigen französischer Stellen verständliche Verstimmungen und Reaktionen hervorrufen"* (Schreiben vom 20.4.78). Bei „Terroristenfahndungen" können westdeutsche Behörden und sogar nach Frankreich stationierte westdeutsche Polizei allemal „von sich aus" tätig werden – wenn es aber darum geht, sich lediglich bei französischen Amts- und Regierungsstellen für die Aufklärung eines offensichtlich von Staatsorganen begangenen Verbrechens an einer westdeutschen Staatsangehörigen e i n z u s e t z e n, dann wird dies wegen „verständlicher Verstimmung" der französischen Staatsorgane abgelehnt! Die westdeutsche Botschaft in Frankreich deckt damit die Vertuschungsmanöver dieses Verbrechens durch die französische Polizei.

Schon unmittelbar nach dem Vorfall hatte die französische Polizei in einer Presseerklärung von „unzulässigen Verdächtigungen" und „diffamierenden Unterstellungen" gesprochen, ohne allerdings irgendetwas entkräften zu können – wie auch,



wo selbst einer der am Abtransport Heidys beteiligten Polizisten ihre Unversehrtheit zu diesem Zeitpunkt bestätigte! Die eingerichtete Untersuchungskommission der Polizeiaufsicht („Polizei der Polizei") hüllt sich seitdem in Schweigen. Demgegenüber äußerte der französische Generalkonsul in Hamburg gegenüber Heidys Schwester selbst, daß es für ihn *„ziemlich klar (sei), daß für die Mißhandlungen an Heidy nur Polizisten in Frage kommen, und zwar solche mit Algerien-Erfahrung"* (Flugblatt des Hamburger Solidaritätskomitees vom 28.6.78).

In einer umfangreichen Erklärung französischer Persönlichkeiten (Simone de Beauvoir, Jean-Pierre Faye, Daniel Guerin, Arno Münster, Jean-Paul Sartre und Jean-Pierre Vigier), die in „Le Monde" vom 18./19.6.78 fast vollständig abgedruckt wurde, heißt es: *„Es muß die ganze Wahrheit ans Licht kommen über diesen Fall, der in der Tat darauf hinauslaufen könnte, das Verhalten gewisser Polizeistellen und der Repressionsorgane im allgemeinen in Frage zu stellen".* Tatsächlich ist die Annahme berechtigt, daß es sich bei der Folter an Heidy nicht nur um das Werk einiger verbrecherischer und frauenfeindlicher Elemente in der Polizei handelt, sondern daß politische Gründe dahinter stehen. Gegenüber ihrem Freund (bei dessen Verhör auf dem Polizeirevier) wurde Heidy von den Bullen als „Linksradikale" beschimpft; ihre Wohnung wurde während ihres Krankenhausaufenthaltes von der Polizei durchsucht und die „Bild"-Zeitung brachte eine Woche nach Heidys Mißhandlung einen Hetzartikel, in dem mit Verfassungsschutz-„Informationen" über Heidys politische Arbeit im Hamburger „Sozialistischen Studentenbund" und über ihre Teilnahme an einer antifaschistischen Demonstration gegen den Nazi-Verbrecher Kappler hantiert wurde. Denkbar ist, daß Heidy von den Polizisten als „mutmaßliche Terroristin" eingestuft wurde, an der die französische Polizei sich heute offenbar nach Belieben vergehen kann: das „Anti-Terrorismus"-Klima ist in Frankreich auch längst nach Art des „Modells Deutschland" hochgeschürt worden.



Solidaritätsaktionen

Solidaritätsaktionen

In sehr vielen Städten haben sich Solidaritätskollektive gebildet, die Öffentlichkeitsarbeit machen – und sich außer Flugblättern und Infoständen noch eine ganze Palette von Aktivitäten einfallen lassen. Ein kleiner Ausschnitt:

Paris: Einige Frauen ließen von „Notre Dame" ein 30 Meter langes Transparent herab mit der Aufschrift: „Heidy torturee – nous saurons la verite" (=Heidy gefoltert – wir werden die Wahrheit wissen). Im gleichen Augenblick begannen 150 bis 200 Frauen unten vor der Kirche ein Flugblatt unter die Leute (vor allem Touristen) zu verteilen und Plakate aufs Pflaster zu kleben. Die französische Dokumentation ist restlos ausverkauft (Auflage 3.000). Eine aktualisierte Neuauflage ist in Vorbereitung.

Nimes: Auf einer Solidaritätsveranstaltung – organisiert von „Femmes Travailleuses en Lutte" wurde eine Petition unterzeichnet und ein Brief an die Abgeordneten der KPF verfaßt, mit der Aufforderung, die Folterung an Heidy in der Nationalversammlung zur Sprache zu bringen.

Belfort: Der sozialistische Abgeordnete Forni hatte Anfang April eine Anfrage an das Innenministerium gerichtet, welches die Ergebnisse der von der „Polizei der Polizei" eingesetzten Untersuchungskommission seien. Gleichzeitig fragte er, wieso überhaupt der Zustand von Heidy (Trunkenheit) ihre zwangsweise Einlieferung in ein Krankenhaus durch die Polizei rechtfertigte (veröffentlicht im „Journal Officiel de la Republique Francaise", No. 16, 1978).

Organisationen wie **Planning Familial, Amnesty International, Liga für Menschenrechte**, sowie diverse Sektionen der Gewerkschaften haben durch Solidaritätsadressen, Unterschreiben von Petitionen oder eigene Untersuchungen ihre Solidarität bekundet.

Es darf kein Gras über diesen Fall wachsen! Das Hamburger Solidaritätskomitee hat in einer neuen Veröffentlichung dazu aufgefordert, weiter Protesterklärungen an die BRD-Botschaft, das französische Generalkonsulat und das französische Innenministerium zu richten und eine vollständige Aufklärung zu fordern. Die

Adressen:

Botschaft der BRD
34, Avenue d'Jena
F - 75116 Paris

Französisches Generalkonsulat
Pöseldorfer Weg 32
2000 Hamburg 13

Ministere d'Etat de l'Interieur
Pl. Beauveau 8e, me.
F - 75000 Paris

Das Hamburger Solidaritätskomitee mit Heidy ist unter folgender Adresse zu erreichen:

Solidaritätskomitee Heidy
c/o Hilke Böttcher
Bahrenfelder Chaussee 29
2000 Hamburg 50

Spendenkonto:
Haspa (BLZ 20050550)
Konto-Nr.: 1016/766 436
Hilke Böttcher, Stichwort: Heidy.

Frankreich-Komission



Solidaritätsdemonstration für Heidy in Paris

Mehrere Anklagen gegen Pariser Polizisten wegen Vergewaltigung!

In Frankreich häufen sich in letzter Zeit Anklagen gegen Bullen wegen Vergewaltigung mehrerer junger Frauen. So ist z.B. dem „Tagesspiegel" vom 22.6.78 zu entnehmen, daß drei französische Polizisten wegen Vergewaltigung eines 13jährigen Mädchens verhaftet wurden. Die Bullen sollen betrunken gewesen sein und das Mädchen in einen Wald verschleppt haben, um es dort mehrmals zu vergewaltigen. Die Gewerkschaft der französischen Polizisten (C.G.T.) hat inzwischen in einer Stellungnahme gefordert, daß in diesem Fall keinerlei mildernde Umstände geltend gemacht werden dürften. In der Erklärung heißt es weiter, daß sich die Gewerkschaft *»energisch gegen die Haltung der Verwaltung wehrt, die — indem sie die Vorgänge verschweigt — versucht, die Dinge zu verwischen.«* Das Interesse, das die Polizeigewerkschaft daran hat, daß diese Vorfälle scharf verfolgt werden, hat allerdings besondere Hintergründe: ist sie doch sehr um das Ansehen der Bullen bei der Bevölkerung besorgt: *»Diese Vorfälle fallen insgesamt auf alle Polizisten zurück, die in ihrer großen Mehrheit sehr anständig sind und vermehren das Mißtrauen in der öffentlichen Meinung; und das gerade in einer Zeit, wo die Polizisten von ihrer Rolle des Bevölkerungsschutzes zum Nutzen der Kapitalisten und des Staates weggelenkt werden.«* (Zitate aus „Le Monde", 23.6.78).

Die Verantwortlichen der französischen Polizeibehörden scheinen sich dieser Argumentation nicht zu verschließen, haben sie doch dafür gesorgt, daß in diesem Fall sofort gerichtliche Schritte eingeleitet wurden.

Anders dagegen im April 1977, als eine dänische Touristin gegen Bahnhofsbullen klagen wollte, die sie der Vergewaltigung beschuldigte. Die Bullen stritten alles ab — bis heute fand kein Prozeß statt.

Anders auch im Fall Heidi Kempe-Böttcher, die unter mysteriösen Umständen am 21.3.78 schwere Verletzungen erlitten hat. Allein die Klage einer Lehrerin hatte bisher Erfolg, die von zwei Schutzpolizisten im September 1977 in Paris vergewaltigt worden war. Der Unterschied zu den anderen Anklagen liegt darin, daß »dummerweise« einer der Bullen die Tat zugegeben hatte!

AG-Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Spanien

Proteste der Homosexuellen

Das dritte internationale Treffen der spanischen Homosexuellen am 26./27. Mai '78 fand erstmalig in der spanischen Öffentlichkeit größere Beachtung.

Im Mittelpunkt des Treffens stand die Vorbereitung auf den Internationalen Tag der Homosexuellen am 25.6. (Gedenktag an den 25.6.1969, als in New York die Homosexuellen gegen ihre Diskriminierung protestierten und von der Polizei zusammengeprügelt wurden), der im Zeichen des Kampfes gegen das faschistische »Gesetz gegen die sozial Gefährlichen« stand, welches sich gegen Schwule, bestimmte Frauen»delikte« etc. richtet.

Mit Nachdruck wurde darauf hingewiesen, daß die Homosexuellen ihren Kampf gemeinsam mit anderen diskriminierten Teilen der spanischen Gesellschaft führen müßten. Hingewiesen wurde auf die bereits vorliegenden guten Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit der Frauenbewegung. (Flugblatt der »Front d'Alliberament Gai de Catalunya«, 20.6.78 — »Homosexuelle Befreiungsfront Kataloniens«).

Anläßlich des Aufrufs zur Demonstration am 25.6. in Madrid vom nationalen Komitee der Schwulenfront wurde eine Erklärung von einem Großteil demokratischer und linker Organisationen und Parteien herausgegeben: *»Während mehr als 600 Homosexuelle in den Gefängnissen sitzen, sehen sich Millionen gezwungen, ihre Homosexualität zu verbergen, um sowohl einer erniedrigenden Diskriminierung oder gar einer Strafver-*
minierung oder gar einer Strafver-
folgung zu entgehen ... Wir meinen, daß der Kampf um die sexuelle Befreiung gemeinsam mit der Frauen- und Jugendbewegung geführt werden muß, um zusammen mit der Arbeiterbewegung die völlige Befreiung zu erlangen.« (»El Pais«, 22.6.78).

Unterzeichnet wurde der Aufruf u.a. von den Homosexuellen Kastiliens, Frauenorganisationen, ledigen Müttern, Vereinigten Behinderten etc. sowie von den politischen Parteien: PSOE, PCE, MC, AC, LCR, OIC, CNT, UGT, USO.

In Bilbao wurde der 25.6. gemeinsam mit der COPEL (Gefangenenselbstorganisation sozialer Häftlinge) durch eine »Woche der Diskriminierten« vorbereitet. *»Wir, deren Rechte an keinem einzigen Tag im Jahr respektiert werden, brauchen ein paar spezielle Tage, an denen wir auf die Straße gehen, damit man uns hört, damit man uns respektiert, um letztendlich zu erreichen, daß alle Tage 'unsere Tage' sind.«* (»El Pais«, 21.6.78).

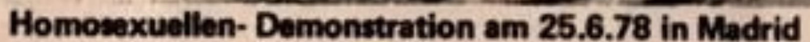
In Madrid demonstrierten etwa 7.000 Menschen, die immer wieder darauf hinwiesen »Wir sind nicht vollständig — es fehlen die Gefangenen der COPEL« (»El Pais«, 27.6.78). Auf dem Marsch wurde eine Schweigeminute für »La Francesa« eingelegt, einen Homosexuellen, der 1976 im Carabanchel-Gefängnis aus dem 3. Stock »gestürzt« war.

In Barcelona war die Demonstration verboten worden. Trotzdem waren 2.000 Menschen auf die Straße gegangen. In Bilbao hatten sich knapp 1.000 Menschen zu einem Protestmarsch zusammengefunden.

Das öffentliche Auftreten und die relativ breite Unterstützung, die die Schwulen auch von den reformistischen Parteien (wenigstens auf dem Papier) erfahren, bedeutet gerade in Spanien einen enormen Fortschritt gegenüber den Jahrzehnten klerikalfaschistischer Verfolgung.

Spanien-Kommission




Homosexuellen-Demonstration am 25.6.78 in Madrid



Generalstreik der andalusischen Landarbeiter

Für den 20.Juni hatten die Arbeiterkommissionen und die Gewerkschaft der Sozialisten, UGT, zum Generalstreik gegen die alarmierende Arbeitslosigkeit in Andalusien aufgerufen.

Im ländlichen Bereich wurde der Streikaufruf fast vollständig befolgt. Der industrielle Sektor brachte durch Versammlungen und kurzfristige Arbeitniederlegungen seine Solidarität zum Ausdruck.

Nach Informationen der Arbeiterkommissionen beteiligten sich mehr als 300 000 Arbeiter an dem Streik (Sevilla: 100 000; Granada: 75 000; Cadiz: 45 000; Cordoba 38 000; Malaga: 35 000; Jaen: 18 000; Huelva: 12 000). Zu Auseinandersetzung mit der Polizei kam es nirgendwo.

Anlaß für die Kampfmaßnahmen der Arbeiter, war der ungeheure Anstieg der Arbeitslosigkeit unter den Landarbeitern innerhalb der letzten Monate und die völlig unzureichende Versorgung der von Arbeitslosigkeit betroffenen Kollegen.

Seit langem schon hält Andalusien den traurigen ersten Platz bei der Arbeitslosenquote im Vergleich zu den übrigen spanischen Provinzen. So spricht das Arbeitsministerium von 5,85 % Arbeitslosen für ganz Spanien und für die andalusischen Provinzen von 10 %. Besonders betroffen sind dort die Großstädte Sevilla mit 14,7% und Malaga mit 13,38% (Stand März 78 nach „EL Pais" 21.6.78)

Sowohl die Arbeiterkommisionen als auch die UGT gehen von weitaus umfangreicheren Schätzungen aus. Sie weisen vor allem auf den rasanten Anstieg im letzten Jahr hin: so sind die Arbeitslosenziffern auf dem ländlichen Sektor zwischen Januar 77 und Januar 78 um 22,8% gestiegen, und von Januar bis Mai dieses Jahres nochmals um 32% („El Pais" 21.6.78)

Wesentliche Ursache dafür ist die Tatsache, daß die Sektoren, die in den früheren Jahren Arbeitskräfte vom Land absorbieren konnten - Baugewerbe und Emigration - rückläufig sind. Die spanische Landwirtschaft ist auf einem technisch völlig unterentwickelten Stand und die großen Landbesitzer profitieren lediglich von dem niedrigen Preis der andalusischen Arbeitskräfte. Das soziale Elend der andalusischen Landbevölkerung wird sich im Rahmen der Integration Spaniens in die EG aufgrund der Konkurrenzsituation noch weiter drastisch verschärfen.

Spanienkommission



Andalusische Landarbeiter: „Wenn Dir die Hände und der Schweiß gehören, gehört Dir auch das Land, das sie bearbeiten."

Aufruf zur Solidarität

Sehr geehrte Damen und Herren,

sicherlich haben Sie durch die Presse von der Verhaftung, Verurteilung und Inhaftierung der vier spanischen Schauspieler Andreu Solsona, Arnau Vilardebo, Gabriel Renom und Miriam Maeztu gehört.

Diese Schauspieler gehören zu der Theatergruppe "Els Joglars". Der Leiter der Gruppe Albert Boadella wurde letzten September verhaftet und wegen Beleidigung der spanischen Armee angeklagt. Zusammen mit zwei weiteren Schauspielern Ferran Rane und Lisa Creuet konnte er vor der Gerichtsverhandlung flüchten. Die drei befinden sich heute als politische Flüchtlinge in Frankreich.

Keiner von ihnen akzeptiert diesen Prozess, der vor einem Militärgericht gegen sie stattfinden sollte, weil sich durch die Gestaltung und Aufführung des Theaterstücks LA TORNA Generäle der spanischen Armee beleidigt fühlten.

Das Stück handelt von Heinz Chez, einem politisch Heimatlosen, der 1974 zusammen mit dem katalanischen politischen Gefangenen Puig Antic durch Francos Regime hingerichtet wurde. Dieser Hinrichtung ging ein skandalöses Gerichtsverfahren voraus, dem der Angeklagte, der spanischen Sprache nicht mächtig, kaum folgen konnte.

Albert Boadella wurde verhaftet. Kurz darauf gründeten die übrigen Schauspieler der Gruppe zusammen mit ihren Anwälten und Vertretern des kulturellen Lebens Barcelonas ein Komitee zur Freilassung der Verhafteten. Der Flucht Boadellas folgte die Verhaftung der vier Schauspieler, die nun im März 1978 von einem Militärgericht zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt wurden.

Seit Dezember 1977 hat das Unterstützungskomitee in Spanien und im Ausland zahlreiche Aktionen zur Freilassung der verurteilten und inhaftierten Schauspieler unternommen. Die spanischen Gesetze haben sich seit Franco nicht geändert, deshalb wurde Els Joglars auch von einem Militärgericht angeklagt. Aus diesem Grund initierte das Komitee eine öffentliche Diskussion um das Recht auf freie Meinungsäußerung und seine gesetzliche Verankerung in einem Regime, das sich selbst jetzt demokratisch nennt.

Ende Mai wird in Barcelona eine Photoausstellung stattfinden, die sich mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung beschäftigt. Der Erlös dieser Ausstellung kommt den inhaftierten und exilierten Schauspielern zugute. Wir brauchen weitere Unterstützung und Geld zur Fortsetzung der Kampagne und rufen alle Photographen auf sich zu beteiligen.
Gebt diesem Material eine breitere Öffentlichkeit!

Komitee zur Unterstützung von Els Joglars und das Recht auf freie Meinungsäusserung
Galileo 107 Barcelona, Spanien

Barcelona / April 1978



Diesen Solidaritätsappell der „Vereinigung internationaler Kulturaustausch e.V." erhielten wir erst jetzt. Wir unterstützen die darin erhobenen Forderungen nach sofortiger Freilassung der verurteilten und inhaftierten Schauspieler der Gruppe Els Joglars

England Irland

Irland: Zum Abschuß freigegeben!

Nach dem Motto „Zum Abschuß freigegeben" macht die britische Armee in Irland Jagd auf IRA-Mitglieder. Das letzte Beispiel hierfür: In der Nacht vom 19. auf den 20. Juni erschoß ein Kommando britischer Soldaten, Polizisten und SAS-Spezialisten in Belfast drei IRA-Mitglieder (James Mailey, Dennis Brown und Jim Mulvena) und außerdem Billy Hanna, einen zufällig in die Schießerei hineingeratenen jungen Mann. Ein weiterer unbeteiligter Mann, der im Auto die Straße entlangfuhr, wurde angeschossen, weil er angeblich die Polizeisperre durchbrechen wollte.

Daß dieses und ähnliche Kommandounternehmen nicht etwa auf die Festnahme von IRA-Mitgliedern abgestellt sind, sondern ausschließlich auf brutales Abknallen, daß außerdem das Erschießen unbeteiligter Zivilisten keine „Panne" ist, sondern bewußt in Kauf genommen wird, beweist der Ablauf der Aktion:

Die Soldaten und Polizisten hatten sich bereits lange, bevor die drei Iren eintrafen, hinter den Büschen am Depot für die Fahrzeuge der Belfaster Post versteckt. Alle trugen Zivilkleidung (!) und hatten sich die Gesichter schwarz gefärbt! Eine Frau, die dort vorbeikam, traute sich nicht weiterzugehen, als sie die bewaffneten Typen hinter den Büschen bemerkte (nach „Guardian", 22.6. 78). Die reaktionäre Zeitung „Daily Telegraph" beschreibt den Ablauf dann so:

„Als das Auto der Terroristen an der Rückseite des Depots ankam, stiegen drei Männer aus, die Bomben bei sich hatten. Sofort kamen die Soldaten, Polizisten und offensichtlich Spezialisten der SAS (Special Air Service – Spezialeinheit zur Bekämpfung von Guerillakämpfern, vor allem aufgestellt zum Einsatz in der Dritten Welt; Anm. AK) *hinter den Büschen hervor und forderten sie auf, anzuhalten.*

Die IRA-Leute gaben etwa vier Schüsse ab und rannten dann in verschiedene Richtungen weg. Einer floh mit einer Bombe zu den Spielplätzen, wurde aber erschossen. Zwei andere rannten eine schmale Gasse rauf, die an der Seite des Depots entlangführt und von einer Hecke mit einem Zaun begrenzt ist. An dieser Stelle wurde das unschuldige Opfer dieses Hinterhaltes, Billy Hanna, erschossen, als die Sicherheitskräfte das Feuer auf die IRA-Leute eröffneten" (zitiert nach „Socialist Challenge", 29.6.78).



Eindeutig geht aus dieser Darstellung hervor, daß die Bullen von hinten auf die fliehenden Menschen geschossen haben, ohne von ihnen bedroht zu werden. Es gab auch keine gezielten Schüsse, um die Fliehenden nur daran zu hindern, wegzulaufen: die Bullen schossen mit Maschinenpistolen, und es wurde offen zugegeben, daß über 200 Schuß abgegeben worden sind!

Offiziell ist die Aktion damit begründet worden, daß ein von der IRA geplantes Bombenattentat auf das Depot verhindert werden sollte. Man bezog sich dabei auf Verlautbarungen der IRA/provisional, die für die nächste Zeit verstärkte Attentate auf Transport- und Versorgungszentren (Eisenbahn, Post usw.) ankündigten. Dieses offizielle Ziel wäre durch Polizeisperren z. B. erreichbar gewesen. Dies allerdings hätte „die Terroristen" gewarnt (wenn man davon ausgeht, daß etwas an der Version eines dort geplanten Bombenattentats dran ist), und es wäre zu keiner „Feindberührung" gekommen.

Stattdessen bereitete die britische Armee einen regelrechten Hinterhalt vor und postierte mehrere Abende hintereinander die schwerbereitete Killertruppe mitten in ein Wohngebiet. Es sollte Tote geben, und es hat sie gegeben. Dies ist Teil einer brutalen Einschüchterungstaktik, die sich bewiesenermaßen direkt gegen die Bevölkerung richtet.

In diesem Licht erscheint die Version, daß die Bullen erst geschossen haben, als die IRA-Leute „etwa vier" Schüsse abgegeben hatten, mehr als fraglich. Und so wundert es wohl kaum jemand in Belfast, daß die Polizei drei Tage nach dem Kommandounternehmen noch „ohne Erfolg" nach der Waffe suchte, mit der die „Terroristen" geschossen haben sollen und die krausesten Theorien darüber aufgestellt wurden, wo diese abgeblieben ist („Guardian", 23.6. 78).

Die IRA/provisional schrieb in einer Erklärung, daß alle drei unbewaffnet waren und weiter: *„Die ganze Kampftruppe wurde umzingelt, war zahlenmäßig unterlegen und konnte sich nur ergeben. Nachdem die Männer gefangen waren, wurden sie in einer Orgie von konzentriertem Feuer durch die britische Armee und RUC* (irische Polizeieinheit; Anm. AK) *zusammen erschossen"* (zitiert nach „Irish Republican Information Service", 24.6.78).

Dieses Killerunternehmen liegt ganz auf der Linie der von Irland-Minister Roy Mason (Labour) im Herbst 77 angekündigten „covert operations" – soviel wie „verdeckte Operationen". Da gelten nicht mehr die sonst üblichen Regeln beim Einsatz der „Sicherheits(!)kräfte". Die demokratische Maske ist gefallen, und es zeigt sich die brutale Fratze des britischen Imperialismus.

England-Kommission

Spitzelorganisation auf frischer Tat ertappt

Der schon seit Jahren bestehende Verdacht, daß sich die Kapitalistenorganisation mit dem unverfänglichen Namen „Economic League" (etwa: Wirtschaftsliga) hauptsächlich mit dem Anlegen von Akten über linke Kollegen und der Überprüfung von Bewerbern im Auftrag der britischen Großkonzerne beschäftigt, wurde jetzt durch Berichte im Guardian bestätigt.

Ein Angestellter eines Bestattungsunternehmens hatte in den Akten seiner Firma eine vertrauliche Anweisung gefunden, nach der vor Neueinstellungen eine bestimmte Telefonnummer anzurufen sei, die nicht im Telefonbuch steht. Dort erhielt man auf einen vereinbarten Code entsprechende Auskünfte.

Darauf heckten einige Gewerkschaftaktivisten mit Journalisten vom „Guardian" einen Plan aus, mit dem sie den Nachweis erbringen konnten, daß es sich bei der fraglichen Nummer um ein Regionalbüro der EL handelte. Von den acht Testpersonen wurden fünf abgelehnt, darunter auch drei Mitglieder der Labour Party – die übermittelten Informationen beruhten zum Teil auf Ereignissen aus 1951!!! („Guardian", 28. u. 29.6.78).

Die EL hat übrigens eine lange Tradition: Sie wurde 1919 gegründet für „einen Kreuzzug für den Kapitalismus". Ihre offizielle Aufgabe liegt in der Herstellung und Verteilung von Kapitalistenpropaganda: *„Die wichtigste Aufgabe ist die positive wirtschaftliche Erziehung vom Standpunkt des freien Unternehmertums auf den unteren Ebenen in den Unternehmen"* (Jahresbericht der EL, 1971). Außerdem müsse man alle subversiven Kräfte aktiv bekämpfen.

Daß hierzu auch das Anlegen von Schwarzen Listen gehört, wollte nach den Enthüllungen im „Guardian" niemand von den bekannten Geldgebern gewußt haben. Die Praxis wurde lediglich von SHELL auch noch verteidigt, die bereits im Jahre 1972 die Spendenliste mit 6.500 Pfund anführten (damals ca. 50.000 DM) und deren Generaldirektor David Barran früher Präsident der EL war.

Auf der Spendenliste, die das Labour Research Departement in einer Broschüre „Big Business & Politics" 1974 veröffentlichte, findet man als Geldgeber fast alle britischen Großkonzerne, einschließlich der Großbanken und des staatlichen Autokonzerns British Leyland, die gleichfalls im Beirat der EL vertreten sind.

Da konnten sie natürlich von den Schwarzen Listen nichts gehört haben.

Englandkommission

Polizei-Terror mit Methode

Unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung überfiel eine Spezialeinheit von Scotland Yard „mutmaßliche Terroristen" auf der Suche nach Bomben und Waffen. Vier Anarchisten wurden bisher verhaftet und werden in GB's sicherstem Knast, in Brixton, gefangengehalten. Eine vernünftige Anklage konnte man bisher noch nicht erheben, stattdessen erfanden die Bullen einen neuen Straftatbestand: „Verschwörung zur Bombenlegerei mit bekannten und unbekannten Personen" („Guardian", 28.6.78).

Wie gesagt, bislang ist noch keine Bombe gelegt, und „terroristisch" kann man allenfalls das Vorgehen der Bullen bezeichnen.

Die Bullenüberfälle haben vor allem zwei Ziele: Erstens soll damit Stimmung gemacht werden gegen die Angeklagten des sogenannten ABC-Prozesses (zwei Journalisten und ein Ex-Offizier, die Enthüllungen über den britischen Geheimdienst gemacht haben – der Prozeß steigt im September; vgl. AK 130). Unter anderem fiel auch die Wohnung des Organisators des ABC-Unterstützungskomitees den Bullenüberfällen zum Opfer. So wird durch viel mystisches Getue der Scotland Yard-Terroristen unter fleißiger Hilfe der Presse ein Klima geschaffen, das eine Verurteilung erleichtern soll.

Zweitens soll hier gegen die gesamte britische Linke mobilisiert werden. Selbst der „Guardian" gibt zu, daß unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung die Polizei „auch bei anderen Linken sucht" („Guardian", 15.6.78).

Die Verhaftung der vier Anarchisten wurde weitlich ausgeschlachtet: Alle sollen Verbindungen zu deutschen Terroristen haben: *„Bei zwei Überfällen in London hatte die Scotland Yard Truppe einen fließend deutsch sprechenden Spezialisten dabei. Zwei Deutsche, ein Mann und eine Frau sind dabei nach ihren politischen Ansichten befragt worden"* (G., 28.6.78). Von „Erfolgen" wußte die Presse nicht zu berichten. Auch fand man wenig über die „Spezialbehandlung" bei den Verhaftungen und im Knast: Isolationshaft, Durchsuchungen a' la Stammheim, Gespräche der Verteidiger durch geschlossene Türen unter Aufsicht usw. Der Kommentar des undogmatischen „Leveller": *„Wir können nicht urteilen über die Anklage und Beweise, aber die Art und Weise, wie dieser Fall gehandhabt und verfolgt wird, ist äußerst alarmierend. Wenn nur ein Zehntel des Aufwands gegen Bennet, Mills und Ladd* (drei der Vier, d. Red.) *sich gegen die Bombenleger und Raubmörder richten würde, die die Schwarzen und ihre Wohnungen angreifen..."* („Leveller", July, S. 16).

Inzwischen ist das Komitee „Unbekannte Personen" gegründet worden, das die Vier versucht zu unterstützen. Die ersten Anstrengungen des Komitees gelten der angestrebten Verlegung von Iris Mills, die als einzige Frau im Brixton Gefängnis sitzt.

England-Kommission

Achtung Englandfahrer! Anit-Nazi-Karneval in Manchester am 15. Juli

Nach dem Riesenerfolg der ersten Anti-Nazi-League-Demo und anschließender Musikveranstaltung in London mit 80.000 Teilnehmern im April '78 (Vgl. AK 129), organisiert die League mit „Rock Against Racism", einem „Nordwestkomitee gegen Rassismus" und unterstützt vom Gewerkschaftsverband der Nord-West-Region den zweiten „Karneval gegen die Nazis".

Auch diesmal werden wieder einige Gruppen aus der englischen Musikszene dabei sein: Steel Pulse, Buzzcocks und China Street. Daß dies nicht alles nur ein großer Spaß sein soll, sondern in erster Linie Kampf gegen die Faschisten, wird klar aus dem Text des Aufrufflugblattes. Unter der Frage „Willst Du einen Polizeistaat an der Macht?" schreiben die Genossen: *„Die NF* (National Front) *und ihre Kameraden werden uns abschieben, wenn wir schwarz sind... oder Griechen oder Chinesen. Sie werden uns ins Gefängnis bringen, wenn wir rot sind. ...20 Millionen sind wegen Hitler gestorben... Nein danke, wir kennen diesen Film. (...)"*

„Es ist mehr als wahrscheinlich, daß in diesem Herbst Wahlen stattfinden werden. Die Nazis werden mehr als 350 Kandidaten aufstellen, d.h. 350 Orte, an denen sie mit Rassismus und Gewalt auf der Straße hausieren gehen werden. Das gleiche wird auf allen drei TV-Kanälen zu den Spitzensendezeiten stattfinden. Wir dürfen den Kampf jetzt nicht aufgeben.

Es ist Zeit für den 'Northern-Carnival' in Manchester. Wenn Du Rassismus haßt und Musik liebst, wirst Du da sein."

Wir empfehlen allen Genossen, die zu der Zeit in England sind, an dieser Veranstaltung teilzunehmen, und wünschen den Veranstaltern viel Erfolg!

England-Kommission

BGS-Praktiken nicht nur an der BRD-Grenze

Im Zusammenhang mit den Bespitzelungsmethoden des BGS ist es vielleicht ganz interessant, was uns Mitte Juni an der englischen Grenze widerfuhr. Nachdem die Zöllner im englischen Hafen Ramsgate bei uns einige AK's, Rebells und politische Bücher gefunden hatten, waren wir für sie höchst verdächtige Personen. Wir mußten sämtliche Taschen leeren. Die Literatur, sowie Adressen und Notizen, wurden einem Übersetzer vorgelegt. Außerdem erschienen noch zwei Kommissare der politischen Polizei, die alles noch einmal durchsuchten und uns fragten, wo wir hinwollen, wen wir in England besuchen wollten und vor allem ob wir nach Nordirland wollen (die IRA gilt für die Imperialisten als eine der gefährlichsten Terrorzentralen).

Am Schluß mußten wir uns noch total ausziehen, und sämtliche Nähte unserer Kleidung wurden gefilzt. Nach zwei Stunden durften wir gehen. Der Urlaub vom „Modell Deutschland" hatte gut begonnen...

Zwei Irlandurlauber

England: Chile-Solidarität

Vergeblich wartet die faschistische Junta in Chile auf vier Triebwerke, die sie 1973 nach Großbritannien zur Reparatur geschickt hat. Die vier Rollce-Royce-Triebwerke sind zwar seit 1974 fertig, doch die Vertrauensleute und ihre Gewerkschaften konnten bislang erfolgreich verhindern, daß sie nach Chile zurückgeschickt werden.

Auf Anfragen des Pinochet-Regimes haben jetzt die konservativen Tories die Regierung in GB aufgefordert, die Triebwerke dem „rechtmäßigen Besitzer" zukommen zu lassen, doch die Labour-Regierung zögert noch, die erforderliche Exportgenehmigung zu erteilen. Die Gewerkschafter wissen sich unterstützt durch einen großen Teil der Labour-Abgeordneten, deren Sprecher Eric Heffer erklärte, daß *„die meisten Labour-Abgeordneten der Meinung sind, daß wegen der undemokratischen Natur des Pinochet-Regimes in Chile, das grundsätzlich faschistisch ist, weil es eine demokratische Regierung gestürzt habe, wir von Grung auf glücklich sind mit der Aktion der Arbeiter"* („Guardian", 20.7.78).

Vorerst bleibt die Entscheidung der Regierung abzuwarten. Jedoch dürfte feststehen, daß die Arbeiter die Verschiffung weiter blockieren und dabei auch auf die Solidarität ihrer Hafenkollegen rechnen dürfen.

England-Kommission

Skandinavien

»Terroristenaffäre« in Schweden: »Die geheimen Ausweisungsdokumente müssen freigegeben werden!«

Zwei der Ausländer, die unter Berufung auf die sog. Terroristenparagraphen des schwedischen Ausländergesetzes im April und Mai 1977 aus Schweden ausgewiesen wurden, die Griechin Anna Maroufidou und der Deutsche Manfred Adomeit, verlangen, daß die bisher geheimgehaltenen Dokumente, die ihrer Ausweisung zugrunde liegen, für die Öffentlichkeit freigegeben werden. Auch die schwedischen Angeklagten und Verurteilten im Terroristenprozeß verlangen die Veröffentlichung des geheimen Materials. Die Anträge wurden am 20. Juni der schwedischen Regierung überreicht.

Das „Modell Deutschland" wird geprobt!

Am 1. April 1977 waren von der schwedischen Sicherheitspolizei (Säpo) mindestens 40 Menschen in Schweden an verschiedenen Orten gleichzeitig verhaftet worden. Keiner erfuhr den Grund der Verhaftung. Ein Teil der Verhafteten wurde sofort in Gefängnisse gebracht, ohne daß sie die Möglichkeit hatten, sich mit Freunden oder Verwandten in Verbindung zu setzen. Laut Säpo und Regierung war hier eine internationale Terroristenorganisation verhaftet worden, die »Menschenraub und andere Gewaltaktionen« plante. Staatsminister Fälldin erklärte gleich nach den Verhaftungen: *»Es sind eine Anzahl Menschen verhaftet worden — also besteht kein Zweifel, daß sie Terroristen sind. Ihre Identifizierung steht noch aus.«* Und der damalige Minister für Immigration, Ola Ullsten, erklärte auf der Pressekonferenz: *»Der Einsatz der Polizei war außerordentlich geschickt. Durch ausdauernde und intensive Arbeit hat man die Inszenierung einer sehr gefährlichen Terroraktion in unserem Lande verhindert.«*

Anfang April 1977 wurden sieben Ausländer, darunter Manfred Adomeit und Norbert Kröcher, ausgewiesen. Die Ausweisung stützte sich auf das 1973 geschaffene Terroristengesetz, nach dem ausgewiesen werden kann, wenn jemand Mitglied einer Organisation ist, *»von der zu befürchten ist, ... daß sie außerhalb ihres Heimatlandes Gewalt, Drohung und Erpressung für politische Zwecke ausübt und dabei eine solche Handlung hierzulande begeht.«* Den Ausweisungen lagen einzig und allein Ausweisungsgesuche der Säpo zugrunde. Diese Dokumente waren und sind geheim. Zu dem wenigen, was dennoch bekannt wurde, gehört, daß ein Lateinamerikaner angeklagt wird, für die RAF gearbeitet zu haben und daß die JCR (Revolutionäre Koordinationsjunta) von der Polizei verdächtigt wird, *»Terroraktionen in Europa zu planen, u.a. um RAF-Mitglieder zu befreien.«*

Am 31. Januar 1978 wurden die Urteile im Terroristenprozeß gesprochen. Von den 16 Angeklagten wurden 14 schuldig gesprochen. Den Verteidigern waren zwei bis drei Wochen gegeben worden, um das umfangreiche Ermittlungsmaterial zu studieren (4.000 Seiten).

Die Beschuldigungen gegen die Angeklagten und das Gerichtsurteil gründeten sich auf die Annahme (!), daß die Angeklagten schuldig seien. Laut Gerichtsurteil muß als »erwiesen« angesehen werden, daß mehrere der Ausgewiesenen »Verbrechen« begehen wollten, ohne daß die Beschuldigten Gelegenheit hatten, sich zu verteidigen. Die Schweden wurden aufgrund dessen verurteilt, was die Ausländer vermutlich getan und geplant hatten.

Freigabe der Ausweisungsdokumente

Anna Maroufidou und Manfred Adomeit sowie die verurteilten Schweden haben jetzt die Freigabe der Ausweisungsdokumente verlangt. In dem Antrag von Adomeit heißt es: *»Ich fordere hiermit eindringlichst die uneingeschränkte und sofortige Öffentlichmachung des Anfang April 1977 von der schwedischen Regierung gegen mich verfaßten Deportationsbeschlusses, aufgrund dessen ich an die Sicherheitsbehörden der BRD ausgeliefert wurde. Mir selbst wurde der Inhalt des Beschlusses bis heute nicht eröffnet, weder von den schwedischen noch von den BRD-Sicherheitsbehörden. Als ich am 1. April 1977 in Stockholm verhaftet wurde, wurde ich von den Behörden beider Länder, Schweden und der BRD, nicht gesucht. Ich hielt mich nicht versteckt. Ich benutzte weder falsche Personalpapiere, noch war ich bewaffnet. Dennoch wurde ich zwei Tage später, am 3. April 1977, zusammen mit Norbert E. Kröcher in die BRD deportiert. Meiner Deportation lag ein Ansuchen der BRD-Behörden zugrunde, das nicht nur völlig absurde Anschuldigungen enthält, sondern auch durch das Fehlen jeglicher Beweise für die Anschuldigungen bezeichnend ist. Für die gesundheitlichen Folgeerscheinungen der Haft, der ich durch die durch nichts gerechtfertigte Deportation nunmehr seit 14 Monaten unterworfen bin, mache ich in jeder Konsequenz die schwedischen Behörden verantwortlich.«*

Skandinavienkommission

Island: Gewinne der Volksallianz bei den Wahlen!

Die Parlamentswahlen auf Island am 25. Juni haben große Verluste für die regierende »Mitte-Rechts«-Koalition gebracht. Deutliche Gewinne gab es für die Sozialdemokraen und die »Volksallianz«, die sich selbst als marxistische Arbeiterpartei bezeichnet. Die konservative Regierungskoalition hat jedoch immer noch eine knappe Mehrheit im Parlament: 32 von 60 Mandaten.

Die Erklärung für die großen Verluste der Regierungskoalition ist in der wirtschaftlichen Krise zu suchen, die auf die Werktätigen abgewälzt wird durch Steigerung der Inflationsrate und Lohnabbau. So griff die Regierung auch gegen die Arbeiter in die Tarifverhandlungen ein.

Ob es zu einer Erneuerung der bisherigen Koalition kommen wird, ist zweifelhaft: die »Fortschrittspartei« (Zentrum) war, bevor sie mit der »Selbständigkeitspartei« (Konservative) die Regierungskoalition bildete, die zweitstärkste Partei; jetzt ist sie die kleinste im Parlament. Das Interesse einer Neuauflage der Koalition von seiten der »Fortschrittspartei« ist daher gering.

Die Sozialdemokraten scheinen ebenfalls Angst zu haben, in einer Koalition mit der »Selbständigkeitspartei« Federn lassen zu müssen. Auf der anderen Seite ist aber auch eine Koalition zwischen Sozialdemokraten und Volksallianz ausgeschlossen wegen der tiefen politischen Differenzen: während die Sozialdemokraten mit Nachdruck für einen Verbleib Islands in der Nato eintreten, fordert die Volksallianz den Austritt aus der Nato.

Das Wahlergebnis:
»Selbständigkeitspartei« 32,7 % (10 % Verlust),
Volksallianz 22,9 % (4,4 % Gewinn)
Sozialdemokraten 22 % (13 % Gewinn)
»Fortschrittspartei« 16,9 % (8 % Verlust) (nach »Dagens Nyheter«, 27.6.).

Skandinavienkommission

Schweden: Kritik der Zentrumsjugend an der Regierungspolitik!

Bei dem diesjährigen Kongreß des Jugendbundes der Zentrumspartei (CUF) Ende Juni zeigten sich offene Widersprüche zur Politik des Parteibosses und Regierungschefs Fälldin. Die Kritik richtete sich vor allem gegen die Koalition mit der reaktionären Moderate Samlingpartiet und der damit begründeten Atom- und Wirtschaftspolitik.

Große Teile von CUF sind entschiedene AKW-Gegner und Fälldins bei jeder Inbetriebnahme von AKWs rührselig zur Schau gestellte »Gewissensqualen« haben ihre Ursache vor allem in der Befürchtung, der Jugendbund könnte eigene Wege gehen. Zur organisatorischen Spaltung kam es auch diesmal nicht.

Dennoch ist gegen den Widerstand des CUF-Vorsitzenden auf dem Kongreß beschlossen worden, die Regierungszusammenarbeit mit den »Moderaten« scharf zu verurteilen. Von mehreren Rednern wurde stattdessen eine Zusammenarbeit mit solchen Teilen der Sozialdemokratie befürwortet, die kritisch zur Atomenergie stehen.

Weiter beschloß der Kongreß, daß, falls die Koalitionspartner der Zentrumspartei (Moderata Samlingspartiet und Folkpartiet) beschließen sollten, das KBS-Projekt zur Atommülllagerung sei die Lösung der Gefahren durch AKWs, so haben die Voraussetzungen zur Regierungszusammenarbeit aufgehört zu existieren.

Auf dem Kongreß wurde auch der Vorschlag gemacht, CUF solle sich von der Zentrumspartei lösen und eine eigene Umweltpartei bilden, falls die Zusammenarbeit mit den Rechten in der Regierung nicht aufhört. Dieser Antrag fand diesmal noch keine Mehrheit (Angaben nach »Dagens Nyheter«).

Skandinavienkommission

Dänemark: Schon wieder ein Giftskandal!

Erst im vergangenen Herbst hatte ein Giftskandal die skandinavische Öffentlichkeit erregt. Es handelte sich damals um die dänische Chemiefabrik BT-Kemi in Teckomatorp in Südschweden, die Tonnen von giftigen Abfällen im Erdboden vergraben ließ. Schwere gesundheitliche Schäden waren die Folge dieses Gifts.

In den folgenden Monaten wurden an mehreren Orten Dänemarks Gift»funde« gemacht. Aufgrund der Verschleierungstaktik der Behörden wurden die wirklichen Folgen des Giftes niemals tatsächlich untersucht und der Versuch unternommen, den Mantel des Schweigens über diesen Skandal zu decken.

Jetzt zieht ein neuer Giftskandal Kreise: die Betonarbeiter in Kopenhagen stehen seit drei Wochen im Streik, sie verweigern die Arbeit mit dem Klebemittel Epoxy, das beim Bau einer Kläranlage angewandt werden soll. Sie traten in den Streik, nachdem in einem Bericht der »Pharmazeutischen Hochschule« nachgewiesen wurde, daß das Klebemittel krebsfördernd ist. Seit langem ist zumindest bekannt, daß Epoxy Allergien und Hautkrankheiten sowie Asthma hervorruft. Gegen vier Arbeiter wurde jetzt ein Arbeitsgerichtsverfahren eingeleitet, da ihr Streik illegal sei. Die Arbeiter hingegen beriefen sich auf den Tarifvertrag, nach dem ein Streik zulässig ist, wenn Gefahr für Gesundheit oder Leben besteht.

Putz im Rathaus!

In diesem Falle gelingt es den Behörden nicht so ohne weiteres, die Sache im Sande verlaufen zu lassen. Denn weil der Bauherr für die Kläranlage die Stadt Kopenhagen ist, fällt die Sache in den Zuständigkeitsbereich des Bürgermeisters für Bauwesen, Villo Sigurdsson, der Mitglied von »Venstre Socialisterne« ist. Der Bürgermeister hat den Streik der Bauarbeiter unterstützt und erklärt, daß selbstverständlich die Arbeiter nicht ihre Gesundheit aufs Spiel setzen dürfen.

Demgegenüber erklärt der Oberbürgermeister, der die Sache lieber totgeschwiegen hätte: Mit dieser Politik bricht Sigurdsson alle bisher üblichen Formen der Zusammenarbeit. Er versucht nur, seine Politik durchzusetzen und die Sache unkritisch zu beurteilen (Danmarks Radio, 30.6.).

VS hat jetzt alle aufgefordert, Arbeiten mit Epoxy zu verweigern.

Skandinavienkommission

USA

KURZMELDUNGEN

Am 17. Juli stehen die 150 Bergarbeiter der Justus-Zeche in Stearns, Kentucky, genau zwei Jahre im Streik gegen die Blue Diamond Coal Company für das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und Tarifrechte.

Im Verlauf der heftigen Auseinandersetzungen kam es zu blutigen Kämpfen. Ein Berarbeiter wurde von Zivilbullen erschossen. 100 Streikposten wurden festgenommen...

Am 1.6.78 teilte nun die Kohlengesellschaft mit, daß die 80 Streikbrecher, die inzwischen ihre „Arbeit" (nach Auskunft der Gesellschaft ist die Produktion „unbedeutend gewesen") begannen, *„eine Gewerkschaft bilden"*. Diese kapitalistische Schöpfung nennt sich „Justus Belegschafts-Verband".

Der Sekretär der United Mine Workers (UMW - US-Bergarbeitergewerkschaft) faßte die Situation so zusammen: *„Dies ist eine typische Blue Diamond Taktik - sie machten dasselbe 1966 in Scotia, nachdem wir bereits als Tarifpartner bestätigt waren"* (Workers World, 16.6.78)

Die Scotia-Grube wurde berüchtigt, als im März 1976 bei zwei Explosionen 26 Männer starben. 1966 hatten die Scotia-Arbeiter versucht, die UMW als Verhandlungspartner der Blue Diamond durchzusetzen, um die (besseren) Sicherheitsbestimmungen des Tarifs zu übernehmen.

Obwohl die vergangenen zwei Jahre für die Stearns-Bergarbeiter und ihre Familien außerordentlich schwierig waren, sind sie fest entschlossen, nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis die Unterschrift der Blue Diamond unter einem UMW-Tarifvertrag steht.

Unterstützung haben die Streikenden von überall aus den USA erhalten, und mehr als je zuvor brauchen sie Hilfe. Briefe und Spenden sollten geschickt werden an:

Stearns Miners Women' s Club
P.O. Box 488
Stearns, Ky. 42647 USA

Stearns, Ky. 42647 USA

***

Washington: Im Jahr 1971 war es an der Stanford University im US--Bundesstaat Kalifornien zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Studenten und der Polizei gekommen. Daraufhin durchsuchten die Polizisten die Büros der „Stanford California Daily" (Studentenzeitung), um - wie sie sagten - Fotos von Studenten zu finden, die an der Auseinandersetzung teilgenommen hatten. Und obwohl bereits alle Bilder veröffentlicht waren, wurden die Redaktionsräume der Zeitung bis hin zu den Papierkörben durchsucht.

Der Oberste Gerichtshof entschied nun, daß die damalige Durchsuchung korrekt war, und daß die Polizisten grundsätzlich Vollmachten erhalten können, mit denen sie solche „Überraschungsdurchsuchungen" ausführen können. Gegen dieses Urteil stellten sich Herausgeber und Redakteure zahlloser Zeitungen, und das „Reporters Committee for the Freedom of the Press" bezeichnete die Entscheidung als grobe Verfassungsverletzung. Jack Landau, der Vorsitzende dieses Journalistenverbandes, machte deutlich, daß die damalige Durchsuchung der „Stanford California Daily" kein isolierter Einzelfall war; im September 1977 gab es einen solchen Vorfall in Rhode Island, und noch im Mai dieses Jahres wurde das Büro der Nachrichtenagentur „Associated Press" in Montana durchsucht.

Viele linke und liberale Zeitungen haben darauf hingewiesen, daß die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, die Durchsuchungen von Redaktionsräumen zu legalisieren, eine ernsthafte Gefahr für sie darstellt. Eine Sprecherin sagte: *„Der Oberste Gerichtshof hat getan, was Spiro Agnew liebend gern getan hätte, als er noch Vizepräsident war - er hat die Arbeit der Presse zu einem gewissen Grad unmöglich gemacht. Die Entscheidung bedeutet, daß jeder Journalist, der für einen Artikel recherchiert, nicht garantieren kann, daß es ihm möglich sein wird, die Informationen vertraulich zu behandeln. Ich fürchte, daß das vor allem dann benutzt wird, wenn sogenannte Terroristen Informationen über die Presse verbreiten wollen. Die Entscheidung wird noch jeden treffen, der das Risiko auf sich nimmt, solche Sachen, und das was er geschrieben hat, auch zu veröffentlichen"* (Liberation News Service, LNS, Juni 1978).

Linke Zeitungen in der BRD wissen, daß diese Furcht leider sehr begründet ist. Auch in den USA wurde mit dieser Entscheidung unter dem Deckmäntelchen der „Inneren Sicherheit" eine weitere Kette zur Fesselung der Pressefreiheit geschmiedet.

Ein bayerischer AK-Leser

***

Am 7.4. kam es vor dem Nazi-Hauptquartier in Chicago zu einer militanten antifaschistischen Aktion. Dabei wurde die PLP-Genossin Susanna Findley *„verhaftet wegen schwerer Körperverletzung, Gebrauch einer tötlichen Waffe und Verschwörung."* (Challenge, 22.6.78).

Am 5.5. entschied der Richter auf Einstellung des Verfahrens wegen *„nicht ausreichendem Tatverdacht"*, nachdem der Nazi-Führer Frank Collins noch seine wilde und widersprüchliche Zeugenaussage machen konnte. - Doch der Staatsanwalt setzte sich über den Richterspruch hinweg und erreichte, daß von der übergeordneten Instanz Anklage erhoben wurde.

Die bürgerlichen Medien schweigen sich hierzu geflissentlich aus, während sie dem Nazi Collins nahezu unbegrenzt Zeitungsspalten und Sendezeit widmen. Dabei kommt es zu solchen Kuckuckseiern wie dem Bericht des zionistischen Kolumnisten Irv Kupcinet in der „Sun Times" unter der Rubrik „Gute Nachrichten und so": *„Collins wird auch von anderen Mitgliedern der (Nazi)Partei angegriffen wegen seines Einsatzes für den Skokie-Marsch. Diese Gruppe betont, daß das wirkliche Ziel der Partei sei, nicht diese gottverdammten Juden in Skokie, sondern die Nigger - das sind diejenigen, die wir abknallen sollten"*.

***

Am 10.5. wurde Eugene Stokes, ein

Am 10.5. wurde Eugene Stokes, ein 40-jähriger Farbiger, in Süd-Boston von 40 Rassisten überfallen. Er wurde mit Steinen beworfen, mit einer Schaufel ins Gesicht geschlagen, bis zur Erschöpfung verfolgt und mit Steinen und Knüppeln bewußtlos geschlagen. Er wurde mit mehreren komplizierten Knochenbrüchen (allein drei Kiefernbrüche) ins Krankenhaus eingeliefert.

Es folgte ein Schmierentheater, das die Zusammenarbeit der Polizei mit der rassistischen Süd-Bostoner Organisation ROAR aufzeigt (die 1974/75 durch Überfälle auf schwarze Schulkinder während eines Integrationsprogramms berüchtigt wurde). Stokes wurde noch im Krankenhaus verhaftet wegen Vergewaltigung, Überfall und Schlägerei. Der ROAR-Chef James Kelly rief einen schwarzen Fernsehsender an und berichtete ihnen von Stokes Festnahme - drei Tage bevor dies tatsächlich geschah!

Über Stokes Identifizierung im Falle Vergewaltigung herrscht völlige Unklarheit. Die Vergewaltigung passierte am 23.3., aber Stokes wurde erst am 15.5. verhaftet, obwohl seine Anschrift und die seines Anwalts aktenkundig waren. Stokes machte keinen Versuch, im Krankenhaus seine Identität zu verbergen. Schließlich wurde er von der vergewaltigten Frau aus der Polizei-Fotokartei heraus „erkannt", nachdem sie zuvor angegeben hatte, der Mann hätte 90 Kilo oder mehr gewogen - und Stokes wiegt 63 Kilo...

Stokes wurde direkt vom Krankenhaus ins Charles Street Gefängnis überführt, nur drei Stunden nach einer Operation, und als Kaution wurden 50.000 Dollar festgelegt-absolut unaufbringbar. Allerdings wurde er nach der Anklageverlesung am 25.5. bis zur Prozeßeröffnung freigelassen.

Inzwischen wurde auch der 20jährige Timothy J. Martin angeklagt, der Stokes mit der Schaufel geschlagen hatte. Er wurde gegen 3.000 Dollar Kaution freigelassen.

Stokes erklärte sämtliche gegen ihn erhobenen Vorwürfe als Schwindel, die ihn in den Knast und weg von der Öffentlichkeit bringen sollen. Denn er hat bereits in zahlreichen Beiträgen auf seinen Fall aufmerksam gemacht. - Dies ist kein Einzelfall. Erst im März war ein Farbiger, Vincent Alexander, in Bostons North End erschossen worden. Erst auf den öffentlichen Druck einer Bürgerrechtsorganisation wurde Anklage erhoben, aber der Mörder sofort gegen geringe Kaution auf freien Fuß gesetzt (nach „Workers World", 2.6.78).

Death to the Nazis!

Chicago. Am 24. Juni wollte die National Socialist Party of America einen „Protestmarsch" durch den überwiegend von Juden bewohnten Vorort Skokie durchführen. Nach erfolglosen Versuchen der Kommunalbehörden, dies zu verhindern, hatten die Nazis grünes Licht. Doch sie bliesen den Marsch ab und führten „nur" eine symbolische Kundgebung vor dem Bundesverwaltungsgebäude in Chicago durch. - Damit haben die Nazis ihr angestrebtes Ziel, die ihnen „verfassungsmäßig garantierte" Redefreiheit, gewonnen.

Vorausgegangen waren langwierige juristische Auseinandersetzungen, in denen die Kommunalbehörden von Skokie und zahlreiche engagierte Einwohner auf der einen Seite und die Nazis mit der Bürgerrechtsorganisation ACLU (American Civil Liberties Union) auf der anderen Seite standen. Immerhin leben in Skokie mehr als 4.000 Überlebende der KZ-Todeslager. Doch alle Versuche, ein Verbot zu erwirken, scheiterten. Weder die Gefahr gewalttätiger Auseinandersetzungen in Skokie noch die Forderung nach Hinterlegung einer Versicherungssumme ließ die Gerichte gegen die Nazis aktiv werden. Im Gegenteil:

- Im Januar 78 entschied ein Bundesgericht zugunsten der Nazis ohne jegliche Auflagen.
- Eine Revision vor dem Obersten Gerichtshof der USA wurde im Juni abgelehnt und an die Gerichte des Bundesstaats Illinois zurückgewiesen.
- Hier entschied der Berufungsrichter Leighton Mitte Juni, daß der Nazi-Marsch auch nicht durch die Hinterlegung einer (durchaus üblichen) Garantiesumme behindert werden dürfe.

Dabei wurden die Nazis juristisch von der Bürgerrechtsorganisation ACLU vertreten, die sich zuvor als Verteidiger von Kommunisten und Vietnamkriegsgegnern betätigt hatte. Sie begründete dies mit der Wahrung des Rechts auf Redefreiheit für jedermann, also auch für die Nazis. Allerdings konnten sie damit tausende ihrer Mitglieder nicht überzeugen, die mit Massenaustritten dieser Politik die Quittung gaben.

Der Freibrief für die Nazis ist umso skandalöser als die überwiegend schwarzen Einwohner des Viertels Marquette Park, in dem die Nazis ihr Ladenbüro haben, wiederholt Verbote ihrer Protestmärsche gegen die Nazis hinnehmen mußten und selbst genehmigte Kundgebungen mit hohen Kautionshinterlegungen erkaufen mußten.

Den Verzicht auf den Skokie-Marsch gab Collins auf einer Pressekonferenz am 22.6.78 mit der Begründung bekannt, daß der Marsch „reine Agitation" mit dem Ziel gewesen sei, *„das System zu zwingen, unser Recht auf freie Rede wieder einzusetzen"* (Süddeutsche Zeitung, 24./25.6.78). Die Pressekonferenz wurde von 50 Streifenwagen mit 100 Bullen „gesichert", denn Angehörige der „Jüdischen Verteidigungsliga" demonstrierten vor dem Büro. Die zionistische Liga hatte für den 24.6. eine Gegendemonstration von 50.000 Menschen angekündigt (Workers World, 23.6.78).

Dafür kam es am Samstag doch noch zu der auch in der BRD wohlbekannten Situation: 15 Nazis - hunderte Bullen schirmten sie ab - einige Tausend Antifaschisten draußen. Die Antifaschisten hatten sich bereits zwei Stunden vorher versammelt und versorgten die Nazis reichlich mit Speisen in verschiedenster Form und Baumaterial, nur mußte die Überwindung des Bullengürtels auf dem Luftwege geschehen. Trotz großer Auffangtabletts soll Collins für die nächste Zeit genug von Eiern haben. -Weniger umsorgt wurden die Antifaschisten. Es gab zahlreiche Opfer des Bullen„schutzes" und vierzehn Verhaftungen (siehe Kasten).

Als Collins mit seiner Minitruppe aus dem Behördenbau auftauchte, riefen die Antifaschisten „Death, Death, Death to the Nazis!" (Tod den Faschisten!). Collins schrie durchs Megaphon zurück *„Ihr werdet als Kunstdünger enden. Ihr werdet noch einmal die Farmen meiner Leute düngen!"* Aber er wurde total niedergeschrien. (International Herald Tribune, 26.6.78).

Ähnlich war es den Nazis bereits im März in St. Louis ergangen, wo sie auf einem offenen LKW durch die Straßen fuhren und dabei von über 3.000 Antifaschisten reichlich mit Schneebällen, Eiern und Steinen beworfen wurden.

Und die nächste Aktion steht schon auf dem Kalender: am 9.Juli wollen die Nazis durch Marquette Park marschieren. Sie wollen dieses Viertel „weiß machen". Schon jetzt können sich Schwarze kaum über die Straße wagen, ohne angepöbelt oder überfallen zu werden. - Die anhaltende Arbeitslosigkeit und Inflation in den USA fördert in der mehr und mehr einbezogenen weißen Unterschicht die Bereitschaft zu rassistischen oder faschistischen Ideologien. Von daher ist die in den letzten Monaten unglaublich starke „Publicity" der Nazis eine tatsächliche Gefahr, die völlig unabhängig von der zahlenmäßigen Stärke der Nazis erwächst. Daß hier der Gouverneur des Bundesstaates New York eine Hilfe sein könnte, bleibt zweifelhaft, auch wenn er vor mehr als 700 Demonstranten in Manhattan „Wir müssen den Anfängen wehren!" ausrief (Süddeutsche Zeitung, 29.6.78). Ihm geht es wohl hauptsächlich darum, im Herbst wiedergewählt zu werden.

USA-Kommission

Antifaschisten rücken an

Das Nazi-Büro war ständig Ziel antifaschistischer Aktivitäten. So kam es mehrfach zu Kundgebungen, Besetzungen und (mißglückten) Bombenanschlägen. Daraufhin hat der Nazi-Führer Frank Collins seinen „Sturmtruppen" den Befehl erteilt, „Verdächtige" vor und in der Geschäftsstelle *„sofort zu erschießen"* (Bergedorfer Zeitung, 24./25.6.78).



Die Nazi-Provokateure von Frank Collins in Chicago. Die Polizei schützt ihren Auftritt. Eier und sonstige Wurfgeschosse von Seiten protestierender Antifaschisten versuchen die Nazis durch Schilder abzufangen.

AKW Seabrook: Erst Superprotest — dann Baustopp!



Seabrook-Aktion am 24.6.78

Am 24.6. begann ein Höhepunkt in der US-amerikanischen Anti-AKW-Bewegung mit der vierten Besetzungsaktion auf dem Bauplatz des AKW Seabrook im US-Bundesstaat New Hampshire. Im Laufe der dreitägigen Aktion stieg die Teilnehmerzahl von 4.000 auf 20.000. Doch das Gelbe vom Ei kam dann am 30.6., als die Bundesaufsichtsbehörde einen (vorläufigen) Baustop für das zu 10 Prozent fertiggestellte AKW verfügte. Diese Entscheidung, die wesentlich aufgrund des umstrittenen Kühlsystems erfolgte, wird weitreichende Folgen haben.

Der Protest wächst....

Nach den vorausgegangenen drei Besetzungsversuchen der Clamshell Alliance, einem Verband von 50 örtlichen Umweltschutz-Bürgerinitiativen, kam ein neuer Höhepunkt. Am 1.8.76 kamen 18 auf den Bauplatz, am 31.8.76 waren es 180, die dort festgenommen wurden, und am 30.4.77 versammelten sich mehr als 1800, von denen 1.414 auf dem Bauplatz festgenommen wurden. Diese letzte Aktion löste in den ganzen USA und weit darüber hinaus eine Welle der Empörung aus. So kam es in den letzten Monaten zu zahlreichen Demonstrationen, die insbesondere nach der Verbindung mit den Atombomben- und Kriegsgegnern beachtliche Ausmaße gewannen.

Die Besetzungsaktion am 24.6. war seit November von den Mitgliedern der Clamshell Alliance zielbewußt und phantasievoll vorbereitet worden, allerdings wieder als rein passive, gewaltfreie Aktion. Es fanden Trainingsgruppen, Agitations-Hausbesuche und Spezialistenvorlesungen statt. Es wurde um weltweite Solidarität geworben (s.AK 130, S.12).

Am Morgen des 24.6. kamen die ersten Demonstranten auf das Baugelände, eine sieben Hektar große ehemalige Gemeindemülldeponie. Im Nu war eine Zeltstadt mit einer großen Bühne aufgebaut, Brot wurde in einem Solar-Ofen gebacken und Büchertische mit T-Shirts eröffnet. Von den bisher fertiggestellten Bauteilen des AKW waren die Demonstranten durch einen Stacheldrahtzaun und 250 Bullen getrennt. Auf der Bühne traten die Sänger Pete Seeger und Arlo Guthrie, die Rockmusiker Jackson Browne und John Hall auf. Ansprachen wurden gehalten; so von dem national bekannten 75jährigen Kinderarzt Dr. Benjamin Spock, der sagte:*"Das hier ist wichtiger als gegen Masern zu impfen"* (Journal-Bulletin, Providence, 25.6.78).

... absolut gewaltfrei

Der wohl bedeutendste Unterschied zur europäischen und besonders zur westdeutschen Anti-AKW-Bewegung liegt in der absoluten Gewaltfreiheit der Aktivitäten in den USA. Dies rührt im wesentlichen aus den historischen Erfahrungen des Widerstands in den USA, wie sie in der Bürgerrechtsbewegung vorkamen; hinzu kommt die mangelnde Beteiligung der US-Linken an Anti-AKW Aktivitäten. Erst nach der Seabrook Aktion vom 30.4.77 entdeckten die linken und liberalen Blätter dieses Problem und nach der Einbeziehung der Atombomben - und Kriegsgegner kommt es auch zu ersten praktischen Beteiligungen.

Diese Vorzeichen der Besetzung fanden ihren Ausdruck in der kompletten "Einigung" zwischen Polizei und Demonstranten. So war der oberste Ankläger des Bundesstaates New Hampshire, Tom Rath, persönlich auf dem Bauplatz. Doch es gab erregte Debatten unter den Demonstranten über die Einhaltung des Abkommens. Danach sollte es zu keinen Massenverhaftungen kommen, wenn die Demonstranten auf dem vorgesehenen Flecken bleiben und vor Montag nachmittag 3.00 Uhr abziehen.- Viele, die gegen dieses Abkommen protestierten, erklärten, daß sie nicht ganz von Kalifornien oder so hergereist wären, nur um*"mit der Sonne Brot zu backen und Rockmusik zu hören"* (IHT,26.6.78). Nichtsdestotrotz ist schon allein die Teilnehmerzahl als Verdienst und Erfolg der Organisatoren zu werten. So berichtet die „Süddeutsche Zeitung" am 27.6. von 12.000 und die International Herald Tribune am 3.7. gar von 20.000 Demonstranten!

Das AKW wächst nicht mehr...

Kurz nach der machtvollen Demonstration wurde ein Baustop gegen das AKW Seabrook verhängt. Vor dem Gebäude der Atomaufsichtsbehörde in Washington hatten 2oo AKW-Gegner eine 56stündige Wache gehalten, bis das Gremium am Freitag (30.6.) seine Entscheidung bekanntgab.

Bei der Planung und Prüfung des Kühlsystems, das täglich 450 Millionen cbm Seewasser ansaugen und aufgeheizt wieder direkt in die Küstengewässer zurückfließen lassen soll, soll die Umweltschutzbehörde Fehler gemacht haben. Desgleichen sollen einige Alternativprojekte für das AKW Seabrook und Ersatzstandorte gefunden werden, die zuvor beiseite geschober. worden waren.

Von den AKW-Gegnern wurde das Urteil trotz der Aussicht auf weitere Auseinandersetzungen als großer Sieg, als "historischer Durchbruch für die gesamte AKW-Bewegung" (Süddeutsche Zeitung, 4.7.78), als "der Anfang vom Ende der Atomkraft in Amerika" begrüßt.*"Die Folgen dieser Entscheidung gehen weit über die Frage von Kühlsystemen und Bauplätzen hinaus"*, sagte Chuck Matthei von der Clamshell Alliance, *"die Bedeutung liegt in der Art, in welcher sie erreicht wurde- inmitten eines gewaltigen Anwachsens der öffentlichen Opposition"* (IHT, 3.7.78). Ganz anders reagierte der Gouverneur von New Hampshire, Meldrim Thomson, der sofort eine Schadensersatzklage gegen die Bundesregierung über mehrere Millionen Dollar für deren *„eselige Entscheidung"* (United Press International 1.7.78) anmeldete, weil das Volk durch den Baustop *" Schaden erleidet"*.

USA-Kommission

AKW — der schleichende Mörder

Nach jahrelangen Protesten von Bürgerinitiativen und Studien von engagierten Medizinern, die fortlaufend auf die gesundheitsgefährdenden Ausstrahlungen in der Umgebung von Atomanlagen hingewiesen haben, hat nun auch die US-Bundesregierung erste Reaktionen gezeigt.

In zahlreichen Statistiken und Studien hatten Wissenschaftler schon früh nachgewiesen, daß zwischen Atomanlagen und erhöhter Krebs-, insbesondere Leukämieerkrankung ein direkter Zusammenhang besteht (siehe Holger Strohm, Friedlich in die Katastrophe, S. 110-151). Dieser Tatsache mußte nun auch die US-Bundesregierung Rechnung tragen. Sie erklärte 50 Orte, in denen Atomanlagen arbeiten, zum Gesundheitsrisiko (Hamburger Morgenpost, 7.7. 78).

Die Regierungsstatistiken geben selbst den Beweis dafür, daß in diesen Orten Leukämie- und andere Krebserkrankungen überdurchschnittlich oft vorkommen.

Protest gegen Atommüllager

Die wachsende Gefährdung durch die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) der Nuclear Fuel Services (NFS, ein Getty-Oil-Ableger) in West Valley, Bundesstaat New York, veranlaßte die AKW-Gegner am 24.6. eine Demonstration zur WAA durchzuführen.

Berichte hatten in letzter Zeit bereits auf die radioaktive Verseuchung des Grundwassers durch Lecks bei der Atommüllagerung hingewiesen. Am 28.4. enthüllte die zuständige Landesaufsichtsbehörde - ganz nach bekanntem Muster - die Leckstellen:*„Es ist möglich, daß Wasser sich in den Gräben ansammelt, dabei radioaktive Stoffe aufnimmt und abfließt"* (Workers World, 2.6.78).

Zwei WAA-Arbeiter sind an der Hodgkinschen Krankheit (Lymphknoten-Geschwür) erkrankt. Und nicht nur die fünfzig NFS-Arbeiter, sondern die gesamte Bevölkerung im weiten Umkreis, die ihr Trinkwasser aus dem Erie- und Ontario-See bezieht, sind durch die radioaktiven Lecks erheblich gefährdet. Denn während der Abbau des Atommülls auf harmlose Stufen hunderttausende von Jahren braucht, halten die Hartstahltanks nur 30 Jahre.

Bereits am 18.3. hatten über 500 Leute in der West Valley Central School an einer Veranstaltung teilgenommen, auf der die Stillegung und Entseuchung der WAA gefordert wurde und gegen die Errichtung eines zentralen nationalen Atommüllagers im Westen des Bundesstaats New York protestiert wurde.

Giftgas in US-Knast

Durch den uneingeschränkten Gebrauch verschiedener Giftgase in den US-Gefängnissen ist es schon mehrfach zu Todesfällen gekommen, wie die Internationale Juristenkommission in Genf jetzt in ihrem neuesten Journal berichtet. Es handelt sich dabei um Chloracetophenon - wie es in Tränengas, Chemical Mace und CN-Gas verwendet wird - und Orthochlorobenzal Malononitril, besser bekannt als Reiz- oder CS-Gas.

Nach den Berichten der Kommission wird Gas gegen Gefangene eingesetzt, die ihre Zellen nicht verlassen wollen oder sonstwie „gegen die Ordnung verstoßen", nicht nur bei Aufständen oder gegen bewaffnete Gefangene. Ausdrücklich weist die Kommission darauf hin, daß diese Gase ausgesprochen giftige Stoffe enthalten, die schwerste Folgen hervorrufen. Sie fordert daher die Weltöffentlichkeit auf, zu protestieren *„gegen diese Verletzung international anerkannter Schutzbestimmungen für Gefangene"* („International Herald Tribune", 6.7.78).



A. Neto: Angola will Frieden mit Zaire



Im folgenden drucken wir eine Rede des angolanischen Präsidenten Agostinho Neto ab, in der er zum Überfall der Nato in Shaba Stellung nimmt und in der er die angebliche Intervention Kubas und der Sowjetunion in Zaire zurückweist. Neto betont — trotz aller Sympathien für die Rebellen — wie sie stärker noch aus Angolas Presse hervorgeht, daß Angola heute keine militärische Unterstützung des zairischen Befreiungskampfes betreibt. Hierfür hat die Volksrepublik gewichtige Gründe. Zum einen unterstützt Angola umfangreich die SWAPO (Namibia) und hat daher eine gefährliche Grenze zu Südafrika. Zum anderen ist Angola immer noch mit der FNLA, UNITA und der FLEC im Innern konfrontiert, die ohne die direkte militärische Unterstützung von Mobutu und Vorster schon längst keine Rolle mehr spielen würden. Eine militärische Unterstützung der FNLC würde mit Sicherheit zu einer Eskalation an der „Dritten Front" führen, was Angolas Kräfte übersteigt.

Von daher versucht Angola mit Zaire friedliche Beziehungen aufzubauen, bzw. sich darauf zu beschränken, Angriffe Zaires und der von Zaire ausgerüsteten und von dort operierenden FNLA und FLEC zurückzuschlagen.

Zusätzlich brisant wäre für die VR Angola eine militärische Unterstützung der FNLC auch dadurch, daß sie sich damit offen gegen ihre militärischen Bündnispartner stellen würden. Schließlich hat Castro (und damit auch die SU) sehr deutlich gemacht, daß sie eine Unterstützung der FNLC strikt ablehnen. Daß die Gefahr einer erneuten imperialistischen Aggression gegen Angola heute eine reale Gefahr darstellt, zeigt die Erklärung Mobutus, in der er Angola wissen ließ, *„daß Zaire Vergeltungsmaßnahmen erwäge, dadurch, daß er den angolanischen Aufständischen der Nationalen Front für die Befreiung Angolas* (gemeint: die faschistischen FNLA-Banden — Anm. AK) *erneut militärische Unterstützung gewähren werde".* Eine Versöhnung zwischen Angola und Zaire schloß Mobutu aus. (Radio Brüssel nach „Monitor-Dienst", 12.6.).

Die Rede Netos an die Nation vom 9. Juni im Wortlaut:

„Landsleute und Genossen:
Die Rebellion in der zairischen Provinz Shaba fand kurz nach der Verurteilung des barbarischen südafrikanischen Angriffs auf einige Gebiete Angolas durch den UN-Sicherheitsrat statt. Angesichts dieser Ereignisse vergaßen Afrika und die Welt für einige Zeit die Befreiungskämpfe auf dem Kontinent und die Existenz des rassistischen und faschistischen Südafrika.

Der südafrikanische Angriff hat weder ein einziges westliches Land dazu bewegt, Angola militärisch zu unterstützen, noch die afrikanischen Staaten, die eine Militärtruppe für die Verteidigung des zairischen Regimes geschaffen und so den Weg für die Spaltung der OAU und Afrika geebnet und die Demonstration der Solidarität mit den kämpfenden Völkern verhindert haben.

Die Intervention all dieser Länder in die internen Angelegenheiten Zaires ist eine Herausforderung für ganz Afrika, das für seine völlige Befreiung und den totalen Fortschritt der Einheit bedarf. Die Tatsache, daß es zairische Bürger gibt, die seit vielen Jahren in der Volksrepublik Angola leben und für Tschombe gekämpft haben, führte zu einem sofortigen kombinierten Angriff gegen unser Land. Die anhaltenden Angriffe gegen Angola gehen in der Tat bis in jene Tage vor der Unabhängigkeit zurück, als zairische Berufssoldaten und europäische Söldner nach Angola eindrangen, um die Angolanische Nationale Befreiungsfront (FNLA) bei der Machtergreifung zu unterstützen. Sie gehen auch bis in jene Tage zurück, da reguläre südafrikanische Truppen nach Angola eindrangen in dem Versuch, die Nationale Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas (UNITA) an die Macht zu bringen.

Diese aggressiven und reaktionären Kräfte wurden mit Hilfe unserer Freunde und Vebündeten in der Sowjetunion, Kuba und in anderen Ländern vom angolanischen Volk zurückgedrängt. Dennoch dringen weiterhin bewaffnete konterrevolutionäre Angolaner und Söldner über die Grenzen im Norden und Süden hinweg in das Land ein, um zu versuchen, Angola seiner Stabilität zu berauben. Aus Zaire dringen weiter Elemente der Front für die Befreiung der Enklave Cabinda [FLEC], der FNLA und der UNITA ein, um unsere Bürger zu ermorden und Brücken, Straßen und Häuser entlang der nördlichen und südlichen Grenzen zu zerstören. Aufgrund dessen wurde zu einem zweiten Shaba-Krieg aufgerufen, zu dem die Volksrepublik Angola in keiner Weise beigetragen hat. Dennoch ist sehr wohl bekannt, daß es in unserem Land zairische Flüchtlinge gibt, was uns zu einer defensiven Haltung gegenüber falschen Beschuldigungen, die gegen unser Land erhoben wurden, veranlaßte.

Der angolanische Staat hat niemals eine Armee ausgebildet oder ausgerüstet. Er hat niemals irgendein Unternehmen gegen Zaire organisiert. Unsere sowjetischen und kubanischen Alliierten haben in keiner Weise auf angolanischem Gebiet interveniert, um in Zaire eine Rebellion zu entfachen. Trotzdem wurden Maßnahmen ergriffen, um den Wunsch zu bekunden, der uns stets ermutigt hat, und zwar die Aufrechterhaltung normaler Beziehungen der Freundschaft zu unseren Nachbarn. Daher wurden belgischen, französischen und anderen Staatsbürgern, die sich möglicherweise entschlossen hätten auf ihrem Heimweg durch Angola zu reisen, formelle Schutzgarantien gegeben. Kein Europäer aus Shaba hat jedoch die angolanische Grenze überquert.

Es wurden auch andere Maßnahmen ergriffen. Wir haben in Krankenpflegezentren über 100 verwundete Zairer aufgenommen, die um medizinische Hilfe ersuchten. Darüber hinaus wurde lange vor der zairischen Rebellion beschlossen, von unseren Gebieten an der Grenze zu Shaba ca. 250000 Flüchtlinge in die Provinzen Lunda und Moxico zu bringen. Die Verwundeten und alle, die aus Zaire kommen, werden in Flüchtlingslagern weit von der Grenze entfernt gebracht, sofern sie weiterhin in unserem Land leben wollen. Diejenigen, die mit Waffen aus Zaire kommen, werden systematisch entwaffnet und in die Flüchtlingslager gebracht. Dennoch garantiert die Volksrepublik Angola das Asylrecht.

Auf diese Weise hoffen wir, die Besorgnis der zairischen Regierung, was Angriffe aus Angola angeht, zu zerstreuen, und ich möchte diese Gelegenheit ergreifen, um an Zaire zu appellieren, auch die Banditen der FNLA und der UNITA von unseren Grenzen abzuziehen, die ständige Angriffe gegen unser Land, und zwar mit dem Wissen der Behörden der Nachbarländer, unternehmen. Die Volksrepublik Angola mischt sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ein, ob deren Regime nun heilig sind oder nicht (Anspielung darauf, daß Mobutu sich von seiner Staatskirche »heilig sprechen« ließ - Anm. AK). *So beweist sie ihren Wunsch nach Beziehungen der Freundschaft und der Zusammenarbeit, insbesondere mit ihren Nachbarn. Und gute Beziehungen zwischen Angola und Zaire sind für den Frieden und die Entwicklung dieses Teils von Afrika notwendig.*

Landsleute und Genossen, wir können der Konzentration militärischer Kräfte an unseren Grenzen nicht gleichgültig zusehen. Wir werden jedoch das Prinzip der weiteren Befolgung des Kurses, der am besten für uns ist, und der Wahl unserer eigenen Freunde befolgen. Wenn ein neuer Angiff unternommen wird, wird unser Volk wissen, wie es darauf reagieren muß. Wenn er nicht eintritt, dann werden wir weiter das Ziel einer friedlichen Zusammenarbeit verfolgen. Der Kampf geht weiter! Der Sieg ist uns gewiß !«

(Radio Luanda 10.6.78 nach MD, 13.6.).

Massendeportation von Eritreern aus Khartoum!

Ausgerechnet am 20.6., der hier als »Tag des Flüchtlings« begangen wird, begann die sudanesische Regierung ohne jegliche Vorwarnung mit der massenhaften Verschleppung von Eritreern aus der Hauptstadt Khartoum. Öffentliche Plätze wie z.B. Märkte wurden von der Polizei eingekreist, alle Eritreer herausgegriffen und unter Mißhandlungen auf LKWs getrieben.

Mit diesen Deportationen verfolgt das sudanesische Regime zum Teil innenpolitische, zum Teil außenpolitische Ziele.

Große Teile der sudanesischen Bevölkerung leben unter erbärmlichen Bedingungen, diese Situation verschärft sich. Vor allem durch die reaktionären »Moslembruderschaften« wurde auf diesem Hintergrund

ohne die direkte militärische Unterstützung von Mobutu und Vorster schon längst keine Rolle mehr spielen würden. Eine militärische Unterstützung der FNLC würde mit Sicherheit zu einer Eskalation an der „Dritten Front" führen, was Angolas Kräfte übersteigt.

Von daher versucht Angola mit Zaire friedliche Beziehungen aufzubauen, bzw. sich darauf zu beschränken, Angriffe Zaires und der von Zaire ausgerüsteten und von dort operierenden FNLA und FLEC zurückzuschlagen.

Zusätzlich brisant wäre für die VR Angola eine militärische Unterstüt-

Brüssel nach „Monitor-Dienst", 12.6.).

Die Rede Netos an die Nation vom 9. Juni im Wortlaut:

„Landsleute und Genossen:
Die Rebellion in der zairischen Provinz Shaba fand kurz nach der Verurteilung des barbarischen südafrikanischen Angriffs auf einige Gebiete Angolas durch den UN-Sicherheitsrat statt. Angesichts dieser Ereignisse vergaßen Afrika und die Welt für einige Zeit die Befreiungskämpfe auf dem Kontinent und die Existenz des rassistischen und faschistischen Südafrika.

laner und Söldner über die Grenzen im Norden und Süden hinweg in das Land ein, um zu versuchen, Angola seiner Stabilität zu berauben. Aus Zaire dringen weiter Elemente der Front für die Befreiung der Enklave Cabinda [FLEC], der FNLA und der UNITA ein, um unsere Bürger zu ermorden und Brücken, Straßen und Häuser entlang der nördlichen und südlichen Grenzen zu zerstören. Aufgrund dessen wurde zu einem zweiten Shaba-Krieg aufgerufen, zu dem die Volksrepublik Angola in keiner Weise beigetragen hat. Dennoch ist sehr wohl bekannt, daß es in unserem Land zairische Flüchtlinge gibt, was

»Gesellschaft für bedrohte Völker« unterstützt „Appell für Eritrea"

Im AK 130 veröffentlichten wir einen Appell für Eritrea, der von der italienischen revolutionären Linken ausging und von zahlreichen italienischen Persönlichkeiten, sowie den bekanntesten linken Zeitungen unterstützt wird. Der Aufruf wendete sich gegen die erneute militärische Agression seitens der äthiopischen Armee, sowie der Internationalisierung des Konflikts durch ein direktes militärisches Eingreifen Seitens der Sowjetunion, Cubas und der DDR.

Mit Schreiben vom 5.6. teilte uns die »Gesellschaft für bedrohte Völker« mit, daß sie den Appell für Eritrea unterstützt, auch wenn sie die Behauptung eines *»direkten militärischen Eingreifens Cubas, der Sowjetunion, der DDR und der Demokratischen Volksrepublik Jemen für problematisch halten.«* Noch wesentlicher ist die Zusage der »Gesellschaft« auch durch eine materielle Solidarität den Befreiungskampf des eritreischen Volkes zu unterstützen. Sie wird sich an der im ARBEITERKAMPF veröffentlichten Aktion für das Schulprojekt *»im Rahmen ihrer »Vierte-Welt-Aktuell« Kampagne beteiligen«,* und hierfür auf einem eigenen Konto sammeln. Auch die »Liga gegen den Imperialismus« in München wird das Schulprojekt unterstützen, wenn Schwierigkeiten mit dem bayrischen Innenministerium wegen der Sammlungsgenehmigung ausgeräumt sind.

Afrika-Kommission



Massendeportation von Eritreern aus Khartoum!

Ausgerechnet am 20.6., der hier als »Tag des Flüchtlings« begangen wird, begann die sudanesische Regierung ohne jegliche Vorwarnung mit der massenhaften Verschleppung von Eritreern aus der Hauptstadt Khartoum. Öffentliche Plätze wie z.B. Märkte wurden von der Polizei eingekreist, alle Eritreer herausgegriffen und unter Mißhandlungen auf LKWs getrieben.

Mit diesen Deportationen verfolgt das sudanesische Regime zum Teil innenpolitische, zum Teil außenpolitische Ziele.

Große Teile der sudanesischen Bevölkerung leben unter erbärmlichen Bedingungen, diese Situation verschärft sich. Vor allem durch die reaktionären »Moslembruderschaften« wurde auf diesem Hintergrund

Eritreische Wohnviertel werden gefilzt. Junge und alte Menschen, Männer, Frauen und Kinder, auch Kranke - alle sind betroffen. Mütter wurden beim Einkaufen verschleppt, obwohl ihre Kinder dadurch allein zuhause zurückblieben. Den Menschen wird alles abgenommen, was sie bei sich tragen. Hunderte sind bereis verschwunden in den 4 Tagen, seitdem diese Aktion läuft. Sie werden in »Lagern« im Nordosten des Sudan zusammengepfercht. Dort ist allerdings nichts vorbereitet außer den Lagerzäunen: Die Gefangenen liegen auf der nackten Erde, ohne Essen und ohne Unterkunft.

Offiziell werden diese Maßnahmen von der sudanesischen Regierung damit begründet, daß die Anwesenheit von Eritreern eine Gefahr für die im Juli geplante OAU-Konferenz, vor allem aber für die äthiopische Delegation unter Führung Mingistus sein würde. Nach der Konferenz, also in 4—6 Wochen, sollen die Verschleppten angeblich zurückgebracht werden. Allerdings sind von eritreischer Seite keinerlei Drohungen gegen diese Konferenz bekannt und überdies ist es der blanke Zynismus, die Verschleppung von Alten, Kindern und Frauen und von Kranken als »Sicherheitsmaßnahme« zu deklarieren!

Nach offizieller Verlautbarung der Regierung sollen insgesamt 10000 (zehntausend!) Eritreer in dieser Aktion aus Khartoum vertrieben werden, laut BBC vom 23.6. soll dies jedoch wahrscheinlich 20000 Menschen betreffen. Eine große Anzahl Eritreer werden dadurch ihre Existenzgrundlage verlieren. Viele haben schon 10-15 Jahre in Khartoum gelebt, zum Teil unter sehr elenden Bedingungen. Es wird viele das Leben kosten.

eine breite Hetze gegen die eritreischen Flüchtlinge betrieben, in der sie zum Sündenbock für das Elend gemacht wurden und als Parasiten diffamiert. Abgesehen vom faschistoiden Charakter dieser Hetze ist sie auch sachlich einfach falsch: Die eritreischen Flüchtlinge erhalten keinerlei staatliche Unterstützung. Viele arbeiten, vor allem als Facharbeiter in technischen Berufen, und diejenigen ohne eigenes Einkommen werden von Familienangehörigen so gut es geht unterstützt.

Leider ist festzustellen, daß vor allem bei den völlig Besitz- und Hoffnungslosen, auf der Straße liegenden Teilen der sudanesischen Bevölkerung die Hetze teilweise Erfolge hatte.

Außenpolitisch sind die Deportationen vor allem anderen ein Kniefall des sudanesischen Regimes gegenüber dem äthiopischen DERG. Mengistu hatte gedroht, nicht an der Konferenz teilzunehmen, wenn nicht die Eritreer zuvor deportiert würden. Obwohl das sudanesische Regime bisher und noch immer offiziell Eritrea unterstützt, galt allerdings die sudanesische »Unterstützung« bisher fast ausschließlich der Stärkung der reaktionären Teile des eritreischen Widerstandes. Dies ist erstmals ein o f f e n e r Schlag gegen den g e s a m t e n eritreischen Widerstand.

Vieles spricht dafür, daß diese sudanesische Provokation sich einordnet in das wieder zunehmend offene Auftreten der US-Imperialisten und Reaktionäre für den DERG und gegen den eritreischen Befreiungskampf.

Von eritreischer Seite aus ist bereits bei der UN-Kommission für flüchtlingsfragen Protest erhoben worden. Bisher ist von dort jedoch noch keine Reaktion erfolgt!

Khartoum, 24.6.78

Präsident Nyerere: Afrika ist kein Anhängsel Westeuropas!

Angesichts des imperialistischen Überfalls auf Zaire und den akuten Plänen zur Schaffung einer schwarz-reaktionären Eingreiftruppe hielt Tansanias Staatspräsident Nyerere am 8. Juni eine umfassende Rede zur Lage Afrikas.

Nyerere ist afrikanischer Nationalist. Hoch verschuldet beim Imperialismus und zuweilen offener Bewunderer Carterscher Menschenrechtskampagne und imperialistischer Lösungsvorschläge fürs südliche Afrika.

Von China gelobt und durch hunderte chinesischer „Entwicklungshelfer" unterstützt, so u.a. durch den Bau der großen Tan-Sam-Eisenbahn. Auch die sowjetischen Führer finden nur anerkennende Worte fü· Nyereres Politik. Der Begriff „Blockfreiheit" ist nicht nur klassenunspezifisch sondern auch verhunzt, vom prosowjetischen Kuba ebenso wie von proimperialistischen Regimes wie Marokko oder Senegal. Nyereres Politik verwirklicht den Gedanken der „Blockfreiheit" noch am ehesten. Er richtet den Hauptschlag gegen die imperialistische Aggressionspolitik und den Neokolonialismus. Natürlich widerspricht er schon hierdurch der chinesischen Außenpolitik, aber er kann sich auch einen konkreten Schlenker gegen die neuen Machthaber in Peking nicht verkneifen, die heute die Stabilisierung antikommunistischer Kompradorenregimes predigen: *„Das Volk von China hat im sogenannten unabhängigen China einen langen, historischen und exemplarischen Kampf gegen die Lakaien und Hunde des Imperialismus geführt. Soll den afrikanischen Völkern dieses Recht denn verweigert werden?"*

Wegen dieser Rede ist Nyerere von den zairischen Faschisten als „Marionette der Sowjets" (AZAP 10.6.78) angegriffen worden. Ein durchaus bezeichnender Vorwurf, der anzeigt, wie alle anti-imperialistischen Stellungnahmen von der Reaktion dem „sowjetischen Expansionismus" zugerechnet werden. Nyerere schont die Sowjetunion keineswegs. Er verurteilt ihre reale Großmachtpolitik — z.B. den Truppeneinmarsch in die CSSR 1968 — und findet zu nuancierten Anspielungen auf sowjetische Gelüste: *„Genauso wie wir alle Versuche des Ostblocks, Afrika zu beherrschen, zurückweisen würden"*. Drei Tage nach dieser Rede stellt die regierungs-offiziöse „Sunday News" (11.6.) in diesem Sinne fest, daß *„Kubaner und Chinesen, eingeladen von den jeweiligen afrikanischen Staaten, eine wachsende Rolle in den Angelegenheiten Afrikas spielen. Aber es wäre auch naiv anzunehmen, ihre Anwesenheit in Afrika sei lediglich ein Ausdruck des proletarischen Internationalismus"* (nach „Monitor-Dienst", 15.6.). Für den afrikanischen Befreiungskampf wäre es außerordentlich positiv, wenn Tansanias Standpunkt auf der gerade beginnenden OAU-Konferenz eine Mehrheit finden würde.

Die wichtigsten Passagen im Wortlaut:

Wir müssen jedoch das Prinzip ablehnen, wonach ausländische Mächte das Recht haben, solche afrikanische Regierungen an der Macht zu halten, die in der ganzen Welt als korrupt oder inkompetent oder als ein Haufen von Mördern anerkannt werden, und zwar wenn deren Völker versuchen, einen Wandel herbeizuführen. Es kann doch nicht angehen, daß die Regierungen Afrikas für alle Zeiten vom Neokolonialismus festzementiert werden, und zwar nur deshalb, weil es kaltkriegerische oder Großmacht-Konflikte gibt. In der letzten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts haben die Völker eines afrikanischen Landes ebenso sehr das Recht, ihre korrupte Regierung auszuwechseln wie in der Vergangenheit die Völker Großbritanniens, Frankreichs und Rußlands das Recht hatten, ihre verrotteten Regimes zu stürzen. Das Volk von China hat im sogenannten unabhängigen China einen langen, historischen und exemplarischen Kampf gegen die Lakaien und Hunde des Imperialismus geführt. Soll den afrikanischen Völkern dieses gleiche Recht denn verweigert werden?

Man kann sich sehr wohl darüber streiten, wie man denn die Krise einer bestimmten afrikanischen Regierung einzuschätzen hat. Wenn aber dieselbe Regierung permanent zu ausländischer Hilfe greifen muß, um ihre Kontrolle über das Land aufrechtzuerhalten, dann würde wohl die Mehrzahl der Leute die Frage stellen, ob denn diese Regierung noch die Unterstützung ihrer Bürger hat.

Westeuropa und die USA sind daran interessiert, fortgesetzten Zugang zu den Rohstoffen Afrikas zu haben, um derart ihre Volkswirtschaft am Leben zu halten. Dieser Zugang wird aber nicht durch Korruption oder Unterstützung der Korruption gesichert. Vielmehr wird der Zugang durch solche Unterstützung gefährdet. Der Zugang zu den Rohstoffen wird auch keineswegs durch die spezifische ideologische Ausrichtung einer afrikanischen Regierung gesichert. Die gegenwärtige Realität der afrikanischen Politik und Wirtschaft zwingt alle afrikanischen Staaten, ihre Mineralien dorthin zu verkaufen, wo sie den besten Preis dafür bekommen und wo sie im Austausch dafür diejenigen Güter erhalten, die sie selbst benötigen. Es gibt genügend Beweise für diese beiden Behauptungen.

Sinn und Zweck dieser Erklärung ist es, deutlich zu machen, daß wir den Ländern Westeuropas das Recht verweigern, Afrika zu beherrschen, genauso wie wir alle Versuche des Ostblocks, Afrika zu beherrschen, zurückweisen würden. Ganz besonders aber möchten wir deutlich machen, daß wir über die Arroganz und die Verachtung jener empört sind, die vorgeben, eine panafrikanische Sicherheitstruppe oder eine afrikanische Friedenstruppe im Namen Afrikas zu schaffen. Entweder wird Afrika dies für sich selbst bewerkstelligen oder aber es wird keine panafrikanische Truppe zur Verteidigung der Freiheit Afrikas geben - sondern lediglich irgend etwas, das sich so nennt, das aber in Wirklichkeit ein Instrument für eine erneute ausländische Beherrschung dieses Kontinents ist.

Tansania weist den Anspruch zurück, daß die Freiheit Afrikas durch eine Sicherheitstruppe verteidigt werden könnte, die von europäischen Mächten organisiert oder initiiert wird. Wir werden eine solche Truppe als ein Instrument des Neokolonialismus auf unserem Kontinent betrachten.

Die Gewohnheit, Afrika als ein Anhängsel Westeuropas anzusehen, ist noch nicht gebrochen worden.

In Angola hat die MPLA („Die Bewegung für die Befreiung Angolas") den Kampf gegen die portugiesischen Kolonialisten ganz allein geführt. Als die Unabhängigkeit (Angolas) nach der Revolution in Portugal näherkam, beschlossen mehrere westliche Regierungen — geführt von den USA — den Aufbau einer Regierung durch die MPLA in diesem Land zu verhindern. Sie konspirierten mit Südafrika und haben heimlich finanzielle Unterstützung und Waffen an rivalisierende nationalistische Gruppen gegeben, die zuvor fast untätig gewesen waren. Mit dieser Verschwörung und den darauf folgenden Angriffen auf Angola aus Südafrika und über die Grenze von Zaire her konfrontiert, suchte die MPLA-Regierung Hilfe von jenen, die die Bewegung auch während ihres Befreiungskampfes unterstützt hatten. Kuba und die Sowjetunion entsprachen diesen Aufforderungen. Mit ihrer Hilfe überwand die Regierung Angolas die direkte militärische Bedrohung seiner Existenz, trieb die südafrikanischen Truppen zurück über die Grenze nach Namibia und trieb die Truppen der FNLA (der Front für die Befreiung Angolas) zurück dahin, woher sie gekommen waren — nach Zaire.

Kubanische Truppen sind noch in Angola; und die Sowjetunion fährt fort, Angola militärische Hilfe zu gewähren. Die Regierung Angolas ist gezwungen, um die Fortsetzung dieser Hilfe zu bitten, weil die Bedrohung der nationalen Integrität Angolas weiterexistiert. Erst im vergangenen Monat fielen südafrikanische Truppen wieder in Angola ein und fügten den Flüchtigen aus Namibia schwere Verluste zu. Die UNITA (Bewegung für die totale Unabhängigkeit Angolas, geführt von Jonas Savimbi) erhält weiterhin Hilfe von außen. Truppen der FNLA haben wiederholt über die gemeinsame Grenze zwischen Zaire und Angola Angriffe verübt; diese Truppen werden von ausländischen Mächten finanziert und mit Waffen versorgt, und sie operieren mit der aktiven oder geduldeten Unterstützung der Regierung von Zaire.

Es wäre deshalb kaum überraschend, wenn Angola sich nun seinerseits gezwungen sähe, die Beschränkungen, die es den zairischen Flüchtlingen im nördlichen Angola auferlegt hatte, aufzuheben.

Ob eine solche Politik der Vergeltung korrekt oder klug ist, darüber läßt sich diskutieren; zumindest ist sie verständlich. Aber eine Sache ist ganz klar. Es gibt keinen Beweis für eine kubanische oder sowjetische Verwicklung bei dieser Vergeltung. Das State Department in Washington soll zu einem gewissen Zeitpunkt dies behauptet haben; die Kubaner aber haben dies beharrlich und überzeugend widerlegt.

So haben sich also Kuba und die Sowjetunion in Angola aus verständlichen Gründen engagiert, und sie sind noch dort, und zwar auf den Wunsch der angolanischen Regierung hin. Es gibt keinerlei Beweis dafür, daß sie direkt oder indirekt in irgendwelche Kämpfe innerhalb Zaires verwickelt gewesen wären.

Kubanische und sowjetische Streitkräfte stehen auch, auf Anforderung der äthiopischen Regierung, in Äthiopien. Die Gründe für ihre Präsenz sind sehr wohl bekannt. Sie haben den Äthiopiern geholfen, ihr Land gegen eine Aggression von außen zu verteidigen. Weder sie noch die äthiopische Regierung sind in Kämpfe außerhalb der Grenzen Äthiopiens verwikkelt. Und es gibt einige Anzeichen dafür, daß wenigstens die kubanische Regierung einen Unterschied zwischen den Kämpfen im Ogaden und denen in Eritrea macht.

Einmal abgesehen von diesen beiden Ländern, wo sonst in Afrika sind die kubanischen oder sowjetischen Truppen? Es gibt einige wenige kubanische und sowjetische Staatsbürger und einige Chinesen, die die Freiheitskämpfer im südlichen Afrika im Gebrauch der Waffen, die sie von den kommunistischen Staaten erhalten, ausbilden, und zwar im Befreiungskampf um Rhodesien und Namibia.

Der große Aufruhr (‚furore') im Westen über die sogenannte sowjetische Penetration Afrikas basiert also auf der Präsenz kubanischer und sowjetischer Truppen in zwei afrikanischen Ländern. Und diese Truppen sind in diesen beiden Ländern entsprechend dem Wunsch der legitimen und anerkannten Regierungen der betreffenden Länder und aus Gründen, die sehr wohl bekannt und für alle vernünftigen Leute sehr wohl verständlich sind. Und trotzdem protestieren westliche Staaten, trotzdem halten sie Treffen, bei denen vorgeblich darüber diskutiert wird, wie die Freiheit Afrikas verteidigt werden könne, was sie die jowjetische Penetration nennen...

Wir sind zu der Einsicht gezwungen worden, daß die meisten Länder, die man gemeinhin als Weltmächte versteht, es als nicht unter ihrer Würde betrachten, existierende und echte afrikanische Probleme und Konflikte zu verschärfen, wenn sie glauben, daß sie hiervon profitieren können ...

Die Gefahr für Afrika kommt nicht allein von den Nationen im Ostblock. Der Westen betrachtet Afrika immer noch als Teil seiner Einflußsphäre und er agiert dementsprechend. Die jüngsten Entwicklungen zeigen, daß die größere direkte Gefahr für die Freiheit Afrikas von den Nationen in diesem westlichen Block kommt.

Es wäre gut, wenn die OAU genügend geeint wäre, um ein afrikanisches Oberkommando und eine panafrikanische Sicherheitstruppe aufzustellen...

Bis aber Afrika auf der Ebene der OAU eine solche Entscheidung getroffen hat, kann es keine panafrikanische Truppe zur Verteidigung Afrikas geben. Es ist zudem nur zu offensichtlich, daß diejenigen, die diese Idee geboren haben, und diejenigen, die eine solche Truppe schaffen wollen, nicht an der Freiheit Afrikas interessiert sind.

Das Gerede von einer panafrikanischen Sicherheitstruppe hat in Paris seinen Anfang genommen. Es war in Paris und später in Brüssel, wo diese damit zusammenhängenden Fragen bezüglich der „Freiheit" Afrikas diskutiert wurden...

Es gibt nur einen Grund dafür, daß die Idee der Schaffung oder Initiierung einer panafrikanischen Sicherheits- oder einer panafrikanischen Friedenstruppe durch Europa nicht eine sofortige und weltweite Verwunderung und Bestürzung auslöst. Er besteht in der fortgesetzten Annahme, daß Afrika immer noch Teil der „Einflußsphäre" Westeuropas ist und immer bleiben muß. Diese Annahme wird auch heute noch kaum angezweifelt. Ja sogar einige afrikanische Staaten nehmen diese Sicht der Dinge als selbstverständlich hin.

Frankreich hat Truppen in vielen Ländern Afrikas. In Tschad, in der westlichen Sahara, in Mauretanien und jetzt auch in Zaire sind französische Truppen in den Kampf gegen Afrikaner verwickelt. Aber trotzdem gibt es in Washington, ja nicht einmal in Moskau, Treffen, bei denen die Gefahr für die Freiheit Afrikas durch die französische Penetration diskutiert würde. Auch sollte es solche Treffen nicht geben. Aber nicht einmal Afrika selbst diskutiert diese Frage in Afrika selbst. Man geht einfach weiterhin davon aus, daß es ganz natürlich ist, wenn französische Truppen, belgische Truppen oder britische Truppen in Afrika sind, während die Präsenz von Truppen nichtwestlicher Staaten angeblich eine Gefahr darstellt.

Eine Gefahr für wen? Für die Freiheit Afrikas oder eine Gefahr für fortgesetzte Beherrschung Afrikas durch frühere Kolonialmächte und deren Alliierte, die heutzutage mit Hilfe viel subtilerer Maßnahmen und der Unterstützung einer afrikanischen fünften Kolonne verwirklicht wird? Die Antworten auf diese Fragen sind nur allzu offensichtlich. Es hat in der Vergangenheit wiederholt Einfälle Südafrikas und Rhodesiens nach Angola, Botswana, Sambia und Mosambik gegeben. Der Westen hat darüber nicht viel Besorgnis an den Tag gelegt; noch haben dies die neuentdeckten Nachlaßwalter der ehemaligen Kolonialmächte getan.

Als die Sowjetunion 1968 ihre Truppen nach der Tschechoslowakei schickte, war Tansania eines der vielen Länder, das hiergegen protestierte. E-wartet man denn von uns, daß wir nicht protestieren sollten, wenn westliche Mächte ihre Truppen in ein afrikanisches Land schicken? ...

Täuschen wir uns nicht. Was immer auch auf der Tagesordnung stehen mag, die Treffen in Paris und Brüssel diskutieren keineswegs die Freiheit Afrikas. Sie diskutieren die fortgesetzte Beherrschung, die fortgesetzte Benutzung Afrikas durch die westlichen Mächte. Diese Treffen, nimmt man sie zusammen, sind dazu angelegt, eine zweite Berliner Konferenz darzustellen. (Bei der ersten Berliner Konferenz im Jahre 1884 teilten die europäischen Kolonialmächte Afrika untereinander auf; Anmerkung des Übersetzers) ...

Die Kosten könnten aber leicht höher ausfallen, als die Teilnehmer vorab annehmen. Tansania ist nicht das einzige nationalistisch eingestellte Land in Afrika. Überall gibt es Nationalisten. Früher oder später, und zwar so lange wie nötig, wird Afrika genauso gegen den Neokolonialismus kämpfen wie es früher gegen den Kolonialismus gekämpft hat. Und schließlich wird Afrika gewinnen...

Wie alle anderen Menschen haben auch die Afrikaner den Wunsch, frei zu sein und ihre Freiheit zu ihrem eigenen Nutzen zu verwenden. Sie haben die gleiche Entschlossenheit, für die Erreichung dieses Zieles zu arbeiten und zu kämpfen. Sie wissen, daß niemand sonst ein Interesse an ihrer Freiheit hat. Das Gerede in Europa von einer panafrikanischen Sicherheitstruppe ist eine Beleidigung Afrikas und eine Beeinträchtigung der Freiheit Afrikas.

Es macht keinen Unterschied, wenn die europäischen Initiatoren dieses Planes Afrikaner finden, die das Kämpfen für sie übernehmen. Es gab Afrikaner, die mit den kolonialen Invasoren kämpften; es gab Afrikaner, die bei der Versklavung ihrer Mitafrikaner mithalfen; und es gab schließlich Afrikaner, die gegen die Befreiungsbewegungen kämpften. Aber wir fordern jene afrikanischen Staaten, die ihre Bereitschaft erklärt haben, an diesem Plan mitzuarbeiten, auf, die Sache noch einmal zu überdenken, bevor sie weitere Schritte unternehmen. Wir haben schließlich die OAU. Ungeachtet all ihrer Fehler und ihrer Unfähigkeiten ist sie die einzige existierende panafrikanische Organisation, die um die Freiheit Afrikas bemüht ist. Wir dürfen sie - und damit Afrika - nicht aufteilen in jene, die militärisch mit dem Westen alliiert sind, und jene, die sich als Folge hiervon gezwungen sehen könnten, anderswo Hilfe gegen einen von Afrikanern unterstützten Neokolonialismus zu suchen.

ZANU-Guerilleros werden in Vietnam ausgebildet

Wie einer Zeitungsmeldung der »Süddeutschen Zeitung« vom 4.7. zu entnehmen ist, werden *»etwa 400 Rekruten der von Roberto Mugabe geführten Guerilla-Organisation ZANU nach Angaben eines ZANU-Sprechers in Kürze zur Ausbildung nach Vietnam geschickt. Der ZANU-Kommandierende Josia Tongogara soll bereits nach Hanoi geflogen sein um die Einrichtung militärischer Ausbildungslager in Vietnam zu erörtern«*.

Bleibt uns doch bei dieser Meldung nichts anderes als die 400 ZANU-Rekruten zu beglückwünschen, eine bessere Guerilla- Ausbildung gibt es wohl nirgendwo auf der Welt! Ob die Pekinger Machthaber demnächst die von ihr bisher favourisierte ZANU als »sozialimperialistische Söldnertruppe« anpöbeln wird? Und was wird dann unser KBW tun? Rosige Aussichten.

Afrika-Kommission

Guinea-Conakry: Auf dem Wege nach rechts

Guinea-Conakry galt in West-Afrika lange Zeit als das Land, das in allen afrikanischen Fragen vorbehaltlos Partei für die fortschrittlichen Kräfte ergriff, hierzu zählte beispielsweise die vorbildliche Unterstützung des Befreiungskampfes der PAIGC in Guinea-Bissau und die sehr frühzeitige Anerkennung der MPLA als einzige Befreiungsbewegung Angolas.

Aufgrund seiner antiimperialistischen Politik war Guinea dem Imperialismus stets ein Dorn im Auge und in der Vergangenheit Opfer zahlreicher Putschversuche, die häufig mit Hilfe reaktionärer Nachbarstaaten (Elfenbeinküste, Senegal) durchgeführt wurden.

Inzwischen gibt es allerdings Anzeichen, die auf eine dramatische Wende in der Außenpolitik Conakrys schließen lassen. Erhärtet wird diese These u.a. durch die vor kurzem abgeschlossene „Versöhnung" Guineas mit den francophonen (von Frankreich indirekt abhängigen) Nachbarstaaten Senegal und Elfenbeinküste. Festgelegt wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Ankurbelung des Warenaustauschs („Afrique-Asie", Nr. 158, Juni 78).

Mag diese Aussöhnungspolitik Guineas mit aggressiven Nachbarn unter bestimmten Bedingungen (wirtschaftlicher Druck, Errichtung stabiler und sicherer Grenzen, um die Entwicklung einer fortschrittlichen Innenpolitik nicht zu gefährden) durchaus gerechtfertigt sein, widerspricht allerdings die vorbehaltlose Unterstützung der Regierung Sekou Toures für das pro-imperialistische Marokko allen Prinzipien des proletarischen Internationalismus.

Anläßlich einer Rede auf der OAU-Konferenz im Dezember 1977 gab Toure deutlich zu verstehen, daß für sein Land weder die Frente Polisario noch die Demokratische Republik Westsahara existiert („Marches tropicaux mediterranee", 5.3.78).

Zudem darf sich Marokko in der Gewißheit sonnen, daß die guinesische Regierung die Besetzung der „Westsahara" voll und ganz legitimiert. So sicherte der Präsident der guinesischen National-Versammlung während eines Aufenthaltes in Rabat im April *„die Solidarität und die totale Unterstützung seines Landes für Marokko in jeder Situation und unter allen Umständen"* zu („Monitor-Dienst", 18.4.78).

Guinea fällt damit die zweifelhafte Ehre zu, als einziger afrikanischer Staat mit bisher antiimperialistischer Grundhaltung dem sahaurischen Befreiungskampf die Unterstützung zu verweigern und sich offen auf die Seite der pro-westlichen Schergen vom Schlage Hassan II zu stellen!

Kontakte zur arabischen und afrikanischen Reaktion

Seit kurzem ist eine intensive Reisetätigkeit guinesischer Spitzenpolitiker zu beobachten, die eine Öffnung Conakrys hin zum rechten afrikanischen und arabischen Lager signalisiert. Zu nennen ist hier die Reise Sekou Toures in die BRD-Kolonie Togo, mit der Guinea einen Freundschaftsvertrag und die Aufnahme von Wirtschaftsbeziehungen ausgehandelt hat („Monitor-Dienst", 13.6.78).

Im Augenblick klappert Staatspräsident Toure offensichtlich diverse arabische Staaten ab, die alle durch eine extreme Abhängigkeit vom US-Imperialismus und durch eine ausgemacht reaktionäre Außen- und Innenpolitik gekennzeichnet sind. Auf der Reiseroute lagen u.a. Kuwait, Saudi-Arabien und Ägypten.

Das Verhältnis zu Frankreich

Eingeleitet wurde der beschriebene außenpolitische Schwenk Guineas mit der Wiederaufnahme der Bezie-

Forsetzung auf Seite 49

Pressekonferenz zum „Kongreß gegen die atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik — Südafrika"

Am 6.7. stellte die Anti-Apartheit-Bewegung (AAB) auf einer Pressekonferenz in Bonn den geplanten „Kongreß gegen die atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik-Südafrika" der Öffentlichkeit vor. Dieser Kongreß, der am 11./12. November dieses Jahres in Bonn stattfinden soll, wird von der AAB veranstaltet. Unterstützer dieses Projektes sind: Aktion Selbstbesteuerung (ASB), Antiimperialistisches Solidaritätskomitee, Arbeitsgemeinschaft der katholischen Hochschul- und Studentengemeinden, BBU, DFG/VK, Jungdemokraten, Gruppe Rheinische Zeitung, KB, SJD-Die Falken, SB und VDS. Außerdem existiert für den Kongreß ein Aufruf von bislang elf Persönlichkeiten (u.a. Ingeborg Drewitz, Martin Niemöller, Helmut Gollwitzer, Erika Runge). Desweiteren wurde der Pressekonferenz eine Stellungnahme von zehn Bundestagsabgeordneten vorgelegt (u.a. Coppik, Thüsing, Gansel), in der diese „einen Kongreß (begrüßen), der es sich zur Aufgabe macht, eine mögliche atomare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika zu klären".

Politischer Anlaß für den geplanten Kongreß ist die massive Beteiligung des westdeutschen Imperialismus am Bau einer südafrikanischen Urananreicherungsanlage. Der Bau dieser Anlage – nach einem Verfahren, das von der staatlich kontrollierten Firma STEAG in Essen entwickelt und heimlich an das rassistische Regime weitergegeben wurde – wurde erstmals im September 1975 in einer Dokumentation des „African National Congress" (ANC) nachgewiesen. „*Die große südafrikanische Urananreicherungsanlage wird z.Zt. bei Trichardt, 140 km östlich von Johannesburg, errichtet – auf demselben Gelände, auf dem auch die Kohleverflüssigungsanlage SASOL II gebaut werden soll. Lieferungen dafür werden getarnt als für SASOL II sowie für die Kraftwerke Matla, Duvha und Kriel bestimmte Lieferungen. Der Technische Überwachungsdienst Rheinland* (!) *überwacht durch eine Niederlassung in Johannesburg den technischen Standard. Die Anlage kostet ca. DM 4,0 Mrd. Lieferungen dafür aus der Bundesrepublik, z.B. durch die Firmen Siemens, Linde (München), Lurgi (Frankfurt/Main), GEA (Bochum) erfordern Finanzierungen von ca. DM 2,5 Mrd. Sie sind durch staatliche Hermes-Garantien gesichert. Es war vor allem die Absicherung dieser atomaren Lieferungen, die die staatlichen Garantien für Südafrikageschäfte von DM 0,8 im Juni 1976 auf DM 3,8 Mrd. im November 1977 ansteigen ließen. Die große Urananreicherungsanlage ist konzipiert, Uran auf 90% anzureichern („Blick durch die Wirtschaft", 14.3.78).* **Diese hohe Anreicherung wird nur für Atombomben sowie in kleiner Menge für Forschungsreaktoren und für U-Boote benutzt"** (Papier der AAB vom 6.7.78).

Die auf der AAB-Pressekonferenz anwesende ANC-Vertreterin wies in diesem Zusammenhang nochmals darauf hin, daß die BRD-Regierung trotz eindeutiger Sachlage nach wie vor die nukleare Zusammenarbeit mit der faschistischen RSA bestreite und unvermindert fortsetze. Bundeskanzler Schmidt besaß dabei noch kürzlich die Dreistigkeit, gegenüber dem „Nigerian Institute for International Affairs" in Lagos festzustellen: „ ... *Es sind Behauptungen gegen uns über eine militärische und nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika aufgestellt worden. Ich erkläre hiermit nachdrücklich, daß diese Behauptungen unwahr sind ... Wir bitten Sie, Menschen, denen es berufsmäßig um Desinformationen geht, nicht mehr Glauben zu schenken als verantwortlichen Regierungen, mit denen Sie auf zahlreichen Gebieten gemeinsamen Interesses zusammenarbeiten"* (veröffentlicht durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, 28.6.78). Angesichts derartiger Äußerungen kam die ANC-Vertreterin zu dem Schluß, daß die BRD die atomare Zusammenarbeit mit der RSA nicht nur nicht vertusche bzw. toleriere, sondern ausdrücklich befürworte und zielstrebig betreibe. Solange die BRD-Regierung diese Politik betreibe, könne sie ungeachtet aller „antirassistischen" Beteuerungen nicht als Freund der afrikanischen Völker gelten.

Danach begründete die Autorin **Erika Runge** (Unterzeichnerin des Aufrufs) ihre Unterstützung des Anti-Atom-Kongresses. Sie betonte u.a.: „*Der Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialsystems und die Schaffung progressiver Staaten hat das Kräftegleichgewicht im südlichen Afrika verändert. In Angola und Mosambik wurden Flanken aufgerissen, die Entwicklungen in Rhodesien und in Namibia tragen zur Schwächung des Apartheid-Regimes bei. Vertreter des African National Congress, der in Südafrika verbotenen und verfolgten Widerstandsorganisation, werben unter Flüchtlingen in Swasiland und Botswana Freiwillige für die illegale Armee Umkhonto we Sizwe, Speer der Nation, an. Die Schwarzen haben gelernt, daß guter Wille und Gewaltlosigkeit nicht ausreichen, um ihnen ein menschenwürdiges Leben zu verschaffen".* Wer in dieser Situation dem faschistischen Regime die Verfügungsgewalt über Atomwaffen ermögliche, sei nicht nur an der Unterdrückung mitschuldig, sondern gefährde den Weltfrieden.

Abschließend legte der AAB-Experte **Wolff Geisler** neue Beweise über die atomare Zusammenarbeit BRD–RSA vor. Demnach geht aus einem Schreiben der Münchener Staatsanwaltschaft vom 20.6.78 an Geisler hervor, daß Siemens bzw. Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) Trenndüsenelemente für die Urananreicherungsanlage in Südafrika a u s g e f ü h r t hat. Diese Trennelemente kosten je Trennstufe 4,3 Millionen DM (in der großen Urananreicherungsanlage Südafrikas sollen ca. 200 Trennstufen installiert werden). Ihr Export bedarf der Genehmigung durch die Bundesregierung. Diese Genehmigung – und damit das Mitwissen der BRD-Regierung – liegt offenbar vor. Die Münchener Staatsanwaltschaft hatte eine diesbezügliche Strafanzeige Geislers gegen MBB bearbeitet und das Ermittlungsverfahren mit der „Begründung" eingestellt, daß es sich bei den Trenndüsenelementen nach „*Mitteilung des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft ... um keine Kriegswaffen"* handele. Außerordentlich dreist angesichts der Tatsache, daß es sich bei diesen Trenndüsen um einen e s s e n t i e l l e n und nur von BRD-Firmen zu liefernden Bestandteil der Anreicherungsanlage handelt. Geisler kündigte eine weitere Strafanzeige gegen den zuständigen Staatsanwalt wegen „Strafvereitelung im Amt" an.

Geisler wies außerdem auf die militärische Zusammenarbeit BRD-RSA auf konventionellem Sektor hin. Die AAB legte eine Liste von 88 (!) westdeutschen Firmenniederlassungen bzw. Beteiligungen in der RSA vor, die sich n a c h w e i s l i c h mit der Produktion militärischer Güter beschäftigen. „*Besonders hingewiesen sei hier auf die Firma Sandock Austral, die bei Johannesburg gepanzerte Fahrzeuge ... und in Durban Schnellboote ... herstellt. An dieser Firma ist Thyssen Industrie AG mit 17,4% beteiligt"* (AAB-Papier, vom 6.7.78).

Die o.g. Ausführungen und Fakten konnten die Aktualität und Notwendigkeit des geplanten Anti-Atom-Kongresses mithin eindrucksvoll unterstreichen. Dieser Kongreß wird – wie es bislang scheint – zur wohl bedeutendsten antiimperialistischen Veranstaltung werden, die in diesem Jahr in der BRD durchgeführt wird. Eingeladen wurden: UNO, OAU, Weltkirchenrat, Vertreter der sogenannten „Frontstaaten" (Mosambik, Tansania, Sambia, Angola), ANC, PAC (Südafrika), SWAPO (Namibia), Patriotische Front (Zimbabwe) sowie Experten der Veranstalter und Unterstützer des Kongresses. Der Anti-Atomkongreß und die darum entstehende Öffentlichkeit wird u.E. auch ganz besondere Chancen bieten, die in der Anti-AKW-Bewegung bereits existierenden Ansätze des Kampfes gegen Nuklear-Exporte (Almelo!) und Atombewaffnung weiter auszubauen und den Kreis der Unterstützer des Kongresses über antiimperialistische Gruppen und Organisationen hinaus zu erweitern.

KB/Gruppe Bochum

Bundestagsabgeordnete für den Kongreß

Betr.: Kongreß der Anti-Apartheid-Bewegung gegen atomare Zusammenarbeit zwischen BRD und RSA

Die unterzeichnenden Bundestagsabgeordneten begrüßen einen Kongreß, der es sich zur Aufgabe macht, eine mögliche atomare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika zu klären. Es sind in letzter Zeit verstärkt Vorwürfe laut geworden, nach denen westdeutsche Firmen entgegen offiziellen Verlautbarungen atomare Geschäfte mit der Republik Südafrika betreiben.

Die Vorstellung, daß das rassistische Regime in Südafrika neben seinen mörderischen Unterdrückungspraktiken in absehbarer Zeit auch noch über Kernwaffen verfügen könnte, ist ungeheuerlich. Wenn es uns ernst ist mit unseren Beteuerungen, eine Übernahme der Regierungsgewalt in der Republik Südafrika durch die schwarze Mehrheit zu unterstützen, dann müssen wir ein grundlegendes Interesse daran haben, eine atomare Aufrüstung des Apartheid-Systems zu verhindern – wie wir prinzipiell atomare Aufrüstung verurteilen.

Wir hoffen, daß der Kongreß am 11. und 12. November 1978 in Bonn dazu einen Beitrag leisten kann.

gez. Erich Meinike, Brigitte Erler, Heinz Schreiber, Heide Simonis, Manfred Coppik, Norbert Gansel, Klaus Thüsing, Eckart Kuhlwein, Günther Heyenn, Horst Jungmann

F.d.R. Ulrich Uibel (Assistent)
Wolfgang Meyer (Assistent)



Fortsetzung von Seite 48

hungen zur alten Kolonialmacht Frankreich 1975.

Der Außenminister Conakrys kommentierte die „Aussöhnung" mit den beeindruckenden Worten: „*Herr Valerie Giscard d'Estaing hat uns durch seinen Willen zur Beilegung desDisputs beeindruckt. In der Tat wird er Sekou Toure als einen aufgeklärten und intelligenten Mann vorfinden, als den Führer eines Volkes, der die Zeit gekommen fühlt, um den Zwist beizulegen, den Guinea nicht verschuldet hat"* („West-Africa", 25.8.75).

Verbunden mit der Wiederaufnahme von Beziehungen war eine verstärkte Investitionstätigkeit des französischen Imperialismus; französische Firmen sind an der Ausbeutung der guinesischen Eisenerz- und Bauxit-Vorkommen beteiligt, Frankreich hat die wichtige Transportlinie Conakry/Kakan gebaut („Le Monde", 5.9.76).

Als Gegenleistung verfügte die Toure-Regierung die Freilassung von 18 politischen Häftlingen, die maßgeblich an den pro-französischen Putschversuchen von 1970 und 1973 beteiligt gewesen waren (ebenda). Seit einigen Monaten können auch die an den Putschversuchen beteiligten „Exil-Guineer" straffrei nach Conakry zurückkehren. Guinea hat auf wirtschaftlichem Gebiet seit einigen Jahren eine Politik betrieben, die in immer größere Abhängigkeit führt:

So steigt der Import von Grundnahrungsmitteln ständig an (1973: 100.000 t Reis), der Jahresplan von 73-78 sieht kaum noch Gelder für den Agrarsektor vor, alles wird in die Ausbeutung der Bauxit- und Erzvorkommen, d.h. in die Industrialisierung des Landes gesteckt („Handbuch der Dritten Welt", 1976).

Schasst Conakry die SU?

Besonders brisant ist das Verhältnis Guineas zur SU. Die Sowjets sind durchaus keine unbekannte Größe, das gesamte Erziehungswesen ist maßgeblich mit ihrer Hilfe aufgebaut worden, Guinea und die Sowjetunion sind per „Freundschaftsvertrag" („ewig und unverbrüchlich") verbunden.

In der Schilderung des Ausmaßes sowjetischer Militärpräsenz (gigantische Luft- und See-Stützpunkte) hat sich die bürgerliche und chinesische Presse regelrecht überschlagen. Nunmehr wird recht hoffnungsfroh ein naher Bruch Guineas mit der SU beschrieben. Der SU soll bereits die Errichtung einer weiteren (?) Luftwaffenbasis verweigert worden sein (siehe z.B. „NZZ" vom 1.6.78).

Einiges deutet darauf hin, daß Guinea zu verstehen gegeben hat, den üblichen Preis für die Reintegration ins imperialistische Lager, den Rauswurf der Sowjets, bezahlen zu wollen. Dies wäre nicht nur ein Schlag für das guinesische Volk, sondern auch ein Triumph für die imperialistische West-Afrika-Strategie.

Afrika-Kommission

Darf Peter Paul Zahl den Kongreß gegen nukleare Zusammenarbeit BRD-Südafrika unterstützen?

Bereits im AK 131 mußten wir von unerfreulichen Seiten der Vorbereitungsarbeit zum Kongreß gegen die nukleare Konspiration BRD-Südafrika berichten. Hierbei ging es um die Streichung von Persönlichkeiten von einer „Prominenten-Unterstützerliste". Einige waren per Mehrheitsbeschluß von Anfang an nicht für Wert befunden worden, den Kongreß zu unterstützen (Rechtsanwalt Groenewold, Sponti Daniel Cohn-Bendit, Horst Mahler und Claus Croissant), andere waren eigenmächtig von der Liste der anzuschreibenden Persönlichkeiten gestrichen worden (u.a. Rudi Dutschke und Wolf Biermann), wieder andere durften zwar den Aufruf unterzeichnen, ihre Unterschrift wird allerdings nicht veröffentlicht (u.a. Holger Strohm und Heinz Brandt). Den aktivsten Part bei dieser Ausschlußwelle hatten die DKP-Kader gespielt, und tatsächlich ist ja auch augenfällig, daß alle Ausgeschlossenen eine gewisse Distanz zum „realen Sozialismus" eint, die die Vermutung der Zusammenarbeit mit westlichen Nachrichtendiensten nahelegt, und ein Strafmaß um die acht Jahre gerechtfertigt erscheinen läßt.

Eine Sonderbehandlung hatte Peter Paul Zahl erfahren.

Nachem die von ihm erbetene Unterschrift eingegangen war, wurde eine „Bitte" an ihn „*herangetragen – mit Zögern und Schuldbewußtsein, aber dennoch bestimmt"* wurde P. P. Zahls Einverständnis dafür gefordert, „*daß wir ihren Namen nicht veröffentlichen."* P. P. Zahl zieht seine Unterschrift n i c h t zurück, und begründet dies in einem Brief an die Anti-Apartheidsbewegung. Einen Durchschlag des Schreibens hat er uns zugeschickt, zur Verbreitung „*an die demokratische, antirassistische Öffentlichkeit"*.

Wir veröffentlichen den Brief gern (sehr sogar!) und halten eine politische Entschuldigung derer, die seinen Ausschluß betrieben haben, für überfällig.

PS: Wegen unserer Veröffentlichung der beschriebenen Ausschlußpraktiken ist seitens des AAB-Vorstands beantragt worden, uns ebenfalls auszuschließen, falls wir uns nicht von unserem Artikel distanzieren.

Wir distanzieren uns nicht, bieten jedoch – wie immer – die Spalten des AK denjenigen an, die eventuell sachliche Richtigstellungen haben oder die Tatsache der bloßen Veröffentlichung kritisieren wollen.

Prinzipiell bleiben wir dabei: Uns ist kein Projekt so wichtig und kein Bündnis so wertvoll, daß wir den Ausschluß verdienter Demokraten und Anti-Imperialisten mit Verschwiegenheit decken.

Über unseren Ausschluß wird – nach Beschlußfassung aller Leitungsgremien der den Kongreß unterstützenden Organisationen – demnächst entschieden.

Brief von P. P. Zahl an die Antiapartheids-Bewegung

38. Tag des unbefristeten Hungerstreiks für erträgliche Haftbedingungen – 9. Tag der künstlichen Ernährung bei – noch – passivem Widerstand

An die
Anti-Apartheid-Bewegung
Blücherstr. 14
5300 Bonn 1

Liebe Leute von der AAB!

Ich hatte Euch, was eine Selbstverständlichkeit ist und war und ein beschämend kleiner Beitrag dazu, meine Unterschrift unter den Aufruf zum Kongreß gegen die atomare Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika gegeben.

Mit Schreiben vom 26. Mai, das mich am 29. Mai 1978 erreichte, teilt Ihr mir nun mit, ich wolle meine Unterschrift zurückziehen und Ihr bätet um mein „Einverständnis dafür, daß wir Ihren Namen nicht veröffentlichen".

Ich ziehe meine Unterschrift n i c h t zurück, und ich habe nicht das geringste Verständnis für Euren jammervollen und politisch bedenklichen Rückzieher.

Als mich Euer Schreiben erreichte, war ich schon 7 Tage im Hungerstreik für erträgliche Haftbedingungen – etwa solchen, wie sie „anständigen 6-fachen Bauchaufschlitzern" gewährt werden –, zusammen mit zwei Mitgefangenen in gleicher Lage. Ich war zu müde und zu kaputt, direkt auf Euer Ansinnen zu reagieren, und vielleicht ist es auch gut, daß ich nicht gleich in der ersten Rage antwortete.

Euer Ansinnen ist ebenso feige wie politisch töricht. Ich will auch sagen warum:

1.) Mit Beschluß vom 13.10.1977 – Az 3 ARS 27/77 – nahm mich (und drei andere Gefangene) das höchste bundesdeutsche Gericht, der BGH in Karlsruhe, politischer (3.) Senat, ausdrücklich von der Kontaktsperre a u s, weil

„weder erwiesen noch auch nur substantiiert behauptet (ist), daß er (PPZ) einer terroristischen Vereinigung, sei es auch nur als Unterstützer, zuzuordnen ist".

Der Opportunismus, die Selbstzensur, die Schere im eigenen Kopf führte Euch dazu, eher den Lügen, Hetzen und Intrigen von Staatsschutzorganen zu glauben, denn den Tatsachen, der Wahrheit.

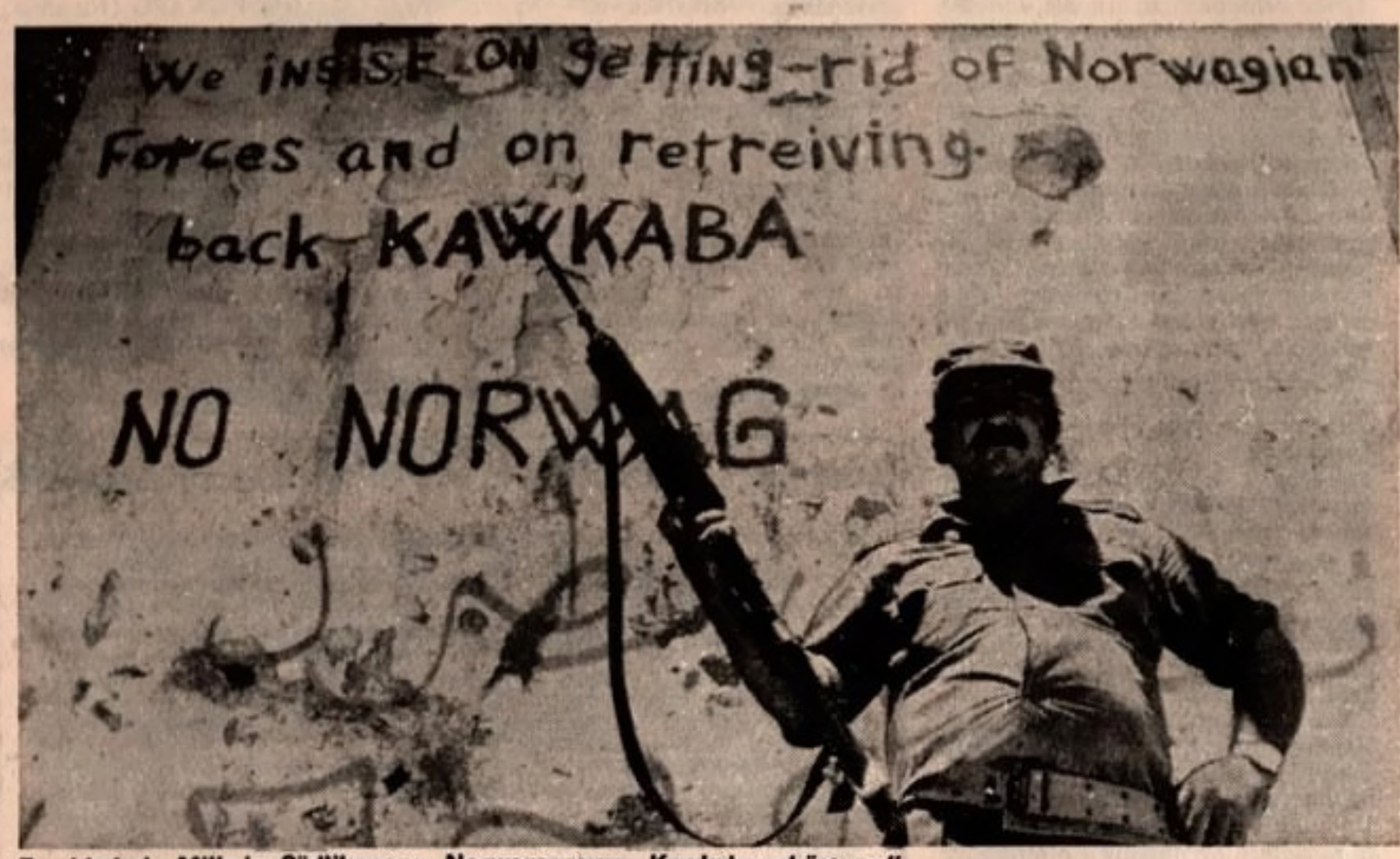
2.) Aber selbst w e n n ich - angenommen - das wäre was in diesem Lande (schrecklich vereinfachend) „Terrorist" genannt werde, also Guerillero) egal wie man dazu stehen mag), was oder wer wollte Euch davon abhalten, auch dann die Unterschrift entgegenzunehmen und zu publizieren? Die Angst, in die „Nähe des Sympathisantentums" zu geraten? Das seid Ihr eh. Die Kanonenbauer und atomaren Terroristen sowie ihre (gar nicht „klammheimlichen") Sympathisanten innerhalb und außerhalb der Parlamente haben Euch - siehe BGS-Listen an den Grenzen! - längst auf ihren „Schwarzen Listen". Habt Ihr Angst vor einer „Kleinen Anfrage" im Bundestag von „Kohl, Zimmermann und Fraktion", wie geschehen Anfang dieses Jahres, als es um die Unterschriften für die „Konferenz für Frieden und Zusammenarbeit in Europa" ging – darunter meiner –, als, von eben diesen Kanonenbauern und ihren Sympathisanten und, wie Ihr wißt, Sympathisanten der Regimes in Chile, Argentinien und . . . Südafrika

Forsetzung auf Seite 59



nahost

Neuer Bürgerkrieg in Libanon?



Faschistische Miliz im Südlibanon: „Norweger raus – Kawkaba gehört uns"

Faschistische Miliz im Südlibanon: „Norweger raus – Kawkaba gehört uns"

Besonders in Beirut finden derzeit die schwersten Kämpfe seit Ende des Bürgerkrieges statt, diesmal allerdings zwischen den Syrern und dem größten Teil der Faschisten, während die palästinensischen und linken libanesischen Kräfte bisher nicht eingegriffen haben. Die bürgerlichen Medien beschuldigen die Syrer, die „christlichen" Viertel brutal anzugreifen und vor allem auch auf Zivilisten keinerlei Rücksicht zu nehmen. Der Faschisten-Führer Chamoun forderte demagogisch, daß dem Völkermord der syrischen Truppen an 600.000 Beirutern ein Ende gemacht werden müsse.

Im libanesischen Bürgerkrieg hatten die syrischen Interventionstruppen an der Seite der Faschisten gekämpft und den Sieg der fortschrittlichen Kräfte im Libanon (die damals schon 82% des Landes unter ihrer Kontrolle hatten) verhindert. Jetzt kämpfen die syrischen Truppen gegen die Faschisten und lassen den palästinensischen und fortschrittlichen Kräften einen relativen Spielraum. Dies scheint zunächst widersprüchlich, tatsächlich sind die derzeitigen Kämpfe eine notwendige Folge der syrischen Politik, die ihren Einfluß und ihre Kontrolle auf den Libanon aufrechterhalten wollen, dazu brauchen sie ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte zwischen Rechten und Linken im Libanon. Gleichzeitig versuchen die Syrer beide Seiten so „kleinzuhalten", daß die syrische militärische Dominanz gesichert bleibt.

Aktuell geraten die Syrer immer mehr unter Druck der Faschisten, denen sie bei der Errichtung eines reaktionären Libanons im Wege sind. Die Faschisten, vor allem der Führer der stärksten faschistischen Gruppe, der Falange- Partei (Pierre Gemayel) und der Führer der Nationalen Liberalen Partei (Camille Chamoun) fordern schon seit längerem den Rückzug der Syrer aus Libanon.

Diese Entwicklung zeichnete sich mindestens seit dem Sadat-Besuch in Israel ab, als die Syrer sich auf die Seite der Ablehnungsfront der arabischen Staaten stellten, weil sie d i e friedliche Lösung Sadats und der US-Imperialisten nicht mitmachen wollten. In der Folge unterstützen zwar die Syrer nicht aktiv die Kämpfe der fortschrittlichen Kräfte im Libanon, bekämpften sie jedoch nicht mehr und ließen ihnen einen gewissen Spielraum.

Mit der Intervention der Zionisten in Südlibanon, die dem Interesse der Faschistenführer entgegenkam, verstärkte sich diese Haltung Syriens noch. Syrien griff zwar nicht in die Kämpfe ein, ließ aber beispielsweise Nachschub für die palästinensischen und linken Kräfte durch, der aus Irak und Libyen kam. Außerdem weigerten sich die Syrer, das Gebiet südlich des Flusses Zahrani bis zum Litani-Fluß zu besetzen, das von den palästinensischen und linken fortschrittlichen Kräften kontrolliert wird.

Die Syrer waren nicht mehr bereit, gegen die linken Kräfte zu kämpfen, sie standen damit dem Ziel der Faschisten im Wege, einen reaktionären Libanon zu errichten, der mit Israel verbündet ist. Deshalb erhoben die Faschisten nach der israelischen Invasion, vor allem nachdem sich abgezeichnet hatte, daß es mit der Invasion nicht gelungen war, die palästinensischen und linken libanesischen Kräfte militärisch zu schlagen, die Forderung nach dem Rückzug der syrischen Truppen und der Einschaltung der UN–Truppen in ganz Libanon.

Schon im April starteten die Faschisten Provokationen gegen die syrischen Truppen (Angriffe vom Stadtviertel Ain al-Rummaneh aus auf syrische Truppen). Augenblicklich versuchen die Faschisten mit Unterstützung der Zionisten sich im gesamten Libanon durchzusetzen. Nach dem „Abzug" der israelischen Truppen aus dem Südlibanon (s. unten) haben sie im Südlibanon ihren Einfluß ausgedehnt, in Beirut und im Norden des Libanons provozieren sie die syrischen Truppen, um eine Voraussetzung für die Internationalisierung des Konflikts zu schaffen. Offensichtlich rechnen sie mit massiver israelischer Unterstützung, ohne die sie gegen die fortschrittlichen Kräfte und die syrischen Truppen zu schwach wären. Der Versuch der Faschistenführer Gemayel und Chamoun, einen reaktionären Libanon unter ihrer Führung zu errichten, hat jedoch die Widersprüche im faschistischen Lager verschärft. Inzwischen stellen sich auch Teile der sogenannten „gemäßigten" moslemischen Kräfte gegen die Pläne der Faschisten.

Die Situation im Südlibanon

Am 13. Juni sollten sich die israelischen Truppen aus dem Südlibanon zurückziehen. Schon vorher hatten die Zionisten die Forderung erhoben, ihre Stützpunkte nicht den UN-Truppen, wie es der UNO-Resolution 425 entsprach, zu übergeben, sondern den faschistischen Milizen. Tatsächlich wurden die wenigsten Stützpunkte den UN-Truppen übergeben, und auch nur solche, die weiter von der israelisch-libanesischen Grenze entfernt liegen. („Süddeutsche Zeitung", 14.6.78).

Alle anderen Stützpunkte, die den faschistischen Milizen „übergeben" wurden, stehen nach wie vor unter israelischer Kontrolle. Selbst die bürgerliche Presse berichtet, daß täglich israelische Offiziere in südlibanesische Dörfer kommen. Interessant ist, daß die ehemaligen Faschistenführer Haddad und Chidiac, die engstens mit den Zionisten zusammengearbeitet haben, unter Hausarrest stehen. Es hat sich inzwischen gezeigt, daß die Milizen dieser beiden nur das kleinere Kontingent faschistischer Truppen stellen, zu ihren 400 Mann kommen mindestens 2000 Mann starke Milizen, die zu der Falange-Partei und der Nationalen Liberalen Partei gehören. Sie unterstehen dem Kommando von Hasroumi, der sich klipp und klar gegen jede Übergabe der Stützpunkte an die UN-Truppen ausgesprochen hat, es sei denn, die syrischen Truppen würden zu Assad zurückkehren und die Palästinenser zu König Khaled nach Saudi-Arabien(?). („Guardian", 20.6.78). Diese faschistischen Milizen werden wie die Haddad-Milizen von den Zionisten ausgerüstet und mit Nachschub versorgt. Sie haben Haddad und Chidiac deshalb unter Hausarrest gestellt, weil sie angeblich bereit waren, mit den UN–Truppen zu verhandeln und den Anweisungen der libanesischen Regierung zu folgen („International Herald Tribune", 20.6.78). Die Festsetzung Haddads ist nur so zu verstehen, daß die Faschistenführer Gemayel und Chamoun angesichts der Auseinandersetzungen im faschistischen Lager auch die Kontrolle über die faschistischen Milizen im Süden ganz in ihre Hand bekommen wollen. Die faschistischen Milizen starten ständig Provokationen, Feuerüberfälle etc. gegen die UN-Truppen, die ihnen nicht hart genug gegen die Linkskräfte vorgehen. („Süddeutsche Zeitung", 19.6.78).

Auseinandersetzungen im faschistischen Lager

Mit der Ermordung des Sohnes des ehemaligen libanesischen Staatspräsidenten Suleiman Frangieh, seiner Familie sowie über dreißig seiner Anhänger in Ehden in Nordlibanon sind die Widersprüche und Machtkämpfe im faschistischen Lager mit aller Schärfe sichtbar geworden. Während des libanesischen Bürgerkriegs konnten die Falangisten ihren Machtbereich auch in die traditionellen Gebiete der Frangieh-Familie um Zghorta (Nähe Tripolis) ausdehnen. Ganz offensichtlich waren sie schon eifrig dabei, hier ihre Steuern von den Bewohnern einzutreiben. So wurden z.B. kürzlich vier Steuereintreiber der Falangisten in diesem Gebiet ermordet. Aufgrund der Zurückdrängung seines Einflusses hat sich Frangieh stärker zu den Syrern hingewandt, sogar an den Sitzungen der faschistischen libanesischen Front nicht mehr teilgenommen, bis er offen mit der „Front" gebrochen hat („Le Monde", 10.6.78). Der Angriff auf die Ortschaft Ehden und die Ermordung des Sohnes Frangiehs und vieler seiner Anhänger waren offensichtlich als „Denkzettel" gedacht.

Trotz der Drohungen Frangiehs gegen die Falangisten, denen er einen Rachefeldzug bis zum Tode versprach, hat Frangieh seinerseits bisher noch keine bewaffnete Aktion gegen die Falangisten unternommen. Dafür wurden in der Bekaa-Ebene (an der Grenze zu Syrien) vier Dörfer überfallen und über 30 Menschen ermordet. Bei den Einwohnern handelt es sich um griechisch-orthodoxe Melchiten, die nur teilweise zu den Anhängern Chamouns und Gemayels gehören. Am naheliegendsten ist es, daß die Falangisten selbst – die Drohungen Frangiehs ausnutzend – diesen Anschlag durchgeführt haben. Dies würde durchaus in ihre Provokationsstrategie gegen die Syrer passen, die jetzt von ihnen beschuldigt werden, das Massaker durchgeführt zu haben, um die Bevölkerung aus dem Bekaa-Gebiet zu vertreiben und um dieses Gebiet schließlich zu annektieren. Kurz nach diesem Überfall begannen die Milizen der Falangisten und der liberal-nationalen Partei ihre bewaffneten Überfälle auf syrische Truppen in Beirut, auf die die Syrer äußerst hart reagierten. Die Syrer fordern jetzt die Zerschlagung der faschistischen Milizen, besonders die der Falange-Partei, die totale Kontrolle aller Straßen, das Verschwinden der bewaffneten Kräfte und die Auflösung der Kasernen („Le Mon-
den der bewaffneten Kräfte und die Auflösung der Kasernen („Le Mon-
de", 6.7.78). Die Libanesische Front ihrerseits hat wiederum den Rückzug der syrischen Truppen und die Intervention der Großmächte im Rahmen der Vereinten Nationen gefordert. Der libanesische Regierungschef Hoss hat sich hingegen, ebenso wie die Islamische Versammlung (Sunniten) und die Front zum Schutz des Südens (Schiiten), für einen Verbleib der syrischen Truppen ausgesprochen („LM", 6.7.78). Sie fürchten mit Recht derzeit eine weitere Kräfteverschiebung zugunsten der seit Ende des Bürgerkrieges stark aufgerüsteten faschistischen Milizen, die bei einem Rückzug der Syrer zweifellos zu einem neuen Bürgerkrieg führen würde. Israel hat schon jetzt seine Unterstützung der „Christen" signalisiert. Am 6.7., während der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen faschistischen Milizen und syrischen Truppen, brausten israelische Militärflugzeuge im Tiefflug über Beirut hinweg und lösten Schrecken und Panik bei der Bevölkerung aus. Erklärt wurde diese „Aktion" von einem Regierungssprecher Israels so: Israel werde nicht untätig zusehen, *„wenn Christen vernichtet werden"*.

Im April gab uns ein Vertreter der fortschrittlichen libanesischen nationalen Kräfte in einem Interview zu den Möglichkeiten eines neuen Bürgerkrieges folgende Einschätzung:

„Keiner will den Bürgerkrieg um des Bürgerkrieges willen. Sie (die faschistischen Kräfte – AK) *könnten mit einem Bürgerkrieg bestimmte Ziele erreichen wollen. Wenn der Bürgerkrieg für sie mit dem Erledigen der bewaffneten Kräfte des palästinensisch-libanesischen Bündnisses endet, werden sie erneut in einen Bürgerkrieg gehen. Sie werden es nicht tun, außer wenn sie sicher sind, daß das Kräfteverhältnis deutlich zu ihren Gunsten ist, was nur geschehen kann entweder mit einer direkten israelischen Hilfe für sie – nicht nur im Süden, sondern auch hier – oder mit einem vollständigen syrischen Rückzug aus dem Libanon oder, indem die Syrer auf ihrer Seite kämpfen. Ohne einen dieser größeren Schritte zu erreichen, können sie nicht hoffen, daß ein neuer Bürgerkrieg mit ihrem Sieg gegen die verbündeten libanesisch-palästinensischen Kräfte endet. Sie schaffen es nicht allein, nur mit der Hilfe der Israelis und Syrer oder einem von beiden.*

Es ist heute schwierig für sie, eine syrische bewaffnete Aktion mit ihnen gegen die Palästinenser zu erreichen, es ist heute – nach Sadats Besuch in Israel – sehr schwierig. Was sie darum wollen, ist, die Syrer rauszuhalten und eine israelische Hilfe
sie darum wollen, ist, die Syrer rauszuhalten und eine israelische Hilfe
zu erhalten. Wenn sie direkte Unterstützung von Israel bekommen, können sie auch trotz der syrischen Anwesenheit kämpfen. Für sie ist die israelische Hilfe wichtiger als der syrische Rückzug...."

Nahost-Kommission



Noch immer im Südlibanon: Faschisten und Zionisten

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50

V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 15.500
Erscheinungsweise: 14 tägig
Verkaufspreis: DM 2,00
Jahresabonnement: DM 47,50
Förderabonnement: DM 60,00

Verlagskonten:
Dresdner Bank
451 8378, J. Reents und
Postscheckkonto Hamburg
240 595, J. Reents



asien



Beziehungen China — Vietnam: Vor dem endgültigen Bruch

Die Lage zwischen der VR China und der SR Vietnam spitzt sich weiter zu und hat ihren vorläufigen Höhepunkt in der vollständigen Streichung der chinesischen Hilfe für Vietnam sowie mit der Schließung dreier Generalkonsulate Vietnams in China erreicht.

Streichung jeglicher Hilfe

Zwei Tage nachdem die SR Vietnam auf ihren Antrag hin in den Comecon (RGW) aufgenommen wurde, gab die VR China die vollständige Einstellung ihrer Vietnam-Hilfe bekannt. Nach Meldung der „Süddeutschen Zeitung" wird die Hilfseinstellung *„mit der antichinesischen Politik Vietnams begründet"* („SZ", 4.7.)

Vietnam soll *„die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten ernsthaft verschlechtert, den brüderlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern geschadet, eine niederträchtige Atmosphäre der Diffamierung geschaffen und die minimalsten Voraussetzungen für den Verbleib der chinesischen Experten in Vietnam zur Fortführung der Hilfsprojekte zerstört haben"* (Erklärung Chinas, zit. nach „SZ", 4.7.) Vietnam bezeichnet die Streichung der Hilfe als eine Abkehr von internationalistischen Pflichten, wie sie vor Jahren noch von Tschou En Lai bekräftigt wurden: *„Was die Unterstützung durch das chinesische Volk für euren Kampf gegen die US-Aggression, für nationale Befreiung und sozialistischen Aufbau angeht, so ist sie unsere unerschütterliche, proletarische internationalistische Pflicht ..."* (Tschou En Lai, 1971 in Hanoi, „SWB", 22.6.78). Die Armeezeitung „Quan Doi Nhan Dan" fragt angesichts der Hilfseinstellung: *„Geben sie Hilfe an andere Staaten nicht als eine internationale Verpflichtung und als selbstlosen Akt ... sondern als einen Akt mit der Bedingung, daß er ihren strategischen Zielen dient?"* („SWB", 22.6.78). Vietnam hat bereits früher betont, daß die Beziehungen nicht abhängig gemacht werden dürfen von vorhandenen politischen Differenzen, sondern dem *„gemeinsamen Ziel, Sozialismus und Kommunismus aufzubauen"*, dienen müssen („SWB", 30.5.78). Die Streichung der chinesischen Hilfe hat erhebliche Auswirkungen für die vietnamesische Wirtschaft. So wurde bereits bei der ersten Hilfseinstellung festgestellt, daß es sich u.a. *„um zentrale Projekte für unsere nationale Verteidigung und Wirtschaft"* handelt („SWB", 19.6.78!)

Die vollständige Einstellung der Hilfe wird zwangsläufig eine gesteigerte Hilfe seitens der SU zur Folge haben. Die SU hat bereits in einem Telegramm neue Hilfsleistungen angekündigt („SZ", 4.7.).

Schrittweiser Abbruch diplomatischer Beziehungen

Ende Juni gab China bekannt, daß Vietnam seine Konsulate in Kuming, Nanking und Kanton schließen müsse. Das Konsulatspersonal müsse *„in der kürzestmöglichen Zeit abgezogen"* werden („SWB", 23.6.78).

Sind das die ersten Schritte zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen China und Vietnam überhaupt? So wie die chinesischen Führer augenblicklich zulegen, wäre auch dieser (vor)letzte Schritt nicht mehr überraschend ...

Die Frage der Evakuierung der ausreisewilligen Hoas

Seit nunmehr etlichen Tagen liegen zwei chinesische Evakuierungsschiffe knapp außerhalb der vietnamesischen Terretorialgewässer vor Anker. Bis heute liefen die beiden Schiffe nicht in die vorgesehenen Häfen ein. Begleitet wird das ganze von zahlreichen Verhandlungen und Vorwürfen. Worum geht es? Nachdem die VR China eigenmächtig die beiden Schiffe nach Vietnam schickte, nannte die SR Vietnam ihrerseits Bedingungen, unter denen die Schiffe einlaufen und ausreisewillige Chinesen aufnehmen können.

Die Bedingungen sind im wesentlichen, daß die Ausreise unter Federführung und Kontrolle der vietnamesischen Behörden stattfindet, daß die Ausreiseformalitäten von den vietnamesischen Behörden abgewickelt und mit einem chinesischen 'Arbeitsteam' koordiniert werden. So wurde von den vietnamesischen Behörden eine Liste der Passagiere für die ersten beiden Schiffe zusammengestellt; in Haiphong wurden Kais freigemacht, um für das erste chinesische Schiff Platz zu schaffen („SWB", 24.6.78). Die Schiffe liefen nicht ein – ganz offensichtlich, weil China sich weigert, die vietnamesischen Bedingungen zu akzeptieren. So fordert die VR China, daß die Passagierlisten und Ausreiseformalitäten von chinesischen Behörden durchgeführt werden und Vietnam praktisch das ganze nur noch absegnet. Die Hoa's sollen vorher mit chinesischen Pässen ausgestattet werden („SWB", 26.6.78). China besteht außerdem auf der Formulierung, es handele sich um *„verfolgte und ausgewiesene"* Chinesen – was Vietnam logischerweise ablehnt. Ein weiterer Streitpunkt sind die Anlaufhäfen. Vietnam hat zwei Häfen in der Nähe von Haiphong bzw. Ho-Tschi-Minh-Stadt zur Verfügung gestellt. China will, daß die Schiffe direkt in Haiphong bzw. Ho-Tschi-Minh-Stadt einlaufen und hier die Ausreisewilligen aufnehmen. Der hier stattfindende 'Poker' hat ziemlich handfeste Hintergründe. Für Vietnam geht es um die berechtigte Wahrung seiner Hoheitsrechte und um eine generelle Ablehnung an eigenmächtige Evakuierungen vonseiten irgendeines Staates – während umgekehrt China ganz offensichtlich das Einlaufen der beiden Schiffe als Demonstration inszenieren will.

Die vietnamesischen Genossen tun fraglos gut daran, sich auf derartige arroganten, großmachtpolitischen Manöver nicht einzulassen!

Vietnam-Veranstaltung in Hamburg

Am 30.6. fand in der Hamburger „Evangelischen Studentengemeinde" die seit Jahren erste Vietnamveranstaltung statt, organisiert vom Vietnamesischen Studentenwerk und der ESG. Trotz der gleichzeitig stattfindenden „Bunte-Liste"-Vollversammlung im Audimax kamen an die 100 Besucher.

Neben einem ausgezeichneten Film über das heutige Vietnam wurde anhand einer Dia-Serie von vietnamesischen Studenten über den Wiederaufbau in Vietnam berichtet. In der anschließenden Diskussion wurden zahlreiche Fragen angeschnitten, so die Frage des Weges im Wirtschaftsaufbau und natürlich die Frage der angeblichen Chinesenvertreibung. Aufgrund der Zeitknappheit konnten diese Fragen nicht ausdiskutiert werden, die Notwendigkeit einer neuerlichen Veranstaltung zur Diskussion dieser Fragen wurde festgehalten.

Während der Veranstaltung wurde zur Bildung einer Hamburger Vietnam-Solidaritätsgruppe aufgerufen – um in der Frage der Solidaritätsarbeit und Unterstützung des Wiederaufbaus ein Stückchen voranzukommen.

Asien-Australienkommission

Chinas Außenpolitik — Kooperation mit der Reaktion

Das Gegenstück der chinesischen Politik gegenüber Vietnam findet sich unverkennbar in den Beziehungen zu den verschiedenen reaktionären, z.T. faschistischen asiatischen Staaten sowie der ideologischen Untermauerung dieser Politik. Hier Kooperation mit den reaktionären Mächten, dort aggressives Auftreten gegen das befreite Vienam — das sind zwei Seiten einer Medaille.

In den letzten Wochen und Monaten wurden in den Beziehungen der VR-China zu den reaktionären asiatischen Staaten gewaltige „Fortschritte" gemacht. Zahlreiche gegenseitige Besuche eröffneten die diplomatischen Offensive der VR-China. Da kam Pakistans General Ziaul Haq im Dezember 77 nach Peking, Deng Hsiao-ping fuhr im Gegenzug nach Burma und Nepal. Während Thailands General Kriangsak in Peking weilte, fuhren Lis Hsien-Nien und Juang Hua nach Manila zu Diktator Marcos. Neben diesen Spitzengesprächen findet zur Zeit ein wahrer Besuchsreigen von Handels-, Kultur- und sonstigen Delegationen in China und umgekehrt in den verschiedenen Ländern statt.

Kooperation mit Asiens Pinochet

So ward dem thailändischen Faschisten versichert: *„Wir beide halten an der Linie fest, daß die Länder der Dritten Welt ihre Reihen festigen, sich gegenseitig unterstützen im Kampf gegen Hegemonismus und beim Aufbau ihrer Länder"* (Deng, lt. „SWB",3,4,78). Vorsitzender Hua geht noch ein bißchen weiter. Er *„schätzt die Außenpolitik, die Ministerpräsident Kriangsak seit seinem Amtsantritt* (immerhin war das ein faschistischer Putsch, Red.)*durchführt"* („SWB", 3.4.78).
Und noch einmal Deng:
„Mögen die Regierung u n d *das thailändische Volk fortfahren, neue Erfolge im Kampf gegen Hegemonismus, in der Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaft, beim Aufbau ihres Landes und in ihren Anstrengungen die ASEAN-Kooperation zu stärken und in eine neutrale Zone zu verwandeln, erringen"* („SWB", 3.4.78). Das ist nun wirklich nicht als „Normalisierung der Beziehungen" zu verkaufen, das ist Übereinstimmung in grundlegenden Fragen mit den thailändischen Faschisten!

Ähnlich„aufgeschlossen" ging's auf den **Philippinen** zu:
„Für viele Jahre hat das philippinische Volk unter der Führerschaft Präsident Marcos in der Opposition gegen Hegemonismus und Machtpolitik (!) nicht nachgegeben und einen unnachgiebigen Kampf zur Verteidigung der nationalen Souveränität (!!), Entwicklung der nationalen Wirtschaft (!!!) und zur Etablierung einer neuen Weltwirtschaftszone geführt, um zur Stärkung der Dritten Welt beizutragen" (so die chinesische Akademie der Wissenschaften anläßlich des Besuchs von Li Hsien Nien und Huang Hua in Manila, („SWB", 18.3.78).
Und an den Diktator Marcos gerichtet:
„Wir freuen uns, von ganzem Herzen über die Errungenschaften der Regierung und des Volkes der Philippinen" (Li Hsien Nien, lt. „Peking-Rundschau", 12/78). Ähnliche Herzenstöne auch gegenüber den Herrschenden von **Burma** und **Pakistan**. Und nach den chinesischen Wünschen sollen auch die Beziehungen zum faschistischen **Indonesien** restauriert werden („Japan Times", 13.3.78).

China unterstützt auch die Entwicklung des **ASEAN** - Paktes, einem Bündnis faschistischer Staaten (Thailand, Philippinen, Indonesien usw.) mit aggressiver Ausrichtung gegen das befreite Indochina, Vereinbarungen zu gemeinsamer Bekämpfung der Befreiungsbewegungen in den Pakt-Staaten usw.
China erklärt:
„Wir sind glücklich, feststellen zu können, daß die Beziehungen zwischen den südasiatischen Ländern schrittweise verstärkt wurden" („SWB", 6.2.78), und *„Wir sind sicher, daß, solange wie die Völker Asiens ihre Einheit stärken und in ihrem Kampf fortfahren, sie sicherlich in der Lage sind, jede Intrige des Imperialismus und Hegemomismus zum Scheitern zu bringen und größere Siege im Kampf zur Sicherung ihrer nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität gewinnen werden"* („SWB",30.1.78).

Ganz offensichtlich nimmt die VR-China den reaktionären Hauptinhalt des ASEAN-Paktes zugunsten einer „anti-hegemonistischen Wirkung" in Kauf. Nachfolgendes Zitat zum ASEAN-Pakt kam zu einem Zeitpunkt, zu dem die thailändischen Faschisten dessen Ausbau zum Militärpakt forderten:

„Indem sie ihre Einheit stärken, haben die südostasiatischen Staaten versucht, auf der Basis regionaler Zusammenarbeit sich auf ihre eigenen Kräfte zu verlassen, um der aggressiven Expansion und Einmischung der Supermächte in dieser Region zu widerstehen. Dies hat die Sowjetrevisionisten beträchtlich geärgert. Die Sowjetrevisionisten haben die Staaten pausenlos denunziert (!),indem sie behaupten, ASEAN sei eine erhebliche Gefahr in dieser Region. Diese Art der Attacke durch die Sowjetrevisionisten zeigt genau ihre Ambitionen, auf die Region ihre Hände zu legen" („Peking Home Service" nach „SWB", 19.8.77).

Das Verhältnis China-**Japan** ist logischerweise aufgrund der mehrfachen Aggressionen des japanischen Imperialismus traditionell schlecht. Speziell das neue Erstarken des japanischen Imperialismus wurde lange Zeit von den chinesischen Genossen als erhebliche Bedrohung und Gefahr eingeschätzt. So hieß es 1971: **"Zu beachten ist, daß der US-Imperialismus jetzt seine Anstrengungen verdoppelt, um den wiederbelebten japanischen Militarismus bei der Aggression gegen Asien als Stoßtrupp einzusetzen. Die japanischen Reaktionäre hegen dergleichen unersättliche Ambitionen. Wahnwitzig versuchen sie, erneut ihren alten Traum von der 'großasiatischen Sphäre des gemeinsamen Wohlstandes' zu träumen"** ("Peking Rundschau", 26/71). Ähnlich klarblikkend: *"Es muß ferner darauf verwiesen werden, daß sich die japanischen Reaktionäre seit langem für nukleare Bewaffnung vorbereiten (...). Der japanische Militarismus, sobald er wieder den alten Weg der Entfesselung eines Aggressionskrieges beschreitet, kann einen konventionellen Krieg ebensogut wie einen nuklearen Krieg anfangen"* ("PR", 26/71). H e u t e sind diese damals begründeten und nachgewiesenen Einschätzungen passe. Ausdrücklich und hochoffiziell wurde von Deng mitgeteilt, daß die Darstellung Japans *"als gemeinsamer Feind"* im Beistandspakt von 1950 zwischen der SU und VR-China null und nichtig sei (der Vertrag läuft offiziell noch bis 1980)! Die früheren Einschätzungen Japans werden damit kurzerhand revidiert. Japan wird direkt aufgefordert, eine stärkere Rolle auf der internationalen Bühne zu spielen: *"Wenn Japan sich von der Einschüchterung der grimmigsten militärischen Supermacht – der Sowjetunion – befreien und seine Kräfte mit der Dritten Welt für die Sicherung des Friedens in Asien und der übrigen Welt vereinigen will, dann sollte die japanische Regierung dem Land und der Bevölkerung entschlossen mitteilen, daß es umgehend mit China einen Friedens- und Freundschaftsvertrag abschließen wird, in dessen Text eine Anti-Hegemonie-Klausel enthalten ist"* ("Monitor-Dienst", 12.12.77). Und eben wegen der bisherigen Nichtunterzeichnung wird der reaktionären Fukuda-Regierung *"Beschwichtigungspolitik und kraftlose Diplomatie"* bescheinigt ("MD", 12.12.77). Damit ist es jetzt wohl auch vorbei, US-Präsident Carter persönlich hat sich für die Unterzeichnung der umstrittenen Klausel eingesetzt ("SZ", 24.5.78) – immerhin schafft eine solche Einreihung Japans in den Kreis der "friedliebenden Staaten" grünes Licht für weitere Aufrüstung und Militarisierung!

Die chinesischen Führer unterstützen dies unzweideutig, wenn sie feststellen, daß *"das Inselreich gleichermaßen von (sowjetischen) Hegemonialbestrebungen bedroht (ist) wie China"* (Deng, lt. "NZZ", 18.3.78) und Japan von der SU *"zu wichtigen Zugeständnissen gezwungen"* werde ("PR", 17/78).



Am Beispiel **Australien** wird noch deutlicher, worum es der chinesischen Außenpolitik in Asien geht. So heißt es anläßlich des seinerzeitigen Besuchs des australischen Regierungschefs Frazer in Peking: *"Sie (die australische Regierung, Red.) tritt für die Stärkung ihrer nationalen Verteidigungskräfte ein und befürwortet die Stärkung der gemeinsamen Verteidigung der ozeanischen Länder sowie die Förderung ihrer Beziehungen mit naheliegenden südostasiatischen Ländern. Diese Haltung half Australien, seine nationale Unabhängigkeit und Souveränität zu bewahren..."* ("Peking-Rundschau" 26/76).

In besonderer Weise wird bei Japan und Australien die imperialistische bzw. proimperialistische Aufrüstung unterstützt. Geht es bei den kleinen Staaten 'nur' um die Dekkung und Stützung der innenpolitischen Terrorpolitik, so wird bei diesen beiden Mächten unverhohlen die aggressive Kriegspolitik unterstützt. Japan geht aktuell an die atomare Bewaffnung ihrer Streitkräfte, zwischen Japan - USA – Südkorea wurde ein gemeinsames militärisches Kommando eingerichtet, Japan wird entsprechend den Abmachungen mit den USA militärische "Schutz"funktionen gegenüber Südkorea übernehmen. Australien hat inzwischen militärische "Sicherungsaufgaben" der USA im Pazifik übernommen, benutzt den US-Stützpunkt Diego-Garcia mit, in Australien befindet sich überdies die zentrale nukleare Einsatzleitstelle der US-Imperialisten für Asien!! (siehe hierzu auch Artikel im AK 131)

Asien-Australien-Kommission

80000 vietnamesische Soldaten in Kambodscha?

Ende Juni berichtete die hiesige Presse unter Bezugnahme auf eine Meldung des CIA-Senders „Stimme Amerikas" in großer Aufmachung von einer großangelegten Invasion Vietnams in Kambodscha. *„Nach Angaben aus dem amerikanischen Geheimdienst CIA beherrschen die 70 - 80.000 Vietnamesen zumindest die rund zehn Kilometer von der kambodschanisch-vietnamesischen Grenze entfernte Stadt Mimot"* („SZ", 29.6.). Die Meldungen gingen soweit, daß angeblich bereits die kambodschanische Hauptstadt Phnom Phen *„in einem Umkreis von 35 bis 40 Kilometern in der Zange"* sei („SZ", 29.6.78). Einen Tag später wurde dieser Unsinn sogar von offiziellen amerikanischen Stellen dementiert. *„Der Sprecher Hodding Carter verwahrte sich dagegen, daß zu diesem Thema veröffentlichte Meldungen der ‚Stimme Amerikas' die offizielle Meinung der USA darstellten"* („SZ", 30.6.78), der Sender wurde wegen der Falschmeldung vom US-Außenministerium *„scharf kritisiert"* („FAZ", 30.6.).

Kambodscha selber hatte bis zur Meldung des CIA-Senders „Stimme Amerikas" eine Großinvasion Vietnams nicht gemeldet, sondern hat erst n a c h dieser Meldung, nämlich am 1./2. Juli die Sache aufgegriffen! Während Kambodscha bis Ende Juni lediglich von einem „Putschversuch" (?!) und kleineren Grenzübergriffen sprach, hieß es am Wochenende, dem 1./2. Juli, plötzlich, *„die vietnamesischen Truppen seien vernichtend geschlagen worden und hätten über 3.500 Tote und Verletzte zu beklagen"* („FR", 3.7.78 und „SWB", 3. 7.). Konkretere Angaben über die Truppenstärke der angeblichen Invasionsarmee machte Kambodscha nicht.

Die zeitliche Folge der Meldungen, erst der CIA-Sender und d a n a c h der kambodschanische Rundfunksender, lassen den Verdacht aufkommen, daß Kambodscha sich hier noch schnell an eine willkommene Pressekampagne anhängt, um eigene Angriffe zu vertuschen, denn Vietnam hat die Berichte energisch zurückgewiesen und seinerseits Kambodscha laufender Grenzübergriffe beschuldigt! So berichtete die vietnamesische Nachrichtenagentur VNA am 27.6. (und auch in der Zeit davor) über zahlreiche Grenzübergriffe zwischen dem 16. und 23. Juni. Zu der angeblichen Invasion heißt es, die Meldungen seien *„falsch und völlig grundlos"* („SWB", 30.6.78). *„Allerdings haben in den letzten Tagen starke kambodschanische Militärkräfte ... Angriffe auf vietnamesisches Territorium in Tay Ninh, Long An, An Giang und Kieng Giang durchgeführt"* („SWB", 30.6.78). Nach vietnamesischer Darstellung befanden sich kambodschanische Truppen noch am 28. 6. auf vietnamesischem Boden („SWB", 1.7.).

Die vietnamesische Darstellung liegt auch aus anderen Gründen näher als diese CIA-Propaganda.

Putsch in Kambodscha?

Bevor die kambodschanischen Behörden in die Invasionspropaganda einstiegen, hatten sie Vietnam vorgeworfen, in Kambodscha einen Putsch versucht zu haben. *„Dieses Mal wurde der Putschplan vom Politischen Büro der KP Vietnams und der vietnamesischen Regierung nach ihren schweren Niederlagen und den militärischen Angriffen ... ausgearbeitet"*, heißt es in der kambodschanischen Erklärung vom 25.6.78 . Es werden sechs vietnamesische ZK-Mitglieder genannt, die den Putsch angeblich *„in Kollaboration mit dem CIA"* durchgeführt haben. Wie bei allen derartigen Anschuldigungen gegen Vietnam zuvor unterläßt Kambodscha konkrete Angaben. Da diese Vorwürfe absolut absurd sind, liegt die Vermutung nahe, daß es in Kambodscha selbst zu erheblichen Unruhen gekommen ist. Zu diesen Schlüssen kommt wenigstens Vietnam: **„Während seiner ‚Alliierten-Such-Reise' , die einen Stop in China am 24.6. beinhaltete, hielt Ieng Sary** (der Außenminister und stellvertretende Ministerpräsident Kambodschas – Anm. AK) **eine Konferenz über die angebliche Kooperation zwischen Vietnam und dem CIA beim Putsch zum Sturz des Demokratischen Kampuchea ab. Diese Legende wurde ebenfalls in einem Kommunique des Sprechers des kampucheanischen Propaganda- und Informationsministeriums vom 25.6. gemeldet. Sind die kambodschanischen Machthalter verrückt? Ihre Behauptungen sind wirklich eine Farce, über die man sich wegen ihrer Absurdität und Unsinnigkeit nicht halten kann vor Lachen.**

Unter einer faschistischen Regierung, die den Völkermord zur nationalen Politik erhoben hat, ist ein öffentlicher Aufstand keine Überraschung. Es würde im Gegenteil wundern, wenn die Menschen ihre Köpfe hinhalten und ihren Führern erlauben, sie niederzuschießen... Es ist klar, daß schlechte Politik widrige Folgen hat" („SWB", 28.6.).

In einer einen Tag später erschienenen Erklärung heißt es: *„Diese reaktionäre Politik der kambodschanischen Regierung hat dem kambodschanischen Volk große Verluste gebracht, läuft den nationalen Interessen des kambodschanischen Volkes zuwider, unterminiert die traditionelle Solidarität und Freundschaft zwischen Kambodscha und Vietnam und gefährdet Frieden und Sicherheit in Südostasien. Sie dient nur den internationalen Reaktionären, die expansionistische Ambitionen in dieser Region hegen. Hier liegt auch der Grund, warum die kambodschanische Regierung mit wachsender Opposition von der Bevölkerung in ihrem Land zu tun hat..."* („SWB", 29.6.). In ähnlicher Richtung geht die Tatsache, daß ehemalige Kader der kambodschanischen KP über den vietnamesischen Rundfunksender Aufrufe zum Sturz des Regimes verlesen.

Asien-Australien-Kommission



Bullen verhindern Großdemo in Sanrizuka

Am Sonntag, dem 2.7.78, fand unter Beteiligung von rund 15.000 Bauern, Arbeitern und Studenten zum ersten Mal nach der Eröffnung des Flughafens Narita eine nationale Großkundgebung und -demonstration in Sanrizuka statt. Auf der rund 4 Stunden dauernden Kundgebung herrschte zwar einerseits eine recht kämpferische Stimmung, doch andererseits herrschte auch Unsicherheit über den Ablauf der nächsten Stunden. Vor allem war völlig unklar, welche Demonstrationsroute genommen wird, ob direkt am Flughafengelände entlang, was verboten worden war, oder in "sicherem " Abstand vom Flughafen. Auf einer Vollversammlung der Oppositionsliga der Bauern, die vor und noch während der Großkundgebung abgehalten wurde, beschloß man schließlich, trotz der Konfrontationsgefahr mit den Bullen den direkten Weg zu nehmen! Somit wurde die Demonstrationsroute erst im allerletzten Augenblick bekanntgegeben. Doch gleich nach etwa 200 m standen an einer Straßenkreuzung, von der der "direkte Weg" und der Umweg abzweigen, die Hundertschaften der Bullen mit Wasserwerfern und Panzerwagen. Da ein Durchkommen ohne Blutbad nicht möglich gewesen wäre, führte man zunächst ein zweistündiges Sit-in durch. Von den Bullen wollte man sich die Demonstrationsroute nicht vorschreiben lassen. Schließlich beschloß man, geschlossen zum Kundgebungsplatz zurückzugehen und dort eine Abschlußkundgebung abzuhalten. Doch nach Brokdorfer Muster griffen die Bullen die zurückmarschierenden Demonstranten von hinten an. Dabei kam es zu zahlreichen Verletzungen und 44 Verhaftungen.

Im Verlaufe des Tages wurden zwei weitere Aktionen gemeldet, die während der Kundgebung stattfanden: Am Südende der Landebahn hatten Demonstranten zwei Fesselballons bis in 600 m Höhe hochsteigen lassen sowie alte Reifen in Brand gesetzt, so daß der Flugverkehr etwa für 1 Std. lahmgelegt werden konnte.

gesetzt, so daß der Flugverkehr etwa für 1 Std. lahmgelegt werden konnte.

An einer anderen Stelle versuchten einige mit einem Lieferwagen und mit Brandbomben das Flughafentor Nr. 9 zu stürmen. Dabei raste der Lieferwagen in eine von den Bullen errichtete Straßensperre und geriet in Brand. Hierbei wurden weitere 6 Leute verhaftet.

Die Großkundgebung am 2.7. markierte nach Aussagen der Oppositionsliga einen ersten Höhepunkt des am 5.6. ausgerufenen 100tägigen Kampfes gegen die Inbetriebnahme des Flughafens. Vorausgegangen waren viele Einzelaktionen, insbesondere an den Wochenenden:

- 10.6. Drei Fesselballons und der schwarze Rauch von brennenden Reifen legten den Flugverkehr für etwa 20 Minuten lahm.
- 11.6. Rund 500 Leute demonstrierten in einem Fackelzug in Sanrizuka bis tief in die Nacht.
- 14.6. Rund 600 Flughafengegner gaben in einem Schweigemarsch in Sanrizuka dem ermordeten Genossen Niiyama sein letztes Geleit.
- 17./18.6. Wochenendaktionen mit Fesselballons, Drachen und Reifenbrände, jedoch wirkungslos.
- 25.6. Traktor-Demo in Sanrizuka mit rund 120 Bauern.
- 28.6. In einer Kläranlage, die den Flughafen sowie rund 100.000 Haushalte der Umgebung versorgt, wurde in einem der Wasserbecken schweres Öl (sechs 18 Liter Plastikbehälter wurden aufgefunden) und Insektenvertilgungsmittel (etwa 12 kg) aufgefunden. Obwohl keiner gesehen wurde, behauptet die Polizei, daß es 10 Extremisten gewesen seien, ferner soll sich dieser Anschlag bereits am späten Nachmittag des Vortages ereignet haben. ("Japan Times", 30.6.78) Auf der Kundgebung am 2.7. distanzierte sich die Oppositionsliga von solchen Aktionen; Angriffe auf Unschuldige sei nicht die Politik der Flughafengegner.

Asien-Australien-Kommission

Aufruf der Oppositionsliga zur nationalen Demonstration am 2.7.

Am Südende der Landebahn in Shibayama, Iwayama Bezirk, stehen rund 40 Bauernhöfe. Schon 30 Tage sind vergangen, seitdem uns ein Dasein aufgezwungen wurde, in dem von 6 Uhr in der Früh bis tief in die Nacht um 11 Uhr ein mörderischer Lärm von 100 Phon herrscht. Es ist nicht nur der Lärm an sich, vielmehr müssen alte Leute und Kinder in dieser brutalen Umwelt ihren Alltag verbringen, und gleichzeitig wird die Landwirtschaft weiter betrieben. Ein Bauer sagte, "Wenn ein Flugzeug kommt, hebt sich der Tatami (Strohmatte, Anm. AK) ab!" Bereits ein 80 Jahre alter Mensch ist wegen Schlafmangel zusammengebrochen, bei einem 4jährigen Kind tauchten Verweigerungsreaktionen auf, manchmal treten sogar Erscheinungen von geistigen Störungen auf, so daß die Eltern sich ernste Sorgen machen, das ist die wahre Sachlage in 2 km Entfernung vom Ende der Landebahn.

Ferner wird berichtet: Auf der Ostseite in der Ortsgemeinde Kinone, wo die geplante Baustelle der 2. Bauphase liegt, dauern manchmal die Triebwerkstestläufe bis 3 Uhr in der Früh an. Dabei vibrieren die Fenster und Türen, so daß ein menschenwürdiges Wohnen unmöglich ist. So gärt die Wut gegen diese Unmenschlichkeit der Lärmverursacher.

Nachdem die Regierung und die Flughafengesellschaft öffentlich erklärt hatte, daß alle Vorkehrungen zur Eröffnung (des Flughafens, Anm. AK) getroffen seien, führten sie die Eröffnung mit Gewalt durch.

Aber wie sieht es jetzt aus?

Ob auf der Südseite oder auf der Nordseite der Landebahn, ob in Kinone und im Sanrizuka-Gebiet oder in der Stadt Sanrizuka und in Oshimizu, d.h. auf beiden Flanken, Tag und Nacht wird ohne Unterlaß der menschliche Körper verletzt und das Alltagsleben beeinträchtigt. Das ist aber noch nicht alles. Die Häufung von "Beinahe-Zusammenstößen" (der Luftraum über Narita ist wegen der Überschneidungen mit den Flugkontrollzonen des rund 40 km entfernten Hyakuri Militärflughafens und des rund 80 km entfernten Flughafens Haneda sehr verkehrsreich und gefährlich, Anm. AK), die anfängerhaften Planungsfehler bei den Treibstofftransporteinrichtungen, die bereits erwiesen sind, oder das meteorologische Datenmaterial, das ein reiner Schwindel war (es kam bereits häufig zu starker Nebelbildung in Narita, Anm. AK), kennzeichnet dies nicht alles die wahre Sachlage? Was die Oppositionsliga bis zum heutigen Tag wiederholt gesagt, ist nun nach der gewaltsamen Eröffnung Wirklichkeit geworden, der Sanrizuka Flughafen ist ein gefährlicher und unsicherer Flughafen.

Wir, die eine Eröffnung nach Kräften zu verhindern versuchten, können heute rückblickend sagen, daß wie genau den richtigen Weg gegangen sind. Für die kommenden Kämpfe ist es klar, daß wir keinen Fingerbreit für die 2. Bauphase abtreten werden, und bis der Flughafen, der das Elend im Leben der Bevölkerung verursacht hat, vollständig beseitigt ist, wollen wir in der Überzeugung, mit neuen Kräften einen neuen Anlauf nehmen zu können, alle Kräfte sammeln und den Kampf fortführen.

Mit der Bitte, den wahren Hintergrund unseres 100tägigen Kampfes (der der Verstärkung der Agitation gegen den Flughafen dienen soll, Anm. AK) gegen den Flughafenbetrieb zu verstehen, machen wir diese Fronterklärung bekannt und rufen hier die örtliche Bevölkerung und die Bevölkerung ganz Japans dazu auf, zur Großkundgebung und -demonstration am 2.7. zu kommen und zusammen mit der Oppositionsliga gemeinsame Aktionen durchzuführen.

19.6.1978

Streikverbot für öffentlich Bedienstete soll weiterhin aufrecht erhalten werden

Ein Regierungsausschuß zu Grundfragen von Öffentlichen Körperschaften legte am 19.6. der japanischen Regierung eine Studie vor, nach der den Bediensteten der acht öffentlichen Körperschaften und Staatsunternehmen das Streikrecht weiterhin versagt bleiben soll. Der Ausschuß kam zu diesem Ergebnis nach Berücksichtigung *„einer bemerkenswerten Verhärtung der Volksmeinung gegen häufige, illegale Arbeitsniederlegungen durch Arbeiter im öffentlichen Sektor, ihrer ideologischen Exzesse und des hohen Stands der Arbeitsplatzsicherheit und der vergleichsweise guten Löhne"* („Japan Times", 21.6.78). Daß hier ausschließlich die Interessen der Privatindustrie vertreten wurden, geht aus der Begründung des 12köpfigen Ausschusses hervor, in dem die Vertreter der Privatwirtschaft zahlenmäßig dominierend waren:

- die Öffentlichen Körperschaften und Unternehmen erfüllen lebensnotwendige Dienstleistungen für das gesamte Volk;
- das Management dieser Unternehmen ist durch Gesetze und durch die Fiskalpolitik der Regierung gebunden (Streiks seien daher unwirksam);
- Streiks würden eher den Wirtschaftsablauf insgesamt stören als ein Gleichgewicht (= Ordnung) schaffen.

Allerdings sollte die Entscheidung über das Streikrecht durch die Legislative entschieden werden.

Gerade dagegen kämpfen die japanischen Arbeiter im Öffentlichen Dienst seit 20 Jahren, da das Streikrecht in der japanischen Verfassung verankert ist. Doch zur Erhaltung des Staates ist die Verfassung beliebig interpretierbar. Trotzdem nehmen die öffentlich Bediensteten in Japan seit Jahrzehnten ihre Grundrechte wahr, und zwar ungeachtet der massiven Disziplinarstrafen. Nachdem gegen 5.548 Eisenbahner harte Disziplinarmaßnahmen wegen der Streiks Ende 1977 und während der diesjährigen Lohnoffensive angekündigt worden waren(über 2.000 mehr als im Vorjahr), hat das japanische Telegraphen- und Telefonamt gegen 6.425 Arbeiter und Angestellte Disziplinarstrafen verhängt. Bei der Japan Tabak- und Salzgesellschaft (öffentliches Unternehmen) wurden 771 Arbeiter diszipliniert. Gegen diese Beraubung ihrer Grundrechte protestierten am Abend des 19.6. in einer Demonstration durch die Tokioter Innenstadt rund 18.000 Arbeiter („Yomiuri Shinbun", 20.6.78).

Asien-Australien Kommission



Oma Iwasawa, die am nächsten zum Flughafen wohnt und am stärksten betroffen ist (wohnt direkt am Südende der Landebahn, wo auch die Iwayama-Festung – jetzt Gedenkstätte – ist.)



lateinamerika

Argentinien: Fußball ja – Folter nein!

So mies die WM auf den Spielfeldern auch gelaufen ist (einziger Lichtblick, daß Berti & Co. gerade noch rechtzeitig rausgeflogen sind), so erfreulich ist doch insgesamt der Verlauf der Solidaritätskampagne in der BRD.

In fast allen Ecken der BRD sind Solidaritätsturniere, Veranstaltungen, Konzerte, Straßen- und Flugblattaktionen gelaufen, und es ist geglückt, insbesondere unter Jugendlichen eine relativ breite Öffentlichkeit über die Lage in Argentinien herzustellen. Hier noch ein – sicherlich unvollständiger – Überblick über einige Solidaritätsaktionen:

+ In Westberlin kamen 1.500 Menschen zu einer Veranstaltung mit der Theatergruppe „Pfeffer und Salz" und den „Schmetterlingen". 2.500 DM wurden für die Gewerkschaften im Widerstand (CGTR) gesammelt.
+ In Münster nahmen acht Mannschaften an einem Solidaritäts-Fußballturnier teil, außerdem lief die Ausstellung „Fußball ja – Folter nein" und eine Informationsveranstaltung. Bei dem Spiel der Zweitligisten Preußen-Münster gegen Lüdenscheid wurde ein Transparent entrollt: „Argentina '78 – Menschenrechte im Abseits". Die Ordner, die Jagd auf das Transparent machten, wurden mit Hilfe einiger Fans zurückgewiesen. Eine Frau, die die Ordner fotografierte, wurde im Polizeigriff abgeschleppt, mußte ihre Personalien angeben, und der Film wurde ihr abgenommen. Ganz im Geiste des DFB weigert sich der Vorstand von Preußen-Münster bis heute, den Film herauszugeben. Das Verhalten der Ordner entspreche den Bestimmungen des DFB – leider nur zu wahr.
+ Ein sehr erfolgreiches und mit 14 Mannschaften überraschend gut besuchtes Turnier mit Büchertisch und Information am Rande wurde von Jugendlichen aus Harburg und Wilhelmsburg (Hamburg-Süd) organisiert.
+ Ebenfalls sehr erfolgreich war das Turnier mit anschließendem Turnierfest in Duisburg. In einer WM-Zeitung „kicker" wurde über Fußball und Folter informiert.
+ Besonders gelungen war ein Bild-Extrablatt, das irgendwo auftauchte, mit der Überschrift: „Rechtsaußen – Problem gelöst! Oberst Rudel eingetroffen!" „Der sympatische, bescheidene Ersatzmann der 33er Elf!"

Außerdem gab es Aktionen und Veranstaltungen in Stuttgart, Tübingen, Bad Pyrmont, Niebüll, Schleswig-Holstein usw.

So weit so gut! Ein aktuelles lohnendes Ziel der Fußball ja – Folter nein Kampagne wäre jetzt, an den Sesseln der DFB-Mafia, der Neubergers und ihrer Rudel-Freunde zu sägen.

Bundesregierung will Kuhhandel – und amnesty?

Weniger erfolgreich war die Kampagne (natürlich) bezüglich der an die Bundesregierung gestellten Forderungen, vor allem die Aufnahme von 500 politischen Gefangenen aus Argentinien in der BRD.

Nachdem die SPD/FDP-Regierung gegenüber amnesty zunächst eine Zusage gemacht hatte, sollen jetzt nur noch 400 Personen (nicht Gefangene) aufgenommen werden und das noch anstelle von chilenischen Gefangenen, für die 400 „Plätze" vorgesehen waren (vergleiche AK 132).

Auf einem Auswertungsseminar der Argentinienkampagne Anfang Juli haben die anwesenden Solidaritätsgruppen beschlossen, die Kampagne mit dem WM-Schlußpfiff nicht zu beenden, sondern so massiv wie möglich auf die Verwirklichung der Forderungen zu dringen. Eine Briefaktion an die Bundesregierung und die Konferenz der Innenminister läuft dazu an, eine weitere Öffentlichkeitsarbeit soll dazu entwickelt werden.

Recht undurchsichtig ist in der ganzen Sache die Rolle von amnesty.

Unbestritten ist, daß die aktive Beteiligung von amnesty an der Kampagne erheblich zur Verbreiterung der Öffentlichkeit beigetragen hat und damit ein wertvoller Beitrag zur Argentinien-Solidarität war. Andererseits hat amnesty nie darauf hingewiesen, daß über 200 Solidaritätsgruppen die Argentinienkampagne getragen haben, damit wurde der gängigen Haltung von Regierungsstellen und Presse Vorschub geleistet, die es vorziehen, über Forderungen der renommierten Hilfsorganisation amnesty international zu berichten, als Forderungen von „zweifelhaften" und womöglich „chaotischen" Solidaritätsgruppen aufzugreifen.

Heikel wird es aber bei dem Problem der Aufnahme von 500 politischen Gefangenen. In einer Pressemitteilung vom 29.6. berichtet amnesty, daß ihre Petition mit 52.899(!) Unterschriften dem Bundeskanzler überreicht wurde. In einem Begleitschreiben wird bedauert, daß immer noch keiner der Fälle von verschwundenen Deutschen in Argentinien geklärt werden konnte und keine genaueren Informationen über die Todesumstände von Elisabeth Käsemann beschafft wurden. Darüberhinaus die Bitte, sich für die Aufnahme von 500 politischen Gefangenen einzusetzen. *„Es ist für die BRD beschämend"*, heißt es, *„wenn schon seit Monaten darüber diskutiert wird, ob nun 400 oder 500 Verfolgte bei uns aufgenommen werden, ob man Frauen und Kinder in dieser Quote mitzählt oder von ihr abzieht, was bedeuten würde, daß nur etwa hundert Verfolgte gerettet werden könnten."*

Ganz anders stellt sich die Haltung von amnesty allerdings nach Informationen der ila dar. Danach soll der amnesty-Vorstand den Kuhhandel der Bundesregierung (400 Argentinier anstelle von Chilenen) gebilligt haben, weil dies die einzige Chance sei, kurzfristig argentinische Gefangene herauszuholen. Und was wird aus den Chilenen, die für eine Ausreise vorgesehen waren?

Das Argument: Es ist immer noch besser, einige wenige aus den KZs rauszuholen als niemanden, zieht in diesem Falle überhaupt nicht, weil damit lediglich Argentinier gegen Chilenen ausgespielt werde. Dabei ist es sowieso ein Hohn, auf unseren „demokratischen Rechtsstaat", daß die Einreisequoten für politische Flüchtlinge aus Lateinamerika dermaßen begrenzt sind, daß um Zahlen gefeilscht wird wie auf dem Viehmarkt, daß der Verfassungsschutz in Zusammenarbeit mit chilenischen Behörden die chilenischen Flüchtlinge überprüft, daß sie hier in ihren Rechten auf freie Meinungsäußerung und politische Betätigung beschränkt werden.

Die Forderungen nach Einreiseerlaubnis für Argentinier und Chilenen sollte möglichst massiv weiter vertreten und auch mit möglichst vielen amnesty-Gruppen diskutiert werden, die sicher nicht alle hinter dem „pragmatischen" Vorgehen ihres Vorstandes stehen.

Für die Fortsetzung der Argentinien-Solidarität!
Für die unbegrenzte Aufnahme politischer Flüchtlinge aus Argentinien, Chile und Lateinamerika.

Lateinamerika-Kommission

Peru: Informationen vom Widerstand



In der Vorbereitung der Wahlen vom Juni '78 hatte die stark zersplitterte peruanische Linke es geschafft, sich in Bündnisblocks zusammenzuschließen und die Zusammenarbeit und Aktionseinheiten, die auf gewerkschaftlicher Ebene seit einiger Zeit entwickelt werden, auch auf der Ebene der politischen Organisationen zu beginnen. Inzwischen liegen die genaueren Wahlergebnisse vor (aus „El Pais", 21.6.78):

Danach erhielt die Linke insgesamt über 30% der Stimmen.

Darunter erhielt der trotzkistische Block die meisten Stimmen, (FOCEP, Arbeiter-, Bauern-, Studenten- und Volksfront, rund 428 000 Stimmen, 12 Sitze), darauf folgt die KP Perus, mit rund 213.000 Stimmen und 6 Sitzen, gefolgt von der UDP mit gut 157.000 Stimmen und 4 Sitzen (UDP, Demokratische Volkseinheit, getragen von verschiedenen revolutionären Organisationen wie Vanguadia Revolutionaria, Bauern- und Gewerkschaftsverbänden, die bemüht ist, die ehrlichen Teile der KP und demokratische Kräfte für eine Zusammenarbeit zu gewinnen).

Die PSR (Partei der reformerischen Militärs, die den Kurs des ehemaligen Präsidenten Velasquo Alvarado vertreten), erhielt 6 Sitze und die Christliche Linke 2.

Dies sind beachtliche Erfolge, wenn auch die Rechte (APRA und PPC) mit über 2,2 Millionen Stimmen und 63 Sitzen in der Verfassungsgebenden Versammlung die eindeutige Mehrheit erringen konnten.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß in den Wochen vor den Wahlen mit „chilenischen und argentinischen Mitteln" gegen die Streiks und Demonstrationen der Massen und gegen den Wahlkampf der Linken vorgegangen wurde. Zahlreiche Kandidaten und Funktionäre der Linken wurden verhaftet und zwangsdeportiert. Noch am Tage der Wahl wurde der Spitzenkandidat der FOCEP, der in die Verfassungsgebende Versammlung hineingewählt worden war, nach Argentinien (!) ausgewiesen.

Wir veröffentlichen im folgenden Teile aus einem Brief von politischen Gefangenen von FOCEP, UDP und anderen Organisationen, der im Mai aus dem Staatssicherheitsgefängnis geschmuggelt werden konnte und uns von der Peru-Gruppe Westberlin zugeschickt wurde; ebenso noch einen genaueren Überblick über die Repressionmaßnahmen, die auf den Generalstreik vom 22./23. Mai folgten.

Lateinamerika-Kommission

Repression nach dem Generalstreik

Über die Folgen des Generalstreiks liegen inzwischen genauere Angaben vor (siehe AK Nr. 130).

„Die Repression an den beiden Streiktagen war von größter Brutalität. Die offiziellen Angaben schwanken je nach Bericht der Radiosender oder Regierungszeitungen. Aus zuverlässigen Quellen ist jedoch bekannt, daß 68 Personen getötet wurden. Mindestens 5.000 Personen sind im ganzen Land verhaftet worden. 17 Personen sind deportiert worden. Darunter befinden sich 6 Militärs der linksreformistischen PSR-Partei sowie wichtige Führer und Mitglieder des Exekutiv-Komitees der UDP und FOCEP, der beiden linksrevolutionären Fronten, die aus dem Bündnis mehrerer Parteien entstanden sind. Die UDP hatte in den letzten zwei Monaten sehr viel Sympatie innerhalb der breiten Bevölkerung gewonnen, besonders der Armen.

Eine Reihe von Gefangenen ist inzwischen in das berüchtigte Dschungelgefängnis El Sepa überführt. Die Suche nach gewerkschaftlichen und politischen Führern geht weiter. Täglich werden weiterhin Menschen verhaftet.

Angesichts dieser Situation, rufen das Peru-Komitee Westberlin und die Arbeitsgruppe Peru der AELA-Hamburg, zur Unterstützung des Widerstands in Peru auf. Wir machen der Öffentlichkeit bekannt, daß wir den Kampf der peruanischen Bauern und Arbeiterklasse gegen die Militärdiktatur aus der BRD tatkräftig unterstützen. Wir stützen uns in unserer Arbeit auf die Prinzipien der Internationalen Solidarität.

Solidarität mit dem peruanischen Widerstand!

Spenden: Angelika Kopecny
Postscheck Berlin
Konto-Nr. 380 343-103
Stichwort: Widerstand in Peru

Erklärung der politischen Gefangenen

An die Arbeiterklasse, das peruanische Volk und die Weltöffentlichkeit

Wir willkürlich in einer großen, landesweiten Razzia verhafteten Politiker und Gewerkschafter geben hiermit bekannt:



Polizeieinsätze gegen Demonstranten im Mai 78. Ergebnis: über 60 Tote, 4000 Verhaftete

Es folgt eine Anklage gegen die Militärregierung, die Preiserhöhungen und Verhängung des Ausnahmezustandes und eine Solidaritätserklärung mit dem Generalstreik. Weiter heißt es:

Wir entlarven unsere Verhaftung als ein Manöver der Regierung, welches die wirklichen Ursachen für den Protest des Volkes vertuschen will, indem es einige „Agitatoren" als verantwortlich stempelt.

Wir wollen hiermit die Verlogenheit der bürgerlichen Demokratie und den Charakter des gegenwärtigen Wahlkampfes unter Beweis stellen, während den Parteien, linken Wahlbündnisse und Kandidaten verfolgt und gewaltsam zum Schweigen gebracht werden.

Wir protestieren gegen unsere unmenschlichen Haftbedingungen: Wir schlafen auf Zementboden, haben keine Decken, wir bekommen äusserst schlechte Nahrung, befinden uns in Isolierhaft und haben kein Recht, Familienbesuch zu empfangen.

Wir rufen dazu auf, die Einheit und den Kampf der linken Organisationen zu stärken, damit es uns gelingt, den reaktionären und gegen die Volkskämpfe gerichteten Angriffe zu zerschlagen.

Es leben die Volkskämpfe!
Nieder mit den Hungermaßnahmen!
Es lebe der Generalstreik!

Lima, den 20. Mai 1978

Genaro Ledesma (FOCEP)
Javier Diez Canseco (UDP)
Jorge Davila Cavero (FUT-UDP)
Ricardo Letts (UDP)
Hugo Blanco (FOCEP)
Jorge Nieto (PCR-UDP)
Ricardo Napuri (POMR)
Elias Soto (Führer der Poblaciones)
Gerardo Medina Frias (Arbeiter)
Miguel Rincon (PC-Mayoria) UDP
Julio Alvarez (PC-Mayoria) UDP
Cesar Levano (PC-Mayoria) UDP

Erklärung eines ehemaligen DINA-Agenten

Großes Aufsehen erregt inzwischen die Erklärung des ehemaligen DINA-Agenten Juan Rene Munoz Alarcon, die er bereits im Juni 77 abgab, die aber erst jetzt an die Öffentlichkeit gelangte. Besondere Bedeutung hat diese Erklärung, weil sie Enthüllungen über die „Arbeit" der DINA und eindeutige Beweise gegen die berüchtigte deutsche Kolonie Colonia Dignidad liefert.

Überraschend ist zunächst auch, daß sie im regierungstreuen „El Mercurio" im Wortlaut abgedruckt wurde („FR", 6.7.78). Munoz Alarcon war Mitglied der Gewerkschaft der Kupferarbeiter, nationaler Führer der CUT und leitendes Mitglied der PS, aus der er 1973, wenige Monate vor dem Putsch, wegen nicht näher bezeichneter Widersprüche austrat.

„Ich ging, weil ich mit einigen Dingen nicht einverstanden war." In der folgenden Situation der Isolation und angeblich auch Verfolgung durch seine ehemaligen Genossen fand er Anschluß an rechte Kreise, vor allem Carlos Aston, den heutigen Generalkonsul von Chile in Südafrika (!). Nach dem Putsch identifizierte er die ehemaligen Genossen für die DINA im Nationalstadion. *„Ich machte das damals freiwillig, weil ich in einer Rachestimmung gegen diejenigen war, die meine früheren Genossen gewesen waren, aufgrund der Verfolgung, der ich durch sie ausgesetzt gewesen war. Die Sicherheitsdienste verpaßten mir eine Kapuze und führten mich durch die verschiedenen Abteilungen, wo die Verhafteten waren. Ich erkannte ziemlich viele Leute wieder. Viele von ihnen starben und ich bin der Verantwortliche für ihren Tod..."*. Seine Erklärung übergab Munoz dem Solidaritätsvikariat der katholischen Kirche in Santiago, wenige Wochen später wurde er ermordet und mit Spuren von Folter aufgefunden. Das Vikariat übergab die Erklärung dem Richter, der mit der Aufklärung der Todesum-

Forsetzung auf Seite 54

Fortsetzung von Seite 53

stände befaßt war. Sie wurde nie veröffentlicht, es gab nur kurze Meldungen, darüber, daß eine solche Erklärung existiert. Der Tod von Munoz wurde als normaler Kriminalfall zu den Akten gelegt.

Munoz scheint versucht zu haben, aus der Umklammerung durch die Geheimdienste wieder herauszukommen. „*Aber später versuchte ich wieder auszusteigen. Es war umsonst, denn wer einmal drinnen ist, für den gibt es kein Zurück mehr.*" Oder zum Schluß der Erklärung: „*Ich meine, daß es notwendig ist ..., daß man dem Monster der DINA entgegentreten muß.*" In diesem Zusammenhang ist wohl die Abgabe der Erklärung zu sehen. Der MIR hat die Erklärung im Juni 78 im Wortlaut veröffentlicht.

Zur „Arbeit" der Geheimdienste

Um Menschen verschwinden zu lassen hat die DINA ein ausgefeiltes System entwickelt: „*Wenn sie eine Person gefangen nehmen, gebe ich dann z.B. meinen Namen; ich bin also eingebuchtet: Juan Munoz Alarcon. Sie fertigen einen falschen Ausweis an und tragen Francisco Lopez Aguirre ein, und wenn ein Haftprüfungsantrag gestellt wird, wird der Name zu keinem Zeitpunkt genannt. In Wirklichkeit ist die Person verhaftet... Es werden alle seine echten Dokumente verbrannt und nur Fälschungen vorgelegt. In einigen Fällen wird angegeben, daß sie das Land schon verlassen haben. In der Tat waren sie auch außer Landes, wurden jedoch im Flugzeug wieder zurückgeschafft. In anderen Fällen ... fertigten sie falsche Papiere für einen DINA-Mann an, der dann mit den Papieren auf den Namen des richtigen Mannes das Land verläßt, was offiziell registriert wird, danach wird der andere umgebracht.*"

Neben der — inzwischen durch die CNI abgelösten — DINA gibt es nach Munoz' Bericht weitere „*fünf Gegenaufklärungsdienste mit geheimem Apparat wie SIFA, SICAR, DIENE und die Informationsabteilung der politischen Polizei*". Munoz hat ohne Ausnahme in allen gearbeitet. Genauso funktioniert die Zusammenarbeit der lateinamerikanischen Geheimdienste. „*Zum jetzigen Zeitpunkt arbeiten 50 Prozent der DINA in Venezuela, Kolumbien, Frankreich, Schweden und Italien, also Kaderoffiziere, keine zivilen Mitarbeiter. Zivile Mitarbeiter ergänzen diese in Chile...*"

„*In diesem Moment gibt es im Land eine Todesschwadron, welche vom Hauptmann Rolando Larenas kommandiert wird, Offizier der Artillerie ... Dieser Mann unterhält Beziehungen mit den Geheimdiensten Brasiliens, Argentiniens und Uruguays, die ungehindert innerhalb des Landes agieren. So sind 50 % der Autos mit argentinischen Nummern, die an den verschiedenen Grenzübergängen als Touristen hereinkommen, in Wirklichkeit Autos des argentinischen Geheimdienstes; sie arbeiten in Gruppen mit unserem Geheimdienst zusammen. Die Arbeit dieses Dienstes besteht in der Menschenjagd im Ausland, um sie dann hier- und dahin zu verschleppen und schließlich tauscht man auch Gefangene aus; dies alles mit Erlaubnis und Zustimmung des Präsidenten der Republik, der Chef all dieser Dinge ist...*"

Kurz eingegangen wird dann noch auf die Arbeit von CIA-Vertretern in Chile, die im wesentlichen über die US-amerikanische Botschaft und auch in Zusammenarbeit mit Kollaborateuren läuft.

Zentrum des Geheimdienstes — Colonia Dignidad

„*Ich wurde zur Colonia Dignidad gebracht. Dort ist ein Übungszentrum des Geheimdienstes in Betrieb, das von Deutschen geleitet wird, die jedoch als Chilenen naturalisiert sind ... Sie haben ein regelrechtes Regiment in der Colonia Dignidad, wo es ein Krankenhaus gibt..., wo es Rettungsflugzeuge und Postflugzeuge und unterirdische Gefängnisse gibt. Dort bereitete ich mich darauf vor, Leute zu verhören und Aufgaben der Gegenaufklärung durchzuführen...*"

Und weiter:

„*Ich war beim Verschwinden von einigen Personen beteiligt, die in der Colonia Dignidad sind. Im Moment gibt es 112 Personen in der Colonia Dignidad. Einige sind alte Führer der verschiedenen Parteien der UP. In Santiago, dort in Penalolen, in Colonia ist der Rest. Es sind ungefähr 145. Die Übrigen sind alle tot. Sie wurden in Peldehue durch den Exekutionsapparat der DINA umgelegt, der von Fernando Cruzat kommandiert wird.*"

„*Die errichteten Orte, die ich deswegen noch einmal wiederhole und die man als Übel angreifen muß, sind die Colonia Dignidad, Colina und Penalolen ... die Verschwundenen sind an diesen drei Orten... Viele von ihnen* (von den Gefangenen, Red.) *sind in schlechter körperlicher Verfassung, am Rande des Schwachsinns aufgrund der an ihnen vollzogenen Folter, eine harte Sache. Ich beziehe mich hier besonders auf Carlos Lorca, auf Ponce, den Chef der Inlands-PS und den Moment seiner Festnahme. Sie befinden sich in der Colonia Dignidad, Halle 2.*"

Nebenbei: Derzeit läuft vor dem Bonner Landgericht der Prozeß zwischen der Colonia Dignidad und amnesty international, die schon seit Monaten Beweise gegen die Kolonie zusammengetragen haben. Die Vertreter der Colonia bestreiten bislang alle Vorwürfe hartnäckig (vergl. AK 106) und im Mai 77 wurd amnesty vom Bonner Landgericht die Vertreitung der Dokumentation zur Colonia Dignidad verboten.

Pinochet unter Druck

Nach den Enthüllungen über den Fall Letelier, den ehemaligen Minister der Allendereigerung, der im Exil in New York auf offener Straße ermordet wurde und einige Empörung und öffentlichen Druck gegen das Pinochet-Regime in den USA ausgelöst hat (vergl. u.a. AK 120), zielt die Veröffentlichung der Monoz-Erklärung offensichtlich ebenfalls gegen Pinochet. Pinochet steht in beiden Fällen als Chef der DINA direkt oder indirekt als Verantwortlicher für Folter, Verschleppung und Mord da. Die sogenannte Auflösung der DINA, und die Schaffung der Nachfolgeorganisation CNI, die formal nicht mehr direkt dem Präsidenten untersteht, reichte offenbar nicht aus, um diese Angriffe abzuschwächen. Hinzu kommt, daß die Frist, die die Hungerstreikenden dem Regime gesetzt hatten, jetzt abläuft. Die Hungerstreiks waren am 7. Juni nach Verhandlungen zwischen Kirche und Pinochet (vergl. Bericht von D. Sölle in diesem AK) ausgesetzt worden unter der Bedingung, daß die Diktatur innerhalb von 30 Tagen Informationen über den Verbleib der Verschwundenen liefert. Dies ist nicht geschehen. Die chilenische Polizei hat der Regierung lediglich einen Bericht über die Lage von 210 Vermißten übergeben; danach haben 78 der betroffenen Personen das Land verlassen, 41 verbüßen reguläre Gefängnisstrafen, elf sind eines natürlichen Todes gestorben und 80 weitere befinden sich in Chile auf freiem Fuß („Neue Zürcher Zeitung" 17.6.78). Der Innenminister hatte verkündet, daß es ein Problem der Verschwundenen nicht gebe. Vor diesem Hintergrund ist mit einer Wiederaufnahme der Hungerstreikaktionen, die die breiteste international Solidarität seit dem Putsch ausgelöst haben, zu rechnen.

Solidarität mit dem chilenischen Widerstand!

Lateinamerika-Kommission

Gespräch mit Dorothee Sölle — Solidarität mit den Hungerstreikenden in Chile

Dorothee Sölle war Anfang Juni als Mitglied einer internationalen Delegation in Chile, um die internationale Öffentlichkeit über die Hungerstreiks zu informieren und Solidarität auszudrücken. Der folgende Bericht über die Eindrücke in Chile ist die Zusammenfassung eines Gesprächs, für das wir ihr sehr danken. Der Text ist von Dorothee Sölle durchgesehen und akzeptiert.

„*Ich bin Anfang Juni auf Einladung von ‚Chile Democratica' in Rom als Mitglied einer kleinen Delegation nach Santiago geflogen, um die Hungerstreiks zu beobachten, darüber zu berichten und die Hungerstreikenden weiter zu unterstützen.* (Chile Democratico ist eine der UP nahestehende Exilgruppe). *Unsere Kontakte liefen über die Vicaria de Solidaridad, die zentrale Widerstandsgruppe der katholischen Kirche in Chile, die die Nachfolge der verbotenen Friedenskomitees angetreten hat. Die Aufforderung zu unserem Besuch ging von den Hungerstreikenden selber, also von den Angehörigen der Verschwundenen, aus.*

Der Hungerstreik — Aktion des Widerstandes

Wir besuchten eine der Kirchen, in denen die Hungerstreikenden Unterschlupf gefunden hatten. Dort lagen 18 Frauen auf Betten, es war der 14. Tag des Hungerstreiks, zu diesem Zeitpunkt sind die Leute schon relativ erschöpft. Die meisten Frauen hatten Fotos angesteckt von den Verschwundenen und stellten sich auch immer so vor, als Mutter von, Tochter des, companera von. Mich hat das sehr beeindruckt. In der Frauenbewegung haben wir ja eigentlich jahrelang daran gearbeitet, um das zu überwinden, aber hier hatte das einen ganz anderen Sinn.

Mit vier oder fünf der Frauen haben wir ausführlicher gesprochen. Die Geschichten dieser Menschen waren alle sehr ähnlich. Die meisten waren relativ spät, 1974/75, eines Tages verschwunden, d.h. sie kamen abends einfach nicht nach Hause. Ein 22jähriges Mädchen berichtete, daß ihr Vater seit vier Jahren verschwunden sei. Sie seien zu Hause sechs Geschwister, die Mutter könne nicht streiken, weil sie Geld verdienen muß. Deswegen habe sie gesagt: ‚Dann gehe ich'. Sie hatte ziemliche Beschwerden durch den Hungerstreik, Kopfschmerzen u.ä. Trotzdem war sie entschlossen, weiter zu streiken, bis Informationen über die Verschwundenen gegeben werden.

Breite Unterstützung für die Hungerstreiks

Ich verstehe die Hungerstreiks als Spitze eines Eisberges einer breiten Widerstandsbewegung, die viel stärker ist, als man sich das hier vorstellt. Das haben wir z. B. gemerkt an den Solidaritätserklärungen für die Hungerstreikenden, die im Vikariat eingingen, obwohl offiziell keine Nachrichten über den Hungerstreik verbreitet wurden.

Das Solidaritätsvikariat hatte an verschiedenen Stellen Tafeln aufgestellt, auf denen über die Solidaritätsaktionen in den verschiedensten Ländern berichtet wurde. Kuriere brachten Solidaritätsbriefe und Telegramme zu den Hungerstreikenden, die dann gemeinsam geöffnet wurden. Zentral war die Unterstützung durch die Gewerkschaften. In einer der Kirchen kam gleichzeitig mit unserem Besuch eine Gruppe von Gewerkschaftern und Künstlern an. Einer der Gewerkschafter, Vertreter von einer Million Kupferarbeitern, hielt eine Solidaritätsrede und betonte, daß die gewerkschaftlichen Organisationen jetzt — nach der anfänglichen totalen Zerschlagung — wieder arbeitsfähig und kampffähig sind. Gewerkschaften haben eine öffentliche Erklärung zur Unterstützung der Hungerstreiks abgegeben, die Familien der Streikenden unterstützt und für die Verbreitung von Nachrichten über die Streiks im Lande gesorgt. Gewerkschaftsführer führten teilweise selber befristete Hungerstreiks durch, über eine dieser Aktionen wurde sogar im „El Mercurio" berichtet.



Dann gab es die Unterstützung von einem Teil der katholischen Kirche, wobei die Basis stärker beteiligt war als die Hierarchie — aber das ist immer so. Der Kardinal der katholischen Kirche z.B., der schließlich die Verhandlungen mit der Junta geführt hat, hatte sich zunächst zögernd gegenüber dem Hungerstreik verhalten. Ein Priester, mit dem wir sprachen, berichtete, der Kardinal habe ihm von einer Beteiligung an den Hungerstreikaktionen abgeraten. Es gab dann die Briefe, die zwischen Pinochet und dem Kardinal hin und hergegangen sind. Pinochet hatte zunächst betont, die Hungerstreikenden hätten selbst Schuld, wenn ihnen etwas passiert, wenn sie sich so leichtfertig in Gefahr begeben. Dann wurde das ‚Angebot' gemacht, man solle jetzt still sein über die Verschwundenen, und die Angehörigen könnten dafür eine gewisse Entschädigungssumme bekommen. Dieses Spiel hat der Kardinal nicht mitgespielt. Einen der Briefe hat er als unverschämt und beleidigend zurückgewiesen. Immerhin war der Druck so stark, daß der Kardinal Partei für die Angehörigen der Verschwundenen ergreifen mußte und die Junta die Existenz der Verschwundenen zugab.

Eine Frau erzählte, daß ihre 17jährige Tochter zusammen mit ihren Schulfreundinnen ein Fasten organisiert hat. Sie sind in eine Kirche gegangen und haben nichts gegessen. Die Begriffe, Fasten bzw. Hungerstreik wurden dabei oft bewußt im Unklaren gelassen, um sich nicht unnötig zu gefährden.

Zur Unterstützung der Hungerstreiks gehört auch die Uni. Wir haben zwei jüngere Medizinstudenten getroffen, die haben erzählt, daß sie eine Resolution für die Hungerstreikenden verfaßt und herumgegeben haben. 1.200 Unterschriften sind dabei zusammengekommen. Wenn man sich klar macht, daß so eine Unterschrift tatsächlich den Studienplatz kosten kann, dann ist es phantastisch, wieviel Mut dort aufgebracht wird. Solidarität kam auch von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. So hat z.B. die Witwe Pablo Nerudas einen Brief an Hungerstreikende geschrieben, in dem es heißt: ‚Liebe Schwestern, ich kenne Euch fast alle, ihr habt mir Eure Geschichte erzählt. Ich warte mit Euch auf den Tag, bis wir wissen, was aus den Verschleppten geworden ist...'

Ein anderes kleines Stück Widerstand haben wir in Santiago erlebt. Wir fuhren gerade im Auto und sahen plötzlich eine kleine Demonstration von ungefähr 120 bis 150 Leuten. Wir stürzten aus dem Auto und gingen mit. Den Menschen, die der Demonstration zusahen, merkte man einerseits ungeheure Angst und Spannung an, aber man spürte andererseits ihre Hochachtung, wirklich, die wußten ganz genau, worum es ging. Die Demonstranten trugen Papptafeln, auf denen stand: ‚Frieden, Gerichtigkeit, Liebe. Wo sind sie? Wir werden sie finden! Gebt sie heraus!' Die Tafeln wurden zum obersten Gerichtshof gebracht und dort abgesetzt, es bildete sich eine Traube von Menschen, um uns, wir diskutierten und plötzlich fingen sie an zu singen ‚Freude schöner Götterfunken' auf spanisch. Das war sehr bewegend, wie wir dort standen und vergnügt Schiller/Beethoven gesungen haben. Die Polizei war während der ganzen Zeit sichtbar, griff aber nicht ein. Die Menge zerstreute sich dann im Nu.

Eine andere Form des Widerstandes, die wir erlebt haben, war eine Pena. Das sind Lokale, wo man Wein trinkt und wo zur Gitarre gesungen wird. Jeder kann aufstehen und ein Lied vortragen — eine spezielle Form lateinamerikanischer Kultur. Wir fuhren zu einer sehr berühmten Pena, die in der Zeitung angekündigt war. Sie war aber geschlossen, weil sie, wie wir dann erfuhren, in der Zwischenzeit verboten worden war. Wir gingen dann in eine andere. Beeindruckend war, an welchen Stellen die Leute klatschten. Hauptsächlich wurden Liebeslieder gespielt, aber nicht so begrenzt auf die Ebene ‚Du und ich'. Ein Lied z.B. hieß, ‚Lieben heißt, sein Gesicht nicht zu verstecken, lieben heißt, nie eine Maske tragen, lieben heißt, jederzeit bereit sein, für sein Volk zu sterben.' So hatten die Lieder häufig zwei Ebenen, eine der personalen Beziehung zu einem anderen Menschen und eine allgemeinere. Oder es wurde in der Form eines Volksliedes die Geschichte eines jungen Mannes erzählt, der eines abends nicht nach Hause kommt, das Lied eines Verschwundenen. Es ist gut möglich, daß diese Pena auch demnächst zugemacht wird, aber dann wird irgendwo anders eine neue entstehen. Der kulturelle Widerstand, der sich vor allem in dieser Form der Pena ausdrückt, ist sehr stark.

Selbst in den Gefängnissen wurden die Hungerstreiks unterstützt. Wir hatten Gelegenheit, ein ‚normales' Gefängnis, kein Folterzentrum, zu besuchen. Es war Besuchszeit. Im ersten Raum waren die ‚normalen', im zweiten die politischen Gefangenen. Es waren viele Besucher da, viele Kinder, alte Leute, sie umarmten sich. Am Eingang stand ein Polizist mit einem Gewehr, aber man konnte sich relativ frei unterhalten. Wir haben mit fünf Gefangenen gesprochen, die alle Aktivisten verschiedener linker Parteien und Organisationen waren. Alle hatten sich dem Hungerstreik der Angehörigen der Verschwundenen angeschlossen. Sie wußten bereits von dem Besuch unserer Delegation in Chile.

Radio Havanna und Radio Moskau spielen bei der Beschaffung von Informationen eine wichtige Rolle.

Politische Qualität des Hungerstreiks

Der Hungerstreik ist ja inzwischen ausgesetzt, aber ich bin überzeugt, daß die Leute, die ich gesprochen habe, sofort weitermachen werden, wenn die Forderungen nicht erfüllt werden. Der Hungerstreik ist für sie nicht nur eine persönliche Angelegenheit, um das Schicksal des eigenen Sohnes oder Mannes herauszubekommen, sondern er ist für sie eine politische Entscheidung. Sie beteiligen sich an dem Kampf, auch wenn das Schicksal des ‚eigenen' Verschwundenen feststeht. Ich habe mit einer Frau lange gesprochen, die sicher glaubte, daß ihr Sohn tot sei. Sie hat einen Schwager, der mit der Junta zu tun hat, den hat sie gebeten, etwas herauszufinden. Schließlich sagte der: ‚Er ist tot, wie tausende andere auch, hör mit der Sucherei auf, hör auf, danach zu fragen.' Sie war relativ sicher, daß er tot ist und war trotzdem im Hungerstreik. Ich sage das nur, um deutlich zu machen, daß das relativ individuelle und bürgerliche Mittel des Hungerstreiks, wie es bei Gandhi entwickelt worden ist, jetzt eine neue Qualität annimmt, auch in einer neuen Einheit von Arbeiterklasse, Intellektuellen und anderen. Dies sind Chancen für den Widerstand.

Mein Eindruck vom Faschismus in Chile ist, daß er nicht deutsch durchorganisiert ist, es gibt bestimmte Löcher. Es ist nicht alles vollständig zentralistisch hierarchisch organisiert. Hinzu kommt, daß die Junta zur Zeit sehr vorsichtig ist mit allem, was mit dem Ausland zu tun hat. Wir wurden z.B. nicht behindert, auch nicht gefilzt, außer beim Besuch im Gefängnis. Der Letelier-Fall, der ja für einigen Wirbel und eine Öffentlichkeit gegen die Junta in den USA gesorgt hat, hat die Junta doch unter Druck gesetzt. Die Frage ist natürlich immer, wie weit der Druck wirtschaftlich geht, wie weit Hilfsabkommen gesperrt werden usw. Das ist eigentlich das einzig gravierende, aber immerhin muß die Junta etwas vorsichtiger sein. Wenn Pinochet ausgewechselt werden müßte durch den internationalen Druck und den Druck des Widerstandes würde das zunächst noch nicht viel heißen. Es ist nicht entscheidend, welche Charaktermaske die Regierung trägt, aber es wäre für die Herstellung einiger Menschenrechte und den Widerstand doch ein großer Erfolg. Wichtig ist, den internationalen Druck und die Solidarität weiter auszudehnen, gerade wenn der Hungerstreik jetzt wieder aufgenommen wird."



Nachrichten aus Schule und Hochschule



SP-Wahlen in Hamburg: Große Wahlerfolge der Linken

Die Wahlen zu den Studentenparlamenten an Uni und FH Hamburg endeten mit großen Wahlerfolgen der linken Listen. An der Universität haben es die Linken nach zwei Jahren „parlamentarischer Abstinenz" zum erstenmal wieder geschafft, mit vier Kandidaten ins SP einzuziehen. Trotz stark gesunkener Wahlbeteiligung (8172 gegenüber 9159 im Wintersemester) gewann die Linke Liste fast 400 Stimmen absolut dazu und erreichte damit das zweitbeste Ergebnis einer linken Kandidatur überhaupt an der Uni Hamburg (seit 1970). Erfreulich auch, daß der LHV, der mit einem betont linksliberalen Programm aufgetreten war, seine Stimmenzahl leicht steigern konnte und jetzt fast gleichstark wie jede der GO-Gruppen ist. Die den AStA tragenden „gewerkschaftlich orientierten" Gruppen (MSB, SHB, Jusos) verloren zwischen 300 und 350 Stimmen. Allerdings wird sich diese Wahlniederlage noch nicht auf die AStA-Bildung niederschlagen, da zum einen durch das undemokratische Wahlrecht die „GO"-Gruppen nach wie vor über eine solide Mehrheit im SP verfügen, zum anderen pro Semester nur die Hälfte der 80 Sitze vergeben wird.

Auch an der Fachhochschule gewann die linke Liste erheblich an Stimmen und Sitzen, dort besteht sogar zum ersten Mal die Möglichkeit einer Beteiligung der Linken am bisher „unangefochten" von den GO'lern gehaltenem AStA.

Ohne jetzt schon eine detaillierte Wahlanalyse vornehmen zu wollen,
te Wahlanalyse vornehmen zu wollen,
lassen sich doch drei Gründe für diese linken Erfolge anführen:

1) An beiden Hochschulen war es zum ersten Mal gelungen, linke Bündnislisten aufzustellen, auf denen Unorganisierte, Mitglieder linker Basisgruppen und des SSB (KB-Sympathisanten) gemeinsam kandidierten.

2) Die erfolgreiche Kandidatur der Bunten Liste zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen hatte gerade an den Hochschulen sehr große Zustimmung gefunden, eine Zustimmung, die noch weit über den Kreis der Wähler der linken SP-Listen hinausgeht. Das Geholze der AStA-Gruppen, vor allem des MSB, gegen die Kandidatur der Bunten Liste dürfte einiges zum Stimmenverlust bei den SP-Wahlen beigetragen haben.

3) Besonders an der Universität spielte auch die Aufdeckung der Denunziation linker FSR-Mitglieder durch den AStA beim Staatsanwalt eine Rolle (vgl. AK 131). Auf der anderen Seite hatten die „gewerkschaftlich-orientierten" Gruppen der Begeisterung für die Bunte Liste ihrerseits keine Erfolge entgegenzusetzen. Die von ihnen als zentrale Massenaktion propagierte „Studienreformwoche" fand noch nicht einmal in den Reihen ihrer Mitglieder genügend Resonanz, um auch nur eine ihrer Veranstaltungen zu füllen. Dies mag neben dem frustrierenden Abschneiden der DKP bei den Bürgerschaftswahlen wohl auch dazu beigetragen haben, daß im Vergleich zu vorherigen Semestern der MSB einen recht lust- und einfallslosen Wahlkampf führte.

Selbst dieses erfreuliche Wahlergebnis spiegelt jedoch das wirkliche Kräfteverhältnis und die Zustimmung zu linker Politik nur ansatzweise wieder, wie es in der Unterstützung für die Bunte Liste bei den Bürgerschaftswahlen zum Ausdruck gekommen ist, wo schätzungsweise 6000 Studenten beider Hochschulen für eine linke Alternative zu den Rathausparteien (wie auch zur DKP) gestimmt hatten...

Die Ergebnisse der SP-Wahlen können für die Linke daher nur als Ansporn gelten, auch an den Hoch-
Ansporn gelten, auch an den Hoch-
schulen selbst wieder offensiver aufzutreten.

Die Ergebnisse im einzelnen:
(in Klammern die Ergebnisse der letzten Wahlen)
Uni Hamburg:

MSB	2076 (2445) Stimmen
SHB	1984 (2303)
Jusos	2291 (2501)
RCDS	1099 (1080)
JU	421 (399)
SLH	447 (541)
LHV	1811 (1754)
KBW	334 (KBW/KSV:412)
LiLi	1482 (1107)

Wahlergebnisse

In der vergangenen Woche wurde in Marburg ein neues Studentenparlament gewählt. Ergebnis
(jetziges Ergebnis/Vorjahrsergebnis)

Jusos	1390/920;	8/7 Sitze
MSB	1070/1122;	6/9
SHB	632/762;	3/6
MG	1019/ – ;	6/–
RCDS	1261/648;	7/5
Lolli(Spontis)	294/– ;	1/–;
ADU/SLH	724/422;	4/3
KBW	13/22 ;	–/–
Lili(BGen)	867/1296;	5/10

Die Wahlbeteiligung war mit 57,7% sehr hoch, was auf die erstmalig durchgeführte Kombination von Brief- und Urnenwahl zurückzuführen sein dürfte.

***

Braunschweig: Gewinner der Wahlen an den drei Braunschweiger Hochschulen sind die Basisgruppen.

PH:

Jusos	12 Sitze	(13)
GO'ler	1	(2)
Basisgr.	6	(5)

Technische Universität:

Jusos	4 Sitze	(6)
MSB	4	
SHB	5	
KSB	3	(2)
Basisgr.	22	(19)
Rechte	14	

Fachhochschule:

Jusos	23 Sitze
GUS	7
Linke Liste	11

(Die GUS ist eine Gruppe von unorganisierten Kommilitonen, die im letzten Semester mit auf der Juso-Liste kandidiert haben, die Jusos aber jetzt von links kritisieren).

Westberlin: An der *FU* gab es bei den Wahlen zur akademischen Selbstverwaltung im Bereich der Studenten folgende Ergebnisse: Basisgruppen: 2895 Stimmen (dito), 22 Sitze (23); ADS (SEW-nahe) 2626 (+ 359), 21 Sitze (+ 4); Jusos 1170 Stimmen (- 200), 6 Sitze (-2); KSV/KBW: 481 Stimmen (-100); LHV: 338 Stimmen (+ 247); Rechte: 1942 (- 480), 10 Sitze (-3).

An der *PH* konnte sich die LAUS wieder behaupten (LAUS = linke Unabhängige und Spontis). LAUS: 1022 Stimmen (990), 33 Sitze; ADS: 246 Stimmen (281), 8 Sitze; Jusos: 224 Stimmen (212), 7 Sitze; Gruppe zum Aufbau einer Studentengewerkschaft: 66 Stimmen (48), 2 Sitze.

Verunglimpfung des Staates und seines Vogels

„Du häßlicher Vogel, wirst du einst mir in die Hände fallen, so rupfe ich dir die Federn aus und hacke dir ab die Krallen" (H.Heine).



Westberlin. Vom 26. bis 30. Juni fand an der PH Westberlin eine Aktionswoche zu dem Prozeß gegen den ehemaligen AStA-Vorsitzenden H.G. Priese statt. Er soll als presserechtlich Verantwortlicher der AStA-Zeitung „Zwietracht" durch Dokumentation des Buback-Nachrufs verunglimpft, beleidigt und volksverhetzt haben (§ 90a, § 185, § 130). Daß es sich bei dem Abdruck des Buback-Nachrufs nicht um eine *„echte Dokumentation"* gehandelt habe, sondern *„der Angeschuldigte und seine nicht ermittelten Mitarbeiter den Inhalt des ‚Nachrufs' erkennbar als eigene Meinungsäußerung verbreitet haben"*, wird abgeleitet aus dem Vorwort zur Dokumentation und der Verzierung des Buback-Nachrufs durch einen Bundesadler, der als Gitter vor einem Fenster mit einem daran zur Schlinge geknüpften Strick dargestellt wird (zitiert aus der Anklageschrift).

Da der Prozeß wie üblich in den Semesterferien liegt (er beginnt am 14. Juli), wurde die Woche der Konventswahl dazu genutzt, die Solidarität mit dem Angeklagten zu organisieren.

Zuvor hatten über 150 Studenten eine Dokumentation herausgegeben, in der, *„weil wir nach wie vor hinter der Veröffentlichung der Dokumentation (in der ‚Zwietracht') stehen und sie als aktive Wahrnehmung des politischen Mandats verstehen"*, der Buback-Nachruf noch einmal nachgedruckt wurde.

Neben Seminaragitationen, einer Veranstaltung zur VS und einer zweistündigen Musiksession der GEW-Betriebsgruppen-Combo, war der Hauptschlager der Aktionswoche, eine Adlerausstellung unter dem Thema: *„Der deutsche Adler: Funktion eines politischen Symbols"*, mit Plakaten und Photographien von Deutschlands imposantestem Tier – sei es in der Weimarer Republik, im Hitler-Faschismus oder im „Modell Deutschland".

Die Eröffnung der Ausstellung begann mit einem feierlichen Akt, zu dem die geladenen Ehrengäste Stobbe, Glotz und Heistermann (Rektor) aus uns unbekannten Gründen leider nicht erschienen sind. Den musikalischen Auftakt leistete das Blasorchester mit dem „Deutschlandlied"; dem folgte der Beitrag eines angesehenen Professors über die Adleritis, ein Beitrag des Allgemeinen Studentenausschusses. Als feierlicher Abschluß wurde die Internationale intoniert. Danach flogen die Sektkorken.

Ein paar Tage später zeigte dann auch der Staat, wie sehr er sich durch dieses Adlervieh repräsentiert fühlt. Donnerstagabend nach neun Uhr, die PH war schon geschlossen, verschaffte sich die Polizei, das Licht der Öffentlichkeit scheuend, Zutritt zu der Adlerausstellung und beschlagnahmte drei Schriftstücke. *„Die Staatsanwaltschaft hatte den Antrag auf Beschlagnahme gestellt, weil sie in einem beanstandeten Schriftstück eine Verunglimpfung des Staates und in zwei anderen Schriftstücken, in denen Zitate aus der Anklageschrift... enthalten sind, den Strafbestand der verbotenen Mitteilung über Gerichtsverhandlungen erfüllt sieht"* (Tsp, 1.7.78). Den Tatbestand der Verunglimpfung des Staates oder seiner Symbole erfüllen folgende Aussagen: *„Der Adler stehe für einen Staat der Einschränkung der Meinungsfreiheit, der Radikalenverfolgung, der Nestsäuberung! Es ist der Staat der Berufsverbote, der Polizeigesetze, des Todesschusses, der festen Umklammerung ... Hat dieser Staat etwas anderes verdient als seinen Adler?"* (ebenda). Nach der Beschlagnahmung der Ausstellung könnten besonders abgefeimte Verunglimpfer staatlicher Symbole auf den Gedanken kommen, daß dem westdeutschen Rechtsstaat ein Geier als Markenzeichen noch besser zu Gesicht stünde.

Übrigens: Interessenten an der Ausstellung sollten sich beim AStA der PH melden. Es lohnt sich!

Eine SSB-Genossin aus Westberlin

Strauß an der Uni — rechtsradikale Studentengruppe formiert sich

Ein Ergebnis der Untergrundarbeit, die F.J.StrauSS seit Jahren in die Gründung einer vierten, rechtsradikalen Partei investiert, soll Mitte Juli der Öffentlichkeit präsentiert werden. Der Ort: die Uni Würzburg. Der passende Rahmen: eine „antisozialistische Woche". Das Ziel: die Gründung einer „Hochschulunion", die der CSU-Landesgruppenchef im Bundestag, Friedrich Zimmermann, bekannt geben soll. Womit der politische Standort dieses bundesweiten Unternehmens hinreichend charakterisiert ist.

Bereits im Wintersemester 1977 war Würzburg der Schauplatz der ersten lokalen Gründung einer StrauSS-Hochschultruppe, dessen Ziehvater der nicht umsonst auf Biegen und Brechen und gegen den erbitterten Widerstand der Studenten vom bayrischen KuMi nach Würzburg berufene Faschistenfreund Prof. Bossle war. Der Akt der Gründung war gleichzeitig ein programmatischer Ausblick auf das geplante Wirken dieser „Studenten für die CSU": Mitglieder des RCDS (!) wurden unter Androhung der Polizei aus dem Saal getrieben, als sie ihren Anspruch anmelden wollten, bei der Taufe ihres rechten Konkurrenzvereins anwesend zu sein. Der militante Bruderzwist ist verständlich, denn für die Hochschulunion (HSU) wird der RCDS *„immer mehr von linken und liberalen Kräften unterwandert"* (zit. nach „Vorwärts" vom 22.6.). Es darf gelacht werden!

Hinter dieser schmeichelhaften Charakerisierung des RCDS steht eine handfeste Linienauseinandersetzung oder besser: eine Differenzierung der Taktik innerhalb der studentischen Hilfstruppen der Reaktion.

Die Kreise der Rechten ...

Der RCDS hat seit Jahren versucht, auf einer mehr oder minder reformdemagogischen Welle Mehrheiten in der Studentenschaft bei AStA- und Fachschaftswahlen zu erschleichen. Der Kern seiner Strategie war, sich als wahrer Interessenvertreter der Studenten aufzuspielen und die Linken als ideologisch verblendete Verräter an den studentischen Interessen zu entlarven. Gleichzeitig mußte er auftragsgemäß sowohl verfassungsschützende Aufgaben übernehmen als auch direkte juristische Attacken gegen ASten und linke Studenten reiten. Diese offen reaktionäre Politik stand permanent und für die Studenten erkennbar im krassen Widerspruch zu seinem liberalen Geseiche, so daß seine bündnispolitische Absicht, ins sozialdemokratische und liberale Lager einzubrechen, den Bach runterging.

Aus dieser Not wurde der SLH (Sozial-Liberaler Hochschulverband) geboren, der, von reaktionären Machenschaften scheinbar unbefleckt und nicht mit dem Makel behaftet, eine CDU-Studentenorganisation zu sein, an Stelle des RCDS die „sozialliberalen" Studenten an sich binden und sie für rechte AStA-Koalitionen instrumentalisieren sollte. Von wenigen Ausnahmen abgesehen ist auch diese Strategie fehlgeschlagen. Der große Einbruch in die sog. „schweigende Mehrheit" der Studenten, den sich die Rechten insbesondere auf dem Höhepunkt der Terroristen- und Sympathisantenhatz erhofft hatten, fand nicht statt. Die übergroße Mehrheit der ASten blieb links, die Linken prägen im großen und ganzen die politische Diskussion und Auseinandersetzung an der Uni (was die CDU besonders schmerzhaft bei ihren Uni-Auftritten im Rahmen des „demokratischen Dialogs" registrieren mußte).

... und ihre rechtsradikale Lösung?

Die „bündnispolitische Krise" der Rechten und ihre Unfähigkeit, rechte Studenten gegen links zu aktivieren, waren der entscheidende Anstoß für StrauSS und Co., dem „schlappen" RCDS einen starken, rechtsradikalen Bruder an die Seite zu stellen.

Hochschulpolitisch soll die HSU das Experiment starten, durch ein knallhartes rechtes Auftreten (unverhüllte CSU-Propaganda, militantes Vorgehen gegen die Linke) ein vermutetes rechtsradikales Potential sowohl unter den traditionellen RCDS-Anhängern, aber vor allen Dingen auch unter den bisher politisch noch nicht in Erscheinung getretenen Studenten zu erschließen und nach recht zu radikalisieren. Bündnispolitische Rücksicht, zu der der RCDS gezwungen war, braucht die HSU nicht zu nehmen. Die Strategie der StrauSS-Hochschultruppe ist – vergleichbar mit der der „Schüler-Union" – den Unmut von Teilen der Studenten über ihren sozialen Deklassierungsprozeß reaktionär auszurichten: Schuld an den Verhältnissen ist die „Reformpolitik" der SPD; die Linken sind für das Chaos an der Uni verantwortlich – man kennt diese faschistoide Demagogie der CDU/CSU aus anderen gesellschaftlichen Bereichen!

Das Kalkül dieser Strategie ist, daß sich der objektive Nährboden für eine rechte Studentenbewegung vergrößert. Die Strategen der CDU wollen auf diese Situation besser als bisher gerüstet sein. Die HSU-Gründungen in Würzburg, Westberlin, Kiel, Hamburg und Marburg sind die ersten Schritte auf dem Weg zu einer straff-organisierten rechten Hochschulgruppe, in der auch Professoren und Assistenten ihren Platz finden und für das nötige ideologische Rückgrat sorgen sollen. (Ein Mangel, der beim RCDS oft genug beklagt wurde).

Die HSU hat als Begründung für ihre bundesweite Ausdehnung angeführt: *„Weil der RCDS an den Universitäten nicht den Widerstand organisiert"* (laut „Vorwärts"). Der RCDSler Julis Wallot kann das präzisieren: Die HSU will *„Schlägertrupps und Betriebskampfgruppen an den Universitäten aufbauen"* („Vorwärts"). Er muß es wissen.

Buback und kein Ende

Interview mit Prof. Lessing

Ein Jahr nach dem Staatsbegräbnis für Siegfried Buback geistert der Göttinger Nachruf auf ihn noch immer durch Westdeutschlands Gerichtssäle. In über 100 Verfahren beschäftigen sich Amts- und Landrichter und bald sogar der Bundesgerichtshof mit der Frage, welche Straftatsbestände das Schriftstück denn nun erfülle, ob die Dokumentation eines Textes eine Identifizierung mit ihm bedeute, welche Strafmaße zu verhängen seien usw. Es ist bekannt, daß es in dieser Verfahrensflut ebensoviel verschiedene Prozesse wie Urteile gibt, und daß es der Klassenjustiz schwerfällt, die „Buback-Affäre" juristisch in den Griff zu kriegen.

Nach den Wirren der ersten Urteile scheint sich neuerdings jedoch so etwas wie eine politische Linie im Gerichtsunwesen durchgesetzt zu haben: nicht mehr Siegfried Buback, dessen Tod gebilligt und dessen verstorbenes Andenken durch den Buback-Nachruf und seine Verbreiter verunglimpft worden sein soll, steht im Mittelpunkt des staatsschützenden Interesses, sondern der Staat selbst. Die Richter haben erkannt, daß der eigentliche Skandal an der „Buback-Affäre" die Verunglimpfung des Staates sei, der sich durch den Nachruf und durch die verschiedenen Erklärungen der Nachdrucker „maßlosen" Diffamierungen und Schmähungen ausgesetzt sah.

Das Bonner Amtsgericht hat beispielsweise zur Begründung eines Terrorurteils gegen drei Studenten (6 Monate Knast, 1.800 Mark Geldstrafe) ausgeführt, daß die Angeklagten „*Die BRD als eine der freiheitlichsten Demokratien der Welt in einer Zeit böse verunglimpft haben, in der der Staat sich gegen eine gefährliche wohlorganisierte terroristische Mörderbande wehren muß, und ihn gerade ob seiner Anstrengungen zur Verteidigung in dieser Situation angegriffen und dadurch mittelbar die politisch verbrämten Terroristen unterstützt haben.*"

Der § 90 a („Verunglimpfung des Staates") ist zum Dreh- und Angelpunkt der Verfahren um den „Buback-Nachruf" geworden. Schon längst geht es nicht mehr um „kranke Gehirne", „Hochschulsümpfe"

längst geht es nicht mehr um „kranke Gehirne", „Hochschulsümpfe"

und „Sympathisanten", sondern um eine Neudefinition der Grenzen der Meinungsfreiheit.

Das Westberliner Kammergericht, das grünes Licht für die Eröffnung des Prozesses gegen die 14 Professoren und Rechtsanwälte gegeben hat, hat dieser neuen Qualität der „Buback-Affäre" zum Durchbruch verholfen.

Am 17./18. Juni fand in Göttingen ein Treffen der Nachdrucker des Buback-Nachrufs statt, auf dem über eine politische Koordinierung der Öffentlichkeits- und Solidaritätsarbeit in Sachen Buback-Prozesse diskutiert wurde. Wir hatten nach dieser Konferenz die Gelegenheit, mit Prof. Hellmut Lessing ein Interview über das Westberliner Kammergerichtsurteil und seine Konsequenzen zu führen. Prof. Lessing ist Mitherausgeber der „Buback-Dokumentation" und Professor der Erziehungswissenschaft in Westberlin.

AK: Genau ein Jahr nach der Veröffentlichung Eurer Dokumentation „Buback – ein Nachruf" hat das Westberliner Kammergericht nun doch beschlossen, daß Euch der Prozeß gemacht werden soll. Prompt sind die Staatsanwälte in Bremen und Niedersachsen nachgezogen und haben den dortigen Mitherausgebern der Dokumentation Anklageschriften zugeschickt. Der Westberliner Eröffnungsbeschluß hat offenbar für das Verfahren gegen die gesamten 48 Herausgeber eine präjudizierende Bedeutung. Worin liegt nach Deiner Ansicht der Schwerpunkt und die Stoßrichtung der Kammergerichtsentscheidung?

Prof. Lessing: Die Entscheidung des Kammergerichts enthält zwei Gesichtspunkte. Einmal wird gesagt, daß wir uns mit unserer Dokumentation nicht strafbar gemacht hätten, weil nicht erkennbar sei, daß wir uns die angeblich strafbaren Inhalte des Mescalero-Artikels zu eigen gemacht hätten. Dieser Gedanke kann in den anstehenden „Nachruf"-Prozessen – inzwischen haben wir Kenntnis von über 100 Verfahren bzw. Angeschuldigten – in dem Sinne angewendet werden, daß erstmals in dieser Prozeßlawine ein Oberlandesgericht das Dokumentieren des Nachrufs nicht unter Strafe zu stellen versucht; auf der anderen Seite ist jedoch dem erneuten Versuch, dem Nachruf einen strafbaren Inhalt zu unterstellen entschieden entgegenzuwirken. Unbotmäßige, kritische Gefühle und Gedanken gegenüber dem Staat und seinen Repräsentanten zu kriminalisieren versuchen, ist eine Entwicklung, die, meiner Ansicht nach zu recht, in der Erklärung der Herausgeber zu „Buback – ein Nachruf" mit „faschistoiden Tendenzen" bezeichnet worden ist.

Und damit bin ich beim zweiten Schwerpunkt der Kammergerichtsentscheidung. Hier handelt es sich um Äußerungen, die, wenn sie in einem rechtskräftigen Urteil Niederschlag finden sollten, von erheblicher Bedeutung sein würden, und mit denen die Freiheit der Meinungäußerung so weit eingeschränkt werden könnte, wie niemals zuvor in der Geschichte der BRD, sondern wie vor der Geschichte der BRD. Das Kammergericht sagt: „*Die Angeschuldigten sind ... hinreichend verdächtigt, sich durch ihre eigene, in der Dokumentation ebenfalls veröffentlichte Erklärung einer Verunglimpfung des Staates (§ 90 a, Abs. 1, Nr. 1 StGB) schuldig gemacht zu haben.*"

Und das wird mit drei Gedanken aus unserer Erklärung begründet, nämlich der Unterdrückung von sozialistischer Kritik und der ungehinderten Ausbreitung von faschistoiden Tendenzen, der exemplarischen Kriminalisierung von Studentenvertretern und unserer Absicht, mit dem Dokumentieren des Nachrufs der Kriminaliserung, der Illegalisierung und dem politischen Äußerungsverbot entgegenwirken zu wollen. Diese Aussagen sollen strafbaren Inhalts sein.

AK: Nun ist der staatliche Umgang mit dem Buback-Nachruf ja ein Musterbeispiel für Eure Behauptung, und es erscheint grotesk, daß ein Oberlandesgericht allen Ernstes diese von Euch ausgesprochenen einfachen und jederzeit zu belegenden Wahrheiten als strafbare „Diffamierungen des Rechtsstaates" auslegt.

Prof. Lessing: Ich sehe diese Argumentation in Zusammenhang mit den anderen „Nachruf"-Prozessen und den zahllosen anderen politischen Verfahren, die zur Zeit mit der Einschränkung der Meinungsfreiheit ...

AK: Vorsicht ! Laut Kammergericht ist dies schon eine „Verunglimpfung des Staates" ...

Prof. Lessing: ... im weitesten Sinne befaßt sind – nur wenige Urteile bilden da eine Ausnahme. Da ist als erstes der Prozeß gegen die AGIT-Drucker in Westberlin zu nennen, ein Verfahren, dessen Ungeheuerlichkeit ich mit Worten kaum fassen kann. Da werden Leute seit acht Monaten inhaftiert, da wird Jutta Werth vier Tage vor Prozeßbeginn in den Isoliertrakt verlegt, da wird inzwischen der Besucher- und Verteidigerkontakt mit Trennscheiben durchgeführt bzw. verhindert, da wird Druckern vorgeworfen, daß sie unzensiert gedruckt haben; und das soll mit einer hohen Haftstrafe geahndet werden.

„Die Meinungsfreiheit wird in Bereichen eingeschränkt, wo Meinungsbildung stattfindet."

Das Wesentliche ist für mich an diesem Prozess, daß mit der Verfolgung von Druckern die Zensur auf indirektem Wege eingeführt wird. Und dieselbe Tendenz läßt sich an den Prozessen gegen die politischen Buchläden festmachen, an den ungezählten Prozessen wegen angeblicher Nötigung an den Hochschulen, an den Verfahren gegen Schülerzeitungen und auch an unserem und den anderen Prozessen wegen des Nachdrucks von „Buback – ein Nachruf". Alle Verfahren haben für mich gemeinsam, daß die Meinungsfreiheit in den Bereichen eingeschränkt werden soll, die man mit dem Stichwort Meinungsbildung zusammenfassen könnte. Überall dort, wo Meinungen im Interesse des Emanzipationskampfes sich bilden, wo sie gedruckt, vertrieben, ausgesprochen oder geschrieben werden, haben wir es zur Zeit mit einer massiven Kriminalisierung zu tun.



AK: Die unserer Ansicht nach interessanteste Passage des Kammergerichtsurteils bezieht sich auf Eure knappe Kennzeichnung der bundesrepublikanischen Wirklichkeit, daß sich nämlich hierzulande faschistoide Tendenzen ungehindert breit machen können. Das Kammergericht stellt dazu fest: „*Der Vorwurf der Willkür und der Unterdrückung der Meinungsfreiheit unter Anspielung auf die faschistische Diktatur in Deutschland ist der schwerste Vorwurf, der gegen die Bundesrepublik und ihre Länder erhoben werden kann. Deshalb (!) ist er maßlos in dem Ausdruck seiner Mißachtung.*"

Prof. Lessing: Diese Argumentation halte ich aus zwei Gründen für bemerkenswert. Einmal wird hier, scheinbar ganz selbstverständlich, Staat und Gesellschaft als Identität begriffen. Niemand von uns hat oder würde im Jahre 1978 vom faschistischen Staat der Bundesrepublik sprechen. Es hat aber seine Bedeutung, wenn auch dieses Gericht versucht, Staat und Gesellschaft als Einheit zu setzen, weil diese Gleichsetzung der Maxime des totalen Staates entspricht.

Wichtiger noch halte ich in der gegenwärtigen Situation die zweite Argumentationslinie, die in der Entscheidung des Kammergerichts enthalten ist. Wenn unser Reden von faschistoiden Tendenzen mit dem Verweis auf die Geschichte der faschistischen Diktatur in Deutschland unter Strafe gestellt werden soll, so heißt das in Wahrheit: das Kammergericht versucht, den Kampf gegen faschistoide Tendenzen selbst zu kriminalisieren. Weil der Faschismus so schrecklich war, kann es nach Meinung dieses Gerichts auch keine Tendenzen dieser Art geben, und weil es sie nicht geben darf, sollen die, die sie feststellen, bestraft werden. Die schreckliche Wirklichkeit des Nationalsozialismus wird so als Begründung herangezogen, um die Leute, die gegenüber faschistoiden Entwicklungen sensibel sind, einzuschüchtern. Eine solche Auffassung ist, glaube ich, nur in einem Land möglich, in dem der Faschismus nicht und niemals verarbeitet worden ist.

AK: Kannst Du kurz verdeutlichen, was aus Deiner Sicht unter „faschistoiden Tendenzen" zu verstehen ist?

Prof. Lessing: Wie eben schon angedeutet, ist diese Frage nur im Zusammenhang mit der historischen Entwicklung der BRD beantwortbar. Der Nationalsozialismus ist in Deutschland vor allem militärisch zerschlagen worden. Die Neuordnungsvorstellungen der sich organisierenden Arbeiterbewegung nach 1945 sind letztlich der Teilung Deutschlands und dem seit 1947 zunehmenden Antikommunismus zum Opfer gefallen. Das FDJ-Verbot von 1952 und das KPD-Verbot von 1956 sind für mich daher nicht nur Organisationsverbote gegen Kommunisten, sondern gleichermaßen Ausdruck für die zunehmende Unterdrückung von antifaschistischen Positionen. Und es kommt hinzu, daß zur selben Zeit alte Nazis vor allem in den innerstaatlichen Gewaltapparat eintraten und zu Einfluß gelangten, sei es ein Herr Globke, seien es Beamte in den Innenministerien, in der Polizei, Militär usw.

„Der Kampf gegen faschistoide Tendenzen soll kriminalisiert werden."

Wie wenig antifaschistisches Bewußtsein massenhaft verankert ist, zeigen auch die jüngsten Beispiele, wie Filbinger und der offene Beifall für Kapplers „Heim ins Reich"-Transport im vergangenen Jahr. Im selben Zusammenhang sehe ich auch das immer häufigere Auftreten der Neonazis, den polizeilichen Schutz ihrer Veranstaltungen, die polizeiliche und richterliche Verfolgung von Gegendemonstranten.

Neben Entwicklungen dieser Art, die ich als faschistoid begreife, gibt es Argumentationsmuster und Mechanismen, die dem Faschismus entlehnt sind und heute zunehmend Bedeutung erlangen. Dies möchte ich an einem Beispiel deutlich machen, der Bedeutung von Ausgrenzungsmechanismen.

der Bedeutung von Ausgrenzungsmechanismen.

Die Durchsetzung von Ausgrenzung bis hin zur physischen Liquidierung war die Wirklichkeit des Nationalsozialismus. Ausgegrenzt wurden die Juden, die Homosexuellen, die ihrer selbst bewußt gewordenen Frauen, ausgegrenzt wurde die Arbeiterbewegung, also die Mehrheit des Volkes. Dies alles ist nicht unsere heutige Realität. Unsere Realität aber ist, daß Ausgrenzungen dieser Art propagiert und gefordert werden können. So wurde in der „Bild" im vergangenen Oktober gefordert, Terroristen und ihren Sympathisanten die Grundrechte abzuerkennen. So hieß es in der Auseinandersetzung um die Legitimität des gezielten Todesschusses sinngemäß: Der Träger unantastbarer Würde kann nur ein Individuum sein, dessen personale Existenz die Grundwerte der staatlichen Ordnung achtet. Und Ausgrenzungsmechanismen beherrschen die gesamte Diskussion um die Verschärfung der Strafgesetze im Sinne der Schaffung eines besonderen Rechts für die politischen Prozesse. Schon die Berufsverbote sind in diesem Zusammenhang als politische und gesinnungsschnüfflerische Ausgrenzung zu begreifen, und in welche Richtung das weiter geht, zeigt die jüngste Verschärfung der Strafprozeßordnung und ihre Praktizierung in Westberlin: die Einrichtung von polizeilichen Kontrollstellen. Unter dem Gesichtspunkt der Ausgrenzung betrachtet heißt das ja nichts anderes, als daß die gesamte Bevölkerung unter Verdachtsvorbehalt gestellt wird.

„Die Erzwingung eines Konsens zum Herrschenden muß durchbrochen werden!"

Von faschistoiden Tendenzen zu sprechen bedeutet für mich jedoch noch ein Drittes. Dies auszusprechen heißt auch, sie wahrzunehmen, sie zu erkennen, sensibel zu werden dafür, wo sich die Entwicklung breit macht. Es ist gut, wieviele Menschen heute faschistoide Tendenzen bemerken. Im selben Zusammenhang ist jedoch auch ein Stück Selbstkritik unter den Linken notwendig. Viele sehen die Ausgrenzung und ihre Gefahren, beantworten sie jedoch nur so, daß sie sich selbst auch als ausgegrenzt empfinden; das bedeutet aber, sich in Ohnmacht zu bestätigen und auf bessere Zeiten nur zu warten. Es kommt vielmehr darauf an, das gerade im Sektor der Meinungsbildung zur Zeit bestehende Kalkül der Herrschenden auch gewaltsam wiederherzustellen, zu durchbrechen. Und da sind wir alle gefordert.

AK: Gefordert ist die Linke auch nach wie vor in der Solidarität mit den Nachdruckern des „Buback-Nachrufs". Es besteht die Gefahr, daß viele Prozesse in kleineren Städten ohne große Gegenöffentlichkeit, klammheimlich, über die Bühne gebracht werden. Das Beispiel Bonn – hier wurden kurz nach dem Göttinger Prozeß 7 Studenten zu je 6 Monaten Knast verurteilt – zeigt, wie von den Gerichten rücksichtslos jedes Nachlassen der Öffentlichkeits- und Solidaritätsarbeit ausgenutzt wird.

Ihr habt zusammen mit Studenten und Rechtsanwälten in Göttingen eine Konferenz durchgeführt, wo Ihr diese und andere Probleme diskutiert habt. Kannst Du die Ergebnisse der Diskussion zusammenfassen?

Prof. Lessing: Wie schon gesagt, die Zahl der „Nachruf"-Verfahren beläuft sich mittlerweile auf mehr als 100. Das hat es nach meiner Kenntnis der Dinge noch nicht nicht gegeben, so viele Prozesse über denselben Artikel an so vielen verschiedenen Orten. Diese Prozeßlawine bringt politische, finanzielle und persönliche Probleme mit sich; kon.-mende Aktivitäten müssen sich, so meine ich, auf diese Schwerpunkte beziehen.

„Es wäre hilfreich, wenn die Mescalero-Affäre vor dem Russell-Tribunal behandelt wird."

Das bedeutet im einzelnen: Politisch muß es darum gehen, die „Nachruf"-Prozesse in den Kampf gegen politische Unterdrückung in der BRD zu integrieren. Sehr hilfreich wäre es in diesem Zusammenhang, wenn die auch an unseren Prozessen festzumachende Tendenz der eingegrenzten Freiheit im Bereich der Meinungsbildung während der kom-

Meinungsbildung während der kom-

menden Sitzungsperiode des Russell-Tribunals zur Sprache kommen könnte.

Bei der juristischen Problematik geht es u.a. darum, der bundesweiten Kooperation von Staatsanwälten und Richtern die Zusammenarbeit der Betroffenen entgegenzusetzen. Zu diesem Zweck haben wir jetzt einen Rundbrief geschaffen, in dem u.a. die Entwicklung der Prozesse dokumentiert und die juristische Entwicklung kommentiert wird, zugleich aber auch die Möglichkeit geschaffen wird, daß alle an dem Verfahren Beteiligten direkt miteinander in Kontakt treten können. Das ist auch der Grund dafür, daß wir seit einigen Wochen überregional Prozeßtreffen durchführen. Dabei hat sich nämlich gezeigt, daß vor allem in bestimmten Provinzstädten Nachdrucker erheblich isoliert wurden und zum Teil – Du hast es schon erwähnt – Freiheitsstrafen von 6 Monaten mit Bewährung verhängt werden konnten. Die daraus resultierenden persönlichen Schwierigkeiten müssen derzeit, mindestens zum Teil, überregional aufgefangen werden. Das bedeutet auf der anderen Seite, daß die Betroffenen aus den Zentren in die Provinz fahren, dort Veranstaltungen mit vorbereiten, wenn es geht, an den Prozessen teilnehmen usw. Schließlich ist diese Prozeßlawine auch eine Kostenlawine für die Betroffenen. Da die meisten Angeklagten über kein oder nur über ein geringes Einkommen verfügen (bis auf den Göttinger Prozeß und die Verfahren gegen die sog. Herausgeber, gemeint Professoren und Rechtsanwälte, finden ja viele Prozesse ohne nennenswerte Publizität statt), wird es gerade in der nächsten Zeit darum gehen müssen, diejenigen durch Spenden zu unterstützen, die durch einen solchen Prozeß finanziell ruiniert werden.

Das Spendenkonto, das wir für diesen Zweck eingerichtet haben, lautet: **Institut für Kultur und Ästhetik, Sonderkonto „Unterstützerkreis", Berliner Bank (BLZ 100 200 00), Konto Nr. 462 253 4001.**

AK: Um den Lesern des AK das Spenden etwas zu erleichtern, sei gesagt, daß allein die Prozesse gegen die „Bonner 35" mindestens 120.000 Mark (!) kosten würden, wenn alle verurteilt werden ...

Offener Brief an die Westdeutsche Linke

Zum zweiten Mal möchten wir Eure Aufmerksamkeit auf politische Vorgänge in Jugoslawien lenken, die unter den Sozialisten und Demokraten unseres Landes bisher kaum wahrgenommen, geschweige denn zum Gegenstand eigener Aktivitäten gemacht wurden:

In Belgrad wurde im April dieses Jahres Mileta Perovic (55) zu zwanzig Jahren Gefängnis verurteilt. Ihm wurde vorgeworfen, eine führende Funktion in der 1974 gegründeten illegalen Kommunistischen Partei Jugoslawiens gehabt zu haben. Mileta Perovic war im Juli vorigen Jahres vom jugoslawischen Geheimdienst aus der Schweiz entführt worden.

Ebenfalls zu zwanzig Jahren Gefängnis wurde im Juli 1976 Vlado Dapcevic (61) in Belgrad verurteilt – gleichfalls unter dem Vorwurf, in führender Funktion für die illegale KP tätig gewesen zu sein. Dapcevic war im August 1975 vom jugoslawischen Geheimdienst während eines Urlaubs in Rumänien entführt worden. Das Urteil gegen ihn lautete zunächst auf Todesstrafe und wurde dann in 20jährige Haft umgewandelt.

Die genaue Zahl der politischen Gefangenen, die in Jugoslawien als angebliche Mitglieder der illegalen KP inhaftiert sind und die einzelnen Urteile sind nicht exakt bekannt, da die Prozesse z.T. nicht öffentlich sind. Allein bis Ende 1975 waren nach amtlichen Angaben Gerichtsverfahren gegen 31 angebliche Mitglieder der illegalen KP eingeleitet. Im Juli 1976 wurde offiziell die Zahl der verurteilten angeblichen Mitglieder der illegalen KP mit 105 angegeben. Diese Zahl hat sich bis heute, fast zwei Jahre später, weiter erhöht.

Die Urteile gegen angebliche Mitglieder der illegalen KP sind in der Regel außerordentlich scharf. Wir nennen hier die uns bekannten Beispiele:

- Dusan Brkic (65) wurde im Februar 1976 zu acht Jahren verschärfter Haft verurteilt. Er wird von amnesty international betreut und wurde im Juli 1977 als „Gefangener des Monats" vorgestellt.
- In einem Prozeß gegen mindestens sieben angebliche Mitglieder der illegalen KP, der im März 1976 in Novi Sad stattfand, gab es u.a. Urteile von 15 Jahren (zweimal), 13 Jahren und 12 Jahren Gefängnis.
- In Banja Luka standen im März/April 1976 neun angebliche Mitglieder der illegalen KP vor Gericht. Die Urteile lagen zwischen drei und zwölf Jahren Gefängnis.
- Im Mai 1976 wurde in Split drei angebliche Mitglieder der illegalen KP zu acht, drei und zwei Jahren Haft verurteilt.

Die Urteile gegen diese jugoslawischen „Dissidenten" sind also in vielen Fällen erheblich schärfer als beispielsweise die Urteile sowjetischer Gerichte in politischen Prozessen, die bei Sozialisten und Demokraten unseres Landes auf berechtigten Protest stoßen. Das fast vollständige Schweigen der Sozialisten und Demokraten unseres Landes zur Unterdrückung dieser politischen Strömung in Jugoslawien muß also, abgesehen von einem Mangel an Information, auch besondere Gründe haben. Diese liegen unserer Einschätzung nach in der Meinung begründet, diese politischen Gefangenen seien „Stalinisten", „prosowjetische Verschwörer" oder ähnliches. Wir meinen, unabhängig vom Wahrheitsgehalt dieser Behauptung, daß es trotzdem keinen Grund gibt, auf Solidarität mit diesen Menschen zu verzichten.

Zur Behauptung selbst ist zu sagen: Die Gründer und Aktivisten der illegalen KP Jugoslawiens kommen in der Tat zum großen Teil aus der Gruppe der sogenannten „Kominformisten", benannt nach der Kominform in Prag, die nach der Auflösung der Komintern durch Stalin Anfang der 40er Jahre zeitweise deren Arbeit fortführte. Als „Kominformisten" bezeichnete das Tito-Regime diejenigen, die sich 1948 gegen den Bruch Jugoslawiens mit der kommunistischen Weltbewegung und dem sozialistischen Lager stellten. Die „Kominformisten" wurden damals zu Hunderten oder Tausenden eingesperrt, wobei die berüchtigte KZ-Insel Goli Otok zu besonderem „Ruhm" gelangte. Viele derjenigen, die in den letzten Jahren als angebliche Mitglieder der illegalen KP verurteilt wurden, haben schon in den 40er und 50er Jahren lange Haftstrafen und Zwangsarbeit durchmachen müssen:

- Mileta Perovic wurde 1948 zu acht Jahren Zwangsarbeit verurteilt.
- Vlado Dapcevic wurde 1948 zu 20 Jahren Haft verurteilt, von denen er achteinhalb Jahre verbüßte, bevor ihm 1956 die Flucht gelang.
- Dusan Brkic war von 1950 bis 1956 auf der KZ-Insel Goli Otok eingesperrt.

Die aus Jugoslawien geflüchteten oder vertriebenen „Kominformisten" fanden zunächst in der Sowjetunion politisches Asyl. Mit der Wiederannäherung zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion wurden sie jedoch spätestens Anfang der 70er Jahre Zug um Zug aus der Sowjetunion abgeschoben. Angesichts der Prozesse der letzten Jahre gegen angebliche Mitglieder der illegalen KP hat sich die Sowjetunion von diesen deutlich distanziert. Weder die Sowjetunion oder andere Staaten des RgW noch die von der Sowjetunion abhängigen Parteien – wie hierzulande die DKP – rühren einen Finger für diese Gefangenen. Zumindest das sollte diejenigen Sozialisten und Demokraten nachdenklich machen, die sich mit dem Vorurteil „prosowjetische Kräfte" jeder Solidarität entziehen.

Um diese Front des Schweigens, die hierzulande einträchtig linke Sozialdemokraten, DKP, „KPD", Trotzkisten und andere mehr umfaßt, aufzubrechen, veröffentlichten wir bereits vor längerer Zeit einen Offenen Brief an die Organisationen der westdeutschen Linken, mit der Aufforderung zur Stellungnahme. Auf diesen Brief hat damals einzig und allein die SAG geantwortet: Sie nahm positiv dazu Stellung, hat aber seither zu diesem Thema trotzdem nichts getan. Alle anderen haben überhaupt nicht reagiert. Wir halten dieses Schweigen für skandalös und beschämend. Dieses Schweigen macht unserer Meinung nach jedes demokratische Engagement unglaubwürdig. Wir wenden uns daher jetzt erneut an einen noch größeren Kreis von Organisationen und Persönlichkeiten als bei unserem ersten Versuch und wir erwarten, daß es diesmal möglich sein müßte, wenigstens von einigen der linken Organisationen und Persönlichkeiten unseres Landes klare Stellungnahmen zu diesem Thema zu erhalten.

Leitendes Gremium des Kommunistischen Bundes

Aus der Welt des »realen Sozialismus«

Sowjetunion: Ende Juni wurde in Aserbeidschan ein Attentat auf den Innenminister A.N. Gejdarov verübt. Dabei kamen außer Gejdarov noch 3 andere hohe Beamte ums Leben. Bei dem Attentäter handelt es sich um den 1949 geborenen Leiter einer Haftanstalt in Schuscha, der sich nach dem Attentat erschoß.

Über die möglichen Motive des Attentäters machte die sowjetische Presse keine Angaben. Eine Untersuchungskommission ist eingerichtet worden.

Vor seiner Ernennung zum Innenminister vor 8 Jahren soll Gejdarov für den KGB (sowjetischer Geheimdienst) tätig gewesen sein.

In den kaukasischen Sowjetrepubliken (Aserbeidschan, Georgien, Armenien) wird wie in vielen anderen Teilen der SU seit Jahrzehnten die sowjetische Nationalitätenpolitik kritisiert, und es kommt immer wieder zu mehr oder weniger heftigen Manifestationen dagegen. So gab es erst kürzlich große Demonstrationen in Tbilissi (= Tiflis, Hauptstadt Georgiens), als in Georgien eine neue Verfassung verabschiedet wurde, in der das Georgische nicht mehr ausdrücklich als Nationalsprache angeführt wurde.

Die nichtrussischen Völker der SU sehen in solchen Akten den Versuch einer Russifizierung der SU, wie sie sich z.B. auch darin äußert, daß hohe Partei- und Regierungsämter in den nichtrussischen Republiken immer mehr von Angehörigen des russischen Volkes eingenommen werden. (FAZ, 5.7.78; Welt, 5.7.78).

Sowjetunion: Der 46 Jahre alte Krimtatar Mussa Machmud verbrannte sich selbst, weil er in seiner ursprünglichen Heimat nicht wohnen durfte.

Das Volk der Krimtartaren war nach dem deutschen Überfall auf die SU nach Zentralasien umgesiedelt worden, weil die sowjetische Führung damals befürchten mußte, daß viele Krimtataren mit den Deutschen kollaborieren könnten. Nun kämpfen sie seit Jahren um das Recht, wieder in ihre Heimat zurückkehren zu dürfen.

Seit Jahrzehnten wird die Frage der Rückkehr der unter Stalin umgesiedelten Völker in ihre alte Heimat von der sowjetischen Führung nicht behandelt. Damit bleibt für die Angehörigen dieser Völker das Verbot bestehen, sich in ihrer ehemaligen Heimat niederzulassen. Insbesondere die Krimtataren wandten sich hartnäckig – mehrere Male – mit Petitionen, die oft Zehntausende von Unterschriften trugen, an den Obersten Sowjet. Diese Petitionen wurden nie beantwortet bzw. gar nicht erst angenommen. Leninistische Nationalitätenpolitik? (SZ, 4.7.78).

Sowjetunion: Zwei amerikanische Korrespondenten der „New York Times" und der „Baltimore Sun" sind vom sowjetischen Fernsehen wegen „Verleumdung" verklagt worden.

Die beiden Amerikaner hatten berichtet, daß Freunde und Verwandte des georgischen „Dissidenten" Gamsachurdia behaupten, dessen im sowjetischen Fernsehen ausgestrahltes „Geständnis" sei aus verschiedenen Aussagen zusammenmontiert und nicht authentisch.

Die beiden Amerikaner haben nun erst einmal von dem sowjetischen Recht Gebrauch gemacht, zum Prozeßtermin nicht zu erscheinen. (FR; Welt, 1.7.78).

Frankreich/Sowjetunion: Dem seit Januar in Paris lebenden sowjetischen Maler Oskar Rabin wurde nun die sowjetische Staatsbürgerschaft entzogen. Als Grund für die Ausbürgerung wird angeführt, Rabin habe systematisch ein Handeln an den Tag gelegt, das mit dem eines Sowjetbürgers unvereinbar sei (Welt, 1.7.78).

Eine Gruppe französischer Intelektueller u.a. Eugene Ionesco, hat einen Appell an L. Breshnev gerichtet, um zu erreichen, daß Alexander Ginsburg einen Prozeß, der den internationalen Normen entspricht, erhält.

Ginsburg hatte einen von Solzhenizyn begründeten Fonds zur Unterstützung der Angehörigen politischer Gefangener verwaltet und steht nun als Regimekritiker unter Anklage (Welt, 5.7.78).

Sowjetunion: Der jüdische Mathematiker und Bürgerrechtler Josef Begun ist von einem Moskauer Gericht zu 3 Jahren Verbannung wegen Verstoßes gegen das Paßgesetz verurteilt worden. Er wurde während des Prozesses gegen Orlov im Gerichtssaal festgenommen mit der Begründung, der bereits zu einem Jahr Verbannung nach Sibirien Verurteilte halte sich verboteneweise in Moskau auf. Begun versucht seit 7 Jahren, nach Israel auszuwandern.

Nach Beantragung eines Reisevisums (1971) verlor er seine Stelle als Elektroingenieur. Dann wurde er des „Parasitentums" beschuldigt, weil er keine „gesellschaftlich nützliche" Arbeit leiste.

Josef Begun befindet sich seit 2 Wochen im Hungerstreik (FR, 1.7.78).

CSSR: Der deutsche Journalist Helmut Clemens wurde aus der CSSR ausgewiesen mit der Begründung *„er habe Kontakt zu Dissidentenkreisen gepflegt und einen provokatorischen Film vorbereitet."* Clemens bereitet eine ausführliche Dokumentation zum 10. Jahrestag des Einmarsches der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR vor.

Er selbst vermutet, daß die CSSR-Regierung im Juli und August „Ruhe im Land" haben will. Wie auch aus anderen Maßnahmen hervorgeht, hat die Prager Führung eine fast hysterische Angst vor dem Jahrestag im August, der mit Sicherheit zu neuen Kundgebungen des Widerstandes gegen die damalige (und noch andauernde) Besetzung führen wird (FAZ, 5.7.78).

Den Teilnehmern der Allchristlichen Friedensversammlung in Prag wurde eine Liste mit den Namen von 11 politischen Gefangenen übergeben, die in Verbindung mit der „Charta 77" inhaftiert wurden. Auf der Liste befinden sich u.a. die Namen Jan Simsa und Miloslav Lojek (ev. Pfarrer), Robert Gombik und Marian Zajicek (kath. Priester), des Leiters der Popgruppe „Plastic People" Ivan Jirous und des Journalisten Jiri Lederer („FR", 1.7.78).

RGW-Kommission

„KPD" schweigt immer noch über „Lissabonner Konferenz"

Vom 20. bis 23. Mai fand in Lissabon eine sogenannte „Konferenz gegen die Bedrohung durch den russischen Imperialismus" statt. Die Konferenz war wesentlich von der „KPD" mitinitiiert und vorbereitet worden. Die „KPD" beteiligte sich mit mehreren Vertretern an dieser Konferenz. **Umso erstaunlicher ist es, daß bis heute in der „Roten Fahne" der „KPD" keine Angaben über den Teilnehmerkreis der Konferenz und den Konferenzverlauf zu finden waren. Grund des Schweigens: Die „KPD" will offenbar vor ihrem einheimischen Publikum geheimhalten, daß sie in Lissabon mit diversen rechten und sehr rechten bürgerlichen Politikern aus verschiedenen Ländern Westeuropas zusammen war und daß sie gemeinsam mit diesen mehrere Resolutionen verabschiedet hat, darunter auch einen Aufruf zur verstärkten „Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus".**

Nachdem wir bereits in AK 131 eine Teilnehmerliste veröffentlichten und nachdem die rechtsradikale Provokateurstruppe „MLD" („Marxisten- Leninisten Deutschland"), die gleichfalls auf der „Lissabonner Konferenz" offiziell vertreten war, Einzelheiten darüber veröffentlicht hat, hatten wir kaum erwartet, daß sich die „Rote Fahne" selbst jetzt noch, 6 Wochen nach der ‚Konferenz', immer noch in verlegenes Schweigen hüllen würde. Das können die doch nicht durchhalten?!...

Zur Ermunterung inzwischen eine Liste westdeutscher Persönlichkeiten, die Grußadressen an die „Lissabonner Konferenz" geschickt hatten:

- Admiral Günter Poser;
- Hans-Günther Weber, Chef der rechtsradikalen SPD-Abspaltung SDU;
- Hennig Wegener, CDU– Verantwortlicher für internat. Beziehungen;
- Alfred Dregger, Saubermann;
- Manfred Wörner, CDU- „Militärexperte";
- Jürgen Wohlrabe, Bundestagsabgeordneter der CDU;
- Heinrich Lummer, dito;
- Ludek Pachmann, rechtsradikaler CSSR-Emigrant, CDU-Mitglied, Freund von Springer und Löwenthal.

Ob sich wohl die „KPD" wenigstens bei den Herrschaften für ihre Grüße bedankt hat?...

Kleine Anfrage

„Ergebnis: Bemerkenswerte Impulse für die deutsche Einheit", so schließt ein Bericht der rechten Zeitschrift „Criticon" (41/78) über die Jahrestagung der rechtsradikalen Zeitung „Student" (die kürzlich mit dem faschistischen „Deutschen Studentenanzeiger" fusionierte).

In „Criticon" heißt es über diese Tagung (Motto: *„ Die Menschenrechte in der DDR – Impulse für die deutsche Einheit")*: „Überraschend vor allem, daß sich an der Stuttgarter Tagung Vertreter mehrerer linksunabhängiger sozialistischer und maoistischer Studentengruppen beteiligten".

Frage an unsere Leser: wer weiß näheres? Daß die „MLD" unter den Teilnehmern war, dürfte man ja wohl als gesichert annehmen. War aber vielleicht auch die kaum minder vater- und abendländische „KPD" zugegen, bzw. eine ihrer Filialen? Das Tagungsmotto jedenfalls dürfte ja ganz in ihrem Sinn gewesen sein – und die leidige Berührungsangst gegenüber den Rechten beginnt die „KPD" ja seit der Lissabonner Konferenz zu überwinden...

Wir bitten um sachdienstliche Hinweise!

Hua-Gruppe wird immer schamloser

Die Hua-Gruppe gibt sich offensichtlich immer weniger Mühe, ihrem Anspruch gerecht zu werden, sie verteidige die unter Führung Mao Tsetungs entwickelte Politik der KP Chinas. Neuestes Beispiel dafür ist eine Grußadresse der Hua-Gruppe an den Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BKJ) zu dessen 11. Parteitag.

Darin heißt es: *»Der BKJ hat unter Führung des Genossen Tito — hervorragender Führer des Volkes aller Nationalitäten Jugoslawiens — die allgemeine Wahrheit des Marxismus-Leninismus auf die konkrete Praxis Jugoslawiens angewendet. Indem er unentwegt das Volk des ganzen Landes in einem jahrzehntelangen hartnäckigen revolutionären Kampf führte, hat er fortwährend Siege für die Sache des Sozialismus errungen. ... Der BKJ hat ein sozialistisches System der Arbeiterselbstverwaltung errichtet, das den einheimischen Bedingungen gerecht wird, hat die sozialistische Initiative der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen entfacht und die rasche Entwicklung der Nationalwirtschaft vorangetrieben«* („hsinhua", engl., 19.6.78).

Müßte da nicht endlich auch manch »KPD«ler stutzig werden, in dem vielleicht noch ein Fünkchen politische Aufrichtigkeit steckt ?! Tito als Vorkämpfer gegen den »Sozialimperialismus«, na ja. Aber Tito als großer Marxist-Leninist ?

Als die KP Chinas noch revolutionäre Politik machte, hieß es zu diesem Thema unmißverständlich:

»Mit dem konkreten Beispiel der Wiederherstellung des Kapitalismus in Jugoslawien hilft die Tito-Clique dem USA-Imperialismus, seine Politik der sogenannten ‚friedlichen Evolution' in die sozialistischen Länder einzuschmuggeln.

Unter dem Aushängeschild eines sozialistischen Staates bekämpft und zersetzt die Tito-Clique aufs wütendste das sozialistische Lager und dient als Stoßtrupp in der Hetzkampagne gegen China.

Unter dem Deckmantel der ‚Blockfreiheit' und ‚aktiven Koexistenz' versucht die Tito-Clique nationale Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika zu untergraben ...«.

Die KP Chinas stellte damals die Frage: *»Hat Tito ‚seine Fehler abgelegt'? Oder betrachtet Chruschtschow Tito als seinen Lehrmeister?«.* Setzt man Hua und Deng statt Chruschtschow, so hat diese Frage an Aktualität nichts verloren!

(Zitate aus „Ist Jugoslawien ein sozialistisches Land?", 26.9.63, in der „Polemik über die Generallinie", Peking 1965).

Mal sehen, was der „Roten Fahne" jetzt zu diesem Thema einfällt!

Wie gehts weiter im KB?

Die Diskussion hat begonnen

In diesem AK setzen wir die Diskussion fort, die im AK 132 mit dem Abdruck der Kritik eines ausgetretenen Genossen und einem redaktionellen Artikel eröffnet wurde. Eine Bemerkung zur Form der eintreffenden Stellungnahmen: Es sind diesmal eine ganze Reihe darunter, die h a n d s c h r i f t l i c h geschickt wurden. Die Bearbeitung solcher Manuskripte stellt für die Genossinnen/ Genossen in der Zeitungserstellung eine besondere Belastung dar. Es ist daher eine Frage der Solidarität , daß sich jede(r) s e l b s t darum kümmert, uns ein mit der Maschine geschriebenes Manuskript zu schicken (Spalten mit 35 Anschlägen). Vom nächsten Mal an werden wir handschriftliche Diskussionsbeiträge nicht mehr berücksichtigen. Und nun die einzelnen Beiträge:

• • •

„Dies soll ein Beitrag zu der von Euch im AK 132 eröffneten Diskussion werden. Vorneweg: Ich finde es sehr gut, daß ihr die Diskussion so breit führen wollt.– Das spricht mal wieder für den KB.

Man kann sehr viel zu den einzelnen Punkten schreiben, zu einigen (wenigen) eurer Positionen kann ich auch nicht übereinstimmen. Ich möchte hier aber nur den Blick auf einen Punkt lenken, der in beiden Argumentationen als Konstante vorausgesetzt wird (bei euch) oder nur am Rande einfließt (bei M.). Es ist die Frage nach dem Bewußtsein, mit dem man/frau an die tägliche politische Arbeit herangeht: Wie die Leute im Einzelnen zur politischen Arbeit bzw. zum KB kommen, dürfte uns allen hinreichend bekannt sein. Meist passiert das doch durch persönliche Kontakte oder /und ein bestimmtes Oppositonsverhalten, zusammen mit einigen persönlichen Erfahrungen auf einzelnen Sektoren. Selten besteht schon am Anfang eine bestimmte Vorstellung vom Ziel und Mittel, in der dann einer Organisationsarbeit eine konkrete Funktion zugeordnet wird. Auch die konkrete Wut, die einen über momentane Tiefpunkte hinweg nach vorne treibt, wird auch (wenn sie überhaupt als solche akzeptiert wird) erst später ' im Kampf' entwickelt.

Ich merke immer wieder – meist bei Genossen – eine Herangehensweise an politische Arbeit, die ihr eben den Charakter einer 'entfremdeten Arbeit' gibt. M. schreibt: „Trotzdem ist es doch so, daß viele Genossen des KB sich funktionalisieren lassen. Das liegt daran, daß sie dieses Denken noch voll in der Birne haben". – Was ist das, was wir in der Birne haben und warum wehren wir uns nicht alle dagegen, wo wir doch sonst den Kampf gegen entmenschlichende Tendenzen auf allen Ebenen führen? Verhaltensweisen wie Autoritätsdenken, Funktionalisieren, Trennung von Arbeit & Privat, Abtun von 'Wut' als 'emotional' , 'moralisch' und ' in politische Diskussionen nicht integrierbar', haben wir alle drin. Und eben dies wird auch in jeder Form von Organisation zwangsläufig gefördert, da es immer Leute gibt, die länger dabei waren und mehr wissen. Wenn wir aber nun davon ausgehen, daß wir eine Organsation brauchen, um den Kampf sinnvoll zu führen, dann muß es die Aufgabe eben dieser Organsation bzw. ihrer Mitglieder sein, diese Tendenzen a k t i v und bewußt zu bekämpfen.

D.h. konkret: Es muß in den einzelnen Einheiten die Diskussion darüber vorangetrieben werden, warum die einzelnen Genoss(inn)en ihre politische Arbeit machen. Dies muß jedem individuell bewußt sein und er muß daran erkennen können, wann er entfremdete Arbeit macht, die nicht seinen Bedürfnissen (d.h. hier seiner Motivation zum Kampf) entspricht. Und dies muß auch dem Kollektiv bekannt sein, denn das schafft dann a) das allgemeine Vertrauen und wirkt der Trennung Privat/Arbeit entgegen; b) dies führt zu Selbstbewußtsein und wirkt Autoritätsgläubigkeit entgegen; c) die anderen wissen, warum man/frau eine Arbeit macht, ein unvermitteltes Funktionalisieren wird erheblich erschwert.

Wir müssen gerade die jüngeren Genoss(inn)en ermutigen, die Autoritätsgläubigkeit abzulegen, sich eigene Positionen zu erarbeiten und die mit Mut zu vertreten.

Ein Beispiel, wie's nicht sein soll, ist die Stellungnahme des AK zu dem Leserbrief:

Mit welcher Berechtigung nehmt ihr an, daß alle Mitglieder in den Ortsgruppen in dem selben Anspruch (hoher eigener Anspruch) an die Arbeit herangehen wie ihr? Viele sind doch gekommen, weil sie gesehen haben, daß ihre Arbeit, an der sie angesetzt hatten (BI's Frauengruppen, JZ-Initiativen), Teile e i n e s Systems sind, das man also nur in größerem Rahmen (Organisation) bekämpfen kann. Viele wollten auch vielleicht nur 'was machen' gegen das unmenschliche System. Auf der Ebene sind sie natürlich die idealen Ansprechobjekte für Kampagnen, zumal diese ja meist politisch einwandfrei begründet werden. Aber wenn nicht gleichzeitig die Suche nach der eigenen Position und vor allem dem eigenen Anspruch an sich selbst (der schließlich die Arbeit vorantreibt) gefördert wird, ist das Ausflippen von vorneherein angelegt. Man/frau wird merken, daß das 'was machen' ihn/sie zu nichts anderem mehr kommen läßt. Kontakte schlafen ein, Beziehungskrisen werden nicht aufgearbeitet - man steht in einer Mühle, die man so nicht selbst bestimmt hat, weil man/frau z.B. auch nicht den Mut besessen hat, Positionen zu beziehen.

Ist es denn schädlich, wenn nicht alle gleich so arbeiten wie die 'Kader'? Ich meine nein – aber schädlich ist, wenn sie erst reinklotzen, dann boykottieren und sich dann in die große Menge der 'ML-Geschädigten' einreihen.

Ich meine, erst in der Diskussion im Kollektiv ist es möglich, eigene Ansprüche (Forderungen an sich selbst) festzusetzen, d.h. zu niedrige (z. B. mangelndes Selbstbewußtsein) festzustellen, anzuheben und zu hohe (Raubbau mit Gesundheit und Privatleben) zu senken."

P. aus Bochum

• • •

„Als ich den Artikel des AK zur Stellungnahme des Genossen M. las, wurde ich an Termine erinnert, die mit Komitee-Genossen gemacht wurden, wenn Widersprüche zur Arbeit innerhalb der Zelle nicht geklärt werden konnten. Statt auf Widersprüche einzugehen, wird, wie es im Artikel heißt, moralisch eingeheizt. Dies erscheint mit vor dem Hintergrund der recht großen Zahl der im Laufe der letzten Jahre „weggeflippten" Genossen unverständlich, ebenso wie man dies als d e r z e i t i g e Krise der „Neuen Linken" bezeichnet. Dies erinnert an die ebenso falsche Begründung der DKP für ihr Dahinvegetieren mit dem vorhandenen Antikommunismus. Daß, wie im Artikel vertreten, Arbeitsdruck und mangelnder persönlicher Freiraum die Ursache für „Aus-und wegflippen" (alleine der Ausdruck „wegflippen" zeugt von gewisser Überheblichkeit) und politischer Widerspruch dann als Rechtfertigung „erfunden" werden, halte ich so für falsch.Der mangelnde persönliche Freiraum ist häufig Auslöser für einen Austritt. Daß viele Ausgetretene nach wie vor den KB für eine unterstützenswerte Organsation halten, liegt sicher an der politischen Linie, wie sie im AK vertreten wird. Wie diese aber in der Praxis aussieht und umgesetzt werden soll, da setzen die Widersprüche an. Die Arbeit wird an den Notwendigkeiten (Kampagnen u.s.w.) vom LG her verteilt, nicht an den Kräften, die zur Verfügung stehen, und orientiert sich selten (falls gerade mal keine Kampagne läuft) an der Situation und den Problemen, die die Genossen „vor Ort" sehen. Stellen Genossen diese Arbeit mal in den Vordergrund, gibt's Druck von „oben" und Selbstkritik ist fällig. Daß hier dann Unzufriedenheit auftritt, ist wohl zwangsläufig die Folge. Wenn dazu die Überbelastung durch „Angestelltentätigkeiten" kommt, indem man die Arbeit Ausgetretener, sogenannter „Ausgeflippter" übernehmen muß, um das vom LG gesteckte Ziel zu erreichen ist man bald selbst soweit. Statt durch vernünftige Arbeitsverteilung und praxisbezogener Arbeit Austritte zu verhindern, auch das heißt langfristig denken, wird weitergeholzt.

Sicherlich ist es richtig, daß bei organisierter Arbeit gewisse Verbindlichkeiten eingehalten werden müssen. Daß aber entsprechende persönliche Fähigkeiten eingebracht werden sollen, wurde zwar immer wieder betont, fand aber keine Berücksichtigung und war durch Arbeitsüberbelastung auch gar nicht möglich. Daß politische Arbeit Spaß machen soll und auch kann, wurde dabei ganz vergessen. Wenn es dafür in der Geschichte der Arbeiterbewegung keine Anhaltspunkte gibt, heißt das noch lange nicht, daß bisher alles richtig gemacht wurde. Und hier ist das eigentliche Defizit des Artikels. Es wird den „Spontis" gegenüber zwar zugegeben, daß sie manche richtige Kritik geübt haben, wie diese aber bislang umgesetzt wurde oder versucht wurde, fehlt. Denn die vom Genossen M. kritisierten Punkte wie ständige Kampagnen, Leistungsdenken bei AK-Verkauf und Mobilisierung zu Veranstaltungen und Demos, bei denen Kollegen sich tatsächlich als Opfer vorkommen müssen, sowie die Haltung bzw. Neigung, persönliche Probleme unter den Tisch zu kehren, sind keine besonderen Auswüchse im SSB, sondern waren (und sind?) auch im KB gang und gebe. Es ist mir einfach unbegreiflich, wie man diese Gesellschaft verändern und revolutionieren will, wenn man den einzelnen Menschen dabei ausnimmt. Wohin dies führt, haben wir doch in allen Revi-Staaten vor Augen. Um Mißverständnissen vorzubeugen und der Neigung vieler KB-Genossen, für jeden gleich die richtige Schublade parat zu haben, zu begegnen: Ich bin kein Sponti geworden und halte,wie der Genosse M.,trotz aller Kritik den KB für eine unterstützenswerte Organisation. Wenn ich aber die Karikatur zum Leserbrief und die Tendenz des Artikels, die Kritik des Genossen M. als „Spontitum" abzutun, sehe, habe ich allerdings wenig Hoffnung, daß dieser Zusatz ernst genommen wird."

Ein „ausgeflippter" Genosse aus Hamburg

• • •

Man kann die jetzt im AK eröffnete Diskussion meiner Meinung nach nicht losgelöst von der Frage sehen, was für eine Organisation wir denn überhaupt wollen, ob wir eine revolutionäre kommunistische Organisation wollen oder etwas anderes.

Ich glaube, daß folgende Tatsache wir uns noch längst nicht genügend klar gemacht haben: Es hat seit der Oktoberrevolution 1917 praktisch keine erfolgreiche sozialistische Revolution in einem Industrieland gegeben (die nach dem Krieg im Schutz der sowjetischen Armee erfolgten Veränderungen in einigen Ländern Europas rechne ich hier nicht), und wir scheinen eigentlich überall in Europa heute von einer sozialistischen Revolution sehr, sehr weit weg zu sein, viel weiter beispielsweise als in den 20er Jahren. Auf der anderen Seite wachsen erkennbar die Faktoren für einen neuen imperialistischen Krieg, dessen Folgen kaum zu bezweifeln sind. Das verschärft die Situation noch, und das ist ja wohl auch der Widerspruch, aus dem "RAF" u.ä, hervorgehen.

Man muß realistisch sagen, daß es heute in Europa nirgendwo revolutionäre kommunistische Parteien der Arbeiterklasse gibt, höchstens kleinere Organisationen mit einem sehr begrenzten Einfluß. (Vielleicht liegt die objektive Ursache dafür in der Tatsache, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse in den kapitalistischen Ländern heute nicht nach revolutionärer Veränderung "schreien"?). Das heißt, die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, ist unvorstellbar hart und kompliziert.

Die Frage ist doch, ob man/frau unter diesen Bedingungen tatsächlich systematisch und beharrlich für den revolutionären Sturz der bürgerlichen Klasse und ihres Staates kämpft - oder aber zwar irgendwie zeitweise (vorzugsweise in einigen Jugendjahren) revolutionär gestimmt ist, aber sich letztenendes entweder einrichtet, sich auf das Gebiet des "Machbaren" (des Sozialdemokratismus) begibt oder wirkungslos an einigen Punkten mit dem Kopf gegen die Wand des kapitalistischen Systems rennt. Im besten Fall kann dahinter vielleicht noch die Meinung stehen, wir müßten heute erst einmal 'kleine Brötchen backen' und abwarten, bis irgendwie die Massen vielleicht durch die objektiven Verhältnisse in Bewegung gebracht werden und es dann leichter geht mit dem revolutionären Kampf.

Ich glaube, daß diese Dinge heute in der Linken längst nicht klar genug sind, auch im KB noch nicht. Wenn wir e r n s t h a f t die Sache der Revolution unter den konkreten Bedingungen der Gegenwart voranbringen wollen, dann kann es meiner Meinung nach überhaupt keinen Zweifel an der Notwendigkeit solcher Dinge wie Verbindlichkeit, Arbeit und Leistung, Suche nach der höchstmöglichen politischen Wirkung (Effektivität) usw. usf. geben. Dann kann es meiner Meinung nach auch keinen Zweifel geben, daß es eine unserer Hauptaufgaben ist, zu lernen und immer wieder zu lernen, und zu lernen ganz besonders von der Partei der Bolschewiki (u n d vom Rückschlag der russischen Revolution, von der Entwicklung des 'Revisionismus').

Ist es heute nicht ein Problem, daß in den KB als bekanntermaßen "undogmatische" Organisation viele Genossinnen und Genossen gekommen sind, die im Grunde etwas anderes wollen als den Marxismus-Leninismus und die revolutionäre kommunistische Organisation? Und wie wird dieser Widerspruch diskutiert? Ich glaube, dieser Widerspruch müßte auch Gegenstand der jetzt begonnenen Diskussion sein.

Kt., Hamburg

• • •

Obwohl ich mit den wesentlichen Aussagen Eures Artikels voll übereinstimme, finde ich, daß der Aspekt der Selbstkritik, der kritischen Betrachtung der eigenen Organisation sehr oberflächlich abgetan wird – der Eindruck einer gewissen Unehrlichkeit muß daher zwangsläufig entstehen.

Es geht doch nicht an, zu "tatsächlichen Mängeln und Fehlern in unserer Politik" kein inhaltliches Wort zu sagen und sie ansonsten nur als Produkt bestimmter Organisationsbereiche darzustellen ("naja die beiden SSB's", "neue schwache Ortsgruppen" usw.), "wo die (ansonsten wohl unfehlbare? Anm. d.Verf.) Anleitung durch den KB am schwächsten ist." Ansonsten werden diese Fehler lediglich als "gegenseitige Anpassung und Kontrolle" der einzelnen Mitglieder erklärt. Ja, woher kommt denn dieses Verhalten? Ihr schreibt z.B. von der sektiererischen Politik der beiden SSB's, "die sich dort immer wieder durchsetzte". Ja warum denn bloß? – etwa durch Gottes Fügung?

Kurz zusammengefaßt:

' Wir müssen den realen Ursachen für sektiererische Seiten der KB-Politik ernst und selbstkritisch nachgehen, sonst wird die angekündigte Debatte lediglich ein Schattenboxen mit abwegigen Sponti-Positionen werden – vom frischen Wind in der Organisation keine Spur. Was ich schon lange loswerden wollte: Dazu sollten die zentralen Leitungsorgane endlich damit aufhören, sich als unfehlbarer Olymp darzustellen, der an allem schuldlos ist, von allem nichts wußte und leider erst so spät eingreifen konnte!!! Das k o t z t mich an!!! Wenn ihr Euch auf VVs, DKs usw. schon immer (naja) in väterlich-oberlehrerhafter Manier darstellt, dann sollte bei einer solch existentiellen Diskussion doch wenigstens mal offen vorgegangen werden. Wenn ihr meint, sowas hätte z. T. in der Öffentlichkeit nichts zu suchen (wobei ich gar nicht widersprechen würde), dann sollte die Diskussion von vornherein nicht im AK, sondern intern geführt werden!

Ro., Bochum

• • •

Ich fühle mich durch den Artikel "Wir hören, du willst nicht mehr mit uns kämpfen ..." im AK 132 angeregt, Euch einige Zeilen zu schreiben, zumal ich zu den Genossen gehöre, die nach mehreren Jahren politischer Arbeit beim KB das Handtuch geschmissen haben, oder doch zumindest ausgeschieden sind. Im Gegensatz zu dem Genossen M. (und vermutlich den meisten "Ehemaligen") arbeite ich jedoch heute noch in einer kommunistischen Organisation, der Kommunistischen Aufbaugruppe Osnabrück.

Ich glaube, daß Ihr in Eurem Artikel voll auf der Ebene der T r e n n u n g von privater und politischer Diskussion und Arbeit abfahrt. Auf den Hinweis des Genossen M., daß bei Diskussionen der "private" Teil wegfällt, geht Ihr ebensowenig ein, wie auf die von M. angerissene Tatsache, daß Termine oftmals auf der organisatorischen Ebene hängenbleiben. Gerade das Letztere ist natürlich ein Problem aller kommunistischen Organisationen. Da müssen tausend Sachen organisiert werden, und politische Widersprüche fallen dabei unter den Tisch. Diese Frage kann man aber m.E. nur sehr direkt und sehr konkret lösen. Insofern bleibt mir im Moment nur, Euch mein sehr herzlich empfundenes Beileid auszudrücken, unsere Organisation hat die gleichen Probleme.

Nun zu einer anderen Sache. Ihr schreibt:

"Die bisherige Erfahrung des KB mit dem Problem des Aus- und Wegflippens zeigt, daß fast immer diese (die persönlichen Probleme) die Ursache sind; 'politische Widersprüche' werden dann vielleicht noch nachträglich dazu konstruiert bzw. subjektiv als solche erfunden. Bei den Genossinnen und Genossen, die mit solchen 'politischen Widersprüchen' aus dem KB ausscheiden, ist meistens zu beobachten, daß ihrer Kritik an irgendwelchen Erscheinungen unserer Politik jede Logik und Konsequenz fehlt, mal kommen ihre politischen Widersprüche von links und mal von rechts..."



Mir scheint das doch eine ziemliche Unverschämtheit gegenüber diesen Genossinnen und Genossen zu sein. Meine eigene Erfahrung ist, daß ich zunächst nach meinem Ausscheiden den KB nur an e i n e m Punkt kritisieren konnte (ich komme gleich dazu) und auch heute, ein halbes Jahr später, zu einer Kritik der KB-Linie nicht in der Lage bin, sondern nur einzelne Erscheinungen kritisieren kann. Das erscheint mir erst mal auch logisch. Da in fünf Jahren natürlich eine ungeheure Identifikation mit dem KB stattfindet, braucht es seine Zeit, um diese Widersprüche aufzuarbeiten und dann den KB solidarisch und umfassend kritisieren zu können. Ich kann das noch nicht. Allerdings möchte ich hier an einem m.E. zentralen Punkt Kritik üben. Es ist dies die Frage der kommunistischen Bewegung (außerhalb des KB). Für den KB scheint es im wesentlichen nur "linke Sozialdemokraten")SB, GIM), Spontis und "Schrott" (KBW, KPD/ ML, DKP, KABD, KPD mit Einschränkungen) zu geben. (Ich hoffe, ich habe damit Euren Standpunkt richtig wiedergegeben). Die kommunistische Bewegung existiert heute für den KB ebensowenig wie für den KBW, den KABD oder die KPD/ML, die sich selbst schon für die Partei bzw. deren unmittelbaren Vorläufer halten.

Aus dieser Einschätzung heraus kann sich der KB über den KABD z.B. nur wundern, "mit wie erbärmlich wenig politischer Substanz sich diese schwäbische Sekte nun schon seit 10 Jahren über die Runden schleppt" (AK 132, S.13), wobei das Sich-über-die-Runden-Schleppen untertrieben ist: Gerade im letzten Jahr hat der KABD einige "Stützpunkte" dazugewonnen, und zwar im Ruhrgebiet und in Niedersachsen, nicht in Schwaben. Da der KB sich selbst auch für so was wie die unmittelbare Vorstufe der Kommunistischen Partei hält, steht er höchst erstaunt vor der Tatsache, daß in den letzten 2 - 3 Jahren etwa 20 lokale kommunistische Zirkel entstanden sind, und – weil nicht sein kann, was nicht sein darf – schweigt er diese Zirkel tot, vor allem dann, wenn diese Zirkel auch noch in der Lage sind, eine einigermaßen solidarische Kritik am KB zu leisten (wie bei der Kommunistischen Gruppe Bonn geschehen, die 1977 eine Kritikbroschüre am KB verfaßt hat und bis heute auf eine Auseinandersetzung darum wartet).

H.H., Osnabrück

Redaktionelle Vorbemerkung: Die folgende Kritik wurde schon vor einiger Zeit geschrieben, nachdem im AK ein Artikel zu dem Buch „Wir war'n die Stärkste der Partein" erschienen war. Die Kritik wurde damals nicht abgedruckt, scheint uns aber sehr gut in die jetzt angelaufene Diskussion zu passen.

„Es gibt ein – auch in linken Kreisen – sehr beliebtes Strickmuster, Kritik mundtot zu machen.

1. Man betrachtet sich die Person des Kritikers und stellt fest, daß er Sponti, ausgeflippt oder sonst ein Müßiggänger ist: „Der eine Verfasser ist total ausgeflippt und erlebt Politik überhaupt nur noch als ‚Horror-Trip'; die Frauen machen ‚Selbsterfahrung'; ein Autor arbeitet immerhin (!) in einem Berufsverbote-Komitee; ein anderer macht reformistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit". Zudem haben die Autoren den von ihnen angeprangerten Psychoterror selbst mitgetragen, üben aber keine richtige Selbstkritik, bieten keine Lösungsvorschläge. Summa summarum: „Kulturhistorisch gesehen gehört das Buch in die lange Tradition der ‚Überläufer'-Bekenntnisse, der von der Bougeoisie vorgeführten ‚Kronzeugen', von Ruth Fischer und Herbert Wehner bis zu Ruhland, Müller und Klein. Dies bedeutet kein Werturteil über die einzelnen Autoren, bezeichnet aber die reale Funktion des Buches."

2. Nachdem die Kritiker in die Nähe von Handlangern des Staatsschutzes gebracht und wegen ihres früheren Verhaltens unglaubwürdig gemacht wurden, wird folgerichtig der Kritik abgesprochen, von links zu argumentieren: „Es ist ein Buch gegen den Marxismus-Leninismus, gegen organisierte nicht-reformistische Politik. Es ist unwissenschaftlich und demagogisch, indem es die Absage an den Marxismus-Leninismus und an kommunistische Organisierung nicht auf der Ebene einer sachlichen Auseinandersetzung formuliert, sondern einzig und allein mit dem aus der bürgerlichen Propaganda bekannten Mittel der Stimmungsberichte ..., die weder das ganze Spektrum der immerhin über 100jährigen Geschichte kommunistischer Organisierung noch auch nur das Spektrum der heute in der BRD aktiven ‚kommunistischen' Gruppierungen erfassen"! Was Wunder, „daß dieses Buch wohlwollend schadenfrohe Komentare in der Presse erhielt. Der ‚Spiegel' nahm das Buch sogar zur Grundlage für einen längeren Artikel".

Nachdem derart ein ‚logischer' Zusammenhang zwischen der Person des Kritikers, dem Interesse der Reaktion und dem Angriff auf kommunistische Politik zurechtgebastelt wurde, kann man es sich es eigentlich ersparen, auf die Kritik selber überhaupt noch einzugehen.

3. Mehr zum Schein wird bezüglich der kritisierten Strukturen dann auch der kritisierten Strukturen dann auch großmütig zugestanden: „Selbst der schadenfrohe Gedanke ‚Bei u n s gibt's sowas ohne weiteres einstellen. Denn manche (!?) der in dem Buch geschilderten Verhältnisse sind, wenn auch in abgeschwächter (!) Form ebenfalls innerhalb unserer Organisation anzutreffen ... Es ist sinnvoll, die ‚zwischemenschlichen Beziehungen' auch in unserer eigenen Organisation zu kritisieren und zu verändern."

Ende des Komentars. – Das ist alles, was dem Schreiber zu 120 Seiten Kritik an den Strukturen von K-Gruppen und zum KB einfällt!

Er hat seine Aufgabe mit Bravour gelöst, denn eine alte Weisheit besagt, daß man sich mit Kritik dann nicht auseinanderzusetzen braucht, wenn sie nicht in allen Punkten stichhaltig ist: Und tatsächlich sehen sich die Autoren nur als Objekte in den K-Gruppen , ohne eigene Möglichkeit sich dagegen zu wehren, haben von der Organisation die Vorstellung wie von einem Monster, begreifen sie nicht als ‚Gruppe von Menschen', die für die Organisationsstrukturen selber mitverantwortlich sind.

Insofern muß dem AK-Schreiber Recht gegeben werden. Seine Ignoranz besteht allerdings darin, seine berechtigte Kritik an den Autoren als Werkzeug einzusetzen, deren Kritik unter den Tisch fallen zu lassen.

Gerade weil diese Strukturen von weiten Teilen der Linken den Kommunisten angelastet werden, hätte sich ein Eingehen auf die Kritik der Ex-ML'er gelohnt. Um so lohnender sollte dieses Kritikaufnehmen aber sein, wenn man selber davon ausgeht, daß sich einzelne dieser Verhaltensweisen auch bei uns wiederfinden. Diese mit intellektualistischer Akrobatik betriebene Reinwäscherei nutzt niemand, läßt vielmehr den Verdacht aufkommen, daß die von dem AK-Schreiber so vehement vertretene Kritik an den Autoren ob deren Unfähigkeit, zu ‚ML-Lebzeiten' diese Strukturen zu analysieren und zu verändern, auch auf ihn selber zutrifft. Er hat mit diesem Artikel einen Beitrag dazu geleistet, wie man zwar Mängel konstatieren, im Grunde aber darüber hinweg reden kann. Den Stein, den er erhoben ...

Ich will jetzt erst mal auf einige Bedingungen eingehen, die das hervorbringen, was die Ex-MLer in ihrem Buch gebrandmarkt haben. Danach dann diese Verhaltensweisen ansatzweise auf Strukturen zurückzuführen, wie sie in den linken Gruppen auftreten. Hervorstechendstes Merkmal linker Gruppen ist, daß sie alle mehr oder weniger isoliert sind. Dies in mehrfacher Hinsicht: Einmal grundsätzlich

von ihrer Umwelt, die andere Bedürfnisse hat, nicht in dem Maße und auch nicht so unvermittelt der staatlichen Repression ausgesetzt ist. Wer in der BRD linke Politik macht, muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, deswegen Berufsverbot, Gewerkschaftsausschluß, Rechtlosigkeit usw. einzuhandeln.

Gegenpol kann dazu die Verankerung in einer fortschrittlichen Massen (Frauen-, AKW- ...) Bewegung sein. Da diese in der BRD zwar eine relative Breite und zum Teil auch eine beachtliche Militanz mitbringt, andererseits aber noch sehr stark links-sozialdemokratischen Positionen anhängt, ist hier eine relativ langwierige und zunächst einmal keine großen Erfolge bringende Kleinarbeit notwendig. Dazu gibt es dann Arbeitsgruppen, wo es häufig noch um die einfachsten und grundsätzlichsten Fragen (z.B. Demokratieverständnis) heiße Auseinandersetzungen gibt.

Das Dilemma unserer relativ kleinen linken Organisationen besteht nun darin, in verschiedenen Arbeitsgruppen, Arbeitsfeldern präsent sein zu müssen und die eigene Politik zu vertreten. Das sieht dann häufig so aus, daß in einer Betriebsgruppe Resolutionen zu den Faschisten, gegen den DGB etc. verabschiedet werden sollen, und auch zu Veranstaltungen zur Frauenunterdrückung, Chile, Russell-Tribunal mobilisert werden soll. Diese Komplexität der politischen Arbeit ist natürlich an und für sich nicht schlecht, birgt aber die Gefahr in sich, den anderen Gruppenmitgliedern gegenüber immer mehr in die Rolle des Organisierten zu geraten, der die Anderen für seine Politik instrumentalisieren will.

Hinzu kommt, daß es meist unmöglich ist, in mehreren Arbeitsfeldern gleichwertig mitzuarbeiten. Anstatt nun die Vorrangigkeit von dem individuellen Arbeitsbereich der Genossin, des Genossen abhängig zu machen, wird sich dafür entschieden, was gerade in ist. Da war zunächst die Frauen-, dann die Anti-AKW-Bewegung, dazwischen mal die Uni und jetzt das Russell-Tribunal. Um nicht mißverstanden zu werden: Mir gehts nicht darum, daß jemand sich in einem Kleinbetrieb verzettelt, nur weil er da acht Stunden arbeitet. Ich meine aber, daß es auch im KB die Tendenz gibt, Arbeitsfelder schematisch zu bestimmen. So sollte es meine Aufgabe sein, die Wirtschaftsentwicklung im Rhein-Main-Gebiet und die AKW-Industrie zu untersuchen. Begründung: Du hast es gelernt, wirtschaftliche Zusammenhänge zu analysieren. Mit demselben Argument könnte ich ein halbes Jahr später zum Russell-Tribunal arbeiten: Die politischen Folgen der Durchdringung Europas durch das BRD-Kapital.

Konsequenz dieser Willkürlichkeit: man arbeitet häufig lieber in irgendwelchen Komitees als in der Schule, dem Fachbereich, der Abteilung, der Gewerkschaft ..., weil man glaubt, daß es da schneller vorangeht, man mehr Erfolgserlebnisse hat, mehr unter Gleichgesinnten ist. Indem man aber mit den Leuten, die man täglich sieht, diesselben Erfahrungen macht, nur mal hin und wieder gemeinsame Aktivitäten entwickelt, verliert man die Beziehung zu ihnen und damit seine natürliche Basis. Wieviel schwerer ist es doch, unter Leuten Vertrauen zu gewinnen, die man nur einmal in der Woche zum Gruppentreff sieht.

Häufig sind diese Arbeitsgruppen dann auch nicht von langem Bestand. Wo was aus dem Boden gestampft wurde, weil in diesem Bereich (Frauen, AKW) gerade mal was los war, aber nicht, weil die betreffenden Genossen da selbst ein langfristiges Interesse dran haben, steht die Neugründung von noch was Interessanteren ständig auf der Tagesordnung.

Eine besonders schädliche Variante dieses Verhaltens ist die sog. Marktlücken-Theorie. Man stellt beispielsweise fest, daß in Hamburg eine erfolgreiche Veranstaltung zum Heimterror gelaufen ist, daß es in Frankfurt auch Heime gibt und irgendwo auch einen Kontakt, aber daß in letzter Zeit niemand mehr was zur Heimerziehung gemacht hat, man wittert also die Chance, sich zu profilieren, und zieht eine Veranstaltung durch. Mit der Illusion, daraus eventuell eine Heim-Arbeit entwickeln zu können. Ob man dazu die Kräfte hat, was die konkrete Situation im Heim-Widerstand vor Ort ist, usw., all das bleibt offen. Aber auch auf die Gefahr hin, mal irgendwas zu machen, Illusionen zu erwecken und dann zu verschwinden, will man die Marktlücke ausnutzen.

Dieses Verhalten zu den Arbeitsfeldern isoliert uns und macht eine Verankerung von vorneherein unmöglich. Wenn man es nicht verhindert, in jeder Arbeitsgruppe den großen Politiker zu spielen, der die Allseitigkeit der politischen Zusammenhänge immer wieder erneut demonstriert, dürfte die Bündnisfähigkeit des Betreffenden gegen Null wandern. Natürlich sollte man in einer demokratischen Gruppe auch als Kommunist auftreten, sich aber vor der Illusion hüten, in dieser Gruppe andere als ganz ‚einfache' demokratische Ziele zu erreichen. Der Weg zu schnellen Erfolgen in Komitees, wo ja schon viel Fortschrittlichere sitzen, ist nicht von Bestand.

Parallel zu dieser Flucht in Komitees läuft die Kampagnenpolitik. Man organisiert, kümmert sich um Flugblätter, wirbelt von Aktionseinheit-Treffen zu Aktionseinheit-Treffen und ‚vergißt' darüber, seine Kontakte zu der Veranstaltung zu mobilisieren. Vor lauter Geschäftigkeit wird der AK-Verkauf und die Kontaktarbeit nur noch nebenher laufen gelassen. Man entwickelt sich zu einer Veranstaltungs-Agentur und ist am Ende überrascht, daß der Erfolgt für die eigene Organisation fehlt.

Ich meine, daß diese Verhaltensweisen besonders die K-Gruppen (incl. KB) auszeichnen, weil z.B. die Spontis meist in fest umrissenen Arbeitszusammenhängen stehen und sich die oben gezeigte Gefahr anders ausdrückt, und weil gerade die K-Gruppen auf den Leitspruch eingeschworen sind: „Die Politik an die erste Stelle setzen", wobei die Bedürfnisse der Agtierten meist nach weiter hinten verschoben werden.

Die Basisarbeit hat auch eine nicht zu unterschätzende Kontrollfunktion. Leute, die hier und da mal herumwirbeln, aber keinen festen Arbeitsbereich über einen längeren Zeitraum haben, lassen sich schlecht kontrollieren, was den Erfolg ihrer Arbeit ausmacht. Das mag ja kurzfristig alles ganz erfolgversprechend aussehen, aber wenn dann nach Monaten der Mitgliederstand immer noch sinkt, der AK-Verkauf stagniert, werden häufig die verantwortlich gemacht, die in ihrer Kleinarbeit resignieren und nicht die Möglichkeit haben, von großen Erfolgen zu schwärmen, weil sie die Realität hautnah erfahren.

Dies alles ist natürlich nur ein Aspekt — vielleicht können andere mal andere Komplexe oder einige Beispiele aus dem Buch aufgreifen und wir zu einer offenen Diskussion über K-Gruppen-Politik kommen.

Wesentlich ist auch die Angst, die kleinbürgerliche Mentalität als Ursache für sektiererisches Verhalten, und vielles andere mehr, was auch in der Politik der jeweiligen Organisation begründet ist.

Gerade bei KBW und KPD ist dieser Realitätsverlust am weitesten fortgeschritten. Innerorganisatorisch kapselt man sich dann mehr und mehr ab. Begreift sich als Gruppe, die auf einsamen Posten steht in einem Meer von Links- und Rechtsopportunisten, Sozialimperialisten, 5. Kolonnen, Revisionisten und Vierer-Banden. Was man sich bewahrt hat, ist der fast religiöse Glaube, man sei die Avantgarde und wenn man nur den nötigen Arbeitsaufwand mitbringt, in der Lage, die Welt aus den Angeln zu heben.

Innerhalb dieser Globalstrategie treten andere Menschen dann nur noch in der Rolle von Sympis, Kontakten, Abgehauenen, noch zu überzeugenden und Feinden auf. Andere Menschen werden nicht mehr auf Grund ihres sozialen Verhaltens, sondern nach irgendwelchen politischen Klischees beurteilt.

Innerhalb der Organisation unterscheidet man zwischen Herumwirblern und Faulenzern, wobei letztere durch ihre unsolidarische Arbeitsmoral für die Hetzerei der Ersteren verantwortlich gemacht werden.

Nachbemerkung:

Im Übrigen bin ich der Auffassung, daß dieses Buch in den Nachttisch jeder Genossin, jedes Genossen gehört.

Obwohl es den korrekten kommunistischen Standpunkt vermissen läßt, kann es doch zum Nachdenken anregen.

Denn: Bei u n s gibts' sowas auch!"—

Klaus, Frankfurt

Fortsetzung von Seite 49

frech gefragt wurde nach „Zusammenarbeit von DKP und Terroristen" – wegen eben jener Unterschrift?

Beansprucht Ihr gegenüber diesen Sympathisanten o f f e n e n faschistischen und rassistischen Terrors etwa Reputierlichkeit?

3.) Aus beiden, nur angeschnittenen Fragen, ergibt sich die dritte: Um was geht es Euch? Um aktiven Kampf gegen Rassismus und Faschismus, um Widerstand gegen atomare Aufrüstung, gegen die atomare Zusammenarbeit dieses Landes mit einem Regime, das verbrecherisch zu nennen untertrieben wäre, oder geht es Euch um lächerliches und selbstgerechtes Taktieren angesichts dieser realen Bedrohung von uns a l l e n und der afrikanischen Emanzipation?

Welchen moralischen und politischen Anforderungen wollt Ihr denn noch gerecht werden, wenn Ihr meine Unterschrift mit der Begründung streicht: „Immerhin ist P. P. Zahl rechtskräftig verurteilt?" Sind dies etwa viele unserer Schwestern und Brüder in Südafrika nicht? Warum und wie wurde etwa ich rechtskräftig und recht kräftig verurteilt? Da hieß es wörtlich in der Urteilsbegründung:

„Das Strafmaß von d r e i (!) bis fünfzehn Jahren mußte voll ausgeschöpft werden, weil Zahl ein G e g n e r d e s S t a a t e s ist und die Notwendigkeit der speziellen A b s c h r e c k u n g besteht."

Gegner welchen Staates? Des Staates doch wohl, dessen atomare Zusammenarbeit mit Südafrika Ihr zu Recht hart kritisiert und bekämpfen wollt. . . Nun, Ihr seid „abgeschreckt" und verlangt von mir, mich aus den Kreisen jener streichen zu lassen, die, in diesem Punkte zumindest doch wohl, das Gleiche wollen wie ich.

D e r Staat, der nachweislich mit dem Rassistenregime in Südafrika beste Geschäfte macht, gar in atomaren Fragen zusammenarbeitet, sperrte mich (und viele andere, nämlich ca. 50.000) ein – und von aktiver Teilnahme an den legalen Kämpfen gegen Unrecht, wo immer es auftritt, aus; und Ihr zieht gleich: durch die Streichung meiner Unterschrift wollt Ihr Euch bei jenen Kräften einkaufen, die nachweislich auf Herrn Vorsters Seite stehen. Es gibt, heißt es, „Eseleien, die sind schlimmer als Verbrechen". Dazu gehört nun Euer beschämendes und törichtes Vorgehen.

Ich ziehe meine Unterschrift n i c h t zurück, und um das von Euch erbetene „Einverständnis dafür, daß wir Ihren Namen nicht veröffentlichen" könnt Ihr lange bitten, ich gebe es nicht.

Mit besten Grüßen für

Freiheit und Glück!

(P. P. Zahl)



Ungeheuerlich: Drei aktive Antifaschisten aus der VVN ausgeschlossen !!

Auf seiner Sitzung am 30.5. hat der Kreisvorstand der Kreisvereinigung Nürnberg der VVN — Bund der Antifaschisten — drei Mitglieder mit sofortiger Wirkung ausgeschlossen. Die Betroffenen werden aufgefordert, ihr Mitgliedsbuch satzungsgemäß in den nächsten Tagen zurückzugeben!

Diese Ausschlüsse stellen den konsequenten Endpunkt einer Politik dar, die sich durch Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber allen anderen antifaschistischen Kräften in Nürnberg, vor allem der „Antifaschistischen Aktionseinheit gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann" auszeichnete. Die Antifaschisten wurden als „Chaoten, Entspannungsfeinde" usw. bezeichnet, eine Zusammenarbeit prinzipiell abgelehnt! Einmal abgesehen davon, daß für die Ausschlußbegründung Verdrehungen, Verleumdungen und Lügen über Aussagen der drei Betroffenen herhalten mußten (die ‚Ausgeschlossenen' werden hierzu eine Richtigstellung veröffentlichen!), so stellen die Vorwürfe eine Provokation für alle Antifaschisten dar: den Ausgeschlossenen wird „Antisowjetismus, Entspannungsfeindlichkeit und die Mitarbeit in der antifaschistischen Aktionseinheit" vorgeworfen.

Genauso wie von den Beamten in diesem Staat „aktiver Antikommunismus" gefordert wird, verlangt die VVN von ihren Mitgliedern die „Aktive Verteidigung der Sowjetunion" und das bedingungslose Eintreten für den Entspannungsschwindel! Jedes Kritische Wort zu diesen Themen widerspricht den „antifaschistischen" Zielen der VVN — und wird mit Ausschluß geahndet.

Desweiteren enthält die Ausschlußbegründung alle bekannten revisionistischen Ladenhüter: die demagogische Gleichsetzung: Kritik an der Sowjetunion ist gleich Faschismus; für den in der BRD verbreiteten Antikommunismus werden die Kritiker an der Sowjetunion verantwortlich gemacht, völlig unabhängig von den Inhalten der Kritik; in der gleichen Art und Weise sind alle Kritiker des Entspannungsschwindels Enspannungsfeinde, wo dann der Vergleich mit dem Kriegstreiber StrauSS nicht fehlen darf. In üblicher Revi-Manier werden alle fortschrittlichen Kräfte, die inhaltiche Widersprüche zu den Positionen der VVN haben, als Reaktionäre beschimpft; und zur Untermauerung dieser „Argumentation" werden dann wieder einmal die alten antifaschistischen Genossen mißbraucht, die den antifaschistischen Kampf in den KZs des Hitlerfaschismus angeblich auf genau dieser politischen Grundlage geführt haben — geradezu zynisch, wenn
führt haben — geradezu zynisch, wenn
man bedenkt, unter welch brutalen Bedingungen die Genossen dort nicht die S p a l t u n g , sondern die E i n h e i t aller antifaschistischen Kräfte trotz unterschiedlicher politischer Vorstellungen praktiziert haben. Nicht die VVN ist — wie sie selber vorgibt — heute ein „lebendiges Beispiel" für die Anerkennung unterschiedlicher Positionen im antifaschistischen Kampf — viel eher sind dies die alten Genossen und auch viele junge Antifaschisten, die sich heute wie in Nürnberg in antifaschistischen Aktionseinheiten zusammengeschlossen haben!

Diese Antifaschisten, die auch aus den Reihen der VVN kommen, vom aktiven antifaschistischen Widerstand abzuhalten und in die politische Resignation zu treiben, ist Zweck der Angriffe der VVN. Mit der bereits seit Monaten angekündigten „ernsthaften Auseinandersetzung" mit Positionen und Zielvorstellungen der ‚Antifaschistischen Aktionseinheit' hat das ganze jedenfalls herzlich wenig zu tun!

Daß es der VVN letztendlich überhaupt nicht um eine inhaltliche Auseinandersetzung über die verschiedenen Standpunkte im antifaschistischen Kampf geht, sondern um eine bewußte Diffamierung von ihr unliebsamen Positionen und Personen innerhalb der demokratischen Bewegung, zeigt ein weiterer bemerkenswerter Vorfall: die VVN — sonst sehr „öffentlichkeitsscheu", wenn es um politische Auseinandersetzungen geht — verschickte die Ausschlußerklärung mit den v o l l e n N a m e n aller Betroffenen an alle demokratischen Organisationen in Nürnberg. Wenn man bedenkt, daß alle Ausgeschlossenen gleichzeitig Gewerkschaftsmitglieder und teilweise außerdem in der DFG/VK organisiert sind, so kann dies eigentlich nur bedeuten, daß die VVN weitere Repressionen gegen die Betroffenen bewußt in Kauf nimmt oder sogar gerne sehen möchte — denn als etwas anderes als eine direkte Empfehlung, endlich ein paar „Reaktionären" in der demokratischen Bewegung das Handwerk zu legen, kann man die Verschickung dieser Ausschlußerklärung wirklich nicht begreifen!!

Wir wollen die — bisher wohl einmalige — Ausschlußbegründung im folgenden ausführlich dokumentieren, um die schädliche Rolle der VVN-Führung im antifaschistischen Kampf zu verdeutlichen und all den Mitgliedern in der VVN den Rücken stärken, die mit Unvereinbarkeits- und Ausschlußpolitik nicht einverstanden sind!

"Begründung:

I. Die genannten Mitglieder arbeiten seit längerem in der sogenannten „Antifaschistischen Aktionseinheit" mit. In dieser Gruppe arbeiten maoistische Gruppen mit, die in Theorie und Praxis antisowjetische Positionen vertreten. Antisowjetismus aber ist eine spezifische Erscheinungsform des Antikommunismus. So wurde u.a. während einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung von N. die Behauptung geäußert: ‚Zwischen den beiden Supermächten gibt es eine abgesprochene Aufrüstung.'

In einem von den drei Mitgliedern getragenen Flugblatt heißt es im Stil bürgerlicher Propaganda: ‚Sogenannte Stellvertreterkriege in den Ländern der 3. Welt werden immer häufiger.' Dadurch entsteht dem antifaschistischen Anliegen Schaden.

Aus geschichtlichen Erfahrungen wie aus aktuellen Erfordernissen des antifaschistischen Kampfes vertritt die VVN — Bund der Antifaschisten — die Grundposition, daß Antisowjetismus und Antifaschismus unvereinbar sind.

Zur Erläuterung möchten wir auf folgendes verweisen: Ein Wesenszug des Hitler-Faschismus wie der heutigen Erscheinungsformen des Faschismus ist der Antisowjetismus. Historisch fand dies seinen barbarischsten Ausdruck in der Verfolgung und physischen Vernichtung von Millionen Kommunisten, Sozialdemokraten, Juden und Christen, sowie im Überfall des Hitler-Faschismus auf die Sowjetunion. Aus Erfahrung wissen wir auch, daß Antikommunismus und Antisowjetismus immer zugleich auch eine Bedrohung aller fortschrittlichen und demokratischen Kräfte ist. Schließlich hat die Paarung von Antikommunismus, insbesondere von Antisowjetismus mit einem oft vorgeblichen Antifaschismus in der sogenannten ‚Totalitarismustheorie' dazu geführt, daß die antifaschistische Gesinnung breiter Kreise der Bevölkerung unseres Landes gegen sozialistische
unseres Landes gegen sozialistische
Nachbarländer kanalisiert wurde. Damit wurde gleichzeitig von den nach wie vor vorhandenen Gefahren des Faschismus im eigenen Land abgelenkt.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, stellen wir fest, daß die Zurückweisung des Antisowjetismus in der VVN — Bund der Antifaschisten — nicht identisch ist mit einem Bekenntnis zu marxistischer Ideologie und Politik. Konsequenter Antifaschismus kann auf unterschiedlichen Weltanschauungen bei Anerkennung historischer Erfahrungen und Lehren beruhen. Die VVN — Bund der Antifaschisten — ist dafür ein lebendiges Beispiel !!

Es entspricht den Grundpositionen der VVN — Bund der Antifaschisten —, daß Antifaschisten kein Bündnis mit erklärten antisowjetischen Kräften eingehen können. Es macht dabei keinen wesentlichen Unterschied, ob antisowjetische Positionen taktisch im Rahmen von ‚Bündnisaktivitäten' ausgeklammert werden. Denn eine Abgrenzung derart: ‚Hier trete ich als Vertreter des Bündnisses, dort als Vertreter meiner Gruppe auf' ist praxisfremd. Solcherlei Abgrenzungsakrobatik hat in der Öffentlichkeit wenig Wirkung, mehr noch, sie hat schädliche, weil Verwirrung stiftende Wirkung. Bei jedem Bündnis ist zu überlegen, ob die Gesamtpositionen des Partners mit dem Bündnisziel vereinbar sind oder nicht.

Wir betonen, daß wir unsere Beurteilung der Konstruktion des ‚Bündnisses' AAE [antifaschistische Aktionseinheit, Anmerk.] nicht verwechselt wissen wollen mit Beurteilung aller Einzelpersonen und Organisationen, die darin mitwirken. Wir sind gerne bereit, mit interessierten Personen und Gruppen in ein Gespräch darüber einzutreten, wie wir Lehren und Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes sehen. Wir können insbesondere auch die Erfahrungen jener Kameradinnen und Kameraden anbieten, die selbst in der dunkelsten Stunde unseres Volkes aktiven antifaschistischen Widerstand geleistet haben, die in den KZs des Hitlerfaschismus das antifaschistische Bündnis, auf dessen Grundlage die VVN steht, geschmiedet haben.

Aus den dargelegten Gründen kam auch das Präsidium der VVN — Bund der Antifaschisten — zu dem Schluß, daß eine Mitarbeit in der sogenannten ‚Antifaschistischen Aktionseinheit' nicht mit einer Mitgliedschaft in der VVN — Bund der Antifaschisten — zu vereinbaren ist. Den genannten Mitgliedern wurde dies mehrfach dargelegt. Ihrem Wunsch, die damit verbundenen Probleme gründlich zu diskutieren und zu klären, wurde mit der Durchführung einer ganzen Reihe von Seminaren entsprochen. Da in den verschiedenen, mit ihnen geführten Gesprächen keine Bereitschaft zur ernsthaften Überprüfung der eigenen Position auf der Grundlage der programmatischen Aussagen der VVN — Bund der Antifaschisten — zu verzeichnen war, und sie zudem die Gelegenheit der gründlichen Beschäftigung mit den damit verbundenen Problemen in den entsprechenden Seminaren so gut wie nicht wahrnahmen, sieht der Vorstand in einer Weiterführung seiner Bemühungen zur Klärung im Gespräch keinen Sinn mehr.

2. Zum antifaschistischen Auftrag der VVN — Bund der Antifaschisten — gehört heute das Eintreten für eine Politik der Entspannung und Abrüstung. Dies ist eine der drei Säulen des antifaschistischen Kampfes, wie auf dem letzten Bundeskongreß durch das Präsidium der VVN — Bund der Antifaschisten — festgestellt wurde. Diese Politik trägt dazu bei, jene Kräfte zurückzudrängen, die den Abbau demokratischer Rechte bis hin zur Rechtfertigung und aktiven Unterstützung faschistischer und neonazistischer Bestrebungen betreiben. Auch diese Auffassung gehört zum Grundverständnis dessen, was Antifaschismus heute sein muß.

Dieser Zusammenhang wurde auch in Aufrufen und Materialien des Nürnberger Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit hergestellt, dem sich die VVN — Bund der Antifaschisten — freundschaftlich verbunden fühlt.

Die genannten Mitglieder bekennen sich im Widerspruch dazu zu einer Plattform, in der es unter anderem heißt: ‚Lassen wir es nicht zu, daß die massierten Kriegsvorbereitungen durch sogenannte Friedensverhandlungen und Entspannungsgerede ver-
gen und Entspannungsgerede ver-
schleiert werden.'

Eine so pauschale Verurteilung von Bemühungen um Entspannung und Abrüstung versperrt jeden Weg zu konkreten Fortschritten auf diesem Gebeit. Eine friedliche Alternative zu Frieden und Entspannung gibt es nicht. Wir halten es für unsere Aufgabe, darauf hinzuwirken, daß mit konkreten Abrüstungsschritten die Entspannung materiell untermauert wird. Eine These, die Entspannung pauschal als Täuschungsmanöver abtut, verbaut diese Möglichkeit.

Diese These würde uns auch in die Nähe jener reaktionärsten Kräfte bringen, die damit die weitere Aufrüstung fordern. Es scheint uns kein Zufall, daß dies dieselben Kräfte sind, die in unserem Lande die Gefahr des Faschismus und Neonazismus verharmlosen und gleichzeitig — wie etwa StrauSS — faschistische Regimes in anderen Ländern verteidigen. Wir unterstellen den genannten Mitgliedern nicht, daß sie dies ebenfalls befürworten, müssen aber auf die objektiven Konsequenzen einer solchen These in der gegenwärtigen politischen Situation bei dem gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnis hinweisen.

Wir müssen daher zur Schlußfolgerung kommen, daß ein Bekenntnis zur genannten und zitierten Plattform mit einer Mitgliedschaft in der VVN — Bund der Antifaschisten — unvereinbar ist.

Die Losung ‚Nie wieder Faschismus — Nie wieder Krieg', die den Zusammenhang von Antifaschismus und Friedenskampf herstellt, zu dem wir uns bekennen, erfordert unter den heutigen Bedingungen das Eintreten für eine Politik der Entspannung und Abrüstung und widerspricht der These vom ‚Entspannungsschwindel'. Auch in dieser Frage gab es jedoch keine Annäherung der Standpunkte, so daß der Ausschluß nötig ist."

KB / Nürnberg